

Clausewitz-Gesellschaft

Jahrbuch 2022/2023



Clausewitz-Gesellschaft e.V.
Jahrbuch 2022/2023

Eine Zusammenfassung von Beiträgen
aus der Arbeit der Gesellschaft 2022/2023

Die Jahrbücher der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Band 18

Jahrbuch 2022/2023

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek erhältlich.

Herausgeber und Copyright 2023 Clausewitz-Gesellschaft e.V., Hamburg
Manteuffelstraße 20, D-22587 Hamburg
Internet: www.clausewitz-gesellschaft.de

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenze des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung der Clausewitz-Gesellschaft e.V. bzw. der Autoren unzulässig.

Redaktion und Lektorat: Hans-Joachim Gemballa, Werner Baach, Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Layout und Satz: Marcel Baganz, Werbeagentur Baganz

Umschlaggestaltung: Marcel Baganz, Werbeagentur Baganz

Gesamtherstellung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Umschlagabbildung: Clausewitz-Gesellschaft e.V.

ISBN: 978-3-9816962-8-8

Inhalt	Seite
Editorial	6
Der besondere Beitrag	
Vom Scherbenhaufen zur globalen Zeitenwende – Perspektiven europäischer Sicherheitspolitik Klaus Naumann	14
Kapitel I	
Der Nordatlantisch-Europäische und der Indopazifische Raum	
Die Bundeswehr in der Zeitenwende Eberhard Zorn	32
Zerstörung einer trügerischen Illusion: Das NATO-Russland-Verhältnis der letzten drei Dekaden Kurt Herrmann	44
Ein Jahr brutale Aggression Russlands im Herzen Europas Die Nuklearmacht Russland im Eroberungskrieg gegen die Ukraine und Putins erbitterter Kampf gegen den liberalen Westen Eine Betrachtung mit Clausewitz' Einsichten Klaus Olshausen	73
Russlands Angriffskrieg, Weltmacht China, globale Großmachtrivalität – Was die Europäer tun müssen Heinrich Brauß	109
Die NATO nach dem 24. Februar 2022: “The Euro-Atlantic Area is not at peace” Jörg See	134
Ein „regionaler“ Krieg mit globalen Auswirkungen: Der Ukraine- Krieg und seine sicherheitspolitischen Folgen in Ostasien Oliver Corff	158

Kapitel II

Aus der Arbeit der FüAKBw (LGAN)

Krieg der Zukunft?!

Operative Herausforderungen des Multi-Domain Battlefield für die Bundeswehr

FKpt Alexander Heinrich

Oberstlt i.G. Michael Jappsen

KKpt Sascha Schlegel

180

Kapitel III

Strategische und operative Fragen im Licht der Theorie von Clausewitz

Gedanken zur Schnittstelle zwischen strategischer Zwecksetzung sowie operativer Umsetzung und dem Ukrainekrieg
Riecht das nicht förmlich nach Clausewitz und Moltke?

Manuela R. Krueger

Christian O. E. Millotat

196

Militärische Einsatzplanungen

Vom Instrument der Kriegführung zum Mittel von Abschreckung und Kriegsverhütung

Friedrich K. Jeschonnek

214

Kapitel IV

Bundeswehr und Gesellschaft

Innere Führung ist heute wichtiger denn je!

André Bodemann

248

Universitäten der Bundeswehr – fünfzig Jahre Erfolgsstory

Joachim Welz

262

Friedensdienst für alle

Vorschläge zur allgemeinen Dienstpflicht

Gerhard Pfreundschuh

281

Kapitel V

Geschichtswissenschaftliche Themen

»Gegen Demokraten helfen nur Soldaten«

Das Militär während der Revolution 1848/49

Michael P. Vollert

301

Ein Vergleich der nationalen und europäischen Status quo-Politik
von Kurfürst Karl Theodor und Otto von Bismarck
Eine historische Analyse von Sicherheitspolitik im 18. und 19. Jahr-
hundert
Ilya Zarrouk 324

Schwerpunkte der Clausewitz-Gesellschaft für das Jahr 2023 336

Bildnachweis 338

EDITORIAL

Liebe Angehörige der Clausewitz Gesellschaft, Freunde und Förderer, liebe Leser unseres Jahrbuchs 2022/ 23, zum 18. Mal in Folge geben wir das Jahrbuch der Clausewitz-Gesellschaft heraus.

Wie in den vergangenen Jahren liegt eine herausfordernde und sehr wechselhafte Zeit hinter uns. Als im Frühjahr 2022 der Krieg nach Europa zurückkehrte, war noch nicht absehbar, wie sehr sich die globale Sicherheitsstruktur verändern würde. Und noch immer müssen wir befürchten, dass wir erst ganz am Anfang dieser Entwicklungen stehen. Das hässliche Wort des globalen Konflikts steht im Raum, und es wird vielerorts deutlich mehr gezündelt als gelöscht.

Der Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine ist gekommen und gegangen, der Krieg dauert an. Der hartnäckige russische Versuch, das Wort Krieg dabei zu vermeiden, ist an der blutigen Realität eines zähen Ringens gescheitert, der sich über das Jahr zu einem

Das hässliche Wort des globalen Konflikts steht im Raum, und es wird vielerorts deutlich mehr gezündelt als gelöscht.

reinen Abnutzungskrieg entwickelt hat. Wie alle vergleichbaren Konflikte vor ihm, wird auch dieser Krieg letztlich durch die materielle und personelle Durchhaltefähigkeit entschieden werden – wenn es

nicht gelingt, Moskau politisch von der Sinnlosigkeit seines Handelns zu überzeugen. Aber die Uhren in Moskau ticken anders als die des von ihm so verhassten Westens.

Viel ist über Putins Stärke oder Schwäche spekuliert worden, um Rolle und Position seiner Gefolgsleute und vermeintlichen Gegenspieler, um seine politische und physische Zukunft. Die Töne aus Moskau sind dabei stets schriller geworden, die Drohungen immer unfassbarer, die Lügen immer durchsichtiger. Es fällt schwer, eine rationale Linie russischer Politik zu erkennen, schon gar eine Strategie, wie es denn weitergehen soll. Russland hat sich wirtschaftlich, politisch und moralisch isoliert, hat neue Partner gesucht und gefunden – Partner vergleichbarer Rücksichtslosigkeit, die allerdings mehr auf billige Energie als auf aktive Unterstützung schauen.

Beunruhigend ist, wie sehr sich die Gesellschaft an den Zustand des Krieges in Europa gewöhnt hat. Ein ganzes Jahr ist verstrichen, die Rufe der Verteidigungspolitiker und der Soldaten sind eindeutig – Deutschland ist auf einen Ge-

walktkonflikt nicht oder zumindest sehr schlecht vorbereitet, und bei der Masse unserer Partner und Verbündeten sieht es nicht viel besser aus. Als Gesellschaft sind wir auf existenzbedrohende Krisen praktisch nicht vorbereitet – als ob die Zeichen der Zeit nicht eindeutig auf Konflikt zeigen würden. In der öffentlichen Wahrnehmung geht aber alles weiter, als habe sich nichts verändert.

Selbstverständlich bleibt der Klimawandel eine dominierende Herausforderung. Genauso selbstverständlich müssen wir unseren nationalen Beitrag leisten, um gegenzusteuern. Aber wir können das nicht alleine tun, Klima macht an Landesgrenzen nicht halt. Die zum Teil dramatischen Entwicklungen sind nicht neu, sie sind das Resultat mindestens zweier Jahrzehnte von Versäumnissen – natürlich nicht nur in Deutschland. Das ist bedauerlich, aber Fakt – Geschichte ist immer Fakt, ob man sie mag oder nicht.

Als Gesellschaft sind wir auf existenzbedrohende Krisen praktisch nicht vorbereitet

Wir können als Nation unseren Beitrag nur leisten, wenn wir wirtschaftlich stark genug sind. Und hier liegt die Axt an der Wurzel. Schlüsselindustrien sind abgewandert oder stehen kurz davor. Kernkompetenzen in mehreren Bereichen sind in Deutschland, ja in Europa nicht mehr vorhanden, wir mussten das in der Pandemiekrise schmerzhaft erkennen. Der mehr ideologisch als wissenschaftlich gesteuerte Versuch, den Versäumnissen von Jahrzehnten mit dem Dampfhammer einer Verbotsflut zu begegnen, beunruhigt zurecht Menschen, Märkte und Branchen.

Neid und Angst sind dabei schlechte Ratgeber, haben aber eine starke Präsenz in den Medien. Sie treiben Umfragen, und Umfragen treiben die politische Führung. Was fehlt, ist der klare Blick nach vorne, das setzen weitreichender strategischer Ziele, die Definition existenziell entscheidender Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen.

Die Entscheidung der jungen Bundesrepublik zu Westbindung und freier Marktwirtschaft waren solche Vorgaben, sie haben Deutschland vor und gerade auch nach der Wiedervereinigung gutgetan. Das klare Bekenntnis zu Europa war ein weiteres sicheres Standbein.

All diese Fundamente scheinen aber heute ebenso reparaturbedürftig zu sein wie die vernachlässigte Infrastruktur. Wir haben uns, bildlich gesprochen, viel

zu lange auf unseren Lorbeeren ausgeruht und für selbstverständlich gehalten, was nicht selbstverständlich ist – Frieden und Wohlstand in Freiheit.

Die Infrastruktur Deutschlands, aber auch ganz Europas, ist auf einen grundlegenden Wandel nicht vorbereitet. Das trifft für sehr viele Bereiche zu, in der Verkehrsinfrastruktur, der Energieversorgung, dem Gesundheitswesen, der Erziehung und der Digitalisierung wird es besonders sichtbar und spürbar.

Eine Autofahrt über lange Autobahnstrecken macht vieles deutlich. Es sind nicht nur die zahllosen maroden Brücken und die vielen Endlosbaustellen, auf denen nur wenig gearbeitet wird. Die rechte Spur, und leider allzu oft auch die linke, sind das rollende Warenlager der Republik und auch Europas. Deutsche Speditionsunternehmen sind dabei in der Minderheit. Und in den Städten

herrschen Straßenschäden, Parkplatznot und zunehmend Verbotszonen.

Die Infrastruktur Deutschlands, aber auch ganz Europas, ist auf einen grundlegenden Wandel nicht vorbereitet.

Die Verkehrsnetze sind verwundbar, am Beispiel der nun geforderten Verlagerung auf die Schiene wird dies deutlich. Nicht

nur die Anfälligkeit der Bahninfrastruktur gegen gewaltsame Anschläge, sondern auch die Folgen des Missmanagements über Jahrzehnte haben dies im vergangenen Jahr erneut drastisch belegt, im zivilen Bahnverkehr herrschen ungenügende Zustände, der Güterverkehr ist überlastet. Über die strategische Bedeutung eines sicheren Schienenverkehrs unter militärischen Gesichtspunkten will ich hier gar nicht reden.

In der Energieversorgung erleben wir einen raschen Wechsel von Zielsetzungen. Und das gilt nicht nur für die erzwungene Abkehr vom Hauptversorger Russland, sondern auch für die Vermischung von Erfordernis und Ideologie. Wir alle wissen, wohin die Fokussierung auf billiges Gas im vergangenen Jahr geführt hat und schauen schon wieder auf den kommenden Winter. Aber auch die vor 10 Jahren als besonders nachhaltig ausgewiesenen Holzpellets sind ins Abseits geraten, von der Kernkraft – zum Glück nur der deutschen – ganz zu schweigen. Und wenn heute der Wärmetauscher als das Wundermittel gepriesen wird, steht zu befürchten, dass auch er in 10 oder mehr Jahren sein Gütesiegel der Umweltfreundlichkeit verliert und durch Nachfolgetechnologie ersetzt werden muss.

Heizungskauf, Autokauf zur E-Mobilität, Hausisolierung, Gesundheits- und Altersvorsorge – all das sind Großinvestitionen für den Durchschnittsbürger, die er nicht zeitgleich leisten kann.

Und so ist es verständlich, dass der Blick der Bevölkerung auf diese Herausforderungen gerichtet ist, und die Fragen staatlicher Sicherheitsvorsorge im Hintergrund stehen. Da bleibt der Glaube, dass dafür schon irgendjemand zuständig ist und das schon regeln wird. Dem neuen Verteidigungsminister wird dabei viel zugetraut, seine Beliebtheitswerte spiegeln dies wider.

Und in der Tat haben die Aussagen zu Zeitenwende, Sondervermögen und Haushaltsanhebung im Einzelplan 14 das Gefühl steigender Sicherheitsanstrengungen aufgezeigt. Nun muss die Umsetzung erfolgen – bei der Bundeswehr in erheblichem Umfang, wie die Wehrbeauftragte treffend feststellt.

Aber militärische Sicherheit ist bei Weitem nicht alles. Die Ereignisse in der Ukraine zeigen uns täglich, wie ein moderner Krieg im 21. Jahrhundert von einem rücksichtslosen Gegner geführt wird. Der Kampf militärischer Truppenkörper an einer Frontlinie ist da nur ein Teil, und selbst er wird in der Ukraine weit außerhalb der Haager Landkriegsordnung und der Genfer Konvention mit zahlreichen paramilitärischen Akteuren und Organisationen geführt.

Die wirtschaftliche Isolation des Gegners mit dem Versuch, seine Versorgung und seine Einnahmequellen abzuschneiden, war immer schon Bestandteil von Kriegen. In unserer global vernetzten Wirtschaftswelt ergeben sich daraus aber weitreichende Konsequenzen, auch für Dritte, die der Angreifer planen, der Verteidiger aber nur schwer voraussehen kann. Wir haben das in unseren Supermärkten ein wenig gespürt. Man kann nur ahnen, welche Konsequenzen ein chinesischer Angriff auf Taiwan hier hätte.

Der gezielte Angriff auf Versorgungsinfrastruktur ist bei hoher Waffeneffizienz und Präzision klarer Bestandteil moderner Kriegsführung. Die Verwundbarkeiten muss ein Angreifer nicht lange suchen, nur allzu oft publizieren wir sie selber. Kommt Terror, zum Beispiel durch Angriffe auf Krankenhäuser und Kindergärten dazu, so soll dies natürlich vor allem den Widerstandswillen der gegnerischen Bevölkerung brechen – auch das ist nicht neu, aber erschreckend in seiner Rücksichtslosigkeit.

Dass der Krieg in den Medien und in den digitalen Netzen geführt wird, darf niemanden mehr überraschen, hier sind wir alle längst Konfliktpartei. Dabei

sind die Grenzen von staatlicher Handlung, krimineller Energie und wirtschaftlichen Interessen nur schwer bis gar nicht zu erkennen oder gar zu ziehen.

Und es ist auch nicht neu, dass Kriege Flüchtlingsströme produzieren. Was allerdings neu ist, ist die gezielte Auslösung solcher Flüchtlingsströme durch exzessive Gewaltanwendung gegen Bevölkerungen wie in Syrien und der Ukraine,

Dass der Krieg in den Medien und in den digitalen Netzen geführt wird, darf niemanden mehr überraschen, hier sind wir alle längst Konfliktpartei.

um mit diesen Flüchtlingsströmen Dritte – in diesem Falle die westlichen Staaten – zu destabilisieren. Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass ein wesentliches Ziel Putins neben der Wiederherstellung russischer „Größe“ die Zerschlagung der EU und Schwächung der NATO ist. Und wie bedeutend vor diesem Hintergrund der Zusammenhalt beider Organisationen, ja ihre Stärkung durch neue Mitglieder ist.

Auf die erkennbaren Bedrohungen ist Deutschland, sind die meisten NATO-Staaten, schlecht bis gar nicht vorbereitet. Verständlicherweise nehmen unsere neuen Partner im Osten diese Herausforderung viel ernster als wir, aber wir dürfen sie nicht weiter ignorieren. Wie sehr gerade die russische Führung auf Deutschland als Zielgebiet guckt, machen uns Putin, Medwedew, Lawrow und alle Propagandisten des Kreml fast wöchentlich deutlich.

Die Beschäftigung mit den Fragen gesamtstaatlicher Sicherheitsvorsorge ist damit auch ein Thema für unsere Gesellschaft. Wir werden uns dem stellen, um im Sinne von Clausewitz einen alten Grundsatz zu bewahren:

Man muss das Ganze stets vor seinen Teilen sehen.

Der **Besondere Beitrag** in diesem Jahrbuch stammt aus der Feder von *Klaus Naumann*. Er stellt die Frage, ob Deutschland und der Westen in Bezug auf die gegenwärtige Situation in der Vergangenheit richtig gehandelt haben. Dazu beginnt er mit einem Rückblick auf die deutsche Russland- und Sicherheitspolitik seit Ende des kalten Krieges, geht auf die Lage in der Ukraine ein und beschreibt die sich daraus ergebenden kurz- bis mittelfristig zu bewältigenden Herausforderungen. Ein wesentlicher Teil seiner Ausführungen widmet er der sich abzeichnenden Konfrontation zwischen China und den USA. Schließlich zeigt er auf, was die multiplen Krisen für die deutsche Gesellschaft bedeuten.

Das **Kapitel I**, als Schwerpunktkapitel, widmet sich dem Themenbereich der vielzitierten Zeitenwende. Dabei werden unterschiedliche Aspekte zur Lage im Nordatlantisch-Europäischen sowie im Indopazifischen Raum erörtert. *General Eberhard Zorn* stellt die Rolle der Bundeswehr in der Zeitenwende dar. Er stellt fest, dass es für die Streitkräfte darauf ankommt, schnell eine umfassende personelle und materielle Einsatzbereitschaft für den Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung herzustellen. Mit einer rundum kaltstartfähigen, einsatzbereiten Bundeswehr können nach seiner Bewertung auch alle weiteren, gleichzeitigen Aufträge im internationalen Krisenmanagement und in der Amtshilfe erfüllt werden können. Schnelles und entschlossenes Handeln sei das Gebot der Stunde. *Kurt Herrmann* untersucht das NATO-Russland-Verhältnis in den vergangenen 30 Jahren. Er stellt fest, dass die Mitgliedsstaaten der NATO und der EU im betrachteten Zeitraum sehr stark auf mögliche „Friedens-Dividenden“ geschaut und sich dabei immer wieder Illusionen bezüglich einer globalen Entwicklung in Richtung einer demokratisch-rechtsstaatlich orientierten Friedensordnung hingegeben haben. In Europa haben vor allem Deutschland und Frankreich den seit dem Amtsantritt von Präsident Putin grundlegend konfrontativen Charakter der russischen Politik gegenüber dem Westen nicht sehen oder nicht wahrhaben wollen. Er fordert deshalb, dass alle Überlegungen zum künftigen Verhältnis NATO-Russland unbedingt einen im Sinne von Clausewitz ausgerichteten illusionsfreien strategischen Gesamtansatz für eine stabile Europäische Sicherheitsordnung anstreben sollten. *Klaus Ohlshausen* fokussiert sich auf den Konflikt in der Ukraine. Mit Blick auf Clausewitz versucht er eine Analyse. Für ihn ergibt sich das Fazit, dass die westlichen Staaten sich bewusst bleiben sollten, dass mit diesem Angriffskrieg das weitere Schicksal Europas für die Welt infrage steht und deshalb gemeinsam hart dafür gearbeitet werden muss, mit einer freien Ukraine einen Erfolg für die Selbstbestimmung und die Gleichheit aller Staaten zu erzielen. *Heinrich Brauß* stellt die Frage zur Rolle der Europäer vor dem Hintergrund der aktuellen weltpolitischen Lage. Dabei kommt er zu dem Fazit, dass Europa und insbesondere Deutschland ein elementares Interesse daran haben müssen, dass der Kontinent sicher bleibt. Dazu muss der transatlantische Pfeiler stark gemacht werden und die Europäer gemeinsam militärisch handlungsfähig werden. *Jörg See* wirft einen intensiveren Blick auf die NATO nach dem 24. Februar 2022. Er stellt fest, dass die Allianz beim Gipfel in Madrid einen klaren Fokus auf die kollektive Verteidigung gelegt hat und mit ihrem neuen Strategischen Konzept der Fähigkeit zur Abschreckung und Verteidigung eine entscheidende Rolle zuweist. Die umfassende und rasche Umsetzung der Entscheidungen von Madrid wird allen Nationen, insbesondere auch Deutschland, Entschlossen-

heit, Mut, Initiative, Kreativität sowie das Setzen von auch unbequemen Prioritäten abverlangen. Schließlich betrachtet *Oliver Corff* in seinem Beitrag den Indopazifischen Raum und die Auswirkungen des Konflikts in der Ukraine auf diese Region. Der Überfall der Russischen Föderation auf die Ukraine hat seiner Meinung nach im Westen wie im Osten das Gegenteil dessen bewirkt, was in russischem oder chinesischem Interesse ist. Die bestehenden Bündnisstrukturen werden neu, belebt und neue Strukturen wie die trilaterale Kooperation zwischen Australien, dem Vereinigten Königreich und den USA (AUKUS) werden ins Leben gerufen sowie die regionale Kooperation wie zwischen den USA, Japan und Südkorea im Sinne einer integrierten Abschreckung intensiviert. Er betrachtet die Rolle von Nuklearwaffen und Nordkorea und widmet sich dem Engagement der Bundeswehr in diesem Raum.

Das **Kapitel II** enthält einen Beitrag aus dem Lehrgang für Generalstabsdienst und Admiralstabsdienst National 2020. Das *Autorenteam* beschäftigt sich mit dem Thema Multi Domain Operations. Mit Blick auf das Informationszeitalter, umfassende Technologiesprünge sowie das Erschließen neuer Dimensionen, die weitere Möglichkeiten der Kriegsführung eröffnen, betrachten die Autoren die dazu erforderlichen Maßnahmen, damit auch zukünftig Streitkräfte erfolgreich auf dem Schlachtfeld bestehen können.

Kapitel III beschäftigt sich mit Themen unter Berücksichtigung und mit Bezug zu den Theorien von Carl von Clausewitz. *Manuela R. Krüger* und *Christian O.E. Millotat* widmen sich in ihrem Beitrag der Schnittstelle zwischen Strategischer Zwecksetzung und ihrer operativen Durchsetzung mit Bezug zum Konflikt in der Ukraine. Sie versuchen in der derzeit oft unübersichtlichen Debatte zu dem Thema, das aus ihrer Sicht überbordende Begriffschaos über Gründe und Verlauf des Konflikts mit den Axiomen von Clausewitz und Moltke zu untersuchen. *Friedrich K. Jeschonnek* beschäftigt sich mit der Frage, welche Rolle einstige Kriegs- bzw. heutige militärische Einsatzplanungen auf politischen und obersten militärischen Ebenen haben. Dabei nimmt er u.a. Bezug auf die Entscheidungen des NATO-Gipfels in Madrid, die aus seiner Sicht in ein neues Streitkräftemodell münden, verbunden mit neuen Generation militärischer Planungen.

Themen aus dem Bereich Bundeswehr und Gesellschaft behandelt das **Kapitel IV**. Zur Bedeutung der Inneren Führung nimmt *André Bodemann* Stellung. Nach der „Zeitenwende“ wirft der Autor einen prüfenden Blick auf die Grundlagen, den Stand sowie insbesondere die zukünftigen Herausforderungen der Inneren Führung. Nach einer ausführlichen Diskussion stellt er fest, dass In-

nere Führung sowohl in der Vergangenheit, als auch in der Gegenwart ein bewährtes und beständiges Fundament für verantwortliches soldatisches Handeln unter Bindung an die Werte und Normen des Grundgesetzes als einzigem Bezugsrahmen war und ist. Zum 50-jährigen Jubiläum der Bundeswehruniversitäten, die den Lehrbetrieb im Jahr 1973 aufnahmen, würdigt *Joachim Welz* diese Institutionen. Nach einer tiefgehenden Betrachtung der Entwicklung in den fünf vergangenen Jahrzehnten zieht er als Fazit, dass sich das Modell in der Truppe und in den Anschlussberufen bewährt hat, sowie sich die akademisch gebildeten deutschen Offiziere im Alltagsdienst, in Auslandseinsätzen und im internationalen Vergleich jedem Vergleich stellen können. In einem sehr persönlichen Beitrag nimmt *Gerhard Pfreundschuh* Stellung zum Thema eines Friedensdienstes für alle. Er umreißt mögliche Szenarien zur Ausgestaltung einer Dienstpflicht, um auf diesem Weg jungen Menschen die Möglichkeit für ein gesellschaftliches Engagement zu eröffnen. Dabei legt er einen Schwerpunkt auf die Frage, wie auf diesem Weg auch zur personellen Bedarfsdeckung der Streitkräfte beigetragen werden könnte.

Schließlich widmet sich das **Kapitel V** geschichtswissenschaftlichen Themen. *Michael P. Vollert* geht auf die Rolle des deutschen Militärs in der Revolution 1848/1849 ein. Dabei nimmt er die wichtigsten Ereignisse in den Blick, bei denen das Militär in Deutschland in dieser Zeit eine maßgebliche Rolle spielte. Dabei arbeitet er heraus, dass die Armeen, ihre Soldaten und deren Verhalten in den einzelnen Bundesstaaten kein einheitliches Bild zeigten. *Ilya Zarrouk* analysiert in seinem Aufsatz vergleichend Aspekte der Sicherheitspolitik im 18. und 19. Jahrhundert. Dabei fokussiert er sich zunächst auf den südwestdeutschen Raum im 18. Jahrhundert und die Regentschaft des Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz, dessen Regierungszeit enorme Bedeutung für die kulturelle, ökonomische und infrastrukturelle Entwicklung des süddeutschen Raumes in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hatte. Im Weiteren vergleicht er dessen Vorgehensweisen mit den Ansätzen der Politik von Otto von Bismarck im 19. Jahrhundert.

Allen Lesern dieses Jahrbuches wünsche ich ein gutes Jahr 2023 und uns allen Frieden und ein Ende des unseligen Krieges in der Ukraine

Ich bin mit herzlichen Grüßen an Sie und Euch alle

Carsten Jacobson
Generalleutnant a.D.
Präsident der Clausewitz Gesellschaft

Vom Scherbenhaufen zur globalen Zeitenwende – Perspektiven europäischer Sicherheitspolitik

Klaus Naumann

Vorbemerkung

Dieser Beitrag beruht auf der Festansprache des Verfassers aus Anlass 70 Jahre Gesellschaft für Sicherheitspolitik am 5. Oktober 2022 in München. Auf Wunsch der Clausewitz-Gesellschaft wurde er im März 2023 aktualisiert und als Beitrag für das Jahrbuch 2022/2023 der Gesellschaft umgearbeitet und teilweise neu gefasst.

Einleitung

Wenn man die gegenwärtige Situation in und für Europa als Scherbenhaufen ansieht, dann stellt sich natürlich die Frage, ob Deutschland und der Westen



General a.D. Dr. h.c. Klaus Naumann bei seinem Festvortrag aus Anlass des siebenzigjährigen Bestehens der Gesellschaft für Sicherheitspolitik

alles falsch gemacht haben. Deshalb beginnt der Beitrag mit einem Rückblick auf die deutsche Russland- und Sicherheitspolitik seit Ende des kalten Krieges und beantwortet damit die Frage: Hat der Westen wie Moskau behauptet Putin zum Handeln gezwungen? Nach einer Beurteilung der Lage in der Ukraine werden die kurz- bis mittelfristig zu bewältigenden Herausforderungen beschrieben, in Europa, im Nahen Osten und in Afrika und dann, etwas ausführlicher, die sich abzeichnende Konfrontation zwischen China und den USA. Am Schluss wird aufgezeigt, was diese Vielzahl von

Krisen, die in Wahrheit Umbruch, vielfach sogar Neubeginn bedeuten, für die keineswegs krisenfeste deutsche Gesellschaft bedeuten.

Der Blick zurück

Die Welt, und damit auch Deutschland, hat in den letzten Jahren eine Reihe von Wendepunkten passiert, die alle grundlegende Veränderungen bedeuteten und Konsequenzen verlangten.

Zur Erinnerung: Die Präsidentschaft Trumps stellte die transatlantische Sicherheitsarchitektur in Frage, dann hat die globale Pandemie das System der globalisierten, verflochtenen Wirtschaft schwer beschädigt, sodann dankten die USA am 6. Januar 2021 als Leitbild und Modell der Demokratie ab, als ein vom abgewählten Präsidenten aufgehetzter Mob das Kapitol stürmte, und schließlich im Sommer 2021 der chaotische und schämliche Abzug aus Afghanistan, der die Glaubwürdigkeit westlicher Sicherheitsversprechen erschütterte und Autokraten wie Putin glauben ließ, der Westen sei unfähig zu entschlossenem Handeln. Doch die dramatischen Veränderungen unserer Welt zeichneten sich davor ab, vor allem durch den rasanten Aufstieg Chinas in diesem Jahrhundert. Doch keines dieser Ereignisse führte zu der 1999 nach dem Kosovo-Krieg beschlossenen, aber nicht verwirklichten Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Europas. Spätestens jedoch hätte die Annexion der Krim 2014 eine grundlegende Änderung deutscher und europäischer Sicherheitspolitik verlangt. Die erfolgte erst mit dem Krieg in der Ukraine ab dem 24. Februar 2022, der dann Bundeskanzler Scholz am 27. Februar angesichts des Scherbenhaufens der bisherigen Politik von Zeitenwende sprechen ließ. Doch es ist mehr als eine Zeitenwende, es ist ein Zivilisationsbruch, vielleicht der Beginn der Gestaltung einer neuen Weltordnung.

Ich habe bei der Gestaltung des Übergangs vom Kalten Krieg zu einer europäischen Sicherheitsordnung ein wenig mitwirken können und habe aufrichtig gehofft, man könne ein Europa gestalten, in dem Krieg und gewaltsame Veränderung von Grenzen durch Verträge dauerhaft gebannt werden können und in dem die Souveränität der Staaten respektiert wird. Diese Hoffnung ruhte auf der Schlussakte von Helsinki und Vereinbarungen wie der Charta von Paris 1990 und der NATO-Russland-Akte, mit der Russland die NATO-Erweiterung hinnahm und dafür großzügige Zugeständnisse erhielt.

Die Hoffnung, so eine Zone von Sicherheit und Frieden von Vancouver bis Wladiwostok zu schaffen, auf gewaltsame Veränderung von Grenzen dauerhaft zu verzichten, war keine Fiktion, und die Entspannungspolitik auf der Grundlage des Harmel-Ansatzes der NATO war kein Fehler. Sie hat ganz Europa das Ende des Kalten Krieges, den Deutschen die staatliche Einheit und der Welt den Zerfall des von einer aggressiven Sowjetunion geführten Warschauer Paktes gebracht. Diese Politik war eine Erfolgsgeschichte, aber sie hat Rückschläge niemals ausgeschlossen. Sicherheit wurde deshalb bis 1999 trotz großzügiger Friedensdividende nicht vernachlässigt. Es wurde also in der Epochenwende Ende des Kalten Krieges nicht alles falsch gemacht, vor allem wurden weder

Versprechen gegeben noch gebrochen. Russland wurde niemals gedemütigt, im Gegenteil, Russlands wurden zahlreiche, keineswegs gebotene Zugeständnisse, wie die Aufnahme in die G7 gemacht, aber der Westen, auch Deutschland, blieben vorsichtig. Es gab keine Abhängigkeit von Russland, und die Bundeswehr wurde in einem Zustand gehalten, der Landes- und Bündnisverteidigung noch immer möglich machte, nur als Beispiel: 1996 gab es noch 14 Heeresdivisionen.

Nach 1999 aber haben es alle mit der Friedensdividende übertrieben, auch die USA. Doch Deutschland hat nicht nur übertrieben, sondern in hohem Maße leichtfertig gehandelt. Die Bundeswehr, letztlich Deutschlands Lebensversicherung, wurde in sträflicher Weise abgebaut, Landes- und Bündnisverteidigung wurde zur Nebensache. Erst 2016, acht Jahre nachdem Russland 2008 einen Nachbarn wie Georgien angegriffen hatte und zwei Jahre nach der Annexion der Krim, reichlich spät also, erkannte man die Mängel und leitete mit der

„Trendwende“ den Wiederaufbau ein, politisch aber halbherzig und ohne Nachdruck der Kanzlerin und gegen gewichtige Stimmen der heutigen Kanzlerpartei. Zusätzlich, und vor allem, hat sich Deutschland in unglaublicher Weise in strategische Abhängigkeiten von Russland und China begeben. Ein Anteil von 55 % Gas aus russischen Quellen ist Beleg des Fehlens

Deutschland wurde zum unsicheren Kantonisten in NATO und EU, der einst große Einfluss wurde verspielt. Der Fehler Deutschlands war, sich leichtfertig wehrlos zu machen und von einem Gegenspieler, der nie Partner sein wollte, abhängig zu werden.

jeglichen strategischen Denkens. Wirtschaftliches Wachstum und Wohlergehen der Wahlbürger hatten Vorrang, das meist kurzfristige Gewinnstreben der Wirtschaft wurde nahezu mit den nationalen Interessen gleichgesetzt. Am schlimmsten jedoch war das Einlullen der Bevölkerung mit der irrigen und historisch widerlegten Hoffnung, alle Krisen und Konflikte könnten friedlich gelöst werden. Man glaubte, gegen alle Warnungen, auch im Umgang mit Autokraten an das Prinzip Wandel durch Handel, man verschwieg, dass das Herzstück europäischer Sicherheit, die Unverletzlichkeit von Grenzen, von Russland verletzt wurde. Eine verfehlte und von Ideologie statt Sachverstand getriebene Energiewende tat ein Übriges, und so entstand eine verwöhnte, nahezu in einer Traumwelt lebende, von der Mehrheit der Europäer abgekoppelte „Wohlfühl-Gesellschaft“. Deutschland wurde zum unsicheren Kantonisten in NATO und EU, der einst große Einfluss wurde verspielt. Der Fehler Deutschlands war, sich leichtfertig wehrlos zu machen und von einem Gegenspieler, der nie Partner sein wollte, abhängig zu werden. Der gemeinsame Fehler des ge-

samten Westens war, auf wiederholte und vielfältige russische Rechtsbrüche vom Bombardieren von Krankenhäusern bis hin zur Annexion von fremdem Staatsgebiet entweder überhaupt nicht oder viel zu unentschieden und zu schwach zu reagieren.

Weckruf Ukraine

Das Glashaus, in dem die deutschen Trittbrettfahrer so behaglich und scheinbar sicher saßen, zerbrach mit den ersten Bomben in der Ukraine. Nun merken endlich auch die Trautmäntzer, dass Putin eine neue europäische Sicherheitsordnung will, dass er schon 2001 in seiner umjubelten Rede im Deutschen Bundestag die Trennung Europas von Nordamerika gefordert hatte, dass er also das Ende der NATO will, des einzigen funktionierenden Sicherheitsinstruments Europas, und dass er die Spaltung der EU zu erreichen sucht. Deutlich sagte er es erneut im Dezember 2021, als er ultimativ das Zurückdrehen des Rads der Geschichte auf 1997 verlangte.

Putin hat sich verzockt. Er hat die alte Ordnung zerstört, doch bekommen hat er eine stärkere NATO und eine gefestigtere EU, denn er hat eine Zeitenwende in Europa, ja in der Welt herbeigeführt.

Doch Putin hat sich verzockt, ich habe das schon Anfang März 2022 gesagt. Er hat die alte Ordnung zerstört, doch bekommen hat er eine stärkere NATO und eine gefestigtere EU, denn er hat eine Zeitenwende in Europa, ja in der Welt herbeigeführt. Sein Angriff ist Völkerrechtsbruch und hat alle Grundlagen eines unverändert wünschenswerten kooperativen Verhältnisses mit Russland zerstört. Für Putins Fehleinschätzung gibt es drei Gründe: Erstens, er hat mit dem schnellen Sturz der Regierung in Kiew gerechnet, zweitens hat er einen raschen, von den Ukrainern umjubelten Sieg seiner Truppen erwartet und, drittens, hat er wohl angenommen, dass der Westen, wie üblich, uneinig und zerfahren, wie beim Abzug aus Afghanistan gezeigt, reagieren würde.

Die Verluste Russlands sind hoch. Es dürfte Jahre dauern, bis die erheblichen personellen, mehr als 150.000 Mann dürfte wohl zutreffend sein, und die stattlichen materiellen Verluste der Russen ausgeglichen werden können.

Nichts davon wurde wahr, und zusätzlich haben die mäßigen, durch Kriegsverbrechen beschmutzten Leistungen der im Westen allgemein überschätzten russischen Truppen gezeigt, dass sie in einem Krieg mit NATO-Kräften nicht be-

stehen könnten. Es dürfte Jahre dauern, bis die erheblichen personellen, mehr als 150.000 Mann dürfte wohl zutreffend sein, und die stattlichen materiellen Verluste der Russen ausgeglichen werden können. Vor allem aber, keines der vermutlich anfänglich gesetzten Operationsziele wurde erreicht .

Ein Zurück in die Welt vor dem 24. Februar wird es nicht geben, und dennoch wird auch dieser Krieg letztlich durch Verhandlungen und nicht auf dem Schlachtfeld beendet, belastet allerdings durch das Problem, dass der Verhandlungspartner Russland sich durch seine Kriegsverbrechen selbst aus der internationalen Gemeinschaft ausgeschlossen hat. Chinas heuchlerischer Friedensplan vom Februar 2023 ist in Gänze keine ernstzunehmende Grundlage für Verhandlungen, denn er versucht, vergessen zu machen, wer Täter und wer Opfer ist. Dennoch gibt es in den 12 Punkten Elemente, denen man zustimmen kann und andere, die man nehmen sollte, um sie in Verhandlungen zu verändern oder die man nutzen kann, um Türen zu öffnen.

Aber, der derzeitige brutale Abnutzungskrieg in den nun rechtswidrig annektierten ukrainischen Gebieten und die auf Kriegsmüdigkeit im Westen wie in der Ukraine zielende Zerstörung der Ukraine könnte zumindest bis Ende 2023 andauern, vielleicht sogar länger, möglicherweise unabhängig von der Frage, ob Putin an der Macht bleibt. Diese Frage kann derzeit niemand beantworten. Entscheidend wird sein, wann bei den Herrschenden in Russland die Angst vor den Folgen des Krieges größer wird als die Angst vor Putin.

Russland hat sich vermutlich für einen langen Krieg entschieden. Putin spielt daher auf Zeit und hofft, die Einheit des Westens zu zermürben. Er setzt voraussichtlich auf ein Nachlassen amerikanischer Führung ab Herbst 2023 als Folge des dann beginnenden Wahlkampfes in den USA. Putins Nahziel dürfte sein, erst einmal das Erreichte zu sichern, als Voraussetzung für die Fortsetzung des Krieges, auch über 2023 hinaus. Erneute Angriffe im Donbass nach Ende der Schlamperperiode sind denkbar, wahrscheinlich sind dabei lediglich hohe Verluste auf beiden Seiten, aber wohl kaum durchschlagende Erfolge. Anhalten dürften die eindeutig als Kriegsverbrechen einzustufenden Luftangriffe auf zivile Ziele, um den Widerstandswillen der Ukraine zu brechen. Maximales Ziel Russlands im Jahr 2023 könnte die weitgehende Fragmentierung der Ukraine sein, vielleicht der Besitz der gesamten Schwarzmeerküste einschließlich Odessa, um damit eine Rumpf-Ukraine vom Meer abzuschneiden. Gegenwärtig, nach dem Fall von Cherson, ist Russland dazu ohne die, allerdings wenig wahrscheinliche, volle Mitwirkung von Belarus operativ kaum in der Lage, denn

Cherson, das Tor nach Odessa, musste aufgegeben werden. Russland ist in der Defensive und insgesamt zu schwach, um militärisch entscheidende Erfolge zu erzielen. Ob sich das im Frühjahr noch ändern wird, ist eine sehr offene Frage. Jedermann, der im Westen nun Verhandlungen ohne vorherigen völligen Rückzug der Russen fordert, muss wissen, dass er damit nur Putin hilft, Zeit zu gewinnen, vielleicht sogar sich an der Macht zu halten. Alle, die im Westen etwas hirnlos plappern, eine Atommacht wie Russland könne einen Krieg nicht verlieren, scheinen vergessen zu haben, dass die Atommächte Sowjetunion am Hindukusch und die USA in Vietnam verloren haben und letztere weder im Irak noch in Afghanistan erfolgreich waren.

Jedermann, der im Westen nun Verhandlungen ohne vorherigen völligen Rückzug der Russen fordert, muss wissen, dass er damit nur Putin hilft, Zeit zu gewinnen, vielleicht sogar sich an der Macht zu halten.

Doch auch die Ukraine ist angesichts ihrer Verluste vermutlich nicht in der Lage das Blatt militärisch zu wenden und dürfte wohl auch bis Ende des Jahres, anhaltende Unterstützung durch den Westen vorausgesetzt, Russland militärisch nicht besiegen können. Aber die Ukraine kann operative Vorteile erzwingen, wenn es ihren Streitkräften gelingt, durch Vorstöße mit hoher Beweglichkeit und großer Feuerkraft die erstarrten Linien zu durchbrechen und die Initiative zu gewinnen. Allerdings, die Verluste wie das Ausmaß der Zerstörung werden der Durchhaltefähigkeit der Ukraine eine sehr harte Probe auferlegen. Sie braucht dringend Hilfe, vor allem Munition. Durchstehen kann die Ukraine diesen Krieg gegen die vermutlich doch größere personelle und materielle Durchhaltefähigkeit Russlands nur, wenn zusätzlich zu anhaltenden Waffenlieferungen Hoffnungen auf ein besseres Morgen, also Wiederaufbau und EU-Mitgliedschaft, glaubhaft bleiben. Angesichts von vermutlich deutlich mehr als 400 Milliarden € Wiederaufbaukosten und der Rückkehr von mehr als 8 Millionen Flüchtlingen eine gewaltige Aufgabe für die gesamte internationale Gemeinschaft. Das mehr als verständliche Ziel der Ukraine, das gesamte Staatsgebiet, einschließlich der illegal annektierten Krim, zurückzuerobern, ist ein in jeder Hinsicht legitimes wie legales Ziel und stellt keineswegs einen neuen Angriffskrieg dar. Es wird allerdings wohl nur unter äußerst glücklichen Umständen zu erreichen sein.

Für eine Ausweitung des Krieges auf NATO-Gebiet ist Russland zu schwach. Auch die Nutzung atomarer oder chemischer Waffen ist wenig wahrscheinlich, vor allem, Einsatz taktischer Atomwaffen würde Putin nicht den Sieg, sondern

weltweite Ächtung bringen. Weder China noch Indien dürften einen solchen Tabubruch tolerieren, Anzeichen konnte man beim G-20-Gipfel in Bali und beim Treffen Biden – Xi Jinping erkennen. China möchte aus wirtschaftlichen Gründen Verhandlungen und ein Ende des Krieges, aber Xi will keinen Bruch mit Russland und will auch nicht Putin verlieren sehen. Er braucht einen freien Rücken, sollte es zu einem Konflikt über Taiwan kommen, aber er dürfte angesichts der unvergessenen offenen Rechnungen mit Russland im Raum Wladiwostok die Schwächung Russlands, ja die Selbstentwertung Russlands zur einflusslosen Rohstoffkolonie, nicht als Nachteil Chinas sehen.

Vor diesem Hintergrund muss Jedermann im Westen wissen: Solange Putin am Ruder bleibt, wird er nicht davon ablassen, eine Pufferzone vor Russland zu errichten, also ein Imperium wie Peter der Große, oder in seiner Sprache, eine russische Welt. Er scheint in einer selbst konstruierten Wahnwelt zu leben, und offen bleibt, ob ihn, den Autokraten, die Wahrheit über die Lage in der Ukraine erreicht. Diese „russische Welt“ zuzulassen wäre das Ende der regelbasierten Welt. Deshalb ist sie zu verhindern, und es sind Verhandlungen abzulehnen, die ein Einfrieren des Status quo als Ziel haben, erst recht Pläne wie die irregeleitete, zynisch und menschenverachtend zu nennende „Wagenknecht-Initiative“, die im Grunde genommen Angriffskrieg belohnt und nichts anderes als die Kapitulation der Ukraine fordert, damit die Deutschen in Frieden leben können. Die Ukraine kann das angesichts der Opfer und Zerstörungen ohnehin nicht akzeptieren, und wir, der Westen, dürfen es nicht, wir öffneten sonst die Tür zu einer Welt, in der nur noch das Recht des Stärkeren gilt. Putins blutige Spur von Grosny über Aleppo und in die Ukraine muss ein Ende finden, er muss in der Ukraine scheitern.

Westliche Position für den Einstieg in Verhandlungen, sobald die Ukraine diesen zustimmt und Russland dazu bereit ist, ja bittet, sollte angesichts der unzähligen Rechtsbrüche und Kriegsverbrechen Russlands der russische Rückzug auf die Positionen vor dem 24. Februar 2022 sein. Westliche Ausgangspositionen könnten sodann von Kiew akzeptierte und international garantierte, möglicherweise international überwachte Grenzen der Ukraine sein, der Abzug der Russen hinter die Grenzen von 2014 und die Beteiligung Russlands am Wiederaufbau der Ukraine unter Heranziehung eingefrorenen russischen Vermögens. Auf der Einleitung von Kriegsverbrecherprozessen muss der Westen bestehen, auch wenn der ergangene Haftbefehl gegen Präsident Putin dies besonders schwer machen wird. Einzelheiten dazu, auch Zeitpunkt, Format und Teilnehmer, müssen hinter verschlossenen Türen vorbereitet werden, damit der

Westen mit einer konsolidierten Position in einen Verhandlungsprozess einsteigen kann. Darüber darf jetzt nicht öffentlich geredet werden, jede öffentliche Diskussion hilft nur Putin. Entscheidend für den Erfolg der Ukraine und des Westens ist es, Geschlossenheit zu wahren.

Strategisch betrachtet hat Russland durch Putins Krieg wohl aber bereits jetzt verloren. Putin hat schon jetzt drei „Erfolge“ erzielt, die er bestimmt nicht wollte:

Erstens, NATO und EU sind geeint wie selten zuvor in den letzten 20 Jahren, zweitens, die ukrainische Nation ist gefestigter in ihrer Ablehnung russischer Herrschaft als je zuvor, ja wendet sich sogar von der russisch-orthodoxen Kirche ab, und, drittens, Schweden und Finnland werden NATO-Mitglieder werden, und Dänemark will nun auch in Verteidigungsfragen Vollmitglied der EU sein. Die NATO wie die EU werden somit durch Putin stärker als je zuvor und Europa sicherer.

Ein vierter, aus russischer Sicht höchst unerwünschter Erfolg zeichnet sich ab: Die ohnehin nur nuklear angreifbaren USA werden vor dem Hintergrund der inneren, durch gewaltige Bevölkerungsabnahme nahezu unvermeidlichen Schwierigkeiten ihres einzigen Konkurrenten China gegen Ende des Jahrhunderts möglicherweise erneut zur einzigen Supermacht aufsteigen. Putins Krieg dient regelrecht als Booster für die amerikanische Industrie und Wirtschaft, die durch die ungebrochene Macht des Dollars, die Dominanz in den entscheidenden neuen Technologien und durch die Vorherrschaft im Reich des Datenflusses, oft das Öl des 21. Jahrhunderts genannt, uneinholbar stärker werden. Putin hat seinen Traum von einer multipolaren Welt mit einem starken Pol Russland selbst zerstört. Die Pole dieser Welt werden neben den USA China, Indien und, sollte Europa wirklich und nachhaltig aufwachen, das Europa der EU sein.

Putin hat seinen Traum von einer multipolaren Welt mit einem starken Pol Russland selbst zerstört. Die Pole dieser Welt werden neben den USA China, Indien und, sollte Europa wirklich und nachhaltig aufwachen, das Europa der EU sein.

Russlands Preis für Putins „Erfolge“ ist allerdings hoch. Die Verluste Russlands an Menschen und Material sind beträchtlich, die Abwanderung junger Russen scheint zuzunehmen, vor allem aber dürften mittel- bis langfristig die wirtschaftlichen Folgen für Russland verheerend sein: Das BIP ist schon jetzt um

mehr als 4 % gesunken und wird weiter sinken, manche Prognosen sprechen von 10 % Abnahme, mehr als 8700 westliche Firmen haben Russland verlassen, finanzielle Folgen dürften bald sichtbar werden, auch weil die Öl-Exporte vermutlich um etwa 42 % im Laufe des Jahres sinken werden. Die Sanktionen fangen erst 2023 an, Russland zu schädigen, obwohl auch deutsche Firmen und NATO-Partner wie die Türkei nach wie vor versuchen, sie zu umgehen. Russland wird somit nur noch ein nuklear bewaffneter Spielball in Chinas Händen, also nicht Partner auf Augenhöhe, sondern abhängiges Anhängsel. Putin wird Russland auf Dauer nicht stärker, sondern schwächer machen. Die Antike verband solche Erfolge mit dem Namen Pyrrhus.

Wie es weiter gehen wird, ist noch offen. Die Sanktionen, die natürlich auch Europa wirtschaftlich schädigen, werden den Krieg nicht beenden. Der Westen muss sich auf einen längeren Konflikt von unbestimmter Dauer einstellen und muss dazu, das wird entscheidend sein, seine derzeitige Einigkeit bewahren. Vor allem aber muss Europa neben dem beschleunigten Herstellen seiner Verteidigungsfähigkeit seine vielfältigen Abhängigkeiten beenden, ohne den Irrweg der Autarkie zu gehen. Das heißt: weder Ende der Globalisierung noch Aufgabe der Zusammenarbeit mit China. Das ist schlicht unmöglich, übrigens auch für die USA. Möglich aber ist, nicht erneut kurzsichtigem Gewinnstreben zu gestatten, die Politik zu treiben und strategische Abhängigkeit von China zu erlauben. Die Folge wäre das Stolpern von einer Krise in die nächste.

Der Westen hat den Vorteil, die Ziele des Gegners zu kennen: Putin will den Westen spalten. Er verfolgt dazu eine Doppelstrategie: Er will Europa von den USA trennen, und er will die Wirtschaftslokomotive Deutschland schwächen, um damit die Europäische Union zu zerrütten. Er weiß, dass die Ziele Europas und der USA unterschiedlich sind. Die USA wollen Russland schwächen, um in Asien freie Hand zu haben. Aber sie haben in der Ukraine-Krise auch gezeigt, dass sie in Europa bleiben wollen, dass sie den Westen weiterhin führen wollen, weil sie wissen, dass sie nur mit der festen Verankerung auf der europäischen Küste die Weltmacht Nummer eins bleiben werden. Die Europäer wiederum wissen, dass sie auch künftig mit Russland auf einem Kontinent leben müssen. Das aber können sie in Sicherheit nur, wenn sie die USA fest an ihrer Seite haben, denn bis auf weiteres gibt es keine Sicherheit für Europa, vor allem keine nukleare Sicherheit, ohne die USA. Das unersetzliche Instrument dafür ist die NATO, aber eine NATO mit deutlich stärkeren europäischen Fähigkeiten. Damit könnte der Westen künftige Krisen proaktiv bewältigen und Kriege durch Abschreckung verhindern. Damit stellt sich natürlich die zentrale Frage, wie

man Abschreckung in einer Lage herstellen kann, in der künftige Gegner eine Art der Kriegsführung anwenden könnten, die man als „5D-Kriegsführung“ bezeichnen könnte: die gleichzeitige, koordinierte und durchgeplante Nutzung von Desinformation, Deception (Täuschung), Disruption, Destabilisierung, verstärkt durch Zwang, also durch Destruction, die partielle Zerstörung, und schließlich, möglicherweise zusätzlich, und das wäre das sechste D, durch Disease, also absichtlich herbei geführte Krankheiten.

Deshalb muss Europa nun als Erstes wahr machen, was es zu Beginn der Zeitenwende versprochen hat, es muss schnell eigenständig handlungsfähig werden, und es muss anhaltend und nachhaltig 2 % des BSP für Verteidigung ausgeben. Das ist die Unter-, nicht die Obergrenze. Der Bundeshaushalt 2023 bleibt unter den 2 %, damit bricht Deutschland erneut Zusagen und macht sich angesichts der Großzügigkeit, mit der Deutschland konsumtive Ausgaben durch ausufernde Schulden steigert, zum unglaubwürdigen und damit einflusslosen Partner. Doch Europa, eben auch Deutschland, muss in jedem der fünf D's eigenständig handlungsfähig werden, und zusätzlich muss Europa Nachhaltigkeit erreichen, beispielsweise seine Bevölkerung vor neuen Pandemien schützen und Cyberangriffe auf seine Industrie und seine politischen Organisationen abwehren können.

Das zu erreichen wird angesichts von Inflation und möglicherweise Rezession schwer werden, doch Europa muss schon jetzt an die Unwägbarkeiten der amerikanischen Wahl 2024 denken. Sie aufzufangen, kann nur gelingen, wenn ein geeintes, handlungsfähiges Europa der Partner einer gespaltenen amerikanischen Gesellschaft ist. Wie gespalten die USA sind und bleiben, haben die Mid Term Elections gezeigt, wenngleich erfreulicherweise die Demokraten entgegen allen Vorhersagen die Mehrheit im Senat behaupten konnten, aber Biden nun gegen eine allerdings überraschend knappe Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus regieren muss. Eine grundlegende Änderung, vor allem der Ukraine-Politik, ist somit zunächst nicht sehr wahrscheinlich. Das kürzlich verabschiedete Gesetz, der Inflation Reduction Act, das Ausgaben von 430 Milliarden US-Dollar in zehn Jahren zur Förderung amerikanischer Eigenständigkeit vorsieht, bedeutet allerdings verschärften Wettbewerb zwischen Europa und den USA bei anhaltender europäischer Abhängigkeit von amerikanischen Sicherheitsgarantien. Vermehrte Investitionen in den USA und Abwanderung europäischer Industrien als Folge viel zu hoher Energiepreise könnten die direkten Folgen sein. Das bleibt also, ebenso wie die China-Politik der USA, egal wie 2024 gewählt werden wird, und das heißt für die Europäer,

dass sie ihre Sicherheit nicht von kurzfristigen politischen Schwankungen in den USA abhängig machen dürfen und wissen müssen, dass Amerikas Schwerpunkt künftig Asien ist. Es ist deshalb durch das Europa der EU eine belastbare Partnerschaft auf Augenhöhe zu erreichen. Das schließt wirtschaftliche Abhängigkeit ohne Mitsprache aus, und das setzt gewisse Eigenständigkeit Europas in seiner eigenen Verteidigung voraus. Zusätzlich und vor allem aber müssen die Europäer den Amerikanern deutlich machen, dass auch die USA Europa brauchen. Der amerikanische Weltmachtstatus hängt davon ab, dass die USA die europäische Gegenküste kontrollieren und sie Europa auf ihrer Seite haben, denn das Bündnis mit Europa gibt den USA im globalen Wettbewerb der Systeme Legitimität. Den von Xi eingeleiteten systemischen Konflikt können die Europäer und Amerikaner nur gemeinsam für sich entscheiden.

Ganz aktuell aber müssen Europäer wie Amerikaner begreifen, dass sie alles tun müssen, um in allen Feldern der Politik Einvernehmen zu erhalten. Jede Spaltung dient, erstens, nur Putin und machte es, zweitens, fast unmöglich, mit China doch noch einen kooperativen, noch immer möglichen Weg zu finden.

Zusätzlich sollte der Westen aber schon jetzt für zukünftige Konflikte endlich lernen, dass man gewaltbereite Autokraten mit Sanktionen allein nicht zum Verzicht auf Gewalt zwingen kann. Es muss stets die glaubhafte Drohung mit Militäreinsatz dazukommen, im äußersten Fall auch ohne eine vertragliche Beistandsverpflichtung, denn übergeordnet gilt die von der UN-Vollversammlung gebilligte Schutzverantwortung (R2P, responsibility to protect).

Die Ukraine – Vorspiel einer globalen Zeitenwende.

Die Welt befindet sich in einer globalen, weit über das Militärische hinausgehenden Zeitenwende, der Krieg in Europa ist nur Vorspiel. Das heißt, dass in der Regel künftig wohl mehrere Krisen gleichzeitig zu bewältigen sind, die sich zum Teil überlappen und/oder in Wechselwirkung verbunden sind. Keine von ihnen wird mit militärischen Mitteln allein zu bewältigen sein, der seit den neunziger Jah-

Die Welt befindet sich in einer globalen, weit über das Militärische hinausgehenden Zeitenwende, der Krieg in Europa ist nur Vorspiel.

ren geforderte, aber nie gestaltete umfassende Sicherheitsansatz ist nun anzupacken. Auf mehrere Krisen gleichzeitig ist keine Regierung im Westen ausreichend vorbereitet, die zudem alle mit dem Handicap leben müssen, gemeinsam in Bündnissen, also einstimmig, zu handeln und in der Regel aus der Reaktion

heraus die Initiative zurückzugewinnen haben. Zudem sind sie durch ihre Regierungsorganisation in oft starr abgegrenzte Ressorts im Krisenmanagement in der Regel zu langsam. In Krisen gilt aber stets: Time is of the essence, schnelles Handeln ist entscheidend.

Das skizziert die Herausforderungen für NATO und EU. Fragen, die sich als Hemmnis erwiesen haben, werden nicht, oder noch nicht, angesprochen wie beispielsweise das in Krisen hemmende Einstimmigkeitsprinzip. Doch Wege zu Mehrheitsentscheidungen, zumindest in der Durchführung getroffener Grundsatzentscheidungen, sind nun zu gestalten. Weit schwieriger noch stellt sich auch die Frage, ob die Vereinten Nationen als oberstes Instrument der Wahrung des Friedens noch handlungsfähig sind, wenn eine Vetomacht, die Recht bricht, durch ihr eigenes Veto-Recht geschützt bleibt. Die Generalversammlung müsste das Veto von Rechtsbrechern überwinden können, zumindest es für die Dauer laufender Untersuchung von Kriegsverbrechen ruhen zu lassen.

Eine Welt voller Ungewissheit liegt vor uns.

Sicher, der Ukraine muss weiterhin geholfen werden, gerade jetzt durch Waffenlieferungen, später dann im weiteren Kampf gegen Korruption, im Wiederaufbau und auf dem Weg in rechtsstaatliche Demokratie und in Organisationen wie die EU. Aber die anderen, schon erkennbaren Krisen dürfen nicht aus dem Auge verloren werden. Doch wichtiger vielleicht noch ist die Erkenntnis, dass es sich vermutlich kaum noch um eine Krise handelt. Krisen sind immer Vorübergehendes, aus denen man sich kurzzeitig herausmogeln kann. Was die Welt derzeit erlebt, ist dauerhafte Veränderung, auch hier in Deutschland, denn das Geschäftsmodell Deutschlands ist ohne zum Teil erhebliche Veränderung nicht mehr zu halten. Seine drei Säulen, günstige Energie, Exportweltmeister und Innovation durch die großartige Kombination von Innovation und nahezu einzigartigem Facharbeitertum, sie alle sind beschädigt. Hinzukommt, wie angedeutet, eine äußerst unruhige Umwelt. Gefordert ist deshalb dauerhafte und nachhaltige Veränderung.

Dazu einen Blick auf den Globus und in die Kristallkugel.

Da ist Uneinigkeit in unserem europäischen Haus, denn der Motor Europas, die deutsch-französische Zusammenarbeit stottert, der Brexit hat Europa geschwächt, und Mini-Autokraten wie Orbán und Erdoğan machen sich breit.

Zudem ist da vor Europas Haustür die Instabilität im West-Balkan, vor allem in Bosnien-Herzegowina, wo Russland als Unruhestifter wirkt, da ist das Risiko, dass es über Bohrungsrechte im östlichen Mittelmeer zu einem bewaffneten Konflikt zwischen den NATO-Ländern Griechenland und der Türkei kommen könnte. Auch ein größerer Konflikt in der Ägäis ist denkbar, ausgelöst durch die türkische Ansicht, dass der Vertrag von Montreux, der wenigstens für eine fragile, wenngleich umstrittene Ordnung in der Ägäis sorgte, 2023 nach 100 Jahren ungültig werde. Geht man etwas weiter, dann hat man durch die neue Regierung in Israel und die dortige innere Instabilität weiterhin Sorgen um die Zukunft Palästinas und, weit wichtiger, die Frage der Vorherrschaft am persisch/arabischen Golf. Die findet vor allem Ausdruck im, trotz jüngster chinesischer Vermittlung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, ungelösten Iran-Problem. Iran ist im Inneren instabil, dennoch zündelt es an der Grenze der Türkei, es unterstützt weltweit Terrorismus, und es ist durch die fehlerhafte Kündigung des mangelbehafteten Atomabkommens nun als virtuelle Atommacht zu bezeichnen. Vermutlich hat es bereits 60 kg hochangereicherten Urans, eine gute Grundlage, um daraus in vielleicht weniger als einem Monat 5 bis 6 einfache Atomwaffen zu bauen. Raketen, die Europa erreichen können, besitzt der Iran seit Jahren. Ob und wie man diese Gefahr und einen nuklearen Wettlauf im Nahen Osten noch verhindern kann, das ist eine der großen offenen, vor allem für Europa entscheidenden Fragen, die durch ängstliches, insbesondere deutsches Festhalten an einem überholten Vertrag nichts zu lösen ist.

Zusätzlich sind da ferner all die vielen ungelösten, in ihren Dimensionen weit größeren Fragen Afrikas: Wie kann man Migration auffangen, möglichst verhindern? Sie dürfte in diesem Jahr vermutlich verstärkt stattfinden, der Hunger als Folge der eingeschränkten Weizenimporte aus Russland und der Ukraine könnte treibender Faktor sein. Doch das ist nur ein erstes Warnsignal für die vermutlich drängendste, aber noch nicht einmal ernsthaft angepackte Krise: die Bewältigung der Folgen des globalen Klimawandels, der in unserer nun von acht Milliarden Menschen bewohnten Welt zu Nahrungs- und Ressourcenmangel, allen voran Wassermangel, zu Naturkatastrophen und wegen des explosionsartigen Bevölkerungswachstums in Afrika vermutlich dort auch zu Kriegen und damit zu weiteren Flüchtlingswellen Richtung Europa führen wird.

Doch der eigentliche Auslöser globaler Veränderung ist der Aufstieg Chinas zum globalen Akteur. Dessen bisheriger, aber vorläufiger Höhepunkt war die Gründung der regionalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit RCEP im Herbst

2020. Damit schlossen sich im pazifisch-asiatischen Raum 15 Staaten, darunter Demokratien wie Japan und Australien, unter Chinas Führung zusammen, das somit über 44 % des Welthandels kontrolliert. Die Herausforderung der Zukunft wird somit die Bewältigung des Konflikts zwischen den beiden globalen Mächten unserer Zeit sein, den USA und China. Chinas Anspruch, bis 2050 in allen Kategorien internationaler Machtausübung die Nummer eins zu sein, ist eindeutig formuliert und wird zielstrebig mit dem Programm der neuen Seidenstraße, dem Technologie-Konzept China 2025 und nun, in Umsetzung der Forderung Präsident Xis, bis 2050 eine neue überlegene Weltordnung anzubieten, mit der China Development Initiative CDI verfolgt. Letztere bietet die Alternative zu westlicher Demokratie an. Die Welt steht somit in einem systemischen Konflikt zwischen Autokratie und rechtsstaatlicher Demokratie, und dennoch können weder Europa noch die USA einen völligen Bruch mit China auch nur ins Auge fassen. Nach dem Besuch des chinesischen Staatspräsidenten in Moskau Mitte März muss der Westen von einem belastbaren Bündnis zwischen einem starken, aber langfristig schwächer werdenden China und einem abhängigen und nachhaltig schwächer werdenden Russland ausgehen. Dennoch, China wird zunächst vermutlich nicht auf Krieg setzen, sondern wird versuchen, den globalen Süden im systemischen Wettbewerb zwischen Demokratie und Autokratie auf seine Seite zu ziehen.

Die Herausforderung der Zukunft wird die Bewältigung des Konflikts zwischen den beiden globalen Mächten unserer Zeit sein, den USA und China.

Europa darf deshalb die zahlreichen potenziellen Krisen in Asien, wie beispielsweise die koreanische Atom-Frage, doch allen voran die ungelöste Taiwan-Frage nicht aus den Augen verlieren. China wird seinen Anspruch auf Taiwan kaum aufgeben. Aber China ist geduldig und vorsichtig. Es wird nicht wie Putin durch Ungeduld strategische Fehler machen und sich selbst schwächen. Sollte sich aber aus der Schwäche seiner Gegner oder durch Änderungen in der Politik Taiwans nach den Wahlen im Januar 2024 eine Gelegenheit ergeben, die „abtrünnige Provinz“ heimzuholen, dann wird China die Chance nutzen. Versichernd mag sein, dass China derzeit militärisch wohl kaum in der Lage ist, Taiwan einzunehmen, sofern die USA und Japan an Taiwans Seite stehen. Das aber werden sie, denn mit der Inselkette Japan-Taiwan-Philippinen wird die Kontrolle der Straße von Malakka, des wichtigsten Nadelöhrs des Welthandels, durch China verhindert und das rohstoffabhängige China eingehegt. Außerdem muss China bei einem Krieg beachten, dass die leistungsfähige Chip-Industrie Taiwans unversehrt bleibt, wenn China sich nicht selbst beschädigen will. Es

sei nur daran erinnert, dass Taiwan derzeit als einziges Land der Welt Chips mit einer Integrationsdichte, die Elemente in der Größe von 2 nm beeinhaltet herstellen kann, die Volksrepublik dagegen nur Miniaturisierung bis 24 nm. Das ist der vielleicht wichtigste Grund, warum die Volksrepublik noch immer den Westen braucht. Zudem, die enormen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Chinas als Folge der Null-Covid-Politik und der gewaltigen Infrastrukturblase erlauben bis auf weiteres keine Abenteuer. Außerdem droht China im Gegensatz zu Indien bis zum Ende des Jahrhunderts eine demographische Katastrophe, die schon jetzt außenpolitische Abenteuer sehr schwer macht: Die Bevölkerung könnte auf weniger als 700 Millionen Menschen sinken. Ein frühestes Datum für ein Vorgehen gegenüber Taiwan, aber doch auch aus militärischen Gründen unwahrscheinliches Datum könnte 2027 sein, der 100. Geburtstag der Volksbefreiungsarmee. Doch Xi geht es um weit mehr als Taiwan: Sein Ziel ist global, sein Zieldatum ist 2049, der 100. Geburtstag der Volksrepublik. Bis dahin will er die USA in allen Handlungsfeldern übertrumpfen können. Dafür schafft er weltweit die Voraussetzungen: Der Cosco-Deal in Hamburg gehört ebenso dazu wie die Übernahme des Hafens von Piräus, den Xi selbst als den Kopf des chinesischen Drachens in Europa bezeichnet hat. Man muss das als Signal sehen, dass China unabhängig von westlicher Technologie werden will. Nur solange diese Abhängigkeit besteht, wird China Partner sein, danach wird es zwar nicht Feind, aber Konkurrent und systemischer Gegner sein. Deutsche Firmen, die auf technologische Kooperation setzen, müssen das wissen, denn im Falle einer Taiwan Krise wird Deutschland sich Sanktionen des Westens nicht versagen können. Eine technologische Abhängigkeit deutscher Firmen von China wäre dann ein Potenzial, das bis zur Vernichtung solcher Firmen reichen könnte.

Was bedeutet das für Deutschland und Europa und deren Weg zurück in die Wirklichkeit?

Zur Lösung all dieser erkennbaren Sicherheitsprobleme ist nun ein Konzept zu entwickeln, das wirklich alle Felder der Politik erfasst und definiert, welche Instrumente man zur Umsetzung braucht und das auch Europas Mitwirkung im Pazifik und in der Arktis einschließt. Die NATO-Formel der 360° Verteidigung beschreibt die Herausforderungen zutreffend, nämlich gleichzeitig mit Russland, der Fragilität im Süden des NATO-Gebietes, den durch den Klimawandel erhöhten Gefahren im hohen Norden und in Afrika und den aus dem Nahen Osten wie aus Asien auf die NATO einwirkenden Risiken fertig zu werden.

Streitkräfte müssen nicht nur zu Lande, in der Luft und auf See koordiniert operieren können, sondern auch im Cyberspace und im Weltraum. Durch künstliche Intelligenz, Bionik, Automation, Robotik und Nano-Technologien könnten Gegner neue, bislang kaum geahnte Möglichkeiten der Lähmung und Zerstörung in die Hand bekommen. Betrachtet man zusätzlich die Wahrscheinlichkeit, Kampfhandlungen durch vorangehende oder begleitende hybride Operationen und koordiniertes terroristisches Handeln zu unterstützen, dann erkennt man die Dimension künftiger Kriegsführung und die unzulängliche Vorbereitung Europas, sich zu schützen. Derzeit ist Europa ein Verbündeter, der Klotz am Bein der USA ist, der aber dennoch unersetzlich ist, weil er den USA im Verbund der Demokratien globale Legitimität gibt. Werden muss es ein hilfreicher Partner, der in seinem Interessenbereich eigenständig handeln kann. Sollte es Europa gelingen, seine Schwächen abzubauen und seine Stärken zu stärken, dann gewinnt es Handlungsfreiheit, auch gegenüber China. Sieht man all das nüchtern, dann erkennt man, vor welchen Herausforderungen Streitkräfte, Industrie, Wissenschaft und die Gesellschaft in Europa stehen. Zu einem somit zwangsläufig sehr komplexen Konzept für Sicherheit und Verteidigung, das weit über die vorliegenden Papiere der EU und der NATO hinausgehen muss, weil es deutlich machen muss, dass künftig wohl fast immer global statt regional und gelegentlich vielleicht auch präventiv statt reaktiv zu handeln sein wird, ist nun die Zustimmung der Bevölkerungen Europas zu gewinnen und außerdem der nachhaltige politische Wille zu erzeugen, die dafür erforderlichen Instrumente zu schaffen.

Der Westen hat noch immer die Kraft und die Mittel durchzuhalten, wenn er seinen Menschen zeigt, dass nur im Westen Entfaltung durch Freiheit, also Kreativität zum Guten, möglich und nur in Freiheit Wohlergehen zu sichern ist.

Der Westen hat noch immer die Kraft und die Mittel durchzuhalten, wenn er seinen Menschen zeigt, dass nur im Westen Entfaltung durch Freiheit, also Kreativität zum Guten, möglich und nur in Freiheit Wohlergehen zu sichern ist. Doch dazu müssen die Menschen nun aufgerüttelt werden, ihnen ist endlich die Wahrheit zu sagen, dass auch Deutschland sich in einem existenziellen Umbruch befindet, dass alle in einer Welt voller Unsicherheit und Ungewissheit leben, dass die Freiheit, die man so selbstverständlich nimmt wie die Luft, die man atmet, nur erhalten werden kann, wenn alle bereit sind, für sie einzutreten. Dazu müssen alle den Willen haben, Risiko zu tragen, alle Mittel zu nutzen und vor allem entschlossen zusammenzustehen. Deshalb ist nun endlich ernst zu machen mit der Gestaltung eines handlungsfähigen Europas, dazu gehören auch koordiniert entwickelte Streitkräfte der europäi-

schen Länder, die in allen fünf Dimensionen modernen Krieges kämpfen und auch die kritische Infrastruktur schützen können.

Doch Sicherheit ist nicht alles, allerdings ist ohne Sicherheit alles nichts. Es gilt nun, Globalisierung so zu denken, dass lähmende Abhängigkeit ebenso vermieden wird wie ein Rückfall in nationale Autarkie, aber dennoch beiderseitig nutzbringende Verflechtung erhalten bleibt. Das bedeutet vermutlich Jahre der Umstellung, in denen steigende Preise und Inflation das Durchhaltevermögen der Menschen auf eine harte Probe stellen werden. Es gilt im Inneren kritische Infrastruktur zu schützen, die Kranken- und Energieversorgung anzupassen, die Infrastruktur zu modernisieren und die Energiewende durch schnelle Nutzung erneuerbarer Energie unumkehrbar zu machen. Nach außen gilt es, die Lieferketten neu zu orientieren. Es hat sich als Irrtum erwiesen, dass gegenseitige Abhängigkeit Konflikte verhindern könnte. Man sollte für jedes gehandelte Gut mehrere Partner haben, um nicht erpressbar zu werden, man muss in Teilen sicher Produktionsfähigkeiten zurückverlagern, um auch in künftigen Pandemien reaktionsfähig zu bleiben, und man muss bei Handelsbeziehungen Reziprozität durchsetzen, um handlungsfähig zu bleiben. Vor allem aber ist Handel als Instrument der Strategie zu begreifen, und er ist nicht mit politischen Forderungen als Voraussetzung für Handelsbeziehungen zu belasten. Im Inneren wird künftig zu beachten sein, dass Verluste nicht sozialisiert werden dürfen, wenn vorher die privatisierten Gewinne eingestrichen wurden. In diese Kategorie fällt auch, als Fußnote angemerkt, dass Deutschland seine sehr rigide Ablehnung von Rüstungsexport als Mittel der Friedenssicherung überdenken muss, Rüstungsexport ist Teil der Defence Diplomacy.

Für all das anhaltende Zustimmung der Völker zu erlangen, dürfte vor allem in Deutschland schwierig sein. Man erkennt durchaus, vielleicht sogar mehrheitlich, dass das Ende aller Illusionen gekommen ist. Man sieht, dass es keine mit historischen Lehren begründete Sonderstellung Deutschlands gibt. Nur Friedensmacht sein zu wollen, sich damit vor Risiko zu drücken, das hat ebenso ausgedient wie der Irrglaube, im Besitz einer vermeintlich überlegenen Moral zu sein. Aber noch ist das Eis der Zustimmung zu einer wehrhaften Demokratie und zum Wiederaufbau einer kampfbereiten Bundeswehr sehr dünn und noch dünner zu wirklich durchgreifender Änderung des Gesellschaftsmodells Deutschland. Zudem, in ganz Europa sind die europäischen Gesellschaften jahrelange Krisen, Entbehrungen und Krieg nicht gewöhnt. Deswegen ist mit der Forderung, Entbehrungen zu ertragen und zeitlich begrenzt auch Verzicht zu leisten, die glaubhafte Hoffnung auf die Rückkehr zum Wohlstand zu verbinden, und es ist Zuversicht zu wecken.

Zuversicht wecken kann der Westen durchaus, weil er ein überzeugendes Gesellschaftsmodell anbieten kann. Jedermann weiß, dass Schutz nur der erreicht, der beiträgt, der Verantwortung übernimmt und der Risiko trägt. Die bequeme Stabilität der vergangenen Jahre, die Nichthandeln erlaubte, ist vorbei. Europa muss begreifen, was die estnische Ministerpräsidentin ganz schlicht ausdrückte: Die Heizkosten können nahezu unerträglich werden, aber Freiheit ist einfach unbezahlbar.

Nur Menschen, die begreifen, dass Freiheit niemals Freiheit von allen Bindungen bedeutet, sondern Freiheit für Verantwortung, für Schutz und für Bindung ist, können in dieser Welt der Zukunft bestehen. Deutschland, der beste, weil freiheitlichste Staat der langen deutschen Geschichte, auf den die Deutschen stolz sein sollten, gehört zur freien Welt, die sich behaupten kann und wird, weil sie im Wettstreit mit den Autokratien Freiheit als ihre stärkste Waffe nutzen kann. Die Idee, durch die Macht des Rechts den Einzelnen sogar vor der Gewalt des eigenen Staates schützen zu können, ist die beste Idee, die Menschen jemals für ihr Zusammenleben erfunden haben. Das ist die Idee des Westens, und das ist die Waffe, vor der die Putins und Xis dieser Welt zittern. Deren Idee ist nichts Anderes als Unterwerfung. Deshalb ist im Westen Freiheit zu bewahren und zu schützen, das ist Aufgabe der Politik. Doch alle Bürger sind gefordert, die Politik dabei zu unterstützen und Verantwortung mit zu übernehmen. Es sind Wege zu finden, wie ein neues Geschäftsmodell Deutschland zu gestalten ist, und zusätzlich müssen der Staat und seine Bündnisse Wege finden, wie sie dieses Modell schützen können. Doch vor allem müssen die Menschen im Westen für den Schutz der Freiheit überzeugend eintreten, denn nur in Freiheit kann man den nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg haben, den rechtsstaatliche Demokratien als Nährboden brauchen.

Deutschland, der beste, weil freiheitlichste Staat der langen deutschen Geschichte, auf den die Deutschen stolz sein sollten, gehört zur freien Welt, die sich behaupten kann und wird, weil sie im Wettstreit mit den Autokratien Freiheit als ihre stärkste Waffe nutzen kann.

Zum Autor: General a.D. Dr. h.c. Klaus Naumann, geboren 1939 in München, war von 1991 bis 1996 Generalinspekteur der Bundeswehr und anschließend bis 1999 Vorsitzender des NATO-Militärausschusses. Er war von 1999 bis 2001 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft.

Kapitel I

Der Nordatlantisch-Europäische und der Indopazifische Raum

Die Bundeswehr in der Zeitenwende

Eberhard Zorn

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist abscheulich und fügt der Zivilbevölkerung der Ukraine unvorstellbares menschliches Leid zu. Gleichzeitig stellt der Versuch Putins, mit militärischer Gewalt Grenzen zu verschieben und somit einem souveränen Staat das in der Charta der Vereinten Nationen



General Eberhard Zorn

verbürgte Existenzrecht abzuspochen, einen schweren Angriff auf die regelbasierte internationale Ordnung dar, die seit Jahrzehnten für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand in Europa sorgt. Daraus folgt für Deutschland sowie unsere Alliierten und Partner eine deutliche Schwerpunktverlagerung hin zu glaubwürdiger Abschreckung und Verteidigung der transatlantischen Wertegemeinschaft.

Insgesamt bleibt das sicherheitspolitische Umfeld unübersichtlich. Angefangen von anhaltenden Spannungen in Mali und wachsendem russischen und chinesischem Einfluss in der gesamten Sahel-Zone, regionalen Konflikten und militärischer Aufrüstung im Indo-Pazifik bis hin zu hybriden Bedrohungen, Cyber-Aktivitäten und gezielter Desinformation sind die Herausforderungen vielschichtig. Bei aller berechtigten Fokussierung auf den Ukraine-Krieg müssen wir diesen Herausforderungen weiterhin mit Weitblick begegnen. Dies bedingt unter anderem eine konsequente Fortführung unseres militärischen Beitrags zum internationalen Krisenmanagement.

Aspekte der Zeitenwende für die Bundeswehr

Bundeskanzler Olaf Scholz hat in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022 den Begriff der „Zeitenwende“ geprägt. Diese Zeitenwende betrifft alle Lebensbereiche und stellt insbesondere einen Wendepunkt in Sachen Sicherheit und Verteidigung dar. Im Kern der Zeitenwende steht die

Erkenntnis, dass eine freiheitliche, demokratische Staatenordnung in Europa einsatzbereite militärische Streitkräfte braucht, um diese Ordnung im Ernstfall verteidigen zu können.

Der für die Bundeswehr zentrale Aspekt der Zeitenwende ist die vom Bundeskanzler in dieser Rede verkündete Bereitstellung eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro sowie die Ankündigung, von nun an mindestens 2% unseres Bruttoinlandprodukts in Verteidigung investieren zu wollen.

Der zweite Aspekt der Zeitenwende ist die Bereitstellung von Waffen für ein Konfliktgebiet. Damit bricht die Bundesregierung mit einem wesentlichen Grundsatz deutscher Außenpolitik seit 1945 mit erheblichen Auswirkungen auf die Bundeswehr. Die Ukraine hat seit Kriegsbeginn in enger Abstimmung mit unseren Verbündeten und Partnern in der NATO, der EU und den Vereinten Nationen umfassende Lieferungen von Hauptwaffensystemen, Fahrzeugen, Waffen und Ausrüstung aus Deutschland erhalten. Darüber hinaus bilden wir ukrainische Soldatinnen und Soldaten in deutschen Einrichtungen aus und stellen Munition, Ersatzteilpakete und logistische Folgeversorgung bereit. Natürlich schmerzt jede Materialabgabe in der Truppe, jedoch ist die Unterstützung der Ukraine in der derzeitigen existenziellen Notlage unabdingbar.

Der dritte Aspekt der Zeitenwende ist ein deutlicher Mentalitätswandel in Deutschland. Quer durch alle Teile der Gesellschaft spüre ich ein deutlich verändertes Bewusstsein mit Blick auf die Bedeutung einsatzbereiter und voll ausgerüsteter Streitkräfte als integraler Bestandteil von Freiheit, Sicherheit und Frieden in Deutschland und Europa. Fest steht: Die Verteidigung eines Landes gegen einen Angriff von außen kann nur in einer gesamtgesellschaftlichen Anstrengung gelingen. Dazu bedarf es einsatzbereiter Streitkräfte, aber auch einer resilienten Gesellschaft. Das sehen wir gerade sehr deutlich in der Ukraine. Daher ist es wichtig, dass wir in den unterschiedlichsten Formaten die Frage der Wehrhaftigkeit bzw. der gesamtgesellschaftlichen Resilienz diskutieren.

Dazu bedarf es einsatzbereiter Streitkräfte, aber auch einer resilienten Gesellschaft.

Für die Bundeswehr bedeutet das im Summenzug, dass wir unverzüglich in unserem Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung mit kaltstartfähigen, vollausgestatteten und einsatzbereiten Streitkräften bestehen müssen.

Die Bundeswehr steht dabei vor einer dreifachen Herausforderung: neben dem Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung stehen gleichzeitig die Aufgaben des internationalen Krisenmanagements und subsidiäre Aufgaben der Amtshilfe.

Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung

Die konsequente Ausrichtung der Bundeswehr auf den Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung duldet keinen Aufschub. Nach dem Ende des Kalten Krieges und den Terroranschlägen des 9. September 2001 trat diese Kernaufgabe in den Hintergrund, was zu einer fast ausschließlich auf Krisenmanagementsätze ausgerichteten Bundeswehr führte, zum Beispiel im Kosovo, in Afghanistan, im Mittelmeer oder in Mali.

Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 begann die Bundeswehr, sich wieder auf ihren ursprünglichen Kernauftrag zu konzentrieren, wenn auch mit begrenzter Ressourcenausstattung und begleitet von verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Krisen.

Kaltstartfähigkeit bedeutet für mich voll ausgebildetes, einsatzbereites Personal inklusive einer starken Reserve.

Als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die NATO auf ihrem Gipfel in Madrid im Juni 2022 eine

neue Strategie und ein neues Streitkräftemodell beschlossen, die sich der geänderten Bedrohungslage anpassen. Strategisches Ziel der NATO ist glaubwürdige Abschreckung. Dazu braucht es die kontinuierliche Bereitstellung kaltstartfähiger und kohäsiver Großverbände bzw. einsatzbereiter Kräfte in allen Dimensionen.

Kaltstartfähigkeit bedeutet für mich voll ausgebildetes, einsatzbereites Personal inklusive einer starken Reserve. Parallel dazu benötigen wir auch eine materielle Vollausrüstung, inklusive Munition, Ersatzteile und Verbrauchsgüter sowie eine robuste Infrastruktur.

In jüngster Vergangenheit hat die Bundeswehr Kaltstartfähigkeit vorwiegend mit geplanten Kontingenten bewiesen. Beispiele hierfür sind unsere Beiträge zu den schnellen Eingreiftruppen der NATO und der EU, die Gestellung von Anfangskontingenten in Missionen des internationalen Krisenmanagements von Somalia über den Balkan bis Afghanistan und Mali, den militärischen

Evakuierungsverband zur nationalen Krisenvorsorge und vor allem auch unsere umfassenden Unterstützungskontingente in der Amtshilfe.

Diese Kaltstartfähigkeit benötigen wir in der gesamten Bundeswehr.

Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine hat die Bundeswehr ihre Einsatzbereitschaft durch die schnelle Entsendung von Kräften an die NATO-Ostflanke unter Beweis gestellt. Die Verstärkung unserer enhanced Forward Presence Battlegroup in Litauen, unsere Beiträge zum Air Policing im Baltikum und in Rumänien sowie zur neuen Battlegroup in der Slowakei und der Einsatz unserer Marine in der Ostsee unterstreichen unsere Glaubwürdigkeit als Bündnispartner. Darüber hinaus werden wir im Jahr 2023 mit bis zu 16700 Soldatinnen und Soldaten aus allen Teilstreitkräften und Organisationsbereichen den Großteil der Verantwortung für die NATO Response Force übernehmen, deren Kern die Very High Readiness Joint Task Force 2023 ist.

Deutschland ist seit dem Ende des Kalten Krieges kein Frontstaat mehr. Vielmehr kommt uns eine besondere Funktion als Drehscheibe, also als Transitland für unsere Verbündeten und Partner, zu. Diese Funktion wurde bereits seit der Annexion der Krim sukzessive ausgebaut, unter anderem durch die Initiativen zur Steigerung der militärischen Mobilität, besser bekannt unter dem englischen Begriff Military Mobility. Die Anforderungen werden im neuen Streitkräftemodell der NATO deutlich steigen. Deutschland stellt als Drehscheibe nicht nur die notwendige Verkehrsinfrastruktur, sondern auch logistische Versorgung und administrative Unterstützung sicher. Gerade im Bereich Military Mobility ist die zivil-militärische Zusammenarbeit besonders wichtig, da wir bei Truppenbewegungen auf zivile Verkehrsinfrastruktur angewiesen sind. Wir profitieren zum Beispiel vom Ausbau der Fernverkehrsnetze durch die EU, die seit einigen Jahren nicht nur den Güterverkehr, sondern eben auch unsere militärischen Anforderungen in ihre Planungen einbezieht.

Deutschland stellt als Drehscheibe nicht nur die notwendige Verkehrsinfrastruktur, sondern auch logistische Versorgung und administrative Unterstützung sicher.

Die Beispiele zeigen: Deutschland ist ein verlässlicher Bündnispartner. Daran gibt es keinen Zweifel, und das wird auch in Zukunft unser Anspruch sein.

Internationales Krisenmanagement

Seit dem Ende des Afghanistaneinsatzes ist unser Kontingent der VN-Mission MINUSMA in Mali der zahlenmäßig größte Beitrag der Bundeswehr zum internationalen Krisenmanagement. Aufgrund anhaltender Spannungen mit der malischen Regierung bei gleichzeitig offenkundig steigendem Einfluss Russlands in der Region wurde die Beendigung unseres Engagements bei MINUSMA bis Ende Mai 2024 beschlossen. Wir werden uns künftig verstärkt auf die Kooperation mit Niger konzentrieren, wo wir u.a. im Jahr 2022 die Unterstützungsmission GAZELLE für die nigrischen Spezialkräfte erfolgreich beendet haben.

Auch der Westbalkan und der Irak sowie die Missionen im Mittelmeer bleiben auf unserer Agenda.

Des Weiteren planen wir im Jahr 2023 eine Fortsetzung unseres militärischen Engagements im Indo-Pazifik durch Ausbildungs- und Übungskooperationen mit unseren Wertepartnern in der Region. Das wird zu einer hohen Kräftebindung in allen Teilstreitkräften führen, die durch die strategische Relevanz dieser Weltregion jedoch gerechtfertigt und geboten ist.

Amtshilfe

Wiederum gleichzeitig müssen wir jederzeit für Unterstützungsleistungen im Rahmen der Amtshilfe bereitstehen. Das Spektrum reichte im Jahr 2022 von Corona über die Versorgung von Flüchtlingen aus der Ukraine bis hin zur Bereitstellung von Hochwertfähigkeiten bei der Bekämpfung von Waldbränden oder der Aufklärung der Anschläge auf die Nord-Stream-Pipelines in der Ostsee. Die Bundeswehr hilft zuverlässig, schnell und unbürokratisch, das haben wir im gesamten Spektrum der Unterstützungsleistungen wiederholt unter Beweis gestellt.

Blick nach vorn

Unser Meilensteinjahr wird 2025 sein. In diesem Jahr findet der Übergang zum NATO-Streitkräftenmodell statt. Wir werden in allen Dimensionen maßgeblich zum NATO-Streitkräftenmodell beitragen, beispielsweise mit einer voll ausgestatteten und voll einsatzbereiten Heeresdivision inklusive Unterstützungskräften, umfangreichen Beiträgen der Luftwaffe, Marine und der Spezialkräfte

sowie der dimensionsübergreifenden Unterstützung durch die Streitkräftebasis, das Kommando Cyber- und Informationsraum und den Zentralen Sanitätsdienst der Bundeswehr.

Parallel dazu haben wir uns verpflichtet, die EU Battlegroup für zwölf Monate als Kern der neuen EU Rapid Deployment Capacity bereitzustellen und die Führungsfähigkeit dieser schnellen Eingreiftruppe durch die Military Planning and Conduct Capability von Brüssel aus zu gewährleisten.

Kurzum: Für unsere anspruchsvollen Aufgaben brauchen wir die richtige Ausrüstung, motivierte und gut ausgebildete Menschen mit dem richtigen Mindset sowie effektive Abläufe und Strukturen.

Materielle Einsatzbereitschaft

Angefangen bei der materiellen Einsatzbereitschaft ermöglicht uns das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro, die Ausrüstung der Bundeswehr zu modernisieren und damit die militärische Handlungsfähigkeit Deutschlands zu stärken.

Die Schwerpunkte werden in den Bereichen Digitalisierung, Führungsfähigkeit sowie Interoperabilität mit unseren Partnern und Verbündeten liegen. Ein weiteres Handlungsfeld sind Rüstungsprojekte. Zu den ersten Entscheidungen über die Verwendung des Sondervermögens zählte die Beschaffung von F-35-Kampflugzeugen und speziell für den elektronischen Kampf ausgelegten EUROFIGHTERN als Nachfolger der alternden TORNADO-Flotte. Diese Projekte sind maßgeblich für die Fortführung der nuklearen Teilhabe und unseren Beitrag zur Lastenteilung in der NATO. Ein weiteres Beispiel ist die dringend benötigte Beschaffung von schweren Transporthubschraubern vom Typ CH-47F Chinook, die in allen Szenaren von der Landes- und Bündnisverteidigung über die Auslandseinsätze bis hin zur Amtshilfe wesentlich zur schnellen und robusten Verlegefähigkeit von Menschen und Material beitragen werden.

Die Schwerpunkte werden in den Bereichen Digitalisierung, Führungsfähigkeit sowie Interoperabilität mit unseren Partnern und Verbündeten liegen.

Wir wählen diese Projekte nach den Kriterien des Mehrwerts für die Bundeswehr in Verbindung mit schneller Verfügbarkeit aus. Dabei konzentrieren wir

uns zunächst auf marktverfügbare Produkte. Gleichzeitig setzen wir uns für eine resiliente und leistungsfähige nationale und europäische Rüstungsindustrie inklusive Forschung und Entwicklung ein. Gerade bei neuen und Dual-Use-Technologien, wie beispielsweise Künstlicher Intelligenz, müssen wir unsere Bemühungen intensivieren, bereits vorhandene Instrumente besser nutzen und neue Initiativen gestalten.

Ein wichtiger Aspekt des Sondervermögens ist die schnelle Spürbarkeit in der Truppe.

Ein wichtiger Aspekt des Sondervermögens ist die schnelle Spürbarkeit in der Truppe.

Daher werden wir bis Ende 2025 allen aktiven Soldatinnen und Soldaten das komplette Sortiment an persönlicher Einsatzbekleidung und -ausrüstung zur Verfügung stellen.

Mit dem Sondervermögen einher gehen grundlegende Verbesserungen in unserem Beschaffungssystem wie zum Beispiel die bessere Nutzung von Ausnahmeregelungen im EU-Vergaberecht, die Erhöhung des Handgelds für Kommandeurinnen und Kommandeure und die Verabschiedung des Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetzes.

Auch die Infrastruktur in unseren Kasernen muss mit der Erhöhung der Einsatzbereitschaft mithalten, wenngleich deren Finanzierung nicht durch das Sondervermögen abgedeckt ist. Wir brauchen moderne und funktionale Unterkünfte, Abstellflächen, Hallen und Munitionslagerung. Das ist gleichzeitig ein wesentlicher Beitrag zur Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitgeber. Wichtig ist hierbei die Synchronisation von Infrastrukturmaßnahmen, Materialzulauf, Personalaufwuchs und Reserve.

Neben dem Sondervermögen ist eine verlässlich steigende Finanzlinie im Verteidigungshaushalt unerlässlich, um die komplexen Anforderungen der Landes- und Bündnisverteidigung zu erfüllen.

Personelle Einsatzbereitschaft

Viel wichtiger als die materielle Einsatzbereitschaft ist für mich die personelle Einsatzbereitschaft. Nur mit einem robusten, demografiefesten Personalkörper können wir im Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung bestehen. Am Ende sind es die Menschen in der Bundeswehr, die unsere Aufträge erfüllen, nicht die Maschinen.

Seit der bereits 2016 eingeläuteten „Trendwende Personal“ ist unser Personal­körper wieder im Aufwuchs. Das ist gut so! Unser Zielumfang für das Jahr 2031 beläuft sich dabei auf 203.300 Soldatinnen und Soldaten. Im Dezember 2022 hatten wir insgesamt ca. 183.000 Soldatinnen und Soldaten. Unsere wesentliche Herausforderung liegt im allgemein sinkenden Bewerberaufkommen und abnehmenden Umfang der arbeitenden Bevölkerung. Im Jahr 2022 konnten wir bei einem Einstellungsumfang von 21.000 trotzdem 18.500 Einstellungen realisieren. Das ist beachtlich, denn wir erleben, wie alle anderen Arbeitgeber auch, den Wandel zum Arbeitnehmermarkt. Diesem Wandel müssen wir uns stellen, indem wir interessiertes und geeignetes Personal noch gezielter ansprechen, für uns gewinnen und an uns binden.

Am Ende sind es die Menschen in der Bundeswehr, die unsere Aufträge erfüllen, nicht die Maschinen.

Unsere ehrgeizigen Ziele erfordern eine einsatzbereite Reserve. Sie gewährleistet die Aufwuchsfähigkeit, stärkt die Einsatzbereitschaft und erhöht die Durchhaltefähigkeit der Truppe. Im Bereich der Amtshilfe haben wir das in jüngster Vergangenheit insbesondere während der Pandemie und in der Fluthilfe gesehen. Der Ukraine-Krieg zeigt zudem deutlich, dass die territoriale Verteidigung und der Heimatschutz Kernbestandteile der Landes- und Bündnisverteidigung sind. Diese Aspekte spiegeln sich schon in der Strategie der Reserve von 2019 wieder, die wir konsequent weiter umsetzen.

Die Indienststellung des Heimatschutzregiments 1 in München am 30. April 2022 war keine direkte Reaktion auf den Ukraine-Krieg, sondern von langer Hand geplant. Gleichwohl war sie zu diesem Zeitpunkt ein wichtiger Schritt, die Sichtbarkeit der Reserve im Heimatschutz zu erhöhen. Insgesamt ist bundesweit die Aufstellung von sechs Heimatschutzregimentern geplant. Durch die Präsenz in der Fläche steigern wir die Resilienz und Reaktionsfähigkeit und leisten damit einen sichtbaren Beitrag zur gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge. Weitere Maßnahmen wie der Freiwillige Wehrdienst im Heimatschutz und die Grundbeorderung werden die personelle Einsatzbereitschaft weiter erhöhen.

Gleichzeitig sind unsere Reservistinnen und Reservisten in der aktuellen Lage engagierte Mittler in die Gesellschaft, die für eine starke und einsatzbereite Bundeswehr eintreten.

Funktionalität der Streitkräfte

Mit Blick auf die Funktionalität der Streitkräfte, also die Verfahren und Strukturen, wird die im Koalitionsvertrag vom Dezember 2021 angelegte kritische Bestandsaufnahme der Bundeswehr mit Bezug auf Personal, Material und Finanzen wichtige Impulse liefern. Im Gegensatz zu einer groß angelegten und kaum umzusetzenden Streitkräftereform ermöglicht die kritische Bestandsaufnahme gezielte Maßnahmen zur Anpassung unserer Strukturen mit dem Ziel, die Einsatzbereitschaft und Funktionalität unserer Streitkräfte zu verbessern.

Die strategisch-operative Forderung nach Kaltstartfähigkeit muss sich also auch in den Strukturen der Bundeswehr widerspiegeln.

In einem ersten Schritt müssen wir weg vom Kontingentdenken des internationalen Krisenmanagements mit langen und planbaren Vorbereitungszeiten und breitgefächerter Ausstattung für verschiedene Aufgaben. Stattdessen benötigen wir voll ausgestattete, einsatzbereite Streitkräfte, die rasch im Einsatzraum wirksam werden können. Die strategisch-operative Forderung nach Kaltstartfähigkeit muss sich also auch in den Strukturen der Bundeswehr widerspiegeln.

Wir benötigen eine durchgängige Führungsstruktur von der strategischen über die operative bis hin zur taktischen Ebene mit der Befähigung zur Führung von Operationen im Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung. Das beinhaltet eine stärkere operationelle Autarkie der Großverbände. Dies soll unter anderem durch die Zuordnung von Kampf- und Einsatzunterstützung in direkten Couleur-Verhältnissen erreicht werden.

Die Indienststellung des Territorialen Führungskommandos in Berlin am 1. Oktober 2022 ist ein deutliches Signal, dass den Worten auch Taten folgen. Das Territoriale Führungskommando übernimmt alle Aufgaben der Territorialverteidigung bzw. der Amtshilfe im gesamten Spektrum von Frieden über hybride Bedrohungen bis hin zum Krieg. Diese Aufgaben reichen von der subsidiären Unterstützung lokaler Behörden in der Amtshilfe, wie beispielsweise Corona, Waldbrände und Überschwemmungen, über den Heimatschutz bis hin zur Koordinierung und Unterstützung der Verlegung alliierter Streitkräfte durch die „Drehscheibe Deutschland“. Zusätzlich bildet das Territoriale Führungskommando den Nukleus für eine schnelle Krisenreaktionsfähigkeit nach dem Vorbild des Corona-Krisenstabs, der von November 2021 bis Mai 2022 im Bundeskanzleramt eingerichtet war.

Ausbildung und Übung

Einsatzbereitschaft und Kaltstartfähigkeit als Beitrag zu einer glaubwürdigen Abschreckung werden in der gegenwärtigen Bedrohungslage nicht auf dem Papier erreicht. Stattdessen verlangen sie von uns eine stringente Ausbildung und intensive Übungstätigkeit sowohl national als auch mit unseren Alliierten und Partnern. Und das im scharfen Schuss!

Insbesondere die Corona-Pandemie hat zu erheblichen Lücken in der Ausbildung auf allen Ebenen, von der Individualausbildung bis zur Zertifizierung von Verbänden, geführt, die durch die umfangreiche Ausbildungsunterstützung für die Ukraine momentan noch größer werden. Um diese Lücken zu schließen, bauen wir auf den erheblichen Anstrengungen der vergangenen Jahre auf, die Effizienz unseres komplexen Ausbildungssystems zu steigern und auf den Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung auszurichten.

Erst die Pandemie hat den nötigen Druck erzeugt, die Digitalisierung in der Ausbildung voranzutreiben und dem allgegenwärtigen digitalen Veränderungsdruck im positiven Sinne nachzugeben. Wir setzen dabei auf eine adaptierte Didaktik, angepasste Methoden sowie hoch verfügbare, kollaborative und agile Lernplattformen, die sich schnell und unkompliziert den individuellen Bedürfnissen und Bedarfen anpassen lassen. Gute Ausbildung ist eine unabdingbare Investition in die Zukunft!

Gute Ausbildung ist eine unabdingbare Investition in die Zukunft!

Den Fortschritt unserer Einsatzbereitschaft überwachen wir im Rahmen des Übungsclusters QUADRIGA, das zur besseren Koordination unseres nationalen Übungsprogramms mit den korrespondierenden Programmen unseren Verbündeten und Partner beiträgt. QUADRIGA ermöglicht es uns, unsere Interoperabilität in einem mehrschichtigen Ansatz von computergestützten Übungen bis hin zu großen multinationalen Übungen zu bewerten. Bereits 2023 werden wir bei der Übung AIR DEFENDER – der größten Verlegeübung von US-Luftstreitkräften seit Gründung der NATO – unsere Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Ich gehe davon aus, dass die Ergebnisse von QUADRIGA unseren operativen Planungsprozess maßgeblich beeinflussen und wir gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten wesentliche Erkenntnisse zur Verbesserung der Zusammenarbeit und der Interoperabilität gewinnen werden.

Mindset Landes- und Bündnisverteidigung

Seit Beginn der Corona-Pandemie im Jahr 2020 hat sich die Truppe allen Herausforderungen gestellt, von umfangreichen Hilfsmaßnahmen für die Kommunen, der Katastrophenhilfe in Westdeutschland nach den Überschwemmungen im Juli 2021, dem Evakuierungseinsatz in Afghanistan im August 2021, und der schnellen Verstärkung der Ostflanke der NATO nach der russischen Invasion in der Ukraine Anfang des Jahres 2022. Alle Beteiligten haben das Mindset und die Kaltstartfähigkeit bewiesen, die wir in der gesamten Bundeswehr brauchen.

Das Mindset der Landes- und Bündnisverteidigung erfordert dabei eigenständiges Handeln, Risikobereitschaft und Entscheidungsfreude – auch und gerade von jungen Vorgesetzten. Und von den Erfahreneren, die Bereitschaft, Dinge neu zu betrachten und eingelaufene Pfade und Denkmuster zu verlassen.

Eine wertegebundene Kampfmoral – zu wissen, wofür man einsteht und was man verteidigt – entscheidet über Erfolg und Misserfolg im Gefecht. Das sehen wir gerade ganz deutlich in der Ukraine. Diese wertegebundene Kampfmoral fällt aber nicht vom Himmel. Führung, Ausbildung und Erziehung sind die Schlüsselfaktoren.

Diese wertegebundene Kampfmoral fällt aber nicht vom Himmel. Führung, Ausbildung und Erziehung sind die Schlüsselfaktoren.

Für größtmögliche Handlungssicherheit müssen wir daher vermehrt in die politische Bildung, die Weiterentwicklung der Inneren Führung und eine effektive Rechtsausbildung bzw. -beratung insbesondere unseres Führungsnachwuchses investieren. Wir müssen das Mindset der Landes- und Bündnisverteidigung auf allen Ebenen durchgängig leben und durch konkrete Maßnahmen erlebbar und belastbar machen.

Die Innere Führung trägt wesentlich zu diesem Mindset bei. Sie ist der Kern der mentalen und somit persönlichen Einsatzbereitschaft jedes und jeder Angehörigen der Bundeswehr. Sie sorgt für die feste Verwurzelung unserer Soldatinnen und Soldaten auf dem Boden der Werte und Normen unserer Freiheitlich Demokratischen Grundordnung. Unser Leitbild vom mündigen Staatsbürger in Uniform kommt durch diese Bindung an die staatsbürgerlichen Rechte auf der einen Seite und die soldatischen Pflichten auf der anderen Seite zum Ausdruck. Die Innere Führung setzt aber auch die Maßstäbe für gute Führung

durch militärische Vorgesetzte, die durch persönliches Vorbild überzeugen, Vertrauen schaffen, die Übernahme von Verantwortung einfordern und zugleich Entscheidungsfreude und Risikobereitschaft – also Agilität – zeigen.

Ich sehe es als meine Verantwortung an, die Bedingungen für unsere Soldatinnen und Soldaten sowie für unser Zivilpersonal kontinuierlich zu verbessern – von den politischen Rahmenbedingungen über die Bereitstellung angemessener Ausrüstung und Infrastruktur bis hin zu einer erstklassigen Ausbildung und der Unterstützung von Familien.

Zusammenfassend bedeutet die Zeitenwende für die Streitkräfte, dass wir schnell eine umfassende personelle und materielle Einsatzbereitschaft für den Kernauftrag der Landes- und Bündnisverteidigung herstellen müssen. Mit einer rundum kaltstartfähigen, einsatzbereiten Bundeswehr können wir auch alle weiteren, gleichzeitigen Aufträge im internationalen Krisenmanagement und in der Amtshilfe erfüllen. Schnelles und entschlossenes Handeln ist das Gebot der Stunde.

Zum Autor: General Eberhard Zorn war bis zum 16. März 2023 der 16. Generalinspekteur der Bundeswehr. Dieser Beitrag gibt den Stand vom 11. März 2023 wider.

Zerstörung einer trügerischen Illusion: Das NATO-Russland-Verhältnis der letzten drei Dekaden

Kurt Herrmann

1. Einleitende Bemerkungen

Die bereits seit dem Helsinki-Abkommen im Sommer 1975 eingeleitete, dann durch die Charta von Paris im Jahr 1990 und die NATO-Russland-Grundakte von 1997 mühsam errichtete neue Europäische Friedensordnung ließ über viele Jahre hinweg im Westen breite Hoffnungen, vielfach auch eher blauäugige Illusionen hinsichtlich einer Annäherung zwischen Russland und der NATO gedeihen.

Der von einem imperialistisch denkenden und geopolitisch brutal handelnden Diktator Putin betriebene Überfall Russlands auf die souveräne Ukraine hat dann allerdings ab dem 24. Februar 2022 in Europa eine seit dem 2. Weltkrieg nicht mehr gekannte Schockwelle ausgelöst. Auch im Nachhinein ist es immer noch erstaunlich, weshalb die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland und der „getarnte Krieg“ in der Ostukraine seit 2014 nur eher verhaltene Reaktionen seitens des Westens auslöste, obwohl die auch mit Russland vereinbarte Europäische Friedensordnung damals bereits erkennbar beschädigt wurde. Die Abhängigkeit von russischen Energie- und Rohstofflieferungen erfuhr anschließend sogar noch eine Ausweitung und Verstärkung. Das bekannteste Beispiel ist die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2, die 2015 vertraglich vereinbart wurde.

Der Verfasser war von Sommer 2005 bis Frühjahr 2008 Leiter der Militärischen Verbindungsmission der NATO zur Russischen Föderation in Moskau und arbeitete in dieser Zeit im Auftrag des NATO-Russland-Rates. Dabei gewann er vor allem unmittelbare Eindrücke zum Verhältnis der NATO zu den russischen Streitkräften. Diese Erkenntnisse haben ihn maßgeblich zu den nachfolgenden Ausführungen angeregt.

Zumindest bis Herbst 2006 bestanden durchaus konkrete Hoffnungen auf eine wachsende Partnerschaft und Kooperation zwischen den russischen und den NATO-Streitkräften. Mit dann verstärkt einsetzendem Dissens über die US-Raketenabwehr in Europa kühlte sich das politische Klima zunehmend ab, was sich auch verhärtend auf die militärischen Kontakte auswirkte. Jedoch

erweckten bereits damals einzelne NATO-Nationen den Eindruck, als wollten sie die zunehmend negativ verlaufende Entwicklung nicht zur Kenntnis nehmen nach dem Motto „Es kann nicht sein, was nicht sein darf“. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund fällt es schwer, ein tiefsitzendes Gefühl nahezu ohnmächtiger Verbitterung über den russischen Vernichtungskrieg gegen die souveräne Ukraine zu unterdrücken.

Mit wachsendem Unverständnis registriert der Verfasser letztlich auch die immer noch verschiedentlich geäußerten Illusionen unverbesserlicher Optimisten, man könne den Ukrainekrieg nur mit (zivilen) diplomatischen Mitteln lösen, müsse mit Putin verhandeln und Russland „Sicherheitsgarantien“ anbieten. Verhandeln kann und sollte man ohne Zweifel mit einem Opponenten, der sich auch ernsthaft gesprächsbereit zeigt. Das ist jedoch bei dem allein auf brachiale Gewalt setzenden Despoten nicht (mehr) möglich. Wer gegenüber einem solchen Aggressor zudem keine eigenen Fähigkeiten vorweisen kann bzw. nicht glaubhaft in der Lage ist, sich verteidigen oder seine Sicherheit gewährleisten zu können, der befindet sich von vornherein in einer schwachen oder gar ausweglosen Situation. Wenn er dann noch Zögerlichkeit oder gar Angst vor möglichen negativen Auswirkungen bei der Durchsetzung seiner eigenen Sicherheitsinteressen erkennen lässt, dann wird dies einen auf Gewalt statt Recht setzenden Herrscher nicht von seinen finsternen, schändlichen Absichten und Taten abschrecken.

Wer gegenüber einem Aggressor wie Putin keine eigenen Fähigkeiten vorweisen kann bzw. nicht glaubhaft in der Lage ist, sich verteidigen oder seine Sicherheit gewährleisten zu können, der befindet sich von vornherein in einer schwachen oder gar ausweglosen Situation.

Nahezu alle Bereiche der „westlichen“ Staaten spüren seither die verheerenden Auswirkungen des Krieges in der Ukraine. Nach dieser massiven Aggression mit unzähligen Kriegsverbrechen und Völkerrechtsverletzungen wird in Europa künftig kaum noch etwas wieder so sein können wie zuvor. Restlos zerstört wurden dabei nicht zuletzt überaus wertvolle Güter internationaler Politik, nämlich Vertrauen und Vertragstreue. Insofern trifft der vom Bundeskanzler bewusst gewählte und zum Wort des Jahres gekürte Begriff der „Zeitenwende“ tatsächlich ins Schwarze.

Auch nach dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine halten sich – ebenfalls im Westen – weiterhin zahlreiche propagandistische My-

then der russischen Machthaber bezüglich des Verhältnisses von NATO und Russland. Nicht verstummt sind beispielsweise Behauptungen, die dem „Westen“ eine Mitschuld am Kriegsausbruch attestieren. Mit den nachfolgenden Ausführungen soll u.a. Vermutungen entgegnet werden, die NATO habe elementare russische Sicherheitsinteressen verletzt, versuche Russland „einzukreisen“ oder habe sogar Russland regelrecht hintergangen.

Deshalb wird nachfolgend zunächst aufgezeigt, welche Initiativen und Aktivitäten seitens der NATO frühzeitig in Richtung Sowjetunion, dann Russland unternommen wurden, um der Europäischen Friedensordnung nach Ende des Kalten Krieges Stabilität und Nachhaltigkeit zu verleihen. Dazu werden insbesondere einige Grundlagendokumente

Das Bündnis will niemals und unter keinen Umständen als erstes Gewalt anwenden und schlägt den Staaten Europas eine vertrauensvolle Sicherheitspartnerschaft vor: Gewaltverzicht, Dialog, Ausgleich und Kooperation. (Londoner Erklärung)

und wesentliche Wegmarken der Entwicklung des Verhältnisses NATO – Russland in Erinnerung gerufen.

Einen Schwerpunkt der Betrachtungen bildet danach der Niedergang des Verhältnisses zwischen NATO und Russland ab 2006. Hierbei wird u.a. die russische Perzeption der „NATO-Öffnung“ bzw. „NATO-Erweiterung“ im Fokus stehen. Dabei richtet sich der Blick insbesondere auf die vermutlichen außen- und sicherheitspolitischen Ziele und Absichten des russischen Präsidenten Putin in Verbindung mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine.

Abschließend wird ein – derzeit vermutlich noch delikater – Versuch unternommen, einige Gedanken zum künftigen Verhältnis NATO – Russland zu entwickeln.

2. Grundlagen des NATO-Russland-Verhältnisses

Bemühungen der NATO um den Aufbau eines neuen Verhältnisses zu den Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts nach dem Kalten Krieg wurden praktisch bereits initiiert durch die **Londoner Erklärung** vom 6. Juli 1990¹.

Der **Nordatlantische Kooperationsrat (NAKR)** wurde eingerichtet und 1994 das Programm **“Partnerschaft für den Frieden (PfP)”** aufgenommen. Die Erklärung zum Gipfeltreffen von Brüssel im Januar 1994 definierte als PfP-Ziel: Ausweitung und Intensivierung der politischen und militärischen

Zusammenarbeit in Europa, Erhöhung der Stabilität, Verringerung der Bedrohung des Friedens und Aufbau gestärkter Sicherheitsbeziehungen².

Das Pfp beinhaltet Vereinbarungen zur militärischen Zusammenarbeit zwischen der NATO und 20 europäischen sowie asiatischen Staaten³, die (noch) keine NATO-Mitglieder sind.

Die Pfp-Programme und -Aktivitäten umfassen u.a.:

- gemeinsame Manöver,
- „Bedachtnahme“ auf NATO-Standards bei der Beschaffung neuen militärischen Geräts, aber auch
- Teilnahme an friedenserhaltenden und friedensschaffenden Missionen der NATO.

Vorgesehen ist in der Pfp ebenfalls die Konsultation mit der NATO bei Bedrohung eines Unterzeichnerstaats von außen.

Koordiniert wird die Zusammenarbeit zwischen der NATO und den Partnerstaaten seit 1997 im **Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR)**, zuvor Nordatlantischer Kooperationsrat (NAKR, s.o.). Im Pfp-Programm hat Russland von Beginn an eine Sonderbehandlung als „Großmacht“ beansprucht.

Bereits in der **Charta von Paris**⁴ vom 21. November 1990 verpflichteten sich die Teilnehmer des KSZE-Sondergipfels, 32 europäische Länder sowie USA und Kanada, also auch Russland und alle NATO-Mitgliedsländer, u.a. zur Einhaltung der Demokratie, friedlichen Beilegung von Streitfällen und Enthaltung jeglicher gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines Staates gerichteten Androhung oder Anwendung von Gewalt. Letztlich wurde damit allen europäischen Staaten

- das Recht auf Souveränität und territoriale Integrität sowie
 - eine freie Bündniswahl
- zuerkannt.

Die **NATO-Russland-Grundakte**, die am 27. Mai 1997 in Paris⁵ auch vom damaligen russischen Präsidenten Boris Jelzin unterzeichnet wurde, erkennt die Veränderungen seit dem Ende des Kalten Kriegs an und strebt ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis an, um einen gemeinsamen Sicherheits- und Stabilitätsraum zu schaffen. Grundsätze, auf die man sich im Sinne der Charta von Paris geeinigt hatte, waren:

- Verzicht auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt gegeneinander oder gegen irgendeinen anderen Staat,
- Achtung der staatlichen Souveränität, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit und
- Anerkennung des Rechtes aller Staaten, die Mittel zur Gewährleistung ihrer eigenen Sicherheit sowie der Unverletzlichkeit von Grenzen und des Selbstbestimmungsrechts selbst zu wählen.

Im Sinne der Grundakte sagte die NATO Stationierungsbeschränkungen zu, insbesondere

- keine dauerhafte Stationierung schwerer Kampfverbände und
 - keine Verlegung von Nuklearwaffen
- in die Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes.

3. Weitere Wegmarken des NATO-Russland-Verhältnisses

Immer wieder wird auch von einigen Kritikern im Westen auf angebliche Zusagen einer Nichterweiterung der NATO nach Osten verwiesen. Deshalb sei an dieser Stelle ein kurzer Einschub zur „Auflösung des Ostblocks“ und zur „NATO-Öffnung“ erlaubt.

Bekanntlich führten ab 1989 die demokratischen Umbrüche in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei sowie der Mauerfall und die „friedliche Revolution“ in der DDR zur Auflösung des ehemaligen „Ostblocks“ in Mittel- und Osteuropa. Das beschleunigte das Ende des Kalten Krieges und den Zerfall der Sowjetunion. Im Jahr 1990 begann die damalige Sowjetunion ihre Truppen schrittweise aus den Ländern des Warschauer Paktes zurückzuziehen. Die militärischen Strukturen des Warschauer Paktes wurden zum 31. März 1991 aufgelöst. Ende 1991 existierte dann auch die „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ (UdSSR) nicht mehr. Mehrere sowjetische Teilrepubliken erlangten in Folge dieser Entwicklungen ihre Unabhängigkeit.

„Auch die NATO war von diesen Entwicklungen direkt betroffen. Das Geltungsgebiet des Nordatlantikvertrages hatte sich bereits mit der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 verändert: Durch den im Einigungsvertrag vereinbarten Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes waren auch die neu geschaffenen fünf östlichen deutschen Bundesländer Teil der NATO geworden. Allerdings durften in Ostdeutschland, dem Zwei-plus-Vier-Vertrag folgend, keine westlichen Truppen, außer denen der Bundeswehr stationiert werden.“⁶

Vertreter aus verschiedenen osteuropäischen Staaten drängten bereits 1991 auf einen schnellen NATO-Beitritt. Vornehmlich in Ungarn und der Tschechoslowakei gab es Befürchtungen, dass die Sowjetunion ihre Demokratiebewegungen ähnlich brutal niederschlagen könnte wie den Ungarn-Aufstand von 1956 oder wie den Prager Frühling 1968. Der erste Tschetschenienkrieg, den Russland ab 1994 führte, verstärkte in weiteren Staaten die bereits bestehenden Sicherheitsbedenken.

Vor allem die baltischen Staaten suchten den Schutz der NATO vor einer für denkbar gehaltenen russischen Aggression. Sie waren fünf Jahrzehnte lang als sozialistische Sowjetrepubliken Teil der UdSSR gewesen und mussten dabei u.a. eine von der Sowjetregierung gezielt durchgeführte Politik der Unterdrückung und „Russifizierung“ erleiden.

Auf dem NATO-Gipfel von Prag im Jahr 2002 wurden Estland, Lettland, Litauen, die Slowakei, Slowenien, Bulgarien und Rumänien zu Beitrittsverhandlungen eingeladen. 2004 traten sie der NATO bei.

Russland sah die o.a. Entwicklung von Anbeginn an kritisch. Häufig wird – weiterhin auch immer wieder im Westen – auf angebliche Zusagen der NATO, sich nicht in Richtung Osten zu erweitern, verwiesen. Im Mittelpunkt stehen dabei insbesondere Äußerungen, die westliche Politiker im Rahmen der Vorverhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung (Zwei-Plus-Vier-Vertrag) getätigt haben. Allerdings, zum damaligen Zeitpunkt bestanden sowohl die Sowjetunion als auch der Warschauer Pakt noch und die Verhandlungen bezogen sich ausschließlich auf den militärischen Status des Gebietes der ehemaligen DDR. Die osteuropäischen Staaten waren noch Mitglieder des existierenden Warschauer Paktes, und an eine spätere NATO-Öffnung für diese Staaten hat man in dieser Phase nicht einmal ansatzweise gedacht.

„Tatsächlich findet sich im Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1991, der die Wiedervereinigung möglich machte, keine Regelung, die eine NATO-Osterweiterung ausschließt. Vereinzelt mündlichen Aussagen, die im Rahmen von vorvertraglichen Verhandlungen getroffen wurden, entfalten nach Einschätzung des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags keine völkerrechtliche Verbindlichkeit. Entsprechende Zusagen seien auch danach nicht erfolgt oder wiederholt worden. Mit dem Vertrag habe Russland faktisch einer Erweiterung der NATO um das Gebiet der ehemaligen DDR zugestimmt, der den Abzug sowjetischer Truppen vorsah und zugleich eine Stationierung von NATO-Truppen in den neuen Ost-Bundesländern bis heute ausschließt.“⁶⁷

Damit zurück zur eigentlichen Entwicklung des NATO-Russland-Verhältnisses.

Nach Unterzeichnung der NATO-Russland-Grundakte (1997) wurde die **Russische Mission beim NATO-Hauptquartier** in Brüssel eingerichtet und der Ständige Gemeinsame Rat – „**Permanent Joint Council (PJC)**“ – im Format 19+1 gegründet.

Allerdings, infolge des NATO-Lufteinsatzes über dem ehemaligen Jugoslawien, März bis Juni 1999, kühlten die politischen und militärischen Beziehungen für eine ganze Weile deutlich ab.

Nach den Terroranschlägen in den USA vom 11. September 2001 kam es dann zu einer erneuten Annäherung. Russland richtete endgültig eine eigenständige Mission bei der NATO in Brüssel und SHAPE/Mons ein, und die NATO eröffnete das zivile **NATO-Informationsbüro (NATO Information Office, NIO)** in Moskau.

Um die Ziele der NATO-Russland- Grundakte zu verwirklichen, wurde auf dem NATO-Russland-Gipfel in ROM, im Mai 2002, die Einrichtung des **NATO-Russland-Rates** (NRR, engl. NATO Russia Council, NRC) beschlossen. Der NRR sollte als Dialogforum für Sicherheitsfragen dienen und die praktische Kooperation für ein breites Spektrum an Themen und Vorhaben steuern. Im NRR sollten die Beteiligten als gleichberechtigte Partner in direkter Verbindung stehen und sich gegenseitig sowohl regelmäßig in Routineangelegenheiten als auch bei Bedarf im Fall von Spannungen konsultieren. Nach verheißungsvollem Beginn ist dies jedoch im Georgienkonflikt („Kaukasischer Fünftagekrieg“ im August 2008) und später auch nach der Krim-Annexion (2014) so gut wie nicht mehr geschehen.



Die Militärische Verbindungsmission (MLM) hatte das Bündnis gegenüber dem russischen Verteidigungsministerium und dem Generalstab zu vertreten. Im Bild: Delegationsgespräch anlässlich des Besuchs des SACEUR in Moskau 2006

Die Militärische Verbindungsmission der NATO (**NATO Military Liaison Mission, MLM**) wurde Ende Mai 2002 in Moskau eröffnet. Zusammen mit dem NATO-Informationsbüro (NIO, siehe oben), das für die Presse- und Informationsarbeit des Bündnisses in Russland verantwortlich

zeichnete, stand die MLM unter dem diplomatischen Schutz der Belgischen Botschaft in Moskau. Die MLM hatte das Bündnis gegenüber dem russischen Verteidigungsministerium und dem Generalstab zu vertreten. Sie unterstützte bis 2013 vor allem den Militärausschuss der NATO, den Internationalen Stab sowie den Internationalen Militärstab im NATO-Hauptquartier in Brüssel und die Strategischen Kommandos (das Allied Command Operations, ACO, in Mons/Belgien⁸, und das Allied Command Transformation, ACT, in Norfolk/Virginia USA) bei der Definition und Implementierung der militärischen Kooperationsprogramme des NRR. Darüber hinaus hielt die MLM Verbindung mit anderen Organisationen und Stellen in Moskau, die sich speziell mit der Sicherheitspolitik und den Streitkräften Russlands befassten. Die MLM unterhielt außerdem enge Kontakte zu den Botschaftern und Verteidigungsattachés der NATO-Staaten in Moskau.

Die Jahresprogramme des NRR umfassten jeweils eine umfangreiche Liste von Kooperationsprojekten. Sie ermöglichten vielfältige direkte Kontakte zwischen zivilen Institutionen und zwischen den Militärs. Einen Schwerpunkt bildete auch die zivil-militärische Zusammenarbeit bei Katastrophen und in Notfällen. Mehr als 20 gemischte Arbeitsgruppen wurden damals durch Beschluss des NRR eingerichtet.

Der jährlich erstellte „Arbeitsplan“ für die militärische Kooperation war insbesondere ausgerichtet auf die Erreichung von Interoperabilität zwischen russischen und NATO-Streitkräften. Die Umsetzung des speziellen Rahmenprogramms, „NATO-Russia Interoperability Framework Programme“ (NRIFP), durch Entwicklung und Durchführung entsprechender Einzelprogramme, war den o.g. Strategischen Kommandos der NATO (ACO und ACT, s.o.) sowie dem Russischen Generalstab übertragen. Dementsprechend wurden Einzelprogramme für folgende Bereiche entwickelt:

- Führung und Kommunikation
- Strategie und Taktik
- Ausbildung und Training
- Technische und prozedurale Standardisierung und
- Übungen.

Es gilt an dieser Stelle festzuhalten, dass die NATO Russland damals ein Höchstmaß an Transparenz und Vertrauensvorschuss geboten hat. Trotz stets gezeigter Bereitschaft seitens der NATO, die militärischen Kooperations-Ak-

tivitäten vor allem auch im Sinne gegenseitiger Vertrauensbildung zu nutzen, war die Resonanz auf russischer Seite allerdings eher verhalten bis ablehnend. Die russische Seite versuchte insbesondere stets direkte Kontakte von NATO-Angehörigen zu russischen Soldaten niederer Ränge zu vermeiden oder zu unterbinden.

Eine Entwicklung, die sich zumindest mittelbar auf das NATO-Russland Verhältnis ausgewirkt hat, ist die Umsetzung und Behandlung des „**Budapester Memorandums**“.

Am 5. Dezember 1994 wurden in Budapest im Rahmen der dort stattfindenden KSZE-Konferenz Vereinbarungen mit Belarus, Kasachstan und der Ukraine unterzeichnet. Diese drei Staaten hatten sich bereit erklärt, alle Nuklear-



Trotz stets gezeigter Bereitschaft seitens der NATO, die militärischen Kooperations-Aktivitäten vor allem auch im Sinne gegenseitiger Vertrauensbildung zu nutzen, war die Resonanz auf russischer Seite allerdings eher verhalten bis ablehnend. Im Bild: Vortragsveranstaltung des Mobile Education and Training Teams der NATO an der Generalstabsakademie der russischen Streitkräfte in Moskau im Oktober 2007

waffen auf ihrem Territorium zu beseitigen und dem Atomwaffensperrvertrag⁹ beizutreten. Als Gegenleistung gaben Russland, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten in drei individuellen Vereinbarungen mit den o.g. Staaten Sicherheitsgarantien, die gemeinsam im Budapester Memorandum zusammengefasst wurden. Erneut bekräftigt wurden dabei, u.a. mit Verweis auf die KSZE-Schlussakte von Helsinki, die bereits bestehenden Verpflichtungen, nämlich die Souveränität und die territoriale Integrität, also die Unverletzlichkeit der Grenzen zu achten. Mit Verweis auf die Charta der Vereinten Nationen wurde ebenfalls die Pflicht zur Enthaltung von Gewalt (Gewaltverbot) unterstrichen.

Bei der Auflösung der UdSSR befand sich auf dem Gebiet der Ukraine das drittgrößte Atomwaffenarsenal der Welt. Nach Unterzeichnung des Budapester Memorandums wurden alle Nuklearwaffen der früheren Sowjetunion nach Russland gebracht.

Russland hat bereits mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der Unterstützung der gewaltsamen Operationen der Separatisten in der Ostukraine seit 2014 das Budapester Memorandum klar verletzt. Der seit dem 24. Februar wütende Vernichtungskrieg hat Russlands Vertragstreue restlos zerstört. Es ist sicher müßig, an dieser Stelle irgendwelche Spekulationen anzustellen,

wie sich Russland in den letzten Jahren gegenüber der Ukraine verhalten hätte, wenn diese (noch) im Besitz von Nuklearwaffen gewesen wäre. Allerdings kann man vor allem mit Blick auf die globale Sicherheitslage vermuten, dass der Bruch des Budapester Abkommens durchaus auch die künftige Nichtverbreitung und Abrüstung von Kernwaffen gefährden dürfte. Die eklatante russische Verletzung der Vereinbarungen wirft letztlich Zweifel daran auf, wie verlässlich die Sicherheitsgarantien von Großmächten gegenüber Staaten mit Nuklearwaffen sind. Zweifel an der Verlässlichkeit solcher Zusagen könnten Anreize schaffen, vorhandene Kernwaffen zu behalten, neue nukleare Fähigkeiten zu erwerben oder bereits bestehende Beschaffungsprogramme zu beschleunigen. Ein krasses Beispiel dafür bietet insbesondere Nordkorea. Zu befürchten ist außerdem, dass der IRAN sich vollends vom JCPOA¹⁰ verabschiedet und weiterhin sogar noch verstärkt den Erwerb bzw. Besitz von Nuklearwaffen anstrebt. Dies könnte die nukleare Proliferation in Nah-Mittel-Ost völlig außer Kontrolle geraten lassen.

Die eklatante russische Verletzung der Vereinbarungen des Budapester Memorandums wirft letztlich Zweifel daran auf, wie verlässlich die Sicherheitsgarantien von Großmächten gegenüber Staaten mit Nuklearwaffen sind

Die Brisanz der aktuellen Lage wird durch die Einschätzung von Experten unterstrichen, dass heute – außer den 9 Nuklearmächten – mehr als 20 weitere Staaten technisch in der Lage wären, Nuklearwaffen herzustellen und einzusetzen.

4. Niedergang des NATO-Russland-Verhältnisses

Das Verhältnis zwischen den Streitkräften der NATO-Staaten und der Russischen Föderation (kurz genannt „Mil-to-Mil-Beziehungen“) entwickelte sich in den Jahren 2002 bis 2006 zunächst durchaus positiv und erfolgversprechend.

Die militärische Zusammenarbeit NATO-Russland hatte ab 2002 insgesamt einen festen Platz in den Beziehungen zwischen dem Nordatlantischen Bündnis und der Russischen Föderation eingenommen. Bis Ende 2007 unterstützte die MLM beispielsweise fast 2800 NATO- und über 1800 Angehörige der russischen Streitkräfte bei mehr als 720 Konferenzen, Trainings-, Übungs- und anderen Vorhaben.

Neben den multilateralen Beziehungen des Bündnisses mit Russland bestanden ebenfalls vielfältige und zum Teil sehr gut etablierte bilaterale militärische Beziehungen zwischen einzelnen NATO-Mitgliedsstaaten und Russland. Beide Aktionsbereiche sollten sich möglichst komplementär ergänzen.

Eine zunehmende Verschlechterung des Verhältnisses NATO-Russland musste allerdings ab Herbst 2006 festgestellt werden. Markanter Wendepunkt und deutlich wahrnehmbarer Auslöser war die erneut einsetzende Diskussion zu



„Wutrede“: Die Rede des russischen Präsidenten Putin auf der 43. Münchner Sicherheitskonferenz im Februar 2007 trug zur Verschlechterung des Verhältnisses zwischen NATO und Russland wesentlich bei. Eine deutliche Verlangsamung oder gar Stagnation der Aktivitäten im Rahmen der militärischen Kooperation setzte sich dann während des gesamten Jahres 2007 fort.

den US-Plänen für die Abwehr ballistischer Raketen in Europa, „Ballistic Missile Defence (BMD)“. Eine scharf formulierte russische Erklärung zu BMD wurde während einer in Moskau stattfindenden gemeinsamen NATO-Russland-Übung (Command Post Exercises, CPX) zu taktischer Raketenabwehr (Theater Missile Defence, TMD) veröffentlicht. Anschließend gestalteten sich die Begegnungen von militärischen Vertretern der NATO mit dem russischen Generalstab zunehmend frostiger. Es kam vermehrt zu Störungen und Verzögerungen von vereinbarten Maßnahmen und Programmen durch die russische Seite. Die sogenannte „Wutrede“ von Präsident Putin vor der Münchner Sicherheitskonferenz¹¹ trug zusätzlich zur Abkühlung bei. Eine deutliche Verlangsamung oder gar

Stagnation der Aktivitäten im Rahmen der militärischen Kooperation setzte sich dann während des gesamten Jahres 2007 fort.

Der Widerstand Russlands gegen die amerikanischen Pläne zum Aufbau einer Komponente zur Raketenabwehr (BMD) in Europa (in CZE und POL) und ein wachsendes Misstrauen – vor allem gegenüber den USA – wurden bereits ab Herbst 2006 bei Begegnungen in unterschiedlichen Formaten immer wieder zum Ausdruck gebracht. Hintergrund war insbesondere, dass Russland sich allein im Nuklearwaffenbereich auf Augenhöhe mit den USA wähnte. Dementsprechend befürchtete die russische Führung, dass mit BMD Russlands Nuklearpotential neutralisiert werden könnte. Dagegen wollte sich die russische Seite mit allen verfügbaren Mitteln zur Wehr setzen¹².

Die Angehörigen der MLM mussten damals in Russland ebenfalls erkennen, dass in der russischen Bevölkerung immer noch erhebliche Vorbehalte und Widerstände gegen die NATO bestanden, die offen oder latent von politischer Seite auch angefeuert und instrumentalisiert wurden. Die Anti-NATO-Stimmen in Russland, die bereits im Frühjahr 2006 bei einer sogenannten „NATO-Russland-Rallye“¹³ vernehmbar wurden, gewannen ab 2007 zunehmend an Deutlichkeit und Lautstärke. Mehrfach hat sich die gewandelte Rhetorik auch in Demonstrationen entladen, wobei gerade die MLM in Moskau ein markantes und gern gewähltes Ziel der Demonstranten war.

Die veränderte russische Haltung gegenüber der NATO war ab 2007 – neben Ablehnung der bereits erwähnten US-Plänen zur Raketenabwehr – vor allem auch beeinflusst durch die bestehenden und von der Putin-Regierung verstärkten – Meinungsunterschiede zu den problematischen Themen wie KSE-Vertrag¹⁴, Plänen zur Stationierung von US-Streitkräften in Rumänien und Bulgarien, fortschreitende NATO-Erweiterung und zum künftigen Status des Kosovo.

Zur Abkühlung des Verhältnisses zwischen NATO und Russland trug auch der russischen Kräften zugeschriebene Cyberangriff auf Estland bei, der am 26. April 2007¹⁵ begann und mehrere Wochen anhielt. Betroffen waren nicht nur staatliche Organe wie das estnische Parlament, der Staatspräsident und diverse Ministerien, sondern auch Banken und Medien. Zur gleichen Zeit kam es zu teilweise gewalttätigen Demonstrationen von Angehörigen der russischsprachigen Minderheit.

Russlands unverhältnismäßiges militärisches Eingreifen in Georgien, im August 2008, führte dazu, dass seitens der NATO die formalen Treffen des NRR und auch die praktische Kooperation in einigen Bereichen, wie z.B. Theater Missile Defence (TMD), bis Frühjahr 2009 ausgesetzt wurde.

Beim Gipfeltreffen des NATO-Russland-Rates in Lissabon, am 20. November 2010, verständigte man sich zwar auf die Wiederaufnahme der TMD-Kooperation. Zugleich wurde eine „Umfassende Gemeinsame Analyse des künftigen Rahmens für die Zusammenarbeit bei der Raketenabwehr“ beschlossen. Das Format der TMD-Übungen wurde dann geändert. Nun zielte man auf die Entwicklung, Untersuchung und Bewertung von verschiedenen Optionen zur Durchführung von Raketenabwehr in Europa. Aufgrund fortbestehender Differenzen in den grundlegenden Ansätzen Russlands und der NATO hinsicht-

lich der Ziele und Zwecke für den Aufbau einer Raketenabwehr in Europa, die seitens der NATO auf die Abwehr einer potenziellen Bedrohung durch den Iran ausgerichtet war, kam es ab 2010 allerdings kaum noch zu Fortschritten in der Zusammenarbeit.

Beim bereits erwähnten Gipfeltreffen des NRR in Lissabon, 2010, wurde u.a. erneut ein Versuch zur generellen Wiederbelebung der Kooperation (bzw. „Strategischen Partnerschaft“) zwischen der NATO und Russland unternommen. Sogar neue Projekte wurden auf diversen Feldern von gemeinsamem Interesse initiiert. Der NRR gewann jedoch auch danach nicht die Bedeutung als Konsultationsgremium, die man ihm eigentlich zugedacht hatte. Es kam nach Lissabon zu mehrfachen Unterbrechungen, u.a. infolge

- der Georgienkriege (2008 und 2016),
- des Ukrainekrieges (2014) – Annexion der Krim und Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine sowie
- des Giftanschlags russischer Agenten mit dem Nervengift Nowitschok auf Sergej und Julia Skripal in Salisbury, Großbritannien (2018).

Eine Sitzung des NRR fand deshalb erst 2019 wieder statt. Bis zur erneuten Sitzung am 12. Januar 2022 hatte Moskau über zweieinhalb Jahre hinweg jedes Gesprächsangebot der NATO ausgeschlagen und im Jahr 2021 sogar seine Vertretung bei der NATO geschlossen sowie die Schließung der MLM in Moskau erzwungen.

Die zunehmend anti-westliche, eher revanchistische und nationalistische Ausrichtung der russischen Außenpolitik seit Putins erneuter Präsidentschaft ab 2012 zeigte sich auch an folgenden Entwicklungen:

- Deutliche Zunahme von Cyber-Angriffen russischen Ursprungs und eine wachsende hybride Bedrohung. Markante Beispiele – aus einer umfangreichen Liste – sind der im Mai 2015 entdeckte Hackerangriff auf den deutschen Bundestag, die Beeinflussung der BREXIT-Entscheidung, die Einmischung in den US-Präsidentenwahlkampf 2016 und mehrfach – so auch jüngst – erneute Hackerangriffe auf deutsche Institutionen.
- Das militärische Engagement Russlands in Syrien, Libyen, Kasachstan und – zumindest mit Wagner-Söldnern – auch in Zentral- und Westafrika, zuletzt in Mali.

- Russlands Bruch des Vertrages über nukleare Mittelstreckenwaffen, INF-Vertrag¹⁶, hat das Ende dieses Vertrags im August 2020 maßgeblich bewirkt. Auch Russlands destruktive Haltung zum „Open Skies“ Vertrag¹⁷ und Wiener Abkommen über konventionelle Rüstung¹⁸ hat entscheidend zur Dekonstruktion der Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime beigetragen. Allein der „New-START“¹⁹ Vertrag wurde Anfang 2021 nochmals um 5 Jahre verlängert.
- Der enge Schulterschluss Russlands mit China und das damit erstarkte, häufig destruktive Auftreten dieser autoritären Mächte, gerade auch in den Vereinten Nationen. Beide Nationen sind Veto-berechtigte Mitglieder im VN-Sicherheitsrat, was zunehmend zu einer Lähmung diese höchsten Sicherheitsgremiums führt.
- Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und der seit 2014 in der Ostukraine herrschende mehr oder weniger latente Krieg war im Grunde lediglich die Vorstufe zu dem am 24. Februar 2022 begonnenen brutalen Angriffs- und Vernichtungskrieg gegen die gesamte Ukraine.
- Nicht unerwähnt bleiben sollen in diesem Zusammenhang auch die ultimativen „Sicherheits-Forderungen“ Russlands an die NATO vom 17. Dezember 2021, auf die später noch einmal gesondert eingegangen wird²⁰.

5. Vermutliche Ziele und Absichten Russlands

Ein aktuelles Hauptziel des russischen Präsidenten Putin scheint die Wiedererlangung des Großmachtstatus für Russland zu sein. Damit eng verbunden ist sein Bemühen, die USA von Europa abzukoppeln und aus Europa zu verdrängen sowie eine fortschreitende Einheit Europas – insbesondere die Weiterentwicklung einer wirtschaftlich starken Europäischen Union (EU) – zu verhindern. Freiheitlich rechtstaatliche Demokratien betrachtet Putin als Russlands Konkurrenten und vor allem als Bedrohung für die innere Stabilität seines autoritären, inzwischen klar diktatorisch-repressiven Herrschaftssystems. Hiergegen setzt er eine breite Palette hybrider Maßnahmen zur Destabilisierung der westlichen Regierungen und Gesellschaften sowie zur Störung kritischer Infrastrukturen ein. Einen besonderen Platz nehmen in seinem maliziösen Werkzeugkasten Cyberangriffe, Desinformationskampagnen, Spionage, Angriffe auf Oppositionelle oder „Abtrünnige“ (auch im Ausland) und Erpressung –

Freiheitlich rechtstaatliche Demokratien betrachtet Putin als Russlands Konkurrenten und vor allem als Bedrohung für die innere Stabilität seines autoritären, inzwischen klar diktatorisch-repressiven Herrschaftssystems.

vor allem auf dem Gebiet der Rohstoff- und Energieversorgung – ein. Gerade auf dem letztgenannten Gebiet hat sich Deutschland – quer durch alle Politik-, Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche – immer wieder Illusionen bezüglich russischer Vertragstreue und Verlässlichkeit hingegeben.

Putins Politik ist vermutlich auch von einer Art „Inferioritäts- oder Demütigungskomplex“ gezeichnet. Immer wieder haben er oder die von ihm gesteuerte Propaganda in den letzten Jahren Russland als „Opfer“ westlicher Übermacht oder angeblich aggressiver westlicher Einkreisungsversuche dargestellt. Dabei erkennt er sehr wahrscheinlich, seinen Großmachtsanspruch eigentlich nur auf dem militärstrategischen Feld beweisen zu können. Der Hauptgrund dafür liegt vor allem in der überstarken Abhängigkeit Russlands von seinen Energie- und Rohstoff-Ressourcen. Die russische Industrie verfügt weder über innovative „Zugpferde“ noch über international attraktive Produkte; es fehlt ihr letztlich an Wettbewerbsfähigkeit. In der Konsequenz daraus akzeptiert

Putins Politik ist vermutlich auch von einer Art „Inferioritäts- oder Demütigungskomplex“ gezeichnet. Immer wieder haben er oder die von ihm gesteuerte Propaganda in den letzten Jahren Russland als „Opfer“ westlicher Übermacht oder angeblich aggressiver westlicher Einkreisungsversuche dargestellt.

der russische Präsident auch nahezu ausschließlich die USA als Gesprächspartner, denn er will von dieser – vor allem wegen des vergleichbaren Nuklearwaffenpotentials²¹ – auf gleicher Augenhöhe wahrgenommen werden.

Die russische Regierung versucht schon seit Jahren, die EU diplomatisch auszuschalten oder zumindest zu marginalisieren. Das war bereits 2006/2007 in Moskau deutlich spürbar und wurde nicht zuletzt beim Besuch des EU-Außenbeauftragten, Josep Borrell, Anfang Februar 2022 in Moskau erneut sehr deutlich sichtbar.

Die geopolitisch revisionistische Außenpolitik von Präsident Putin ist vom Denken in Interessensphären und Einflusszonen geprägt. Er negiert dabei die souveränen Rechte und die territoriale Integrität der ehemals zur Sowjetunion gehörenden Staaten. Und, er will für Russland – zumindest durch Hegemonie über die „BUMAGA-Pufferstaaten“, Belarus, Ukraine, Moldawien, Armenien, Georgien und Aserbaidschan – eine Art Sicherheitszone, einen „Cordon-Sanitaire“ schaffen. Unter allen Umständen will Russland verhindern, dass ein weiteres Nachbarland Mitglied der NATO oder der EU wird.

Der russische Herrschaftsapparat nutzt für die Durchsetzung seiner geopolitischen Ziele inzwischen sehr offen, ja brutal und rücksichtslos auch militärische Gewalt und scheut sogar vor nuklearer Erpressung nicht zurück.

Speziell bezogen auf die Ukraine geht es Präsident Putin um die Kontrolle über das gesamte Land. Mit fadenscheinigen, unhaltbaren historischen Begründungen spricht er der Ukraine ein Existenzrecht ab. Dahinter verbirgt sich m.E. das wahre Motiv: Eine selbstbestimmte Ukraine wird weiter mit größter Entschlossenheit Richtung Westen drängen. Eine freiheitlich-rechtsstaatliche Demokratie, wie in der Ukraine, und ein höheres Maß an Wohlstand²² wären auch für viele Russen erstrebenswert. Die dauerhafte Festigung des ukrainischen Erfolgsmodells könnte nach Russland überschwappen, also einen „Spill-Over-Effect“ bewirken und somit den Fortbestand der repressiven Tyrannei des autoritären und kleptomanischen Systems Putin untergraben. Dem begegnet er skrupellos mit allen verfügbaren Mitteln.

Der russische Herrschaftsapparat nutzt für die Durchsetzung seiner geopolitischen Ziele inzwischen sehr offen, ja brutal und rücksichtslos auch militärische Gewalt und scheut sogar vor nuklearer Erpressung nicht zurück.

Mit seinem brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine, die er geschichts- und rechts-klitternd verbrämt als „militärische Spezialoperation“ zur „Entmilitarisierung“, „Entnazifizierung“ oder gar „Entsatanisierung“ der Ukraine bezeichnet, verfolgt Putin klar das Ziel, den souveränen ukrainischen Staat zu zerstören, wie es der US-Historiker Timothy Snyder bewertet²³.

Putins bereits 2014 begonnener Angriff auf die Ukraine hat nicht nur Russlands Vertragstreue ad absurdum geführt, sondern auch, mit Blick auf den Bruch des Budapester Memorandums, die USA und Großbritannien kompromittiert. Weder die USA noch Großbritannien haben rechtzeitig Entscheidungen dafür getan, dass die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit der Ukraine seitens Russlands geachtet und eingehalten wurden. Der russische Angriff hätte sich wahrscheinlich vor Kriegsbeginn durch glaubwürdige Abschreckung verhindern lassen; nicht jedoch erst während des Krieges²⁴.

6. Perzeption der NATO-Öffnung/-Erweiterung in Russland

Aus heutiger Sicht muss man eigentlich bekennen: Es gab bereits früh Anzeichen, dass ein Wandel Russlands hin zur Demokratie in absehbarer Zeit nicht

erwartet werden konnte. Bereits in Putins ersten beiden Amtszeiten als Präsident, 2000 bis 2008, lieferte er im Grunde immer wieder deutliche Hinweise auf eine zunehmend revanchistische Politik. Außerdem beanspruchte er auch eine Art Vetorecht für Russland gegen NATO-Beitritte früherer Staaten der Sowjetunion oder des Warschauer Paktes.

Putin und seine Vertrauten schürten mit propagandistischen Mythen in Russland – aber auch im westlichen Ausland – die Vorstellung, der Westen habe Russland während der Jelzin-Ära in einer Phase der Schwäche übervorteilt. Zudem war auch bereits 2006 eine zunehmende Tendenz zu einem „Inferioritäts- oder Demütigungskomplex“ spürbar (s.o.). Russland wurde und wird weiterhin als „gedemütigtes Opfer“ westlicher Politik dargestellt. Merklich begünstigt wurde die Wirkung dieser Propaganda auch durch ein bisweilen eher fatalistisches Minderwertigkeitsgefühl weiter Bevölkerungskreise in Russland. Gleichzeitig war in diversen Gesprächen durchaus auch der Wunsch oder die

Hoffnung auf ein Wiedererstarken des Landes unter der Führung eines machtvollen und international respektierten Politikers erkennbar²⁵.

Bereits früh waren in Russland immer wieder starke Vorbehalte gegen die NATO und ein enormes Misstrauen gegenüber der NATO insgesamt sowie den Vertretern der NATO zu spüren .

Trotz der zunächst scheinbar recht erfolgreichen Umsetzung der vom NRR jährlich beschlossenen Aktivitäten militärischer Ko-

operation kam es eigentlich nie zu einer echten Partnerschaft mit Russland. Vielmehr waren auch bereits 2005 in Russland immer wieder starke Vorbehalte gegen die NATO und ein enormes Misstrauen gegenüber der NATO insgesamt sowie den Vertretern der NATO zu spüren. Bei der bereits erwähnten „NATO-Russland-Rallye“²⁶, im Frühjahr 2006, kam es beispielsweise in Nowosibirsk sogar zu tätlichen Angriffen auf die NATO-Delegation.

Ganz im Geiste des bereits zuvor genannten „Demütigungskomplexes“ verließ Präsident Putin seiner vermeintlichen Frustration über die Behandlung Russlands durch den Westen, vor allem die NATO, Ausdruck in seiner sogenannten „Wutrede“ vor der Münchener Sicherheitskonferenz im Februar 2007. Er behauptete, der Westen mache, was er wolle und versuche ständig, Russland auszugrenzen, einzukreisen und „klein zu halten“. Diese Rede wurde zwar auf westlicher Seite teilweise mit Bestürzung vernommen, praktische politische Konsequenzen blieben jedoch weitgehend aus.

Die russische Politik war bereits in einer frühen Phase von Putins Amtszeit als Präsident in starkem Maße persönlich auf ihn zugeschnitten. Sie zielte u.a. darauf ab, die Gefühlslage der Bevölkerung eher anti-westlich zu instrumentalisieren und in diesem Sinne in erheblichem Maße zu manipulieren. Die Auswirkungen in Form von Demonstrationen gegen die NATO waren ab Herbst 2006 direkt vor den Büros des NATO Information Office (NIO) und der Military Liaison Mission (MLM) zu erleben. Berichte darüber fanden jedoch in Brüssel und anderen Hauptstädten der Allianz keine erkennbare Resonanz. Man war eher weiter bemüht, von westlicher Seite keine Disharmonien im Verhältnis zu Russland entstehen zu lassen.

Der russische Außenminister Lawrow führte in seiner Rede bei der 53. Münchner Sicherheitskonferenz 2017 aus, dass Russland die NATO als „Institution des Kalten Krieges“ betrachte und eine „nachwestliche Welt- oder Sicherheitsordnung“ anstrebe

Die russische Regierung investierte zumindest ab 2007 zunehmend mehr in die Propaganda gegen die „NATO-Erweiterung“.²⁷ Man bemühte sich nach Kräften, der russischen Bevölkerung, aber auch weiten Kreisen im Westen ein negatives Bild von der NATO zu vermitteln. Die Dauerberieselung mit dieser Propaganda hat zumindest bewirkt, dass die Mehrheit der Russen die NATO-Erweiterung politisch-psychologisch als schmerzhaft empfindet und darin auch eine Bedrohung für Russland sieht.

Die russische Propaganda bediente und bedient sich weiterhin grundsätzlich auch der mehrfach widerlegten Behauptung, die Sowjetunion bzw. Russland hätten Zusicherungen hinsichtlich einer Nichterweiterung der NATO erhalten²⁸. Dass selbst der ehemalige Präsident Gorbatschow im Oktober 2014 in einem Interview bestätigte, dass eine solche Zusage nicht gegeben wurde, findet dabei natürlich keine Erwähnung.

Dass die NATO-Erweiterung keine aktive Expansion war, sondern vielmehr ein starker und deutlich sichtbarer freier Willensausdruck der vom Joch der sowjetischen Zwangsherrschaft befreiten mittel- und osteuropäischen Staaten und der ehemaligen Zwangs-Sowjetrepubliken im Baltikum ist, die sich souverän nach Westen orientierten und den Schutz der NATO genießen wollen, findet weiterhin keine Anerkennung in Russland²⁹.

Der russische Außenminister Lawrow hat diese Sichtweise 2017 in seiner Rede bei der 53. Münchner Sicherheitskonferenz 2017 nochmals deutlich aufgegriffen. Er führte aus, dass Russland die NATO weiterhin als „Institution des

Kalten Krieges“ betrachtet und dass sein Land eine „nachwestliche Welt- oder Sicherheitsordnung“ anstrebt, in der jeder seinen „nationalen Interessen“ nachgehen kann. Auch sein mehrfacher Hinweis, die NATO habe die praktische Zusammenarbeit und entsprechende Aktivitäten im NATO-Russland-Rat eingefroren, verschwieg damals, dass dies als Reaktion auf den eklatanten Bruch der europäischen Friedensordnung durch Russland mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der mehr oder weniger verdeckten Unterstützung der Separatisten im Osten der Ukraine erfolgte.

Vor diesem Hintergrund war es auch nicht verwunderlich, dass Russland mit massiven Drohungen auf die von Finnland und Schweden nach dem 24. Februar 2022 beantragte Aufnahme in die NATO reagierte. Die Aufnahme dieser beiden Staaten in das Bündnis wird nicht nur die Sicherheitslage in der Ostsee deutlich zu Gunsten der NATO verändern, sondern zugleich auch die direkte Grenze des NATO-Gebiets mit Russland um etwa 1340 km erweitern.

7. Der entscheidende Wendepunkt: Die russischen Forderungen vom 17. Dezember 2021

Seit Mitte 2021 fanden vielfältige diplomatische Bemühungen um eine Deeskalation des Russland-Ukraine-Konflikts statt. Bei allen einschlägigen Gesprächen standen sowohl die zunehmend brisante Lage an der russisch-ukrainischen Grenze als auch die ultimativen russischen Forderungen nach „Sicherheitsgarantien“ im Vordergrund.

Am 17. Dezember 2021 forderte Moskau schriftlich von der NATO³⁰ bzw. den USA³¹

- einen Ausschluss jeder künftigen NATO-Erweiterung und
- keine Stationierung zusätzlicher Soldaten oder militärischen Geräts in den osteuropäischen Staaten, um die das Bündnis ab 1999 erweitert worden ist.

Die Forderung ging sogar so weit, die NATO solle ihre Truppen bzw. ihre Infrastruktur auf die Positionen von 1997 (deutsch-polnische Grenze) zurückziehen – also vor den Beginn der Osterweiterung³².

Die NATO solle sich verpflichten, auf jegliche militärische Aktivität in der Ukraine, im übrigen Osteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien zu verzichten. Innerhalb einer nach Längen- und Breitengraden zu bestimmenden Zone sollen Russland und die NATO keine Manöver „oberhalb des Brigade-

Niveaus“ abhalten. Beide Seiten sollten sich verpflichten, keine landgestützten Mittelstreckenraketen in Gebieten zu stationieren, die ihnen erlauben, das Gebiet des anderen zu erreichen.

Die NATO solle die von Putin beanspruchte Interessensphäre, Staaten der ehemaligen Sowjetunion, ausdrücklich anerkennen. Die USA und Russland sollten eine gegenseitige Verpflichtung abgeben, keine Nuklearwaffen im Ausland zu stationieren, solche Waffen zurückzuholen und entsprechende Infrastruktur abzubauen.

8. Anmerkungen zu den Russischen Forderungen vom 17. Dezember 2021

Die ultimativen russischen Forderungen vom 17. Dezember sind für die NATO unannehmbar. Experten bezeichneten sie sogar als „verklaustrierte Kriegserklärung gegen die Ukraine und den Westen“³³.

Der von Russland geforderte Verzicht auf Manöver mutet fadenscheinig an. Im Gegensatz zur NATO hat Russland in den letzten Jahren wiederholt Großübungen („Snap Exercises“) ohne vorherige Ankündigung durchgeführt.

Sowohl in der NATO-Russland-Gründungsakte von 1997 als auch auf den NATO-Russland-Gipfeln in Rom (2002) und Lissabon (2010) ist festgehalten, dass

- die Verteidigung des Bündnisses auch in den neuen Mitgliedsstaaten durch Verstärkungskräfte gewährleistet werden soll,
- keine dauerhafte Stationierung substantieller Kampftruppen in diesen Staaten erfolgen werde und
- eine Verstärkung der Kräfte stattfinden könne, wenn besondere Lagen dies erforderten.

Demzufolge ist die Einrichtung von Infrastruktur und Präsenz bewusst begrenzter, nicht fest stationierter Verteidigungskräfte, wie in der NATO Enhanced Forward Presence³⁴ realisiert, aber auch eine Verstärkung der Kräfte in besonderen Lagen von Russland mit den eingangs erwähnten Grundlagendokumenten akzeptiert worden.

Hinsichtlich des von Moskau vorgeschlagenen Moratoriums landgestützter Mittelstreckenraketen ist anzumerken, dass Russland in der Exklave Kaliningrad Iskander-Raketen stationiert, die nach eigener Darstellung Kurzstrecken-

raketen sind, nach NATO-Erkenntnissen hingegen eine Reichweite von über 500 km haben und damit faktisch Mittelstreckenraketen sind. Russland hat damit den INF-Vertrag gebrochen, der daraufhin von den USA gekündigt wurde.

Die russischen Vorschläge richten sich vor allem auch gegen die „nukleare Teilhabe“³⁵, die ein Kernstück der Abschreckung der NATO bildet. Die nukleare Teilhabe von fünf NATO-Staaten befindet sich im Einklang mit dem Nuklearen Nichtverbreitungs-Vertrag (NVV). Eine Aufgabe der nuklearen Teilhabe würde nicht nur die auf Abschreckung und Dialogbereitschaft basierende Sicherheitspolitik der Allianz entscheidend schwächen, sondern auch die Gefahr einer Entkoppelung europäischer Sicherheit von der Sicherheit der USA erneut heraufbeschwören. Das können und sollten die nichtnuklearen Mitgliedstaaten der NATO keinesfalls akzeptieren.

Die NATO hat wiederholt bekräftigt, keine Absicht, keine Pläne und keine Gründe zu haben, eigene Nuklearwaffen auf dem Territorium der neuen Mitgliedstaaten in Mittel-Ost-Europa zu dislozieren. Putin dagegen droht dem Westen nunmehr im Grunde unverhohlen mit einem Atomschlag, sollte der Westen die Ukraine weiter unterstützen bzw. Russlands Sicherheit gefährden.

Mit seinen Äußerungen versucht Putin, seine wahren Ziele zu kaschieren: Er möchte die NATO-Erweiterung faktisch rückgängig machen, die nordamerikanisch-europäischen Sicherheits- und Verteidigungsverbindungen zerstören oder zumindest unwirksam werden lassen und eine Dominanz Russlands auf dem europäischen Kontinent herstellen

Wie absurd das ist und wie weitgehend Putin das versteht, das haben seine Rede am 9. Mai 2022 auf dem Roten Platz in Moskau und weitere Äußerungen von ihm Verlauf des Jahres 2022 deutlich werden lassen. Er unterstellt der NATO im Grunde Angriffsabsichten, denen Russland in der Ukraine präemptiv habe zuvorkommen müssen. Mit seinen Äußerungen versucht er, seine wahren Ziele zu kaschieren: Er möchte die NATO-Erweiterung faktisch

rückgängig machen, die nordamerikanisch-europäischen Sicherheits- und Verteidigungsverbindungen zerstören oder zumindest unwirksam werden lassen und eine Dominanz Russlands auf dem europäischen Kontinent herstellen.³⁶

Ergänzend sei angemerkt, dass der finnische Verteidigungsminister im Rahmen der Berliner Sicherheitskonferenz 2022 die russischen Forderungen vom 17. Dezember 2021 als einen entscheidenden Wendepunkt für die Neuorientierung der finnischen Außen- und Sicherheitspolitik Richtung NATO-Mitgliedschaft bezeichnete.

9. Gedanken zum künftigen Verhältnis NATO – Russland

Derzeit erscheint es kaum vorstellbar, dass zwischen einem von Putin regierten Russland und der NATO wieder ein Verhältnis aufgebaut werden kann, das sich an traditionellen Vorstellungen oder wertorientierten Normen internationaler Politik orientiert, geschweige denn auf gegenseitigem Vertrauen basiert.

Präsident Putin und Außenminister Lawrow haben westliche Vorschläge und Bitten um Entspannungssignale ignoriert, westliche Spitzenpolitiker mit eklatanten Lügen düpiert und skrupellos den Pfad der Gewaltanwendung gewählt. Ihr Verhalten und das wesentlicher Angehöriger der russischen Führungselite³⁷ markieren eine fortbestehende Bedrohung.

Nur eine weltweite, entschlossene und geschlossene Position gegen die revanchistisch-imperiale und militärisch aggressive Machtpolitik des Systems Putin kann nach Auffassung des Verfassers die derzeitige russische Regierung einhegen und ihre expansionistischen Machtgelüste bremsen.

Nur eine weltweite, entschlossene und geschlossene Position gegen die revanchistisch-imperiale und militärisch aggressive Machtpolitik des Systems Putin kann nach Auffassung des Verfassers die derzeitige russische Regierung einhegen und ihre expansionistischen Machtgelüste bremsen.

Das Ende Juni 2022 in Madrid beschlossene neue „Strategische Konzept der NATO“³⁸ bezeichnet die Russische Föderation nicht mehr als Partner, sondern als die größte und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der Verbündeten und für Frieden und Stabilität im euroatlantischen Raum. Um mögliche Eskalation zu verhindern, will die NATO allerdings Kommunikationskanäle offenhalten. Die bewährte NATO-Doppelstrategie, mit glaubwürdiger Abschreckung bei gleichzeitiger Dialogbereitschaft, sollte entschlossen beibehalten und vor allem auch durch glaubwürdige, konkrete Bereitstellung der notwendigen militärischen Fähigkeiten unterfüttert werden.

Die NATO muss Abschreckung durch Geschlossenheit und glaubwürdige Verteidigungsfähigkeiten demonstrieren sowie ihre **Kernprinzipien** immer wieder bekräftigen:

- Die Beistandspflicht aller NATO-Staaten gemäß Artikel 5 des Washingtoner Vertrags muss konsistent und glaubwürdig untermauert werden.
- Es darf gegenüber Russland keinerlei Aufweichung der souveränen Rechte jeder Nation, selbst über ihre Sicherheitsvereinbarungen zu befinden, stattfinden.
- Die „Open Door“-Politik der NATO darf kein russisches Veto erlauben.

Die bisherige Erpressbarkeit von NATO-Staaten auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Energiepolitik infolge überstarker Abhängigkeit von russischen Rohstoffen und russischen Energieträgern muss weiter rasch und nachdrücklich abgebaut werden.

Wenn es derzeit auch schwer vorstellbar ist, so wird man nach hoffentlich baldiger Beendigung des Krieges in der Ukraine mittel- und langfristig doch eine Wiederbelebung von vertrauensbildenden Maßnahmen und Rüstungskontrollregimen anstreben müssen. Sehr wahrscheinlich bedarf es dabei zugleich einer Ausweitung auf weitere global agierende Mächte, insbesondere China.

Die auf dem NATO-Gipfel von Madrid beschlossene Aufrechterhaltung und weitere Stärkung der NATO Enhanced Forward Presence an der Ostgrenze des Bündnisses ist unverzichtbar³⁹. Mit dem hoffentlich bald vollzogenen Beitritt von Finnland und Schweden zur NATO wird das Bündnis im Ostseeraum deutlich gestärkt gegenüber Russland auftreten können.

Das künftige Verhältnis von NATO und Russland wird ohne Zweifel fundamental verändert sein. Weitere – vor allem auch unangenehme – Überraschungen müssen dabei erwartet werden. Die „Zeitenwende“ wird die NATO und ihre Mitgliedsstaaten noch vor etliche Herausforderungen stellen, die künftig illusionsfrei bewältigt werden sollten.

10. Nachwort

Die Mitgliedsstaaten der NATO und der EU haben in den letzten drei Dekaden sehr stark auf mögliche „Friedens-Dividenden“ geschaut und sich dabei immer wieder Illusionen bezüglich einer globalen Entwicklung in Richtung einer demokratisch-rechtsstaatlich orientierten Friedensordnung hingegeben⁴⁰. In Europa haben vor allem Deutschland und Frankreich den seit dem Amtsantritt von Präsident Putin grundlegend konfrontativen Charakter der russischen Politik gegenüber dem Westen nicht sehen oder nicht wahrhaben wollen.

Ihre immer wieder als illusorisch empfundene Politik wurde bereits früh von Staaten kritisiert, die früher zur Sowjetunion oder zum Warschauer Pakt gehört hatten. Selbst nach der völkerrechtswidrigen Krim-Annexion setzte man sich im „Normandie-Format“ und im Zusammenhang mit den „Minsk-Abkommen“ nicht energisch genug gegen die zunehmend massiveren russischen Lügen und Propagandatricks zur Wehr. Die in hohem Maße von Illusionen beeinflusste westliche Politik war – und ist teilweise auch immer noch – gerade in Deutschland von einem bisweilen naiv anmutenden Pazifismus und von überzogenen wirtschaftlichen Hoffnungen oder Interessen geprägt. Strategische sicherheits- und verteidigungspolitische Erwägungen hatten dabei keine Konjunktur oder wurden sogar vielfach als störend abgewiesen.

Experten gehen sogar so weit zu behaupten, dass die deutsche Bundesregierung mit einer „faktischen Selbstentwaffnung der Bundeswehr indirekt dazu beigetragen“ habe, „dass Putin den Westen kaltblütig berechnend militärisch herausfordert.“⁴¹

Alle Überlegungen zum künftigen Verhältnis NATO–Russland sollten unbedingt einen im Sinne von Clausewitz ausgerichteten illusionsfreien strategischen Gesamtansatz für eine stabile Europäische Sicherheitsordnung anstreben. Dabei sollte auch die nachfolgend zitierte Feststellung von Clausewitz nicht unbeachtet bleiben:

Die in hohem Maße von Illusionen beeinflusste westliche Politik war – und ist teilweise auch immer noch – gerade in Deutschland von einem bisweilen naiv anmutenden Pazifismus und von überzogenen wirtschaftlichen Hoffnungen oder Interessen geprägt. Strategische sicherheits- und verteidigungspolitische Erwägungen hatten dabei keine Konjunktur oder wurden sogar vielfach als störend abgewiesen.

„Wehe dem Kabinett, das mit einer halben Politik und gefesselten Kriegskunst auf einen Gegner trifft, der wie das rohe Element keine anderen Gesetze kennt als die seiner innewohnenden Kraft!“⁴²

Zum Autor: Generalleutnant a.D. Dipl.-Inform. (univ.) Kurt Herrmann war von 2005 bis 2008 Leiter der Militärischen Verbindungsmission der NATO zur Russischen Föderation in Moskau, in seiner letzten aktiven militärischen Verwendung Direktor der NATO Communication and Information Systems Services Agency (NCSA) und von 2013 bis 2020 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Anmerkungen

- 1 In der Erklärung des NATO-Gipfels von London, 5./6. Juli 1990, wird u.a. zum Ausdruck gebracht: Das Bündnis will niemals und unter keinen Umständen als erstes Gewalt anwenden und schlägt den Staaten Europas eine vertrauensvolle Sicherheitspartnerschaft vor: Gewaltverzicht, Dialog, Ausgleich und Kooperation. Bereits der EG-Gipfel in Dublin vom 25./26. 6. 1990, der den Übergang zur politischen Union beschloss, hatte der Sowjetunion die prinzipielle Bereitschaft signalisiert, Gorbatschows Reformpolitik mit Krediten und Hilfsprogrammen zu unterstützen. (Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung vom 15./16. Juli 1990).
- 2 Quelle: NATO „Fact Sheets“, Media Backgrounder vom März 2020
- 3 Aktuelle PfP-Mitglieder:
 - Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Russland und Tadschikistan (Collective Security Treaty Organization, CSTO)
 - Österreich, Finnland, Irland, Malta und Schweden (Europäische Union, EU)
 - Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldawien (Organisation für Demokratie und Wirtschaftliche Entwicklung von Staaten der ehemaligen Sowjetunion, GUAM):
 - Bosnien u. Herzegowina, Serbien, Schweiz, Turkmenistan und Usbekistan
- 4 Offizielle Bezeichnung: „Charta von Paris für ein neues Europa“. Dieses Schlussdokument der KSZE-Sondergipfelkonferenz ist ein grundlegendes internationales Abkommen über die Schaffung einer neuen friedlichen Ordnung in Europa nach der Wiedervereinigung Deutschlands und der Einstellung der Ost-West-Konfrontation.
- 5 Originaltitel: „Founding Act on Mutual Relations, Cooperation, and Security between the North Atlantic Treaty Organization and the Russian Federation: Text unter folgendem Link abrufbar: https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_25468.htm?selectedLocale=de
- 6 Bundeszentrale für politische Bildung; „Hintergrund aktuell zur NATO-Osterweiterung“ vom 24.03.2022
- 7 Bundeszentrale für politische Bildung; Hintergrund aktuell zur NATO-Osterweiterung vom 24.03.2022
- 8 Auch unter der Bezeichnung Supreme Headquarters Allied Powers Europe, SHAPE, bekannt.
- 9 Der Atomwaffensperrvertrag, auch Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen oder Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag (NVV), (englisch Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, kurz Non-Proliferation Treaty oder NPT) ist ein internationaler Vertrag, der das Verbot der Verbreitung und die Verpflichtung zur Abrüstung von Kernwaffen sowie das Recht auf die „friedli-

che Nutzung“ der Kernenergie zum Gegenstand hat. Der NVV (NPT) wurde von den fünf Atommächten USA, Frankreich, VR China, Großbritannien und der Sowjetunion initiiert und inzwischen von 191 Vertragsstaaten unterzeichnet bzw. akzessiert. Nur vier Staaten wurden nicht Mitglied des Atomwaffensperrvertrags: Indien, Israel, Pakistan und Südsudan. Nordkorea trat im Januar 2003 aus dem Vertrag aus und dessen endgültiger Status wird seither von der NVV-Gemeinschaft offengehalten. Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) kontrolliert die Einhaltung des Vertrags, unter anderem durch Vor-Ort-Inspektionen in kerntechnischen Anlagen. (Quelle: WIKIPEDIA)

- 10 Joint Comprehensive Plan of Action (JCPoA); Wiener Nuklearvereinbarung, die am 14. Juli 2015 von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den USA, Russland, China und dem Iran abgeschlossen wurde. Am 08. Mai 2018 gab US-Präsident Donald Trump den Rückzug der Vereinigten Staaten aus dem JCPoA bekannt. Seit dem 01. Juli 2019 setzte Iran seine nukleartechnischen JCPoA-Verpflichtungen schrittweise aus und intensivierte seine Aktivitäten zur Uran-Anreicherung. Die neue US-Regierung unter Präsident Biden bekundete ihre Entschlossenheit, in die Nuklearvereinbarung zurückzukehren. (Quelle: Auswärtiges Amt). Der Iran hat allerdings noch keine Bereitschaft zur Wieder-Einhaltung der Auflagen des JCPoA erkennen lassen
- 11 Rede des russischen Präsidenten Wladimir Putin auf der 43. Münchner „Sicherheitskonferenz“ im Februar 2007
- 12 So brachte es u.a. der damalige Generalstabschef der russischen Streitkräfte, Armeegeneral Juri Nikolajewitsch Balujewski, bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden des Militärausschusses der NATO, General Raymond Henault, Mitte Oktober 2006 in Moskau, an der auch der Verfasser teilnahm, unmissverständlich zum Ausdruck.
- 13 Serie von Informationsveranstaltungen der NATO in russischen Städten, von Wladiwostok bis Pskow
- 14 Der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag; englisch „Conventional Forces in Europe Treaty“, CFE) vom 19. November 1999 legt Obergrenzen für die Anzahl schwerer Waffensysteme fest, die in Europa vom Atlantik bis zum Ural stationiert werden dürfen.
- 15 Infolge der Umsetzung des „Bronzesoldaten von Tallinn“.
- 16 Der INF-Vertrag (engl. Intermediate Range Nuclear Forces Treaty) oder „Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme“ bezeichnet ein Bündel bilateraler Verträge und Vereinbarungen zwischen den USA und der UdSSR/ Russland über die Vernichtung aller boden-/landgestützten Flugkörper mit mittlerer und kürzerer Reichweite (zwischen 500 bis 5500 Kilometer). Quelle: Wikipedia.

- 17 Vertrag über den Offenen Himmel (englisch Treaty on Open Skies) ist die Bezeichnung für einen Vertrag aus dem Jahre 1992 zwischen 27 damaligen KSZE-Staaten, der es den Vertragsteilnehmern gestattet, gegenseitig ihre Territorien auf festgelegten Routen zu überfliegen und Lagebilder durch Beobachter und mittels technischer Sensoren zu erstellen. Durch diese vertrauensbildende Maßnahme im (KSZE-)OSZE-Raum sollen Vereinbarungen der Rüstungskontrolle sowie zur Konfliktverhütung überwacht, Konflikte vermieden und der Frieden gesichert werden. Quelle: Wikipedia
- 18 Wiener Dokument 2011 der Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (WD 11) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) über konventionelle Rüstung.
- 19 Der „New Start“-Vertrag von 2010 ist das letzte atomare Abrüstungsabkommen zwischen den USA und Russland. Beide Länder verpflichten sich darin, die Zahl ihrer strategischen Atomsprengköpfe auf jeweils maximal 1550 und 800 Trägersysteme zu beschränken. (Quelle: Wikipedia)
- Im August 2022 gab das russische Außenministerium bekannt, dass es Kontrollen von Atomwaffenbeständen im Rahmen des Abkommens vorerst aussetze. Das Außenministerium gab an, dass Russland wegen der Sanktionen gegen seine Flugzeuge in Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg keine Inspektoren in die USA fliegen könne. Deshalb würde eine Wiederaufnahme der US-Inspektionen auf russischem Gebiet den Amerikanern einen Vorteil verschaffen. Man werde sich aber weiter an New START halten. (Quelle: DER SPIEGEL vom 8. August 2022)
- 20 siehe die Abschnitte 7. und 8.
- 21 Russland besitzt laut Schätzung des schwedischen Sicherheitsinstituts SIPRI (SIPRI Yearbook 2022, Kapitel 10 „World nuclear forces“; siehe auch Link: <https://sipri.org/sites/default/files/YB22%2010%20World%20Nuclear%20Forces.pdf>) ca. 6.000 nukleare Sprengköpfe, wovon 1.500 einsatzbereit sind. Die USA besitzen etwa ein Gesamtinventar von knapp 5.500 Sprengköpfen, wobei ca. 1.700 aktuell nicht einsatzfähig sind. Russland und USA zusammen verfügen weiterhin über ca. 90% aller nuklearen Sprengköpfe weltweit.
- 22 Was nicht zuletzt durch die massiven Plünderungen russischer Soldaten in den von Russland eroberten Gebieten der Ukraine deutlich geworden ist.
- 23 FAZ vom 17.05.2022, und 06.06.2022
- 24 Quelle: Herfried Münkler „Gegen politische Romantik“ in FAZ vom 16.3.22
- 25 Fast schon eine verklärende Sehnsucht nach einem neuen Zar.
- 26 einer Serie von Informationsveranstaltungen in mehreren russischen Städten, siehe oben Ziffer 4.

- 27 Erste Phase der Osterweiterung: Am 12. März 1999 traten Polen, Tschechien und Ungarn der NATO bei.
Zweite Phase der Osterweiterung 2004: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien
Dritte Phase 2009: Albanien und Kroatien
Vierte Phase 2017: Montenegro
Fünfte Phase 2020: Nordmazedonien
- 28 Siehe auch oben Abschnitt 3
- 29 Vgl. auch Dr. Hannes Adomeit und Prof. Dr. Joachim Krause „Der neue (kalte) Krieg. Das russische Ultimatum vom Dezember 2021 und die Folgen für die westliche Allianz“ in SIRIUS 2022, Seite 129-149
- 30 Vgl. : <https://mid.ru/print/?id=1790803&lang=en>
- 31 Vgl.: <https://mid.ru/print/?id=1790818&lang=en>
- 32 um Polen, Ungarn und Tschechien (1999), Bulgarien, Rumänien, Slowenien, der Slowakei und den baltischen Staaten (2004) sowie Albanien, Kroatien (2009), Montenegro (2017) und Nordmazedonien (2020)
- 33 Vgl. o.g. Artikel von Adomeit/Krause in SIRIUS 2022, Seite 129
- 34 „Ein wichtiger Bestandteil der Abschreckungs- und Verteidigungshaltung der NATO ist die militärische Präsenz im östlichen Teil des Bündnisgebiets. In den letzten Jahren haben die Bündnispartner die Präsenz der NATO durch die Einrichtung multinationaler Gefechtsverbände in Bulgarien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und der Slowakei verstärkt. Sie haben auch mehr Schiffe, Flugzeuge und Truppen an die Ostflanke der NATO geschickt, von der Ostsee im Norden bis zum Schwarzen Meer im Süden. Diese Aktionen zeigen die Solidarität, Entschlossenheit und Fähigkeit der Bündnispartner, das Gebiet und die Bevölkerung des Bündnisses zu verteidigen. Diese Vorwärtspräsenz (Enhanced Forward Presence) wurde erstmals 2017 mit der Schaffung von vier multinationalen Kampfgruppen in Bataillonsgröße in Estland, Lettland, Litauen und Polen eingesetzt, die jeweils vom Vereinigten Königreich, Kanada, Deutschland und den Vereinigten Staaten angeführt wurden. Im Südosten trug eine maßgeschneiderte Präsenz zu Lande, zu Wasser und in der Luft zu verstärkten Aktivitäten der Bündnispartner in der Region bei und verbesserte das Lagebewusstsein, die Interoperabilität und die Reaktionsfähigkeit. Auf dem NATO-Gipfel 2022 in Madrid einigten sich die Bündnispartner darauf, die multinationalen Gefechtsverbände bei Bedarf von Bataillonen bis zur Brigadegröße aufzustocken.“ (Quelle NATO; Link: https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_136388.htm).
- 35 Die nukleare Teilhabe ist ein Konzept innerhalb der Abschreckungspolitik der NATO, das Mitgliedstaaten ohne eigene Nuklearwaffen in die Zielplanung und in den Einsatz der Waffen durch die NATO einbezieht.

- 36 Vgl. o.g. Artikel von Adomeit/Krause in SIRIUS 2022, Seite 131
- 37 Zu nennen ist hier insbesondere auch Dmitri Anatoljewitsch Medwedew, der von 2008 bis 2012 Präsident Russlands und anschließend bis 2020 Ministerpräsident der Russischen Föderation war. Er ist seit 2012 formal Vorsitzender der Partei Einiges Russland und seit 2020 stellvertretender Leiter des Sicherheitsrates der Russischen Föderation. Vor allem im Verlauf des Jahres 2022 erregte er wiederholt Aufmerksamkeit mit Verschwörungstheorien, radikalen Äußerungen und martialischen Drohungen gegen die Ukraine und den Westen.
- 38 Siehe Dokument unter dem Link: <https://www.nato.int/strategic-concept/index.html>
- 39 Text der Gipfelerklärung unter Link: https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_196951.htm?selectedLocale=en
- 40 Bisweilen stark geprägt von den Vorstellungen zum „Ende der Geschichte“, die der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama durch einen im Sommer 1989 veröffentlichten Artikel in der Zeitschrift „The National Interest“ und ein Buch mit diesem Titel „The End of History and the Last Man“, 1992, vertreten hat.
- 41 Vgl. o.g. Artikel von Adomeit/Krause in SIRIUS, 2022, Seite 141.
- 42 Carl von Clausewitz “Vom Kriege“; vollständige Fassung von 1832, RaBaKa Publishing 2010, Seite 183

Ein Jahr brutale Aggression Russlands im Herzen Europas

Die Nuklearmacht Russland im Eroberungskrieg gegen die Ukraine
und Putins erbitterter Kampf gegen den liberalen Westen
Eine Betrachtung mit Clausewitz' Einsichten¹

Klaus Olshausen

1. Vorbemerkung

Keine Neutralität, aber klare Analyse

„Der Krieg findet statt“². Diese Aussage erfolgte nicht im Februar 2022, sondern konstatierte die Lage im Frühjahr 2014. Mit Blick auf heute erinnert sie daran, dass die aggressive Auseinandersetzung Russlands mit der Ukraine schon fast neun Jahre stattfindet. Und spätestens seit dem russischen Aufmarsch im Frühjahr 2021 rund um die Ukraine, dem neuen strategischen Konzept vom Juli 2021 und dann dem Namensartikel Putins zur Leugnung jeder Eigenständigkeit der Ukraine war für alle Ukrainer, als Staat und als Nation, deutlich erkennbar, ja völlig klar, dass Putin auf diesem Weg gegen die Ukraine, zu ihrer Auflösung, ja Vernichtung fortschreiten wird.

Zur Lage in den westlichen Staaten äußerte sich Wolfgang Schäuble im November 2022: „Wir wollten es nicht sehen“³. Und er bezog sich auf Russlands Politik nicht erst seit 2014. Dazu passt, dass der Chef des Stabes von SHAPE sich mit den Worten zitieren lässt: „Durch ‚Indicators and Warnings‘ im Vorfeld des Ukraineangriffs, sei die NATO angesichts des russischen Überfalls durchaus vorbereitet gewesen“. Faktisch hat diese Erkenntnis aber keine für Putin glaubwürdig abschreckenden Maßnahmen ausgelöst, um Russland von der Invasion abzuhalten.

Webe dem Kabinett, das mit einer halben Politik und gefesselten Kriegskunst auf einen Gegner trifft, der wie das rohe Element keine anderen Gesetze kennt als die seiner innewohnenden Kraft! Dann wird jeder Mangel an Tätigkeit und Anstrengung ein Gewicht in der Waagschale des Gegners; es ist dann nicht so leicht, die Fechterstellung in die eines Athleten zu verwandeln, und ein geringer Stoß reicht oft hin, das Ganze zu Boden zu werfen

Clausewitz, Carl von, Vom Kriege, S.206, Ullstein TB, 5. Auflage, 2008

Wer heute fast ein Jahr nach Beginn des brutalen Angriffs- und Besatzungskrieges und der beeindruckenden Verteidigung der Ukrainer – auch mit Waffen, Munition und Ausrüstung westlicher Staaten und Partnerländer – ver-

sucht, die oft eng verknüpften Geschehnisse und Elemente der Vorgeschichte kritisch zu betrachten, sieht sich vielen Herausforderungen, ja Schwierigkeiten gegenüber. Das folgt schon daraus, dass die Fakten im Handeln aller Beteiligten bei weitem nicht zweifelsfrei zutage liegen. Und viele Akteure wollen mit unterschiedlicher Intensität und eigenwilliger Zusammenstellung der Entwicklung die „Deutungshoheit“ für den nach jeweiliger Auffassung „notwendigen“ Gang der Ereignisse gewinnen.

Meinen Standpunkt gewinne ich – noch stärker als schon für meine Analysen seit dem Beginn der russischen Aggression auf die Krim und die Ost-Ukraine⁴ – aus dem international vereinbarten Postulat der Charta von Paris, dass jedes Land, jeder Staat, jede Bevölkerung „das Recht hat, in Frieden und Freiheit selbst zu bestimmen, ... von wem es regiert werden möchte und welchen Wertgemeinschaften und Bündnisgemeinschaften sie angehören wollen“ (FAZ Nr. 260, 8.11.14, S. 1). Das heißt konkret: Ich bin in diesem brutalen Eroberungs-, ja Vernichtungskrieg Russlands gegen die Ukraine und Putins anhaltendem hybriden „Kampf gegen den liberalen Westen“ sachlich, aber nicht „neutral“.

2. Clausewitz‘ Einsichten als Einführung

Weniger um eine umfängliche Erzählung der geschichtlichen Ereignisse geht es hier, sondern in gebotener Kürze wird eine kritische Analyse wichtiger Aspekte und Zusammenhänge versucht werden.

Dazu gehört erstens die Ermittlung von Tatsachen, die oft durchaus zweifelhaft erscheinen können. Zweitens bilden in der kritischen Analyse die Herleitungen von Wirkungen aus (welchen) Ursachen einen wesentlichen Anteil. Und drittens geht der prüfende Blick auf die angewandten Mittel auch mit der Frage, ob sie dem (politischen) Zweck entsprochen haben.⁵

2.1 Zu Fakten und Handeln

Ein Beispiel für die schwierige Ausmittlung der Tatsachen und darin enthaltenen Absichten seit dem Sommer, Herbst und frühen Winter 2021 waren für viele Regierungen die Aussagen Putins in seinem Namensartikel, eine eigenständige Ukraine zu leugnen, dann besonders ab September einen massiven Truppenaufmarsch im Norden, Osten und Süden der Ukraine anzuordnen und dies als national souverän zu entscheidende Übungsräume für große

Streitkräfteverbände zu erläutern. Denn zugleich versicherten Putin und sein Regime auf jede Kritik und Anfrage nach dieser Drohkulisse, ja Aufstellung zum Angriff gegen die Ukraine, man habe überhaupt keinerlei Absicht, eine Invasion in die Ukraine vorzunehmen.

Nachdem Russland seinen ähnlichen Aufmarsch im Frühjahr 2021 mit intensivem Übungsgeschehen wieder zurückgenommen hatte, ohne alle Truppen zurückzuverlegen, gaben NATO, EU und Mitgliedstaaten sich erleichtert. Die besondere Partnerschaft NATO-Ukraine wurde fortgeführt, die Reformen im Sicherheitssektor, verbunden mit der Herausbildung von Kapazitäten der Streitkräfte, wurde fortgesetzt. Allerdings gab es nur geringen Zulauf von Rüstungsmaterial an die Ukraine. Darunter waren laut SIPRI seit 2017 so gut wie keine letalen Waffen⁶.

Auch die EU setzte ihre Aktivitäten im Rahmen des Assoziierungsabkommens mit der seit Juni 2017 geltenden Visa-Freiheit fort. Der von den Niederlanden durchgesetzte Zusatz, der u.a. Sicherheitsgarantien und militärische Unterstützung für die Ukraine ausschloss, gilt weiter. Der zweite Teil ist durch die Gelder aus EU-Funds für Waffen und Munition seit Kriegsbeginn nicht mehr wirksam.

Über das Jahr 2021 bis in den Februar 2022 führte die Einschätzung der Drohkulisse einerseits und der russischen Aussagen, es gebe keine Invasionsabsichten, andererseits in den westlichen Staaten zu unterschiedlichen Aktivitäten. Überwiegend wollten die Länder dem russischen Aufmarsch keine Verstärkung der ukrainischen Streitkräfte entgegensetzen. Unsicherheit und Ungewissheit, wie Fakten und russische Absichten sich entwickeln könnten, führten zu einer politisch verbal deutlichen Verurteilung des russischen Aufmarsches, aber zu keiner Verbesserung der Ausstattung ukrainischer Streitkräfte. Die mögliche Sorge, dadurch einen russischen Einmarsch zu provozieren, stellte sich als irrig heraus. Die Invasion fand statt, und die Ukraine war seit Herbst 2021 weniger vorbereitet als denkbar.

2.2 Wirkungen aus den Ursachen

Ein zweiter und entscheidender Schritt liegt in der möglichst schlüssigen Ableitung der Wirkungen aus den Ursachen. Gerade in laufenden Konflikten liegen „wahre Ursachen“ häufig nicht offen zutage. Und Wirkungen gehen selten aus einer einfachen Ursache hervor, sondern aus mehreren gemeinschaftlichen. Deren Anteil an den Wirkungen auszumachen, birgt eine Herausforderung für jede kritische Untersuchung.

Zwei Fragenpaare, die in den westlichen Öffentlichkeiten weiter kontrovers erörtert werden, verdeutlichen diese Herausforderung für den aktuellen brutalen Krieg Russlands gegen die Ukraine:

Haben tatsächlich die Öffnungen der NATO, v.a. von 1997 und 2004, für viele östliche Nachbarländer Putins und Russlands hybriden Krieg gegen den „liberalen Westen“ forciert und zur Ausführung gebracht? Ist die Invasion der Ukraine eine verzweifelte, präemptive Aktion der „Selbstverteidigung“ eines „eingekreisten“, gedemütigten Russland?

Putins Ziel war und ist, die Ukraine in einer raschen Operation als eigenständigen Staat aufzulösen, ukrainische Kultur auszulöschen und alle politische, soziale Entwicklung aus Moskau zu steuern.

Oder scheidet Russland nach der Auflösung der Sowjetunion und der Bildung der GUS-Staaten daran, diesen Staaten und insbesondere der Ukraine als zweit-

größtem Land Europas eine eigenständige Entwicklung in dieser schon länger zerfallenden Föderation zuzugestehen, ja zu fördern. Und ist Russland gerade nach 8 Jahren Krieg in der Ost-Ukraine zur Invasion entschlossen, weil eine sich real entwickelnde Demokratie an seiner Grenze in dieser Größenordnung nicht entstehen darf.

2.3 Mittel und ihre Wirkung

Ein dritter Schritt verlangt die Prüfung der angewandten Mittel. Hier liegt für Clausewitz die „*eigentliche Kritik, in welcher Lob und Tadel enthalten sind. Denn das „führt zu der Frage, welches die Wirkungen der angewendeten Mittel sind und ob diese Wirkungen die Absicht des Handelnden waren“* (Clausewitz, S. 130).

Putins Ziel war und ist, die Ukraine in einer raschen Operation als eigenständigen Staat aufzulösen, ukrainische Kultur auszulöschen und alle politische, soziale Entwicklung aus Moskau zu steuern. Nach einem Jahr ist dieses Ziel durch all seine militärischen, politischen und anderen hybriden Aktivitäten bei weitem nicht erreicht. Seinem Kriegsplan lag sein obsessiv festgelegter politischer Zweck zugrunde, an dem er trotz der Misserfolge festhält. Aber schon der Beurteilung der eigenen Kräfte und Verhältnisse lagen keine realistischen Einschätzungen über das Zusammenspiel der strukturellen, konzeptionellen und materiellen Komponenten der Streitkräfte zugrunde, und völlig außer Betrachtung blieb, dass die physischen Kräfte mit den Wirkungen der moralischen ganz verschmolzen sind und nicht voneinander geschieden werden können.



Nach einem Jahr sind Putins Kriegsplan und sein Ziel trotz all seiner militärischen, politischen und anderen hybriden Aktivitäten bei weitem nicht erreicht – im Bild: Kampfszene im Ringen um die Stadt Bachmut, März 2023

Vorrangiger politischer Zweck der westlichen Staaten ist der Erhalt bzw. die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine auf Grundlage der transnationalen Ordnung der Charta von Paris. Erstes Ziel war, den Invasionskrieg zu verhindern, Putin also vom Krieg abzuhalten. Dazu konzentrierte man sich auf die Androhung drastischer politischer, ökonomischer und finanzieller Maßnahmen, v.a. Sanktionen und politische Isolierung. Dies war nicht erfolgreich. Das völlig andere Risikokalkül Putins wurde nicht erkannt oder unterschätzt. Dafür lag aber weder in der NATO oder EU mit Einzelstaaten ein plausibler Plan vor, um die Eroberung Russlands räumlich begrenzt zu stoppen, die Ukraine auch militärisch schlagkräftig zu machen und Russland durch starke, glaubwürdige Abschreckung von jeder Eskalation abzuhalten. Dieses Versäumnis folgte aus einem starken Element der Selbstabschreckung vor möglichem russischem Handeln. Erstes Ziel war nicht, Putin zu stoppen, sondern ihn nicht zur Eskalation zu „provizieren“⁷. Das kam an sich schon einer Aufweichung des politischen Zwecks für die regelbasierte Ordnung am Beispiel der Ukraine gleich.

Vorrangiger politischer Zweck der westlichen Staaten ist der Erhalt bzw. die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine auf Grundlage der transnationalen Ordnung der Charta von Paris.

2.4 Krieg – auch heute (noch)

Viele kirchliche Friedenstexte formulieren die Maxime: „Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein“. Clausewitz folgert nach gründlicher, ja philosophischer Erörterung: *„Krieg gehört ... in das Gebiet des gesellschaftlichen Lebens. Er ist ein Konflikt großer Interessen, der sich blutig löst, und nur darin ist er von den anderen verschieden“* (Clausewitz, S. 121). Krieg ist also ein politischer Akt der Gewalt.

Mit Blick auf die konfliktträchtigen Entwicklungen zwischen Russland und der Ukraine schon vor, aber v.a. seit der Annexion der Krim und dem Krieg in der Ostukraine ist das offensichtlich. Seit dem Krieg im Osten ihres Landes hat sich die Bevölkerung mehr und mehr ihrer eigenen ukrainischen Identität versichert. Außer in den russisch durchwirkten Separatistengebieten hatten sich keine nennenswerten pro-russischen Gruppierungen gebildet. Das zeigte sich bereits in den Parlamentswahlen 2014 und noch eindeutiger 2019. Der brutale Angriffskrieg hat eine überwältigende Entschlossenheit der Menschen in der Ukraine verstärkt, ihr Land mit allen Mitteln zu verteidigen und so ihre Unterjochung durch Russlands Diktatur zu verhindern.

In Russland nutzte und schürte der Kreml gesellschaftliche Stimmungen. Bei den Aktionen zur Annexion der Krim konnte sich Putin auf überwältigende Zustimmung verlassen. Dass Putin alle jetzigen Maßnahmen gegen die Ukraine mit möglichst geringer innenpolitischer Aufmerksamkeit und Belastung der Gesellschaft durchführen wollte, lässt sich schon am Namen als „militärische Spezialoperation“ ablesen. Inzwischen muss er die notwendige Mobilmachung als den „vaterländischen Krieg“ gegen die Nazis in der Ukraine und den aggressiven Westen überhöhen, um zumindest zunächst gesellschaftliche Unterstützung zu sichern. Welche Dimensionen das erreicht, zeigt die Wortwahl von Lawrow, der dem Westen die „Endlösung der russischen Frage“ vorwirft⁸.

Auf die westlichen Gesellschaften wirkt dieser Angriffskrieg in unterschiedlichen Weisen und Richtungen Einerseits ein starkes Mitgefühl für die Bevölkerung, ablesbar z.B. an der Offenheit für die ukrainischen Flüchtlinge, und eine hohe Bereitschaft, der Ukraine bei ihrer Selbstverteidigung beizustehen. Andererseits die Erleichterung, nicht selbst dem direkten Angriff ausgesetzt zu sein und in einer diffusen, teilweise eindeutigen Art der Selbstabschreckung die politische Führung zu drängen, sich nicht mit eigenen Truppen oder anderen militärischen Maßnahmen an der Selbstverteidigung zu beteiligen, die das eigene Land zum Kriegsschauplatz machen könnte.

2.5 Führen bei dynamischer Unsicherheit

Die Informationsflut aus vielfältigen Quellen in Krieg und Krise schaffen wenig Klarheit. Meldungen speisen sich aus Vielem im eigenen System, Widersprüche, Propaganda, Gewirr sozialer Medien mit privaten Mitteilungen, aber auch gesteuerte Informationen. Der Hinweis, „die Meldung kann nicht unabhängig bestätigt werden“, zeigt, wie schwierig es ist, Wahrheit und Lüge, Fakt und Täuschung zu unterscheiden. In der Gesellschaft und bei einzelnen Persönlichkeiten wird deshalb oft die „Furchtsamkeit zur neuen Kraft der Lüge und Unwahrheit“ (Clausewitz, S.85). In diesem Krieg kann man die Wirkungen, die Russland erreicht, an den Sorgen der Bevölkerung und mancher Unschlüssigkeit der handelnden Führer erkennen.

Wo Unsicherheit, Ungewissheit, Friktionen und Zufälle einen Nebel mit einer dynamischen Skala von Wahrscheinlichkeiten erzeugen, wird oberhalb aller Erörterung und Beratung der Entscheider „mit feinem, durchdringenden Verstand“ gefordert sein „mit dem Takte seines Urteils“- einer erprobten Urteilsfähigkeit- „die Wahrheit herauszufühlen“. Immer wieder finden Handelnde in diesem brutalen Krieg gegen die Ukraine die Dinge anders als erwartet. Und so werden Führungspersönlichkeiten gefordert, die in diesem „beständigen Streit mit dem Unerwarteten“ (Clausewitz, S.64) handlungswillig und handlungsfähig bleiben. Vielfach führen all die Ungewissheiten, Unsicherheiten, Unklarheiten – neben unterschiedlichen Interessen der Akteure – zu Abwarten, Zaudern, ja „Nicht-Handeln“.

In den letzten Wochen, ja Monaten, gewinnt man den Eindruck, dass die Bundesregierung in diesem Aggressionskrieg nur schwer mit Ungewissheit und Unsicherheit, mit dynamischen Lageänderungen umgehen kann. Immer wieder vermehrt sich die Kenntnis der Umstände, aber die Ungewissheit ist dadurch nicht verringert, sondern gesteigert. Denn diese Erfahrungen erfolgen nicht alle mit einem Mal, sondern nach und nach. Das bedeutet, dass Entschließungen nicht aufhören, davon bestürmt zu werden, und der Geist (der Entscheider) – so Clausewitz sprichwörtlich – „immer unter den (geistigen) Waffen sein muss“.

In den letzten Wochen, ja Monaten, gewinnt man den Eindruck, dass die Bundesregierung in diesem Aggressionskrieg nur schwer mit Ungewissheit und Unsicherheit, mit dynamischen Lageänderungen umgehen kann.

Clausewitz hebt deshalb zwei Eigenschaften für Führungspersonlichkeiten in einem Krieg wie um die Ukraine hervor: „*einmal einen Verstand, der auch in dieser gesteigerten Dunkelheit nicht ohne einige Spuren des inneren Lichts ist, die ihn zur Wahrheit führen, und dann, Mut, diesem schwachen Lichte zu folgen.*“ „Coup d’oeil“, also gesteigerte Urteilskraft, und Entschlossenheit müssen in der Komplexität dieses Krieges zusammenkommen.

In jedem Fall muss man mit einem Irrtum aufräumen, dass Deutschland und der Westen in diesem russischen Krieg gegen die Ukraine (und den „liberalen Westen“), den Putin mit rücksichtsloser Gewalt ohne Schonung des Blutes führt, eine Chance für politische Verhandlungen in seinem Sinne haben werden, wenn die Ukraine der Gewalt nichts (mehr) entgegensetzen kann. Denn das wäre „*ein unnützes, ja verkehrtes Bestreben, aus Widerwillen gegen das rohe Element des Krieges, die Natur desselben außer Acht zu lassen*“ (Clausewitz, S. 28).

2.6 Krieg – kein isolierter Akt

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine ist nun wirklich nicht urplötzlich entstanden. Denn die hier handelnden Gegner und unterstützende Staaten sind ja keine abstrakten Personen, das gilt nicht nur für die harten Faktoren, sondern bezieht sich auch auf den Willen. Und so kann Clausewitz zu Recht feststellen: „*Dieser Wille ist kein ganz Unbekanntes, er tut sich kund für das, was er morgen sein wird, in dem, was er heute war*“. Für die Vorgeschichte der Krise in und um die Ukraine gilt, dass „*ihre Verbreitung nicht das Werk eines Augenblicks war*“. „*Es kann*“ – so Clausewitz – „*jeder der beiden Gegner den (die) anderen großenteils schon aus dem beurteilen, was er ist, was er tut, nicht nach dem, was er – streng genommen – sein und tun müsste*“ (Clausewitz, S. 32). Hier lassen sich bei den Staaten der NATO und der EU deutliche Abstufungen, ja Gegensätze über die vergangenen Jahre erkennen. Diese Gegebenheiten haben Putin und der Kreml gewiss zur Kenntnis genommen und in ihre Beurteilung für die eigene Kriegsplanung einbezogen. Russland hatte die Lage der Ukraine von 2014 offensichtlich auch seiner Beurteilung im Jahr 2022 zugrunde gelegt. Darin liegt ein wesentlicher Grund für das Scheitern seiner Blitzoperation.

Die westlichen Staaten hatten trotz des martialischen russischen Aufmarsches und der Ultimaten Putins an die USA und die NATO im Dezember 2021 bis in die letzten Tage vor der Invasion angenommen, dass Putin es bei Drohungen belassen würde. Auch bestand die Auffassung, dass das Androhen eines „hohen Preises“ mit drastischen Sanktionen das Risikokalkül Putins verändern

und ihn vom Überfall abhalten könnte. Dies war eine weitere Fehleinschätzung der Absichten und des unbedingten Willens von Putin, diesen Eroberungskrieg jetzt zu führen⁹.

3. Geopolitische Ringe des Angriffskrieges

Spätestens seit dem Frühjahr 2021 sind die Krise und dann die „voll umfängliche Invasion“ seit dem 24. Februar 2022 durch besonders dynamische, komplexe Entwicklungen auf unterschiedlichen Handlungsebenen und in verschiedenen Handlungsrahmen gekennzeichnet.

Krise und Krieg werden in allen Phasen, nicht nur, wo es um Anwendung kriegerischer Gewalt geht, durch die „lebendige Reaktion“ bestimmt, d.h. die Wechselwirkung von Handeln und Gegen-Handeln und dies bei zahlreichen staatlichen, nichtstaatlichen und übernationalen Akteuren, die auf geografisch, funktional und institutionell verschiedenen Handlungsebenen tätig werden. Berücksichtigt man die Erkenntnis von Clausewitz, wonach „die Wirkung, welche irgendeine Maßregel auf den Gegner hervorbringt, das Individuellste ist, was es unter allen Datis des Handelns gibt“ (Clausewitz, S. 108), wird offensichtlich, was das bei einem ganzen Bündel von zum Teil gemeinsam, zum Teil unabhängig und zum Teil gegeneinander Handelnden für die eigene Urteilsfähigkeit in Analyse wie Aktion bedeutet.



Die Ukraine mit dem gesamten Kriegsschauplatz bildet jetzt das Kerngebiet des brutalen Konflikts. Darum reihen sich geographisch und geopolitisch verschiedene Kreise (siehe Abbildung):

- die direkten Nachbarstaaten,
- weitere regionale Mächte, dabei institutionell die EU, die OSZE, die NATO sowie die GUS, daran schließen sich an
- im internationalen Rahmen die Vereinten Nationen (VN), v.a. mit dem Sicherheitsrat (VNSR), die EU, die OSZE, die NATO, aber dann auch und insbesondere
- die Großmächte, v.a. die Vereinigten Staaten, Russland und China, aber auch einige Mittelmächte, in diesem Fall auch Deutschland.

Dieser Konflikt und diese Kriegslage sind noch deutlich komplexer und komplizierter dadurch, dass der Aggressor Russland in allen drei Kreisen Handlungsoptionen hat und weil Mitgliedstaaten sowohl der EU als auch der NATO Nachbarstaaten der Ukraine oder Russlands sind. Geometrisch gesprochen bedeutet dies, dass zwei wesentliche Ellipsen (EU und Russland) quer zu den konzentrischen Kreisen in allen wirksam werden. Darüber hinaus umfasst die OSZE alle europäischen Staaten und die USA und Kanada und damit auch alle direkt und indirekt als Gegner oder Partner am Konflikt Beteiligten. China kommt in diesem Krieg eine deutlich wichtigere Rolle zu als noch 2014. China kann Russlands Krieg diplomatisch und wirtschaftlich unterstützen; es kann den Krieg durch Waffenlieferungen an Russland auch befeuern. Andererseits könnte es Russland auch „bremsen“ mit Blick auf die territoriale Integrität souveräner Staaten. Das wird es aber nur tun, wenn es nicht Putins These von der Ukraine als abtrünniges Land folgt.

Allein diese Hinweise erhellen bereits, dass zum einen Russland seine Interessen und seine politischen Forderungen eigenständig festlegt, zum anderen die sehr differenzierten Interessen der 27 Mitgliedstaaten (MS) der EU und 30 MS der NATO erstmals und immer wieder zu einer konsensualen politischen Zielsetzung und Forderung geformt werden müssen. Lässt man für einen Moment das massiv gestiegene Interesse der NATO an und die Verpflichtung zu glaubwürdiger Abschreckung und ggf. wirksamer kollektiver Verteidigung¹⁰ sowie die selbst in diesem Zusammenhang durchaus differenzierten Auffassungen der MS beiseite, dann steht für die westlichen Staaten mit Beginn der Aggression die Unterstützung der individuellen Selbstverteidigung der Ukraine mit politischen, militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen und humanitären Maßnahmen im Zentrum, damit die Ukraine als ein souveräner, unabhängiger und territorial wieder hergestellter und gesicherter Staat das Schicksal seiner Bevölkerung eigenständig entscheiden und gestalten kann. Militärpolitisch ist allerdings bedeutsam, dass die Staaten der NATO schon deutlich vor dem Beginn der Invasion, v.a. mit Blick auf die eigenen Bevölkerungen und wegen der Selbstabschreckung vor einer eskalierenden Aktion Putins klarstellten, dass ein russischer Angriff keinen Beistandsfall gem. Artikel 5 des Washingtoner Vertrags darstellen würde. Zwar sei die Ukraine ein wichtiger, enger Partnerstaat der NATO, aber eben kein Mitgliedstaat des Bündnisses. Ohne auf den Artikel 51 der VN-Charta besonders hinzuweisen, erklärten die einzelnen Regierungen auch, dass sie bei einem russischen Angriff auf die Ukraine keine eigenen Truppen zur Hilfe senden würden. Alle westlichen Staaten und Partnerstaaten versuchten, mit dem frühzeitigen Androhen eines „hohen

Preises“ durch vorbereitete drastische Wirtschafts- und Finanzsanktionen das Risikokalkül Putins in Richtung eines Verzichts auf seine Invasion zu beeinflussen. Diese Erwartung war seit den Ultimaten Putins an die USA und die NATO am 17. Dezember 2021 wenig realistisch. Die historische Arbeit wird herausfinden müssen, ob und in welchem Maße der klar verkündete Verzicht, der Ukraine mit eigenen Truppen zu Hilfe zu eilen, Putins Entschluss, den Angriff jetzt vorzunehmen, noch „beflügelt“ hat.

Das Ausschließen einer Beteiligung eigener Truppen bei der Selbstverteidigung der Ukraine unterstreicht, dass die Interessenabwägung der Ukraine und seiner westlichen Nachbarn nicht identisch ist. Clausewitz stellte fest: „Niemand wird man sehen, dass ein Staat *[oder eine Gruppe von Staaten, d. Verf.]*, der in der Sache eines anderen auftritt, diese so ernsthaft nimmt wie seine eigene“ (Clausewitz, S. 680). Diese Abwägung von Unterstützung der Ukraine versus Vermeiden einer direkten militärischen Auseinandersetzung mit Russland ist in ihrem zweiten Teil maßgeblich in der Selbstabschreckung vor einem nuklearen Einsatz begründet.¹¹ Das führt zu einer begrenzten Unterstützung der ukrainischen Selbstverteidigung und erhöht die Schwierigkeiten der Ukraine, die besetzten Gebiete wieder zu befreien.

4. Ein Jahr nach dem geplanten Überfall Russlands auf die Ukraine

4.1 Putin zielte auf eine Unterjochung der Ukraine durch militärische Besetzung, den Umsturz des Regierungssystems unter dem Deckmantel von Denazifizierung und Demilitarisierung und Eingliederung in die Russische Föderation. Zugleich beabsichtigte er, durch seinen Stopp der Gaslieferungen eine Quelle der Uneinigkeit, ja des Zwistes v.a. in die EU zu tragen und so die Unterstützung der Ukraine zu schwächen. Ein Jahr nach Kriegsbeginn hat er politisch die Eingliederung von vier Oblasten in die Russische Föderation entschieden. Dabei ist keiner der vier Oblaste überhaupt vollständig unter russischer Kontrolle. Putin musste nicht nur seine Nordfront auf Kiew aufgeben, sondern auch der neue Schwerpunkt im Osten und Süden brachte nicht die beabsichtigten Raumgewinne. Als dann der Ukraine ab September im Raum Charkiw und südlich mit einer Offensive die Befreiung größerer Teile des besetzten Gebietes gelang, entschied Putin den Weg zum totalen Krieg. Ab dem 10. Oktober setzte er massiv Raketen, Marschflugkörper und Drohnen ein, um im ganzen Land Lebensgrundlagen für die Bevölkerung zu zerstören. Den Zugang zu Strom, Wasser und Wärme im Herbst und Winter abzuschneiden, zumindest zu einer extremen Mangelressource zu machen, sollte den Wi-

derstandswillen der Bevölkerung brechen. Die Mangellage vergrößerte zwar massiv das Leiden der Bevölkerung, führte aber nicht dazu, den Willen der Menschen zum Widerstand zu verringern, im Gegenteil. So stehen die Russen vor dem nächsten Versuch, mit einer neuen Offensive im Donbass das Blatt zu ihrem Vorteil zu wenden, wo bis Anfang März noch immer um die Stadt Bachmut intensiv gekämpft wurde.

4.2 Für einen Zwischenstand bei den Staaten und Organisationen, die die Ukraine in ihrer Selbstverteidigung unterstützen und zugleich ihre eigene Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit gegenüber Russland ausbauen, können – bei aller Unterschiedlichkeit von Positionen und manchen Interessen – einige Punkte gemeinsam betrachtet werden. Ausgangspunkt ist und bleibt, dass die Ukraine eine Selbstverteidigung führt, die von allen Staaten der EU, der NATO und weiterer Partner politisch unterstützt wird. Darauf basiert die finanzielle, wirtschaftliche und v.a. militärische Unterstützung der Ukraine. Außerdem haben diese Staaten gemeinsam drastische Sanktionen gegen Russland verhängt. Ihre Wirkungen waren auch deshalb im ersten Ansatz begrenzt, weil Deutschland und andere EU-Staaten einen abrupten Stopp der russischen Gas- und Öllieferungen wirtschaftlich und gesellschaftlich nicht vertreten konnten. Dennoch wird es darauf ankommen, die Sanktionspakete beizubehalten und zu prüfen, wo und wie sie verstärkt werden können, um den Preis auch auf diesem Weg für Putin so hoch zu treiben, das er seine Aggression nicht mehr durchhalten kann. Die militärische Unterstützung war und ist zeitlich in vielen Fällen, gemessen an der Lage an den Frontlinien, nicht schnell genug. Der Umfang orientierte sich nicht in erster Linie an den Notwendigkeiten einer erfolgreichen Selbstverteidigung, sondern einmal an der (oft überraschend) festgestellten begrenzten Verfügbarkeit und zum anderen an der Sorge, ob militärische Unterstützung Russland zum Angriff auf NATO-Staaten veranlassen oder die Gefahr eines Einsatzes taktischer Atomwaffen erhöhen könnte. Dieses Element besteht weiter und kann sehr nachteilige Wirkungen für die Selbstverteidigung der Ukraine haben, wenn die russische Frühjahrsoffensive wirkungsvoller geführt wird als die bisherigen Offensiven.

4.3 Ein Zwischenstand für die Ukraine fällt ambivalent aus. Gemessen an der russischen Zielsetzung, sie als selbständiges Land auszulöschen, hat die Ukraine Putin klar aufgezeigt, dass die Bevölkerung sich erfolgreich gewehrt hat und weiter wehrt. So hat sie die russische Eroberung auf weniger als ein Fünftel ihres Gebietes begrenzt. Gegen Russlands totalen Raketenkrieg im ganzen Land gelingt der Ukraine noch keine annähernd lückenlose Abwehr. Verstär-

kungen mit Luftabwehrsystemen sind erfolgt¹², aber erstens erst nach Beginn des russischen Raketenhagels und zweitens nicht in ausreichender Zahl, um mehr kritische Infrastruktur und zivile Zentren zu schützen. Die militärische Unterstützung für die Kämpfe im Osten und Süden hat seit den Frühjahrsmonaten kontinuierlich, aber oft nur auf Waffensysteme bezogen und mit zeitlich gestreckten Lieferungen zugenommen. Der Ukraine fehlen jetzt nach den hohen eigenen Verlusten v.a. gepanzerte Kampftruppen, die dringend mit westlichen Systemen auszustatten sind. Erst wenn diese Verbände – mit hinreichender Logistik – wirksam werden können, wird man abschätzen können, welche Ergebnisse die aktive Verteidigung der Ukraine mit Angriffen nach Osten und Süden zur Befreiung ihre Gebiete haben kann und wird. Trotz hoher Belastung an der Front in Donezk und Luhansk und der prekären Lage aufgrund immer wieder heftiger Raketenangriffe aller Art auf Zentren im ganzen Land widerstehen Präsident Selenskyj, die ukrainischen Streitkräfte und die Bevölkerung mit breiter Unterstützung vieler westlicher Staaten, der EU und der NATO, den russischen Angriffen.

5. Akteure, historische Aspekte und Deutungshoheiten

5.1 Russlands „Erzählung“ zum Krieg – eine „präemptive Spezialoperation“

Die „Erzählung(en)“ Putins und Russlands zur Begründung dieses Angriffskrieges waren schon während der Aktionen auf der Krim und beim achtjährigen Krieg um die Separatistengebiete annähernd dieselben. In Kurzform: faschistische Cliquen haben sich des Landes bemächtigt. Im Donbass erfolgen Genozid-Form erreichende Verfolgung und Unterdrückung von Russen. Die ukrainischen Faschisten und Neonazis handeln nach Anweisungen der USA. Deren Bestreben im Verein mit den NATO-Vasallen ist das Zerstören Russlands als Großmacht. Russland müsse dem zuvorkommen, und deshalb war und ist der Angriff, die „militärische Spezialoperation“, am 24. Februar 2022 unausweichlich.

Wie schon im Winter 2014 hat die „Erzählung“ einen ausführlichen historischen Teil und eine russische Perspektive der internationalen Entwicklung durch die USA und westliche Staaten. Den historischen „Ausflug“ hat Putin selbst in einem Namensartikel vom Juli 2021 ausführlich dargelegt¹³. Blickt man auf diese Ausführungen in Kenntnis der Kriegsereignisse, wird deutlich, dass Putin offensichtlich selbst von einer Anti-Russland-Front der Ukraine überzeugt ist und diese mit seiner Spezialoperation beseitigen kann. Nach

„Denazifizierung“ und „Demilitarisierung“ will er dann mit dem ukrainischen Volk als Brudervolk eine gemeinsame Zukunft verwirklichen. Denn „wahre Souveränität der Ukraine (ist) nur in Partnerschaft mit Russland möglich“. Nach dem russischen Verhalten seit 2014 ist seine Fehleinschätzung kaum zu begreifen, dass die Mehrheit der Bevölkerung beim Einrücken russischer Truppen ihrer Führung den Laufpass geben und einer russländisch geprägten, ja aufgezwungenen Regierungskonfiguration applaudieren würde.

Das internationale Rational kreist um die „gebrochenen“ Versprechen des „Westens“, die Erniedrigung, ja Demütigung Russlands durch die Erweiterung der NATO durch Aufnahme der Länder aus dem ehemaligen Einflussbereich, ja sogar ehemaliger Sowjetrepubliken. In Putins Bewertung liegt hier der Keim und Kern einer Anti-Russland Konfiguration, die er als kurz vor dem Zugriff auf Russland erkennt und darstellt. Dieser Aspekt wird um die Ablehnung des Wertegerüsts des „dekadenten Westens“ erweitert, dem Russland seine eigenen Werte entgegensetzen müsse, um seine Position zu behaupten.

Beide Aspekte hält er für unverzichtbar, um die vaterländischen Gefühle aller Russen zur Verteidigung zu mobilisieren – allerdings flutartig nach innen, und nach außen erst, als seine handstreichartige Spezialoperation zur Übernahme der Ukraine spektakulär gescheitert war.

Man wird konstatieren können, dass Russland mit seiner Kommunikationsstrategie wirksamer auf westliche Gesellschaften einwirkt, als es umgekehrt gelingt, mit den westlichen Kommunikationsansätzen die russische Gesellschaft zu erreichen.

In der eigenen Bevölkerung erhält Putin für diese „Erzählung“ breite Unterstützung, und selbst in den westlichen Staaten findet er auch nach Beginn des Eroberungskrieges manche Zustimmung zu seiner

Behauptung, dass die USA, die NATO und die EU durch ihre Politik mit und gegenüber Russland diese Krise und diesen Krieg mit verursacht haben. Die professionelle operative Information im eigenen Land und gegenüber der internationalen Öffentlichkeit ist so erfolgreich, dass in den westlichen Gesellschaften eine Debatte darüber geführt wird, ob eigene Medien objektiv berichten, wenn sie die russische Darstellung hinterfragen oder ihr keinen ausführlichen Raum geben. Diese Maßnahmen im Bereich der gezielten Kommunikation um die Informationsdominanz zeigen, dass in der heutigen medial-digitalen Welt solcher Einwirkung auf Gesellschaften ähnliche Bedeutung zukommt wie dem Handeln mit Waffen im direkt umkämpften Gebiet. Man wird konstatieren können, dass Russland mit seiner Kommunikationsstrate-

gie wirksamer auf westliche Gesellschaften einwirkt, als es umgekehrt gelingt, mit den westlichen Kommunikationsansätzen die russische Gesellschaft zu erreichen.

Diese Elemente sind heute zweifellos mit einzubeziehen, wenn man nun im Krieg mit Blick, auf „den Charakter, die Einrichtungen, den Zustand, die Verhältnisse des Gegners (der eine wie der andere) nach Wahrscheinlichkeitsgesetzen auf das Handeln des anderen schließen und danach das seinige bestimmen“ kann (Clausewitz, S. 35).

5.2 Die „Erzählung“ einer gefestigten Ukraine

31 Jahre nach ihrer auf Dauer angelegten Unabhängigkeit, acht Jahre nach der illegalen Annexion der Krim und dem seither andauernden Krieg mit von Russland am Leben erhaltenen Separatisten im Donbass wird die Ukraine aus drei Himmelsrichtungen massiv angegriffen, um sie als eigenständiges Land aufzulösen.

Von 1991 bis 2014 gab es durchaus noch heftige politische, ökonomische, ja kulturelle Diskussionen über eine Orientierung des Landes nach Osten oder nach Westen. Vor allem im Osten des Landes wurden die Ziele des Majdan von Gruppen abgelehnt, die sich historisch und kulturell Russland nahe fühlten und aufgrund der besonders starken ökonomischen Verflechtungen, aber auch gesellschaftlich, Vorteile im engeren Zusammengehen mit Russland erkannten.

Dies ermöglichte es den aktiven Separatisten – allerdings nur mit viel Druck und praktischer Hilfe Russlands – ein pro-russisches, anti-ukrainisches Sentiment zur Grundlage ihrer gewaltsamen Besetzung in Teilen von zwei östlichen Oblasten zu machen.

Die „Erzählung“ einer Ukraine, die seit den Tagen des Majdan, in den Präsidentenwahlen am 25. Mai 2014 und 2019 sowie den Parlamentswahlen am 26. Oktober 2014 und erneut im Juni 2019 Freiheit, Gleichheit und Demokratie zu ihren Zielen erklärt hat, versuchte zunächst zweierlei: die Eigenständigkeit und faire Außenbeziehungen mit ihren Nachbarn zu erreichen und zugleich das „Sich-wehren-wollen“ durch verbesserte Streitkräfte und Schaffen einer Gesamtverteidigung zu stärken, um gegen einen geschickt, verdeckt und überlegen handelnden Putin besser gewappnet zu sein. Der brutale Invasionskrieg und die erklärten weiterreichenden Ziele Putins haben diese „Erzählung“ um

den berechtigten Punkt erweitert, dass der unbedingte, aufopferungsvolle Kampf der Ukrainer auch die Freiheit Europas verteidigt und deshalb alle Unterstützung der westlichen Welt und ihrer Partner braucht und verdient, um den Aggressor zurückzuschlagen.

5.3 Die „Erzählung“ im „Westen“

Spätestens seit der russischen Annexion der Krim und des russisch unterstützten Krieges der Separatisten im Donbass hat sich die Einschätzung Russlands als offensiver Revisionist deutlicher herausgebildet. Aber dennoch blieb die Erzählung weiter getragen von der Vorstellung, dass Sicherheit für und in Europa nicht vor oder gar gegen, sondern (nur) mit Russland zu erreichen und zu gewährleisten sei. Mit Beginn der massiven militärischen Drohkulissen Russlands gegenüber der Ukraine im Frühjahr und dann ab September 2021 waren zunächst nur wenige überzeugt, dass Putin das zweitgrößte Land Europas mit 44 Millionen Einwohnern auf großer Breite angreifen würde. Andererseits gab es viele Stimmen, die der Ukraine nur wenige Tage erfolgreicher Verteidigung gegen diesen Gegner zutrauten.

Mit dem Beginn der Aggression konzentriert sich ein Argument auf die Verurteilung des völkerrechtswidrigen Angriffs und die Forderung an Putin, seine Truppen hinter die Grenzen der Ukraine zurückzuziehen. Das zweite Argument unterstützt das unverbrüchliche, umfassende Recht der Ukraine auf individuelle Selbstverteidigung. Um dies erfolgreich wahrzunehmen, haben die Staaten der NATO, der EU und weitere Partner sich entschlossen, die militärische Unterstützung stufenweise zu verstärken, oft begrenzt oder verzögert wegen mancher Sorge vor einer eskalierenden Aktion der Russen. Da der VNSR wegen des Aggressors mit Veto-Macht blockiert ist, haben die westlichen Staaten und Partner in der VN-Vollversammlung inzwischen drei Resolutionen „durchgebracht“, in denen Russlands Angriffskrieg nicht nur verurteilt wird, sondern auch gefordert wird, dass Russland unverzüglich seine Truppen und anderes Verwaltungspersonal aus der Ukraine abzieht. Es kommt jetzt darauf an, für die Forderungen der Resolutionen bei den 141 Unterzeichnerstaaten auch praktische Maßnahmen der einzelnen Staaten, insbesondere des „globalen Südens“ gegen Russland zu erreichen. Die „Erzählung“ muss in Politik umgesetzt werden.

6. Zum Zusammenhang von Zwecken, Zielen und Mitteln

In diesem brutalen Krieg in und um die Ukraine haben die Akteure innerhalb der Ukraine, die Nachbarn, die regionalen und Groß-Mächte sowie internationale Organisationen wie die EU oder die NATO unterschiedliche Gründe und Motive, die sie zum Handeln oder Nicht-Handeln, zur Initiative oder zur bloßen Reaktion führen. Sie verfolgen politische Zwecke oder wollen anderen deren politische Zwecke verwehren. Um dies zu erreichen, bestimmen sie Ziele und entschließen sich, verschiedene Mittel einzusetzen, ggf. Mittel auszuschließen. Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass Handeln und Gegen-Handeln in einer „lebendigen Reaktion“ aufeinander treffen. Deshalb werden Mittel, Ziele und Zwecke sozusagen in umgekehrter Richtung angepasst oder sogar ganz verändert, wenn die eigenen Mittel nicht durchschlagen oder von Gegnern oder anderen Akteuren mit ihren Mitteln erfolgreich pariert werden.

6.1 Akteur Russland

Der gegenwärtige Blick auf den Krieg gegen die Ukraine und die angestrebte Übernahme, ja Unterjochung der Ukraine darf die beiden darüber hinausreichenden politischen Zwecke Putins nicht überdecken. Ein langfristiger, wenn nicht überragender politischer Zweck ist das Herausdrängen der USA aus Europa. Dieser steht in enger Verbindung mit dem politischen Zweck einer Eurasischen Union von Lissabon bis Wladiwostok. Der imperiale Charakter des Revisionismus zur Wiedergewinnung „alter russischer oder sowjetischer Gebiete“ gewinnt daraus seine Bedeutung. Das seit 2014 ins Auge gefasste Ziel, die gesamte Ukraine wieder „heim zu holen“, lag dem Aufmarsch seit Herbst 2021 und dem ersten Kräfteansatz der Invasion zugrunde. Schon nach wenigen Wochen musste Putin erkennen, dass das Ziel eines raschen militärischen Vorstoßes auf Kiew nicht mehr zu erreichen und außerdem keine Bewegung gegen Präsident Selenskyj und seine Regierung zu erzeugen war. So konzentrierte er seine Angriffe nach der Niederlage und folgender Umgruppierung auf den Osten und Süden. Da auch von dort kein entscheidender Geländegewinn gelang, wurde sein nächster Zweck, den er gegenüber Politbüro und Bevölkerung verkaufen wollte, der Anschluss und die Einbürgerung der vier Oblaste Luhansk, Donezk, Saporischja und Cherson am 30. September¹⁴. Selbst dies kann er weder de facto noch de jure auf die gesamten Gebiete ausdehnen, die weiter von den Ukrainern gehalten und verteidigt werden.

Mit Putins Rede nach einem Jahr Krieg ist zu konstatieren, dass er von seinem politischen Zweck nicht nur nicht abrückt, sondern ihn jetzt mit dem vaterländischen Abwehrkampf gegen „den Angriff des kollektiven Westens zu Vernichtung Russlands unter Nutzung der Ukraine“ weiter anheizt. Diese Diktion dient nicht nur der Zustimmung der eigenen Bevölkerung, sondern ist auch an die Länder des globalen Südens und Asiens gerichtet, bei denen Vorwürfe gegen den „kollektiven Westen“ nicht selten auf offene politische Ohren stoßen. Zurzeit ist er von seinen drei Hauptzwecken in Europa weit entfernt. Zum ersten sind die USA direkt und über die Nato stärker in Europa engagiert als vor Kriegsbeginn, und Finnland und Schweden werden neue Mitglieder der Allianz. Seine Eurasische Union ist noch nicht einmal embryonal vorhanden. Ja, die EU hat der Ukraine den Status eines Beitrittskandidaten gegeben, nachdem Putin den ersten Konflikt 2013 bereits zur Verhinderung des Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine ausgelöst hatte. Und für Russlands Rückgewinnung der Ukraine sind die Aussichten schlecht. Aber seine Rede am 21. Februar 2023 zur Lage der Nation zeigt, dass er weder eine Unwahrscheinlichkeit seines Erfolgs erkennen will noch die Höhe des Preises für das Festhalten am Eroberungskrieg als nicht akzeptabel einschätzt. Sein Handeln folgt weiter seinem Grundsatz, „vor allem den Sieg im Kopf haben und nicht die bedenkensvolle Fehlervermeidung“¹⁵.

Man wird sehen, ob eine schlechtere Entwicklung der Wirtschaft durch die Sanktionen und die Kriegswirtschaft, ein Ausbleiben des „Bröckelns“ der politischen und militärischen Solidarität in NATO und EU für die Ukraine zur Situation führt, in der – mit Clausewitz – sowohl „die Unwahrscheinlichkeit“ als auch „ein zu hoher Preis des Erfolges“ bei Putin das Motiv für den Frieden verstärken.

6.2 Akteur Ukraine

Nach der illegalen Annexion der Krim im März 2014 und dem anhaltenden Krieg im Donbass waren für die Ukraine zwei politische Zwecke vorrangig. Erstens galt es, den eigenen Staat so zu reformieren und zu bauen, dass die Unterstützung der EU, des Westens erhalten blieb und so tragfähig werden konnte, um zu einer Beitrittsperspektive zu führen. Wenn Finnland und Schweden in Wochen nach Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine für sich größere Sicherheit mit der Einbindung in die NATO verfolgten, ist es mehr als verständlich, dass die Ukraine nach der Abtrennung der Krim und dem anhaltenden russisch genährten Krieg im Osten am 23.12.2014 im Parlament mit 303 von 369 Stimmen entschied, die Blockfreiheit aufzugeben¹⁶.

Der zweite Zweck war, eine wehrfähige und resiliente Ukraine in Staat und Gesellschaft aufzubauen. Dazu mussten Streitkräfte mit wirksamen Verteidigungsstrukturen und Bewaffnung und Ausrüstung geschaffen und Staat und Gesellschaft für eine umfassende Gesamtverteidigung wirtschaftlich, finanziell mit Anschluss an internationale Organisationen und bilateraler Zusammenarbeit mit vielen Staaten aufgestellt werden.

Dazu dienten die Assoziierung und engere wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit mit der EU, zusätzlich auch mit dem IWF und der Weltbank. Die NATO setzte das besondere Partnerschaftsprogramm fort und unterstützte die Sicherheitsreform für die Streitkräfte und andere Sicherheitsorgane. Allerdings wurden die Fähigkeiten der Streitkräfte nicht mit letalen westlichen Waffensystemen für Heer, Luftstreitkräfte und Marine verbessert, sondern blieben abhängig von russischem, ehemals sowjetischem Wehrmaterial.

Alle Anstrengungen und Leistungssteigerungen des Landes reichten aber nicht aus, Russland von der breitgefächerten Invasion abzuhalten. Es wird vielleicht noch erkennbar werden, dass Russland deshalb im Februar 2022 angegriffen hat, weil der Kreml erkannte, dass jede weitere Stärkung der Ukraine, einschließlich ihrer demokratischen Festigung, ein „Rückgewinnen“ des Landes in russländische Abhängigkeit unwahrscheinlicher machen würde.

Der politische Zweck allen Handelns für Kiew ist es, die Ukraine als unabhängigen Staat in den auch von Putin 2003 vertraglich anerkannten Grenzen von 1991 wieder herzustellen

Seit dem Frühjahr 2022, v.a. nach den Bildern in Butscha und Irpin und den Deportationen aus den russisch besetzten Gebieten, ist der politische Zweck allen Handelns für Kiew, die Ukraine als unabhängigen Staat in den auch von Putin 2003 vertraglich anerkannten¹⁷ Grenzen von 1991 wieder herzustellen. Um dies zu erreichen, brauchen die Ukrainer die massive, auch militärische Unterstützung von Staaten der NATO, der EU und Partnern. Dass dies auch im politischen Interesse der Unterstützer ist, muss die Regierung der Ukraine immer wieder erläutern. Im Abwehrwillen ist die Ukraine unerschütterlich und geeint, aber die Fähigkeiten um den Aggressor zurückzuwerfen, können allein aus eigener Kraft nicht geleistet werden. Hier liegt der Schwerpunkt der strategischen Kommunikation der Regierung. Denn die russische Informationskampagne wirkt bei vielen Teilen der Bevölkerungen in Deutschland und anderen Ländern massiv dagegen.

6.3 Akteur USA

In den Monaten bevor der Krieg Russlands zur „voll umfänglichen Invasion“ wurde, gab es zwei Telefonate zwischen Präsident Biden und Präsident Putin. Das Gespräch Anfang Dezember war in beiderseitigem Einvernehmen vereinbart worden. Biden nutzte es, um Putin zur De-Eskalation seines Aufmarsches aufzufordern. Für den Fall des Einsatzes gegen die Ukraine drohte er Sanktionen und „weitere Maßnahmen“ an¹⁸. Das Telefonat Ende Dezember kam auf Anforderung Putins zustande. Da lagen seine schriftlichen Ultimaten an die USA und die NATO bereits vor. Es gab nur noch den Austausch der gegensätzlichen politischen Ziele, bei Putin die „angedrohten militärischen Aktionen“ und bei Biden die Androhung hoher Kosten, wenn die Invasion startet¹⁹. Die politischen Zwecke, die schon Obama 2014 festgelegt hatte, galt es nun gegen einen aggressiv Krieg führenden Putin durchzusetzen: erstens Russland jeden weitere territoriale Eroberung zu verwehren²⁰, zweitens Regierung, Staat und Volk der Ukraine vor dem Kollaps ihres Staates zu bewahren und drittens und besonders dringlich und umfangreich die Rückversicherung aller Mitgliedstaaten der Allianz für die Glaubwürdigkeit der wirksamen kollektiven Verteidigung. Die Erfüllung des dritten Zwecks ist mit dem neuen strategischen Konzept der Allianz, umfangreichen Verstärkungen vorne stationierter Streitkräfte und einer neuen Richtlinie der Verteidigungsplanung für eine erhöhte Einsatzbereitschaft von 300.000 Soldaten mit gemeinsamer Entschlossenheit leistbar und erreichbar. Für den zweiten Zweck sind finanzielle, wirtschaftliche und militärische Mittel mit einer Koalition der Willigen, die die EU einschließt, seit dem 24. Februar 2022 in bisher nicht erlebtem Umfang eingesetzt worden. Gleichwohl bleibt der militärische Anteil hinter den Erfordernissen zurück, eine weitere territoriale Amputation zu verhindern bzw. rückgängig zu machen. Für den ersten Zweck wird das Mittel von politischem Druck und Isolierung eingesetzt, verbunden mit VN-Resolutionen und Sitzungen des VNSR/UNSC sowie Stellungnahmen internationaler Foren wie G20. Mit umfangreichen Sanktionspaketen, die von USA und EU zum 1. Jahrestag der Invasion weiter verstärkt wurden²¹, wird die Russische Föderation geschwächt. Aber absehbar werden die Folgen für Russland bestens mittel- und längerfristig den Kreml zur Korrektur seines aggressiven, ausgreifenden, imperialen Revisionismus veranlassen. Deshalb sind die USA bereit, weitere wichtige militärischen Ausrüstung und Munition verfügbar zu machen (letztes Paket von 400 Mio. Dollar am 3. März 2023, verkündet während des Besuchs von Scholz bei Biden und noch einmal erhöht beim Besuch Bidens bei Selenskyj in Kiew am 23.02.2023).

6.4 EU, NATO, Mitgliedstaaten und ihr (deklaratorischer?) politischer Zweck

Alle Mitgliedstaaten und die Organisationen führen seit der russischen Annexion der Krim und des Separatistenkrieges im Donbass als politischen Zweck die Wiederherstellung der territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine immer im Munde, was den Rückzug russischer Streitkräfte aus der Ukraine bedeuten muss. Gleichzeitig aber sollte darüber ein direkter Konflikt mit Russland – über ein nach 2014 nur mäßiges Sanktionsregime hinaus – vermieden werden.

Auch als die russische Drohkulisse im Frühjahr 2021 und dann der russische Aufmarsch entlang der gesamten Grenze zur Ukraine ab September 2021 stattfanden, der zum Krieg führte, betonten die Staaten des Westens und auch die G7-Staaten den politischen Zweck, sich für die Achtung gültiger Staatsgrenzen gem. VN-Charta einzusetzen und jedem möglichen Angriff auf die regelbasierte Ordnung massiv entgegenzutreten. Um Russland vom Angriff abzuhalten, blieben die Mittel auf diplomatische Schritte, politischen Druck und – etwa seit Jahresende 2021 – auf Androhung und Vorbereitung weiterreichender Sanktionen gegen Russland im Falle einer Invasion der Ukraine begrenzt. Da in diesen Überlegungen nicht der Stand der militärischen Vorbereitung und der erkennbare Wille Russlands die Beurteilung bestimmte, sondern eher, was er eigentlich nach eigener Bewertung wollen oder tun bzw. unterlassen sollte, waren größere Teile der Regierungen und Stimmen der öffentlichen Kommunikation nach dem Angriffsbeginn enttäuscht, ja frustriert, dass Putin sich durch den angedrohten „hohen Preis“ nicht von der „militärischen Spezialoperation“ hatte abhalten lassen. Ein Abhalten Russlands vom Angriff mag aber v.a. deshalb gescheitert sein, weil NATO, EU und ihre Mitgliedstaaten aus innenpolitischen Gründen vorab erklärt hatten, dass ein russischer Angriff auf die Ukraine keine Maßnahmen nach Art. 5 des Washingtoner Vertrags auslösen könne²², und vorab erklärten alle Staaten auch, dass für sie ein völkerrechtlich möglicher Einsatz eigener Truppen gemäß Artikel 51 der VN-Charta zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung nicht infrage käme²³. Damit lieferten sie Putin zwei weitere Elemente, die sein Risikokalkül zugunsten des Angriffs stärken konnten.

Nun muss der politische Zweck einer vollständigen und souveränen Ukraine in ihrem aufopferungsvollen Abwehrkampf gegen den brutalen Aggressor erreicht werden. Es dauerte bis Ende April ehe für den begonnenen Strom

unterschiedlicher Waffenlieferungen²⁴ in die Ukraine mit der Ramstein Kontaktgruppe eine strukturierte Koordinierung der Staaten erfolgte, welche Waffensysteme und Ausrüstung jeweils zur notwendigen militärischen Unterstützung gebraucht werden und verfügbar gemacht werden können²⁵. Nach einem Jahr kann man festhalten, dass diese Maßnahmen nicht von einem Gesamterfordernis einer schnellen erfolgreichen Verteidigung getragen sind, sondern oft ein zu langes Hin und Her darüber entstand, wofür man innenpolitisch Unterstützung fand und ob Russland solche Lieferungen zur Ausweitung des Krieges veranlassen würde. Die so von Russland erreichte spürbare Selbstabschreckung in westlichen Staaten und Bevölkerungen hat insbesondere die frühzeitige Bereitstellung ausreichender Luftabwehr und der Waffensysteme für das erfolgreiche Gefecht verbundener Kräfte stark beeinträchtigt. Dass die Gegenoffensiven der Ukraine ab September nicht raumgreifender sein konnten, war und ist auch davon abhängig. Klar ist inzwischen auch, dass alle auch weitere Sanktionen keinesfalls schnell genug die russische Handlungsfähigkeit so einschränken, dass Putin – wie Gorbatschow aus Afghanistan – sich aus den besetzten, illegal annektierten Gebieten der Ukraine zurückzieht. Damit kann festgehalten werden, dass die angewandten Mittel nicht hinreichend sind, um den politischen Zweck zu erreichen.

Und bei dieser Realität trifft – wie schon nach 2014 – bei einem beträchtlichen Teil der eigenen Bevölkerung (z.B. Künstler, Intellektuelle, Wirtschaftsvertreter und v.a. ehemals hochrangige Politiker und Diplomaten, auch Soldaten) das „Narrativ“ Putins, dass Russland das Opfer westlicher ‚Einkreisung‘ sei und er ethnische Russen nicht nur in der Ostukraine vor Faschisten schützen müsse, auf Gehör, ja Zustimmung²⁶. Und wer das so nicht sagen will, der nutzt das „Totschlagargument“, dass eine große Nuklearmacht nicht zu besiegen sei. Bei dieser Einstellung wird der Aggressor unterschlagen, und die Unterstützung der Ukraine mit Ausrüstung und Waffensystemen zu ihrer berechtigten Selbstverteidigung schon bei den kaum hinreichenden begrenzten Maßnahmen wird als kriegstreibend und eskalierend verurteilt.

6.5 Clausewitz‘ Einsichten als Orientierung

Putins absoluter Eroberungs-, ja Vernichtungswille mit seinen brutal handelnden Einsatzkräften und in der Ukraine der Mut, die Entschlossenheit und die Leidenschaft für das eigene Überleben führen zu einem Krieg, einem „Akt der Gewalt“ mit Wechselwirkungen, die dem Begriffe nach zum Äußersten führen können²⁷. Dabei gewinnt die „lebendige Reaktion“ zwischen Aggressor

und Verteidiger große Bedeutung. Denn es entstehen aus den Faktoren Größe der Kräfte und Mittel und Stärke des Willens einzuschätzende Wahrscheinlichkeiten der Durchschlagskraft des Angreifers und der Widerstandskraft des Verteidigers. Ursprüngliche politische Absichten und Zwecke können sich aufgrund von (Miss-) Erfolgen und durch wahrscheinliche Ergebnisse ändern. Für die Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine (mit westlicher Unterstützung) kommt es für Selenskyj darauf an, mit größerer militärischer Unterstützung in Entscheidungsräumen im Osten und Süden der Ukraine ein militärisches Übergewicht herzustellen. So muss Putin die hohe Unwahrscheinlichkeit einer (nochmaligen) Eroberung auch nur der vier Oblaste vor Augen geführt werden. Die Konsequenzen weiterer Sanktionen, deren Umgehung verhindert werden sollte, müssen die Kalkulation Putins zur Erkenntnis bringen, dass der (Gesamt-) Preis zu hoch wird, wenn er seine Herrschaft retten will. Denn „es sind zwei Dinge, welche in der Wirklichkeit als Motiv zum Frieden ... treten können. Das erste ist die Unwahrscheinlichkeit, das zweite ein zu großer Preis des Erfolges“ (Clausewitz, S.49).

7. Drei herrschende Tendenzen in Krieg und Krise, die „wunderliche Dreifaltigkeit“ nach Clausewitz

Die Hinweise auf die intensive und teilweise erfolgreiche russische Beeinflussung sowohl für die Gefolgschaft der eigenen Bevölkerung wie auch für möglichst breite Zustimmung bei Menschen in opponierenden, neutralen oder unterstützend auftretenden Ländern weist uns auf eine der drei „herrschenden Tendenzen“ hin, die Clausewitz im Kriege (und ich ergänze, bereits in dynamischen, komplexen Krisen- und Konfliktlagen) für entscheidend hält, nämlich das Element von Gewalttätigkeit, Hass und Feindschaft, das er „mehr dem Volk ... zugewendet“ sieht. Dass „Leidenschaft“, ja „vorherrschende Feindschaft der Gefühle“ bei den gegeneinanderstehenden, ja kämpfenden Gruppen in der Ukraine für den bisherigen Verlauf und den gegenwärtigen Gang der Ereignisse bedeutsam sind und bei der ukrainischen Bevölkerung durch die brutale und verbrecherische Kriegsführung Russlands verständlicherweise anwachsen, ist



offensichtlich. Dabei ist natürlich abzuschätzen, inwieweit Regierungen politische Führer (das dritte Element der herrschenden Tendenzen: das „politische Werkzeug“, der „Regierung zugewendet“) diese Leidenschaften anheizen oder zu dämpfen suchen, je nachdem wie es ihren politischen Absichten dient. Putin steigert erfolgreich die nationale Stimmung für seinen Krieg in der Ukraine und gegen den kollektiven Westen gerade wegen der schwierigen Lage auf dem Gefechtsfeld und sucht westliche Bevölkerungen für sein „Narrativ“ auch mit den Aussagen über nukleare Optionen zu beeindrucken und zu verunsichern.

Anders als bei Krise und Krieg um die Krim und Teile des Donbass seit 2014 belassen es die westlichen Regierungen seit 2022 nicht beim Anprangern und Verurteilen des massiven Bruchs des Völkerrechts. Mit dem Recht aller, friedlich in anerkannten Grenzen zu leben, suchen sie Zustimmung bei Bevölkerung und in Partnerstaaten für ihre bisherige massive Unterstützung für die individuelle Selbstverteidigung der Ukraine – auch militärisch – für die Integrität und Souveränität dieses seit einem Jahr unsäglich leidenden und sich entschlossen wehrenden Landes. Den westlichen Staaten gelingt es nicht, mit eigener strategischer Kommunikation über Putins Angriffskrieg und viele Kriegsverbrechen die russische Bevölkerung zu erreichen und aufzuklären, geschweige denn zu beeinflussen.

Den westlichen Staaten gelingt es nicht, mit eigener strategischer Kommunikation über Putins Angriffskrieg und viele Kriegsverbrechen die russische Bevölkerung zu erreichen und aufzuklären, geschweige denn zu beeinflussen.

Die zweite „herrschende Tendenz“ bezeichnet Clausewitz als das „Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls“. In diesem brutalen Krieg, wie in vielen Krisen und Konflikten sind Ungewissheiten, Unsicherheiten, Friktionen, Überraschungen und Zufälle kennzeichnende Merkmale. Diese Gegebenheiten werden heute multipliziert, weil alle Handlungsfelder, diplomatische, ökonomische, kommunikative, politische und militärische, ineinandergreifen. Sie alle sind „als Teil eines anderen Ganzen zu betrachten – und dieses Ganze ist die Politik“ (Clausewitz, S.684). Deshalb muss man die ständig wiederholte Behauptung, es gebe keine militärische Lösung, sondern nur eine politische Lösung zurechtrücken. Denn es gibt nichts intensiver politisch Gesteuertes als den Einsatz von Militär²⁸.

Die zweite „herrschende Tendenz“ bezeichnet Clausewitz als das „Spiel der Wahrscheinlichkeiten und des Zufalls“. In diesem brutalen Krieg, wie in vielen Krisen und Konflikten sind Ungewissheiten, Unsicherheiten, Friktionen, Überraschungen und Zufälle kennzeichnende Merkmale. Diese Gegebenheiten werden heute multipliziert, weil alle Handlungsfelder, diplomatische, ökonomische, kommunikative, politische und militärische, ineinandergreifen. Sie alle sind „als Teil eines anderen Ganzen zu betrachten – und dieses Ganze ist die Politik“ (Clausewitz, S.684). Deshalb muss man die ständig wiederholte Behauptung, es gebe keine militärische Lösung, sondern nur eine politische Lösung zurechtrücken. Denn es gibt nichts intensiver politisch Gesteuertes als den Einsatz von Militär²⁸.

Damit wird augenfällig, dass die zweite und die dritte „herrschende Tendenz“ (das „politische Werkzeug“, die „politischen Zwecke, die ... der Regierung allein angehören“) ganz eng zusammenrücken.

Das gewinnt Bedeutung für das Handeln der Regierungschefs, für die Beratungsleistung der Stäbe und für die Handelnden vor Ort. Die Unsicherheit aller Nachrichten und Voraussetzungen, diese beständigen Einmischungen des Zufalls haben zur Folge, dass der Handelnde vom Regierungschef bis zu nachgeordnet Ausführenden in diesem Krieg im europäischen Osten, aber auch in seinen überregionalen, ja globalen Verzweigungen die Dinge unaufhörlich anders findet, als er sie erwartet hat. So hielten viele westliche Regierungen trotz vielfältiger Informationen, insbesondere seit Ende Dezember 2021, die Invasion nicht als ausgemacht und haben bis weit in den Februar angenommen, mit diplomatischer Aktivität und Androhung harter Sanktionen den Krieg noch abwenden zu können. So mussten die vorbereiteten Sanktionen schnell ausgelöst und überstürzt erste militärische Ausrüstung und Waffen auf den Weg gebracht werden. Diese militärische Verstärkung wurde zwar seither über das ganze Jahr mit Waffensystemen und Ausrüstung fortgesetzt. Insgesamt waren diese aber zeitlich und mengenmäßig weniger an den schnell zu schaffenden Gesamtstreitkräften auf den Gefechtsfeldern ausgerichtet, sondern an den innenpolitischen Situationen in den Ländern, verbunden mit der Sorge vor einer Eskalation. Die Worte vom „Dritten Weltkrieg“ und/oder einem möglichen Einsatz nuklearer Waffen unterstreichen das beträchtliche Maß an Selbstabschreckung.

Nach über einem Jahr von brutalem Krieg besteht allerdings wenig Grund zur Annahme, dass der Machtpolitiker Putin durch angebotene Dialogbereitschaft und Gespräche zur Aufgabe seiner „Fait accomplis“ und seiner weitergehenden Ziele bewegt werden kann.

Putin andererseits hatte seine „voll umfängliche Invasion“ auf eine Beurteilung schwachen militärischen Widerstandes der ukrainischen Streitkräfte und schnell schwindenden Rückhalts der Regierung Selenskyj bei der Bevölkerung gebaut. Diese miserable Lagefeststellung und -beurteilung aufgrund unzureichender Aufklärung führte zu einem nach einigen Wochen einschneidenden Entschluss, die Nordfront auf Kiew ganz aufzugeben und den „nächsten politischen Zweck“ auf den Donbass und den Süden zu legen. Unabhängig von diesen drastischen Rückschlägen hält Putin aber am imperialen Ziel der völligen Einfügung der Ukraine in die Russische Föderation fest. Damit bleibt er dem „ständigen Streit mit dem Unerwarteten“ ausgesetzt, ob seine Mobilisierung länger Wirkung erzielt als die Gemeinsamkeit der westlichen Koalition zur Bereitstellung ausreichender Mittel für die Verteidigung und striktem Festhalten an den Sanktionen.

Nach einem Jahr von brutalem Krieg besteht allerdings wenig Grund zur Annahme, dass der Machtpolitiker Putin durch angebotene Dialogbereitschaft und Gespräche zur Aufgabe seiner „Fait accomplis“ und seiner weitergehenden Ziele bewegt werden kann, zumindest solange er weiter in seiner Bevölkerung nationalistische Emotionen für den Kampf gegen Nazismus in der Ukraine schürt und die Menschen zuhause mit einem vaterländischen Abwehrkampf gegen den Westen mobilisieren kann, der angeblich die „Endlösung der russischen Frage“ plant.

8. Faktorengruppen für die Lagebeurteilung der Akteure

8.1 Mit Blick auf den Weg zum Angriffskrieg Russlands wird man, abhängig vom Zeitfenster, mit dem die Analyse einsetzt, verschiedene Ursache-Wirkung-Zusammenhänge von Aktion und Reaktion betonen. Putin hatte zum 30. Jahrestag der Auflösung der Sowjetunion im Dezember 2021 – mitten im Aufbau der militärischen Drohkulisse entlang der Grenze – erneut seine Bewertung unterstrichen, dass dieser „Zerfall“ eine „gesamtnationale Tragödie von gewaltigen Ausmaßen“ mit weitgehenden Verlusten aus 1000-jähriger Geschichte (2004) darstellt und im globalen Kontext als „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ (2005) einzuordnen ist. Die eurasische Großmacht ist nicht ausreichend wirkmächtig. Es geht nicht um Sozialismus, sondern um imperiales Ausgreifen, zunächst auf das, was einmal dazu gehörte – und mehr. Das Bild Peters des Großen in seinem Dienstzimmer und der Hinweis auf dessen 21-jährigen Krieg gegen Schweden verdeutlichen dies als Kraftquell seines außen- wie innenpolitischen Handelns. So war der Zugriff auf die Krim für ihn 2014 zwingend, um der Gefahr vorzubeugen, dass die Schwarzmeerflotte sich plötzlich in einer Ukraine mit Beitrittsstatus zur EU wiederfand. Und die Bildung von Abspaltungen mit Separatisten im Donbass war der Hebel, um durch Destabilisierung und Krieg einen Weg der Ukraine nach Westen zu behindern oder besser zu verhindern. Diesen hat Putin über acht Jahre mit an- und abschwellender Aktivität genutzt. Fragen, warum Putin sieben Jahre nach 2014 im Frühjahr 2021 zum ersten Mal den massiven militärischen Aufmarsch anordnete und dann wieder reduzierte, nur um ihn ab September erneut und mit noch größerer Stärke und Dichte bis zum Überfall hochzufahren, warten noch auf gut begründete Antworten. Ein Aspekt könnte sein, dass er die „Westbewegung“ der Ukraine trotz seiner Separatistenbewegung als so stark bewertete, dass er die Ukraine jetzt „heimholen“ musste, um nicht zu spät zu kommen. Daran fügt sich an, ob er die Widerstandskraft der USA, der NATO im Jahre des fluchtartigen, überstürzten Abzugs aus Afghanistan als so geschwächt einordnete, dass er den Überfall jetzt wagen konnte.

8.2 Für die westlichen Staaten musste der Konfrontationskurs seit der russischen Reaktion auf den Majdan eigentlich klar sein. Und so wurden auch auf den Gipfeltreffen in Wales (2014), Warschau (2016) und Brüssel (2018) erste Maßnahmen zur Stärkung der NATO-Ostflanke getroffen und beschlossen, die Verteidigungsausgaben auf 2 % des BIP anzuheben, v.a. auch im investiven Bereich. Aber die NATO hielt an der Regelung aus der NATO-Russland-Grundakte von 1997 fest und begrenzte Truppenteile im Baltikum und Polen auf verstärkte Bataillons-Gruppen, die in halbjährlicher Rotation ausgewechselt wurden. Die Sanktionen blieben begrenzt, und Präsident Obama hatte früh klar gemacht, dass für die Krim keine amerikanischen Soldaten eingesetzt werden. An die Ukraine wurden Forderungen nach erheblichen Reformen ebenso gestellt wie sie zur Durchführung von national kaum zumutbaren Maßnahmen aus dem Minsk II Dokument gedrängt wurde. Alle Forderungen an Russland prallten an dessen Auffassung ab, dass es sich hier um innerukrainische Konflikte handele und Kiew liefern müsse. Die praktischen Beziehungen zu Russland blieben außer den wenig wirksamen Sanktionen weitgehend stabil. Vor allem im Energiebereich wurden sie mit Nordstream 2 sogar noch deutlich verstärkt. Obwohl auch der russische Kriegeinsatz seit 2013 in Syrien zu einer neuen Beurteilung hätte beitragen können, blieb die Politik der westlichen Staaten überwiegend offen für Gespräch und Zusammenarbeit mit Russland auf vielen Gebieten.

Mit der Ukraine gab es viele Programme, auch für die Entwicklung der Streitkräfte und deren Einordnung ins demokratische Staatsgefüge. Jedoch gab es kein Programm, die Streitkräfte mit Blick auf die offensichtliche russische Bedrohung mit letalen Waffensystemen westlicher Fertigung auszustatten, um die Chancen erfolgreicher Verteidigung deutlich zu erhöhen²⁹. Jedenfalls passen die häufigen Aussagen, dass man für die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine eintritt, nicht mit der Russland wenig abschreckenden Unterstützung zusammen. Entweder nahm man an, dass Russland diese Invasion der Ukraine nicht auslösen würde, was eine sehr optimistische und seit Frühjahr 2021 klar verfehltene Einschätzung war. Oder man wollte Russland nicht provozieren und ihm quasi das Narrativ für einen Präventivschlag liefern. Am 24. Februar, war klar, dass beide Einschätzungen nicht an den realen Absichten Putins orientiert waren.

Da die gesamten politischen Forderungen und damit verknüpften Absichten jeder Seite nicht immer offen oder gar vollständig zu Tage liegen, kann dies allein schon zu Unterschieden in den Mitteln führen, die jeder anbietet. Die Lage und die Verhältnisse der Staaten sind einander nicht gleich. In der

NATO und ihren Mitgliedstaaten war schon angesichts der Drohkulisse – wie für Obama 2014 – klar, dass gegenüber der Ukraine keine Bündnisverpflichtung bestand. Und als ein Angriff nicht mehr ausgeschlossen werden konnte, gab man – ohne Verweis auf Art 51 der VN-Charta – auch zu verstehen, dass eigene Truppen nicht zur Verteidigung der Ukraine eingesetzt würden. Für den Kreml, der schon lange die Ukraine als „Noworossija“ zurückgewinnen wollte, schien nach dem westlichen Desaster in Afghanistan offensichtlich der Zeitrahmen günstig, das eigene Vorhaben militärisch durchzuführen. Dabei konnte er auf der Seite der Risikominderung vermerken, dass er westliche Truppen nicht in den Kriegsplan einbeziehen musste.

8.3 Nimmt man dann die führenden Persönlichkeiten, aber auch die gesamten Regierungen mit ihrer jeweiligen Willensstärke, ihrem Charakter und ihren Fähigkeiten in den Blick, werden die Unterschiede ebenso klar. Putin ist für Russland zentral in der Rigorosität und der Rigidität, mit der er seine imperiale Vision politisch und militärisch vorantreibt. In EU und NATO sind sehr unterschiedliche Führungspersönlichkeiten mit eigenem Blick auf die Gesamtlage und je unterschiedlicher Urteilskraft, Entschlossenheit, Willensstärke nicht nur auf einen gemeinsamen übergeordneten politischen Zweck zu einigen, sondern dieser ist von ihnen auch mit vereinter Tatkraft und genügenden Mitteln zu verfolgen.

8.4 Auch die Innenpolitik ist in unterschiedlicher Weise und Intensität ein Treiber der Außenpolitik im Kreml und bei den Mitgliedstaaten der NATO, der EU und von Partnern.

Putin braucht und benutzt nach einem Jahr Krieg, der ihn seinem politischen Zweck nicht entscheidend nähergebracht hat, das aufwühlende Narrativ vom „Vaterländischen Krieg“ zur Abwehr einer westlichen „Endlösung der russischen Frage“, um seine Russen in großer Zahl hinter seiner politischen Absicht zu versammeln und so zugleich von den bisherigen, wenig erfolgreichen Operationen abzulenken.

Können die westlichen Staaten nicht zu stärkeren Maßnahmen sowohl bei den Sanktionen (einschl. dem Verhindern ihrer Umgehung) als auch der direkten militärischen Unterstützung der Ukraine greifen,

- weil in einer Reihe von Staaten die Sorge vor einer Eskalation (ggf. zu einem nuklearen Einsatz) eine faktische Selbstabschreckung vor russischem Verhalten führt;

- weil zwar eine Reihe, der Staaten und ihrer Bürger sich von Russland sehr bedroht sehen, während andere mehr aus Solidarität zu begrenzteren Maßnahmen bereit sind,
- weil in einer Reihe von ihnen eigene politische, wirtschaftliche und soziale Interessen die Bereitschaft mitzuwirken dämpfen,
- weil einige mit Blick auf künftige Beziehungen zu Russland nach dem Krieg eine rigorosere Unterstützung des Abwehrkampfes der Ukraine skeptisch beurteilen,
- weil die strategische Kommunikation in Deutschland und anderen Ländern größeren Teile der Bevölkerung (noch) nicht vermitteln konnte, dass Putins Absichten auch gegen ihre eigene Freiheit gerichtet sind,
- weil eine größere Zahl der Menschen durchaus mit dem Slogan „Land für Frieden“ ukrainisches Einlenken bei Gebietsabtretungen an Russland vertritt und erwartet, so für sich wieder „Ruhe“ herzustellen?

Diese möglichen Gründe sind eine Auswahl und treten sicher in sehr unterschiedlicher Verquickung auf. Aber wer eine schnelle Beendigung des Krieges mit einer integren Ukraine vertritt und will, der muss diese begrenzenden Faktoren ausräumen, mindestens aber drastisch reduzieren.

Bei Beginn des zweiten Jahres dieses brutalen Krieges bleiben die politischen Zwecke diametral entgegengesetzt, zum einen Russlands völkerrechtswidriges Ziel der Auflösung der Ukraine, zum anderen die legitime Selbstverteidigung der Ukraine für ein integrires, souveränes Land in Freiheit. Für die Wiederherstellung der geltenden internationalen Regeln muss der Westen diesen weitreichenden politischen Zweck Putins seiner Beurteilung für eine erfolgreiche Abwehr zugrunde legen. Für den Fortgang dieses Eroberungskrieges in der Ukraine mit seinen vielfältigen Akteuren ist es nützlich, den Schritten der Lagebeurteilung zu folgen, die Clausewitz empfiehlt, um das „*Maß der Mittel*“ zu erkennen für das Erreichen des eigenen politischen Zwecks: *„Wir müssen die Kräfte und Verhältnisse (und zwar aller Gegebenheiten, politisch, ökonomisch, zivil wie militärisch, d. Verf.) des (der) feindlichen Staates und des (der) unserigen, wir müssen den Charakter seiner Regierung, seines Volkes, die Fähigkeiten beider, und alles das wieder von unserer Seite, wir müssen die politischen Verbindungen anderer Staaten und die Wirkungen, welche der Krieg (unser Handeln und Gegen-Handeln, in Krise und Konflikt, d. Verf.) darin hervorbringen kann, in Betrachtung ziehen“*. Dass sich dahinter eine Mammutaufgabe verbirgt, ist leicht ersichtlich. Dies wird noch multipliziert, wenn alle EU- und NATO-MS mit den USA und Kanada sich als möglichst gemeinsam Handelnde verstehen. Diese Mannigfaltigkeit lässt sich nicht algebraisch lösen. Das Urteil über das künftige Handeln im Krieg

Russlands gegen die Ukraine, über das Ziel, das unser Handeln haben sollte [Wiederherstellung einer integren Ukraine] und haben darf [Vermeiden eines direkten Krieges mit Russland?], welche Mittel dann dafür notwendig sind, „*kann nur aus dem Gesamtüberblick aller Verhältnisse entstehen, in welchem also die individuellsten Züge des Augenblicks mitverflochten sind.*“ Dieses Urteil in jeder dynamischen Krise, geschweige denn Krieg, kann „niemals rein objektiv sein“, sondern wird – so drückt es Clausewitz aus – „*nach den Geistes- und Gemüteeigenschaften der Fürsten (Präsidenten, Regierungschefs, d. Verf.), Staatsmänner (Außenminister, HR/Vizepräsident EU, d. Verf) Feldherren (Führer in zivilen wie militärischen Aufgaben für Sicherheit und Verteidigung, d. Verf.) bestimmt*“ (Clausewitz, S. 659). Diese Hinweise von Clausewitz unterstreichen, dass die führenden, verantwortlichen Persönlichkeiten der westlichen Staaten in besonderer Weise gefordert sind, aus der Fülle ständig neuer Informationen voller Unsicherheit und Ungewissheit in jedem Augenblick mit Urteilsfähigkeit und Mut zu wägen und entschlossen zu handeln.

9. Versuch eines Ausblicks

Seit über einem Jahr wütet der brutale Angriffskrieg des Aggressors Russland in allen Teilen der Ukraine. Und seit über einem Jahr stemmen sich die Männer, Frauen und Kinder der Ukraine gegen diesen wütenden Koloss. Die militärische Unterstützung der Ukraine durch westliche Staaten hat erst Fahrt aufgenommen, als die Regierungen festgestellt hatten, dass Wehrwille und Resilienz der Ukrainer Russland keinen schnellen Sieg ermöglichten. Da hatte die Abschreckung vor dem Krieg aber schon versagt. Jeder Ausblick muss zunächst zwei Fragen beantworten: Erstens, wie können die Ukraine und der Westen (endlich) „*intra war deterrence*“ erreichen? Zweitens muss der Westen Klarheit schaffen, ob und wie er den politischen Zweck einer territorial integren und souveränen Ukraine und die Rückkehr zur regel-basierten Ordnung gegen die „*Macht des Stärkeren*“ durchsetzen will. Dazu gehört von Anfang an die Erarbeitung verpflichtender Sicherheitsgarantien einer westlichen Staatengruppe, solange die Ukraine noch nicht Mitglied der NATO ist. Je nach den Antworten oder den bleibenden Fragezeichen sind die Ausblicke sehr unterschiedlich.

9.1 Friede für Europa

Ein fairer, gerechter Friede kann gelingen, wenn die Integrität der Ukraine wieder hergestellt wird. Dazu gilt es, die beeindruckende Kampfbereitschaft

der Soldaten und den Widerstandswillen der Bevölkerung der Ukraine für eine aktive Verteidigung zu nutzen. Zu diesem Zweck muss die Ukraine militärisch, politisch, finanziell, wirtschaftlich und humanitär so stark unterstützt werden, dass die russischen Streitkräfte gestoppt und wieder hinter die russische Staatsgrenze zurückgedrängt werden. Für diese Anstrengungen müssen alle Regierungen ihrer Bevölkerung überzeugend erklären, dass dieser politische Zweck keine altruistische Hilfe für ein angegriffenes Land ist, sondern im ureigenen Interesse liegt. Denn andernfalls werden Willkür und die Macht des jeweils Stärkeren den Globus vermehrt in schwerwiegende Konflikte und Kriege stürzen. Ein Erfolg für diesen Frieden eröffnet auch die Perspektive, mit einem Russland in seinen anerkannten Grenzen wieder neue, zukunftsfähige Verbindungen auszubauen.

9.2 Ein Diktatfrieden Russlands mit der Auflösung einer freien Ukraine

Wenn die westlichen Staaten den Kampf der Ukraine nicht als ihr eigenes Interesse erkennen und die Einsicht Clausewitz' zutreffen wird, „*dass ein Staat, der in der Sache eines anderen auftritt, diese (niemals) so ernsthaft nimmt wie seine eigene*“, dann kann die Ukraine trotz Kampfbereitschaft und Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung dem Eroberer nicht widerstehen. Und selbst wenn alle Sanktionen fortgesetzt oder verstärkt werden, könnte eine Übernahme der Ukraine durch Russland nicht verhindert werden. Denn dass dann eine weitergehende Isolierung Russlands – trotz der hohen Zustimmung der Staaten zu den Resolutionen der VN Vollversammlung – stattfindet, kann nicht angenommen werden.

9.3 Waffenstillstand ohne Frieden

Westliche Friedensehnsucht verbindet sich häufig mit der Forderung nach dem Schweigen der Waffen, ganz unabhängig davon, wem das im Einzelnen nutzt oder schadet. Hinter den Worten: „Das Leiden der Menschen muss aufhören“, steckt oft die Auffassung, dass man ja nicht unmittelbar betroffen ist. Diese Lösung wird geprägt von Stimmungen, dass man von dem Krieg, der einen nichts angeht, „in Frieden gelassen werden will“.

9.4 Rumpfukraine und Guerillakrieg

Der Waffenstillstand ohne Frieden, der aufgrund mangelnder Unterstützung des Westens wie bei Minsk II entstehen kann, wird den aufopferungsvollen Kampf der Menschen in der Rumpfukraine nicht beenden. Wahrscheinlich

ist dann „ein Krieg nach dem Krieg“. Die russischen Besatzer, Eindringlinge, werden mit dem „kleinen Krieg“ in Atem gehalten und über die Zeit hohe Verluste hinnehmen müssen. Und die westlichen Staaten werden, nachdem sie den „Frieden für Europa“ (s.o.) nicht aus voller Kraft unterstützt haben, in einer schwierigen Lage Unterstützung leisten müssen, wenn sie das weitere Vordringen eines imperialen Russlands doch noch stoppen wollen, ja müssen.

Um diese Konfiguration zu vermeiden, kommt es darauf an, die Ukraine in jeder Beziehung zu stärken und die Sanktionen noch einmal wirksamer gestalten, um endlich Russland und Putin die Unwahrscheinlichkeit seines Erfolgs und vor allem die inakzeptable Höhe der Kosten vor Augen zu führen.

9.5 Als Fernziel ein geeintes Europa

Das nicht aufzugebende Fernziel eines Europas, das in Übereinstimmung mit Wort und Geist der Charta von Paris von 1990 frei, geeint und in Frieden existiert, muss Fixstern bleiben.

Das verlangt jetzt, den Eroberer zu stoppen. Danach sind auf der Ausgangsbasis einer befreiten Ukraine viele kleine und große Schritte erforderlich.

Westliche Staaten – nicht nur in Europa und Nordamerika – sollten sich bewusst bleiben, dass mit diesem Angriffskrieg das weitere Schicksal Europas für die Welt infrage steht und deshalb gemeinsam hart dafür arbeiten, mit einer freien Ukraine einen Erfolg für die Selbstbestimmung und die Gleichheit aller Staaten zu erzielen.

Das erfordert nicht nur außenpolitische Maßnahmen einer starken Diplomatie, der Sicherheits-, Wirtschafts-, Finanz- und Umweltpolitik, sondern auch vielfältige Schritte innenpolitischer Reformen für Demokratie, Menschenrechte und angemessene Beteiligung von Minderheiten nicht nur in den Staaten, die der EU und/

oder der NATO beitreten wollen, sondern auch in der russischen Föderation und weiteren GUS-Staaten. Und die schrecklichen Kriegserlebnisse des letzten Jahres unterstreichen, dass Rückschläge erfolgen, wenn Staaten eigene Machtpolitik durchsetzen, ja durchpauken wollen außerhalb der vereinbarten Regeln. Deshalb bleiben Wehrhaftigkeit und verbesserte Resilienz notwendig, um dann mit klarem Kurs zu überzeugen, dass jeder davon Nutzen zieht, wenn alle die Regeln einhalten.

10. Schlussbemerkung

Der brutale Eroberungskrieg der Russen bleibt im zweiten Jahr brutal und von erheblichem Vernichtungswillen geprägt. Diese hoch komplexe und unterschiedliche Dynamik der Vorgeschichte und des Krieges zu betrachten und zu analysieren, kann auf vielerlei Art und mit unterschiedlichen Methoden erfolgen.

Dieser Exkurs sollte zeigen, dass Methoden und Einsichten des Carl von Clausewitz auch für heutige komplexe internationale Krisen und konventionelle wie hybride Kriege, in denen alle Mittel der Staaten zum Einsatz kommen, dazu dienen können, Fakten, Ursachen und Wirkungen und dafür eingesetzte oder einzusetzende Mittel zu ordnen und zu klären, ob und welche politischen Zwecke der einzelnen Akteure mit dem jeweils eingesetzten Instrumentarium erreichbar waren und sind, bzw. wo unbeabsichtigte Wirkungen und erfolgversprechendes Gegen-Handeln eingetreten sind.

Ziel des Westens muss sein und bleiben, dass eine vollständige Ukraine in Freiheit fortbesteht. Aber wenn westliche Staaten wegen anderer Interessen und Ziele Ihren Einsatz verringern und zusätzlich durch Selbstabschreckung vor russischer Eskalation nur begrenzt konfliktwillig und -fähig handeln, wird man ein Resultat erwarten, ja befürchten müssen, das eine „amputierte“ Ukraine mit geringer Aussicht auf erfolgreiche Schritte in die EU und die NATO zurückbleibt und Putin seinen wie auch immer erreichten „Gewinn“ als Trophäe erfolgreicher Machtpolitik präsentieren wird. Das bedeutet ein Ergebnis, das „keine vollkommene Entscheidung oder Erledigung in sich trägt“. Damit ist aber auch klar, dass diejenigen, deren Ziele nicht oder unzureichend erfüllt worden sind, auf Gelegenheit warten oder hinarbeiten werden, um Korrekturen zu erreichen. Man kann zu Recht annehmen, dass der Kampf der Ukrainer für ihre Freiheit dann in anderen Formen oder als „kleiner Krieg“ weitergehen wird.

Westliche Staaten – nicht nur in Europa und Nordamerika – sollten sich bewusst bleiben, dass mit diesem Angriffskrieg das weitere Schicksal Europas für die Welt infrage steht und deshalb gemeinsam hart dafür arbeiten, mit einer freien Ukraine einen Erfolg für die Selbstbestimmung und die Gleichheit aller Staaten zu erzielen.

Zum Autor: Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen

- 1 Carl von Clausewitz, Vom Kriege, hinterlassenes Werk, Ullstein TB, 5. Auflage 2008. Alle weiteren Seitenangaben beziehen sich auf diese Ausgabe.
- 2 Spiegel Heft 21 -2014, S. 117ff.
- 3 Ein Zitat aus einem Interview mit dem Handelsblatt im November 2022, <https://www.n-tv.de/politik/Wir-wollten-es-nicht-sehen-sagt-Schaeuble-article23726335.html>
- 4 Olshausen Klaus, Die Krise in und um die Ukraine – eine Kollision multipler Interessen. Eine Betrachtung mit Clausewitz Einsichten – Ein Versuch, Clausewitz-Gesellschaft, Jahrbuch 2014, Bd. 10, S. 74 - 102
- 5 Clausewitz, zweites Buch, 5. Kapitel, Kritik, S. 128 ff
- 6 Stern Magazin, 2022_03_14, Waffeneinfuhren in die Ukraine gem. SIPRI, Stockholm
- 7 Der Westen hat seit 2008 den NATO-Beitritt der Ukraine hinausgeschoben, er hat nach 2014 die Streitkräfte des Landes nicht zu wirklicher Selbstverteidigung befähigt, alles, weil man annahm, Putin so vor einem Ausgreifen zurückzuhalten. Wie jetzt klar ist, war das Gegenteil der Fall, er fühlte sich ermutigt.
- 8 Dazu s. <https://de.euronews.com/2023/01/18/die-russische-frage-lawrow-vergleicht-vorgehen-des-westens-mit-hitlers-endlosung>
- 9 Da politische Forderungen nicht immer eindeutig sind und offen dargelegt werden; da die Lage und die Verhältnisse der Staaten, der nichtstaatlichen Akteure sehr unterschiedlich sind; und da die Willensstärke, der Charakter und die Fähigkeiten der Regierenden / Handelnden ja keineswegs gleich sind, bleiben Ungewissheiten bei allen Berechnungen des möglichen Widerstandes und damit der Mittel, die man anwenden soll, und des Zieles, das man sich setzen darf (dazu s. Clausewitz, S. 658 f)
- 10 Beim Treffen der NATO-Verteidigungsminister am 14. und 15.02.2023 in Brüssel wurde die neuen „long term guidelines for our defence planning to further strengthen our deterrence and defence“ gebilligt, mit weitreichenden Planungen einer neuen NATO-Streitkräftestruktur, s. https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_211698.htm?selectedLocale=en
- 11 Hierzu finden sich in Politik und Wissenschaft sehr unterschiedliche Einschätzungen und Bewertungen. Zwei seien hier genannt: Joachim Krause* An der Schwelle zum Dritten Weltkrieg – Welche Risiken darf der Westen im Ukraine-Krieg eingehen? - <https://doi.org/10.1515/sirius-2022-3003>; Kristin Ven Bruusgaard, How Russia Decides to Go Nuclear, Deciphering the Way Moscow Handles Its Ultimate Weapon, Foreign Affairs. 2023_02_06; Es bleibt die Frage, warum Putin die NATO mit einem nuklearen Einsatz aktiv involvieren sollte, wo er schon mit dem Krieg in der Ukraine genug Schwierigkeiten hat. Nur wenn

er glaubt, dass der Westen nachgeben und ihm die Ukraine aushändigen würde, könnte er das riskieren. Mit Bidens dreifachem „don't, don't, don't“ kann er davon nicht ausgehen.

- 12 Da mit landgestützter Luftabwehr dieses riesige Land nicht geschützt werden kann, ist es nicht einsehbar, warum keine Jagdflugzeuge mit Air-to-Air Raketen gegen Drohnen und Marschflugkörper geliefert und eingesetzt werden. Es ist kein überzeugendes Argument, dass solche Abwehr eskalierender wirkt als Iris T oder das Patriot System.
- 13 <https://grams-it.com/cms/blog/putins-manifest-ueber-die-historische-einheit-von-russen-und-ukrainern>
- 14 Diese Entscheidung zeigt, dass die am 21.2.22 von Putin spektakulär anerkannte Unabhängigkeit der beiden Volksrepubliken Donezk und Luhansk nur der legalistischen Begründung seines „präemptiven Eingreifens zu deren Schutz“ diene.
- 15 DIE ZEIT Nr. 13, v. 20.03.2014, Adam Soboczynski, Russland, Der Partisan: „... Man muss in einem vaterländischen Feldzug vor allem den Sieg im Kopf haben und nicht die bedenkvolle Fehlervermeidung. Der Kriegsverlauf kann auch unordentlich und nicht lupenrein ausfallen, es kommt auf die kühl kalkuliert erzeugte Emphase des Volkes an.“
- 16 Dazu siehe <https://www.sueddeutsche.de/politik/ende-des-blockfreien-status-ukraine-macht-weg-fuer-nato-beitritt-frei-1.2279820>
- 17 Der Russisch-ukrainische Grenzvertrag wurde am 28. Januar 2003 zwischen dem russischen Präsidenten Putin und dem ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma in Kiew abgeschlossen und trat am 23. April 2004 in Kraft.
- 18 <https://www.dw.com/de/biden-und-putin-nach-zwei-stunden-war-alles-gesagt/a-60049722>
- 19 <https://www.spiegel.de/ausland/joe-biden-und-wladimir-putin-telefonieren-zum-ukraine-konflikt-a-83c2c36d-e447-4915-b5c4-75206ac25aa7>
- 20 Eine Experten-Perspektive der Rand Corporation vom Januar 2023 erörtert allerdings, dass für die USA die territoriale Integrität aus US-Sicht abgewogen werden muss gegen das Interesse, einen russischen Einsatz nuklearer Waffen sowie einen russischen Konflikt mit der NATO zu vermeiden. Die US-Interessen stimmen oft mit ukrainischen überein, sind aber nicht synonym. So können die USA – so die Experten – auch hinsichtlich der Dauer und der Beendigung dieses Krieges durchaus noch abweichende Vorstellungen einbringen. (<https://www.rand.org/pubs/perspectives/PEA2510-1.html>). Außerdem ist aus US-Sicht immer die fordernde Situation mit China und im Indopazifik in den Blick zu nehmen.
- 21 Dazu: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/02/25/10th-package-of-sanctions-on-russia-s-war-of-aggression-against-ukraine-the-cu-includes-additional-87-individuals-and-34-entities-to>

- the-eu-s-sanctions-list/
- 22 Dazu auch NATO GenSec Stoltenberg bei BBC-Interview am 31.01.2022, s. <https://www.dw.com/de/nato-keine-kampftruppen-f%C3%BCr-die-ukraine/a-60604443>
 - 23 Dazu beispielhaft am 02.02.2022: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ukraine-biden-us-soldaten-deutschland-osteuroopa-100.html>
 - 24 Dazu Bericht in der Berliner Zeitung am 05.03.2022, <https://www.berliner-zeitung.de/news/diskret-und-schnell-westliche-waffenlieferungen-fuer-die-ukraine-li.215439>
 - 25 Dazu Tagesschau vom 26.04.2022, <https://www.tagesschau.de/inland/ukraine-waffenlieferungen-kontaktgruppe-101.html>, zu den Grundsätzen s. <https://www.bmvg.de/de/das-ramstein-format>
 - 26 Sahra Wagenknecht nennt die Unterstützer der Ukraine „Kriegsnarren“, und sie nennt es eine Lüge, dass es hier um die Freiheit auch im Westen gehe. Vielmehr kämpften russische wie ukrainische Oligarchen-Cliquen um die Macht (Rede bei der Demonstration „Aufstand für Frieden, 25.02.23)
 - 27 Im ersten Kapitel „Vom Kriege“ erläutert Clausewitz die drei Wechselwirkungen zum Äußersten, um dann im gesamten Werk zu erörtern, warum und wie sie sich in der Wirklichkeit oft mäßigen. (Clausewitz, S. 29 ff)
 - 28 Wenn häufig gesagt wird, es gibt keine militärische Lösung, sondern nur eine politische Lösung, dann wird der Eindruck einer Trennung vermittelt. Die besteht aber nicht, denn „die Politik hat den Krieg erzeugt; sie ist die Intelligenz, der Krieg aber bloß das Instrument“ (Clausewitz, S. 685). Bei dem im Alltag benutzten Gegensatzpaar wäre es deshalb sachlich richtig zu sagen, man wolle eine politische Lösung mit nicht-militärischen Mitteln. Denn es gibt keinen unpolitischen Einsatz des Militärs.
 - 29 Erst die Aggression Putins auf die gesamte Ukraine lässt den „Westen“ jetzt darüber nachdenken, dass eine Ukraine danach militärisch so stark gerüstet werden muss, dass eine erneute Aggression Russlands verbunden mit Sicherheitsgarantien z.B. der VN oder der NATO glaubwürdig abgeschreckt werden kann.

Russlands Angriffskrieg, Weltmacht China, globale Großmachtrivalität – Was die Europäer tun müssen

Heinrich Brauß

Es ist inzwischen ein Allgemeingut: Der 24. Februar 2022 markiert eine sicherheitspolitische Zeitenwende.¹ Mit seinem ruchlosen Vernichtungskrieg gegen die Ukraine hat der russische Präsident Putin die euroatlantische Sicherheitsordnung bis auf die Grundfesten zerstört. Diese Ordnung gründete auf einem ehernen Prinzip: der strikten Achtung der territorialen Integrität der Staaten und der Unverletzlichkeit der nationalen Grenzen, so wie sie sich in den 1990er Jahren in Europa nach dem Zerfall der Sowjetunion und den Balkankriegen gebildet hatten. Die Leitidee dieser Ordnung waren wachsende Partnerschaft und Zusammenarbeit. Sie fand ihren Ausdruck in der Integration neuer Mitglieder aus Mitteleuropa in NATO und Europäischer Union und andererseits in vielfältiger Kooperation mit dem damals neuen Russland, der Ukraine und anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

Die frühere Formel, die Sicherheit Europas könne dauerhaft nur gemeinsam mit Russland gestaltet und gewährleistet werden, ist ad absurdum geführt. Sie muss künftig gegen Russland organisiert werden.

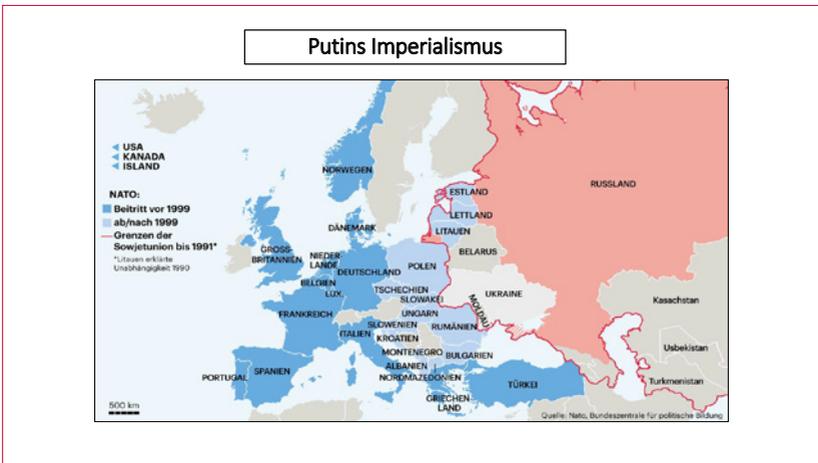
Diese Epoche ist passé. Mehr noch: Der Angriff gegen die Ukraine geht mit Terrorangriffen auf ukrainische Städte und lebensnotwendige Infrastruktur, mit entsetzlichen Gräueln und Kriegsverbrechen der russischen Armee, mit einem Zivilisationsbruch einher. Partnerschaft mit diesem Russland ist nicht mehr vorstellbar. Die frühere Formel, die Sicherheit Europas könne dauerhaft nur gemeinsam mit Russland gestaltet und gewährleistet werden, ist ad absurdum geführt. Sie muss künftig gegen Russland organisiert werden.²

Zur strategischen Lage

Zumal, der großangelegte Angriff gegen die Ukraine³ ist nur der erste Schritt einer revisionistischen und imperialen Strategie Putins. Er hat das erklärte Ziel, die gesamte Ukraine zu unterwerfen und sie als eigenständigen Staat auszulöschen. Eine demokratische, prosperierende Nation in Russlands unmittelbarer Nachbarschaft ist die größte Gefahr für Putins Regime. Allerdings gehen seine Ziele weit über die Ukraine hinaus. Putin will Kontrolle über Europa gewinnen.

Putins Revisionismus

Der Zerfall der Sowjetunion sei die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts gewesen, sagte er schon im Jahr 2005. Ende Dezember 2021 – die russische Armee war bereits in einem großen Halbkreis um die Ukraine aufmarschiert – richtete Putin zwei Ultimaten an die USA und die NATO. Zusammen betrachtet, zielten sie darauf ab, die sicherheitspolitische Entwicklung in Europa um Jahrzehnte zurückzudrehen. Jegliche Erweiterung der NATO sollte ausgeschlossen werden. Vielmehr sollte sich die Allianz militärisch auf die Linien von 1997, also die vor der ersten Bündniserweiterung um Polen, Tschechien und Ungarn, zurückziehen. Und schließlich sollten die USA ihre Nuklearwaffen aus Europa abziehen.



Dies hätte zwei fatale Konsequenzen von strategischer Tragweite. Erstens würde Europa von der erweiterten nuklearen Abschreckung der USA abgekoppelt, dem Schutzschirm gegen das große Potential an russischen nuklearfähigen Mittelstreckenraketen, die gegen Europa gerichtet sind. Und zweitens würde Mittelosteuropa ab der deutschen Ostgrenze zu einer Puffer- und Einflusszone eines neuen russischen Imperiums, das Putin durch Vereinnahmung der früheren Sowjetrepubliken Belarus, Ukraine, Georgien, Moldawien und womöglich auch der drei baltischen Staaten errichten will. Die Ukraine kämpft also nicht nur um ihre Existenz und für das Völkerrecht, sie verteidigt mit ihrem heroischen Kampf auch Europas Sicherheit. Deshalb muss sie durch den

Westen militärisch, wirtschaftlich und humanitär weiter so unterstützt werden, dass sie obsiegen kann.

Weltmacht China

Von Putins Russland geht also derzeit größte unmittelbare Gefahr für die Sicherheit Europas aus. Aber die die mittel- und langfristig noch größere, strategische Herausforderung ist China – für alle westlichen Demokratien, im Indopazifik und im euroatlantischen Raum. Russlands Machtanspruch stützt sich hauptsächlich auf sein militärisches und atomares Potenzial, wie auch auf den enormen Vorrat an fossilen Rohstoffen. China dagegen verfolgt eine langfristig angelegte, umfassende Strategie geopolitischer Machtprojektion mit politischen, diplomatischen, wirtschaftlichen, technologischen und militärischen Mitteln. Russland ist der Sturm, China der Klimawandel, so hat der Präsident des Verfassungsschutzes die herausziehende globale Lage beschrieben.⁴

Peking sucht Zugang zu Rohstoffen und Märkten weltweit („One Belt, One Road Initiative“). Mit Investitionen in kritische Infrastrukturen und Schlüsseltechnologien durch staatlich gesteuerte Unternehmen will sich Peking die Kontrolle über globale Lieferketten sichern, politische Abhängigkeiten schaffen und Einfluss auf Entscheidungen nationaler Regierungen und internationaler Organisationen zu seinen Gunsten gewinnen. In Europa kann solcher Einfluss die Handlungsfreiheit der EU-Mitgliedstaaten und damit auch von NATO und Europäischer Union gefährden.⁵

China dagegen verfolgt eine langfristig angelegte, umfassende Strategie geopolitischer Machtprojektion

Ihre geoökonomische Strategie ergänzt China durch den rasanten Auf- und Ausbau seiner Streitkräfte und seines nuklearen Raketenarsenals, untermauert durch den weltweit zweitgrößten Verteidigungshaushalt⁶ nach den USA. Chinas Rüstung ist vor allem darauf ausgerichtet, amerikanischen Streitkräften den Zugang zum Ost- und Südchinesischen Meer verwehren und deren Bewegungsfreiheit dort einschränken zu können. Denn Peking strebt nach Kontrolle über ganz Ostasien und fordert damit Amerika als Schutzmacht der dortigen Demokratien heraus.

Die aus Chinas regionaler und globaler Machtentfaltung folgenden Risiken für westliche Demokratien werden durch die wachsende Kooperation zwischen

Peking und Moskau weiter erhöht. China lässt Putin in der Ukraine gewähren und hält Russland im übertragenen wie im geopolitischen Sinne den Rücken frei. Die Präsidenten beider Staaten sprechen von „strategischer Partnerschaft“. Den „Zwölf-Punkte-Plan“ Chinas zur Kriegsbeendigung in der Ukraine⁷ hat Moskau allerdings prompt zurückgewiesen, offenbar weil er einige Forderungen enthält wie die Achtung der Souveränität aller Staaten, die Moskau nicht gefallen. Dennoch eint beide das Ziel, den globalen Einfluss Washingtons zurückzudrängen, insbesondere in den von ihnen beanspruchten Einflusszonen in Europa und in Asien. Die transatlantische Gemeinschaft sieht sich also zwei totalitären Großmächten gegenüber, die das westliche Bündnis mit einem doppelten strategischen Risiko konfrontieren, im euroatlantischen und im indopazifischen Raum.⁸ Und beide setzen darauf, die USA an zwei strategischen ‚Fronten‘ binden und damit schwächen zu können.

Sicherheitsgarant USA

Für viele Staaten im Indopazifik sind die Vereinigten Staaten Sicherheitsgarant und entscheidender Faktor der militärischen Stabilität in dieser Großregion. Sie gewährleisten außerdem, dass die Seewege offenbleiben und nehmen so eine überragende geostrategische Aufgabe wahr, die für den freien Welthandel und damit auch für Europas Ökonomien und Stabilität von größter Bedeutung ist. Denn alle Demokratien in dieser Region sind wichtige Handelspartner Europas.

Für die Supermacht Amerika ist China wirtschaftlicher Hauptkonkurrent, geostrategischer Hauptgegner und – als totalitärer Staat – globaler systemischer Rivale.⁹ Das Gravitationszentrum der amerikanischen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gesamtstrategie wie auch der mögliche Haupteinsatzraum der US-Streitkräfte liegen in der indopazifischen Region, und Washington richtet seine Planungen entsprechend aus. Schon jetzt sind dort rund 300.000 amerikanische Militärangehörige präsent.¹⁰ Die Zahl der Stützpunkte auf den Philippinen wird erhöht, die militärische Kooperation mit Japan und Australien verstärkt und durch engere politische Zusammenarbeit in der QUAD (Australien, Indien, Japan, U.S.) ergänzt.

Für die Supermacht Amerika ist China wirtschaftlicher Hauptkonkurrent, geostrategischer Hauptgegner und – als totalitärer Staat – globaler systemischer Rivale.

Andererseits ist durch Putins Angriffskrieg, dessen strategische Ziele und Chinas Unterstützung deutlich geworden, dass beide Großregionen aus strategischer Sicht für die USA miteinander verbunden und für ihre Weltmachtrolle gleichermaßen von zentraler Bedeutung sind. Mit anderen Worten: Auch um China in Schach zu halten, muss Putin gestoppt werden. Würde der Westen, allen voran Amerika, die Ukraine nicht genügend und ausdauernd genug unterstützen, bis sie ihr Land befreit hat, würde er ein Signal der Schwäche nach Peking senden. Denn der chinesische Präsident Xi Jinping will Taiwan vereinnahmen.¹¹ Er wird Putins Krieg genau verfolgen und auswerten ebenso wie Verteidigungswillen und -fähigkeit der Ukrainer und die Unterstützung durch den Westen.¹² So gesehen profitiert Taiwans Sicherheit von der Tapferkeit der Ukraine und ihrem Erfolg gegen die russische Armee.

Mit anderen Worten: Auch um China in Schach zu halten, muss Putin gestoppt werden.

Dabei sind die USA nicht nur mit weitem Abstand die Hauptunterstützer der Ukraine. Vielmehr ist ihre unentbehrliche Rolle für die Sicherheit und Stabilität Europas und die Einheit der Europäer als Führungsmacht der NATO erneut offensichtlich geworden. Anfang 2022 erhöhte Washington die Zahl seiner Streitkräfte in Europa auf rund 100.000. Besonders die nord- und mitteleuropäischen Verbündeten bauen auf den militärischen Schutz der USA. Das gilt grundsätzlich auch für Deutschland als nicht-nuklearer Mittelmacht. Denn der Kern europäischer Sicherheit gegenüber der Atommacht Russland liegt in der nuklearen Abschreckung, also der Fähigkeit, Russland letztlich einen untragbar hohen Schaden androhen zu können. Über diese Fähigkeit verfügen glaubwürdig nur die Vereinigten Staaten, selbst wenn in einem großen Krieg ein erster gewaltiger Atomschlag von Moskau ausginge. Die sogenannte nukleare Zweitschlagsfähigkeit ist letztendlich auch der Grund dafür, dass nur die USA das mit der atomaren Abschreckung für sie selbst verbundene Risiko eingehen können, wenn es um die Schutzgarantie für ihre Verbündeten geht. Weder Großbritannien noch Frankreich sind als Atommächte dazu bereit oder in der Lage.

Allerdings wäre es verfehlt zu glauben, die Europäer könnten es bei dem jetzigen Grad an militärstrategischer Abhängigkeit von den USA belassen. Diese sehen sich mit China und Russland zwei strategischen Rivalen gegenüber, deren geopolitische Machtansprüche auf Jahre hinaus gleichzeitig eingedämmt werden müssen. Das können auch die Vereinigten Staaten nicht allein und

auch nicht nur mittels ‚klassischer‘ Abschreckung mit konventionellen Streitkräften und nuklearen Mitteln. Nach der neuen US-Strategie der „Integrated Deterrence“ will Washington vielmehr gegnerischen Mächten in mehreren Regionen mithilfe des ganzen Spektrums an militärischen und nicht-militärischen Mitteln und unter aktiver Inanspruchnahme des weltweiten Netzes von Verbündeten und Partnern der USA entgegenzutreten.¹³

Zumal, für zwei mögliche gleichzeitige Großeinsätze in einem globalen Zweifrontenkrieg, in Europa gegen Russland und in Asien gegen China, reichen auch die US-Streitkräfte nicht aus. Der Indo-Pazifik aber wäre der militärische Schwerpunkt der USA. Europa kann also nicht mehr davon ausgehen, dass künftig alle ihre militärischen Fähigkeiten, die die NATO bislang für die Verteidigung Europas einplant, im Bedarfsfall auch zur Verfügung stehen. Die Entwicklung der globalen Sicherheitslage verlangt daher eine neue Lastenteilung zwischen Europa und Amerika. Mit anderen Worten: Die Europäer werden die USA im euroatlantischen Raum entlasten und erheblich mehr militärische Fähigkeiten für die Sicherheit und Verteidigung ihres eigenen Kontinents aufbringen müssen. Sie werden auch mehr Verantwortung in Krisenregionen in der europäischen Nachbarschaft übernehmen müssen, beispielsweise in Nordafrika und im Nahen Osten. Und schließlich werden sie die USA auch darin unterstützen müssen, die internationalen Seewege zu schützen, die gerade für Europas Wirtschaft von zentraler Bedeutung sind.

Die Entwicklung der globalen Sicherheitslage verlangt daher eine neue Lastenteilung zwischen Europa und Amerika.

Und schließlich: Angesichts der innenpolitischen Entwicklung in den Vereinigten Staaten ist nicht sicher, dass eine künftige US-Regierung angesichts der wachsenden globalen Herausforderungen bereit sein wird, weiterhin uneingeschränkt militärisch für Europa einzustehen, wenn die prosperierenden Europäer nicht selbst die Hauptlast für ihre Verteidigung übernehmen.

Verteidigung Europas (NATO) und Europäische Verteidigung (EU)

Zusammengefasst: Die Weltlage hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert, und sie entwickelt sich mit großer Dynamik weiter. Zugleich sind die geopolitischen Veränderungen mit wachsenden Bedrohungen verbunden, die Grenzen und Kontinente überschreiten.¹⁴ Tägliche Cyber-Angriffe, Desinformationskampagnen und subversive Aktionen sind Teil der „hybriden

Kriegsführung“ Moskaus und Pekings, die schon in „Friedenszeiten“ nationale Institutionen und Versorgungseinrichtungen und internationale Organisationen lahmlegen können. Hinzukommen weitere transnationale Gefahren, vor allem die vielfachen sicherheitspolitischen Folgen des globalen Klimawandels und die rasante Entwicklung der sogenannten „Emerging and Disruptive Technologies“, die auch militärisch genutzt werden: hocheffektive Aufklärungsmittel und weltraumgestützte Sensoren, autonome Waffensysteme, weitreichende, zielgenaue Flugkörper und Drohnen, stark verbesserte Luftverteidigungssysteme und Hyperschallwaffen.¹⁵

Die wachsende Großmachtkonkurrenz zwischen den USA, China und Russland verändern das gesamte internationale System. Europa und die Europäische Union kommen in dieser Gleichung, in diesem Ringen um regionale und globale Dominanz, nicht vor. Dabei entspricht Europas Wirtschaftskraft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, dem der USA und Chinas. Und als gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion hat die EU globale Interessen und großen geoökonomischen Einfluss. Zugleich ist sie in besonderem Maße auf Zusammenarbeit, auf freien Zugang zu Märkten und auf sichere Handels- und Verbindungswege weltweit angewiesen. Daraus folgt: Die Europäer müssten willens und in der Lage sein, ihre Werte, ihren Beitrag zur regelbasierten internationalen Ordnung und ihre sicherheitspolitischen Interessen militärisch zu untermauern, in Europa (etwa zur eigenen Verteidigung) ebenso wie in anderen Regionen der Welt. Als ein globaler sicherheitspolitischer Akteur müsste Europa strategisch handlungsfähig sein¹⁶ und neben seiner Wirtschaftskraft auch über die notwendige militärische Macht verfügen. Doch davon sind die Europäer weit entfernt.

Die wachsende Großmachtkonkurrenz zwischen den USA, China und Russland verändern das gesamte internationale System.

Mit NATO und EU gehören sie zwei Organisationen an, die beide, mit unterschiedlicher Ausrichtung, für die Sicherheit und Stabilität des Kontinents zuständig sind. Beide sprechen von „Verteidigung“, die NATO von „Collective Defence“, die EU von „European Defence“, und beide befassen sich mit der Entwicklung der dafür notwendigen militärischen Fähigkeiten. Beide haben im Jahr 2022 Entscheidungen von strategischer Bedeutung und Reichweite getroffen, die für sicherheitspolitische und militärische Handlungsfähigkeit der Europäer von überragender Bedeutung sind.

Die neue Strategie der NATO

Bei ihrem Gipfeltreffen in Madrid Ende, Juni 2022, trafen die Staats- und Regierungschefs der Allianz drei richtungsweisende Entscheidungen: die weitere, signifikante Verstärkung der NATO-Ostflanke, das neue Strategische Konzept, und die Aufnahme Finnlands und Schwedens in die NATO.

1. Die *militärische Verstärkung der NATO-Ostflanke* begann bereits unmittelbar nach Russlands Angriff gegen die Ukraine im Jahr 2014 – als Ausdruck der „Wiederbelebung“ von Abschreckung und Verteidigung der NATO. Ihr bekanntestes Merkmal war die sogenannte „enhanced Forward Presence“. Vier multinationale Gefechtsverbände in Stärke von bis zu 1.600 Soldaten und Soldatinnen wurden in den baltischen Staaten und Polen stationiert, der am meisten gefährdeten Region der Allianz, weil sie direkt an Russland und Belarus grenzt. Von diesen *Battlegroups* ging die Botschaft aus, dass Moskau schon bei einem begrenzten militärischen Einfall dort unmittelbar mit der NATO als Ganzer in einen militärischen Konflikt geraten würde, einschließlich den Nuklearmächten USA, Großbritannien und Frankreich. Der Schwerpunkt lag also auf *Abschreckung*.



Im Lichte von Putins geopolitischen Zielen und seines Angriffskriegs gegen einen Nachbarn reichte dieser Ansatz aber nicht mehr aus. Künf-

tig muss die Allianz verzugslos mit wirkungsvoller *Verteidigung* beginnen können, um Russland einen schnellen militärischen Erfolg zu wehren und um Zeit zu gewinnen für das Heranführen von Verstärkungskräften. Der Umfang der Truppen, die dauerhaft entlang der NATO-Ostgrenze stationiert werden, den Luftraum überwachen und auf See patrouillieren, steigt deutlich. Die multinationalen NATO-Verbände müssen rasch zu Brigaden und weiter zu Divisionen aufwachsen können. Deutschland hat denn

auch Litauen zusätzlich zu der deutsch-geführten *Battlegroup* eine „robuste Kampfbrigade“ zugesagt.

Künftig muss die Allianz verzugslos mit wirkungsvoller Verteidigung beginnen können

Sie ist dort bereits mit einem Kernstab präsent. Ihre Truppenteile verlegen im ständigen Wechsel zu Übungen dorthin. Ein intensiver Übungszyklus wird zu einer dauerhaft erhöhten multinationalen Präsenz in Litauen führen und die Verteidigung des Landes zusammen mit der litauischen Armee vorbereiten, einschließlich der Verstärkung durch eine deutsche Panzerdivision. Insgesamt soll nach dem *New Force Model* der NATO der Umfang der schnell oder sehr schnell verfügbaren Kräfte der NATO zu Lande, in der Luft und auf See von 40.000 auf 300.000 Militärangehörige anwachsen. Die große Mehrzahl davon werden die Europäer stellen. Die Zahl der *Battlegroups* ist von vier auf acht gewachsen. Sie stehen heute auch in der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Hinzu kommt die neue, leichte „*Allied Reaction Force*“ in Divisionsstärke, die für schnelle Krisenreaktion in gefährdeten Räumen vorgesehen ist und die *NATO Response Force* ablösen wird.¹⁷

2. Das *neue Strategische Konzept der NATO*¹⁸ spiegelt die Zeitenwende auf NATO-Ebene wider – und stellt die politisch-strategische Leitlinie für die Entwicklung der Allianz in diesem Jahrzehnt dar, aber wohl auch darüber hinaus. Russland wird darin als die „bedeutendste und direkte Bedrohung“ bezeichnet – harte Sprache, die man seit mehr als 30 Jahren nicht mehr kannte. Künftig muss sich die NATO aber auch den globalen Risiken stellen, die sich massiv auf die Sicherheit der Verbündeten auswirken. So wird China zum ersten Mal in einem Strategischen Konzept der NATO erwähnt, was an sich schon eine politische Botschaft ist. Seine Strategie zielt darauf ab, die „regelbasierte internationale Ordnung zu untergraben“. Sie gefährdet die Interessen und Sicherheit der Bündnispartner.

Im Lichte der neuen Risiken und Gefahren betont das Strategische Konzept wieder die zentrale, übergreifende Bedeutung von „kollektiver Verteidigung“ als dem Hauptzweck der NATO, und zwar gegen alle Bedrohungen aus allen Richtungen. Das ist neu und erfasst auch die Risiken, die von Terrororganisationen im Süden Europas ausgehen. Die drei bekannten Kernfunktionen: Abschreckung und Verteidigung, Krisenvorsorge und Krisenmanagement und schließlich Kooperative Sicherheit, also die Zusammenarbeit mit Partnernationen und -organisationen weltweit, einschließlich der EU, dienen alle diesem umfassenden Konzept von Verteidigung. Neu ist auch die überragende Bedeutung von Resilienz, also der Widerstandsfähigkeit gegen hybride Angriffe und Cyber-Attacken, aber auch gegen die Abhängigkeit von anderen Mächten bei kritischer Infrastruktur, Rohstoffimporten, Lieferketten und Energieversorgung. Einseitige Abhängigkeiten – von Russland im Energiebereich, von China in der Wirtschaft – machen verwundbar. Es kommt auf die Diversifizierung der Handelsbeziehungen an, wie sie die Bundesregierung jetzt anstrebt. Kluge Handels- und Energiepolitik ist heute Teil „integrierter Sicherheit“, dem Leitkonzept der deutschen Nationalen Sicherheitsstrategie.

3. Und schließlich: Der *Beitritt Finnlands und Schwedens* zur NATO ist geostrategisch von größter Bedeutung – und für Putin eine strategische Niederlage. Beide Staaten bringen hoch entwickelte Aufklärung, moderne Land-, Luft- und Seestreitkräfte und effektive Cyber-Abwehrfähigkeiten in das Bündnis ein. Im Norden entsteht ein geostrategisch kohärenter Großraum, der in weiten Teilen unter dem NATO-Schutzschirm steht. Die Ostsee wird praktisch zu einem NATO-Binnenmeer. Die Verteidigung des Baltikums, das zu Lande nur über den Suwalki-Korridor in Ostpolen mit dem Bündnisterritorium verbunden ist, erhält die nötige räumliche Tiefe für das Heranführen von Verstärkungen, beispielsweise von Großbritannien, Dänemark und künftig auch von Schweden aus.

NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens



Zugleich wird die NATO enger mit dem europäischen *Hohen Norden und der Arktis* verbunden. Das Abschmelzen der Eismassen durch den globalen Klimawandel öffnet mittelfristig den Zugang zu großen Öl- und Gasvorkommen und verkürzt den ganzjährig nutzbaren Seeweg von China nach Europa um rund 5.000 Kilometer oder rund 14 Tage. Einerseits entstehen so neue Chancen für den globalen Handel. Andererseits wächst dort die Gefahr einer Konfrontation mit Russland und womöglich auch mit China als selbsternanntem „*Near-Arctic State*“. Moskau hat seine militärische Präsenz in der Arktis massiv erhöht und seine „*Bastion Defence*“, also die Fähigkeit zur militärischen Abriegelung des Nordens, nach Süden ins Europäische Nordmeer vorge-

Der Hohe Norden und die Arktis müssen in die Eventualfallplanung des Bündnisses aufgenommen werden.

schoben. Darüber ist Norwegen beunruhigt, das auf sichere Verstärkung durch Amerika angewiesen ist. Kurzum: Der Hohe Norden und die Arktis müssen in die Eventualfallplanung des Bündnisses aufgenommen werden. Als wichtigster europäischer NATO-Verbündeter und Ostsee-Anrainer wird sich Deutschland aktiv an der gemeinsamen Planung und Vorbereitung der Verteidigung des gesamten nordisch-baltischen Raums mit Land-, See- und Luftstreitkräften wie auch an entsprechenden Übungen beteiligen müssen.

Insgesamt muss sich die Allianz für die Ausgestaltung ihres Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs an den Prinzipien der Abschreckungsstrategie und Verteidigungsplanung im Kalten Krieg orientieren – allerdings in einem viel größeren Raum, einer Großregion mit viel längeren Grenzen. Denn nach dem Beitritt von Finnland und Schweden wächst die NATO-Grenze zu Russland von 940 km auf 2.280 km an. Derzeit arbeitet die NATO an der vollständigen Umsetzung des Strategischen Konzepts. Dabei geht es um die Gesamtheit der operativen Pläne für den Einsatz der NATO-Streitkräfte zur Verteidigung des gesamten Bündnisgebiets – von Europas Hohem Norden, dem Europäischen Nordmeer und Nordatlantik über den Nordisch-Baltischen Raum, die Ostflanke und die Schwarzmeerregion bis zum Mittelmeerraum Nordafrikas und des Nahen Ostens. Aus diesen Einsatzplänen werden die benötigten Streitkräfte, militärischen Fähigkeiten und Hauptquartiere, deren Dislozierung und Aufgaben abgeleitet, die die NATO in allen „Domänen“ braucht – Land-, Luft- und Seestreitkräfte, Cyberraum und Weltraum. Und zugleich will und muss die NATO weiter auf Einsätze zur militärischen Krisenbewältigung in anderen Weltgegenden außerhalb des Bündnisgebiets vorbereitet bleiben. Als Folge all dessen wird überall der Bedarf an Kräften und Fähigkeiten steigen – bei Landstreitkräften beispielsweise an Großverbänden, Divisionen und Korps, in abgestufter Einsatzbereitschaft.

Die daraus abgeleiteten NATO-Streitkräfteziele werden den Bündnisnationen zugeteilt, jeder Nation ein „Satz“, dessen Umfang und Qualität sich nach ihrem wirtschaftlichen und militärischen Leistungsvermögen bemisst. Denn das Prinzip der „fairen Lastenteilung“ ist für ein Verteidigungsbündnis von zentraler Bedeutung. Die USA übernehmen also 50 Prozent des Bedarfs, Deutschland als wirtschaftlich stärkster europäischer Bündnispartner das zweitgrößte Paket.¹⁹ Wenn die europäischen Verbündeten ihre Ziele pünktlich und in vollem Umfang erfüllen, werden sie nicht nur einen wesentlichen Beitrag zur Verteidigung Europas leisten, sondern auch zur militärischen Handlungsfähigkeit der EU, weil 23 europäische NATO-Verbündete zugleich Mitglied der EU sind.

Der neue „Strategische Kompass“ der EU

Putins Krieg und seine geopolitischen Ziele haben auch in der EU das Bewusstsein für die vielfältigen sicherheitspolitischen Gefahren geschärft, denen Europa ausgesetzt ist. Zweifelsohne hat die EU dank ihrer harten Reaktion auf den russischen Angriff und der dabei demonstrierten Einigkeit und Entschlusskraft an der Seite der USA erhebliches Profil als politisch-strategischer Akteur gewonnen – besonders dank der Verabschiedung mehrerer aufeinander folgender Sanktionspakete und der enormen wirtschaftlichen und finanziellen Unterstützung der Ukraine, die auch dem Erwerb militärischer Fähigkeiten dient. Und das Land soll EU-Mitglied werden: Seit dem 23. Juni 2022 ist die Ukraine EU-Beitrittskandidat.

Im Rahmen ihrer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) hat sich die EU schon seit geraumer Zeit das Ziel gesetzt, die „Europäische Verteidigung“ („European Defence“) zu stärken und auf eine „Europäische Verteidigungsunion“ hinzuarbeiten.²⁰ „Europäische Verteidigung“ ist allerdings nicht mit der kollektiven Verteidigung Europas gleichzusetzen. Angesichts der russischen Bedrohung und Kriegsführung herrscht Einigkeit in der EU, dass diese in der Verantwortung der NATO bleiben muss. „European Defence“ verhält sich zu ihr komplementär und ist darauf angelegt, Krisen, Konflikte und andere Gefahren von Europa fernzuhalten. Diesem Ziel dienen sowohl zivile und militärische Einsätze zur Bewältigung von Krisen außerhalb der EU, als auch die Unterstützung von Partnerstaaten beim Aufbau ihrer Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten und schließlich der Schutz der EU und ihrer Bevölkerungen gegen Gefahren, die beispielsweise von Cyber-Angriffen, Terrorismus und dem Organisierten Verbrechen, von illegaler Migration oder großen Katastrophen ausgehen. Für diese Aufgaben verfügt die EU wie keine andere Organisation über ein einzigartiges Spektrum an politischen, wirtschaftlichen, finanziellen, polizeilichen und militärischen Instrumenten.²¹

Putins Krieg und seine geopolitischen Ziele haben auch in der EU das Bewusstsein für die vielfältigen sicherheitspolitischen Gefahren geschärft, denen Europa ausgesetzt ist.

Der „Strategische Kompass für Sicherheit und Verteidigung“ vom März 2022 soll zu einem „Quantensprung“ im Aufbau der dazu notwendigen zivilen und militärischen Fähigkeiten führen. Er will eine Richtschnur sein für die Entwicklung der EU zu einem geopolitischen Akteur, sowohl in ihrer Nachbar-

schaft als auch global. Aus dem daraus folgenden Aktionsplan mit über 40 größeren Maßnahmen wurde in Deutschland vor allem die Absicht bekannt, eine „*EU Rapid Deployment Capacity*“, eine schnelle Eingreiftruppe in Stärke von bis zu 5000 Soldaten und Soldatinnen aufzustellen, die für militärische Kriseninterventionen in einem gefährlichen Umfeld eingesetzt werden kann. Doch das Programm zum Aufbau von Streitkräften, die über sämtliche Fähigkeiten verfügen („*full-spectrum forces*“), technologisch auf dem neuesten Stand, interoperabel, logistisch durchhaltefähig und resilient sein sollen, ist weit umfangreicher. Die EU will dafür kurzfristig Lücken bei kritischen militärischen Fähigkeiten schließen, aber mittel- und langfristig erhebliche Investitionen in die Modernisierung des gesamten Streitkräftepotenzials der EU-Mitgliedstaaten lenken.

Die geplanten Maßnahmen des „Kompass“ sollen helfen, die „EU-Prioritäten für Fähigkeitsentwicklung“²² zu realisieren, welche die EU-Staaten gemeinsam beschlossen haben. Sie reflektieren deren Zielvorstellungen darüber, wie sie ihre nationalen Streitkräfte und Fähigkeiten im Rahmen der EU weiterentwickeln wollen. Sie berücksichtigen nicht nur den Bedarf für militärische Kriseneinsätze, sondern auch technologische Entwicklungen und Trends. Die EU-Prioritäten sind daher aus EU-Sicht von entscheidender Bedeutung für die Ausrichtung und Gestaltung des gesamten Streitkräftepotenzials der EU-Staaten, einschließlich ihrer wehrtechnischen Kapazitäten. Damit sollen die EU-Nationen zur Koordinierung, wenn möglich sogar Synchronisierung, ihrer Fähigkeitsplanung angehalten werden.²³ Sie sollen anspruchsvolle und teure Fähigkeiten möglichst gemeinsam entwickeln und beschaffen, und zwar in verschiedenen Projektgruppen im Rahmen der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (PESCO), die dann vom Europäischen Verteidigungsfonds der Europäischen Kommission finanziell unterstützt werden können. Auf diese Weise will man die Kohärenz der Fähigkeitsentwicklung und Rüstungskapazitäten in Europa fördern.

Neben den NATO-Streitkräftezielen folgen aus den EU-Prioritäten also ebenfalls Vorgaben für die Entwicklung der Streitkräfte der europäischen Verbündeten, die diese der NATO für kollektive Verteidigung und anspruchsvolle militärische Krisenbewältigung zur Verfügung stellen können. Darin liegen Chance und Risiko zugleich. Alle 23 europäische Staaten, die sowohl EU- als auch NATO-Mitglied sind (oder werden), verfügen für ihre Verpflichtungen in beiden Organisationen nur über einen Streitkräftepool und einen Verteidigungshaushalt. Daher müssen konkurrierende Ziele und unnötige Duplizierungen von militärischen Fähigkeiten in EU und NATO vermieden werden.

Die Streitkräfteplanung in beiden Organisationen muss daher koordiniert werden, ihre Zielvorgaben müssen kohärent sein und die resultierenden militärischen Fähigkeiten mindestens komplementär. So hat die EU beispielsweise entschieden, dass europäische PESCO-Projekte, die der Realisierung der EU-Fähigkeitsprioritäten dienen, nur dann gebilligt werden, wenn sie auch dazu beitragen, entsprechende Fähigkeitsziele zu verwirklichen, die die Europäer im Rahmen der NATO erfüllen müssen. Insofern unterstützen solche europäischen Kooperationsprojekte auch die Verteidigungsfähigkeit der NATO, besonders wenn sie anspruchsvoll sind und etliche EU-Staaten dabei mitmachen.

Die Stärkung der gemeinsamen strategisch-militärischen Handlungsfähigkeit der Europäer im Rahmen der EU muss also auch dem Ziel dienen, den Beitrag zur kollektiven Verteidigung Europas, zur transatlantischen Lastenteilung und damit zu Stärkung des „europäischen Pfeilers“ der transatlantischen Gemeinschaft zu erhöhen. Damit dies gelingt, sollten NATO und EU sowohl bei der Entwicklung moderner, voll ausgestatteter und einsatzbereiter Streitkräfte, als auch beim Aufbau technologisch hochentwickelter militärischer Fähigkeiten der Europäer noch intensiver als bisher zusammenarbeiten.

Gemeinsame Handlungsfähigkeit der Europäer – in NATO und EU

Insgesamt hat die Kooperation von NATO und EU in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht. Beide betrachten einander als unerlässliche Partner, die sich wechselseitig verstärken. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der Kohärenz des Strategischen Kompasses der EU und des Strategischen Konzepts der NATO, die einander ergänzen.

Zudem arbeiten EU und NATO auf zahlreichen Feldern zusammen, wo ein gemeinsames Interesse besteht und sie Gefahren, denen sie gleichermaßen ausgesetzt sind, gemeinsam begegnen wollen. Neben der Entwicklung militärischer Fähigkeiten

Auf politischer und militärischer Ebene wie auch in den Stäben von EU und NATO muss ein gemeinsames Bewusstsein für die gemeinsamen Bedrohungen entstehen.

gehören dazu: Abwehr von hybriden und Cyber-Bedrohungen, maritime Sicherheit im Mittelmeerraum, wehrtechnische Industrie und Forschung, Übungen, Terrorismusbekämpfung und der Aufbau von Verteidigungskapazitäten von Partnerstaaten im Osten und Süden Europas. Die Kooperation der zuständigen Stäbe umfasst mehr als 70 konkrete Projekte. Im Lichte der grundlegend veränderten Sicherheitslage in Europa und weltweit sind jüngst weitere Felder hinzugekommen: die Folgen des geostrategischen Wettbewerbs, Resilienz, Manipulation von Information und Einflussnahme von außen, Schutz kri-

tischer Infrastrukturen, Umgang mit disruptiven Technologien, Nutzen des Weltraums und die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels.

Auf politischer und militärischer Ebene wie auch in den Stäben von EU und NATO muss ein gemeinsames Bewusstsein für die gemeinsamen Bedrohungen entstehen, die koordinierte Abwehr erfordern.²⁴ Zugleich erfordert die Sicherheitslage weitere innovative Schritte. Einige Vorschläge:

Verstärkte Koordination der Fähigkeitsentwicklung in NATO und EU.

Bis 2025 will die EU vor allem jene Lücken bei entscheidenden Unterstützungsfähigkeiten („strategic enablers“) reduzieren, die besonders für den Einsatz von Streitkräften für schnelle Krisenreaktion notwendig sind.²⁵ Die NATO erarbeitet im gleichen Zeitraum eine aktualisierte Liste der Defizite in den Fähigkeitsbereichen, die sie für das gesamte Einsatzspektrum benötigt, vor allem für militärisch anspruchsvolle Verteidigungsoperationen. Da es sich dabei nahezu ausschließlich um Mängel bei den europäischen (und nicht etwa den amerikanischen) Streitkräften handelt, die oft teure Fähigkeiten erfordern, sollten EU und NATO ihre Defizitlisten koordinieren. Ihre Stäbe sollten dann die zehn oder fünfzehn wichtigsten Fähigkeitslücken bestimmen, die vorrangig geschlossen werden müssen, als Anstoß für die Europäer, sowohl in der NATO einen größeren Streitkräftebeitrag zu leisten als auch im Rahmen von „European Defence“ der EU ihre Handlungsfähigkeit zu verbessern.

Die europäischen Staaten könnten dann ausgewählte Fähigkeiten gemeinsam als PESCO-Projekte entwickeln, besonders für militärisch und technologisch fortgeschrittene Fähigkeiten, die vor allem für die kollektive Verteidigung benötigt werden. Der Krieg in der Ukraine hat beispielsweise die überragende Bedeutung von Flug- und Raketenabwehr, weitreichenden zielgenauen konventionellen Flugkörpern und unbemannten bewaffneten Fluggeräten (Drohnen) gezeigt. In Europa herrscht eine eklatante Lücke besonders in der Luftverteidigung, weil es in den internationalen Kriseneinsätzen der vergangenen 15 Jahre keine Luftbedrohung gab. Die deutsche *European Sky Shield Initiative*, zusammen mit 16 anderen europäischen Staaten Luftverteidigungssysteme zu beschaffen, die zusammen im Rahmen der NATO eine große Region schützen können, ist ein großer Schritt in die richtige Richtung. Es geht um eine durch Europäer gestellte strategische Fähigkeit, mit der die NATO durch territorialen Raumschutz mit konventionellen Mitteln die Wirkung von „Deterrence by Denial“ (Abschreckung durch Erfolgsvereitelung) erzielen kann.

Amerikanisch-europäische Lastenteilung in der NATO.

Trotz der Abmachung in der Allianz, dass die Europäer (und Kanada) planerisch rund die Hälfte der notwendigen Streitkräfte und hochwertigen militärischen Fähigkeiten stellen, muss sich die NATO noch immer darauf verlassen, dass in einigen Bereichen die Mehrzahl der unverzichtbaren und teuren Unterstützungsfähigkeiten aus den USA kommen.²⁶ Das muss sich ändern. Die Europäer sollten sich deshalb dazu verpflichten, unverzüglich mindestens 50 Prozent aller notwendigen militärischen Fähigkeiten aufzubringen. Mehr noch: Angesichts der Hinwendung der USA zur indopazifischen Region müssen sich die Europäer schon jetzt darauf vorbereiten, dass ihr Anteil an den notwendigen Fähigkeiten weiter steigt, beispielsweise in Richtung 60 Prozent.

Die Europäer sollten sich deshalb dazu verpflichten, unverzüglich mindestens 50 Prozent aller notwendigen militärischen Fähigkeiten aufzubringen.

Wie erwähnt, schreitet die detaillierte Planung für die Verteidigung des gesamten NATO-Gebiets mit Macht voran. Dafür werden in einigen Regionen unter anderem voll ausgerüstete Großverbände gebraucht. Sie müssen rasch in ihren Einsatzräumen verfügbar sein können und daher schon aus geografischen Gründen vorwiegend von den europäischen Verbündeten gestellt werden. Neben dem Multinationalen Korpskommando Nordost im polnischen Szczecin könnte – abhängig von der NATO-Planung – beispielsweise auch das Deutsch-Niederländische Korpskommando aus Münster einen multinationalen Großverband führen, zu dem etwa deutsche, niederländische, belgische und tschechische Truppen gehören könnten. Als sogenannte „Rahmennation“ wäre Deutschland für die Planung und einheitliche Führung, für Ausbildung und Übungen im Großverbandsrahmen sowie für die Logistik verantwortlich.

Mobilität der Landstreitkräfte.

In einer Krise müssen Truppen, die bedrohte Verbündete besonders an der Nord- und Ostflanke der NATO unterstützen sollen, sehr schnell über große Entfernungen und mehrere nationale Grenzen und Territorien hinweg in ihre Einsatzräume verlegt werden können. Auch die EU will ihre Krisenreaktionsfähigkeit mit Hilfe einer schnellen Verlegung von Truppen erhöhen. Streitkräftemobilität in Europa ist daher ein gemeinsames politisch-militärisches Großprojekt („Flagship“) von EU und NATO. Beide haben hierfür bereits Pläne entwickelt, die die vielfältigen Voraussetzungen dafür schaffen sollen.²⁷

Auf folgende Faktoren kommt es dabei besonders an: Die Bestimmungen für den Grenzübergang von militärischen Verbänden und Gütern müssen europaweit vereinheitlicht, die Genehmigungszeiten drastisch verkürzt werden. Die zivile Verkehrsinfrastruktur, die für den Aufmarsch von militärischen Verbänden mit schwerem Gerät wesentlich ist, muss für die militärische Nutzung optimiert werden. Das betrifft Straßen, Schienenwege, Brücken, Tunnel, Hafenanlagen, Landebahnen. Die Europäische Kommission hat zugestimmt, solche Projekte mit den jeweils betroffenen Staaten gemeinsam zu finanzieren. Die NATO trägt mit finanziellen Mitteln aus ihrem Gemeinschaftshaushalt ebenfalls bei. Darüber hinaus sollten alle Europäer ihre militärischen Transportkapazitäten deutlich erhöhen. Mit dem „Action Plan on Military Mobility 2.0“ der EU, einer erweiterten ‚Auflage‘ des ersten Plans von 2018, soll das Herstellen der Bedingungen für die schnelle Verlegung von Streitkräften beschleunigt werden. Aber die Materie ist komplex, und die Arbeit der Stäbe unterschiedlicher internationaler und nationaler Organisationen verläuft zäh. Daher sollten sich die Verteidigungsminister der am meisten betroffenen und interessierten Nationen wie Deutschland und die USA das Projekt zu Eigen machen und in EU und NATO politisch forcieren.²⁸

Ein kohärentes Fähigkeitsdispositiv der Europäer als Zukunftsvision²⁹

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den Europäern schlagartig vor Augen geführt, dass sie wieder gezwungen sein könnten, großangelegte, hochintensive and langanhaltende militärische Operationen zu führen. Sie müssen daher ihre Investitionen in mehr und bessere militärische Fähigkeiten massiv erhöhen. Dazu gehört schnellstmöglicher Ersatz für jene Waffensysteme und Munition, die an die Ukraine geliefert wurden und weiter werden. Dazu zählen auch die vollständige Ausstattung der europäischen Streitkräfte, ihre umfassende technologische Modernisierung und Anstrengungen der Rüstungsindustrien, ihre Entwicklungs- und Produktionskapazitäten schnell und durchgreifend zu erhöhen. Das muss zunächst der Schwerpunkt für die nächsten Jahre sein. Aber auch dies reicht nicht aus.

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat den Europäern schlagartig vor Augen geführt, dass sie wieder gezwungen sein könnten, großangelegte, hochintensive and langanhaltende militärische Operationen zu führen.

Die Streitkräfte, Waffensysteme und Rüstungskapazitäten der Europäer sind nach wie vor fragmentiert und die Ausrichtung ihrer Fähigkeitsprofile nicht

aufeinander abgestimmt.³⁰ Die Rüstungskapazitäten sind auf viele Staaten aufgeteilt, oft auf regionale Besonderheiten ausgelegt, aber insgesamt begrenzt. Die Investitionen in Forschung und Technologie sind viel geringer als in den USA und ebenso in China. Die Entwicklung neuer Systeme ist teuer und dauert lange. Material- und Munitionsreserven gibt es zumindest in Deutschland kaum.

Zudem verfolgen die meisten europäischen Staaten neben der Erfüllung ihrer NATO-Streitkräfteziele in erster Linie nach wie vor nationale Prioritäten. Wollen die Europäer aber in der gnadenlos sich verändernden Weltlage bestehen, müssen sie Antworten auf vier zentrale Fragen geben:

1. Über welche Streitkräfte wollen sie künftig insgesamt verfügen, um in einem großen militärischen Konflikt gemeinsam (zur Verteidigung Europas) bestehen zu können?
2. Wie wollen sie als geopolitischer Akteur glaubwürdig, also militärisch abgesichert, strategisch handeln können?
3. Welche Streitkräftebeiträge müssen die europäischen Nationen aufbringen, die aufeinander abgestimmt sind und zugleich ihren NATO-Streitkräftezielen genügen?
4. Wie wollen sie eine wettbewerbsfähige und technologisch innovative Rüstungsindustrie in der gesamten Union schaffen, die den Aufbau eines kohärenten europäischen Streitkräftepotenzials effizient unterstützt?

Dabei ist klar: Die erforderlichen, technologisch innovativen und anspruchsvollen und darum sehr teuren militärischen Fähigkeiten können nur entwickelt, beschafft und bezahlt werden, wenn die Staaten in Gruppen zusammenarbeiten, wenn sie ihre Hauptwaffensysteme vereinheitlichen und in ausreichender Stückzahl produzieren und damit die Kosten senken – und wenn sie Duplizierungen vermeiden und Fragmentierung signifikant reduzieren.

Wenn die Verteidigungsminister und Verteidigungsministerinnen der EU also zusammenkommen, um über die Entwicklung ihrer Streitkräfte zu sprechen, sollten sie ihren Blick auch weit in die Zukunft richten und darüber diskutieren, wie ein kohärentes europäisches Streitkräfteedispositiv im Jahr 2035³¹ aussehen soll, das den Anforderungen für die NATO und die EU genügt. Wichtig ist, auch Großbritannien in diese Diskussionen einzubeziehen. Auf sein beträchtliches Potenzial kann Europa nicht verzichten.³² Ein solcher kohärenter Ansatz ist auch bündnispolitisch von wesentlicher Bedeutung: Ein militärisch

und technologisch hochentwickelter „Streitkräftepool“ der Europäer stellt eine substanzielle Ergänzung der Fähigkeiten der USA dar und untermauert eine dauerhafte europäisch-amerikanische Sicherheitspartnerschaft, weil er faire Lastenteilung in der grundlegend veränderten Weltlage ermöglicht und die Europäer befähigt, gemeinsame strategische Verantwortung zu übernehmen.

Folgen für Deutschland und die Bundeswehr

Kurz und bündig: Wir müssen uns mental, strategisch, strukturell und finanziell den militärischen Folgen der Zeitenwende konsequent stellen. Die Bundeswehr muss konsequent darauf ausgerichtet werden, was ihr Hauptauftrag erfordert: Bündnisverteidigung im NATO-Rahmen. Er erfordert effiziente Führung und uneingeschränkte Interoperabilität (Stichwort Digitalisierung). Er verlangt die konsequente Abkehr vom Denken in modular zusammengestellten Kontingenten hin zu organischen, voll ausgestatteten Großverbänden, einschließlich Kampf- und Einsatzunterstützungstruppen, aus denen dann auch Kontingente für Einsätze zur internationalen Krisenbewältigung außerhalb Europas gewonnen werden können. Und: Mehr Kräfte müssen dauerhaft in deutlich höherer Einsatzbereitschaft gehalten werden. In einer Krise werden die deutschen Streitkräfte zusammen mit den Amerikanern die ersten sein, die unsere Verbündeten im Osten verstärken müssen („Kaltstartfähigkeit“). Daneben sollte sich Deutschland als logistische „Drehzscheibe“ im Zentrum Europas besonders dafür einsetzen, dass in Europa jetzt schnell die politischen, infrastrukturellen, logistischen und militärischen Bedingungen dafür geschaffen werden, dass NATO-Truppen sehr schnell ihre Einsatzräume erreichen und dort durchhaltefähig versorgt werden können. Dazu müssen das neue Territoriale Führungskommando und rasch mobilisierbare Reserve-Verbände einen wesentlichen Beitrag leisten.

Vor diesem Hintergrund führt die neue Lage zu alten-neuen harten Fragen. Einige lauten: Der Bundeswehr fehlt jetzt schon Personal. In Zukunft wird der Bedarf noch viel größer. Drei Heeresdivisionen werden nicht ausreichen. Und wir brauchen eine große Reserve. Was muss geschehen, dass die Bundeswehr genügend, gut qualifiziertes Personal bekommt? Können wir logistische Fähigkeiten noch zivilen Vertragspartnern überlassen oder brauchen wir wieder organische Fähigkeiten in unseren Verbänden? Müssen wir Großgerät, Munition und Betriebsstoff in bestimmte Risikoregionen auslagern? Brauchen wir wieder ein Alarmierungssystem und einen Alarmkalender?

Darüber hinaus brauchen wir einen ‚Pakt‘, wie es der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil formuliert hat, zwischen Regierung, Parlament, Bundeswehr und Rüstungsindustrie, um deren Kapazitäten signifikant zu erhöhen, den Materialbedarf der Streitkräfte so schnell wie möglich zu decken und langfristig sicherzustellen, der Industrie dazu aber auch langfristig Planungssicherheit und Absatzgarantien zu geben. Wir stehen jetzt vor einer doppelten Herausforderung von großer Dringlichkeit: Die Lücken, die durch die Abgabe von einsatzwichtigem Großgerät und Munition an die Ukraine entstanden sind und weiter entstehen, müssen schnellstmöglich geschlossen werden; und die materielle Einsatzbereitschaft derjenigen Verbände und Truppenteile, die künftig in einer Krise sehr schnell in den zugewiesenen Einsatzräumen der NATO präsent sein müssen, muss schnellstmöglich drastisch erhöht werden.

All dies muss bezahlt werden. Mit dem Beschluss des Bundestags über das Sondervermögen von € 100 Mrd. für die Bundeswehr können wesentliche Fähigkeitslücken geschlossen werden. Aber Personal- und Betriebskosten steigen, die Inflation ist hoch. Real ist der Fond derzeit nur noch rund € 87 Mrd. wert. Angesichts der internationalen Lage und ihrer Folgen für NATO und EU wird er nicht ausreichen.³³ Darum ist der Beschluss des Bundestags von größter Bedeutung, der die Bundesregierung verpflichtet, nach Ausschöpfen des Sondervermögens die Mittel bereitzustellen, die Deutschland für die Erfüllung der NATO-Streitkräfteziele in ihrer jeweils gültigen Version benötigt.³⁴

Bei seinem Amtsantritt wies Verteidigungsminister Boris Pistorius die Richtung: „Es geht darum, die Bundeswehr jetzt schnell stark zu machen; es geht um Abschreckung, Einsatzfähigkeit und Wirksamkeit.“ Der Verteidigungshaushalt muss daher kontinuierlich signifikant wachsen. Die NATO-Messzahl von 2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung ist unter den Verbündeten ein wichtiger Nachweis für faire Lastenteilung, Bündnissolidarität und Vertrauen. Ein Beispiel: Litauen gab im Jahr 2021 € 908 Mio. (real, also in Preisen von 2015) für Verteidigung aus und lag damit exakt bei 2 % des BIP. Für Litauen war dies eine ebenso große Bürde, wie es € 59,8 Mrd. (real) für Deutschland gewesen wären. Dagegen lagen wir bei € 47,3 Mrd. (real) oder 1,49 %.³⁵ Das nimmt uns, der weltweit viertgrößten Wirtschaftsnation, in Europa und vor allem in den USA niemand mehr ab.

Schlussbemerkung

In der Mitte Europas gelegen, haben wir ein elementares Interesse daran, dass der Kontinent sicher bleibt, das transatlantische Verteidigungsbündnis seine Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit rasch vollständig herstellt, die Vereinigten Staaten mit signifikanten Streitkräften in Europa bleiben und die Europäer gemeinsam militärisch handlungsfähig werden. Eine mitentscheidende Voraussetzung dafür ist die volle Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Strukturreformen, Beschaffung, Bevorratung, Führung und Ausbildung müssen danach ausgerichtet werden, was der anspruchsvollste Auftrag verlangt: Bündnisverteidigung ohne lange Vorbereitung. Die Bundeswehr muss wieder „zum Grundpfeiler der konventionellen Verteidigung in Europa werden, zur am besten

In der Mitte Europas gelegen, haben wir ein elementares Interesse daran, dass der Kontinent sicher bleibt.

ausgestatteten Streitkraft in Europa“, wie es Bundeskanzler Scholz vorgegeben hat. Dies erwarten auch unsere Bündnispartner. Und dies braucht Führung, Engagement, entschlossene Entscheidungen und dann einen langen Atem. Denn, so Verteidigungsminister Pistorius, „der größte Teil der Zeitenwende liegt noch vor uns.“

Zum Autor: Heinrich Brauß, Generalleutnant a.D., Beigeordneter NATO-Generalsekretär für Verteidigungspolitik und Streitkräfteplanung, Internationaler Stab der NATO in Brüssel (2013-2018), heute Mitglied des Vorstands der Deutschen Atlantischen Gesellschaft und Senior Associate Fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, beide in Berlin. Der Autor ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen

- 1 So Bundeskanzler Scholz im Deutschen Bundestag am 27. Februar 2022
- 2 Siehe dazu u.a. SPD – Kommission für Internationale Politik: Sozialdemokratische Antworten auf eine Welt im Umbruch, Berlin 2023, S. 17
- 3 Die sicherheitspolitische Zeitenwende begann eigentlich schon im Jahr 2014, als Russland die Halbinsel Krim überfiel, sie dann annektierte und die Separatisten im Donbass militärisch unterstützte. Die Ukraine ist also seit neun Jahren mit Russland im Krieg.
- 4 Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, während einer öffentlichen Anhörung im Deutschen Bundestag am 17. Oktober 2022
- 5 Als Beispiel gilt der Hafen von Piräus, der größte im östlichen Mittelmeer und

- siebtgrößte in Europa, für den sich die chinesische Staatsreederei Cosco 2016 eine Zweidrittelmehrheit gesichert hat.
- 6 Nach Angaben des International Institute for Strategic Studies (IISS) lag der Verteidigungshaushalt Chinas im Jahr 2021 bei nominell USD 207,3 Milliarden. Er soll weiter erhöht werden.
 - 7 Ministry of Foreign Affairs of the PRC: China's Position on the Political Settlement of the Ukraine Crisis, 2023-02-24, https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/202302/t20230224_11030713.html
 - 8 Literaturempfehlung dazu: Kirchberger, Sarah; Sinjen, Svenja; Wörmer, Nils (eds.): *Russia-China Relations. Emerging Alliance or Eternal Rivals?*, Cham (CH) 2022, Verlag Springer International Publishing.
 - 9 The White House, Washington: *National Security Strategy*, October 12, 2022, S. 23-25 sowie U.S. Department of Defense: *2022 National Defense Strategy*, Washington, October 27, 2022
 - 10 11. Juni 2022 in Singapur: "The Indo-Pacific is the U.S. center of gravity"
 - 11 Im Jahr 2022 kündigte er die „Wiedervereinigung“ mit Taiwan in einigen Jahren an, wenn nötig mit Gewalt.
 - 12 Siehe Kirchberger, Sarah: "Die Rolle und die strategische Entscheidung Chinas im Ukraine-Krieg", in: Hansen, Stefan; Husieva, Olha; Frankenthaler, Kira (Hrsg.): *Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine – Zeitenwende für die deutsche Sicherheitspolitik*, Baden-Baden 2023
 - 13 *National Security Strategy*, a.a.O., S. 22
 - 14 Siehe Brauß, Heinrich: *Der große Epochenbruch*, in: Mirow, Thomas (Hrsg.): *Wende in Europa: Ausblick auf eine neue Zeit, Bericht zur Lage der Nation 2022* der Deutschen Nationalstiftung, Hamburg 2022, S.88-90
 - 15 Literaturempfehlung dazu: Allen, John; Hodges, Ben; Lindley-French Julian: *Future War – Bedrohung und Verteidigung Europas*, München 2022.
 - 16 Gemeinsame strategische Handlungsfähigkeit der Europäer wird hier verstanden als die Summe der folgenden Faktoren: gemeinsame politische Positionen der europäischen Nationen; ökonomische und finanzielle Macht; Streitkräfte zum Schutz und zur Verteidigung Europas und die politische Wirkung ihrer Präsenz in anderen Regionen zum Schutz gemeinsamer Interessen; wesentliche rüstungsindustrielle Kapazitäten und die Vermeidung jeglicher einseitigen Abhängigkeit von Energie, Rohstoffen und Lieferketten von potenziell gegnerischen Mächten.
 - 17 Ähnlich wie die „Allied Command Europe Mobile Force (AMF)“ im Kalten Krieg, allerdings heute auch im Rahmen militärischer Krisenbewältigung außerhalb der NATO-Grenzen.
 - 18 NATO 2022 Strategic Concept, Madrid 30 June 2022, www.nato.int/strategic-concept/#StrategicConcept.

- 19 Auch daraus wird offensichtlich, von welcher zentraler Bedeutung Deutschland und eine voll einsatzfähige Bundeswehr für die Funktionsfähigkeit der NATO und die Verteidigung Europas sind.
- 20 Den Rahmen setzte die EU mit der Europäischen Globalstrategie von 2016: Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe – A Global Strategy for the European Union's Foreign and Security Policy, Brussels 2016.
- 21 Seit 2003 hat die EU im Rahmen ihrer GSVP mehr als 30 kleinere und mittlere zivile und militärische Einsätze in Europa, Afrika, dem Nahen Osten und in Asien durchgeführt.
- 22 Diese Capability Development Priorities umfassen elf Fähigkeitsfelder, die Land-, Luft- und Seestreitkräfte, Führung/Kommunikation, den Cyberraum und Welt- raum betreffen: Cyber Responsive Operations, Ground Combat Capabilities, Space-based Information and Communication Services, Enhanced Logistic and Medical Capabilities, Information Superiority, Naval Manoeuvrability; Under- water Control contributing to Resilience at Sea; Integration of Military Air Capa- bilities in a Changing Aviation Sector; Air Superiority; Cross-Domain Capabili- ties contributing to Achieving the EU's level of ambition; Air Mobility.
- 23 Dem dient der Coordinated Annual Review on Defence (CARD) der Europä- ischen Verteidigungsagentur. Alle zwei Jahre prüft sie, wie die EU-Staaten zur Implementierung der EU-Prioritäten beitragen. Der CARD-Bericht 2021 zeigt etliche Fähigkeitsfelder auf, auf denen sich mehrere EU-Staaten national engagie- ren und daher zusammenarbeiten könnten, in sechs „Focus Areas“: Main Battle Tank; Soldier System; European Patrol Class Surface Ship; Counter UAV/Anti- Access/Area Denial; Defence in Space; Enhanced Military Mobility. Alle diese Felder sind auch für die kollektive Verteidigung der NATO relevant.
- 24 Die intensiviertere Zusammenarbeit zwischen NATO und EU wurde durch in- zwischen drei „Gemeinsame Erklärungen“ (Joint Declarations) des Präsidenten des Europäischen Rats, der Präsidentin der Europäischen Kommission und des NATO-Generalsekretärs 2016, 2018 und vom Januar 2023 initiiert.
- 25 Beispielsweise Strategischer Lufttransport, amphibische Kräfte, Sanitätskräfte, Cyber-Abwehr, Aufklärung und weltraumgestützte Kommunikationssysteme.
- 26 Beispielsweise weitreichende Aufklärung, Unterdrückung feindlicher Luftab- wehr, weitreichende und zielgenaue Flugkörper, elektronischer Kampf und vor allem Abwehr ballistischer Raketen.
- 27 Für einen Überblick über „Military Mobility“ und den Handlungsbedarf siehe: Brauß, Heinrich; Hodges, Ben; Lindley-French, Julian: Moving Mountains for Europe's Defence, CEPA Military Mobility Project, Washington, D.C., March 2021.
- 28 Über zwei PESCO-Gruppen, dem von den Niederlanden geführten Projekt „Mi-

litary Mobility“ und dem von Deutschland geführten „Network of Logistic Hubs in Europe and Support to Operations“, sind etliche europäische Staaten bereits an diesem Projekt beteiligt. Inzwischen nehmen Kanada, Norwegen, die USA und jetzt auch Großbritannien teil – ein großes Plus, denn ihr besonderes Know-how ist unentbehrlich.

- 29 Die in diesem Abschnitt entwickelten Überlegungen verdankt der Autor Hinweisen und Anregungen von Brigadegeneral a.D. Martin Konertz, dem vormaligen Direktor Fähigkeiten, Bewaffnung und Technik der Europäischen Verteidigungsagentur in Brüssel.
- 30 In Europa gibt es 178 unterschiedliche Waffensysteme, in den USA 30; Kampfpanzer-Typen: 12:1; Kriegsschiffe: 40:5; Kampfflugzeuge: 16:7.
- 31 Zehn bis fünfzehn Jahre markieren die Zeitspanne, die für die Entwicklung und das Herstellen der Einsatzreife von komplexen Waffensystemen, die Anpassung der Streitkräftestrukturen und die notwendige militärische Ausbildung zu veranschlagen sind.
- 32 Der britische Verteidigungshaushalt macht ein Drittel der Summe der Verteidigungshaushalte der heutigen EU-Staaten aus.
- 33 Die Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestags, Frau Eva Högl, spricht von € 300 Mrd. und Verteidigungsminister Pistorius hat verschiedenen Medienberichten vom 1.3.2023 zufolge für das Herstellen der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zusätzlich zum Sonderfond eine jährliche Erhöhung des Verteidigungshaushalts von € 10 Mrd. gefordert.
- 34 Diese Ziele werden alle vier Jahre aktualisiert, ihre Implementierung alle zwei Jahre überprüft.
- 35 Siehe NATO/PDD – Defence Expenditure of NATO Countries (2014-2022), PR/CP (2022)105, 27 June 2022

Die NATO nach dem 24. Februar 2022: "The Euro-Atlantic Area is not at peace"¹

Jörg See

I. Einleitung

Mit Beginn des russischen Angriffs gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 ist der Krieg in einem bis vor kurzem kaum mehr vorstellbaren Ausmaß nach Europa zurückgekehrt. Ein Zustand, den man in Europa, insbesondere auch in Deutschland, nach dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr für möglich gehalten hatte.

Mehr als 20 Jahre lang wurde das Denken innerhalb der North Atlantic Treaty Organisation (NATO), das Denken über die NATO und das der nationalen Sicherheitspolitik in ihren Mitgliedsstaaten durch die Aufgaben des internationalen Krisenmanagements und der kooperativen Sicherheit dominiert. Die Befähigung der Allianz zur Abschreckung und Verteidigung („Deterrence and Defence“), konventionell wie auch nuklear, wurde als historisch weitgehend überholt, zumindest aber als eher unrealistisch betrachtet. Das Fundament der Allianz, die Verpflichtung zum gegenseitigen Beistand gegen einen gleichrangigen oder gar in Teilbereichen überlegenen Gegner nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrages, war politisch zwar noch gültig, die Ausrichtung der Allianz erfolgte aber entlang anderer Parameter: Einsätze wie in Afghanistan oder im Kosovo standen im Fokus politischer Überlegungen und militärischer Planungen. Die Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit war damit weder bestimmend für Strukturen, Entscheidungsprozesse, militärische Planungen, die Aufstellung und Ausrüstung von Streitkräften, noch für die Fähigkeitsentwicklung und insbesondere die Verteidigungsausgaben der Nationen.

Nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und der Besetzung von Gebieten im Osten der Ukraine im Jahr 2014 sollte diese Entwicklung dann erstmals korrigiert und die Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses wieder in den Fokus gerückt werden. Seit 2014 begann somit eine grundsätzliche Veränderung im Denken innerhalb der NATO, wurden viele Initiativen auf den Weg gebracht, die über die Gipfeltreffen in Wales, Warschau und Brüssel kontinuierlich und konsequent weiterentwickelt und fortgeschrieben wurden.

Vor dem Hintergrund des 24. Februar 2022 haben die Staats- und Regierungschefs der Allianz auf dem Gipfel in Madrid 2022 weitreichende Entscheidungen getroffen und die Grundausrichtung der Allianz auf politisch-strategischer Ebene für die kommende Dekade in einem neuen Strategischen Konzept festgelegt. Im Kern enthält dieses, in Folge der Entwicklungen seit 2014, ein klares Bekenntnis zur kollektiven Verteidigung und damit die Fokussierung auf „Deterrence and Defence“, bei gleichzeitiger Bestätigung der zwei weiteren Kernaufgaben („crisis prevention and management“ und „cooperative security“) sowie eine deutlichere Sprache zum Umgang mit China. Des Weiteren bestimmte der absehbare Beitritt Finnlands und Schwedens in die NATO die Tagesordnung in Madrid. Der Krieg und die damit verbundene Unterstützung der Ukraine durch die Mitgliedsstaaten der NATO, der Europäischen Union und vieler anderer Staaten mit Material, Waffen und Munition legt den weiteren Anpassungsbedarf innerhalb der NATO sowie die bestehenden Defizite und den dadurch ausgelösten Handlungsbedarf in nun noch schärferer Form offen. Die NATO und damit die Alliierten sind nun gehalten, sowohl die Neuausrichtung der Allianz, dies bedeutet die Umsetzung der Beschlüsse von Madrid, wie auch die Unterstützung der Ukraine, solange diese erforderlich ist, parallel nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern auch darüberhinaus mit Nachdruck weiter voranzubringen. Der Gipfel in Vilnius im Juli 2023 ist eine nächste wichtige Wegmarke, wengleich die Umsetzung der Beschlüsse von Madrid die NATO und deren Mitgliedsstaaten lange und weit darüber hinausgehend fordern wird.

Dieser Artikel soll die wichtigsten Entwicklungen der NATO seit 2014 unter besonderer Berücksichtigung der Entscheidungen in Madrid zur Stärkung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit und deren Implementierung auf dem Weg zum Gipfel in Vilnius und darüber hinaus skizzieren und erläutern. Der Artikel setzt dabei die Entwicklungen bewusst weitgehend in den Kontext zu Russland, um im gegebenen Rahmen die erforderliche Tiefenschärfe entwickeln zu können. Weitere zentrale Elemente innerhalb der 360-Grad-Ausrichtung der NATO, wie die Bedrohung durch internationale Terrorgruppen oder die aus Chinas Politik resultierenden Herausforderungen, werden in dieser Abhandlung daher nicht näher betrachtet. Dennoch sind sie Teil eines sich

Die Zeitenwende und deren Umsetzung werden in der Allianz intensiv und aufmerksam verfolgt, die Erwartungen sind hoch. Der Appell an die deutsche Verantwortung und der damit verbundenen Führungsrolle ist unüberhörbar, und dies nicht nur durch osteuropäische Alliierte. Hierin liegen für Deutschland Chance, Gestaltungsmöglichkeit und Verantwortung gleichermaßen.

weiterhin stark verändernden sicherheitspolitischen Umfelds, das die NATO politisch und militärisch immer weiter fordern wird.

Abschließend werden die Erwartungen der NATO, der Alliierten, an den deutschen Bündnispartner, der am 27. Februar 2022 eine außen- und sicherheitspolitische „Zeitenwende“ ausgerufen hatte, erörtert. Die Zeitenwende und deren Umsetzung werden in der Allianz intensiv und aufmerksam verfolgt, die Erwartungen sind hoch. Der Appell an die deutsche Verantwortung und der damit verbundenen Führungsrolle ist unüberhörbar, und dies nicht nur durch osteuropäische Alliierte. Hierin liegen für Deutschland Chance, Gestaltungsmöglichkeit und Verantwortung gleichermaßen. Die resultierenden Kernfolgerungen, insbesondere mit Blick auf Deutschland, können jedoch nur eine „Momentaufnahme“ sein, deren Gültigkeit von weiteren Entwicklungen, auch in der Ukraine, abhängen wird.

II. Die NATO seit Wales 2014 im Lichte eines immer aggressiver agierenden Russlands

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, welcher am 24. Februar 2022 mit lange vorbereiteten und großangelegten Operationen der russischen Streitkräfte begann oder vielmehr fortgesetzt wurde, kam für die Allianz, basierend auf einem sich entwickelnden guten Lagebild, nicht überraschend. In diesem Kapitel wird unter besonderer Berücksichtigung der Entscheidungen der Staats- und Regierungschefs der NATO seit dem Gipfel von Wales im Jahr 2014 aufgezeigt, dass die NATO bereits umfassend auf die zunehmend imperialistische wie revisionistische russische Machtpolitik reagiert hatte.

Aufbauend auf der Gipfelerklärung von Lissabon (2010) begrüßte die NATO noch in der Erklärung zum Gipfel von Chicago im Jahr 2012 Fortschritte in der Zusammenarbeit mit Russland und bekräftigte den Wunsch nach einer echten strategischen Partnerschaft.² Unter dem Eindruck des strategischen Schocks der illegalen russischen Annexion der Krim und der militärischen Interventionen in der Ostukraine im Jahr 2014 musste dies rückwirkend als Verkennung der russischen Absichten anerkannt werden. Die Staats- und Regierungschefs mussten feststellen, „dass die jahrelangen Versuche, Russland als Partner zu gewinnen, gescheitert waren“³ und das Vertrauen als eine der wichtigsten Kernvoraussetzungen für die partnerschaftliche Zusammenarbeit verloren gegangen war.⁴ Die NATO hatte sich nach mehr als 20 Jahren Konzentration auf friedenserhaltende und friedenschaffende Stabilisierungsoperationen nun

wieder auf ihre ureigene Aufgabe, den Schutz des Bündnisgebiets und die Verteidigung der eigenen Bevölkerungen, zu konzentrieren. Faktisch gezwungen durch die nunmehr unverkennbaren russischen Ambitionen zur Revision der Friedensordnung in Osteuropa galt es, den Wesenskern der NATO nach Artikel 5 des Nordatlantikvertrags wieder in den Vordergrund der Anstrengungen zu stellen. Dazu waren umfassende politische wie militärische Entscheidungen und Anpassungen zu treffen, um die „Rückkehr der Bündnisverteidigung als prioritäre Kernaufgabe“⁵ einzuleiten. Dieser Herausforderung hat sich die NATO seit dem Gipfel von Wales im Jahr 2014 umfassend und entschlossen gestellt. Zum einen wurde die praktische zivile und militärische Kooperation mit Russland ausgesetzt, gleichzeitig aber am politischen Dialog im NATO-Russland-Rat festgehalten. Zum anderen, und dieser Entwicklungsstrang ist zum Verständnis der Reaktion auf den 24. Februar 2022 entscheidend, wurde ab 2014 eine umfassende Stärkung und Anpassung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeiten eingeleitet und diese über die nachfolgenden Gipfelentscheidungen konsequent fortgesetzt.⁶

In Wales wurde hierzu zunächst der Readiness Action Plan (RAP) verabschiedet, dessen zwei Säulen, die Rückversicherung der östlichen Alliierten und die Einleitung einer langfristigen Anpassung an das veränderte Sicherheitsumfeld, richtungsweisend für die Entwicklung der NATO bis zum 24. Februar 2022 sein sollten. Kern war eine Verdreifachung der NATO Response Force (NRF) auf etwa 40000 Soldatinnen und Soldaten. Teil der verstärkten NRF wurde die Very High Readiness Joint Task Force (VJTF), die in Teilen bereits binnen weniger Tage abmarsch- und in der Folge einsatzbereit sein muss. Um den schnellen Einsatz und die Führung dieser Kräfte zu ermöglichen, wurde die Erstellung von Vorausplänen beauftragt. Es galt, den regionalen Besonderheiten an der Ostflanke durch die Übertragung auch regionaler Verantwortung gerecht zu werden. Für die Verteidigung des Baltikums wurde diese Aufgabe an das Multinationale Korps Nordost in Stettin übertragen. Dass ein solch strategischer Richtungswechsel nicht ohne die erforderlichen Ressourcen erreicht werden konnte, wurde bereits im Rahmen des NATO-Gipfels in Wales offensichtlich. Mit dem „Defence Investment Pledge“ (DIP) von Wales wurde die politische Selbstverpflichtung, den Trend fallender Verteidigungsausgaben umzukehren, und – vereinfacht ausgedrückt – das Ziel etabliert, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung aufzuwenden, davon mindestens 20 Prozent für Investitionen.⁷ Die Erfüllung dieser Selbstverpflichtung ist bis heute eine zwingende Voraussetzung für eine erfolgreiche Anpassung an das veränderte Sicherheitsumfeld in Europa geblieben. Es ist auch ein Lackmus-

test des politischen Willens zur Entwicklung einer glaubhaften militärischen Abschreckung und Verteidigung sowie unverzichtbares Fundament der dazu erforderlichen militärischen Anpassung. Dies galt und gilt auch weiterhin besonders für die schnelle Bereitstellung der dazu erforderlichen einsatzbereiten Kräfte.

Angeichts der anhaltenden Besetzung der Krim und des russischen Agierens in der Ostukraine, verstärkter russischer Übungstätigkeit an der NATO-Ostflanke und im Schwarzen Meer sowie der steigenden russischen Militärpräsenz in Syrien wurde rasch ersichtlich, dass die Beschlüsse von Wales wohl nicht



Neben der uneingeschränkten Solidarität mit der Ukraine gaben die NATO-Mitgliedstaaten nach dem russischen Angriff vom 24. Februar 2022 die Aktivierung der NATO-Verteidigungspläne sowie weitere Verstärkungen für die NATO-Ostflanke bekannt. Im Bild: Soldaten des 2nd US Cavalry Regiment im Einsatz in Rumänien

ausreichen, um die Sicherheitsinteressen aller Alliierten zu wahren. Auf dem Gipfel von Warschau im Jahr 2016 wurden die bereits getroffenen Maßnahmen komplementiert. Zentraler Beschluss war die Etablierung einer NATO-Präsenz an der östlichen Bündnisgrenze. In Estland, Lettland, Litauen und Polen wurde je ein rotierender, multinationaler Gefechtsverband etabliert. Diese Verbände demonstrierten auch den klaren Willen der Allianz zur kollektiven Verteidigung des Bündnisgebiets. Dieser Schritt trat insbesondere einer raschen Verfügbarkeit russischer Kräfte im Baltikum bei gleichzeitig vergleichsweise großen Aufmarschentfernungen der NATO-Kräfte unter erschwerender Berücksichtigung der russischen „Anti-Access/Area Denial (or A2/AD)“-Fähigkeiten⁸ in Kaliningrad entgegen. Ergänzend zu diesen „enhanced Forward Presence Battlegroups“ wurde für den Südosten der Allianz eine „tailored Forward Presence“ entwickelt, um den regionalen Besonderheiten (geografisch und politisch) besser Rechnung zu tragen.⁹ Gleichzeitig wurde entschieden, dass zur Begegnung der russischen Bedrohung

fortan schwere, für das hochintensive Gefecht gerüstete Fähigkeiten und Kräfte benötigt würden.¹⁰ Diese Entscheidung führte bereits 2017 zu einer grundlegenden Veränderung der Zielvorgaben an die Nationen für die weitere Entwicklung ihrer Streitkräfte.

Dieser eingeschlagene Weg wurde auch in den Folgejahren fortgesetzt. Die Gipfel in Brüssel in den Jahren 2018 und 2021 maßen der Erhöhung der Einsatzbereitschaft in der Breite („across all domains“) durch die „NATO Readiness Initiative“¹¹ sowie der logistischen Unterstützung und damit der Ermöglichung der schnellen Verlegung und Verstärkung von Kräften im gesamten Bündnisgebiet eine immer größere Bedeutung bei. Unter dem Eindruck zunehmender hybrider Operationen gegen Alliierte, wie Cyberangriffe und Desinformationskampagnen, wurde dies durch weitere Maßnahmen, wie die Erklärung des Cyberraums und des Weltraums zu eigenen Bereichen der militärischen Operationsführung („operational domains“ wie Land, See und Luft) oder die Verpflichtung der Alliierten zur Stärkung ihrer Resilienz nach Artikel 3 des NATO-Vertrags flankiert.¹² Es wurde zunehmend deutlicher, dass die Bedrohung durch Russland ein „new normal“ darstellte. Dies führte zunächst zur Verabschiedung einer neuen NATO-Militärstrategie im Jahr 2019. In der Folge wurden die Handlungsstränge zu „Deterrence and Defence“ in einem umfassenden, durch den Supreme Allied Commander Europe (SACEUR) entwickelten, Gesamtkonzept für Abschreckung und Verteidigung im Euro-Atlantischen Raum zusammengefasst und durch die Staats- und Regierungschefs im Jahr 2021 zur Umsetzung gebilligt. Diese konzeptionellen Überlegungen bilden seither das Fundament für die Stärkung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der Allianz und sind Treiber insbesondere, aber nicht nur, für die militärischen Arbeitsstränge der Allianz.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Russlands Politik der gewaltsamen Veränderung von Grenzen und der etablierten Friedensordnung in Europa wurde durch die Staats- und Regierungschefs der NATO scharf kritisiert und führte zu weitreichenden Entscheidungen und Weichenstellungen. Die NATO hat daraufhin und infolge der russischen Aggression gegen die Ukraine im Jahr 2014 bereits eine Neuausrichtung auf politischer wie militärischer Ebene eingeleitet. Viele Einzelmaßnahmen wurden seit 2014 getroffen, kontinuierlich angepasst und erweitert. Diese bildeten die Grundlage der in der Folge dargestellten Reaktion der NATO auf die großangelegte russische Aggression gegen die Ukraine. Militärisch ging und geht es dabei insbesondere um die schnelle Verfügbarkeit von einsatz- und kampfbereiten Kräften sowie die Entwicklung dazu erforderlicher Fähigkeiten. Der Fokus hatte sich damit bereits wieder zunehmend von Rückversicherung auf Abschreckung und kollektive Verteidigung verlagert. Im Lichte des russischen Krieges gegen die Ukraine galt es, den bislang eingeschlagenen Weg konsequent fortzusetzen.

III. Der 24. Februar 2022, dessen Auswirkungen auf den Gipfel von Madrid und der weitere Weg zum Gipfel in Vilnius 2023

Aufbauend auf den dargelegten Anpassungen zur Stärkung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der Allianz wird dieses Kapitel die unmittelbaren Reaktionen der NATO auf den russischen Angriff gegen die Ukraine seit Februar 2022 sowie die Entscheidungen des Gipfels von Madrid vom Juni 2022 in den Vordergrund stellen. Ein zentrales Element der Erörterung ist die katalysierende Wirkung des Angriffs auf die Re-Fokussierung der Allianz auf die Kernaufgabe der kollektiven Verteidigung auf dem Weg nach Vilnius.

Bereits im Frühjahr 2021 hatte die russische Armee mit der Zusammenziehung von mehr als 100000 Soldaten an der Grenze zur Ukraine eine besorgniserregende Drohkulisse aufgebaut, die sich auch in stark intensivierter Übungstätigkeit widerspiegelte. In der Rückschau eine Vorbereitung dessen, was sich ab Herbst 2021 wiederholen und dann im Februar 2022 zur bitteren Realität werden sollte. Die NATO hatte diese Entwicklungen früh erkannt und vor den russischen Plänen gewarnt. Mit seinem Angriff operationalisierte Russland seine ursprünglich gegen die NATO gerichtete Strategie, welche

In der Rückschau kann man schon jetzt festhalten, dass Putin bislang in mehrfacher Hinsicht falsch kalkuliert hat: Er hat die russische militärische Stärke überschätzt, und er hat die Stärke und den Verteidigungs- und Widerstandswillen der Ukraine sowie die politische Geschlossenheit der NATO, der Europäischen Union, und damit der westlichen Staaten- und Wertegemeinschaft, unterschätzt.

zwei sich gegenseitig bedingende Faktoren beinhaltet, die den Gegner vor ein Dilemma stellen sollen: Zum einen baute Russland gegenüber der Ukraine ein überlegenes konventionelles militärisches Dispositiv auf, zum anderen bemühte es sich, frühzeitig eine nukleare Drohkulisse gegenüber der NATO und insbesondere den europäischen Alliierten zu etablieren, um so nach einem „fait accompli“, erzielt durch einen raschen, erfolgreichen militärischen Angriff, eine entschlossene Reaktion

der westlichen Staatengemeinschaft auszuschließen. Das übergeordnete Ziel dieser Strategie war die internationale Isolation der Ukraine durch Abschreckung der Allianz oder einzelner Alliierten, um damit den Ausschluss militärischer Optionen gegen Russland auf Seiten der NATO zu erreichen.¹³

In der Rückschau kann man schon jetzt festhalten, dass Putin bislang in mehrfacher Hinsicht falsch kalkuliert hat: Er hat die russische militärische Stärke überschätzt, und er hat die Stärke und den Verteidigungs- und Widerstandswillen der Ukraine sowie die politische Geschlossenheit der NATO, der Euro-

päischen Union, und damit der westlichen Staaten- und Wertegemeinschaft, unterschätzt. Die NATO hatte sich, wie im vorangegangenen Kapitel dargestellt, bereits zusehends auf eine Bedrohung dieser Art vorbereitet und agierte seit Kriegsausbruch entschlossen entlang vorskizzierter Linien: Verstärkung der Truppen an der östlichen Bündnisgrenze, um mit konventionellen Kräften ein „fait accompli“ auf NATO-Territorium zu verhindern, Ausbau der staatlichen und gesellschaftlichen Resilienz gegen Cyber-Angriffe und Desinformationskampagnen sowie Entgegnung und Entkräftung der russischen nuklearen Rhetorik.

Nachdem der Nordatlantikrat bereits unmittelbar am Morgen des russischen Angriffs am 24. Februar 2022 getagt und weitreichende Entscheidungen getroffen hatte, trafen sich die Staats- und Regierungschefs der NATO Mitgliedsstaaten am Folgetag virtuell und verurteilten die russische Invasion auf das Schärfste. Neben der uneingeschränkten Solidarität mit der Ukraine gaben sie die am Vortag beschlossene Aktivierung der NATO-Verteidigungspläne sowie weitere Verstärkungen für die NATO-Ostflanke bekannt.¹⁴ Erste Verstärkungen der NATO-Kontingente im östlichen Bündnisgebiet waren bereits im Zuge des russischen Truppenaufmarsches eingeleitet und umgesetzt worden. Die Einigkeit und Geschlossenheit der NATO zur Verteidigung des Bündnisgebiets waren dabei zentral. Binnen weniger Wochen unterstanden mehr als 40000 Soldatinnen und Soldaten direktem NATO-Kommando, darunter vier neue multinationale Gefechtsverbände in der Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Die NATO hatte, aufbauend auf den Beschlüssen und Maßnahmen der vergangenen Jahre, eindrucksvoll unterstrichen, dass sie geeint und bereit ist, ihre Bevölkerungen zu schützen und jeden Zentimeter des Bündnisgebiets entschlossen zu verteidigen; die Allianz zeigte sich zudem resilient gegenüber russischen Destabilisierungsversuchen.

Unter dem Eindruck der unübersehbaren, zweifelsfrei machtpolitischen Ziele Moskaus und damit der Bedrohung nicht nur der NATO-Staaten an der Ostflanke bedurfte die bisherige Anpassung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der NATO einer weiteren, intensivierten und rasch einzuleitenden Überprüfung, um die NATO noch besser auf künftige Herausforderungen vorzubereiten. Der russische Angriff wirkte daher katalysierend auf den bereits eingeschlagenen Reformprozess und unterstrich die Notwendigkeit, inhaltliche und zeitliche Anpassungen möglichst rasch und ganzheitlich vorzunehmen, d.h. in der Führungs- und Kommandostruktur, der Bereitstellung von Kräften, der NATO-Streitkräftestruktur, insbesondere an der Ost-

flanke, und all dies eingebunden in neue Verteidigungspläne für die verschiedenen Regionen des Bündnisgebiets. Der Gipfel von Madrid 2022 und seine Beschlüsse bekamen damit für die NATO eine historische Dimension, welche es seitdem auf dem Weg zum Gipfel von Vilnius und weit darüber hinaus zu operationalisieren und vor allem zu implementieren gilt.

Der Gipfel von Madrid zeigte, dass die NATO geeint, handlungsfähig und bereit ist, die sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit anzunehmen. Er ist in vielerlei Hinsicht von herausragender Bedeutung für die künftige Ausrichtung und Aufstellung der NATO. Die ambitionierte Gipfelagenda dominierten Themen wie das neue Strategische Konzept, der möglichst rasche Beitritt Finnlands und Schwedens zur NATO, die Unterstützungsleistungen für die Ukraine sowie insbesondere die neue Grundausrichtung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit. Einverständnis bestand auch über die Notwendigkeit, bis zum Gipfel in Vilnius über eine neue Ausrichtung der Verteidigungsausgaben zu entscheiden, um so der geänderten sicherheitspolitischen Realität Rechnung tragen zu können.¹⁵

Das neue Strategische Konzept benennt Russland als das, was es ist: die bedeutendste und unmittelbarste Bedrohung für Frieden und Stabilität im euroatlantischen Raum.¹⁶ Mit dem Strategischen Konzept wurden die Anpassungsmaßnahmen seit 2014, welche auf militärischer

Das neue Strategische Konzept benennt Russland als das, was es ist: die bedeutendste und unmittelbarste Bedrohung für Frieden und Stabilität im euroatlantischen Raum.

Seite bereits mit zahlreichen Initiativen und Maßnahmen zur Stärkung der eigenen „Deterrence and Defence“ begonnen wurden, nun durch die Staatsoberhäupter und Regierungschefs als Richtschnur der NATO für die nächste Dekade verankert.

Die erörterte und im Strategischen Konzept dargelegte Bedrohungsanalyse gibt dabei den notwendigen Rahmen vor.

Der am 4. April 2023 erfolgte Beitritt Finnlands zur NATO und die zukünftige Mitgliedschaft von Schweden sind bei den Überlegungen zur Stärkung der Allianz von großer Bedeutung. In beiden Ländern hatten sich die öffentliche Meinung und die politische Lagebeurteilung rasch und stark verändert, so dass sie im Mai 2022 einen Antrag auf Beitritt zur NATO stellten. Bereits der Beitritt Finnlands ist für die NATO politisch wie militärisch ein Gewinn. Zwar hat sich hierdurch die Grenze der NATO zu Russland um mehr als 1300 km verlängert, jedoch würde durch den nun hoffentlich in Bälde erfolgenden Bei-

tritt Schwedens Nord- bzw. Nordosteuropa zu einem kohärenten Raum, welcher bis auf den Oblast Kaliningrad und das Gebiet um Sankt Petersburg unter dem Schutz der NATO stünde. Beide Länder verfügen über beträchtliche militärische Fähigkeiten, welche bereits in recht hohem Maße, bedingt durch jahrzehntelange Zusammenarbeit bei Übungen und in Einsätzen, NATO-Standards entsprechen, interoperabel sind und dadurch für Finnland schnell in die bestehenden NATO- Pläne und -Strukturen integriert wurden bzw. im Falle Schwedens dies schnell vollzogen werden kann. Gleichwohl bedarf es in beiden Nationen weiterer Anstrengungen, insbesondere in der Fähigkeitsentwicklung, die bereits intensiv besprochen wurden. Finnland wie auch Schweden lassen keinen Zweifel an ihrem Willen, dies konsequent umzusetzen.

Die weitere Ausgestaltung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der NATO lässt sich zum besseren Verständnis in ein vereinfachtes Format bringen: **5 plus 1 plus 1**. Im Kern geht es darum (1) eine erweiterte, dauerhafte Präsenz von Kräften an der Ostflanke der Allianz zu gewährleisten, (2) ein neues Streitkräftemodell (NATO Force Model, NFM) zu etablieren und mit Kräften zu hinterlegen, (3) die NATO-Führungs- und Kommandostrukturen weiter entsprechend anzupassen, (4) eine Neuausrichtung der Verteidigungspläne, strategisch und regional, zu ermöglichen und diese mit den im NFM bereitgestellten Kräften zu verbinden sowie dazu (5) den weiter gestiegenen Anforderungen entsprechende, einsatzbereite („warfighting-capable“) und durchhaltefähige militärische Fähigkeiten zu entwickeln. Diese Elemente werden durch eine glaubhafte nukleare Abschreckung (plus 1) sowie durch die Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Ressourcen (plus 1) in einem überarbeiteten Defence Investment Pledge zu flankieren sein.

Dem Üben der schnellen strategischen Verlegung von Großverbänden, gerade der Landstreitkräfte, zur schnellen Verstärkung der NATO-Kräfte an der Ostflanke kommt eine besondere Bedeutung zu.

Unter dem Eindruck der furchtbaren Gräueltaten, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Zerstörungen in den besetzten Gebieten in der Ukraine wurde offensichtlich, dass es gerade den östlichen Bündnispartnern auf eine Schwerpunktverlagerung von Abschreckung zu Verteidigung ankommt. Mit Blick auf die riesigen durch russische Truppen eroberten Landflächen in der Ukraine aus dem Blickwinkel kleinerer Staaten, besonders im Baltikum, ist dies eine mehr als nachvollziehbare Forderung. Daher gilt es, besonders der Option einer schnellen russischen Landnahme von NATO-Gebiet entgegenzuwirken. Vor diesem Hintergrund beschloss die NATO, weitere Truppen an ihre

Ostflanke zu verlegen. Kern dieser Überlegungen ist die rasche Verstärkung der insgesamt acht multinationalen Gefechtsverbände zu jeweils einer Brigade, wenn und wo dies erforderlich ist. Es gilt aber genauso, die Bereitstellung von weiteren Fähigkeiten, wie insbesondere der Luftverteidigung voranzutreiben. Eine gestärkte „Posture“ erfordert aber auch die Planung und Durchführung von streitkräftegemeinsamen Operationen in Ausbildung und Übungen sowie die Vorausstationierung von militärischer Ausrüstung, Großgerät und Munition. Dem Üben der schnellen strategischen Verlegung von Großverbänden, gerade der Landstreitkräfte, zur schnellen Verstärkung der NATO-Kräfte an der Ostflanke kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Des Weiteren sind dafür Voraussetzungen in den Gastgeber- wie auch in den Entsendeländern zu schaffen. Diese reichen von ausreichenden Transportmitteln bis hin zu infrastrukturellen Voraussetzungen, wie etwa erforderliche Ver- und Entladekapazitäten, Lager zur Unterbringung übender Truppen oder auch Depots zur geschützten Lagerung von Material und Munition. Mit der Implementierung dieser zahlreichen Maßnahmen verbessert die NATO die Befähigung zur Abschreckung und Verteidigung. Maßnahmen, die es jetzt vorzubereiten gilt.

Zentraler Baustein und sicher auch die größte An- und Herausforderung für die Allianz ist das neue NFM, welches die Streitkräfte der NATO in drei neue, nach ihrer Einsatzbereitschaft abgestufte Kategorien („Tiers“) organisieren wird, die bereits mit dem Ende des Gipfels in Madrid öffentlich skizziert wurden.¹⁷ Die Anforderungen an die Nationen sind hoch, aber zwingend erforderlich. In den Tiers werden umfangliche Fähigkeiten und Kräfte in allen Dimensionen (Land-, Luft- und Seestreitkräfte sowie Cyber-Abwehr) gefordert, welche mit 10 Tagen (Tier 1) bzw. 30 Tagen (Tier 2) einer sehr kurzen Reaktionszeit unterliegen. Weitere Streitkräfte aller NATO-Nationen werden in abgestufter Reaktionszeit bis zu 180 Tagen im Tier 3 zusammengefasst. Durch die Aufstellung und die Bündelung von Kräften mit sehr kurzer Reaktionszeit verwehrt die NATO Russland die Möglichkeit eines begrenzten Angriffs auf NATO-Territorium und erfüllt somit den politischen Auftrag des Schutzes des gesamten Bündnisgebiets. Gleichzeitig ist beabsichtigt, die NRF mit ihrer Speerspitze der VJTF in eine neue, schnelle, auf 360-Grad-Einsatz ausgerichtete Eingreiftruppe zu überführen. Die Allianz erhöht damit in einem erheblichen Umfang ihre schnell verfügbaren und in hoher Einsatzbereitschaft vorgehaltenen Kräfte. Diese Fähigkeiten und Kräfte müssen in Gänze ausgerüstet, ausgebildet und in den genannten Abstufungen schnell einsatzbereit sein. Dies ist anspruchsvoll und insbesondere auch kostenintensiv. Die Nationen sind aufgerufen, bis zum Gipfel von Vilnius ihre Beiträge für die entsprechenden Tiers anzuzeigen.

Die Bedrohungsanalyse zeigt auch, dass es gilt, die Reform der Führungs- und Kommandostruktur der NATO von 2017 weiter anzupassen, und dies so rasch wie möglich. Ziel ist eine einfache, klare, einheitliche und kriegstaugliche Führungsstruktur. Die Staats- und Regierungschefs haben daher SACEUR beauftragt, zum Gipfel von Vilnius einen Vorschlag zu den zukünftigen „Command and Control“-Beziehungen seines Verantwortungsbereichs vorzulegen. Die NATO betrachtet dabei ihre eigene Kommandostruktur und die Hauptquartiere und Stäbe der durch die Nationen gestellten NATO-Streitkräftestruktur ganzheitlich. Ziel ist es, eine Führungs- und Kommandostruktur so zu gestalten, dass diese den Verteidigungsplänen und damit den strategischen bis taktischen Erfordernissen Rechnung trägt. Diese erfordern eine Struktur, die sich primär an der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit ausrichtet. Die in den Tiers beschriebenen Fähigkeiten und Kräfte der Nationen sollen dann den Hauptquartieren zugeordnet werden. Damit würden bruchfreie Übergänge vom Frieden bis zum Krieg geschaffen, die operativ notwendigen Zeitlinien gehalten und dem Grundsatz „übe, wie Du kämpfst“ Rechnung getragen.

Fähigkeiten und Kräfte sowie die dazugehörige klare und kriegstaugliche Führungs- und Kommandostruktur werden entscheidende Komponenten der neuen NATO-Verteidigungsplanungen sein. SACEUR und seine operativen und taktischen Kommandeure erhalten dadurch die zur Abschreckung und, wenn erforderlich, zur Verteidigung benötigten Kräfte bereits im Frieden planerisch zugewiesen. Dies ermöglicht den NATO-Befehlshabern, sich im Frieden mit „ihren“ Verbänden intensiv auf einen möglichen Krieg vorzubereiten und ihre „Truppe“ zu kennen. Die Einheiten und Verbände, gerade der Landstreitkräfte, kennen ihre Aufträge, die Einsatzräume und damit verbundene Besonderheiten, wissen um die Absicht ihrer NATO-Kommandeure, kurz: Die Grundbedingungen für einen hohen Einsatzwert werden geschaffen. Die Gesamtheit aller Maßnahmen wird dazu führen, dass die NATO zeitnah über an die neue Sicherheitslage angepasste Verteidigungspläne für das gesamte Bündnisgebiet verfügen und damit, falls erforderlich, „jeden Zentimeter der Allianz verteidigen“¹⁸ wird. In diesem Prozess gilt es, neben einer klaren militärischen Logik auch die notwendige politische Überzeugungsarbeit in den kommenden Monaten zu leisten. Nur wenn dies gelingt, werden aus konzeptionellen Überlegungen auch tatsächlich wirksame und kriegstaugliche Strukturen und Prozesse, die dem schwierigen sicherheitspolitischen Umfeld nachhaltig Rechnung tragen.

Die NATO braucht zur Erfüllung dieser enormen Auftragsfülle breite wie moderne Fähigkeiten und Streitkräfte in allen Dimensionen. Hochtechnologien

sche, innovative Fähigkeiten haben ihre Berechtigung gleichrangig neben schweren gepanzerten Kräften. Die Verteidigungsminister der Allianz haben im Februar 2023 neue politische Leitlinien für die Streitkräfteplanung und -entwicklung festgelegt, die ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Masse und Modernisierung fordern. Die Streitkräfteplanung wird wieder deutlich stärker an den Erfordernissen der Verteidigungspläne ausgerichtet. Der Schwerpunkt wird zukünftig primär auf der Bereitstellung derjenigen militärischen Fähigkeiten liegen, die zur Ausführung der Verteidigungspläne erforderlich sind. Im Detail bedeutet dies für den Alliierten Oberbefehlshaber in Europa – auch bereits identifizierte erste Folgerungen aus dem russischen Angriffskrieg zie-

Auf dem Gipfel in Madrid bekräftigten die Staats- und Regierungschefs der Alliierten den Grundsatz, dass die NATO so lange ein nukleares Bündnis bleiben wird, wie es Atomwaffen gibt. Die nukleare Abschreckung ist nach wie vor unverzichtbar für die Erhaltung des Friedens und die Abschreckung jeglicher Aggression.

hend – vor allem die Notwendigkeit, einem konventionellen, mit Panzerarmeen ausgestatteten Feind mit ebenbürtigen, zum Gefecht der verbundenen Waffen befähigten, Kräften über einen unbestimmten Zeitraum entgegenzutreten und dabei strategische Fähigkeiten wie Cyber- und Informationsoperationen als unterstützende Elemente einzusetzen. Für General Christopher Cavioli ist diese „hard power“ am Ende als „the great irreducible feature of

warfare“ eine unumstößliche Realität, auf die sich die NATO vorzubereiten hat.¹⁹ Ein ausgewogener Mix aus Modernisierung und Masse ist auch deswegen folgerichtig, weil mit Präzision Massenarmeen zwar geschlagen werden können, dies aber Zeitgewinn unter der Aufgabe von Raum voraussetzt, eine Möglichkeit, die für die Allianz politisch ausgeschlossen ist. Als weitere schlagende Argumente seien an dieser Stelle ferner die russischen Verluste von circa 2000 Kampfpanzern und der durchschnittliche Verbrauch der russischen Invasoren von über 20000 Artilleriegeschossen pro Tag genannt. Grundvoraussetzung für eine funktionierende Abschreckung und Verteidigung bleibt damit auch eine leistungsfähige Rüstungsindustrie, eingebettet in politische Rahmenbedingungen, die das ermöglicht.²⁰

Die genannten Handlungslinien werden, wie bereits skizziert, durch zwei wesentliche Felder, die nukleare Abschreckung sowie die Bereitstellung ausreichender finanzieller Ressourcen, ergänzt. Russland hat seit Beginn der Krise öffentlich mit dem Einsatz von Nuklearwaffen gedroht und hierdurch versucht, die westliche Unterstützung für die Ukraine einzudämmen. Dies hat deutlich gemacht, dass Abschreckung und Verteidigung immer auch eine nukleare Komponente beinhalten müssen. Auf dem Gipfel in Madrid bekräftigten

die Staats- und Regierungschefs der Alliierten daher den Grundsatz, dass die NATO so lange ein nukleares Bündnis bleiben wird, wie es Atomwaffen gibt. Die nukleare Abschreckung ist nach wie vor unverzichtbar für die Erhaltung des Friedens und die Abschreckung jeglicher Aggression. Die strategischen nuklearen Kräfte des Bündnisses, insbesondere die der Vereinigten Staaten, bleiben unverändert der oberste Garant für die Sicherheit des Bündnisses. Die unabhängigen strategischen nuklearen Kräfte des Vereinigten Königreichs und Frankreichs nehmen eine eigenständige Abschreckungsrolle wahr und tragen zur Sicherheit des Bündnisses insgesamt bei. Die in Europa stationierten amerikanischen Nuklearwaffen sowie die nationalen Beiträge einiger Europäer, einschließlich Deutschlands, an Kampfflugzeugen mit dualer Einsatzfähigkeit (in nuklearer und konventioneller Rolle) für den NATO-Auftrag der nuklearen Abschreckung sind ebenso von zentraler Bedeutung.²¹

In der Gipfelerklärung von Madrid bekräftigten die Alliierten ihre Absicht, die in Wales 2014 eingegangene Selbstverpflichtung zur Steigerung der Verteidigungsausgaben zu erfüllen. Darüber hinaus beschlossen sie, in Vilnius im Juli 2023, aufbauend auf den bisherigen Verpflichtungen, über eine Nachfolgevereinbarung zu beraten, mit dem Ziel ein „neues DIP“ zu verabschieden.²² Trotz eines deutlichen Anstiegs der Verteidigungsausgaben in acht aufeinanderfolgenden Jahren, ist aus Sicht der NATO bereits jetzt klar, dass selbst zwei Prozent kaum ausreichen werden, um weiterhin eine glaubwürdige Abschreckung und Verteidigung umfassend gewährleisten zu können. Angesichts des Schreckens des russischen Angriffskriegs machten mehrere Alliierte sogar bereits sehr deutlich, zukünftig ihre Ausgaben auf wesentlich mehr als die vereinbarten zwei Prozent zu erhöhen.²³

Alle NATO-Nationen sind aufgerufen, schnell zu investieren, zu beschaffen und die Ressourcen und Fähigkeiten bereitzustellen, die zur Erfüllung der Kernaufgabe Abschreckung und Verteidigung und auch zur andauernden Unterstützung der Ukraine, erforderlich sind.

Im Bereich der Munitionsbewirtschaftung insbesondere, aber auch mit Blick auf die Fähigkeit zur kurz- und mittelfristigen Verbesserung der Ausrüstung der Streitkräfte der Allianz insgesamt legen die aktuellen Entwicklungen die Versäumnisse der Vergangenheit schonungslos offen. Ein anhaltender Beschaffungsrückstau nach Jahren der Friedensdividende in den nationalen Haushalten zeigt²⁴, dass die bislang bereitgestellten finanziellen Ressourcen nicht ausgereicht haben und die nationalen Prozesse die erkannten Defizite nicht annähernd ausgleichen konnten. Verschärft wird die Lage durch die wei-

terhin notwendigen Lieferungen von militärischer Ausrüstung und Munition an die Ukraine. Ein Kampf, den die Ukraine auch für die Verteidigung europäischer Sicherheit und einhergehender Werte führt, und der nur so erfolgreich fortgeführt werden kann. Die Erfüllung dieser parallelen Forderungen ist für viele Alliierte ein schmerzhafter, aber letztlich alternativloser Weg. Verteidigungsinvestitionen sind „Investment“ in die Sicherheit aller Alliierten: „cash underpins everything“. Dieser Aspekt wird die Diskussionen auf dem Weg nach Vilnius besonders prägen. Alle NATO-Nationen sind aufgerufen, schnell zu investieren, zu beschaffen und die Ressourcen und Fähigkeiten bereitzustellen, die zur Erfüllung der Kernaufgabe Abschreckung und Verteidigung und auch zur andauernden Unterstützung der Ukraine erforderlich sind.

Die NATO hat auf dem Gipfel von Madrid politisch geschlossen auf die durch die russische Aggression entstandenen Herausforderungen reagiert, Entscheidungen zur Neuausrichtung ihrer Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit getroffen und setzt diese seitdem umfassend um. Der Gipfel von Vilnius ist dabei eine wichtige Wegmarke, die Implementierung wird noch weit darüber hinaus weitergehen sowie die erforderliche Kraft und den Willen dazu erfordern. In Madrid hat die NATO über das „was“ entschieden, in Vilnius wird es um das weitere „wie“ gehen. Das skizzierte Format „5 plus 1 plus 1“ gilt es nun zu gestalten und umzusetzen. Diese Elemente sind zwingende Voraussetzungen zur Realisierung einer glaubhaften Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit – eine Aufgabe, die parallel zur Unterstützung der Ukraine zu leisten sein wird. Dies ist eine immense Aufgabe, welche keinen weiteren Aufschub duldet. Alle Alliierten, aber vor allem die großen Nationen in der NATO, damit auch insbesondere Deutschland, sind aufgerufen, jetzt entsprechend zu handeln und somit die Voraussetzungen für eine gestärkte Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit zu schaffen.

IV. Erwartungshaltung der NATO – Deutschland in der Zeitenwende

Deutschland kommt aufgrund seiner kontinentalen geographischen Lage, seiner Größe, seiner Bevölkerungszahl und insbesondere seiner wirtschaftlichen Stärke eine wichtige und gewichtige Rolle in der NATO zu. Im Jahr 2022 hat Deutschland diese Rolle, verbunden mit einem klaren Führungsanspruch, in der viel beachteten Rede zur „Zeitenwende“ des Bundeskanzlers vom 27. Februar skizziert und insbesondere in der Grundsatzrede zur Nationalen Sicherheitsstrategie der damaligen Verteidigungsministerin vom 12. September 2022 klar und unmissverständlich artikuliert.²⁵ Dies erfordert entscheidende deut-

sche Beiträge und Gestaltungswillen. Eine deutsche Führung ist damit entlang aller im vorangegangenen Kapitel skizzierten Handlungslinien auf dem Weg nach Vilnius, und darüber hinaus, erforderlich.

Eine führende, mit Mitteln und Taten hinterlegte deutsche Rolle in der Allianz wird auch durch die geopolitischen Veränderungen, die aus dem wirtschaftlichen und vor allem militärischen Aufstieg Chinas resultieren, unumgänglich. Deutschlands, so der neue Verteidigungsminister Boris Pistorius, „wichtigster Verbündeter“²⁶, die USA, hat in seiner nationalen Sicherheitsstrategie seine Schwerpunktsetzung im Indo-Pazifik erneut bestätigt.²⁷ Auch vor diesem Hintergrund werden die Europäer in Zukunft militärisch deutlich mehr leisten müssen. Deutschland als Europas Wirtschaftsmacht Nummer Eins ist dabei besonders gefordert. Die im Weißbuch formulierte „Bündnisolidarität [als] Teil deutscher Staatsräson“²⁸ gebietet förmlich, zur Sicherheit aller Alliierten, aber auch im ureigenen sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands zu handeln und der NATO einsatzbereite Streitkräfte bereitzustellen. Nur so kann die deutsche Ambition, den durch das Grundgesetz vorgegebenen Verfassungsauftrag zur Verteidigung der Bundesrepublik durch entscheidende Beiträge zur Bündnisverteidigung zu gewährleisten, erfüllt werden.²⁹

In der Implementierung der Entscheidungen des Madrider Gipfels ist Deutschland dabei in vielen Bereichen, wie der Stärkung der NATO-Präsenz an der Ostflanke, bereits in Vorleistung getreten oder hat angekündigt, mit erheblichen Beiträgen das neue NFM zu alimentieren. Das NATO-Konzept für den potenziellen Aufwuchs des enhanced Forward Presence Gefechtsverbandes in Litauen zu einer Brigade wurde durch Deutschland führend ausgestaltet.³⁰ Die Umsetzung begann unmittelbar nach dem Madrid-Gipfel. Deutschland wird nun zusammen mit seiner „Host Nation“ Litauen den Aufwuchs der Brigade weiter auszudefinieren und insbesondere durch Ausbildung und Übungen mit Leben zu füllen haben. Insgesamt werden diese Maßnahmen zu einer rotierenden Erhöhung der Präsenz deutscher Kräfte, im Verbund mit seinen Partnern, in Litauen führen. Parallel dazu muss sich Deutschland, über Landstreitkräfte hinausgehend, auch auf weitere



Die weitere Ausgestaltung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der NATO sieht vor, eine erweiterte, dauerhafte Präsenz von Kräften an der Ostflanke der Allianz zu gewährleisten. Im Bild: In Litauen richtet die Bundeswehr bei einer Übung einen vorgeschobenen Gefechtsstand ein, der die Aufnahme einer Kampfbrigade für den Bedrohungsfall vorbereitet.

Forderungen in anderen Dimensionen einstellen. Für die baltischen Staaten hat beispielsweise die Stärkung ihrer Fähigkeiten zur Luftverteidigung eine zentrale Bedeutung. Die Erwartungen unserer östlichen Partner, insbesondere der baltischen Staaten mit Litauen an der Spitze, an Deutschland sind hoch.

Die Forderungen des NFM und die Integration dieser Kräfte in die NATO-Verteidigungsplanung werden für alle Mitgliedsstaaten wie auch für die Bundeswehr Herausforderung wie Chance zugleich sein. Die Implementierung dieser Maßnahmen wird die Streitkräfte zweifelsohne stark fordern und belasten, da mit den eingegangenen Verpflichtungen eine bedeutsame Erhöhung der ständigen Einsatzbereitschaft der designierten Einheiten und Verbände aller Dimensionen erforderlich sein wird. Der Bundeskanzler hatte dazu auf dem Gipfel in Madrid bereits die Bereitstellung einer gepanzerten Division mit 15000 Soldaten, bis zu 20 Schiffe und bis zu 60 Flugzeuge angekündigt.³¹ Die Alliierten erwarten, dass Deutschland vor allem einsatzbereite Großverbände der Landstreitkräfte gerade auch in den Kategorien Tier 1 und 2 bereitstellt. Die Divisionen und Brigaden des Heeres müssen dabei umfänglich über die geforderten Fähigkeiten zur Kampf-, Einsatz- und Führungsunterstützung verfügen sowie mit den Alliierten interoperabel sein. Binnenstrukturen der Bundeswehr mit der Aufteilung dieser Fähigkeiten auf verschiedene Organisationsbereiche spielen aus Sicht der NATO für die durch Deutschland bereits eingegangenen Verpflichtungen keine Rolle. Deutschlands Alliierte erwarten die Bereitstellung von nach NATO-Vorgaben aufgestellten und einsatzbereiten Kräften. Die zeitlichen Vorgaben für die Bereitstellung und damit zur Verlegung in potentielle Einsatzgebiete, damit für Deutschland insbesondere an der Ostflanke, sind mehr als fordernd und übersteigen die bisherige Anforderungen der Kräftebindung durch die VJTF in Quantität und Qualität um ein Vielfaches. Zusätzlich sind durchgehend leichte Kräfte des Heeres und weitere Beiträge anderer Dimensionen für die neue Eingreiftruppe notwendig, welche insbesondere für Einsätze zur Abschreckung und Verteidigung an der Peripherie des Bündnisses zur Verfügung stehen müssen, aber auch für das internationale Krisenmanagement.

Deutschland will und muss sich auch aktiv an der Neuausrichtung der Führungs- und Kommandostruktur beteiligen. Aus NATO-Sicht sind für die neuen Strukturen die Überlegungen und Anforderungen des SACEUR entscheidend, wie er sich die NATO-Führungsstrukturen von der militär-strategischen Ebene bis zu den taktischen Großverbänden vorstellt, um die Verteidigungspläne konsequent umzusetzen. Für die folgenden politischen Entscheidungen

zur Gestellung dieser Hauptquartiere sollte mitberücksichtigt werden, dass die Nationen dann auch die notwendigen „Enabler“ für die jeweilige Führungsebene maßgebend bereitzustellen haben. Dies ist mit Blick auf Landstreitkräfte besonders kräfteintensiv und betrifft insbesondere die Fähigkeiten, die bereits jetzt schon vielfach nur eingeschränkt verfügbar, nicht vorhanden oder nur mangelhaft ausgestattet sind. Das gilt u. a. für die indirekte Feuerunterstützung und die erforderlichen Logistikkräfte. Die skizzierten Anforderungen an Deutschland sind anspruchsvoll und kostenintensiv, aber sie sind letztlich nicht neu. Alle NATO-Fähigkeitsziele seit 2017, welche bereits die Re-Fokussierung auf die Kernaufgabe kollektive Verteidigung reflektierten, wurden durch Deutschland akzeptiert. Diese beinhalteten vor allem die Bereitstellung zur Bündnisverteidigung von „warfighting-capable“ Großverbänden der Landstreitkräfte sowie aber auch umfangreiche Beiträge der Luftwaffe und Marine bis 2031. Aufgrund der bekannten wie andauernden Unterfinanzierung der Bundeswehr und auch damit verbundener Verzögerungen in der Beschaffung konnten viele der zur Erreichung des Zieles notwendigen Zwischenschritte nicht vollzogen bzw. mussten teils deutlich auf der Zeitachse nach rechts verschoben werden. Schlagzeilen wie „Bundeswehr-Ausrüstung: Trotz Sondervermögen weiter blank“³², „Die Bundeswehr braucht dringend Munition“³³ oder „Anführer einer nackten Truppe“³⁴ zeugen von diesen Verzögerungen und verdeutlichen das Ausmaß dieser Aufgabe für die deutsche Politik und die Bundeswehr.

Verschärft wird diese Situation durch die notwendige wie alternativlose militärische Unterstützung für die Ukraine, welche noch über eine unbestimmte Zeit erforderlich sein wird. Die parallelen Erfordernisse zur Ausrüstung der NATO-Streitkräfte einerseits und Unterstützung für die Ukraine andererseits treffen dabei auf eine europäische Rüstungsindustrie, die nach Jahrzehnten der Abrüstung und des Einfahrens der „Friedensdividende“ zunächst nur eingeschränkt auf kurzfristige und zugleich umfangreiche Bedarfe reagieren kann, sowie auf Beschaffungsprozesse, die bislang offensichtlich nicht auf die erforderliche Geschwindigkeit ausgelegt sind. Die NATO hatte bereits ihren mittel- bis langfristigen Bedarf eindeutig formuliert und misst den Fragen zur Erhöhung industrieller Kapazitäten, gerade in aktuellen Debatten, eine herausragende Rolle bei. Der NATO-Verteidigungsplanungsprozess bildet die Grundlage zur Erstellung eines langfristigen Bedarfs. Die Regierungen der Alliierten, und damit auch Deutschland, sind gehalten, die eingegangenen Verpflichtungen jetzt in langfristige Verträge mit der Industrie zu übersetzen und die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, einschließlich der erforder-

derlichen langfristigen finanziellen Hinterlegung, um so den Aufbau von Produktionskapazitäten als Grundlage umfangreicher Beschaffungen zu ermöglichen. Deutschland hat aus Sicht der NATO hierzu bereits wichtige erste Schritte eingeleitet. Nur so kann das existierende Delta schnell geschlossen werden. Eine Aufgabe, die die Bundeswehr allerdings allein nicht bewältigen kann. Es kommt nun auf eine dauerhafte Aufstockung des Verteidigungsetats

Die Alliierten erwarten angesichts des andauernden Krieges in der Ukraine und der erfolgten Ankündigungen, dass die größte Volkswirtschaft Europas nun mit Priorität ihre NATO-Fähigkeitsziele beschleunigt erfüllt.

auf mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und, parallel dazu, die an den bestehenden und durch Deutschland akzeptierten NATO-Prioritäten ausgerichtete Umsetzung des Sondervermögens in Höhe von 100 Milliarden Euro an. Die bestehenden und bereits zugesagten Verpflichtungen setzen den dazu erforderlichen Rahmen. Mit Blick auf die absoluten

Zahlen wird Deutschland – bei Einhaltung der Versprechen – den mit Abstand größten Verteidigungshaushalt in Europa haben. Der formulierte Anspruch des Bundeskanzlers zum Ausbau der Bundeswehr „zum Grundpfeiler der konventionellen Verteidigung in Europa und zur am besten ausgestatteten Streitkraft in Europa“³⁵ im Rahmen der NATO ist damit durchaus realistisch wie aus Sicht der NATO gleichermaßen wünschenswert sowie erforderlich.³⁶ Die Experten für Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Claudia Major und Göran Swistek, mahnen dennoch an, dass Deutschland dazu „klug“ investieren muss. Für sie geht es dabei um nichts weniger, als dass „Deutschland sein Bekenntnis zur NATO praktisch untermauert.“³⁷ Die Alliierten erwarten angesichts des andauernden Krieges in der Ukraine und der erfolgten Ankündigungen, dass die größte Volkswirtschaft Europas nun mit Priorität ihre NATO-Fähigkeitsziele beschleunigt erfüllt und damit die angekündigten Beiträge zur Abschreckung und Verteidigung zeitgerecht und einsatzbereit ab 2025 bereitstellt. Dies ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit Deutschlands.

V. Folgerungen und Ausblick

Die NATO hat ihre „Zeitenwende“ bereits 2014³⁸ eingeleitet und über die Jahre bis zum erneuten russischen Angriff im Februar 2022 stetig vorangetrieben, verbessert und eine klare Idee zu ihrer Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit entwickelt. Dementsprechend gut war sie als Organisation auf die furchtbaren Entwicklungen in der Ukraine und deren Implikationen vorbereitet und gewappnet. Die Prozesse innerhalb der NATO und vor allem in ihren

Mitgliedsstaaten erfuhren durch den russischen Großangriff auf die Ukraine seit dem 24. Februar 2022 in jeglicher Hinsicht eine Beschleunigung. Gleichzeitig wurden die Mängel in der Ausrüstung und Bevorratung kriegsentscheidender Fähigkeiten und Munition schonungslos offengelegt. Gerade auch in Deutschland mussten lange hoch gehaltene Grundsätze, wie das selbstaufgelegte Verbot der Waffenlieferung in Krisen- und Kriegsgebiete, überdacht und eine Rückbesinnung auf die Notwendigkeit zur militärischen Stärke als Garant für Frieden und Freiheit eingeleitet werden.

Die umfassende und rasche Umsetzung der Entscheidungen von Madrid wird allen Nationen Entschlossenheit, Mut, Initiative, Kreativität sowie das Setzen von auch unbequemen Prioritäten abverlangen. Dabei kommen auf Deutschland weitreichende Anforderungen zu. Anforderungen, die nur gemeinsam, ressortübergreifend und mit einem starken politischen Willen geschultert werden können.

Mit der Rückkehr des Krieges nach Europa ist die Gefahr einer direkten, großen militärischen Bedrohung für die Demokratien Europas zurück und dies schneller, als bisherige Bewertungen das vielleicht angenommen hatten. Die NATO-Zeitenwende hatte damit im späten Februar 2022 auch Deutschland erreicht. Zu Recht stellte der Bundeskanzler auf dem Gipfel von Madrid fest, dass die „Bedeutung der NATO so groß wie lange nicht“³⁹ sei. Die Allianz hat in Madrid einen klaren Fokus auf die kollektive Verteidigung gelegt und mit ihrem neuen Strategischen Konzept der Fähigkeit zur Abschreckung und Verteidigung eine entscheidende Rolle zugewiesen. Die umfassende und rasche Umsetzung der Entscheidungen von Madrid wird allen Nationen Entschlossenheit, Mut, Initiative, Kreativität sowie das Setzen von auch unbequemen Prioritäten abverlangen.

Dabei kommen auf Deutschland weitreichende Anforderungen zu. Anforderungen, die nur gemeinsam, ressortübergreifend und mit einem starken politischen Willen geschultert werden können. Die Rückbesinnung und das Verständnis von Landes- und Bündnisverteidigung als gesamtstaatliche Aufgabe von Verfassungsrang gilt es gezielt zu verwirklichen und damit die Resilienz Deutschlands zu stärken. Dahingehend sind Planungen, Strukturen und Verfahren zu prüfen und, wo erforderlich, zu ändern. Es sind letztlich selbst auferlegte Prozesse und Verfahren. Diese können und müssen aufgrund der sicherheitspolitischen Lage geändert werden, denn “The Euro-Atlantic Area is not at peace”.

Die Zeitlinien und die Fähigkeit Russlands zur umfassenden Rekonstitution seiner militärischen Machtmittel stellen in dieser Lagebeurteilung eine der

größten Unbekannten dar. Damit ergibt sich ein Zeitfenster für die NATO, das es nun entschieden zu nutzen gilt. Entscheidungen zur Einleitung von Veränderungen sind jetzt zu treffen. Deutschland und die Bundeswehr müssen dazu wesentlich beitragen und auch neue Wege gehen. Die Neugestaltung des Verhältnisses zur Industrie ist dabei wohl ein wesentlicher Bestandteil. Deutschland muss, um die Lücken in Ausrüstung und Munition der Bundeswehr einerseits und andererseits diejenigen, die durch die militärische Hilfe für die Ukraine entstehen, schließen zu können, innovativ und entschlossen agieren. Der nun eingeschlagene Reformprozess ist folgerichtig, von zentraler Bedeutung und bedarf einer raschen und umfassenden Fortschreibung und Umsetzung. Welche Reformen es am Ende im Einzelnen sein werden, die den Erfolg bringen, ist aus Sicht der NATO eher nachrangig und liegt in nationaler Verantwortung. Der durch die NATO und seine Mitgliedsstaaten gesetzte politische Rahmen ist klar.

Zum Autor: Generalmajor Dipl.-Pol. Jörg See ist seit Mai 2019 als Stellvertreter der Beigeordneten Generalsekretär für Verteidigungspolitik und Streitkräfteplanung im Hauptquartier der NATO in Brüssel eingesetzt. Vor seiner derzeitigen Verwendung war er Kommandeur der Panzerbrigade 12 „Oberpfalz“. Generalmajor See ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Hinweis des Verfassers: Die geäußerten Ansichten sind die des Autors und spiegeln nicht unbedingt die Meinung der NATO wider.

Anmerkungen

- 1 NATO: NATO 2022. Strategic Concept. Adopted by Heads of State and Government at the NATO Summit in Madrid, 29.06.2022, S. 7.
- 2 NATO: Gipfelerklärung von Chicago, 20.05.2012, Paragraphen 36 und 37, <https://nato.diplo.de/blob/2203122/c852157bbe4006e5bf79f26c746cb94f/erklaerung-der-staats--und-regierungschefs-2012-chicago-data.pdf>, Zugriff am 18.01.2023.
- 3 Brauß, Heinrich: NATO 2030. Erfahrung, Herausforderung, Zukunft, Berlin, Deutsche Atlantische Gesellschaft, 2021, S. 6.
- 4 NATO: Wales Summit Declaration, Press Release (2014) 120, 05.09.2014, Paragraph 21.
- 5 Major, Claudia: Die Rolle der NATO für Europas Verteidigung. Stand und Optionen zur Weiterentwicklung aus deutscher Perspektive. Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP-Studie 25), 2019, S. 7.
- 6 Für eine Übersicht über wichtige Beschlüsse zur NATO-Anpassung seit 2014 vgl. auch Palmer, Diego A. Ruiz: A Strategic Odyssey. Constancy of Purpose and

- Strategy-Making in NATO, 1949-2019. NDC Research Paper No. 03/2019, Rom, S. 96ff.
- 7 Vgl. NATO: Wales Summit Declaration, Paragraphen 8ff.
 - 8 A2/AD ist eine „military strategy to control access to and within an operating environment
 - 9 Vgl. NATO: Warsaw Summit Declaration, Press Release (2016) 100, 09.07.2016, Paragraphen 40f.
 - 10 Brauß, Heinrich: NATO beyond 70. Renewing a culture of readiness, International Centre for Defence and Security, Tallinn, 2018, S. 8.
 - 11 “From within the overall pool of forces, Allies will offer an additional 30 major naval combatants, 30 heavy or medium manoeuvre battalions, and 30 kinetic air squadrons, with enabling forces, at 30 days’ readiness or less. They will be organised and trained as elements of larger combat formations, in support of NATO’s overall deterrence and defence posture.” NATO: Brussels Summit Declaration, Press Release (2018) 074, 11.07.2018, Paragraph 14.
 - 12 NATO: Brussels Summit Declaration, Press Release (2021) 086, 14.06.2021, Paragraph 6c.
 - 13 Vgl. zur Strategie Russlands und Handlungsoptionen der NATO Brauß, Heinrich: NATO. The current challenge, in: Schmitt, Gary J: Assessing the Defence Capabilities of key US Allies and Security Partners, Strategic Studies Institute, US Army War College, 2020, S. 196ff.
 - 14 NATO: Statement by NATO Heads of State and Government on Russia’s attack on Ukraine, Press Release (2022) 046, 25.02.2022.
 - 15 NATO: Madrid Summit Declaration, Press Release (2022) 095, 29.06.2022.
 - 16 “The Russian Federation is the most significant and direct threat to Allies’ security and to peace and stability in the Euro-Atlantic area.” NATO: NATO 2022. Strategic Concept. S. 8.
 - 17 Vgl. NATO: New NATO Force Model, 29.06.2022, https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2022/6/pdf/220629-infographic-new-nato-force-model.pdf, Zugriff am 08.02.2023.
 - 18 NATO: Madrid Summit Declaration. Paragraph 9.
 - 19 Vgl. Cavioli, Christopher G.: SACEUR Remarks at Rikskonferensen, Sälen, 09.01.2023.
 - 20 Vgl. ebd.
 - 21 Vgl. NATO: NATO 2022. Strategic Concept. S. 3 u. 21ff.
 - 22 NATO: Madrid Summit Declaration. Paragraph 19.
 - 23 Vgl. Turner, Patrick: Ploughshares into Swords – NATO Spending Must Rise, <https://cepa.org/article/ploughshares-into-swords-nato-spending-must-rise/>, Zugriff am 19.01.2023.

- 24 verwiesen wird nur auf den Beschaffungsrückstau
- 25 Die Bundesregierung. Regierungserklärung von Bundeskanzler Olaf Scholz am 27. Februar 2022, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/regierungserklaerung-von-bundeskanzler-olaf-scholz-am-27-februar-2022-2008356>, Zugriff am 24.01.2023 und Lambrecht, Christine: Grundsatzrede zur Sicherheitsstrategie: Streitkräfte wieder in den Fokus rücken, 12.09.2022, <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/grundsatzrede-zur-sicherheitsstrategie-5494864>, Zugriff am 24.01.2023.
- 26 ZDF online: 19.01.2023, <https://www.zdf.de/phoenix/phoenix-vor-ort/phoenix-usa-unser-wichtigster-verbuendeter-100.html>, Zugriff am 20.01.2023.
- 27 The White House: National Security Strategy, S. 23ff.
- 28 Die Bundesregierung: Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr 2016, S. 49.
- 29 Vgl. Bundesministerium der Verteidigung: Broschüre Auftrag Landes- und Bündnisverteidigung, Berlin, 2020, S. 13.
- 30 Vgl. u.a. www.bundeswehr.de: Bündnisverteidigung, Verteidigungsministerin stellt Kernelement deutscher Brigade für Litauen in Dienst, 08.10.2022, <https://www.bundeswehr.de/de/aktuelles/meldungen/kernelement-brigade-litauen-einsatzbereit-5508542>, Zugriff am 24.01.2023.
- 31 Die Bundesregierung: Kanzler beim Gipfel in Madrid. Bedeutung der NATO so groß wie lange nicht, 30.06.2022, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/sicherheit-und-verteidigung/nato-gipfel-madrid-2057778>, Zugriff am 24.01.2024.
- 32 Metzger, Nils: Sondervermögen ohne Wirkung: Bundeswehr bei Ausrüstung weiter blank, ZDF online, 23.11.2022, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/bundeswehr-zeitenwende-sondervermoegen-munition-ukraine-krieg-100.html>, Zugriff am 20.01.2023.
- 33 Spiegel online: Die Bundeswehr braucht dringend Munition – doch so schnell geht das nicht, 28.11.2022, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/munitions-gipfel-im-kanzleramt-so-schnell-geht-das-nicht-a-61a020b2-5ce4-49e2-bfb8-3b8b9a3a36e7>, Zugriff am 20.01.2023.
- 34 Jungholt, Thorsten: Pistorius und die Bundeswehr. Anführer einer nackten Truppe, in: Die Welt, 22.01.2023, <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus243340745/Pistorius-und-die-Bundeswehr-Anfuhrer-einer-nackten-Truppe.html>, Zugriff am 24.01.2023.
- 35 Scholz, Olaf: Rede bei der Bundeswehrtagung, Berlin, 16.09.2022; <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/rede-von-bundeskanzler-scholz-bei-der-bundeswehrtagung-am-16-september-2022-2127078>, Zugriff am 28.02.2023.
- 36 Ähnlich äußerte sich auch Verteidigungsminister Boris Pistorius: „Deutschland

ist die größte Volkswirtschaft in Europa, deswegen sollte es auch unser Ziel sein, die stärkste und am besten ausgestattete Armee in Europa zu haben“, in Bild am Sonntag, 24.01.2023, <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/verteidigungsminister-pistorius-exklusiv-sein-schneller-ukraine-plan-82633792.bild.html>, Zugriff am 24.01.2023.

- 37 Major, Claudia, Swistek, Göran. Die NATO nach dem Gipfel von Madrid. Nordeinrichtung, neues Strategisches Konzept und militärische Neuaufstellung, Berlin, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP Aktuell Nr. 49), 2022, S. 7.
- 38 Vgl. dazu auch Brauß, Heinrich: NATO 2030. S. 6.
- 39 Die Bundesregierung: Kanzler beim Gipfel in Madrid. Bedeutung der NATO so groß wie lange nicht, 30.06.2022, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/sicherheit-und-verteidigung/nato-gipfel-madrid-2057778>, Zugriff am 24.01.2024.

Ein „regionaler“ Krieg mit globalen Auswirkungen: Der Ukraine-Krieg und seine sicherheitspolitischen Folgen in Ostasien

Oliver Corff

Einleitung

Der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf sein Nachbarland Ukraine am 24. Februar 2022 führte in Deutschland drastisch zur verspäteten Erkenntnis, dass die als solche bezeichnete Friedensdividende vom Ende des Kalten Krieges längst aufgebraucht ist. Deutschland steht damit vor einem ganzen Bündel neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen von globalen Dimensionen, die sowohl die bestehenden Bündnisse als auch Deutschland als Einzelstaat vor historische Herausforderungen der Erkenntnis und des Handelns stellt. Russlands Überfall richtet sich nicht nur gegen die Ukraine, sondern unmittelbar gegen das

Deutschland steht damit vor einem ganzen Bündel neuer sicherheitspolitischer Herausforderungen von globalen Dimensionen.

Prinzip staatlicher Souveränität und stellt somit einen fundamentalen Angriff auf die Grundlagen der regionalen und globalen Sicherheitsarchitektur dar.

Schauen wir auf Ostasien, so stellen wir fest, dass auch dort die bestehenden Sicherheitsarchitekturen infrage gestellt oder sogar offen herausgefordert werden. Die VR China ruft zwar nach einer diplomatischen Lösung des Ukraine-Krieges, stellt sich aber mit ihrer revisionistischen Außenpolitik offen auf die Seite Russlands. China betont außerdem immer stärker auch mit militärischen Mitteln seinen Anspruch auf Taiwan. Nordkorea nutzt die Zuspitzung der internationalen Sicherheitslage für die Verabschiedung einer neuen Nuklearstrategie und die Erreichung entscheidender Fähigkeiten im Bereich ballistischer Flugkörper. Alle drei Staaten haben die Ablehnung einer regelbasierten internationalen Ordnung zum politischen Programm gemacht und pflegen ein gemeinsames Feindbild mit den USA und deren Bündnisstrukturen im Zentrum. Weiterhin deuten zumindest zwei der drei Staaten in ihren jeweiligen Nukleardoktrinen an, Kernwaffen auch im Falle eines nichtnuklearen Konfliktes einsetzen zu können, während neue und multilaterale Rüstungskontrollmechanismen zur Zeit in weiter Ferne liegen. Der scheinbar regionale Krieg zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine kann somit als exponiertestes Ereignis einer weltweiten Erosion der in der Charta der Vereinten Nationen kodifizierten Prinzipien des Völkerrechts gedeutet werden. Japan

reagiert auf das regional zugespitzte Sicherheitsumfeld mit der um ein Jahr vorgezogenen Veröffentlichung einer neuen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie, erhöht massiv seinen Verteidigungshaushalt und ruft, in Analogie zum Wort von Bundeskanzler Scholz, ebenfalls eine Zeitenwende aus.

China und Russland: eine Interessengemeinschaft mit widersprüchlicher Historie, ungleichen Machtverhältnissen und gemeinsamem Feindbild

In einem knappen Dreivierteljahrhundert haben die Beziehungen der VR China mit der UdSSR sowie ihrem Rechtsnachfolger, der Russischen Föderation, einige bemerkenswerte fundamentale Richtungswechsel durchlaufen. War die UdSSR in den Gründungsjahren der VR China zunächst der zentrale internationale Partner, der China massiv unterstützte, so kam es schon 1960 zum bilateralen Zerwürfnis. Die bereits mit sowjetischem Knowhow begonnene Entwicklung von Kernwaffen setzte China nach dem Abzug sowjetischer Spezialisten aus eigener Kraft fort und wurde im Oktober 1964 die fünfte Atommacht. Die Beziehungen zur UdSSR verschlechterten sich weiter, bis es 1969 zum Ussuri-Zwischenfall¹ kam. Nur wenig fehlte zum Ausbruch eines nuklearen Krieges. Das chinesisch-sowjetische Zerwürfnis war mitursächlich für die Annäherung Chinas an die USA 1972 und die daraus resultierende Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA 1979. Der Zusammenbruch der UdSSR 1991 wurde in Peking genauestens analysiert; eine der Lehren für die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) bestand in der Annahme eines systematischen volkswirtschaftlichen Entwicklungsmodells, kombiniert mit dem Konzept der Comprehensive National Power, das einseitige Entwicklungsdefizite erkennen und vermeiden helfen sollte. Mit dem Zusammenbruch der UdSSR endete auch das chinesisch-sowjetische Zerwürfnis. Aus der ehemaligen Weltmacht UdSSR war nun eine Regionalmacht geworden, die für China keine ernsthafte Bedrohung mehr darstellt, wie auch die regionale und organisatorische Neuaufstellung der Volksbefreiungsarmee (VBA) seit 2016 anschaulich macht. In der Neuaufstellung sind die Landstreitkräfte nicht mehr die dominante Teilstreitkraft, sondern der enorme Aufwuchs der Marine der VBA illustriert anschaulich, dass China sich jetzt auch als Seemacht versteht.

Aus der ehemaligen Weltmacht UdSSR war nun eine Regionalmacht geworden, die für China keine ernsthafte Bedrohung mehr darstellt.

Die Russische Föderation wurde zum bedeutenden Energie- und Rohstofflieferanten Chinas, hat aber gemessen an China mit nur einem Zehntel der Bevölkerung an volkswirtschaftlicher Produktivkraft nur wenig Gewicht und damit geringe wirtschaftliche Einflussmöglichkeiten gegenüber China. Lediglich der Rüstungssektor Russlands ist für China, auch im Lichte des seit 1989 bestehenden Waffenembargos der EU, von größerem Interesse. Darüber hinaus besteht mit Russland, insbesondere im Kontext der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (gegründet 2001) eine zunehmend engere militärische Zusammenarbeit, obwohl China immer wieder seine bündnisfreie Sicherheitspolitik betont.

Seit dem Amtsantritt von Xi Jinping 2013 und der Neuausrichtung der Volksbefreiungsarmee verstetigen sich die Kontakte der Streitkräfte beider Länder, es werden regelmäßig große Übungen der Land- und Seestreitkräfte abgehalten. In ihren sicherheitspolitischen Aussagen bezeichnen beide Staaten die USA, die NATO und den Westen immer offener als Bedrohung ihrer Außen- und Sicherheitspolitik. Mit Blick auf die Breite der Kooperation legt die VR China Wert darauf, dass es sich bei China und Russland nicht um Verbündete handele, sondern sie weit mehr als [nur] Verbündete seien.²

Den aktuellen Höhepunkt haben die bilateralen Beziehungen im Februar 2022 erreicht. Im Vorfeld der Olympischen Winterspiele unterzeichneten Xi Jinping und Putin während Putins Besuch in Peking am 4. Februar 2022 die „Gemeinsame Erklärung der Volksrepublik China und der Russischen Föderation zu internationalen Beziehungen und nachhaltiger globaler Entwicklung in einer neuen Ära“³. Zur Einordnung dieser Überschrift ist zu sagen, dass unter Entwicklung das Entwicklungsmodell zu verstehen ist, wie es in der Satzung der KPCh definiert ist, während die „neue Ära“ als „Amtszeit Xi Jinpings“ lesbar ist. In der Präambel dieser Gemeinsamen Erklärung fordern beide Staaten dazu auf, das Recht jedes Volkes auf eine souveräne Wahl seines Entwicklungsweges sowie die Souveränitäts-, Sicherheits- und Entwicklungsinteressen jedes Staates zu respektieren. Beide Staaten betrachten sich als „Großmächte mit herausgehobener Geschichte und einer demokratischen Tradition, die in den Entwicklungserfahrungen von 1000 Jahren verwurzelt ist“⁴. Die zentralen sicherheitspolitischen Aussagen finden sich im Abschnitt 3. So heißt es dort in Absatz 2:

„Beide Seiten bekräftigen, dass sie die Kerninteressen, die nationale Souveränität und die territoriale Integrität der jeweils anderen Seite nachdrücklich unter-

stützen und eine Einmischung externer Kräfte in die inneren Angelegenheiten beider Länder ablehnen.“

In Abschnitt 3, Absatz 6 heißt es:

„Beide Seiten sind der Auffassung, dass einzelne Länder, militärisch-politische Bündnisse oder Koalitionen direkt oder indirekt nach einseitigen militärischen Vorteilen streben, [...] den geopolitischen Wettbewerb verschärfen und eine übertriebene antagonistische Konfrontation verfolgen, was die internationale Sicherheitsordnung ernsthaft untergräbt und die globale strategische Stabilität gefährdet. Beide Seiten sprechen sich gegen die weitere Ausdehnung der NATO aus und fordern die NATO auf, ihre Ideologie aus der Zeit des Kalten Krieges aufzugeben, die Souveränität, Sicherheit und Interessen anderer Länder sowie die Vielfalt der Zivilisationen, der Geschichte und der Kultur zu respektieren und die friedliche Entwicklung anderer Länder objektiv und fair zu betrachten.“

Die VR China positioniert sich mit diesem Teil der Erklärung als sicherheitspolitischer Akteur, dessen Geltungsanspruch bis nach Europa reicht.

Die VR China positioniert sich mit diesem Teil der Erklärung als sicherheitspolitischer Akteur, dessen Geltungsanspruch bis nach Europa reicht. Im nächsten Satz des gleichen Absatzes wird der Fokus auf den Pazifik gelegt:

„Beide Seiten lehnen den Aufbau eines geschlossenen Bündnissystems und die Schaffung von Konfrontationen in der asiatisch-pazifischen Region ab und sind sich der negativen Auswirkungen der von den USA verfolgten Indo-Pazifik-Strategie auf Frieden und Stabilität in der Region bewusst.“

In Absatz 7 werden „die Kernwaffenstaaten“ (ohne namentliche Präzisierung) aufgefordert, die außerhalb ihrer Grenzen stationierten Kernwaffen abzubauen. Die „schrakenlose Entwicklung globaler Raketenabwehrsysteme“ wird missbilligt. Der erste Satz richtet sich gegen das Konzept der nuklearen Teilhabe, der zweite Satz richtet sich gegen Raketenabwehrsysteme (BMD – Ballistic Missile Defense) wie THAAD (in Südkorea) und AEGIS (in Japan). In Absatz 9 heißt es:

„Beide Seiten bringen ihre große Besorgnis über die Einrichtung der trilateralen Sicherheitspartnerschaft (AUKUS) zwischen den Vereinigten Staaten, dem

Vereinigten Königreich und Australien zum Ausdruck, insbesondere über die Zusammenarbeit in Bereichen, die die strategische Stabilität betreffen, wie z.B. atomgetriebene U-Boote, die ihrer Ansicht nach dem Ziel der Gewährleistung der Sicherheit und der nachhaltigen Entwicklung des asiatisch-pazifischen Raums zuwiderläuft und die Gefahr eines Wettrüstens in der Region verschärft, was ein ernsthaftes Risiko der Verbreitung von Kernwaffen mit sich bringt.“

Absatz 12 lautet:

„China versteht und unterstützt den russischen Vorschlag, eine rechtsverbindliche langfristige Sicherheitsgarantie für Europa zu schaffen.“

Mit dieser Aussage übernimmt China verbatim einen Sprechpunkt Russlands, der kurz vor dem Beginn der Invasion in die Ukraine von Seiten Russlands als „Gesprächsangebot“ ultimatив eingefordert wurde. Es folgen dann noch weitere Übernahmen verschiedener Sprechpunkte russischer Desinformation, auf deren Wiedergabe an dieser Stelle verzichtet wird. Es muss aber auf eine eigentümliche Asymmetrie der Gemeinsamen Erklärung hingewiesen werden: Während 56 Aussagen im Namen beider Parteien getroffen werden, macht Russland vier unilaterale Aussagen zugunsten Chinas (u. a. verpflichtet es sich zur Ein-China-Politik und unterstützt das chinesische Konzept einer „Schicksalsgemeinschaft der Menschheit“). China gibt hingegen nur zwei Aussagen zugunsten Russlands ab; zuerst den eben zitierten Satz 1 von Absatz 12; in Abschnitt 4, Absatz 2 äußert China eine positive Bewertung der „Bemühungen der russischen Seite zur Förderung eines gerechten und multipolaren Systems der internationalen Beziehungen.“

Trotz all der zitierten Bekenntnisse zu Souveränität und Nichteinmischung hat China bis heute die Invasion Russlands nicht verurteilt. Stattdessen rief eine Sprecherin des Außenministeriums der VR China bereits am 24. Februar 2022 zur „friedlichen Lösung des Konfliktes“ auf und bezeichnete die USA mit ihren Waffenlieferungen⁵ als zentralen Akteur, der „Öl in die Flammen gieße“⁶. Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Li Zhanshu, betonte am 08. September 2022 anlässlich seines Besuches bei Wjatscheslaw Wiktorowitsch Wolodin, Sprecher der Staatsduma, dass China Russlands Sorgen und Position umfassend verstehe und das Streben der USA nach weltweiter Vormachtstellung einer der Gründe für die Ukraine-Krise sei.⁷

Auch in der chinesischen Pressemitteilung zum Gespräch zwischen Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Xi Jinping am 20. Dezember 2022⁸ wurde der Krieg nur als „Krise“ (Wukelan weiji), aber nicht als Krieg bezeichnet. Weiter heißt es in der Pressemitteilung: „Xi Jinping betonte, dass China sich für den Frieden und die Förderung von Gesprächen einsetze, da es nicht im Interesse aller Seiten sei, die Krise zu verlängern und zu verkomplizieren.“⁹

Inwieweit es in China tatsächlich eine geschlossene Unterstützung der russischen Invasion gibt, darf allerdings angezweifelt werden. Bereits im März 2022 warnte Hu Wei, stellvertretender Direktor des Forschungszentrums für öffentliche Politik im Beraterbüro des Staatsrats, vor einem Scheitern Russlands in der Ukraine und den negativen Folgen für Chinas langfristige strategische Interessen im Falle einer fortgesetzten Unterstützung Russlands.¹⁰

China und Ukraine: Welchen Wert hat ein Freundschaftsvertrag?

Bald nach dem Referendum über die Unabhängigkeit der Ukraine am 1. Dezember 1991 nahmen die Ukraine und China am 4. Januar 1992 diplomatische Beziehungen auf.¹¹ Die Beziehungen entwickelten sich zunächst politisch und wirtschaftlich positiv. Im Kontext des Budapester Memorandums vom 5. Dezember 1994 sprachen auch Frankreich und China in eigenen Dokumenten schwächere Zusicherungen für die Ukraine aus. Die Ukraine wurde für China in den folgenden Jahren zu einem wichtigen Lieferanten für Rüstungsgüter. So erwarb China im Jahr 1998 den Rumpf des Flugzeugträgers WARJAG von der Ukraine, um ihn dann zum ersten chinesischen Flugzeugträger LIAONING auszubauen, 2009 bestellte China in der Ukraine zwei Luftkissen-Landungsboote der Pomornik-Klasse mit der Lizenz zum Bau von zwei weiteren in China. Am 2. September 2010 wurde in Peking die bilaterale Erklärung über die allseitige Anhebung der freundschaftlichen Beziehungen unterzeichnet. Darin sichern beide Seiten einander zu, dass die gegenseitige Unterstützung in Fragen der nationalen Souveränität, der Einheit und der territorialen Integrität das Fundament der chinesisch-ukrainischen Beziehungen seien. Außerdem erneuert China seine frühere Zusage, die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine anzuerkennen.¹² Am 06. Dezember 2013 wurde während des Besuches von Präsident Janukowitsch in Peking die „Gemeinsame Erklärung der Volksrepublik China und der Ukraine zur weiteren Vertiefung der strategischen Partnerschaft“ unterzeichnet.¹³ Darin heißt es in Abschnitt 2, Absatz 4:

„China schätzt den einseitigen Verzicht der ukrainischen Seite auf Kernwaffen und den Beitritt der Ukraine zu dem am 1. Juli 1968 unterzeichneten Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen als Nichtkernwaffenstaat sehr. Im Einklang mit der Resolution 984 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und der Erklärung der chinesischen Regierung vom 4. Dezember 1994 über Sicherheitsgarantien für die Ukraine hat sich China bedingungslos verpflichtet, gegen die Ukraine als Nichtkernwaffenstaat keine Kernwaffen einzusetzen oder mit deren Einsatz zu drohen und der Ukraine im Falle einer Aggression oder der Androhung einer Aggression gegen die Ukraine unter Einsatz von Kernwaffen entsprechende Sicherheitsgarantien zu geben.“

Angeichts der domänenübergreifenden Nötigungsversuche (cross-domain coercion), die Russland seit Beginn der Invasion gegenüber der Ukraine und westlichen Staaten mit der wiederholten, nur schwach verhüllten Drohung des Gebrauchs von Kernwaffen unternommen hat, stellt Andrew S. Erickson die Frage, inwieweit Peking sich zur Einhaltung seiner Sicherheitsgarantien verpflichtet sieht, und welche Belastbarkeit Chinas internationale Verträge insgesamt haben.¹⁴

Heute die Ukraine, morgen Taiwan? – Zeithorizonte für eine militärisch erzwungene Vereinigung Taiwans

Die Frage, ob die Ukraine in irgendeiner Form als Bezugsrahmen für die Prognose einer militärischen Konfrontation zwischen der VR China und Taiwan geeignet ist, wird spätestens seit Beginn des Überfalls Russlands auf die Ukraine international vermehrt diskutiert.

Die Frage, ob die Ukraine in irgendeiner Form als Bezugsrahmen für die Prognose einer militärischen Konfrontation zwischen der VR China und Taiwan geeignet ist, wird spätestens seit Beginn des Überfalls Russlands auf die Ukraine international vermehrt diskutiert.

Die Volksrepublik China erkennt im Rahmen ihrer Ein-China-Politik keine Staatlichkeit Taiwans an, sondern setzt dieses eine China mit sich selbst gleich. Im Geiste der Hallstein-Doktrin müssen alle Staaten, die diplomatische Beziehungen mit

der VR China unterhalten wollen, die Ein-China-Politik anerkennen, die im Jahre 1971 mit Resolution 2758 der UN-Generalversammlung auch von den Vereinten Nationen anerkannt wurde, wobei 76 Mitgliedstaaten dafür und 35 Mitgliedstaaten dagegen stimmten, während 17 Mitgliedstaaten sich enthielten.

Seit Jahrzehnten hält die VR China in allen Dokumenten und nahezu jeder bi- und multilateralen Vereinbarung eisern an dieser Politik fest. Vertragsparteien der VR China müssen sich regelmäßig zur Respektierung der Ein-China-Politik bekennen. Die Vereinigung mit Taiwan sieht die KPCh als unverhandelbares Staatsziel der VR China an; sie ist als Teil der Militärstrategie unmittelbarer Auftrag der Volksbefreiungsarmee, der Streitkräfte der KPCh. Während im ersten Weißbuch der VR China zu Taiwan 1993 die Koexistenz zweier Systeme, nicht aber zweier Staaten oder Regierungen festgeschrieben wurde, sollte das Ziel der Vereinigung auf dem Wege friedlicher Verhandlungen erreicht werden. Die dafür geprägte chinesische Formel *heping tongyi – yiguo liangzhi* („Friedliche Vereinigung – ein Land, zwei Systeme“) findet sich unverändert auch im Bericht auf dem 20. Nationalen Kongress der KPCh.¹⁵ Dennoch wurden bereits 1993 militärische Mittel ausdrücklich als Mittel eines souveränen Staates benannt, wobei China gegenüber Drittstaaten jegliche Verpflichtung zum Verzicht auf militärische Mittel ausschloss. Im Weißbuch des Jahres 2000, „Chinas Landesverteidigung 2000“ wurde der Willen zum Einsatz militärischer Mittel noch einmal deutlicher formuliert, bis es schließlich im Weißbuch „Chinas Landesverteidigung 2004“ heißt:

„Sollten die Behörden auf Taiwan so weit gehen, zu wagen, einen ersten Zwischenfall für die ‚Unabhängigkeit Taiwans‘ zu inszenieren, werden das chinesische Volk und die chinesischen Streitkräfte das separatistische Komplott für eine ‚Unabhängigkeit Taiwans‘ entschieden und um jeden Preis völlig zerschlagen.“

Ebenfalls wird in Artikel 8 des Anti-Sezessionsgesetzes der VR China aus dem Jahr 2005 ausdrücklich bestimmt, nicht-friedliche Mittel anzuwenden, falls Taiwan einseitig die Unabhängigkeit erklären oder die Möglichkeiten friedlicher Erreichung der Vereinigung erschöpft sein sollten.

Im Jahr 2019 wird im Weißbuch „China’s National Defense in the New Era“¹⁶ die in den letzten Jahren zu beobachtende massive Zunahme militärischer Machtdemonstrationen zur Abschreckung etwaiger Unabhängigkeitsbestrebungen kodifiziert:

„Im Hinblick auf die Sicherstellung der nationalen Einheit stärken die Streitkräfte Chinas ihre militärische Bereitschaft mit besonderer Betonung der See. Mit der Bewegung von Schiffen und Flugzeugen um Taiwan herum senden die Streitkräfte eine deutliche Warnung an die separatistischen Kräfte der Unabhängigkeit Taiwans.“

Es lässt sich festhalten, dass das eigentliche Ziel der VR China, die möglicherweise mit militärischen Mitteln erzwungene Vereinigung Taiwans, seit Jahrzehnten völlig unverändert besteht, der Ton sich aber über die Jahre drastisch verschärft hat; auch im Bericht auf dem 20. Nationalen Kongress der KPCh wird ausdrücklich wiederholt, dass der Einsatz von Waffen nicht ausgeschlossen wird.¹⁷ Neben militärischen Drohgebärden greift die VR China auch auf eine aggressiv formulierte, als Wolfskrieger-Diplomatie bezeichnete Außenpolitik zurück, die vor dem Versuch direkter Einflussnahme auf Parlamente demokratischer Staaten nicht zurückschreckt. Jeder hochrangige politische Besuch in Taiwan, selbst wenn es sich gar nicht um Repräsentanten der Exekutive handelt, wird nicht nur rhetorisch, sondern zunehmend auch mit militärischen Drohgebärden flankiert, wie dies insbesondere beim Besuch der damaligen Sprecherin des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten, Nancy Pelosi, am 2. August 2022 zu beobachten war. Die Aktivitäten der PLA waren in ihrer Dimension nahezu ohne historisches Vorbild. Dean Cheng, der Autor der Analyse “PLA exercises after Pelosi Taiwan visit were largely pre-planned”¹⁸ argumentiert allerdings, dass Übungen dieses Umfangs nicht ad hoc befohlen werden können, sondern einer intensiven Planung bedürfen und von daher diese Übungen nicht alleinig als Reaktion auf den Besuch von Speaker Nancy Pelosi interpretiert werden dürfen.

Bezüglich einer möglichen militärischen Operation zur Vereinigung Taiwans mit der VR China gibt es eine Reihe von Zeithorizonten, die unterschiedlich begründbar sind. Am weitesten entfernt ist das Jahr 2049 mit dem Jahrhundertziel der Vereinigung zum 100. Jubiläum des Gründungsdatums der VR China am 1. Oktober 1949. Davon abgeleitet werden Szenarien diskutiert, die den Zeitpunkt einer militärischen Aktion mindestens 10 Jahre näher rücken, also in die Mitte der 2030er Jahre. Begründet wird dies mit den zu erwartenden internationalen Reaktionen und Sanktionen etc.; die historische Analogie dafür sind die ca. 10 Jahre, die die VR China nach der blutigen Niederschlagung der Demonstrationen am Tiananmen-Platz am 3./4. Juni 1989 gebraucht hat, um ihre internationalen Beziehungen zu normalisieren. Die Annahme lautet daher: Will die VR China ihr Jahrhundertjubiläum nicht international isoliert begehen, so muss sich der Fallout einer militärisch erzwungenen Vereinigung Taiwans international bereits gelegt haben. Andere Prognosen sehen den Zeitpunkt in den 2030er Jahren mit der Begründung, dass die Streitkräfte Chinas bis zum Jahr 2035 nach eigener Zielsetzung¹⁹ ihren für diesen Zweck als notwendig angesehenen Fähigkeitsaufbau abgeschlossen haben wollen und eine mit militärischen Mitteln erzwungene Vereinigung noch zu Lebzeiten

Xi Jinpings herbeigeführt werden kann. Mehrfach haben Spitzenvertreter des US-Militärs und der CIA den Zeitpunkt auf das Jahr 2027 gelegt, so Secretary of Defense Lloyd Austin und der Vorsitzende des Vereinigten Generalstabs der Streitkräfte General Mark Milley (2021²⁰), CIA Deputy Director David Cohen im September 2022²¹ und Director William Burns im Februar 2023²² allerdings jeweils mit der ausdrücklichen Einschränkung verknüpft, dass das ausgerufene Fähigkeitsziel nicht mit einem konkreten Operationsbefehl gleichzusetzen sei. Auch das Jahr 2027 lässt sich mit einem politischen Jubiläum verknüpfen, es ist das 100. Jahr seit Gründung der Volksbefreiungsarmee.²³ Noch näher, nämlich für das Jahr 2025, erwartet der Kommandeur des US Air Mobility Command, General Michael A. Minihan, eine mögliche militärische Eskalation; vom Pentagon wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich hier nicht um eine offizielle Position, sondern nur um eine persönliche Einschätzung des Generals handelt.²⁴ Ein letztes Jahr muss auch noch genannt werden: 2024, wenn in Taiwan die nächste Regierung gewählt wird. Nach dem bereits zitierten Weißbuch „China’s National Defense in the New Era“ wird ein Befehl zum Einsatz der Volksbefreiungsarmee würde in diesem Fall dadurch begründet, dass eine zukünftige Regierung Taiwans sich deutlicher als bisher, wenn nicht gar eindeutig und unmissverständlich, in Richtung Unabhängigkeit positionieren könnte.

Nordkorea

Nordkorea verfolgt seit langer Zeit zwei miteinander verknüpfte Rüstungsprogramme. Es strebt einen Status als Nuklearmacht an und entwickelt eine ganze Reihe von Trägersystemen unterschiedlicher Reichweite dafür. Bereits im Jahr 2017 erfolgte der sechste Test einer Kernwaffe. Weltweit gibt es unterschiedliche Einschätzungen der Stärke, die sich im Bereich von 70 bis 280 kT TNT-Äquivalent bewegen. Selbst an der unteren Grenze dieses Bereiches würde es sich immer noch um den stärksten, jemals in Nordkorea gezündeten nuklearen Sprengkörper handeln. Das parallel betriebene Entwicklungsprogramm an Trägermitteln ist durch eine große Vielfalt unterschiedlicher Systeme gekennzeichnet.²⁵ Bei der Entwicklung dieser Flugkörper zeichnen sich mehrere Trends ab, die das gemeinsame Ziel haben, die Wirksamkeit einer gegnerischen Raketenabwehr (BMD) zu unterlaufen und die eigene Wirkung zu erhöhen, beispielsweise durch Entwicklung von Flugkörpern mit der Fähigkeit zu irregulären, nicht vollständig vorhersagbaren Flugbahnen, der Entwicklung von rasch landbeweglichen Interkontinentalraketen (ICBM) mit Feststoffraketenantrieben, und der Entwicklung der Fähigkeit von Sättigungsangriffen,

sei es durch gleichzeitigen Abschuss vieler Flugkörper, extrem kurze Intervalle oder Angriffe auf das gleiche Ziel, aber aus unterschiedlichen Richtungen. Die größten, dafür nötigen Transport- und Startplattformen (TEL – ‘Transporter Erector Launcher’) haben mittlerweile 11 Achsen²⁶ und erlauben so einen unmittelbaren Schluss auf die Größe und damit Reichweite der transportierten Interkontinentalrakete. Im Jahr 2022 hat die Frequenz von Tests dieser Raketensysteme noch einmal dramatisch zugenommen. Die Mischung der Raketentypen (Kurzstrecken-, Mittelstrecken- und Langstreckenraketen; landbasierte wie U-Boot-gestützte Systeme) legt nahe, dass Nordkorea gleichzeitig seine Fähigkeiten in einem Kriegsszenar auf der koreanischen Halbinsel verbessern und parallel dazu mit Interkontinentalraketen das Festland der USA

Nordkorea scheint davon auszugehen, einen Einsatz von Nuklearwaffen zu überleben und einen „entscheidenden Sieg“ erzielen zu können.

bedrohen will, um durch eine entsprechende Abschreckungswirkung die Entschlossenheit der US-Streitkräfte im Pazifik und in Südkorea zu unterminieren. Nordkorea bezeichnet selbst die Serie seiner Raketentests als „Übung“, um südkoreanische und amerikanische Ziele „gna-

denlos ausschalten“ zu können.²⁷ Mit der Verabschiedung eines neuen Gesetzes zur Militärpolitik der Nuklearen Streitkräfte der DVRK am 8. September 2022 bewegt sich Nordkorea weg vom Verständnis der Nuklearwaffen als politischen Waffen hin zu einem operativen Verständnis und stellt sich selbst einen Blankoscheck für ein mögliches Einsatzszenario aus. Dazu reicht es bereits, wenn ein Angriff mit konventionellen Waffen auf die Staatsführung oder strategische Einrichtungen erfolgt oder erwartet wird. Nordkorea scheint davon auszugehen, einen Einsatz von Nuklearwaffen zu überleben und einen „entscheidenden Sieg“ erzielen zu können.²⁸ Am 27. November 2022 erklärte der sogenannte „Oberste Führer“ Kim Jong-un, dass Nordkorea zur „stärksten Nuklearmacht der Welt“ werden solle.²⁹

Betrachtet man die jahrelangen internationalen Anstrengungen, die Führung Nordkoreas mit Diplomatie (etwa im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche, die 2009 von Nordkorea einseitig abgebrochen wurden) und Sanktionen von der Entwicklung von Nuklearwaffen und Trägermitteln abzuhalten, so muss man feststellen, dass alle diese Maßnahmen ihr Ziel verfehlt haben und als unumkehrbar gescheitert betrachtet werden müssen.³⁰ Trotz des Sanktionsregimes ist es Nordkorea gelungen, sich für die Realisierung seiner Waffenprogramme ausreichende Rohstoffe, Materialien, Technologien und Finanzmittel zu beschaffen.

Zwischen Nordkorea und Russland bestehen weiterhin enge wirtschaftliche und politische Beziehungen, mit denen auch internationale Sanktionen unterlaufen werden. Nordkorea verfügt über große Arsenale und Fertigungskapazitäten von Waffen und Munition, die mit russischen Systemen kompatibel sind.³¹ Nordkorea weist US-amerikanische Vorwürfe von Waffenlieferungen an Russland mit gewohnt drastischer und überzogener Rhetorik zurück, stellt sich aber auf die Seite Russlands, indem es den USA Waffenlieferungen an die Ukraine vorhält.³² Politisch unterstützt Nordkorea offen Russland, z.B. durch diplomatische Anerkennung der „Volksrepublik Donezk“ und der „Volksrepublik Lugansk“ am 13. Juli 2022.³³

Die Frage nach formalisierten Bündnisverhältnissen zwischen Nordkorea und der VR China bzw. Nordkorea und der Russischen Föderation ist nachrangig. Alle drei Länder verbindet die gleiche antiwestliche Haltung mit den USA und der NATO als zentralen Feindbildern. Jegliche Schwächung der USA in jeder der beiden Weltregionen Atlantik oder Pazifik wird von allen drei Staaten aus den unterschiedlichsten Gründen als vorteilhaft perzipiert. Im Westen behauptet Russland, sich im Krieg mit der NATO und den USA zu befinden, und im Pazifik streben sowohl China als auch Nordkorea aus unterschiedlichen Motiven eine Schwächung der USA an. China nimmt die USA nicht nur als systemischen Gegner, sondern auch als unausgesprochene Schutzmacht Taiwans wahr, während Nordkorea sich gegen die Präsenz von US-Truppen in Südkorea stellt.

„Zeitenwende“ auch in Japan

Zwar werden Chinas Aktivitäten im Südchinesischen Meer von Japan schon länger kritisch als Versuch der Veränderung des Status quo betrachtet, haben allerdings in der Vergangenheit nicht zu abrupten Änderungen im Planungs- und Publikationszyklus der bestehenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Leitlinien geführt. Mit großer Sorge wurden allerdings Chinas massive militärische Einschüchterungsversuche gegen Taiwan, insbesondere in der Zeit des Besuchs von Speaker Nancy Pelosi, beobachtet; im Jahr 2022 nahm die Zahl der Meldungen zu chinesischen Schiffsbewegungen im Japanischen Meer im Vergleich zum Vorjahr um mehr als das Doppelte zu, von 28 auf 69. Gleichzeitig haben sich die gemeinsamen Marine-Übungen Chinas mit Russland unter dem Namen JOINT SEA, zuerst 2013 durchgeführt, im Zweijahresrhythmus verstetigt.³⁴ Ebenso hat China mit Russland im September 2022 eine gemeinsame maritime Übung durchgeführt und zum wiederholten Male an der großen russischen Übungsserie VOSTOK („Osten“) teilgenommen,

zuletzt mit dem zweitgrößten Truppenkontingent, zusammengesetzt aus den drei klassischen Teilstreitkräften.³⁵ In diesem Kontext ist insbesondere zu erwähnen, dass die Frage der militärischen Sicherheit Taiwans für Japan unmittelbar „vor der eigenen Haustür“ liegt. Wenn in japanischen Dokumenten von den „südwestlichen Inseln“ (*Nansei-shotō*) die Rede ist, ist insbesondere damit auch Yonaguni gemeint, das nur ca. 110 km von Taiwan entfernt ist. Bereits 2021 erklärte der ehemalige Premierminister Japans, Shinzō Abe, dass der Ernstfall Taiwans auch der Ernstfall Japans sei.³⁶ Seither ist dieses Diktum fester Bestandteil des sicherheitspolitischen Diskurses in Japan.

Der völkerrechtswidrige Überfall der Russischen Föderation auf die Ukraine wurde in Japan ähnlich wie in Deutschland als Angriff auf die Grundlagen der regelbasierten internationalen Ordnung empfunden. Gleichzeitig wurde sichtbar, dass die Streitkräfte der Ukraine keine ausreichende Abschreckungswirkung entfalteten, um ihr Land vor der russischen Invasion schützen zu können.

Die zunehmende Aggressivität nordkoreanischer Verlautbarungen, die hohe Geschwindigkeit des Ausbaus des Raketensystems sowie der Erwerb neuer technologischer Fähigkeiten haben in diesem Bereich zu einer neuen Bedrohungswahrnehmung geführt.

Diese drei aktuellen Entwicklungen haben dazu geführt, dass Japan seine Nationale Sicherheitsstrategie und seine Nationale Verteidigungsstrategie, die turnusmäßig alle zehn bzw. fünf Jahre überarbeitet und veröffentlicht werden, im Dezember 2022 ein Jahr früher als geplant veröffentlicht hat.³⁷ Gleichzeitig

Japan ruft damit auch semantisch eine Zeitenwende aus.

gibt Japan seine über Jahrzehnte beibehaltenen Linien der Budgetgrenzen auf, die sich langfristig auf ähnlichem Niveau wie in Deutschland bewegten. Der politische Konsens der Ein-Prozent-Klausel wurde aufgegeben, stattdessen wurde ein Zwei-Prozent-Ziel ausgerufen. Japan stützt seine nationale Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit auf drei Säulen, nämlich erstens eine glaubwürdige Abschreckung, zweitens eine Stärkung des bilateralen Verteidigungsbündnisses mit den USA, und drittens schließlich die Intensivierung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit befreundeten Staaten. Japan ruft damit auch semantisch eine Zeitenwende aus. In seiner Neujahrsansprache sprach General Yoshida Yoshihide, Stabschef der Land selbstverteidigungskräfte Japans, vom Jahr Eins einer neuen Zeitrechnung in der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit.³⁸

Es muss betont werden, dass diese Zeitenwende für Japan nicht völlig überraschend kommt und die damit verbundenen Steigerungen des Verteidigungsbudgets in der Öffentlichkeit durchaus befürwortet werden. Im Fokus der öffentlichen Diskussion steht eher die Frage, wie die Budgetsteigerungen finanziert werden sollen.

Ein wichtiger Baustein der militärischen Abschreckung ist die perspektivische Entwicklung einer „Gegenschlagsfähigkeit“ (*hangeki noryoku*), die als Komplement zur bestehenden Raketenabwehr gesehen wird. Diese Gegenschlagsfähigkeit wird rein reaktiv definiert, ist an einen Angriff auf Japan unter Verwendung ballistischer Raketen und anderer Mittel geknüpft und verletzt daher nicht die Beschränkungen für den Einsatz bewaffneter Kräfte, wie sie in den 2015 verabschiedeten Gesetzen zu Frieden und Sicherheit (*heima anzen hōsei*) definiert sind.³⁹

In der internationalen sicherheitspolitischen Kooperation spricht Japan von „like-minded nations“ (*dōshikokun*) und schließt in einer beispielhaften Aufzählung Deutschland ausdrücklich mit ein.

Fazit

Der Überfall der Russischen Föderation auf die Ukraine hat im Westen wie im Osten das Gegenteil dessen bewirkt, was in russischem oder chinesischem Interesse ist. Die bestehenden Bündnisstrukturen werden neu belebt und neue Strukturen wie die trilaterale Kooperation zwischen Australien, dem Vereinigten Königreich und den USA (AUKUS) werden ins Leben gerufen sowie die regionale Kooperation wie zwischen den USA, Japan und Südkorea im Sinne einer integrierten Abschreckung intensiviert.⁴⁰

Der Überfall der Russischen Föderation auf die Ukraine hat im Westen wie im Osten das Gegenteil dessen bewirkt, was in russischem oder chinesischem Interesse ist.

Gefährlich sind die örtlich gesunkenen Hemmschwellen, über den operativen Einsatz von Atomwaffen nachzudenken. Neben der „offiziellen“ Rhetorik aus Nordkorea müssen auch die Implikationen aus Russlands Nukleardoktrin, zuletzt überarbeitet im Juni 2020⁴¹, sowie „inoffizielle“ Äußerungen von russischen Regierungsmitgliedern sowie Medienvertretern berücksichtigt werden, da sie fester Bestandteil psychologischer Kriegsführung sind. Hier zeigt sich, dass der Krieg gegen die Ukraine tatsächlich globale sicherheitspolitische Auswirkungen hat. Angesichts des

Endes des INF-Vertrages ist nukleare Abrüstung nunmehr schwerer denn je zu erreichen, denn auch China müsste einbezogen werden, das schon seit längerer Zeit sein nukleares Arsenal ausbaut⁴² und sich nie durch den INF-Vertrag gebunden sah.

Für Deutschland bleibt festzuhalten, dass jeder Beitrag zur Wiederherstellung einer tragfähigen Sicherheitsarchitektur in Europa auch ein Beitrag zu Frieden und Stabilität in Ostasien ist. Dieser Satz gilt auch in der Umkehrung. Das Wohlergehen Deutschlands als führender Handelsnation ist aufs Engste mit den Anrainerstaaten des Pazifiks wie auch freien und offenen Seewegen verknüpft. Die Umsetzung der sicherheitspolitischen Komponente⁴³ der Indo-Pazifik-Leitlinien ist daher von herausragendem nationalem Interesse. Sowohl die Fahrt der BAYERN im November 2021 wie auch die Luftwaffenübung RAPID PACIFIC 2022 mit dem erstmaligen Besuch deutscher EUROFIGHTER in Japan⁴⁴ wurden insbesondere in Japan hochrangig wahrgenommen. Nach Marine und Luftwaffe wird das Heer erstmalig 2023 an der multinationalen Übung TALISMAN SABRE in Australien teilnehmen.⁴⁵ Empfehlenswert ist auf jeden Fall auch der Informationsaustausch mit befreundeten Nationen in der Region, denn die so gewonnenen Erkenntnisse erweitern und vervollständigen das Verständnis des Lagebildes in einer Weise, die allein aus Deutschland heraus nicht zu leisten wäre. Schließlich bleibt noch der Hinweis auf die strategischen Grundlagen in Konzeption, Ausarbeitung und Publikationsrhythmus offizieller Dokumente der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Japans, die einen Orientierungsrahmen für die langfristige Entwicklung relevanter Strategiedokumente in Deutschland liefern können.

Zum Autor: Dr. Oliver Corff ist Sinologe und seit vielen Jahren im Bereich der Wirtschafts- und Politikberatung sowie als Dolmetscher auf hochrangiger Ebene tätig. Er ist langjähriges Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e. V. Im November 2015 wurde er mit dem Clausewitz-Preis der Stadt Burg ausgezeichnet.

Anmerkungen

- 1 Am 2. März 1969 kam es am Grenzfluss Ussuri zwischen der UdSSR und der VR China zu Kampfhandlungen zwischen sowjetischen Grenztruppen und der Volksbefreiungsarmee. Auf sowjetischer Seite saß die Angst vor einem chinesischen „Volkskrieg“ nach den Prinzipien maoistischer Kriegführung so tief, dass der Einsatz von Atomwaffen erwogen wurde. Der Konflikt wurde erst im September 1969 durch Geheimverhandlungen entschärft und mit einem Abkommen, unterzeichnet im Oktober 2003 und ratifiziert im Frühsommer 2005, endgültig beigelegt.
- 2 Wang Wenbin, Sprecher des Außenministeriums der VR China, am 22. 10. 2021 auf einer Pressekonferenz des Außenministeriums. „Zhong-E liang guo bushi mengyou, shengsi mengyou.“ [China und Russland sind nicht Verbündete, sondern weit mehr] <http://world.people.com.cn/n1/2021/1022/c1002-32261779.html> (aufgerufen am 10. Februar 2023).
- 3 Zhonghua Renmin Gongheguo he Eluosi Lianbang guanyu xinshidai guoji guanxi he quanqiu kechixu fazhan de lianhe shengming [Gemeinsame Erklärung der Volksrepublik China und der Russischen Föderation zu internationalen Beziehungen und nachhaltiger globaler Entwicklung in einer neuen Ära – im Folgenden kurz Gemeinsame Erklärung], 04. Februar 2022. https://www.mfa.gov.cn/web/ziliao_674904/1179_674909/202202/t20220204_10638953.shtml (aufgerufen am 09. Februar 2023).
- 4 Gemeinsame Erklärung, 1. Abschnitt, 3. Absatz. A. a. O.
- 5 Jake Thomas: „China ‚Opposes Any Act‘ of War; Blames U.S. For Sending Weapons to Ukraine“, 24. Februar 2022, <https://www.newsweek.com/china-opposes-any-act-war-blames-us-sending-weapons-ukraine-1682550> (aufgerufen am 10. Februar 2023).
- 6 „US biggest instigator behind Ukraine crisis, but blames China over groundless suspicions, says Chinese FM“, 30. Januar 2023, <https://www.globaltimes.cn/page/202301/1284478.shtml> (aufgerufen am 10. 02. 2023). Chinesisches Protokoll der Pressekonferenz: https://www.mfa.gov.cn/web/wjdt_674879/fyrbt_674889/202301/t20230130_11016413.shtml (aufgerufen am 10. Februar 2023).
- 7 „Li Zhanshu stressed that China ‚has complete understanding about Russia’s concerns and Russia’s position.‘ According to him, one of the reasons of the crisis in Ukraine was ‚the US desire to maintain its supremacy in the world.‘“ – in: „Vyacheslav Volodin and Li Zhanshu discussed issues of development of Russia-China inter-parliamentary cooperation and countering Western sanctions“. 08. September 2022, <http://duma.gov.ru/en/news/55201/> (aufgerufen am 10. Feb.

- ruar 2023).
- 8 Der Bundespräsident: „Telefonat mit Präsident Xi Jinping“ <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Berichte/DE/Frank-Walter-Steinmeier/2022/12/221220-Telefonat-StP-China.html> (aufgerufen am 10. Februar 2023).
 - 9 Xi Jinping tong Deguo zongtong Shitaiyinmaier tong dianhua [Xi Jinping telefoniert mit dem deutschen Präsidenten Steinmeier], 20. Dezember 2022, http://www.gov.cn/xinwen/2022-12/20/content_5732883.htm (aufgerufen am 10. Februar 2023).
 - 10 Hu Wei: „Possible Outcomes of the Russo-Ukrainian War and China’s Choice“, 12. März 2022, <https://uscnpm.org/2022/03/12/hu-wei-russia-ukraine-war-china-choice/> (aufgerufen am 10. Februar 2023).
 - 11 Zhonghua Renmin Gongheguo he Wukelan jianjiao lianhe baogao [Gemeinsamer Bericht der Volksrepublik China und der Ukraine zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen] 07. November 2000. https://www.fmprc.gov.cn/web/gjhdq_676201/gj_676203/oz_678770/1206_679786/1207_679798/200011/t20001107_9348937.shtml (aufgerufen am 10. Februar 2023).
 - 12 „2. Shuangfang renwei, zai sheji guojia zhuquan, tongyi he lingtu wanzheng deng wenti shang xianghu zhichi shi Zhong-Wu guanxi de jichu. [...] Zhongfang chongshen zunzhong Wukelan de duli, zhuquan he lingtu wanzheng.“ In: Zhonghua Renmin Gongheguo he Wukelan guanyu quanmian tisheng Zhong-Wu youhao hezuo guanxi shuiping de lianhe shengming [Gemeinsame Erklärung der Volksrepublik China und der Ukraine zur umfassenden Anhebung des Niveaus der freundschaftlichen und kooperativen Beziehungen zwischen China und der Ukraine] 02. September 2010. https://www.fmprc.gov.cn/web/gjhdq_676201/gj_676203/oz_678770/1206_679786/1207_679798/201009/t20100902_9348941.shtml (aufgerufen am 10. Februar 2023).
 - 13 Zhonghua Renmin Gongheguo he Wukelan guanyu jinyibu shenhua zhanlüe huban guanxi de lianhe shengming [Erklärung der Volksrepublik China und der Ukraine zur weiteren Vertiefung der strategischen Partnerschaft], 06. Dezember 2013, https://www.fmprc.gov.cn/web/gjhdq_676201/gj_676203/oz_678770/1206_679786/1207_679798/201312/t20131206_9348942.shtml (aufgerufen am 10. Februar 2023).
 - 14 Andrew S. Erickson: „2013 PRC-Ukraine Treaty of Friendship & Cooperation/ Joint Communiqué: Signed by Xi, But What’s it Worth?“ 13. März 2022. <https://www.andrewerickson.com/2022/03/2013-prc-ukraine-treaty-of-friendship-cooperation-joint-communicue-signed-by-xi-but-whats-it-worth/> (aufgerufen am 10. Februar 2023).
 - 15 Xi Jinping: Gaoju Zhongguo tese shehuizhuyi weida qizhi, wei quanmian jianshe

shehuizhuyi xiandaihua guojia er tuanjie fendou – zai Zhongguo Gongchandang di 20 ci quanguo daibiao dahui shangde baogao [Xi Jinping: Das große Banner des Sozialismus mit chinesischen Merkmalen hochhalten und sich für den umfassenden Aufbau eines modernen sozialistischen Landes einsetzen - Bericht an den 20. nationalen Kongress der Kommunistischen Partei Chinas] http://www.gov.cn/xinwen/2022-10/25/content_5721685.htm (aufgerufen am 09. Februar 2023). Spätestens mit der de facto-Aufkündigung der Chinesisch-britischen gemeinsamen Erklärung zu Hongkong, die unter dem Motto “Ein Land – zwei Systeme” ab der Rückgabe 1997 eine Übergangszeit von 50 Jahren vorsah, der Niederschlagung der Protestbewegung 2019 und der Verkündung des Sicherheitsgesetzes von 2020 ist die Glaubwürdigkeit des Versprechens, eine Vereinigung auf der Grundlage des Prinzips “Ein Land – zwei politische Systeme” durchzuführen, nicht mehr hinreichend gegeben.

- 16 The State Council Information Office of the People’s Republic of China: „China’s National Defense in the New Era“, 02. September 2019, <http://www.scio.gov.cn/zfbps/32832/Document/1660325/1660325.htm> (aufgerufen am 10. Februar 2023).
- 17 Abschnitt 13, letzter Absatz des Berichts (a. a. O.).
- 18 Dean Cheng: “PLA exercises after Pelosi Taiwan visit were largely pre-planned”, 17. August 2022, <https://breakingdefense.com/2022/08/pla-exercises-after-pelosi-taiwan-visit-were-largely-pre-planned/> (aufgerufen am 9. Februar 2023)
- 19 Siehe hierzu das Kapitel 16 des „Entwurf[es] des Vierzehnten Fünfjahresplans für die nationale wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Volksrepublik China und Vision 2035“. 11. März 2021.
- 20 Secretary of Defense Lloyd J. Austin nennt in seiner schriftlichen Stellungnahme vor dem Streitkräftekomitee des Repräsentantenhauses am 23. Juni 2021 die beiden Daten 2035 und 2049: „China has invested heavily in new technologies, with a stated intent to complete the modernization of its forces by 2035 and to field a “world-class military” by 2049.“ <https://docs.house.gov/meetings/AS/AS00/20210623/112846/HHRG-117-AS00-Wstate-AustinL-20210623.pdf> (aufgerufen am 09. Februar 2023). Siehe <https://www.youtube.com/watch?v=LZ0xMTNYbCY>, Aussage General Milley ab 34:55 (aufgerufen am 09. Februar 2023). Vollständige Transkription: <https://www.rev.com/blog/transcripts/general-milley-secretary-austin-full-testimony-transcript-on-2022-budget-request> (aufgerufen am 09. Februar 2023).
- 21 „Xi ordered China’s military to be ready to seize Taiwan by 2027, CIA says“, 16. September 2022, <https://americanmilitarynews.com/2022/09/xi-ordered-chinas-military-to-be-ready-to-seize-taiwan-by-2027-cia-says/> (aufgerufen am 09. Februar 2023).

- 22 „CIA: Xi ordered military to be ready to invade Taiwan by 2027“, 3. Februar 2023, https://www3.nhk.or.jp/nhkworld/en/news/20230203_18/ (aufgerufen am 09. Februar 2023); Director Burns diskutiert das Thema während einer Fragerunde: <https://www.youtube.com/watch?v=wi6Mlbi89M> (ab ca. 1:04:50, aufgerufen am 09. Februar 2023).
- 23 Auch dieses Zieljahr wird im Vierzehnten Fünfjahresplan Teil XVI, Kapitel 56 ausdrücklich genannt.
- 24 Courtney Kube und Mosheh Gains: „Air Force general predicts war with China in 2025, tells officers to prep by firing ‚a clip‘ at a target, and ‚aim for the head““, 28. Januar 2023. <https://www.nbcnews.com/politics/national-security/us-air-force-general-predicts-war-china-2025-memo-rcna67967> (aufgerufen am 09. Februar 2023).
- 25 Siehe „Recent Missile & Nuclear Development of North Korea“, February 2023, Japan Ministry of Defense, S. 8, für eine kompakte Darstellung. https://www.mod.go.jp/en/d_act/sec_env/pdf/dprk_d-act_e_230208.pdf (aufgerufen am 09. Februar 2023).
- 26 Siehe Abbildung in Brad Lendon: „North Korea unveils massive new ballistic missile in military parade“, CNN, 10. Oktober 2020, <https://edition.cnn.com/2020/10/10/asia/north-korea-military-parade-new-missiles-intl-hnk/index.html> (aufgerufen am 09. Februar 2023).
- 27 Hyung-Jin Kim: „North Korea: Missile tests were practice to attack South, US“, 7. November 2022, <https://abcnews.go.com/International/wireStory/north-korea-missile-tests-practice-attack-south-us-92780961> (aufgerufen am 10. Februar 2023). Außerdem – Kelsey Davenport: North Korea Conducts Unprecedented Missile Drill, Dezember 2022. <https://www.armscontrol.org/act/2022-12/news/north-korea-conducts-unprecedented-missile-drill> (aufgerufen am 10. Februar 2023).
- 28 Siehe hierzu die Analyse und die auszugsweisen Zitate des Gesetzes „Law on the DPRK’s Nuclear Forces Policy“ von Hwang Ildo: „DPRK’s Law on the Nuclear Forces Policy: Mission and Command & Control“. Institute of Foreign Affairs and National Security, IF2022-22E, 14. September 2022. Eine englische Textfassung, vermutlich paraphrasiert: „Law on DPRK’s Policy on Nuclear Forces Promulgated“ http://www.redstartv.org/news/law_on_dprk_39_s_policy_on_nuclear_forces_promulgated/2022-09-09-3027 (aufgerufen am 09. Februar 2023).
- 29 Kim vows North Korea to have world’s most powerful nuclear force, 27. November 2022, <https://www.japantimes.co.jp/news/2022/11/27/asia-pacific/north-korea-icbm-daughter-powerful-nuclear-arsenal/> (aufgerufen am 10. Februar 2023).
- 30 Vgl. hierzu insbesondere Eric J. Ballbach: „Nuklearmacht Nordkorea – ein fait

- accompli“. SWP-Aktuell, Nr. 65, Oktober 2022. https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A65_Nuklearmacht_Nordkorea_Web.pdf (aufgerufen am 09. Februar 2023).
- 31 Hyung-Jin Kim and Kim Tong-Hyung: „Why Would Russia Buy North Korean Weapons?“, September 08, 2022 <https://thediplomat.com/2022/09/why-would-russia-buy-north-korean-weapons/> (aufgerufen am 09. Februar 2023).
- 32 „North Korea Denies Arms Dealing With Russia“ <https://www.thedefensepost.com/2023/01/30/north-korea-arms-russia/> (aufgerufen am 09. Februar 2023).
- 33 Ethan Jewell und Ifang Bremer: „North Korea recognizes breakaway republics of Donetsk and Luhansk in Ukraine“. 14. Juli 2022. <https://www.nknews.org/2022/07/north-korea-recognizes-breakaway-republics-of-donetsk-and-luhansk-in-ukraine/> (aufgerufen am 09. Februar 2023).
- 34 Japan Ministry of Defense: „China’s Activities in East China Sea, Pacific Ocean, and Sea of Japan“, February 2023, https://www.mod.go.jp/en/d_act/sec_env/pdf/ch_d-act_a_e_230208.pdf (aufgerufen am 10. Februar 2023).
- 35 Adriel Kasonta: „Vostok 2022: the military convergence of Eurasia.“ <https://asiatimes.com/2022/09/vostok-2022-the-military-convergence-of-eurasia/> (aufgerufen am 10. Februar 2022).
- 36 „Taiwan yūji ha Nihon yūji“. Abe moto shushō ga Taiwan no shinpo de onrain kōen [Ehemaliger Premierminister Abe erklärt online auf einem Symposium in Taiwan: „Taiwans Ernstfall ist Japans Ernstfall“] 1. Dezember 2021, <https://www.asahi.com/articles/ASPD15JM0PD1UHBI01K.html> (aufgerufen am 10. Februar 2023).
- 37 Japan Ministry of Defense: National Security Strategy of Japan. Provisional Translation. Dezember 2022. https://www.mod.go.jp/j/approach/agenda/guideline/pdf/security_strategy_en.pdf (aufgerufen am 10. Februar 2023). National Defense Strategy. [Provisional Translation as of December 28, 2022] 16. Dezember 2022. https://www.mod.go.jp/j/approach/agenda/guideline/strategy/pdf/strategy_en.pdf (aufgerufen am 10. Februar 2023). Defense Buildup Program [Provisional Translation as of January 17, 2023] 16. Dezember 2022. https://www.mod.go.jp/j/approach/agenda/guideline/plan/pdf/program_en.pdf (aufgerufen am 10. Februar 2023).
- 38 Chief of Staff, GSDF General Yoshida Yoshihide: Bōeiryoku kyōka „jikkō gannen“ no ketsui. 1. Januar 2023, <https://www.mod.go.jp/gsdf/about/2023/20230101.html> (aufgerufen am 10. Februar 2023).
- 39 Siehe hierzu insbesondere Alexandra Sakaki: „Japans sicherheitspolitische Neuausrichtung. Historische Aufrüstungsentscheidung“. 17. Februar 2023. SWP-Aktuell 2023/A 13, <https://www.swp-berlin.org/publikation/japans-sicherheitspolitische-neuausrichtung> (aufgerufen am 17. Februar 2023).

- 40 US Department of Defense: Joint Statement of the 2023 U.S.–Japan Security Consultative Committee („2+2“). 11. Januar 2023. <https://www.defense.gov/News/Releases/Release/Article/3265559/joint-statement-of-the-2023-us-japan-security-consultative-committee-22/> (aufgerufen am 10. Februar 2023).
- 41 David Holloway: „Read the fine print: Russia’s nuclear weapon use policy“ 10. März 2022, <https://thebulletin.org/2022/03/read-the-fine-print-russias-nuclear-weapon-use-policy/> (aufgerufen am 10. Februar 2023).
- 42 Jonas Schneider, Oliver Thränert: „Chinas nukleare Aufrüstung betrifft auch Europa“, SWP-Aktuell 2022/A 20, 09.03.2022 <https://www.swp-berlin.org/publikation/chinas-nukleare-aufruestung-betrifft-auch-europa> (aufgerufen am 10. Februar 2023).
- 43 Bundesministerium der Verteidigung: Engagement im Indo-Pazifik. Die Bundesregierung weitet ihr sicherheitspolitisches Engagement im Indo-Pazifik aus. <https://www.bmvg.de/de/themen/dossiers/engagement-im-indopazifik> (aufgerufen am 12. Februar 2023).
- 44 Bundeswehr: „Besuch in Japan krönt Rapid Pacific 2022“, <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/luftwaffe/aktuelles/besuch-in-japan-kroent-rapid-pacific-2022-5507982> (aufgerufen am 12. Februar 2023).
- 45 Führungsakademie der Bundeswehr: „Der Indopazifik ist für uns eine Region von höchster Bedeutung“. 28. 10. 2022, <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/weitere-bmvg-dienststellen/fuehrungsakademie-der-bundeswehr/mediathek/der-indopazifik-ist-fuer-uns-eine-region-von-hoechster-bedeutung-5517946> (aufgerufen am 10. Februar 2023).

Kapitel II

Aus der Arbeit der FüAKBw (LGAN)

Krieg der Zukunft?!

Operative Herausforderungen des Multi-Domain Battlefield für die Bundeswehr

FKpt Alexander Heinrich
Oberstlt i.G. Michael Jappsen
KKpt Sascha Schlegel

Dieses Papier gibt die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder und stellt nicht zwangsläufig den Standpunkt der Führungsakademie dar.

1. Einleitung

Durch den Angriffskrieg der Russischen Föderation auf die Ukraine ist vor allem die Bundeswehr wieder ins Licht der Öffentlichkeit gerückt. Diskussionen über den Zustand der Streitkräfte, über die Möglichkeiten der Waffenhilfe für die Ukraine bis hin zur Frage, ob man selbst Kriegspartei ist, haben gravierende Herausforderungen zum Vorschein gebracht. Die Zeitenwende steckt augenscheinlich fest, zu trägt ist womöglich das Gesamtsystem Bundeswehr. Geringe Munitionsvorräte, marode oder nicht erprobte Waffensysteme, Personalfehl, Unterfinanzierung bis hin zur nicht kriegstauglichen industriellen Basis oder dem Zivilschutz: Themen, die jahrzehntelang kaum bis gar nicht auf der Agenda der öffentlichen Debatte gestanden haben.



Logo Multi Domain Battlefield

Parallel zum Krieg in der Ukraine dreht sich die Welt weiter. Neue Operative Leitlinien für die Streitkräfte, eine erste MDO-Weisung der US-Streitkräfte¹, Megatrends und Forschung haben bereits im Vorwege des 24. Februar 2022 für gravierende Veränderungen im Denken von Streitkräften geführt. Auch in der Bundeswehr?

Anfang 2021 erhielt der 17. streitkräftegemeinsame General- und Admiralstabslehrgang National (LGAN) durch den Generalinspekteur der Bundeswehr den Auftrag, sich über die Dauer des Lehrgangs mit dem Thema: „Krieg der Zukunft?! – Operative Herausforderungen des Multi-Domain Battlefield für die Bundeswehr“ zu befassen. Das selbst definierte Ziel nach Auswertung des Auftrages lautete dabei:

LGAN 2020 leitet kurz-, mittel- und langfristige operative Herausforderungen des Multi-Domain Battlefield für die Bundeswehr in einem Zeithorizont bis max. in das Jahr 2045 aus möglichen Konfliktszenarien und in der Entwicklung befindlichen Technologien ab und erarbeitet konkrete Handlungsempfehlungen für den Geschäftsbereich des BMVg, die dazu beitragen, die Bundeswehr zukunftsfähig aufzustellen und zu verhindern, dass wesentliche Entwicklungen in ihrer Ausrichtung unberücksichtigt bleiben.

Entstanden ist in anderthalb Jahren weitestgehend nebenberuflicher Arbeit eine Studie, die Versäumnisse der Vergangenheit ebenso adressiert wie Herausforderungen der Zukunft. Auch wenn die Summe aller Erkenntnisse mit ihren konkreten Ableitungen und Handlungsempfehlungen als Verschlussache eingestuft wurde, sollen im Folgenden Problemstellung, Gedankengänge und bearbeitete Themen dargestellt werden, um einen Eindruck über Umfang und Tiefe der Gedanken des Lehrgangs zu geben. Dabei orientieren wir uns an dem bereits im Juli 2022 veröffentlichten „Kompendium“ unserer Arbeit.

2. Multi-Domain-Battlefield

Ein Blick in die Geschichtsbücher reicht aus, um festzustellen, dass Kriegs- und Konfliktbilder veränderlich sind. Die Gründe dafür sind vielfältig, im Kern ging es jedoch stets um die Nutzung neuer Technologien als Mittel zum Zweck oder um einen veränderten Blick auf Streitkräfte als Mittel der Politik. Dabei sind sowohl ausgeglichene Kräfteverhältnisse und offene Auseinandersetzungen als auch Unterlegenheit und Asymmetrie keine neuen Phänomene. In jüngster Vergangenheit sind es vor allem das Informationszeitalter, umfassende Technologiesprünge sowie das Erschließen neuer Dimensionen, die weitere Möglichkeiten der Kriegsführung eröffnen, beziehungsweise neue Räume der Auseinandersetzung ent-

In jüngster Vergangenheit sind es vor allem das Informationszeitalter, umfassende Technologiesprünge sowie das Erschließen neuer Dimensionen, die weitere Möglichkeiten der Kriegsführung eröffnen beziehungsweise neue Räume der Auseinandersetzung entstehen lassen.

stehen lassen. So sehen wir in den Kriegen in Syrien, Bergkarabach oder der Ukraine, dass operative Gewissheiten der letzten Jahre nicht mehr tragen. Die schiere konventionelle Überlegenheit, im westlichen Verständnis vor allem mit Luftstreitkräften, gewinnt ebenso wenig sicher einen Krieg, wie es allein Informations- oder Technologieüberlegenheit könnte. Die innovative Einbindung von Drohnen, Dual-Use-Produkten und -Applikationen, modernen Fertigungsverfahren oder der Zivilbevölkerung in die Gefechtsführung verändert das Bild des Krieges ebenso, wie virtuelle Effekte, mentale Stärke oder die Entgrenzung des Gefechtsfeldes. Wer kämpft eigentlich in der Ukraine mit wem? Wie tragfähig ist das Völkerrecht und die regelbasierte, internationale Ordnung in Zeiten des Krieges?

Vor uns liegt demnach ein neuer, hoch technologisierter Kriegsschauplatz: das Multi-Domain Battlefield (MDB), welches die seit Jahrzehnten etablierte Konzentration auf die „klassischen“ Dimensionen Land, Luft und See mehr als nur herausfordert. Der Weltraum und der Cyberraum sind de facto bereits neue Gefechtsfelder. Der Informationsraum war es schon immer, sucht aber eine neue Rolle im Zeitalter von Social Media, Fake News, Datenkraken und zivil längst genutzter, künstlicher Intelligenz. Unser militärischer Operationsraum ist damit komplexer geworden.

Das *Multi-Domain Battlefield* (MDB) umfasst den operativen Einsatzraum von Streitkräften – schon in der Vorbereitung auf ihren Einsatz. Das MDB schließt neben dem klassischen Gefechtsfeld in den Dimensionen Land – Luft – See in allen Domänen gemäß FAWU (Führung-Aufklärung-Wirkung-Unterstützung), die Dimensionen Cyber-/Informationsraum (CIR) und Weltraum (WR) gleichrangig ein, um die eigenen operativen Fähigkeiten skalierbar über den Verlauf einer Operation hinweg projizieren zu können.

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz verkürzen Entscheidungsprozesse und beschleunigen das Gefecht. Führungsfähigkeiten müssen daher nicht mehr nur erhalten bleiben, sondern leistungsfähiger und effizienter werden. Beim dafür notwendigen Rückgriff auf neueste Informationstechnik ist die Verwundbarkeit gegenüber Angriffen aus dem Cyberraum und elektromagnetischen Spektrum zu berücksichtigen. Systeme sind daher widerstandsfähiger, autonomer und möglichst autark zu konzipieren. Immer weiter reichende, schwer detektier- oder abwehrbare Waffensysteme, wie Hyperschallwaffen,

sind als facettenreiche Herausforderung für die eigene Sicherheit, aber auch als Chance zu begreifen, das eigene Fähigkeitsspektrum zu erweitern. Teil- und Vollautonomie bieten darüber hinaus domänenübergreifend Möglichkeiten, um Streitkräfte auf dem MDB in vielerlei Hinsicht effizienter einzusetzen.

Multi-Domain Operations (MDO) beschreiben den hochagilen Einsatz von Streitkräften im MDB unter synchronisierter Führung der Assets aller Dimensionen, um ein Operationsziel zu erreichen. Wesenskern ist der gleichzeitige, ggf. schnell wechselnde, Zugriff auf Sensoren und Effektoren, um lokale temporäre Informations- und Wirküberlegenheit zu erreichen, um effizient physische, virtuelle und kognitive Effekte beim Gegner zu erzielen.

Es ist unserer Überzeugung nach aber nicht nur das Militär, das sich auf den modernen Krieg vorzubereiten hat. Stattdessen sind auch gesamtstaatliche Ansätze notwendig, um einerseits als Gesellschaft gewappnet zu sein und andererseits die eigenen Streitkräfte in die Lage zu versetzen, ihrem verfassungsgemäßen Auftrag nachzukommen. Die Frage nach dem „Was fehlt?“, war bereits vor dem russischen Überfall auf die Ukraine wesentlicher Kern unserer Betrachtung: Wie verteidigen wir Soldaten das deutsche Volk tapfer, ohne die notwendigen Mittel zum flächendeckenden Schutz in allen Dimensionen? Wer versorgt die Streitkräfte, wenn der Materialverbrauch in Zeiten des Krieges exorbitant steigt? Sind Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, sind wir selbst als Streitkräfte überhaupt darauf vorbereitet und willens, einen Krieg unter Einsatz aller Ressourcen zu führen? Wie erkennt die Bundeswehr militärisch relevante Technologien und bringt sie zur Anwendung, bevor es zu spät ist? Und wo sind die Grenzen von Völkerrecht, Ethik und Moral, wenn der eigene Einsatz von KI gegenüber der sonst womöglich wehrlosen, eigenen Gesellschaft abzuwägen ist? Für uns war daher klar, dass der Krieg auch heutzutage kein rein militärisches Phänomen ist. Wo also jene Teile des „Kriegs der Zukunft“ unterbringen, die außerhalb der Zuständigkeit der Bundeswehr liegen, für siegfähige Streitkräfte aber unabdingbar sind?

Es ist unserer Überzeugung nach aber nicht nur das Militär, das sich auf den modernen Krieg vorzubereiten hat. Stattdessen sind auch gesamtstaatliche Ansätze notwendig.

Das *Multi-Domain Environment* (MDE) umfasst den Einsatzraum der strategischen Fähigkeiten der Streitkräfte, die Zuständigkeitsbereiche anderer staatlicher Akteure, insbesondere der Sicherheitsorgane und der Gesellschaft selbst. Außerdem bildet das MDE den notwendigen Rahmen für erfolgreiche MDO. Dieser Rahmen schließt die Abwehr von gegen Staat und Gesellschaft gerichtete hybride Kampagnen potentieller Gegner, eine in Mitteln und Willen glaubwürdige Abschreckung sowie die Reaktionsfähigkeit der Streitkräfte ein. Dazu bedarf es einer gesamtstaatlichen, strategischen Steuerung aller Akteure, um Staat und Gesellschaft auf einen möglichen Konflikt vorzubereiten und diesem frühestmöglich wirkungsvoll zu begegnen.

Die Kriege jüngerer Vergangenheit zeigen: Die Zivilgesellschaft und ihre Infrastruktur bleiben Ziel militärischer Operationen von Akteuren, die unser Werteverständnis nicht teilen. Während die Bundeswehr, nach Dekaden des Friedens und der Hoffnung auf das Ende der Geschichte, unzureichend auf den Schutz der Bevölkerung in der physischen Dimension vorbereitet ist, ist diese virtuellen und kognitiven Effekten fast schon wehrlos ausgeliefert. Auch die Corona-Pandemie oder die Flut im Ahrtal führte uns deutlich vor Augen, dass die gesamtstaatliche Sicherheits- und Daseinsvorsorge vernachlässigt worden ist.

Dennoch: Zu allererst bleiben es die Streitkräfte, die das MDB verstehen und sich diesem anpassen müssen, um zukünftig siegfähig zu sein. Notwendige Unterstützung anderer Ressorts anzustoßen, kann nur in der Verantwortung des BMVg liegen. Unsere Analyse förderte ca. 50 konkret benannte, aktuell und künftig bestehende operative Herausforderungen für die Streitkräfte zu Tage. Für diese wurden

Zu allererst bleiben es die Streitkräfte, die das MDB verstehen und sich diesem anpassen müssen, um zukünftig siegfähig zu sein.

über 100 Lösungsideen entwickelt, die die Entwicklung und Rüstung von Fähigkeiten, neue operative Konzepte, die Veränderung von Streitkräfteplanung, Logistik, Ausbildung oder des Rechtsrahmens und einige weitere Facetten beinhalten.

3. Herausforderungen auf dem Gefechtsfeld der Zukunft

Die Technologisierung des Gefechtsfeldes sowie hybride Bedrohungen und die damit einhergehende Verlagerung der Operationsführung auch in den Welt-, Cyber- und Informationsraum werden stetig an Bedeutung gewinnen. Die Summe aller Veränderungen verhindert zunehmend eine eindeutige Abgrenzung zwischen Frieden, Krise und Krieg sowie militärischen und zivilen Herausforderungen. Genau an diesen Schnittstellen werden potentielle Gegner ansetzen. Gleichwohl wird die konventionelle Kriegsführung, das bestätigen uns auch die Kriege in Syrien, Bergkarabach und der Ukraine, wesentlicher Bestandteil des Gefechtsfeldes bleiben. Raumgreifende Operationen in ruralen Räumen jedoch verlieren gegenüber dem Kampf im urbanen Gelände und inmitten der Zivilbevölkerung an Bedeutung, gleichwohl die Fähigkeit hierzu gefordert bleiben wird.

Ein Großteil zukünftiger Herausforderungen wird durch den technologischen Fortschritt und die damit verbundenen Innovationszyklen bestimmt werden.

Ein Großteil zukünftiger Herausforderungen wird durch den **technologischen Fortschritt** und die damit verbundenen Innovationszyklen bestimmt werden. Ihre Handhabbarkeit, ihr Einsatz bzw. die Nutzung ihrer Vorteile waren und sind seit jeher ausschlaggebend für den Erfolg militärischer Operationen.

Im Bereich der *Informationstechnik* fordert uns die Abhängigkeit vom Elektromagnetischem Spektrum (EMS), ortsfesten und leicht aufzuklärenden Führungseinrichtungen und einer hoch vulnerablen, teils ungeschützten Netzwerkinfrastruktur und Kommunikation. Auch zivil bietet die kontinuierliche Anbindung der Gesellschaft an das Internet und Social-Media-Plattformen oder die automatisierte Überwachung von Umspannwerken, Kläranlagen oder Ölpipelines neben vielen Chancen auch große Risiken für die gesamtstaatliche Verteidigung. Potentielle Gegner können in der Anonymität des Cyber- und Informationsraumes derzeit, ohne substantielle Gegenwehr, unbemerkt und permanent Effekte erzielen.

Kinetische Effektoren und Waffensysteme der Zukunft sind Mittel, die Streitkräfte einsetzen werden, um dem Feind durch Erzeugung multipler Dilemmas überlegen und somit siegreich zu sein. Diese umfassen u.a. hypersonische Fluggeräte, Direct Energy Weapons (DEW, z.B. Laser), High Power Electromagnetics und die Anpassung und Modernisierung von derzeitigen Effektoren an die

Herausforderung des MDB. Diese Harmonisierung bei gleichzeitiger Vernetzung und Implementierung neuer Fähigkeiten in bestehende Konzepte bilden signifikante Aufgabenstellungen für MDO.

Benötigt werden hierfür der uneingeschränkte Zugang und die Kontrolle der *Dimension Weltraum*. In einem Peer-to-peer Konflikt ist davon auszugehen, dass Gegner zu einem sehr frühen Zeitpunkt in der Dimension Weltraum wirken werden. Dafür stehen schon heute Effektoren für offensive Weltraumoperationen wie Anti-Satellite-Weapons (ASAT), Deorbiting-Manöver und DEW zur Verfügung. Der freie Zugang und die friedliche Nutzung des Weltraumes sind somit bedroht.

MDO erfordert, auch unter Einbeziehung des Weltraums, ein effizientes Zusammenbringen von Sensoren und Effektoren verschiedener Dimensionen, um zur richtigen Zeit den gewünschten militärischen Effekt zu erzeugen. Das *Potential automatisierter Prozesse und Entscheidungen* bleibt dabei derzeit weitgehend ungenutzt. Die zunehmende Entwicklung von unbemannten Systemen und KI wird die Automatisierung von Waffensystemen und Wirkketten bis hin zur vollständigen Autonomisierung ermöglichen und damit die Effizienz und die Koordination untereinander signifikant erhöhen. Eine der größten Herausforderungen auf diesem Gebiet entsteht

Eine der größten Herausforderungen auf diesem Gebiet entsteht durch die unterschiedliche ethische wie rechtliche Bewertung innerhalb der Allianz, wie auch bei potentiellen Gegnern.

durch die unterschiedliche ethische wie rechtliche Bewertung innerhalb der Allianz, wie auch bei potentiellen Gegnern.

Der aktuelle Megatrend der *Urbanisierung* setzt sich unverändert fort. Im dicht besiedelten Europa fehlen große rurale Räume, in denen ohne die Gefahr von Kollateralschäden gekämpft werden könnte. Eine zwangsläufige Herausforderung ist es daher, Kämpfe aus urbanen Räumen herauszuhalten und dem Gegner den Zugriff auf die Zivilbevölkerung zu verwehren. Insbesondere das brutale Vorgehen der Russischen Streitkräfte in Syrien und der Ukraine hat uns in der Adressierung dieser Herausforderung bestätigt.

Hybride Kriegsführung, also staatliches oder teilstaatliches, aber unmilitärisches Handeln im außen- und sicherheitspolitischen Kontext stellt eine weitere Herausforderung dar. Propaganda, staatliche Narrative, nicht-attribuierende Cyberangriffe, die Anwendung von „Weaponized Law und Ethics“ und Maßnahmen im EMS, wirken unterhalb der Schwelle einer militärischen Auseinan-

dersetzung. Dieses Zusammenspiel von militärischen und nicht-militärischen Mitteln fordert insbesondere demokratische und föderale Staatstrukturen heraus. Für die Anwendung der Methoden hybrider Kriegsführung sind Akteure wie Russland, China, der Iran und Nordkorea bekannt.

Die zukünftig steigenden Anforderungen an Soldatinnen und Soldaten und insbesondere militärische Vorgesetzte, vor allem im Hinblick auf die *zunehmende Komplexität*, müssen in Einklang gebracht werden. Körperliche Fitness und das Niveau grundlegender Stressresilienz von Bewerbern gehen zurück, während Technikaffinität nicht generell vorausgesetzt werden kann. Zusätzlich müssen Soldatinnen und Soldaten aufgrund der technologischen Entwicklung auf immer stärker spezialisierte Aufgabenfelder vorbereitet werden. *Human Performance Modification* (HPM) eröffnet die Möglichkeiten, die Grenze der individuellen, physischen, psychischen und kognitiven Leistungsfähigkeit zu optimieren und ggf. zu überwinden. Dies ist notwendig, um mit den steigenden Herausforderungen der technologischen Entwicklungen Schritt halten zu können. HPM bietet in diesem Zusammenhang eine weitere Möglichkeit im Umgang mit autonomen, leistungsfähigen Waffensystemen. Dieses umfasst Maßnahmen, die bestehenden Einschränkungen des menschlichen Organismus zu überwinden. Bereits heute sind unterschiedliche Technologien verfügbar, die den Menschen bei vielfältigen Herausforderungen in den Domänen Führung, Aufklärung, Wirkung und Unterstützung (FAWU) unterstützen können. Mit Blick auf die operative Ebene haben insbesondere Maßnahmen der Domäne Führung Potential, den Entscheidungszyklus zu beschleunigen. Doch auch hier darf die Diskussion von Ethik und Moral nicht vernachlässigt werden. Unter *Human Performance Degradation* (HPD) werden alle Maßnahmen subsumiert, welche die menschliche Leistungsfähigkeit beeinträchtigen. Dies kann gezielt durch Mikrowellen, Schall, Nervenkampfstoffe oder ähnliches erfolgen und durch potentielle Gegner operationalisiert werden. Auf dem Gefechtsfeld der Zukunft wird der Mensch noch mehr als heute als Ziel zu verstehen sein.

Zusätzlich müssen Soldatinnen und Soldaten aufgrund der technologischen Entwicklung auf immer stärker spezialisierte Aufgabenfelder vorbereitet werden.

In Summe zeigte sich: Die operativen Herausforderungen für die Bundeswehr haben ihre Grundlage in weit mehr als künftigen militärischen Fähigkeiten potentieller Gegner. Bereits die Gegenwart zeigt ungelöste Fragestellungen auf, sowohl im Militär als auch in der Gesellschaft Hinzu kommen der bloße

Umgang mit dem Dreiklang Innovation, Technologie und Rüstung und der effiziente Einsatz vorhandener Mittel im Rahmen eigener Prozesse, Planungen und Operationsführung, der Herausforderungen weit außerhalb operativer Fragestellungen erkennen lässt, ohne deren Lösung erfolgreiche MDO jedoch unmöglich gemacht werden.

4. Handlungsfelder für die Bundeswehr

Die Vielzahl an Lösungsideen, die in unterschiedlichste Zuständigkeit umgesetzt werden müssen, wurden in sechs wesentliche Handlungsfelder geclustert, in denen sich kurz-, mittel- und langfristig auswirkende Maßnahmen beschrieben wurden, deren Umsetzung jedoch gleichsam zeitnah begonnen werden müssen.

Im Handlungsfeld „**Digitalisierung und Vernetzung**“ muss die Bundeswehr in Zukunft in der Lage sein, Daten auf allen Ebenen und dimensionsübergreifend schnell, effizient und plattformunabhängig auszutauschen. Diese Daten werden dabei in einer *einheitlichen Bundeswehr-Combat-Cloud* gespeichert, verarbeitet und in einem durch KI gestützten *Battle-Management-System* dem Nutzer aufbereitet dargestellt, um ein effizientes Sensor- und Effektoren-Management sicherzustellen. Sensor-2-Shooter-Zeiten werden so in den Sekundenbereich minimiert. Die Übertragung der Daten erfolgt durch Quantenschlüssel-Verteilung und ist damit sicher, sowie durch die Nutzung neuer Übertragungswege (z.B. Unterwasser- und Laserkommunikation) *redundant und zuverlässig*. Die umfassende Vernetzung der Streitkräfte erfordert Protokolle und Verfahren, um *beliebige Hardware* zu integrieren. Statische Hardwarestandards und monolithische Fähigkeitsträger hemmen die Weiterentwicklung. Zudem existieren künftig nur noch kleine, dezentrale und hochmobile Gefechtsstände. Briefings und *Befehlsausgaben werden in den virtuellen Raum* verlagert. Flachere Strukturen ermöglichen einen schnelleren Entscheidungsfindungsprozess.

Eine erfolgreiche Führungsfähigkeit erfordert jedoch sofortige und umfangreiche Investitionen in allen Dimensionen.

Briefings und *Befehlsausgaben werden in den virtuellen Raum* verlagert. Flachere Strukturen ermöglichen einen schnelleren Entscheidungsfindungsprozess.

Eine erfolgreiche Führungsfähigkeit erfordert jedoch sofortige und umfangreiche Investitionen in allen Dimensionen. Am effizientesten und schnellsten kann dies durch die *Einführung von marktverfügbaren Systemen* gelingen. Digitalisierung und Vernetzung sind die Voraussetzung und der Schlüssel für den Erfolg auf dem MDB!

Um erfolgreich zu bestehen, muss die Bundeswehr in der Lage sein, dimensionsübergreifend Effekte (Handlungsfeld „**Multi-Domain-Effects**“) nahezu in Echtzeit zu erzeugen, um den potentiellen Gegner vor multiple Dilemmata zu stellen und schon in seiner Lagebeurteilung zu behindern. Die ukrainischen Streitkräfte haben mit „GIS Arta“ ein *automatisiertes Command and Control-System* zur Nutzung gebracht, das mit einfachsten Mitteln private IT und damit die gesamte Bevölkerung zu einem Aufklärungs- und Wirkungsverband integriert. Ein System, das selbstständig in der Lage ist, eine Vielfalt von Wirkungsketten (System of Systems) – auch in Zusammenarbeit mit anderen Systemen (Network of Networks) – vorzuschlagen und nach Anweisung auszuführen, bietet den Führerinnen und Führern vor Ort flexible Möglichkeiten, einen Effekt zu erzielen und damit gegenüber gegnerischen Kräften einen signifikanten Entscheidungsvorteil. Die KI-Unterstützung ist dabei von vorneherein wo immer möglich am Prinzip „man-on-the-loop“² auszurichten.

Planung und Rüstung müssen sich auf *modulare Wirkungsketten* (sog. „kill-chains“ oder „kill-webs“, also die Gesamtheit der Systeme und Einheiten, die einen bestimmten Effekt erzielen sollen), statt auf monolithische Plattformen wie Kampfpanzer, Kampfhubschrauber, Kampfflugzeuge oder Fregatten konzentrieren. Dieser modulare Aufbau ermöglicht es der Bundeswehr, Fähigkeiten einfacher zu modernisieren, Interoperabilität herzustellen und somit schnell an veränderte Bedrohungslagen anzupassen. Funktionen werden nicht in einzelne teure Plattform integriert, sondern auf eine *Vielzahl von bemannten und unbemannten Systemen* verteilt, die Daten und Verarbeitungsfunktionen gemeinsam nutzen. Ein dazu befähigtes Netzwerk ist so zu konzipieren, dass es flexibel gebildet und schnell angepasst werden kann, um dem militärischen Vorgesetzten eine Auswahl an Effekten anzubieten.

Zunächst sollte geprüft werden, ob eigene Systeme³ zu ähnlichen Fähigkeiten in der Lage sind und ggf. ertüchtigt werden können. Auf dieser Basis gilt es, für Übungsvorhaben eine *experimentelle Multi-Domain Task Force* aufzustellen und Elemente von Mosaic Warfare auszuprobieren. Dieser operative Ansatz des Strategic Technology Office der amerikanischen Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) für die Entwicklung von Streitkräften und Operationen soll eine überlegene Kriegsführung im 21. Jahrhundert sicherstellen. Ein „Mosaik“-System ist so konzipiert, dass es flexibel vernetzt und schnell konfiguriert werden kann, um dem Nutzer belastbare Fähigkeiten zu bieten. Wie die Teile eines Mosaiks kann jedes System (oder jede Einheit), das bestimmte funktionale Merkmale aufweist, mit anderen kombiniert werden.

Neu ist die Geschwindigkeit, Variabilität und Komplexität, die Mosaic Warfare ermöglicht. Durch Vernetzung und Datenaustausch bietet dieses Konzept das Potential, auch in unvorhergesehenen Lagen die Initiative zu gewinnen und den Gegner konstant in seinem Führungsprozess zu stören.

Unter dem Handlungsfeld „**Resilienz – Verteidigung im Frieden**“ haben wir all jene Lösungsideen zusammengefasst, die uns dazu befähigen, jederzeit, sowohl rein militärisch als auch zivil-militärisch, auf hybride Attacken, staatliche Einflussnahme und Katastrophen vorbereitet und *aus dem Stand heraus handlungsfähig* zu sein. In einem ersten Schritt müssen die Teillagebilder verschiedener Ressorts zusammengefasst werden. So kann ein, nicht nur militärisch fokussiertes, *Gesamtlagebild zur Krisenfrüherkennung* generiert werden. Blickt man auf die Erweiterung von Fähigkeiten im Cyberraum, darf sich auch im Frieden nicht nur auf die Abwehr gegnerischer Angriffe konzentriert werden. Vielmehr muss das BMVg auch eine rechtliche Grundlage für *offensive Cybermaßnahmen* schaffen und so das Portfolio strategischer Abschreckung Deutschlands und der NATO um die Wirksamkeit im Cyberraum zu erweitern. Der uneingeschränkte Zugang zum Cyber- und Informationsraum für Jedermann birgt Risiken. Hier muss eine umfassende Refokussierung auf die Themen *Informationssicherheit, (personeller) Geheimschutz und Militärische Sicherheit* im Kontext sozialer Medien, aber auch privat genutzter IT erfolgen.

Die verschiedenen Möglichkeiten zur Auswertung riesiger Datenmengen ermöglichen die frühzeitige Aufklärung gegnerischer Narrative im öffentlichen Informationsumfeld. In Zusammenhang mit dem zu schaffenden ressortübergreifenden Lagebild sollten die Streitkräfte schnellstmöglich diese Chancen für sich nutzen und könnten mit der Schaffung eines *Organisationselementes für strategische Kommunikation* im BMVg aktiv-offensiv gegen diese Narrative wirksam werden.

Abschließend muss für die Truppenteile der Bundeswehr wieder eine *nationale Notfallplanung* geschaffen werden, um über eine resiliente Handlungssicherheit in Krise oder Krieg zu verfügen. Dies umfasst ebenso *materielle Reserven* wie eine engere *Kooperation mit der Rüstungsindustrie*. Eine Überarbeitung des Schutzkonzeptes kritischer Infrastruktur (KRITIS), welche für die Operationsfreiheit der Streitkräfte notwendig ist, muss ehrlich betrieben werden. Ein zu hoher tatsächlicher Bedarf an Objektschutzkräften darf nicht abschrecken, sondern muss angegangen werden. Des Weiteren müssen Vorschriften und Prozesse innerhalb der Bundeswehr wieder auf ihre Notwendigkeit oder Ver-

kürzung/Aussetzung im Spannungs-/Verteidigungsfall hin geprüft werden, um einen „Kaltstart“ realisieren zu können. In Summe bedeutet dies schlicht, dass die Auswirkungen eines Krieges auf Gesellschaft und Wirtschaft wieder vorab gedacht und notwendige Vorbereitungen bereits im Frieden umgesetzt werden müssen.

Sämtliche militärisch-operative Herausforderungen wurden im Handlungsfeld „**Siegfähigkeit – Vom Gegner her denken**“ zusammengefasst. Unser Rüstungsprozess ist zu sehr auf die Fähigkeitsentwicklung im Bündnis und den Konsens, zu wenig auf die harte, militärische Notwendigkeit fokussiert.

In Summe bedeutet dies schlicht, dass die Auswirkungen eines Krieges auf Gesellschaft und Wirtschaft wieder vorab gedacht und notwendige Vorbereitungen bereits im Frieden umgesetzt werden müssen.

Als schwerwiegendste Fähigkeitslücke der Streitkräfte wird der Schutz von Truppenkörpern vor Bedrohungen aus der Luft betrachtet. Dabei müssen *mobile Kapazitäten für C-RAM*⁴ sowie Abwehr von Drohnen/-schwärmen und Loitering Munition im Nah- und Nächstbereich fokussiert und kosteneffiziente Methoden der Bekämpfung, etwa mit Directed-Energy-Weapons, wie z.B. Laser, priorisiert werden. Der Ukrainekrieg zeigt: Auch ein Waffensystem wie der FlakPz GEPARD hat im modernen Krieg seine Daseinsberechtigung, während ein System wie MANTIS höchstens im Schutz von KRITIS sinnvoll nutzbar ist.

Kern von MDO ist das Überwinden gegnerischer A2/AD-Wirkverbünde. Es sind zunächst klassische Systeme wie *Artillerie und Raketenartillerie* in entsprechender Stückzahl (wieder) zu beschaffen und dazu zu befähigen, in einem modernen Wirkverbund koordinierte Effekte innerhalb kürzester Zeit zu erzielen, während sie durch Drohnen zur Aufklärung, für ECM und zur Erhöhung der Abstandsfähigkeit ergänzt werden. Generell gilt: Überall dort, wo *Drohnen* ressourcenschonender denselben Effekt wie ein bisheriges Waffensystem erzielen können, sind diese mindestens ergänzend zu beschaffen.

Es ist zudem unabdingbar, offene Quellen effizient auszuwerten, um Rückschlüsse auf reale gegnerische Truppenbewegungen oder Propaganda ziehen zu können. Mittelfristiges Ziel muss daher eine *KI-gestützte Fähigkeit zur Open Source Aufklärung* sein. Die systematische, maschinenlesbare Speicherung von Informationen und Rohdaten sowie eine anschließende Nutzung durch KI-Systeme versprechen in Zukunft eine Erhöhung des operativen Nutzens und

die Unterfütterung des militärischen Echtzeitlagebilds mit bereits vorhandenen Informationen. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die Bundeswehr kurzfristig die Entwicklung von Verfahren zur KI-gestützten Big-Data-Analyse beauftragen.

Der Weltraum als Operationsraum erlaubt es, sich relativ frei über gegnerischem Gebiet zu bewegen. Zu beschaffende *Kleinstsatelliten* sind schnell einsetzbare und relativ günstig zu ersetzende Aufklärungsmittel, die mit verschiedensten Sensoren ausgestattet werden und auch als resiliente Kommunikationsplattformen dienen können.

Aber auch im Bereich des *Battle-Damage-Managements* gibt es Potential: Über die Einbindung von beispielsweise Augmented Reality-Technologie könnte die Truppe gezielt in der Fehlersuche und -behebung unterstützt werden, indem Baupläne oder Anleitungen als virtuelle Objekte computergeneriert in die Umgebung eingeblendet werden. Die zusätzliche Implementierung von 3D-Druck beziehungsweise additiver Fertigung in die Bundeswehr muss Truppenteile zukünftig in zunehmendem Maße autark von vorgehaltenen Ersatz- und Austauschteilen werden lassen und bedarfsgerechtes Battle-Damage-Repair ermöglichen.

Ebenfalls Schwerpunkt der Betrachtung war die **funktionale Robustheit** unserer Soldaten. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Komplexität und Geschwindigkeit auf dem Gefechtsfeld, der steigenden Ansprüche an zukünftige

Der Mensch muss bis an seine biologische Leistungsgrenze geführt werden und gegebenenfalls darüber hinaus.

Entscheidungssträger, dem steigenden Spezialisierungsgrad sowie der Herausforderungen der demografischen Entwicklung, werden zukünftig grundsätzlich Human Performance Optimization (HPO)-Maßnahmen zum Ausschöpfen des individuellen biologischen Potentials und diese als Basis möglicher Human Performance Enhancement (HPE)-Maßnahmen notwendig sein. Kurz: Der Mensch muss bis an seine biologische Leistungsgrenze geführt werden und gegebenenfalls darüber hinaus.

In diesem Zusammenhang müssen daher eine individuelle Betrachtung und Begleitung des Einzelnen, mittels *Unterstützung durch Wearables und Apps* erfolgen sowie Programme zur *Steigerung der kognitiven Leistungsfähigkeit und der mentalen Widerstandsfähigkeit* entwickelt und implementiert werden. Aufgrund

der bisher wenig untersuchten Aspekte von HPE-Maßnahmen sowie deren ethischen und rechtliche Implikationen sollten Möglichkeiten der *Nutzung von HPE* wie Medikamente, Exoskelette, Implantate, Brain-Machine-Interfaces zeitnah gezielt analysiert werden. Dabei sollte der Fokus darauf gerichtet werden, wie mittels HPE der Nachteil gegenüber autonomen Systemen ausgeglichen werden kann.

Innovatives Denken und Handeln ermöglichen jene Adaptivität und Flexibilität, die taktisch-operatives Führen besser macht und eine stetige organisatorische und technische Erneuerung der Gesamtorganisation schafft. **Innovation ermöglichen** heißt daher das Gebot der Stunde – und zwar auf sämtlichen Ebenen, in sämtlichen Zeitzyklen und in jedwedem Prozess. Damit wird Innovation unter anderem Katalysator und Voraussetzung für das genannte operative Konzept des Mosaic Warfare.

Innovation ist hierbei immer auf ein lösungsorientiertes Umsetzen ausgerichtet. In einem *zivil-militärischen Innovationsökosystem* müssen Eigenkreativität und Innovationsideen in und aus der Truppe sowie weiteren militärischen und zivilen Innovationstragenden berücksichtigt und gefördert werden.

Der Maßstab für die Leistungsfähigkeit des Innovationsökosystems bleibt die zeitliche Komponente, Idea-Ownership des Innovators und schlussendlich der Nutzen für die Streitkräfte. Hierzu ist eine strategische Neuausrichtung notwendig, die eine Schwerpunktsetzung, Priorisierung und *Ressourcensteuerung für Innovationsvorhaben* vorgibt. Die für Innovationsmanagement verantwortlichen Institutionen müssen entlang einheitlicher, aber maximal flexibel gehandhabter Kriterien im Umgang mit Innovation vor allem bestrebt sein, Innovationen frühzeitig zu identifizieren, Synergieeffekte und Wissenspotentiale zu nutzen und unter der Akzeptanz von Fehlschlägen eine schnelle und skalierbare Implementierung anzustreben.

Exemplarisch ist dafür die Sichtbarkeit von Innovationsvorhaben innerhalb der Bundeswehr zu erhöhen und diese explizit durch interne Kommunikation sichtbar zu machen. Darüber hinaus sollten *Test- und Versuchsstrukturen* der jeweiligen Teilstreitkräfte und Organisationsbereiche zu *streitkräftegemeinsamen Zentren* überführt werden, um ein Denken in Dimensionsgrenzen bereits bei Test und Evaluierung zu erkennen und diesem vorzubeugen.

Zu den Autoren

FKpt Alexander Heinrich, Oberstlt i.G. Michael Jappsen und KKpt Sascha Schlegel waren Teilnehmer des Lehrgangs für Generalstabsdienst und Admiralstabsdienst National 2020, an der Führungsakademie der Bundeswehr.

Anmerkungen

- 1 Field Manual 3-0 Operations, DoD, 2022
- 2 Der menschl. Entscheidungsträger kann so jederzeit eingreifen und muss entsprechend befähigt werden. Während man-in-the-loop- Systeme im Einzelfall zu träge sind, sind man-out-of-the-loop-Systeme zumindest bei Waffeneinsatz ethisch schwer vertretbar.
- 3 Als Beispiel seien hier das Lagebilddarstellungssystem MESE (Militärische Erweiterbare Software-Entwicklung) oder der Artillerie-, Daten-, Lage- und Einsatz-Rechnerverbund (ADLER) III genannt.
- 4 Counter Rocket, Artillery, and Mortar (C-RAM) sind Systeme zum Detektieren und Abfangen von anfliegenden Raketen und Artilleriegranaten kurzer Reichweite sowie Mörsergranaten.

Kapitel III

Strategische und operative Fragen im Licht der Theorie von Clausewitz

Gedanken zur Schnittstelle zwischen strategischer Zwecksetzung sowie operativer Umsetzung und dem Ukrainekrieg

Riecht das nicht förmlich nach Clausewitz und Moltke?

Manuela R. Krueger
Christian O. E. Millotat

I. Strategiedefizite, Schlagworte und Fehlen klarer Begriffe

Medienberichte, die Analysen wirklicher und selbsternannter militärischer Expertinnen und Experten und Deutungen von Politikerinnen und Politikern über den Verlauf von Wladimir Putins militärischem Überfall auf die Ukraine und den dort tobenden Krieg erschienen uns zunächst eine Fundgrube für das

Talk Shows oder das Debattieren um leichte oder schwere Waffen für die Ukraine und das Gerede einiger Politikerinnen und Politikern von einem Waffenstillstand sowie Kommentare in den Medien sind untauglich, wenn wir die Problematik zwischen strategischer Zwecksetzung und ihrer operativen Durchsetzung, herausarbeiten wollen.

Behandeln unseres heutigen Themas anzubieten. Rasch haben wir erkannt, warum dieser Ansatz untauglich gewesen wäre. Er kann zum Entziffern der Schnittstellenherausforderung zwischen strategischer Zwecksetzung und operativer Umsetzung nicht zum Grundsätze erkennen herangezogen werden. *Talk Shows* oder das Debattieren um leichte oder schwere Waffen für die Ukraine und das Gerede einiger Politikerinnen und Politikern von einem

Waffenstillstand sowie Kommentare in den Medien sind untauglich, wenn wir die Problematik zwischen strategischer Zwecksetzung und ihrer operativen Durchsetzung, also ihrem kaskadierenden Zusammenhang unter Heranziehung des Krieges in der Ukraine herausarbeiten wollen.

Der Begriff „strategische Zwecksetzung“ im Thema unseres Vortrags ermutigt uns zu einem anderen Weg des analytischen Vorgehens. Es riecht nämlich förmlich nach Generalmajor *Carl von Clausewitz* (1780–1831) sowie Generalfeldmarschall *Helmuth Graf von Moltke* (1800–1891) und weist uns einen erprob-

ten Weg: Wie in unseren früheren Vorträgen bei der Wiener Strategiekonferenz seit 2016, wollen wir ihn weiter beschreiten.

Für Clausewitz sind Streitkräfte nur das Mittel der Politik, um den Zweck eines Krieges, den Sieg, zu erringen, und der Sieg ist nur ein Mittel, den endgültigen Zweck einer Strategie zu erreichen, Frieden zu schaffen.¹ Der Begriff „Zwecksetzung“ in unserem Thema in der Überschrift unseres Vortrags stützt die Erkenntnis, dass noch immer „bei Clausewitz das intellektuelle Rüstzeug zur Schaffung gedanklicher Klarheit für das Verstehen des Einsatzes von Streitkräften als Mittel der Politik in unserer Zeit [zu finden ist].“² Zum Durchdringen der derzeitigen so häufig illusionsgeprägten, verworrenen und von in nicht geringer Zahl überraschend zu militärischen Expertinnen und Experten mutierten, selbsternannten Spezialistinnen und Spezialisten und einer durch eine mittlerweile undurchschaubare Begriffschaos gekennzeichneten Debatte über Gründe und Verlauf des militärischen Überfalls der Ukraine durch Putin wird in unserem Vortrag mit *Clausewitzens* und *Moltkes* intellektuellen Werkzeugen und Axiomen untersucht.

Moltke hat in seinem Essay von 1871 *Über Strategie* formuliert und gefordert:

„Die Strategie ist ein System von Aushilfen. Sie ist mehr als Wissenschaft, ist die Übertragung des Wissens auf das praktische Leben[...] ist die Kunst des Handelns unter dem Druck der schwierigsten Bedingungen [...];“³ „ihr Wert liegt fast ganz in der konkreten Anwendung. Es gilt mit richtigem Takt die in jedem Moment sich anders gestaltende Situation aufzufassen und danach das Einfachste und Natürlichste mit Festigkeit und Umsichtig zu tun.“⁴

Diese Formulierung einer Strategie stellt einen kaskadierenden Zusammenhang an der Schnittstelle zwischen strategischer Zwecksetzung eines Krieges und ihrer operativen, praktischen Umsetzung her. Hätten hiernach Reiterinnen und Reiter, die sich auf ihr bewegen, je einen ihrer Steigbügel in beiden Bereichen?

Johann Wolfgang von Goethes (1749–1832) Feststellung in seinen *Maximen und Reflexionen, Erfahrung und Leben* – „Wer klare Begriffe hat, kann befehlen“⁵ – umfasst für die Formulierung und operative Umsetzung einer Strategie als ersten Pol den Sachverhalt, dass ihre Schöpferinnen und Schöpfer über solche verfügen müssen, bevor sie an die Entwicklung einer Strategie herangehen und ihre operative Umsetzung planen und leiten. Eine systematische Lagebeurteilung,

das Fassen eines Entschlusses sowie die Entwicklung eines Umsetzungsplans, bevor Befehle an die operative Durchführungsebene erteilt werden können, füllt den Bereich im Worte Goethes zwischen klaren Begriffen und Befehlen, seinem zweiten Pol, aus.

Äußerungen von Politikerinnen und Politikern der politisch-strategischen Ebene, die für das Entwickeln von Strategien verantwortlich sind, in den Medien und in den etlichen Talk Shows seit Beginn des Überfalls auf die Ukraine durch Putins Armee, lassen klare Begriffe vermissen. Die Tonlage mancher Kommentare und in den Talk Shows sind martialisch geworden. Sie wetteifern über Fragen nach dem Bereitstellen immer stärkerer Waffen und Kampfmittel für die schwer ringende ukrainische Armee, all das vielfach unter dem Label „Strategie“. Über Waffenlieferungen wird gestritten, die Debatte über ihre strategische Zwecksetzung, also die Ziele dieser Hilfen für die ukrainische Armee, bleibt im Ungefähren. In Berlin reichen die meisten Äußerungen nur bis zu

Über Waffenlieferungen wird gestritten, die Debatte über ihre strategische Zwecksetzung, also die Ziele dieser Hilfen für die ukrainische Armee, bleibt im Ungefähren.

einem anzustrebenden Waffenstillstand. Der Begriff „Sieg“ wird weitestgehend vermieden. *Berthold Kohler* hat in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 2. Juni 2022 in seinem Artikel *Der Eiertanz nach der Zeitenwende* kritisiert, dass der deutsche Bundeskanzler *Olaf Scholz* bei der Parlamentsde-

batte über die Zukunft der Bundeswehr und den Ukrainekrieg am 1. Juni 2022 abermals vermieden habe, einen Sieg der Ukraine zu fordern. Er habe gesagt, *Putin* dürfe „nicht gewinnen“⁶. Das zeigt die Ratlosigkeit in der Debatte. Formeln, wie „Die Ukraine darf den Krieg nicht verlieren“ und „*Putin* darf den Krieg nicht gewinnen“ würden gebetsmühlenartig vorgebracht.⁷ Offenbar hat der französische Staatspräsident *Emmanuel Macron* beim Besuch der Ukraine am 16. Juni 2022 zusammen mit dem deutschen Bundeskanzler *Olaf Scholz*, Italiens Ministerpräsidenten *Mario Draghi* und Rumäniens Präsident *Klaus Johannis* den Begriff „Sieg“ als erster europäischer Staatsmann gebraucht und ausgeführt: „Wir schreiten zusammen zum Sieg.“⁸

Gewiss, wer nicht Kriegspartei sein will, tut sich schwer, Kriegsziele, die *Clauserwitzschen* „Zwecke“, zu formulieren. Politik darf sich aber nicht an unseren Gefühlen und unserer guten Gesinnungsorientierung, ausrichten. Sie muss von vernünftigen sowie verantwortlichen Abwägungen über die Zwecke, mittel- und langfristigen Folgen politischen Handelns, in unserem Fall bei der Unterstützung der Ukraine, geleitet werden.

Irritierend werden auch Schlagworte aus Ereignissen der Geschichte in den Medien und von Politikerinnen und Politikern benutzt, die aus den konkreten historischen Beispielen, an die sie gebunden sind, herausgelöst worden sind. Beispiele:

„Totaler Krieg“⁹ – ein von *Joseph Goebbels* (1897–1945) strapazierter Begriff;

„Abnutzungsschlacht“¹⁰, englisch *Battle of Attrition* – die Beschreibung der dritten Phase der Schlacht um Verdun von 1916,

„Diktatfrieden“¹¹ – ein Begriff der negativen deutschen Bewertung des Versailler Vertrags nach dem Ersten Weltkrieg und

„ausradieren“¹² – ein Begriff *Adolf Hitlers* (1889–1945) zum Zweck des deutschen Luftkrieges gegen britische zivile Ziele.

Im Bereich der Begriffe ist eine babylonische Sprachenverwirrung entstanden, in der die strategische mit der operativen Ebene unentwirrtbar vermischt wird.

Der Verdacht drängt sich auf, dass durch das entstandene Begriffschaos auch die deutsche Bundesregierung nicht mehr weiß, wo die Kugeln sind, die sie zum Bewältigen des Ukrainekrieges ins Spiel gebracht hat. Im Bereich der Begriffe ist eine babylonische Sprachenverwirrung entstanden, in der die strategische mit der operativen Ebene unentwirrtbar vermischt wird.

II. Strategische Zwecksetzung: Strategien von unten?

All das zeigt, dass die strategische Zwecksetzung, also das Ziel von *Putins* Krieg in der Ukraine und die Zwecke für das Schnüren der Hilfspakete für den ukrainischen Verteidigungskrieg, die Sanktionen von *USA*, *NATO* und *EU* gegen Russland, die Lieferung oder Nichtlieferung von Waffen an die ukrainische Armee, ihr Einsatz und das dortige Kampfgeschehen noch immer verschwommen sind. Über sie konnten offenbar die Medien und die Expertinnen und Experten bislang nur wenig enthüllen.

In seinem Artikel *Schleichender Strategiewechsel* in der *FAZ* vom 28. April 2022 zitiert *Majid Sattar* den US-amerikanischen Außenminister *Antony Blinken* nach einem Besuch der Ukraine zusammen mit dem US-amerikanischen Verteidigungsminister *Lloyd Austin* vor dem Auswärtigen Ausschuss des Senats in Washington: „Die Ukrainer haben die Schlacht um Kiew gewonnen. Die Ukraine wird weiterhin ein freies und unabhängiges Land sein.“¹³

Verteidigungsminister *Austin* formulierte am 25. April 2022 in Polen als strategisches Ziel, des Zwecks des amerikanischen Hilfsengagements im Ukrainekrieg:

„Wir wollen Russland in einem Maße geschwächt sehen, dass es dem Land unmöglich macht, zu tun, was es in der Ukraine mit der Invasion gemacht hat.“¹⁴
Genügt eine Strategie mit diesen Inhalten?

Friedrich Schmidt hat in der FAZ vom 30. April 2022 zum angeblichen Zweck von *Putins* sogenannter „Spezialoperation“ ausgeführt: „Vor kurzem erregte der Vorstoß eines russischen Generals Aufsehen, nicht nur, wie Ende März offiziell als Ziel ausgegeben, den Donbass zu erobern, sondern den gesamten Süden der Ukraine bis zum von Moldau abtrünnigen Gebiet Transnistrien.“¹⁵ Diese Aussage wurde offiziell nicht bestätigt. Der Fraktionschef der SPD, *Rolf Mützenich*, hat in einem Gespräch mit der FAZ am 23. Mai 2022 die Frage, „irgendwann wird dieser Krieg zu Ende sein. Russland wird dann bleiben, die Ukraine hoffentlich auch. Wie kann ein Zusammenleben dieser beiden Staaten in Europa aussehen?“¹⁶ wie folgt beantwortet: „Das ist eine Jahrhundertaufgabe für mehrere politische Generationen.“¹⁷ Das ist ein klägliches Verzicht auf eine aktuelle Strategieformulierung, wie sie Amerika und offenbar auch Russland im Ansatz geleistet haben.

Hier ist die Frage zu stellen, ob die moralische Verurteilung von *Putin* als menschenverachtendem, verbrecherischem Aggressor, die Diskussionen um Wafenhilfen für die Ukraine, über Sanktionen gegen Russland auf formulierten Strategien gründen oder ob sie reagierende Hilfskonstrukte, ausgelöst durch die konkrete Lageentwicklung im operativen Umsetzungsbereich waren, aus denen sich mit noch undeutlichen Konturen eine übergeordnete und leitende Strategie aus der operativen Durchführungsebene heraus von unten her entwickelt hat?

Unser Thema, es sei wiederholt, riecht förmlich nach *Clausewitz* und *Moltke*, und im Bereich der Begriffe sind wir bei ihnen: Clausewitz wusste, dass es in Fragen des Gebrauchs von Streitkräften in den Köpfen von Politikerinnen und Politikern sowie von Soldatinnen und Soldaten „Faltenkniffe“¹⁸ gibt. Sie sind zurzeit sehr deutlich. *Clausewitz* wollte sie mit seinem Werk *Vom Kriege* ausbügeln und „[...] zeigen, worum es sich handelt“, und was für uns heute bei der Interpretation des Ukrainekrieges „eigentlich in Betrachtung zu ziehen ist“.¹⁹

III. Schnittstellen von Strategie und ihre operative Umsetzung sowie Intensität ihrer Kaskadierung

Welche Funktion und Wirkungsmacht haben Schnittstellen, damit sie einen kaskadierenden, also mehr oder weniger miteinander verbundenen Wirkungszusammenhang zwischen strategischer Zwecksetzung und dem Bereich ihrer operativen Umsetzung leisten können? Die operative Umsetzung einer Strategie erfolgt heute auf der militärstrategischen und taktischen Ebene.²⁰ Welche Voraussetzungen sowie Bedingungen müssen hierzu von den Akteuren der politischstrategischen Ebene erfüllt werden, die für das Entwickeln einer Strategie zuständig sind?

Es geht dabei für die politisch-strategische Ebene auch um die Frage, welche Qualifikation die Verantwortlichen für die Entwicklung einer Strategie benötigen

Wir wollen im Folgenden mit *Clausewitzens* und *Moltkes* Erkenntnissen den kaskadierenden Zusammenhang an der Schnittstelle von Strategie und ihrer operativen Umsetzung herausarbeiten. Es geht dabei für die politisch-strategische Ebene auch um die Frage, welche Qualifikation die Verantwortlichen für die Entwicklung einer Strategie benötigen sowie beachten und mit welcher Intensität sie wann in die Ebene der operativen Umsetzung hinein eingreifen müssen.

Moltke hätte es begrüßt, wenn der Begriff „Schnittstelle“ unseres Themas bedeuten würde, die politisch-strategische Ebene scharf von der operativen Umsetzungsebene zu trennen, also eine Trennfunktion zur politisch-strategischen Ebene zuzuordnen. In seinem Essay von 1871 *Über Strategie* hat er hierzu formuliert und gefordert:

„Die Politik bedient sich des Krieges für Erreichung ihrer Zwecke, [...] die Strategie [...] arbeitet am besten der Politik in die Hand, nur für deren Zweck, aber im Handeln völlig unabhängig von ihr.“²¹

Der Streit über diese Frage zwischen *Otto von Bismarck* (1815–1898) und *Moltke*, vor allem im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71, schlichtete der spätere Deutsche Kaiser Wilhelm I. (1797–1888) meistens zugunsten *Bismarcks*, also im Clausewitzischen Sinne, der gefordert hat:

„[...] Krieg ist nichts als eine Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel. Wir sagen mit Einmischung anderer Mittel, um damit zugleich zu behaupten, daß dieser politische Verkehr durch den Krieg selbst nicht aufhört, [...] sondern, daß er in seinem Wesen fortbesteht, wie auch seine Mittel gestaltet sein mögen, deren er sich bedient. [...] Hiernach kann der Krieg niemals von dem politischen Verkehr getrennt werden, und wenn dies in der Betrachtung irgendwo geschieht, werden gewissermaßen alle Fäden des Verhältnisses zerrissen, und es entsteht ein sinn- und zweckloses Ding.“²²

Die Politik, ihr erster Rang und ihre Vorgaben sowie Aufgaben – *Clausewitz* nennt sie „Lineamente“²³ – bleibt also im Krieg stets bestimmend, also auch in voller Verantwortung für die operative Umsetzung ihrer Strategie. Was aber versteht Clausewitz unter Politik, die sich im Kriege fortsetzen und dann zum Frieden führen soll? In seiner *Clausewitz*-Biographie hat *Wilhelm Ritter von Schramm* (1898–1983) hierzu ausgeführt:

„Es ist also die Politik des Ausgleichs, der Integration, der Ganzheit der Interessen sowohl der nationalstaatlich verfassten, wie die der menschlichen Gesellschaft im Ganzen, die Clausewitz meint, wenn er von Politik spricht. Sie will er gewahrt wissen, auch bei Anwendung anderer Mittel, wenn sich der Interessenkonflikt blutig gelöst hat.“²⁴ Wir kommen später hierauf zurück.

Der *Clausewitz*-Experte Professor *Dietmar Schössler* hat es als „prekär“²⁵ bezeichnet, dass erst in der HDv 100/100 Truppenführung von Dezember 2000 des Deutschen Heeres dieses Axiom von Clausewitz festgeschrieben und Moltkes Auffassung verworfen worden ist. Die Autoren der Dienstvorschrift hätten damit die berechtigte Kritik etwa *Werner Hahlwegs* (1912–1989) und anderer Autoren, die bei *Moltke* im Bereich der politisch-militärischen Beziehungen eine Bruchstelle gegenüber *Clausewitz* kritisiert hätten, beseitigt. Schössler schlägt sogar vor, bei der politischen Ebene *Clausewitz* den Vorrang zu geben und erst unterhalb der politisch-strategischen Ebene *Moltke* einzubeziehen.²⁶

In unserem Vortrag bei der *Wiener Strategiekonferenz 2018* über unverrückbare Grundsätze militärischen Handelns im Frieden, in Krisen und im Krieg, haben wir auf unseren heutigen Vortrag hinführend, für die Entwicklung einer Strategie Verantwortlichen drei geistige Clausewitzische „Leitgeländer“ formuliert.²⁷ Sie gelten zudem für das Thema unseres Vortrages:

Erstes Leitgeländer:

„Daß die Politik an den Krieg Forderungen macht, die er nicht leisten kann, wäre gegen die Voraussetzung, daß sie das Instrument kenne, welches sie gebrauchen will, also gegen eine natürliche, ganz unerläßliche Voraussetzung.“²⁸

Das heißt, die politisch-strategische Ebene darf nach *Clausewitz* an Soldatinnen und Soldaten der Ebene der operativen Umsetzung der Strategie keine Forderungen stellen, die diese nicht leisten können.

Zweites Leitgeländer:

„Freilich dringt das politische Element nicht tief in die Einzelheiten des Krieges hinunter, man stellt keine Vedetten [= Feldwachen] auf und führt keine Patrouille nach politischen Rücksichten [...].“²⁹

Und drittes Leitgeländer:

Eine zukunftsweisende Strategie für die Zeit über einen Waffenstillstand hinaus ist für den Ukrainekrieg bisher von keiner Seite entwickelt worden.

„Soll ein Krieg ganz den Absichten der Politik entsprechen, und soll die Politik den Mitteln zum Kriege ganz angemessen sein, so bleibt, wo der Staatsmann und der Soldat nicht in einer Person vereinigt sind, nur ein gutes Mittel übrig, nämlich den obersten Feldherrn zum Mitglied des Kabinetts zu machen, damit dasselbe teil an den Hauptmomenten seines Handelns nehme.“³⁰

IV. Charakteristika einer Strategie und Forderungen an die für sie Verantwortlichen

Eine zukunftsweisende Strategie für die Zeit über einen Waffenstillstand hinaus ist für den Ukrainekrieg bisher von keiner Seite entwickelt worden. Einfacher wäre sicher gewesen, wenn die politisch-strategische Ebene für die Hilfeleistungen vieler Staaten, der NATO und der EU und vor allem der USA über ihre Zwecke, wie es die ukrainische Seite für ihren Verteidigungskrieg getan hat, eine untereinander abgestimmte Strategie entwickelt hätte und deren operative Umsetzung anordnen und leiten würde.

Welche Forderungen sollten an die für die Entwicklung von Strategien und operativer Umsetzung Verantwortlichen gestellt werden? Clausewitz hat in seinem Buch *Der Russische Feldzug von 1812* von einem Strategen gefordert:

„Wer sich in einem Element bewegen will wie der Krieg ist, darf durchaus aus den Büchern nichts mitbringen als die Erziehung seines Geistes; bringt er fertige Ideen mit, die ihm nicht der Stoß des Augenblicks eingegeben, die er nicht aus seinem eigenen Fleisch und Blut erzeugt hat, so wirft ihm der Strom der Begebenheiten sein Gebäude nieder, ehe es fertig ist.“³¹

Und weiter sagt er zur operativen Umsetzung einer Strategie: „Aber die Hauptsache ist die Schwierigkeit der Ausführung. Im Kriege ist alles einfach, aber das Einfachste ist höchst schwierig. Das Kriegs-Instrument gleicht einer Maschine mit ungeheurer Friktion, die nicht wie in der Mechanik auf ein paar Punkte zurückgeführt werden kann, sondern überall mit einem Heere von Zufällen im Kontakt ist.“³²

Für *Clausewitz* und auch *Moltke* mussten für Strategien Verantwortliche „wissende“ Praktikerinnen und Praktiker sein.³³ Die Theorie, die praktischem Handeln-Können zugrunde liegt, die durch Denken und Studium erworben wird, so sagt Clausewitz schließlich, ist „demjenigen ein Führer, der sich mit dem Kriege aus Büchern vertraut machen will; sie hellt ihm überall den Weg auf, erleichtert seine Schritte, erzieht sein Urteil und bewahrt ihn vor Abwegen.“³⁴

Was besagen diese den Wert des praktischen Handeln-Könnens so scharf betonenden Forderungen von *Clausewitz* und *Moltke* für die Verantwortlichen, die auf der politisch-strategischen Ebene Strategien entwickeln und sie operativ umsetzen müssen? Hierzu gehört heute mehr denn je die Einbeziehung aller

Eine Strategie ist kein Selbstläufer. Ständig und mit klaren Begriffen sollten sie bereit sein, ihre Strategie an die Lageentwicklung im Kriegsgebiet anzupassen.

Führungsebenen und außermilitärischen Bereiche sowie deren Akteurinnen und Akteure. Das haben wir in früheren Strategiekonferenzen ausführlich dargestellt.³⁵

Die für die Entwicklung einer Strategie sowie ihre operative Umsetzung Verantwortlichen befinden sich in einem permanenten Entscheidungs- und Kontrollprozess. Sie können sich nicht nach der Formulierung ihrer Strategie in einen elfenbeinernen Turm zurückziehen. Eine Strategie ist kein Selbstläufer. Ständig und mit klaren Begriffen sollten sie bereit sein, ihre Strategie an die

Lageentwicklung im Kriegsgebiet anzupassen, entstehende Friktionen bei den Operationen ausräumen und zusätzliche Kräfte und Mittel bei Bedarf sicherstellen können. Es kann die Lage eintreten, dass sich eine Strategie als undurchführbar erweist, aufgegeben werden und neu entwickelt werden muss. Hierzu sollten die Verantwortlichen Rat aus allen relevanten Bereichen des eigenen Staates und ihrer Verbündeten einholen, ihre Partnerinnen und Partner drängen, überzeugen sowie Kompromisse mit ihnen eingehen. Der Rat von Soldatinnen und Soldaten der operativen Ebene und der Dialog mit ihnen ist Schlüssel zum Erfolg.

Diese Prozesse sind oftmals zäh, manchmal auch führen sie zu dem Ergebnis, dass eine Strategie nicht umgesetzt werden kann, weil ausreichende Kräfte und Mittel fehlen und andere Faktoren sowie Entwicklungen dies verhindern. Der kaskadierende Wirkungszusammenhang zwischen der operativen Ebene und der Ebene der strategischen Zwecksetzung, die politische Entscheidungsebene, wird dabei oft auf das Machbare reduziert. Dies zu erkennen und zu orchestrieren, erfordert auf der politisch-strategischen Ebene die *Clausewitzischen* und *Moltkeschen* „wissenden“ Praktikerinnen und Praktiker.

Im Kriege hat nur das Einfache Erfolg, wie es also Clausewitz betont. Das erfordert alle verantwortlichen Bereiche einbeziehende, eindeutige und verständliche Strategieformulierungen, die verstanden, von allen Beteiligten akzeptiert und auf der operativen Ebene durch die Truppenführerinnen und Truppenführer möglichst friktionsfrei umgesetzt werden können. Zu der Verantwortungsbreite der politisch-strategischen Ebene, den Proportionen und Facetten sowie der hierarchischen Einordnung ihres Wirkens fordert *Clausewitz*:

Es ist „selbst schädlich“ und „unzulässig“, sagt er im sechsten Kapitel des achten Buches seines Werks *Vom Kriege*, wenn „[...] ein großes kriegerisches Ereignis oder der Plan zu einem solchen eine rein militärische Beurteilung zulassen soll; ja es ist ein widersinniges Verfahren, bei Kriegsentwürfen Militärs zu Rate zu ziehen, damit sie rein militärisch darüber urteilen sollen wie die Kabinette wohl tun; aber noch widersinniger ist das Verlangen der Theoretiker, daß die vorhandenen Kriegsmittel dem Feldherrn überwiesen werden sollen, um danach einen rein militärischen Entwurf zum Kriege oder Feldzuge zu machen.“³⁶

Gerhard Ritter (1888–1967) hat im zweiten Band seines Werks *Staatskunst und Kriegshandwerk* darauf hingewiesen, Deutschlands „Unglück“ sei gewesen, dass der Feldzugplan, die Strategie von 1914 „rein militärisch“ erdacht worden sei und die „vorhandenen Kriegsmittel“ dem Feldherrn, dem Chef der Obersten Heeresleitung, zugewiesen worden seien, ohne dass rechtzeitig eine Abstimmung zwischen Kriegsbedarf und verfügbaren Mitteln stattgefunden habe.³⁷

Die für eine Strategie Verantwortlichen haben auch zu entscheiden, wie intensiv sie sich kontrollierend und bei Bedarf korrigierend in die operative Durchführung ihrer Strategie einschalten, d. h. wann und wie sie dort eingreifen müssen.

Ein Beispiel über die Folgen des Nichteingreifens der politisch-strategischen Ebene in die Ebene der Operationsführung haben Reinhard Bingener und Markus Wehner in der FAZ vom 26. April 2022 in ihrem Artikel *Wie wird man den Altkanzler los?* behandelt und dazu eine Aussage vom deutschen Altbundeskanzler Gerhard Schröder in einem Interview mit der New York Times referiert,

Die für eine Strategie Verantwortlichen haben auch zu entscheiden, wie intensiv sie sich kontrollierend und bei Bedarf korrigierend in die operative Durchführung ihrer Strategie einschalten.

Putin habe offenbar nicht selbst die Befehle für die grausame Tötung von wehrlosen Zivilisten in Butscha bei Kiew erteilt.³⁸ Im Zweiten Weltkrieg wurde häufiger bei deutschen Kriegsverbrechen und militärischen Pannen von Frontsoldaten entschuldigend geäußert: „Wenn das der Führer wüsste.“³⁹, weil er für unfehlbar gehalten

wurde.⁴⁰ Wenn Putin als Oberbefehlshaber Kriegsverbrechen seiner Soldatinnen und Soldaten hätte unterbinden wollen, wären durch ihn unverzüglich die Täterinnen und Täter ihrer Bestrafung zugeführt worden. Ob dies geschehen ist, wissen wir nicht. Für eine Strategie Verantwortliche müssen persönlich überwachen, abstellen und bestrafen, wenn Kriegsverbrechen als Folge mangelhafter Ausbildung und durch Hassgefühle auf GegnerInnen und Zivilbevölkerung ausgelöst werden und die unmittelbaren Vorgesetzten ihnen nicht Einhaltung gebieten. Hierbei bis auf den einzelnen Soldaten durchzudringen, setzt bei den Strateginnen und Strategen Durchsetzungswillen, hartes Durchgreifen und Erfahrung in der Truppenführung voraus.

Soldatisches Handeln von heute bedarf noch stärker als bisher einer ständig abzusichernden und durchgesetzten Verrechtlichung, obwohl bereits der Soldatenberuf der einzige Beruf ist, indem laut den Rechten und Pflichten al-

ler Soldaten, Paragraph 17 Soldatengesetz, „[...] einwandfreies Verhalten in und außer Dienst (§ 17)⁴¹“ vorgeschrieben ist. Auf der einen Seite steht das Axiom, dass Führerinnen und Führer der operativen Ebene, die auf Befehle warten, die Gunst des Augenblicks nicht nutzen können. Auf der anderen Seite steht das komplizierte Einsatzrecht, das soldatisches Handeln einhegt und reglementiert. Dass Aktivistinnen und Aktivisten des globalen Terrorismus das Einsatzrecht nicht beachten, ist eine schwere Bürde für heutige Soldatinnen und Soldaten. Vor diesem Hintergrund müssen Soldatinnen und Soldaten dazu erzogen und ausgebildet werden, immer nach ihnen vermitteltem Recht zu handeln und auch in den schwierigsten Lagen im Einsatz und Krieg handeln zu wollen. Die hierzu nötige Ausbildung und Dienstaufsicht der Verantwortlichen auf der strategischen und ihrer unmittelbaren Vorgesetzten auf der operativen Ebene ist offensichtlich bei russischen Soldatinnen und Soldaten in der Ukraine unterblieben, es sei denn, diese Kriegsverbrechen seien gewollt gewesen, was Altkanzler *Schröder* für *Putin* bezweifelt hat.

Das Ausbildungsziel „Erziehung zum Hass“ war in den Jahren des Warschauer Paktes, z. B. in der Felddienstvorschrift der Streitkräfte der *UdSSR* von 1962 und auch in der Gefechtsvorschrift der Landstreitkräfte der *NVA* von 1983 verankert:

„Die Aufgaben der politischen Arbeit unter Gefechtsbedingungen sind, [...] die Soldaten zu einem brennenden Haß gegen den Gegner [...] zu erziehen; [...]“⁴² ist in der Dienstvorschrift der Sowjetarmee formuliert.

In der entsprechenden *NVA*-Dienstvorschrift wurde „die Entwicklung des Hasses auf den Gegner“ als Aufgabe der politischen Arbeit bei der Vorbereitung und im Verlauf des Gefechts gefordert.⁴³ Gibt es dieses Erziehungs- und Ausbildungsziel noch immer in den Streitkräften *Putins*? Wenn ja, hat es sicher zu Kriegsverbrechen in der Ukraine gegen Zivilistinnen und Zivilisten und gefangene Soldatinnen und Soldaten motiviert. Was wären die Folgen in Bezug auf einen Waffenstillstand und die Zeit danach mit dem Ziel Friede?

Und eine weitere Frage sollte hier gestellt werden: Was nutzt die beste theoretische Schulung der Verantwortlichen im strategischen Denken durch Studieren sowie Erlernen der Elemente einer Strategie, wenn Methoden ihrer praktischen Umsetzung nicht bei ihrer Ausbildung vermittelt, beherrscht und geübt worden sind und sie keine praktische Veranlagung sowie Führungserfahrung haben? Dann besteht die Gefahr, dass ihr Verhalten von den von *Clausewitz*

erkannten „Faltenkniffen“ fatal geprägt würde und erfolgreiches Handeln in die operative Ebene hinein unterbliebe.

V. Schwierig zu erkennende Horizonte von Strategien und strategische Notwendigkeiten

Das zitierte strategische Ziel der USA zur Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Putin, „Wir wollen Russland in einem Maße geschwächt sehen, dass es dem Land unmöglich macht, zu tun, was es mit der Ukraine mit der Invasion gemacht hat“, lässt die Hauptforderung von *Clausewitz* an eine Strategie außer Acht, Friede durch sie zu schaffen. Zur Erinnerung: Streitkräfte sind nach *Clausewitz* nur das Mittel, den Sieg zu erringen, der Sieg nur ein Mittel, den endgültigen Zweck einer Strategie, den Friede, zu erreichen.

Dieses Ziel zu erkennen, zu formulieren und das Verhalten der Soldatinnen und Soldaten auf der operativen Durchführungsebene durch Ausbildung geistig zu rüsten sowie durch persönliches Eingreifen im Kampf bei Verstößen sicherzustellen, ist die wohl schwierigste Aufgabe der für eine Strategie Verantwortlichen.

In seiner Altersschrift von 1795 *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*⁴⁴ hat Immanuel Kant (1724-1804) im 6. Präliminarartikel, d. h. Verbotsartikel, an das Handeln eines Staates, gefordert:

„Es soll“, hat er formuliert, „sich kein Staat im Kriege mit einem andern solche Feindseligkeiten erlauben, welche das wechselseitige Zutrauen im künftigen Frieden unmöglich machen müssen. [...] Denn irgendein Vertrauen auf die Denkart des Feindes muß mitten im Kriege noch übrig bleiben, weil sonst auch kein Friede abgeschlossen werden könnte, und die Feindseligkeit in einen Ausrottungskrieg (*bellum internecinum*) ausschlagen würde.“⁴⁵

Angesichts der Abscheu erregenden Kriegsverbrechen von Soldatinnen und Soldaten der russischen Armee an der Zivilbevölkerung der Ukraine ist diese Forderung zur Zeit schwer zu vermitteln. Dennoch darf sie bei der Formulierung einer Strategie unseres Erachtens nie aus dem Auge verlorengehen. Clausewitz wurde sie sowie Kants „logische Methode“ durch den Philosophen *Johann Gottfried Kiesewetter* (1766–1819) vermittelt. Sie sollten sein späteres Hauptwerk *Vom Kriege* prägen.⁴⁶

Die Versuche der Staats- und Regierungschefinnen und -chefs, trotz aller Kriegsgräuel den Dialog mit Putin immer wieder zu suchen, erfüllen *Kants* und *Clausewitzens* Forderung nach Wegen zum Frieden über einen Waffenstillstand hinaus. Diese Herausforderung muss jetzt angepackt werden und ist eben kein Generationenprojekt, wie von *Mützenich* angenommen. Und, die politisch-strategische Ebene muss durch Dienstaufsicht und Handeln in die operative Ebene hinein ein Verhalten der Truppe erzwingen, welches *Kants* zitierte Forderung nicht blockiert. Das zeigt, wie eng die kaskadierenden Zusammenhänge zwischen Strategie und operativer Umsetzung immer sind und die Schnittstelle zwischen beiden kein trennendes Zerschneiden in zwei Sphären zur Folge hat. Sie sind in unterschiedlicher Intensität immer kaskadierend miteinander verbunden.

VI. Zusammenfassung

Wir haben herausgearbeitet, dass sich zwischen der politisch-strategischen Ebene, die für das Entwickeln einer Strategie zuständig ist, und ihrer strategischen Zwecksetzung z. B. bei den Hilfsleistungen für die Ukraine und ihres Verteidigungskrieges sowie ihrer operativen Umsetzung auf den Ebenen der militärischen Strategie und Taktik immer ein facettenreicher und kaskadierender Wirkungszusammenhang besteht, der nur von „wissenden“ Praktikerinnen und Praktiker aus dem Kreis der für Strategien Verantwortlichen bewältigt sowie orchestriert werden kann. Sie entscheiden, in welchem Maße und mit welcher Intensität sie sich in die operative Ebene einschalten müssen, um dort zu korrigieren, Mängel abzustellen, Kriegsverbrechen zu ahnden und Kompromisse einzugehen, um eine die jeweilige Lage berücksichtigende Strategie und ihre Umsetzung bis zum untersten Soldaten hinunter realisieren zu können.

Strategien müssen über einen Waffenstillstand hinausweisen und Wege aufzeigen, wie nach dem Ende einer Auseinandersetzung Friede erreicht werden kann.

Strategien entstehen im Dialog mit der operativen Umsetzungsebene in enger Kooperation mit den Truppenführerinnen und Truppenführer der nachgeordneten Bereiche und den vielen Akteurinnen und Akteure des eigenen Staates sowie im Dialog mit Verbündeten. Sie sind ein „System von Aushilfen“, die das Handeln-Können unter dem Druck schwierigster Bedingungen ermöglichen.

Strategien müssen über einen Waffenstillstand hinausweisen und Wege aufzeigen, wie nach dem Ende einer Auseinandersetzung Frieden erreicht werden kann. Dieses Ziel dürfen sich die für eine Strategie und ihre operative Umsetzung Verantwortlichen nicht durch Dulden verbrecherischer Handlungen ihrer Soldatinnen und Soldaten verbauen. Ein Restvertrauen in die humanitäre Haltung des Gegners, an die *Kant* und *Clausewitz* glaubten, darf nicht zerstört werden.

In der Umsetzungsphase einer Strategie behält die Politik ihren ersten Rang und hat immer vielfältige Aufgaben, die auf die Unterstützung der operativen Durchführungsebene und Frieden abzielen.

Für die mannigfachen Hilfeleistungen vieler Bündnisse und Staaten für die Ukraine bedarf es einer Strategie aller Beteiligten sowie klarer, eindeutiger Begriffe, um eine babylonische Sprachenverwirrung zwischen den Akteuren sowie in den Medien zu vermeiden und Friktionen zu vermindern. Diese sind zurzeit weder bei Politikerinnen und Politiker noch bei Medien und einigen selbsternannten Expertinnen und Experten vorhanden.

Und abschließend: *Clausewitz*, *Moltke* und ihre Axiome bieten die intellektuellen Werkzeuge und Erkenntnisse für eine grundsätzliche Analyse des kaskadierenden Wirkungszusammenhangs einer Strategie und ihrer operativen Umsetzung, für die praktischen Anforderungen an Strateginnen und Strategen und ihren vielfältigen Wirkungsfeldern bei ihrer Umsetzung unter dem „Primat der Politik“ sowie „geistige Leitgeländer“ für ihr sicheres Handeln. Sie tragen dazu bei, „Faltenkniffe“ in den Köpfen der Handelnden zu reduzieren, die zu irreparablen Fehlern sowie Fehlentscheidungen führen können.

Zu den Autoren:

Generalmajor a.D. Christian E. O. Millotat war von 1963-2004 Soldat der Bundeswehr; Panzergrenadiertruppe, deutsche und kanadische Generalstabsausbildung, US Army War College. Nationale und internationale Verwendungen, u.a. als Stabsabteilungsleiter Füh III im BMVg, Kommandeur 11. MotSchtzDiv, Brigadekommandeur, Stellvertreter des Kommandierenden Generals des II. (GE/US) Korps sowie Stellvertreter und Kommandeur der Kosovo Force. Befehlshaber im Wehrbereich II. Nach Zurruesetzung 2005/2007 Director of the Department of Security Cooperation der OSZE und Sicherheitsberater des Hohen Beauftragten für Bosnien-Herzegowina. Leiter des Regionalkreises Südwest der Clausewitz-Gesellschaft e.V. und Lei-

ter des Forum Mainz der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V. Zahlreiche Veröffentlichungen im In- und Ausland über militärhistorische und Fragen der operativen Führung.

M.Ed. / B.A. Manuela R. Krueger ist selbstständige Friseurmeisterin und Masterstudentin an der Technischen Universität Darmstadt in den Fachbereichen Geschichte und Körperpflege. Managerin des Forum Mainz der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e. V. Veröffentlichungen zu militärhistorischen und Fragen der Führung sowie Buchbesprechungen im In- und Ausland.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Millotat, Christian E. O.: Eliten der Bundeswehr im Einsatz. Offiziere im Generalstabs- und Admiralstabsdienst – Wurzeln, Herausforderungen, Persönliche Erfahrungen –, Stegen am Ammersee: Druffel & Vowinckel 2009, S. 269.
- 2 Millotat, Christian E. O.: Das preußisch-deutsche Generalstabssystem. Wurzeln – Entwicklung – Fortwirken, hrsg. von: König, Ernst F.; Schössler, Dietmar; Stahel, Albert A.: Strategie und Konfliktforschung, Zürich: vdf, Hochschulverlag ETH, S. 146.
- 3 Moltke, Helmuth von: Über Strategie. 1871, in: Krumpelt, Ihno: Die grossen Meister der Kriegskunst. Clausewitz Moltke Schlieffen, Frankfurt am Main: E. S. Mittler & Sohn 1960, S. 203–205, hier 205.
- 4 Moltke, Helmuth von: Verordnungen für die Höheren Truppenführer. 21. Juni 1869, in: Stumpf, Reinhard (Hrsg.): Kriegstheorie und Kriegsgeschichte. Carl von Clausewitz, Helmuth von Moltke, Frankfurt am Main: Deutscher Klassiker 1993, (= Bibliothek der Geschichte und Politik, Bd. 23), ab S. 433, hier S. 435.
- 5 Goethe, Johann W. von: Maximen und Reflexionen. Erfahrung und Leben, in: Schrimpf, Hans Joachim; Trunz, Erich; Herbert, Einem von: Goethes Werke Band XII. Schriften zur Kunst. Schriften zur Literatur. Maximen und Reflexionen, Bd. 12, hrsg. von Trunz, Erich: Goethes Werke. Hamburger Ausgabe in 14 Bänden, München: C. H. Beck 1981, S. 546, Ziff. 1370.
- 6 Scholz, Olaf zitiert nach: Kohler, Berthold: Der Eiertanz nach der Zeitenwende, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. Juni 2022, Nr. 127, S. 1.
- 7 Vgl. Kohler, Berthold: Wann hat Putin verloren?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11. Mai 2022, Nr. 109, S. 1.
- 8 Macron, Emmanuel zitiert nach Glas, Othmara: Europäische Einigkeit in Kiew, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Juni 2022, Nr. 138, S. 2.
- 9 Schmidt, Friedrich: Rufe nach totalem Krieg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30. April 2022, Nr. 100, S. 10.
- 10 Millotat, Christian E. O.; Krueger, Manuela R.: Die Schlacht um Verdun 1916.

- Ein fataler deutscher strategischer Alleingang, Tübingen: Hohenrain 2016, S. 34, S. 43.
- 11 Kohler: Wann, S. 1.
 - 12 Kohler: Der Eiertanz, S. 1.
 - 13 Blinken, Antony zitiert nach: Sattar, Majid: Schleichender Strategiewechsel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. April 2022, Nr. 98, S. 2.
 - 14 Lloyd, Austin zitiert nach: Ebd.
 - 15 Schmidt: Rufe, S. 10.
 - 16 Mützenich, Rolf im Gespräch mit Lohse, Eckart; Wehner, Markus: „Das Thema ist zu ernst für Spiele“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Mai 2022, Nr. 119, S. 2.
 - 17 Ebd.
 - 18 Clausewitz, Carl von: Vom Kriege, hrsg. von Hahlweg, Werner: Vom Kriege. Hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz, Bonn: Ferdinand Dümmlers 181973, S. 180.
 - 19 Ebd.
 - 20 Zur militärstrategischen und taktischen Ebene vgl. Millotat; Krueger: Die Schlacht, S. 12.
 - 21 Moltke: Über Strategie, S. 203.
 - 22 Clausewitz: Vom Kriege, S. 990–991.
 - 23 Millotat: Eliten, S. 269.
 - 24 Schramm, Wilhelm von: Clausewitz. Leben und Werk, Esslingen am Neckar: Bechtle 1976, S. 474f.
 - 25 Vgl. Schössler zur HDv 100/100, in: Millotat, Christian E. O.: Privatarhiv.
 - 26 Ebd.
 - 27 Vgl. Krueger, Manuela R.; Millotat, Christian E. O.: Unverrückbare Grundsätze militärischen Handelns in Frieden, Krisen und Krieg, in: Peischel, Wolfgang (Hrsg.): Wiener Strategie-Konferenz 2018. Strategie neu denken, Berlin: Carola Hartmann Miles 2019, S. 26–42, hier S. 34–35.
 - 28 Clausewitz: Vom Kriege, S. 994.
 - 29 Ebd., S. 992.
 - 30 Ebd., S. 995–996.
 - 31 Clausewitz, Carl von zitiert nach: Greiner, Helmuth (Hrsg.): Der russische Feldzug von 1812. Carl von Clausewitz, Wiesbaden: Limes 1953, S. 43.
 - 32 Ebd., S. 129.
 - 33 Vgl. Souchon, Lennart: Carl von Clausewitz. Strategie im 21. Jahrhundert, Hamburg/ Berlin/ Bonn: E. S. Mittler & Sohn 2012, S. 157.
 - 34 Clausewitz: Vom Kriege, S. 291.
 - 35 Vgl. Krueger, Manuela R.; Millotat, Christian E. O.: Das Wiener Strategie-Kon-

- zert, in: Peischel, Wolfgang (Hrsg.): Wiener Strategie-Konferenz 2021. Strategie neu denken, Berlin: Carola Hartmann Miles 2022, S. –; Vgl. ebs. Krueger, Manuela; Millotat, Christian E.O.: Entwickeln und Umsetzen einer Strategie und die Notwendigkeit des Ineinandergreifens ihrer Elemente im Lichte von Carl von Clausewitz, in: Peischel, Wolfgang (Hrsg.): Wiener Strategie-Konferenz 2017. Strategie neu denken, Berlin: Carola Hartmann Miles 2018, S. 35–50.
- 36 Clausewitz: Vom Kriege, S. 994.
- 37 Vgl. Ritter, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland, Bd. 2: Die Hauptmächte Europas und das wilhelminische Reich, München: R. Oldenbourg 31965, S. 250.
- 38 Bingener, Reinhard; Wehner, Markus: Wie wird man den Altkanzler los?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. April 2022, Nr. 96, S. 3.
- 39 Redewendung: Wenn das der Führer wüsste, zitiert nach: Kershaw, Ian: The „Hitler Myth“. Image and Reality in the Third Reich, Oxford: Oxford University Press 2001, S. 95.
- 40 Vgl. Ciompi, Luc; Endert, Elke: Gefühle machen Geschichte. Die Wirkung kollektiver Emotionen – von Hitler bis Obama, Vandenhoeck & Ruprecht 2011, S. 78.
- 41 Creifelds, Carl; Model, Otto: Staatsbürger-Taschenbuch. Alles Wissenswerte über Staat, Verwaltung, Recht und Wirtschaft mit zahlreichen Schaubildern, München: C. H. Beck 1969, S. 453, § 17.
- 42 Verteidigungsministerium der UdSSR: Felddienstvorschrift der Streitkräfte der UdSSR. (Division/Regiment), Moskau: Militärverlag des Verteidigungsministeriums der UdSSR 1962, III. Die politische Arbeit unter Gefechtsbedingungen, Nr. 71, S. 48–50.
- 43 Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik; Ministerium für Nationale Verteidigung: DV 046/0/001. Gefechtsvorschrift der Landstreitkräfte. Division, Brigade und Regiment, Berlin: Militärverlag der DDR 1983, III. Politische Arbeit im Gefecht, Nr. 77, S. 70–72.
- 44 Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Messer, August (Hrsg.): Kants Werke in drei Bänden, Bd. 3, Berlin/ Leipzig: Verlag Knauer Verlag o.J., Kleinere Abhandlungen, 1795. Zum ewigen Frieden, S. 733–779, hier S. 736–737.
- 45 Ebd.
- 46 Vgl. Schramm: Clausewitz, S. 84.

Militärische Einsatzplanungen

Vom Instrument der Kriegführung zum Mittel von Abschreckung und
Kriegsverhütung

Friedrich K. Jeschonnek

Vorbemerkungen

Mit dem Krieg in der Ukraine ist das Bedürfnis nach Sicherheit und Schutz in ganz Osteuropa in den Vordergrund getreten. Die bereits 2014 mit der Annexion der Krim und der Besetzung ostukrainischer Provinzen eingetretene Bedrohungslage ist seit dem 24. Februar 2022 zu einem Krieg um die gesamte Ukraine eskaliert. In den Staaten Osteuropas werden mit Blick auf diese Entwicklung Befürchtungen kommuniziert, dass sie eventuell in den Krieg hineingezogen oder das Ziel von weiteren russischen Aggressionen werden könnten.

Die NATO löste daraufhin einen Teil ihrer Eventualfallplanungen zum Schutz ihrer osteuropäischen Mitgliedsstaaten aus. Mit einem Teil der NATO-Reaktionskräfte wurden die regionalen Abschreckungs- bzw. Verteidigungs-

vor diesem Hintergrund wird der Frage nachgegangen, welche Rolle einstige Kriegs- bzw. heutige militärische Einsatzplanungen auf politischen und obersten militärischen Ebenen haben.

maßnahmen verstärkt. Gleichzeitig hat die NATO auf ihrem Gipfeltreffen im Juni 2022 in Madrid eine neue Verteidigungsstrategie beschlossen. Diese sieht ein neues Streitkräftemodell des Bündnisses verknüpft mit einem veränderten Bereitschaftssystem vor, das die Grundlage „für eine

neue Generation militärischer Planungen“⁴ bilden wird. Die Umsetzung der neuen Strategie bedeutet eine Veränderung des NATO-Postures² einschließlich der militärischen Eventualfallplanungen.

Fragestellung

Vor diesem Hintergrund wird der Frage nachgegangen, welche Rolle einstige Kriegs- bzw. heutige militärische Einsatzplanungen auf politischen und obersten militärischen Ebenen haben. Es wird nach den Einflüssen bzw. Veränderungen gefragt, denen sie im Laufe der Zeit, insbesondere vor den Weltkriegen, im Kalten Krieg und im Atomzeitalter, unterlagen. Es soll anhand von Charakteristika und Erfahrungen versucht werden, Ursprünge, Evolution und Entwicklungslinien militärischer Pläne und damit verbundener Befehle aufzuzeigen und zur Historiographie³ militärischer Einsatzplanungen als Instrumente der Sicherheitspolitik und militärischen Führung beizutragen. Einbe-

zogen werden die Merkmale einer neuen Generation von Planungen, soweit sie aus den Erläuterungen zur NATO-Strategie von 2022 erkennbar sind.⁴

Definition

Planungen werden grundsätzlich als die „Vorstellung(en) von der Art und Weise, in der ein bestimmtes Ziel verfolgt oder ein bestimmtes Vorhaben verwirklicht werden soll“, erklärt.⁵ Sie bedeuten noch nicht vollzogene Absichten. Sie dienen unterschiedlichsten Zwecken in allen Lebensbereichen. Es werden die Bestimmungsgrößen wie Absichten, Ziele, Menschen, Sachen, Raum und Zeit in Einklang gebracht. Je nach Komplexität vollzieht sich Planung in einem Abstimmungsprozess, an dem ein oder mehrere Menschen beteiligt sind. Vielfach werden dabei Standards und Formate berücksichtigt. Das Ergebnis ist ein Plan aus terminierten Maßnahmen, der aus einem oder mehreren Dokumenten besteht. Es gibt Teil-, Gesamt- und Übersichtspläne. Bevor er in Anweisungen umgesetzt wird, wird über ihn ggf. diskutiert, er gegen Alternativen abgewogen und abschließend entschieden. Ändern sich die Bestimmungsgrößen, kann eine Anpassung oder Neuplanung erforderlich werden.

Militärische Planungen

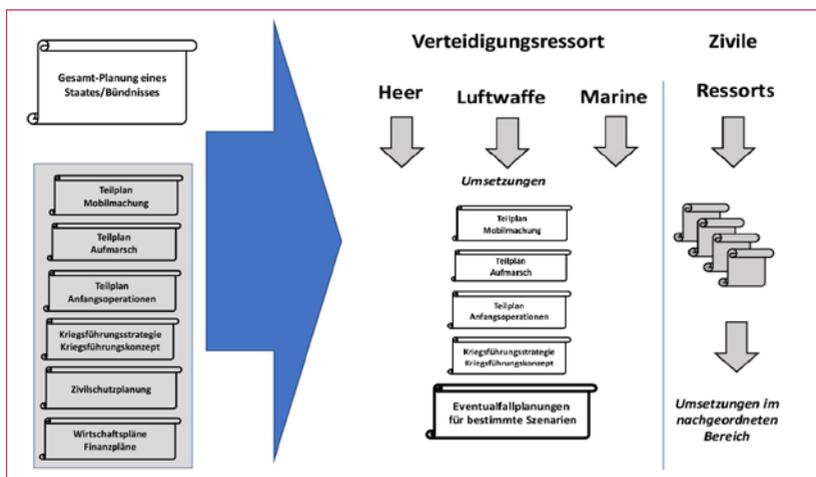
Planung ist Teil der militärischen Führung, die sich meist über mehrere Ebenen und Organisationsbereiche erstreckt. Es wird zwischen Streitkräfte- und Einsatzplanungen unterschieden⁶. Zur Streitkräfteplanung gehören Struktur-, Personal-, Ausbildungs-, Übungs-, Ausrüstungs-, Rüstungskontroll- und Haushaltplanungen. Sie dienen dem Aufbau und Unterhalt militärischer Macht als Instrument des Staates oder eines Bündnisses. Bei Einsatzplanungen wird u.a. zwischen Aufklärungs-, Alarm-, Mobilmachungs-, Aufmarsch-, Kampf-, Feuer-, Gefechts-, Feldzugs-, Durchhaltefähigkeits-, Täuschungs- und Rückführungsplanungen unterschieden. Beide Planungsarten stehen in einem engen Bezug zueinander: Durch die Streitkräfteplanung werden die Kräfte und Mittel für die Einsatzplanung bereitgestellt. Gleichzeitig liefert die Einsatzplanung Aussagen zum Bedarf an Kräften und Mitteln, um die vorgegebenen Ziele zu erreichen. Bis in die jüngste Vergangenheit wurden militärische Einsatzpläne als Kriegspläne bezeichnet. Alternativ wird für einen Einsatzplan der Begriff Operationsplan (Oplan) verwandt. Ein Eventualfallplan umfasst eine Vorsorge gegen mögliche, noch nicht eingetretene, bedrohliche Konstellationen, auf die sich vorausschauend planerisch vorbereitet wird.⁷

Die militärische Einsatzplanung beschreibt das *Wer*, *Wann*, *Wie* und *Wo* militärischen Handelns. In Abgrenzung zu einem Einsatzplan enthalten Vor-

schriften und Doktrinen meist allgemein gehaltene Grundsätze ohne Bezug zu einem nach Absicht, Zielen, Kräften, Raum und Zeit definierten Szenario. Planungen spiegeln sich in verbindlichen Weisungen bzw. Befehlen wider. Im Rahmen der Planung können dazugehörige Befehle erstellt werden. Komplexität und Bedeutung von militärischen Plänen machen es erforderlich, dass die Verantwortlichen und ihre Gehilfen dafür ausgebildet werden.

Merkmale

Gesamtpläne mit sicherheitspolitischen und/oder gesamtstaatlichen Zielsetzungen bilden die Grundlage für den Einsatz von Streitkräften. Sie dienen der staatlichen Führung, ihre strategischen Ziele und Ambitionen zu konkretisieren, militärisch bestimmte Optionen zu entwickeln und verfügbar zu haben, nach innen wie nach außen zu kommunizieren und ggf. sie durchzuführen. Für derartige gesamtstaatlichen Kriegs- bzw. Einsatzpläne ist die Staatsführung oder diejenige höchste Instanz zuständig, auf die im Krieg gemäß Verfassung oder Gesetz der Oberbefehl bzw. die Kommandogewalt übergeht. Dies gilt für Autokratien, Diktaturen, Monarchien, Präsidential- und parlamentarische Demokratien gleichermaßen. In Staaten mit parlamentarischen Entscheidungs- und Kontrollbefugnissen können dazu Entscheidungsvorbehalte für Volksvertretungen festgelegt sein. In Bündnissen werden die jeweiligen Inhaber der Kommandogewalt oder deren Vertreter über kollektive Einsatzplanungen einvernehmlich bestimmen.



Generische Darstellung eines Systems an militärischen Plänen / Teilplänen in einem Staat oder Bündnis. Ein gesamtstaatlicher Plan für den Einsatz von Streitkräften im Kriegs- oder Katastrophenfall wird in allen Ressortbereichen unter Beteiligung nachgeordneter Strukturen in Teilplänen umgesetzt.

Gesamtpläne werden innerhalb militärischer Strukturen durch Teilpläne, Detail- bzw. Einzelplanungen für Teilstreitkräfte, militärische Organisationsbereiche und deren Komponenten bis hin zur untersten Ebene ergänzt, erweitert und in Befehle umgesetzt. Bei Erarbeitung bzw. Inkraftsetzung von Teilplänen oder detaillierten Einsatzplänen kann je nach strategischer, operativer oder taktischer Bedeutung entweder ebenfalls die Billigung der höchsten staatlichen Führung erforderlich oder auf einen militärischen Führungsverantwortlichen delegiert sein. Teilpläne müssen mit dem übergeordneten Gesamtplan kompatibel sein. Pläne aller Art unterliegen Geheimhaltungsbestimmungen. Sie sind meist Staatsgeheimnis und bleiben in der Regel bis zur Durchführung unter Verschluss. Zur strategischen Kommunikation und Abschreckung werden Auszüge oder Zusammenfassungen veröffentlicht, welche die Durchführung nicht gefährden. Je nach Bedeutung, Art und Umfang erfolgt die Planung im Rahmen festgelegter Verfahren. Die Verantwortlichkeiten für die Umsetzung und Durchführung sind in der Regel im jeweiligen militärischen Plan festgelegt.

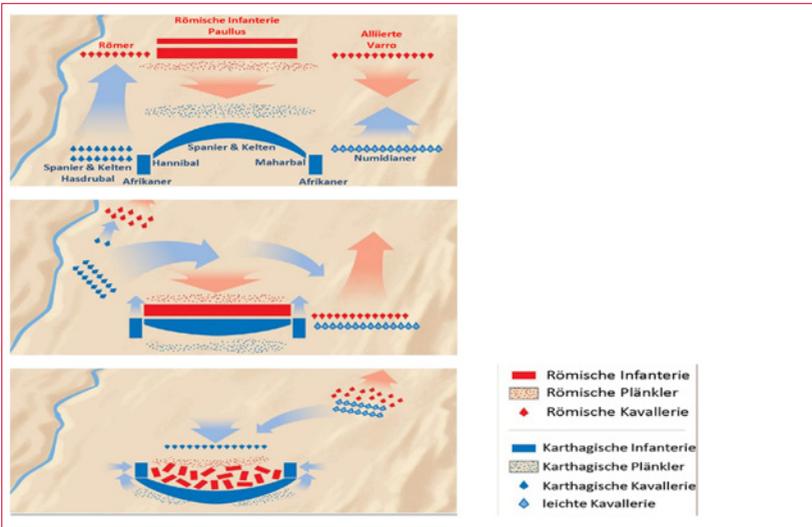
Auf der Basis sicherheitspolitischer und/oder strategischer Vorgaben sowie Entschlüssen werden in Einsatzplanungen daraus abgeleitete Ziele, Kräfte und Mittel, Raum sowie Zeit in Form von Handlungsoptionen in Einklang gebracht. In Plänen sind darüber hinaus meist Zweck, Verantwortlichkeiten, Geheimhaltungsstufe, zeitliche und räumliche Gültigkeit sowie Adressaten angegeben. Ziele können der Übergang vom Friedenszustand in einen höheren Einsatzbereitschaftsstand, der bewaffnete Einsatz oder die Unterstützung in einer Katastrophenlage sein. Einsatzpläne dienen damit der Erhöhung der Einsatzbereitschaft und Durchhaltefähigkeit. Das kann sich auf die Intensivierung einer einsatzvorbereitenden Ausbildung, die Nachrichtengewinnung, die Mobilmachung weiterer oder aller Kräfte bzw. Ressourcen des Staates oder Bündnisses beziehen. Sie regeln Verlegungen bzw. Bewegungen von Truppen oder Kampfhandlungen. Befugnisse zur Anwendung von Waffengewalt sind meist ebenfalls enthalten.

Ziel der *Planung von Kampfhandlungen* können das Gewinnen oder Halten von Räumen, die Abnutzung des Gegners oder dessen Vernichtung sein. Der Einsatz kann dabei sichernd, verzögernd, angriffsweise oder defensiv erfolgen. Beweglichkeit und Feuerkraft werden ebenso einbezogen wie der Waffeneinsatz aus Stellungen, ortsfesten Einrichtungen, Festungen oder gehärteter Infrastruktur. Einbezogen werden die vermuteten Fähigkeiten und Absichten des Gegners sowie die eigenen Kräfte mit ihrer Organisation, ihrem Personal, Material, ihren Fähigkeiten und ggf. finanziellen Ressourcen. Immer ist

ein Kräftevergleich in derartige Planungen integriert. Unter dem operativen Begriff Raum werden die Dimensionen Land, Luft, See, Weltraum und Informationsraum einschließlich ihrer Charakteristika verstanden. Räumliche Aspekte beinhalten die Festlegung einer Raumordnung sowie die Einbeziehung wehrgeographischer Bedingungen aller Art. Unter dem Zeitfaktor werden Zeitbedarfe für die Vorbereitung bzw. Umsetzung, Dauer von Handlungen, Phasen, ablaufbedingte Abhängigkeiten, günstige Zeitpunkte oder Zeitfenster, saisonale Besonderheiten und Gültigkeiten subsummiert.

Für die *Erstellung* von Kriegsplänen ist je nach Bedeutung entweder die oberste militärische Führung bzw. die jeweils festgelegte Durchführungsebene zuständig. Übergeordnete Pläne, Weisungen oder Befehle enthalten die erforderlichen Vorgaben. Auf der Grundlage der Sicherheitspolitik und einer Gesamtstrategie bzw. Militärstrategie erfolgen Planungen meist durch Verteidigungsministerien und dort durch die integrierten oder auch nachgeordneten Generalstäbe bzw. vergleichbare Organisationsformen. Die Planung vollzieht sich meist als geregelter Führungsprozess nach Grundsätzen militärischer Stabsarbeit. Je nach Ebene, Zweck und Umfang kann sie von einer Person, einer Arbeitsgruppe bzw. einem gesamten Stab oder ebenen- bzw. ressortübergreifend durchgeführt werden. Die Planung kann durch Studien, Simulationen, Erprobungen, Erkundungen und Kriegsspiele unterstützt werden. Sie kann offen oder geheim vollzogen werden. Es können moderne Datenverarbeitungs- und Kommunikationsmittel zum Einsatz kommen. Über das Planungsergebnis wird durch die jeweiligen Auftraggeber entschieden.

Die Durchführung erfolgt arbeitsteilig durch Streitkräftekomponenten und ggf. andere staatliche Institutionen oder Verbündete. Der für den Einsatzplan Zuständige führt, koordiniert und überwacht die Durchführung. Planungen werden in mehr oder weniger formatierte Befehle umgesetzt. In Pläne können Befehle integriert oder als Befehlsmuster aufgebaut sein, um für die Umsetzung Zeit zu sparen. Militärische Einsatzpläne können aus einem oder aus mehreren Dokumenten, Studien, Normenkatalogen, Einzelanweisungen, graphischen Darstellungen, speziellen Anlagen und vorbereiteten Befehlen bestehen. Gestaltungskriterium ist hierbei, dass nicht nur die Bearbeiter, sondern diejenigen, die Pläne bzw. Befehle unter Zeitdruck umsetzen bzw. ausführen müssen, sie verstehen. Einweisungen und Schulungen in Planungsprozesse sind daher unabdingbar.



Bei der Schlacht von Cannae wurde im Jahre 216 v.Chr ein römisches Heer von karthagischen Truppen bei einem Kräfteverhältnis von ca. 80.000 zu 60.000 Mann durch Umfassung vernichtet. Die Schlacht wird als die erste dokumentierte Vernichtungsschlacht in der Geschichte bezeichnet, bei der eine – wenn auch kurzfristige – militärische Einsatzplanung deutlich wurde. Dabei wurde das römische Heer an der linken Flanke umfasst (Skizze Mitte) und vernichtet (Skizze unten).

Erfahrungen haben gezeigt, dass militärische Planungen, die in mehreren Phasen auf einen Zielzustand in zeitlicher Ferne ausgerichtet sind, meist nach Beginn der Umsetzung oder beim Eintreten ins Gefecht aufgrund sich verändernder Rahmenbedingungen korrigiert oder völlig neu konzipiert werden müssen. Es wird zwischen Eventualfall-Plänen als Vorkehrung ohne Zeitpunkt der Ausführung und zwischen solchen, die kurzfristig im Gefecht erstellt, gebilligt und verzugslos umgesetzt werden müssen, unterschieden. Unter Zeitdruck und im Gefecht erfolgt der Planungsprozess gedanklich, unmittelbar nach der Lagefeststellung und mündet in mehr oder minder kurze Befehle. Die damit verbundenen Algorithmen und Standards sind wesentlicher Teil der Ausbildung des Stabs- und Führungspersonals auf allen Ebenen. Die Befähigung zum Planen und Entscheiden ist ein bedeutendes personales Auswahlkriterium.

Historische Entwicklung

Verständnis, Grundsätze und Prinzipien von Einsatzplanungen beruhen auf historischen Erfahrungen und deren Überlieferungen. Solange, wie es bewaffnete Konflikte zwischen Menschen gibt, solange gibt es dafür Planungen. Sie begannen mit der Beurteilung von Fähigkeiten und Möglichkeiten eines Gegners im Vergleich zu eigenen Kräften und Mitteln in einem bestimmten Raum. Daraus entstanden meist verschiedene Möglichkeiten, über die abzuwägen und zu entscheiden war. Pläne wurden anfänglich meist kurzfristig gedanklich vor Schlachten oder Gefechten konzipiert und meist verbal bei Befehlsausgaben oder durch Kuriere bzw. Führungsgehilfen vom Feldherrn an untergeordnete Kommandeure weitergegeben.

Verständnis, Grundsätze und Prinzipien von Einsatzplanungen beruhen auf historischen Erfahrungen und deren Überlieferungen.

Es wurde nicht nur im offenen Gelände, dem Schlachtfeld oder auf See gekämpft, sondern auch um Infrastrukturen wie Schanzen, Burgen und Festungen. Seit Tausenden von Jahren wurden die Verläufe von Kämpfen und Kriegen im Nachhinein in Schriften oder graphisch dokumentiert. Die Ursachen für Erfolg oder Niederlage wurden mehr oder weniger wissenschaftlich an Universitäten ausgewertet und aufgeschrieben. Schon früh bestimmten Überlegungen die Planung, ob ein Gegner besser anzugreifen, im Rahmen einer Verteidigung oder ob er durch eine Abfolge von Verteidigung und Angriff zu schlagen ist. Die Schlacht von Cannae⁸ wurde in der Folge als ein Grundmuster für eine zielführende, erfolgreiche Operationsplanung verstanden.

Genese

Die Notwendigkeit, Pläne zur Vorbereitung auf einen militärischen Einsatz detailliert und arbeitsteilig auszuarbeiten, ergibt sich aus der gestiegenen Komplexität militärischer Handlungen verbunden mit der Verfügbarkeit immer präziserer Waffen sowie der Erweiterung des Schlachtfeldes auf größere Räume oder ganze Staatsgebiete. Streitkräfte, welche im napoleonischen Zeitalter bereits Hunderttausende und danach Millionen Soldaten umfassten, erforderten neue Formen der Kriegführung, der militärischen Organisation und Logistik gestützt auf Planungsprozesse, die unter Beachtung militärischer Größenordnungen die Überlegenheit durch Mobilmachung, Aufmarsch und Schwerpunktbildung zu erreichen suchen. Dabei war einzubeziehen, ob der Gegner nur aufgehalten, abgenutzt oder vernichtet werden soll.

Dazu kam, dass sich durch intelligente Lösungen u.a. in Form von Aufklärung, Tarnen, Täuschen und Massierungen eine Überlegenheit über stärkere Gegner gesichert werden kann. Ergründung der Stärken, Schwächen und Absichten des Gegners, beschleunigte Umstellung der Friedensorganisation auf die Kriegsführung, Schaffung und Nutzung von Mobilität, Koordination von Feuer und Bewegung sowie Durchhaltefähigkeit waren unerlässlich. Eine derartige Kriegsplanung benötigte Zeit, erforderte in der Vorbereitung Methoden, Abstimmungen und Entschlossenheit. Für die Zielerreichung waren qualitativ überlegene Fähigkeiten, gezielte längere Vorbereitung und Überwachung der Ausführung notwendig.

Ergründung der Stärken, Schwächen und Absichten des Gegners, beschleunigte Umstellung der Friedensorganisation auf die Kriegsführung, Schaffung und Nutzung von Mobilität, Koordination von Feuer und Bewegung sowie Durchhaltefähigkeit waren unerlässlich.

Die Entwicklung zur heutigen Kriegsplanung war ein internationaler Lernprozess in vielen Streitkräften, der Anfang des 19. Jahrhunderts zur Zeit Napoleons⁹ einsetzte. Eine Leitfunktion übernahm das Königreich Preußen, das mit der Heeresreform von 1806 die organisatorischen Grundlagen für eine zeitgemäße Kriegsplanung schuf. Als Einstieg wurde ein für Planungen zuständiger Generalstab mit integrierter wehrgeographischer Abteilung geschaffen.¹⁰

Kriegsplan bei Clausewitz¹¹

In seinem Werk „Vom Kriege“ widmet Carl von Clausewitz um 1830/31 dem Kriegsplan das VIII. Buch mit acht Kapiteln auf rund einhundert Seiten¹². Seine Aussagen zum Kriegsplan sind Teil einer Auseinandersetzung mit der Bedeutung des Krieges als Teil staatlichen Handelns. Für Clausewitz ist der Krieg „ein Mittel der Politik“. Er bündelt die ihm vorliegenden Erkenntnisse zur Planung aus der Kriegsgeschichte und ordnet sie in grundlegende Empfehlungen für die gesamtstaatliche Leitung und militärische Führung ein. Dabei stellt er den Kriegsplan als ein wichtiges Instrumentarium heraus. Anhand von Erfahrungen aus den Kriegen verschiedener Epochen zeigt er die Grundlagen auf, die es bei der Planung zu beachten gilt. Auf die Notwendigkeit zur Klarheit über den jeweiligen Planungszweck und zur Festlegung des Kriegszieles geht er ebenso ein wie auf Entscheidungskriterien für die Kriegsorten Angriff oder Verteidigung.¹³

Clausewitz ermahnt zum Beachten jeweiliger Rahmenbedingungen und bewährter Normen. Auf die Bedeutung von Planungsfaktoren wie Kräfte, Mittel, Raum und Zeit weist er hin. Was bei der Bewegung von Truppenteilen zu beachten ist, findet sich ebenso wie Ratschläge für die Bildung von Schwerpunkten, Kräftekonzentrationen und Erreichen des Kulminationspunktes zur Schlacht- und Kriegsentscheidung. Clausewitz favorisiert Planungen, die auf eine schnelle Entscheidungsschlacht hinführen, um eine lange, verlustreiche Kriegführung zu vermeiden.¹⁴

Clausewitz selbst bewertet sein VIII. Buch als „unvollendet“. Ungeachtet dessen liegt sein Wert in den dargelegten Grundlagen zum Kriegsplan, die immer noch relevant sind. Sie haben im 19. und 20. Jahrhundert das Erstellen von militärischen Plänen auf oberster staatlicher Ebene in vielen Staaten beeinflusst. Seine Lehren und Schriften wurden von Vertretern des Adels und Bürgertums ebenso beachtet wie von revolutionären Theoretikern, die sie zur Entwicklung der Militärwissenschaft in der Sowjetunion heranzogen.¹⁵

Zeitalter der Weltkriege

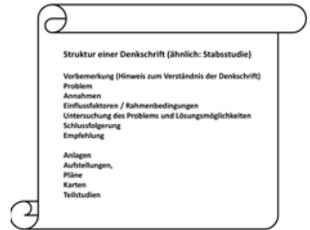
Auf der Basis der Erfahrungen der preußisch-deutschen Feldzüge von 1866 und 1870/71, die vom Chef des Generalstabes, Helmut Graf von Moltke, geplant und koordiniert wurden, entwickelten das Deutsche Reich und Frankreich Kriegspläne, da mit einem neuen Waffengang zwischen beiden Staaten und ihren jeweiligen Verbündeten gerechnet wurde. Bis etwa zur Jahrhundertwende erstellen u.a. Russland, Österreich-Ungarn, Serbien, Türkei sowie damals neutrale Staaten wie Belgien, die Niederlande und die USA gleich mehrere Kriegspläne für einen erwarteten Krieg in Europa, für die Auseinandersetzungen um Kolonien bzw. Einflussphären in Asien, Afrika und Lateinamerika. Großbritannien folgte nach der Jahrhundertwende. Diesen Plänen war gemeinsam, dass vor Kriegsbeginn die Erhöhung der Einsatzbereitschaft, eine generelle Mobilmachung, ein möglichst schneller Aufmarsch detailliert und dann gesondert der beabsichtigte Kriegsverlauf mit oder ohne Entscheidungsschlacht ausgeplant wurden. Diese Planungsform war ein charakteristisches Muster im Zeitalter der Weltkriege.¹⁶



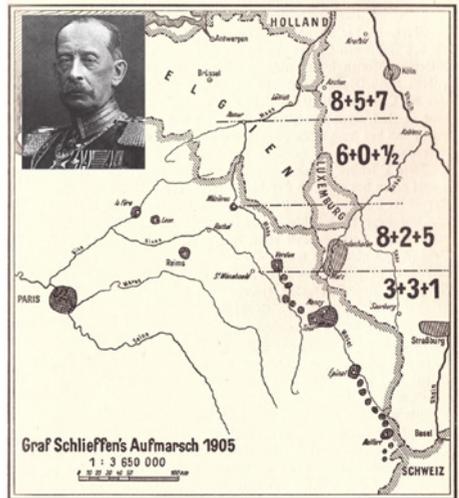
Generalfeldmarschall Helmuth von Moltke (d. Ältere), 1800 – 1891, beim Studium von Kriegsplänen.

Die Planungsdokumente bestanden im Kern aus Denkschriften über operative Optionen. Es wurden teilweise alternative Pläne erstellt, die situationsbedingt abgerufen werden konnten.¹⁷ Zugeordnet waren ergänzender Schriftverkehr, Protokolle, Truppeneinteilungen für den Krieg, Listen mit Mobilmachungsorten, Transportplänen, Studien, geographische Unterlagen bzw. Handbücher, Einschätzungen des Gegners und logistische Bedarfsabschätzungen ergänzten die Akten zu Kriegs- und Feldzugsplänen. Planungen wurden meist auf der Basis der jährlich neu erstellten Eisenbahnfahrpläne fortgeschrieben. Dieser Jahreszyklus ermöglichte es, Innovationen oder Umplanungen einzubringen. Wenn die Pläne in einer Krise ausgelöst wurden, war es riskant, die Abläufe bis zum Ende des Aufmarsches zu unterbrechen. Dies hätte die Herstellung der Kriegsbereitschaft verzögert und einem entschlossenen Gegner operative Vorteile gebracht.

Ziel war meist die Zerschlagung der gegnerischen Kräfte, entweder grenznah auf eigenem Territorium oder durch Angriff ins Feindgebiet, ausgeplant als Feldzüge von Armeen und Heeresgruppen. Festungsanlagen dienten dazu, den Gegner aufzuhalten, abzunutzen und ggf. seine Bewegungen zu kanalisieren, so dass ggf. durch Einschließung seine „Niederwerfung“ erfolgen konnte. Planungen wurden durch intensive Nachrichtengewinnung, verdeckte Erkundung möglicher Schlachtfelder, Ausbildung, Übungen, Manövern und Modernisierung der Waffen, geplante Nutzung der Eisenbahn sowie Einführung der Wehrpflicht ergänzt. Entsprechendes galt für Planungen zur See und zum Schutz kolonialer Besitzungen.¹⁸ Erfahrungen der Konflikte in den zwei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg beeinflussten international die Erstellung bzw. Fortschreibung von Kriegsplänen. Die Pläne wurden als wichtiges Instrument der Politik für den mehr oder weniger erwarteten Krieg in Europa verstanden. Sie waren das Thema in Beratungen zwischen



Aufbau einer Denkschrift (Anhalt)



Karte aus den Planungsunterlagen des deutschen Generalstabschefs Alfred Graf von Schlieffen von 1905. Skizze ist Teil einer Denkschrift mit dem Kräfteansatz für den Westaufmarsch.

Militärs, Diplomaten und Finanzverantwortlichen, wobei sich bei Divergenzen oft die Militärs durchsetzten.¹⁹ Die jeweils miteinander verbündeten Nationen stellten in Generalstabsbesprechungen ihre Pläne in groben Zügen vor. Die Bereitschaft, die Pläne zwischen Verbündeten abzustimmen, war aufgrund der Betonung der Geheimhaltung anstelle eines Denkens in Allianzen sehr eingeschränkt.²⁰ Dies wirkte sich im Ersten Weltkrieg nachteilig auf die strategische Zielerreichung bei fast allen kriegführenden Nationen aus.

Die Kriegspläne der europäischen Nationen stimulierten die vorhandene Kriegsbereitschaft²¹ während der heraufziehenden europäischen Krise im Sommer 1914. Der Wettlauf um die rasche Kriegsbereitschaft und einen zügigen Aufmarsch beherrschte die Ambitionen der in den Ersten Weltkrieg eingetretenen Staaten. So erlaubten die planerischen Vorbereitungen eine schnelle Mobilmachung und einen verzugsarmen Aufmarsch. Die darauf aufbauenden Feldzugspläne erbrachten Anfangserfolge, führten aber nicht zu einer schnellen Niederwerfung der jeweiligen Gegner. Die von allen Kriegsparteien als Vernichtungsschlacht geplanten Anfangsoperationen mündeten in einen vierjährigen Abnutzungskrieg. Der Krieg übertrug sich von Europa auf Afrika, Asien und die Weltmeere. Weitere Mächte wie die USA wurden involviert. Er endete mit der Niederlage der Mittelmächte Deutschland, Österreich und Türkei. In Russland förderte die verlustreiche Kriegführung die bolschewistische Revolution.

Staat	Bezeichnung	Zeitraum	Bemerkung
Deutschland	Aufmarsch West	1893/94-1914	Jährliche Überarbeitung Veränderungen DEU Admiralstab
	Aufmarsch Ost Marinekriegspläne	1898 - 1914	
Österreich	Plan R (Russland) Plan B (Balkan)	1880-1914	Periodische Überarbeitung Abstimmung mit Deutschem Generalstab
Frankreich	Plan XV bis Plan XVII	1875-1914	periodische Fortschreibung Modernisierung / Wehrpflicht
Großbritannien	Einsatzplanung für British Expeditionary Force (BEF)	1906 - 1914	dazu Einstzpläne in Indien, 4 Pläne der NAVY
Russland	Plan A (Österreich) Plan G (Deutschland)	1880 - 1914	Mobilmachungspläne z.B. 10 = 1910
USA	Colour Plans (rund 30)	1890 - 1938	ersetzt durch Rainbow- Plans 139 - 1945
Belgien	Aufmarschstudie mit 5 Eventualitäten	1891-1914	1914 Änderung in drei Aufmarschoptionen

Übersicht über die Kriegsplanungen einzelner Nationen vor dem Ersten Weltkrieg. Es gab keine Standards, deshalb unterschieden sich Formatierungen, Zuständigkeiten und Zwecke. Allen gemeinsam war, dass sie Vorkehrungen/Regelungen für Mobilmachung und Aufmarsch enthielten. Für den Aufmarsch waren die Möglichkeiten der Nutzung der Eisenbahn bestimmend. Die Planungen wurden periodisch aktualisiert.

Der Erste Weltkrieg brachte bedeutende Innovationen hervor: Hierzu gehören die bewegliche Kampfführung mit gepanzerten Fahrzeugen, die militärische Nutzung des Luftraumes, die Seekriegführung mit Unterseebooten, der Einsatz von Gas als Massenvernichtungswaffe sowie die weitere Verbesserung von Kommunikation und Mobilität. Die Möglichkeit, mit neuen Waffensystemen an Land, in der Luft und zur See ins tiefe gegnerische Hinterland zu wirken, Versorgungswege zu blockieren, die Bevölkerung und Rüstungsindustrien in den Waffeneinsatz einzubeziehen, veränderte die Kriegs- und Feldzugsplanung bis in den Zweiten Weltkrieg.²²

Nach Kriegsende setzte in vielen Nationen länderübergreifend eine politik- und militärgeschichtliche Auswertung ein, die bis heute andauert. Dabei rückte die Rolle der deutschen Kriegspläne in den Fokus, da Deutschland als „Hauptverursacher“ und in der Planung als Schrittmacher galt. Bei ungünstigen geostrategischen Rahmenbedingungen wurden Mobilmachungs- und Aufmarschpläne zwischen 1870 und 1914 für einen Zwei-Fronten-Krieg erstellt, die unter Berücksichtigung der Kräfteverhältnisse und gesamtstaatlichen Ressourcen als risikobehaftet interpretiert wurden.²³ Verschärfend kam hinzu, dass der deutsche Kaiser Wilhelm II in Person nicht die Ausbildung, Erfahrung und Kraft hatte, seine Rolle als Oberbefehlshaber auszufüllen. Er überließ die Kriegsplanung der obersten Militärführung.²⁴ Die deutsche Gesamtkriegsplanung steht u.a. für defizitäre Kräftevergleiche, fehlende bzw. nur sporadische intra- bzw. interministerielle Koordination, mangelhafte Umsetzung des Gesamtkriegsplanes in Streitkräfte- und Rüstungsplanungen, schleppende Modernisierung bzw. begrenzte Innovationsfähigkeit und Überschätzung der strategischen Durchhaltefähigkeit. Planfortschreibungen erwiesen sich als Fehleinschätzungen und „Verschlimmbesserungen“.²⁵

Nach Kriegsende setzte in vielen Nationen länderübergreifend eine politik- und militärgeschichtliche Auswertung ein, die bis heute andauert.

Derartige Defizite in der Erstellung sowie Umsetzung von Mobilmachungs-, Aufmarsch- und Feldzugsplänen wurden bei der Analyse von Plänen fast aller kriegführenden Staaten in unterschiedlichen Ausprägungen festgestellt.²⁶ Daraus wurde die Lehre gezogen, dass die Umstellung der Streitkräfte vom Friedens- auf den Kriegszustand eskalierende Effekte hat. Die Möglichkeit für diplomatische Initiativen und Lösungen als sicherheitspolitische Option muss sichergestellt werden. Die Entscheidung zur Mobilmachung kann aufgrund ihrer Folgen nicht ausschließlich in den Händen der militärischen Führung

liegen, sondern gehört zum Primat der Politik.²⁷ Einerseits hat der Erste Weltkrieg das Erfordernis von vorausschauenden Planungen zu Friedenszeiten als

Das Ziel, den Gegner in einer Vernichtungsschlacht niederzuwerfen, erfordert entweder gesicherte Überlegenheit oder die politische Bereitschaft, von der geplanten Vernichtung des Gegners abzugehen und alternative Ziele zu setzen.

bedeutsames Instrument für die Staats- bzw. Bündnisführung bestätigt. Andererseits sind bei der gesamtstaatlichen Planung

Führungsfähigkeit, Streitkräfteentwicklung, strategische Durchhaltefähigkeit, Schutz der Bevölkerung vor Waffenwirkung und diplomatische Handlungsoptionen einzubeziehen.

Das Ziel, den Gegner in einer Vernichtungsschlacht niederzuwerfen, erfordert entweder gesicherte Überlegenheit oder die politische Bereitschaft, von der geplanten Vernichtung des Gegners abzugehen und alternative Ziele zu setzen.

Bis 1939 gehörten Kriegs-, Mobilmachungs-, Aufmarsch-, Feldzugs- bzw. regionale Einsatzpläne weiterhin zum sicherheitspolitischen Instrumentarium. Sie entsprachen im Format dem der Vorkriegszeit: Strategieoptionen, analysiert in Denkschriften, Einschätzungen fremder Heere, eigene Kräfteeinteilungen, Festlegung des Mobilmachungsbedarfes, Aufmarschoptionen, dazu Abläufe in Karten, Schaubildern und Tabellen. Einige Staaten wie Deutschland, Österreich und die Sowjetunion entwickelten keine langfristigen detaillierten Kriegs- und Feldzugspläne, sondern skizzierten ihre Strategien und Planungen in Denkschriften, in Vermerken/Vortragsnotizen bzw. Doktrinen, um erst im Bedarfsfalle konkrete Pläne auszuarbeiten und einzusetzen.²⁸ In Großbritannien gab es Pläne, die strategische Luftoperationen in den Mittelpunkt stellten.²⁹ Frankreich, gefolgt von neuen unabhängigen Staaten in West- und Osteuropa, plante einen Abnutzungskrieg unter Abstützung auf grenznahe Festungsanlagen.³⁰ Die USA schrieben ihre ab 1890 begonnenen nach Farben bezeichneten Kriegspläne bis 1938 fort. Neue Planungen gegen eine deutsche Bedrohung spiegelten sich in „Rainbow-Plans“ wider.³¹ Aus Erkundungen, Nachrichtengewinnung, Geländebesprechungen und Übungen konnten teilweise Schlüsse auf mögliche Kriegsoptionen bzw. Kriegspläne anderer gezogen werden.

Die Rolle der Kriegsplanung wandelte sich langsam vom Instrument des „Kriegsführungswillens“ zu einem Beitrag zur internationalen Kriegsverhinderung, was aus den diplomatischen Aktivitäten, bilateralen Verträgen und der Funktion des 1919 gegründeten Völkerbundes ersichtlich ist. Selbst auferlegte Rüstungsbeschränkungen vieler Staaten aus finanziellen Gründen und die mi-

litärische Einhegung Deutschlands spiegeln sich in damaligen Eventualfallplänen wider.³² Darüber hinaus wurden Zivilschutzvorkehrungen getroffen, da in einem zukünftigen Krieg ein Waffeneinsatz auf das gesamte Staatsgebiet, seine Ressourcen und Bevölkerung prognostiziert wurde.

Viele Kriegspläne der Kriegführenden im Zweiten Weltkrieg wurden erst kurz vor Kriegsbeginn ausgearbeitet bzw. alte Pläne wurden aktualisiert. Beim Einmarsch in die Tschechoslowakei 1938 aktivierten die an Deutschland angrenzenden Staaten ihre Mobilmachungspläne. Dabei erkannte Defizite wie z.B. in Belgien führten zur deren kurzfristigen Überarbeitung und erbrachten in Frankreich, Belgien, Polen eine weitgehend schnelle Mobilmachung im September 1939. Der Zweite Weltkrieg war kriegsplanerisch durch kurzfristig erstellte Mobilmachungs-, Aufmarsch-, Feldzug-, Schlacht-, Operations- und Kampfpläne bestimmt. Die Kriegführung zeigte, dass eine überlegene Führungsfähigkeit bei kurzen Planungsprozessen, knapp gehaltenen Befehlen, Nutzung von Funk und Fernschreiben sowie Anwendung der Auftragstaktik erreicht werden konnte. Neu war eine strategische Luftkriegführung nicht nur zur Unterstützung der Land- und Seestreitkräfte, sondern gegen die Bevölkerung und zur Zerstörung industrieller Potentiale.³³ Während des Krieges wurden die Kriegsplanungen der jeweiligen Bündnisse verbessert, teilweise Pläne gemeinsam erarbeitet und in Konferenzen der obersten Staatsführungen abgestimmt.³⁴ Der Einsatz der ersten Atombomben markiert das Ende des Zeitalters der Weltkriege.

Einsatzpläne als Instrument der Abschreckung und Kriegsverhinderung

Die desaströsen Wirkungen des Zweiten Weltkrieges prägten sich zwar in das kollektive Gedächtnis der Menschen ein, verhinderten aber nicht die West-Ost-Konfrontation von 1946 bis 1991. Einsatzplanungen von Nationen und Bündnissen entwickelten sich in dieser Zeit sowohl zum Instrument der Kriegführung als auch zur Abschreckung und Kriegsverhinderung. Dabei beeinflussten technisch verbesserte militärische Fähigkeiten die Einsatzplanung ebenso wie die Kriegserfahrungen aus der Zeit der Weltkriege.

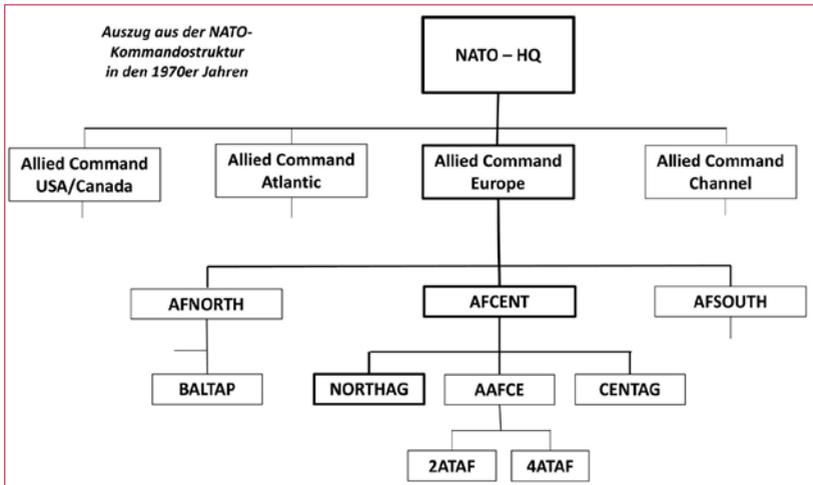
Es traten verschiedene Formen von Einsatzplanungen hervor: Während regionale Konflikte in Afrika, Asien und Amerika sich auf der Basis meist kurzfristig erstellter und umgesetzter Planungen nach den Mustern vergangener Zeiten entwickelten und in Waffengänge mündeten, vollzog sich die Einsatzplanung im europäisch-atlantischen bzw. europäisch-asiatischen Raum als Teil

der Abschreckung unter Androhung des Einsatzes von Atomwaffen.³⁵ Diese Planungen verhinderten einen Krieg zwischen NATO und Warschauer Vertragsorganisation (WVO). Dabei entstand eine veränderte Form militärischer Planung, die nachstehend anhand NATO und WVO beschrieben werden. Auf militärische Einsatzpläne der Vereinten Nationen und anderer Bündnisssysteme sowie nicht europäischer Staaten wird hier nicht eingegangen, da sie sich von denen der NATO bzw. WVO meist nur in Formaten unterscheiden, aber vom Prinzip ähnlich sind.

NATO-Verteidigungsplanung

Die NATO wurde 1949 als ein regionales Verteidigungsbündnis als Antwort auf die sowjetische Bedrohung gegründet. Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg führten in der NATO von Anfang an zur Bildung präsen- ternationaler Führungsstrukturen, welche die Verteidigung des Bündnisgebietes planerisch vorzubereiten, weiterzuentwickeln sowie im Kriegsfall zu führen hatten. Bestimmend war die Einschätzung, dass in einer Krise oder bei Kriegsausbruch nicht genug Zeit bestand, ein Verteidigungskonzept zu entwickeln, zu beschließen und zu organisieren. Ziel war eine funktionsfähige, robuste Struktur, die es erlaubte, im Frieden komplexe militärische Planungsaufgaben multinational durchzuführen, um kurzfristig in einer Krise Streitkräftekontingente der Nationen integriert strategisch und operativ führen zu können.³⁶

Bereits drei Jahre nach Gründung wurde eine NATO-Kommandostruktur (NATO-KS) geschaffen, die im Kern bis heute besteht. Ratio war, dass eine permanent existierende Führungsorganisation Pläne, Optionen und Streitkräfteziele entwickelt, zugleich Entschlossenheit zur Bündnisverteidigung signalisiert und zugleich bereits im Frieden abschreckend wirkt. Analysen möglicher sowjetischer Ambitionen und Fähigkeitsentwicklung ergaben Erkenntnisse, in welchem Umfang Kräfte und Ressourcen des NATO-Bündnisses und seiner Mitgliedsstaaten zu einer erfolgreichen Verteidigung des Bündnisgebietes erforderlich waren. Die Mitgliedsstaaten legten auf dieser Basis regional bezogen nationale Streitkräfteumfänge für die Mitwirkung an der NATO-Verteidigung fest. Je nach Umfang der vorgesehenen Streitkräfte-Beiträge stellten die Mitgliedstaaten Personal und Material in die NATO-KS für die vorgesehenen planerischen Führungsaufgaben in Frieden, Krise und Krieg ab.³⁷



Auf dieser Basis entstand ab 1952 ein von den Mitgliedsstaaten politisch gebilligter Emergency Defence Plan (EDP) als übergreifender Verteidigungsplan für das NATO-Gebiet, der in den Bündnis- und nationalen Strukturen in nachgeordnete EDPs und Befehle umgesetzt wurde.³⁸ Beginnend beim NATO-Kommando für Europa, SHAPE³⁹, gefolgt von weiteren Kommandos bis in die nationalen Stäbe der truppenstellenden Nationen wurde in den Folgejahren diese Planung umgesetzt sowie im Rahmen von Studien und Stabsübungen überprüft. Darüber hinaus erarbeiteten nationale Stäbe Mobilmachungs- und Aufmarschpläne sowie zivile wie militärische Einsatzpläne zur Durchhaltefähigkeit, die es im Kriegsfall weiterhin durch die Mitgliedsstaaten sicherzustellen galt. So mussten nationale und bündnisgemeinsame Einsatzplanungen auf verschiedenen Ebenen in Einklang gebracht werden, was die Zusammenarbeit der nationalen Verteidigungsministerien und Kommando-behörden mit denen der NATO-KS über Jahrzehnte bestimmte.

Die Synchronisation des Aufwuchses vom Friedens- in den Kriegszustand wurde durch ein neuartiges standardisiertes Alarmsystem gewährleistet, dessen Maßnahmen je nach Bedeutung an politische oder militärische Entscheidungsträger sowohl in den Nationen als auch der NATO gekoppelt waren.⁴⁰ Maßnahmen mit politischer Signalwirkung wie die Einberufung von Reservisten (Mobilmachung) oder die Verlegung von Kräften in vorgeplante Verteidigungspositionen (Aufmarsch) waren ebenso nationale Entscheidungen wie

die Unterstellung von Kräften unter die NATO-Kommandostruktur. Kräfte der Luftverteidigung und Teile der Seestreitkräfte waren aufgrund ihrer Einsatzbedingungen bereits im Frieden der NATO-Kommandostruktur unterstellt. Ihr Einsatz in der Krise musste trotzdem beschlossen werden. Ein „Counter-Surprise“- System zum Schutz und zur Führungsfähigkeit bei einem Überraschungsangriff wurde ebenfalls geschaffen. Es war Teil der NATO-Eventualfallplanung.

Bestimmend war, dass die Mitgliedstaaten die 1952 beschlossenen Streitkräfteumfänge für die Bündnisverteidigung aus finanziellen Gründen nicht realisieren konnten. Eine kostenwirksame Lösung war, die NATO-Verteidigung unter den Schutz US-amerikanischer Nuklearwaffen zu stellen. Nach Verfügbarkeit nuklearer taktischer Gefechtsfeldwaffen führten zahlreiche NATO-Staaten nukleare Waffenträger ein, um im Verteidigungsfall amerikanische Sprengköpfe in der Verteidigung gegen überlegene gegnerische Kräfte einsetzen zu können. Diese Waffen erforderten nicht zuletzt wegen der komplizierten Freigabeverfahren durch den US Präsidenten eine detaillierte, streng geheime Einsatzplanung, die es in dieser Form bislang nicht gegeben hatte.⁴¹

NATO - Strategieentwicklung im Kalten Krieg			Pläne
Zeitraum	Strategie	Fähigkeiten	
1949 - 1957	„Schild und Schwert“-Strategie	Konventionelle nuklear strategische	→ EDP
1957 - 1967	Massive Retaliation	konventionelle nuklear taktische nuklear strategische	→ EDP
1967 - 1991	Flexible Response - Direktverteidigung - Vorbedachte Eskalation - Allgemeiner Krieg	Konventionelle Nuklear taktische Nuklear strategische (global und eurostrategisch)	→ GDP

Die drei Strategiewechsel der NATO von 1949 bis 1991 erforderten neue Planungen. Konstante Größe war das Postulat der Vorverteidigung, das ab 1963 planerisch realisiert werden konnte.

Während bis in die 1960er Jahre der Einsatz taktischer nuklearer Waffen im Rahmen der Strategie der Massive Retaliation Teil der Operationsplanung war, wurde während der Berlin- und Kuba-Krise erkannt, dass die strategischen Vorgaben, sofort auf einen kriegerischen Akt massiv nuklear zu antworten, zu einem schnellen und nicht mehr kontrollierbaren Nuklearkrieg führen würden.⁴² Daraufhin wurde 1968 in der NATO die Strategie der Flexiblen Re-

aktion eingeführt, die für den Konfliktfall Eskalationsstufen vorsah, welche zunächst konventionelle Reaktionen entsprechend der Qualität des Angriffs vorsahen. Die Einführung der Strategie der Flexiblen Reaktion beeinflusste die Planung dahingehend, dass zunächst eine konventionelle Verteidigung ohne nukleare Unterstützung vorgesehen war. Dazu wurden langfristige Programme zur Modernisierung in der NATO vereinbart⁴³, die in den 1980er Jahren realisiert wurden. Zugleich wurde für den Fall eines Konfliktes die Bedeutung von Verhandlungen in Frieden, Krise und Krieg als Alternative zu bewaffneten Auseinandersetzungen in die Konzeption der NATO aufgenommen. Während einerseits die Verteidigungsplanungen ab 1970 unter neuer Bezeichnung als General Defence Plans (GDP) weiter bestanden, liefen parallel Verhandlungen mit der WVO an, ausgewogene Rüstungsbeschränkungen zu vereinbaren.⁴⁴

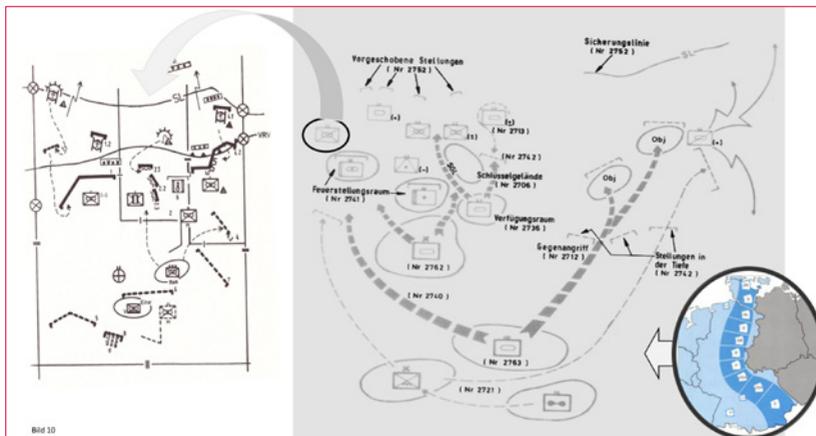
In der NATO hatte das System abgestimmter Einsatzpläne einen festen Platz. Durch Integration von Nuklearen Einsatzoptionen sollte wirkungsvoll abgeschreckt werden, aber erst dann, wenn die konventionelle Verteidigung zu scheitern drohte. Es kam darauf an, diese Verteidigung grenznah durchzuführen, wenig eigenes Territorium preiszugeben und militärische Entscheidungen zugunsten der NATO herbeizuführen, um dann möglichst deeskalierend in Verhandlungen zu treten. Innovativ war, dass EDP bzw. GDP standardisiert und strukturiert wurden. So bildete das NATO-Befehlsmuster STANAG 2014 das verbindliche Raster für die Pläne.⁴⁵ Somit war der GDP nicht nur ein Plan, über den entschieden werden musste, sondern formal zugleich ein rechtsverbindlicher Befehl, der durch eine Alarmmaßnahme oder Befehl aus der NATO-KS und in den Bündnisarmeen ausgelöst wurde. Damit konnte in einer Krise bei kurzer Vorbereitungszeit oder einem Überraschungsangriff Zeit gewonnen werden. Ungeachtet dessen stand der GDP unter Entscheidungsvorbehalt des NATO-Rates und der Regierungen bzw. Parlamente der Mitgliedstaaten. Damit war eine irrtümliche Auslösung ausgeschlossen.

GDPs wurden in der NATO von der höchsten bis zur untersten Ebene erarbeitet. Dazu hatte die NATO-KS in Krise und Krieg ebenengerechte Infrastruktur. Nationale Pläne bildeten die Grundlage für Alarmierung, Aufmarsch in die Einsatz- oder Verteidigungsräume und Unterstellungsart⁴⁶ in der NATO-KS. Die personelle und materielle Durchhaltefähigkeit blieb in nationaler Verantwortung, was gesonderte ergänzende nationale Unterstützungspläne und Abstimmungen innerhalb und zwischen den Nationen erforderlich machte. Für die EDP bzw. GDP galt ebenfalls der althergebrachte Grundsatz,

dass bei Eintreten in Kampfhandlungen bisherige planerische Festlegungen sich schnell ändern würden. Ergänzend zu EDPs bzw. GDPs gab es Contingency Operationspläne (COPS) für den Einsatz von operativen und strategischen Reserven, die von einer definierten Lageentwicklung im Konflikt- oder Kriegsfall ausgingen.

In den EDP bzw. GDP waren gemäß STANAG 2014 eigene Kräfte, Absichten der übergeordneten Führung, Bedrohung, eigener Auftrag, Truppeneinteilungen, eigene Absichten, Zusammenwirken unterstellter Truppen, Zusammenarbeitsbeziehungen mit anderen Ebenen / Bereichen, Unterstützung und Führung verbindlich festgeschrieben. Damit unterschieden sich die Einsatzpläne in der NATO im Aufbau und Format von den rein national bestimmten Kriegsplänen der Vergangenheit, in denen vielfach Denkschriften getrennt von Operationsbefehlen erarbeitet waren. Die EDP bzw. GDP bestanden aus Textteilen und Karten gemäß STANAG 2014 ggf. mit zahlreichen Anlagen, in denen für Ebenen ab Brigade aufwärts taktisch-technische Einzelheiten festgelegt waren. Für die Logistik gab es ergänzende Befehle, die ebenengerecht mehr oder weniger umfangreich waren. Im Verlauf von Kampfhandlungen kamen schnell erstellte graphische Befehle bzw. mündliche oder schriftliche Einzelbefehle hinzu.

Jeder Großverband bzw. Verband hatte im GDP einen exakt beschriebenen Verantwortungsbereich bzw. Einsatzraum, in dem er gemäß seiner Aufgaben oder Aufträge zu handeln hatte. Bezogen auf die Landkriegführung hatten in den Korps-Einsatzräumen („Boxen“) die Divisionen mit ihren Brigaden ein bewegliches Gefecht zu führen. Dabei waren Schwerpunkte und Schlüsselgelände festgelegt. Nach einem beweglichen Verzögerungsgefecht nutzte die Verteidigung die Mobilität der Kampftruppen und das Feuer der Artillerie aus, um Abschnitte zu halten, im Einsatzraum den Gegner entweder frontal oder in der Flanke zu bekämpfen, ihn damit abzunutzen und sein Angriffstempo zu verlangsamen. Sperren sollten helfen, den Gegner zu kanalisieren und aufzuhalten, um ihn dann durch das Feuer schwerer Waffen zu zerschlagen. Der Aspekt der Mobilität erstreckte sich von der geistigen Flexibilität und Kreativität der Führung bis zum dynamischen Einsatz aller Kampftruppenverbände. Die Operationsführung war geprägt von Gegenangriffen bzw. Schlägen der taktischen und operativen Reserven. Die politische Vorgabe einer beweglichen Vorverteidigung bestimmte die Einsatzplanung.⁴⁷



Die Verteidigungsräume der Korps wurden auch als „Boxen“ bezeichnet. Wie innerhalb dieser Boxen die bewegliche, grenznahe Verteidigung durchgeführt werden sollte, erklärt diese Skizze. Öffentlich gemacht wurde in Weißbüchern die NATO-Verteidigungsplanung in Form einer „Schichttorte“, d.h. die Aneinanderreihung von Korps entlang der NATO-Grenze (hier Beispiel in Deutschland rechts im Kreis). Die grau unterlegte Grafik in der Mitte zeigt vereinfacht das Gefecht der Verbundenen Waffen der Divisionen, Brigaden und Korpstruppen. Die linke Skizze verdeutlicht den beweglichen Kampf eines Panzergrenadierverbandes in auf- und abgesetzener Kampfweise. Als Grundlage wurden im Frieden für jeden Großverband / Verband GdP erarbeitet und ebenenübergreifend abgestimmt, welche Mobilmachung, Aufmarsch und Anfangsoperation regelten. Danach wurde im laufenden Gefecht geplant, entschieden und geführt.

Grundlage für den Einsatz waren neben EDP/GDP nationale taktische Vorschriften, die in bündnisgemeinsamen Richtlinien wie u.a. ATP 35 für das Landgefecht und ATP 33 für den Luftkrieg bündnisweit abgestimmt waren⁴⁸. Ergänzend zu Denkschriften wurden für die Entwicklung von Optionen bzw. für die langfristige Einsatzplanung Formate wie Stabstudien, Studienberichte bzw. Analysedokumenten genutzt. Nationale wie NATO-Studieneinrichtungen unterstützten die Planung. Darüber hinaus wurden standardisierte Verfahrensbestimmungen⁴⁹ und Meldeformate erarbeitet. Bei Stabsrahmen- und Gefechtsstandübungen wurden arbeitstägliche Führungsprozesse (Battle-Rhythm), Lageführung und Erstellung von Führungsunterlagen (Orders/ Fragmentation Orders) unter Zeitdruck geübt. Es wurde zwischen einer Einsatzplanung in etwa zweijährigen Rhythmus für EDP/GDP und verkürzter Planungsprozesse nach Ausbruch von Gefechten unterschieden.

Das System der EDP bzw. GDP sicherte eine glaubwürdige Abschreckung, unterstützte die operative und taktische Ausbildung, half Führungswissen bei Personalwechseln zu erhalten bzw. fortzuschreiben und Voraussetzungen für

die Führungsüberlegenheit zu schaffen. Eine belastbare Reichweite der EDP bzw. GDP ging von der Alarmierung bis zum Abschluss des Aufmarsches. Nach Ausbruch von Gefechten wurde nach Ebenen-bezogenen Zeitzyklen und je nach Lageentwicklung der Einsatz von Reserven bzw. die Bildung neuer Reserven und ggf. die räumliche oder

Das System der EDP bzw. GDP sicherte eine glaubwürdige Abschreckung, unterstützte die operative und taktische Ausbildung, half Führungswissen bei Personalwechslern zu erhalten bzw. fortzuschreiben und Voraussetzungen für die Führungsüberlegenheit zu schaffen.

nukleare Eskalation geplant. Die Unterstützung ziviler Ressorts war auf der Basis von Leistungsgesetzen in Alarm- und Krisenplänen vorgesehen. EDP bzw. GDP waren geheim. Nur Vereinfachungen oder Auszüge wurden in Presseveröffentlichungen und Weißbüchern skizziert. Die öffentliche sicherheitspolitische Diskussion

im Nato-Bereich legte zuweilen Einzelheiten offen, die auf konkrete Planungen schließen lassen konnten.

Dies erlaubte es der gegnerischen Propaganda in der WVO, zu versuchen, durch Einbeziehung von Aussagen zur Verteidigungsplanung das Vertrauen in die NATO zu untergraben. So wurden einerseits Informationen mangelnder Verteidigungsfähigkeit lanciert, andererseits die NATO bei eigenen Planungen als Angreifer vorgegeben. Da im Kalten Krieg nicht das Gegenteil bewiesen werden konnte, fand diese Propaganda im Westen bei Gegnern der NATO vielfach Gehör. Die hierzu verbreitete Ansicht, dass die NATO bei kurzer Warnzeit einem Angriff nicht standhalten könnte, wurde durch die WVO bei deren Übungen und Vorführungen verstärkt. Das Bild einer schwachen NATO ist bis in die Gegenwart tief verhaftet geblieben.⁵⁰ In den 1970er und 1980er Jahren wurden im Westen alternative Verteidigungsplanungen durch Wissenschaftler und ehemalige Militärs erarbeitet, die in ihrer Abschreckungs- und Verteidigungseffektivität deutlich geringer als die im GDP vorgesehene Operationsführung waren bzw. mehr finanzielle Ressourcen verschlungen hätten. Sie fanden bei der Fortschreibung der GDP nach Prüfung in der NATO und deren Mitgliedsnationen keine Berücksichtigung.⁵¹

Einsatzplanung in der WVO

Die Grundlagen der Einsatzplanung in der WVO wurde von der Sowjetunion (UdSSR) offensiv bestimmt und von deren Generalstab für den europäischen Kriegsschauplatz vorgegeben. Sie basierte auf der Leninistischen Militärwissenschaft, die historisch abgeleitete Erfahrungswerte aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bis zum Ende der UdSSR widerspiegeln. Sie beinhaltete die

prinzipiellen Ansichten bzw. Vorgaben zu Form, Vorbereitung und Führung möglicher Kriege. Sie wurde an der Akademie des Generalstabes und an den WVO-Militärakademien entwickelt und fortgeschrieben.

Sicherheitspolitik, Militärstrategie, Streitkräfteplanung und Einsatzplanung wurden insgesamt als „Militärdoktrin“ bezeichnet. Zunächst hatte jede WVO-Nation ihre nationale Militärdoktrin mit unterschiedlichem Detaillierungsgrad und Dokumentensystem. 1987 wurde unter Michael Gorbatschow eine gemeinsame WVO-Militärdoktrin mit einer Anfangsverteidigung ähnlich der der NATO beschlossen und nur unvollständig bis zum Ende der WVO umgesetzt. Entscheidungen über die Auslösung von Einsatzplanungen trafen nach Abstimmung mit der UdSSR-Führung die Nationalen Verteidigungsräte (NVR), denen die jeweiligen Parteichefs als nationale Oberbefehlshaber vorstanden.⁵²

Die Militärdoktrin bestand aus einem offenen militärpolitisch-militärwissenschaftlichen und einem „technischen“ Teil. Letzterer enthielt die geheime Streitkräfte-, Rüstungs- und Einsatzplanung. Der sowjetische Gesamtkriegsplan für den Europäischen Kriegsschauplatz wurde nicht an die Verbündeten weitergegeben. Dass es ihn überhaupt gab, kann anhand der Rüstungsplanung und Übungsszenarien vermutet werden. Die anderen WVO-Staaten hatten ihre geheime Operationsplanung für die jeweils festgelegten strategischen und operativen Richtungen auszuarbeiten. Sie wurden durch Unterschriften der Staatsoberhäupter, sprich: Parteichefs, und der Verteidigungsminister bestätigt. Der Parteichef der KPdSU und der militärische Oberbefehlshaber der WVO zeichneten gegen. Derartige Pläne wurden unter gesondertem Verschluss gehalten und existierten jeweils aus vier Exemplaren. Ihre Auslösung setzte die schrittweise verdeckte Erhöhung des Einsatzbereitschaftsstandes, die Mobilmachung, den Aufmarsch und die Bereitstellung in Gang. Sie erfolgte durch Kennworte.⁵³



Von der Kriegsplanung während der Zeit des Kalten Krieges sind in polnischen und tschechischen Archiven vollständige Sätze an Dokumenten erhalten. Hier ist der letzte polnische Gesamt-Operationsplan von 1989 abgebildet, der u.a. den Einsatz der Polnischen Küstenfront im Angriff entlang der Küste bis nach Dänemark, dortige Landungen und in die Bundesrepublik hinein darstellt. Ergänzend zu dieser graphischen Darstellung gab es einen handschriftlichen Textteil der eigenen Absicht mit Kräftevergleich ähnlich dem westlichen STANAG-Format.

Die dazugehörenden Planungsdokumente umfassten eine Karte des Einsatzraumes der operativen und strategischen Gruppierungen im Maßstab 1:1 Million. Sie waren in russischer Sprache auf sowjetischen Grundkarten zu erstellen.⁵⁴ Eingearbeitet waren Tabellen mit den wesentlichen zugrunde liegenden operativen Normen. Ergänzt wurde die graphische Darstellung um einen handschriftlich russischen Text, der u.a. die Bedrohung, einen Kräftevergleich,

Es ist davon auszugehen, dass auch im heutigen Russland unter veränderter Doktrin in ähnlicher Form geplant wird.

die Absicht, die Aufgaben, die Grundzüge der Handlungen und zugewiesenen Atomsprengköpfe umfasste. Des Weiteren gehörten dazu der Operationsbefehl für die Armeen, bzw. die Gefechtsbefehle für die Divisionen und Armeetruppen. Weitere

Teilpläne wurden ergänzend ausgearbeitet. Charakteristisch war die Geheimhaltung. Die Erstellung lag in Verantwortung des jeweiligen nationalen Armeebzw. Front-Befehlshabers, seinen Chef des Stabes und mehreren dafür an einer sowjetischen Militärakademie ausgebildeten Stabsoffizieren. Nach Reformen

der Einsatzplanung unter Michael Gorbatschow wurden in die Planungen und Erkundungen weitere Stabelemente und Führungsebenen bis zum Regiment eingebunden.⁵⁵ Mit dem Ende der WVO endete diese Art der Einsatzplanung, deren Ursprünge in die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zurückgehen.⁵⁶ Es ist davon auszugehen, dass auch im heutigen Russland unter veränderter Doktrin in ähnlicher Form geplant wird.⁵⁷

Weiterentwicklungen der Einsatzplanungen nach dem Kalten Krieg

In der Zeit nach dem Kalten Krieg übernahm die NATO meist auf der Basis von Resolutionen der UNO die Aufgabe, zerfallende oder vom Bürgerkrieg betroffene Staaten auf dem Balkan, Afrika und Asien zu stabilisieren und die zivile Rekonstitution zu sichern. Dafür wurden Elemente der operativen NATO-Kommandostruktur oder nationale Kommandostäbe zur Führung integrierter Stabilisierungskräfte eingesetzt. Die Mitgliedsstaaten legten im Rahmen von ad-hoc Abfragen (NATO Force Generation Process) fest, ob und welche Kräfte sie jeweils für eine Stabilisierungsoperation zur Verfügung stellten.

Die Einsatzplanung spiegelte sich in Einsatzbefehlen gemäß STANAG 2014 mit Anlagen für Aufklärung, Verhaltensregeln, Verlegung und Durchhaltefähigkeit u.a. für den gesamten Stabilisierungseinsatz, ergänzt durch separate nationale Einsatzbefehle für die einzelnen Kontingente wider. Diese Befehle wurden für jeden Einsatz und Kontingentwechsel erstellt. Darüber hinaus wurden in der obersten Ebene der NATO-KS verschiedene Eventualfallplanungen (Oplans, COPS) für die Bündnisverteidigung im europäischen Raum erarbeitet. Die tiefe Integration bis zu multinationalen Brigaden und Divisionen bestätigte die Notwendigkeit sprachlich und inhaltlich standardisierter Pläne nach STANAG 2014.

Die fortschreitende Technisierung und Automatisierung im militärischen Bereich in Richtung auf Netzwerk zentrierte Operationen und verstärkte Nutzung von Welt- und Informationsraum führte zur Strukturierung von Planungsprozessen auf operativer und strategischer Ebene und deren Festlegung in der NATO-Vorschrift AJP05.⁵⁸

Perspektiven im 21. Jahrhundert

Mit der Annexion der Krim und die Besetzung von Teilen der Ostukraine durch russische Truppenteile verlagerte sich in 2014 der Fokus der NATO und ihrer Mitgliednationen von der Stabilisierungsoperation auf die Bündnis-

verteidigung zum Schutz und zur Abschreckung an der ostwärtigen NATO-Flanke. Es entstand die aus multinationalen Kontingenten bestehende NATO Response Force (NRF). In der Einsatzplanung legten die zu schützenden Nationen nationale Verteidigungspläne fest, welche die Grundlage für die Einsatzplanungen der multinationalen Reaktionskräfte bildeten. Es entstanden eine Vielzahl regional bezogener Einsatzpläne, nach denen die NATO Enhanced Forward Presence (eFP)-Verbände, VJTF (Soforteinsatzkräfte) und NATO Response Forces (NRF) eingesetzt werden.⁵⁹

Mit der NATO-Strategie vom 14. Juni 2022 wurden neue Leitlinien für kollektive Verteidigung, Krisenprävention und -management in Kraft gesetzt. Die Bündnisverteidigung hat Priorität. Es wurde ein neues Streitkräftemodell beschlossen, das Streitkräftestärke von rund 800.000 Soldaten für verschiedene

Mit der NATO-Strategie vom 14. Juni 2022 wurden neue Leitlinien für kollektive Verteidigung, Krisenprävention und -management in Kraft gesetzt.

potentielle Konfliktregionen vorsieht. Die Streitkräfte werden in drei Stufen kategorisiert, wobei rund 100.000 Soldaten in 10 Tagen, weitere 200.000 in 30 Tagen und 500.000 in 180 Tagen verfügbar sein sollen. Bisherige VJTF und NRF werden in einer Allied Reaction Force (ARF) aufgehen, die

aus einem Kern von 40.000 Mann bestehen wird. Diese unterstehen dem obersten NATO-Befehlshaber in Europa. In Friedenszeiten bleibt der Großteil unter nationalem Kommando und wird von den jeweiligen Nationen nach

Herstellung der Einsatzbereitschaft je nach Ambitionen und Verpflichtungen freigegeben. Streitkräftekomponenten werden potentiellen Krisenregionen zugeordnet. Material wird teilweise vorausstationiert.⁶⁰



NATO-Gefechtsstand bei Lagefeststellung und Einsatzplanung

Den Joint Forces Commands (AFCENT und AFSOUTH) der NATO-KS werden regionale Verantwortungsbereiche zugeordnet. Hinsichtlich der Einsatzplanungen werden die bisherigen unterschiedlichen regionalen Einsatzpläne von der NATO-KS in standardisierte Regional-

pläne umgearbeitet und dazu jeweils erforderliche Verstärkungskräfte festgelegt. Dies erfordert eine veränderte Form der Planung, die wieder von der NATO-KS ausgeht und über die multinationalen oder nationalen Korps für ihre jeweils vorgesehenen Großverbände umgesetzt wird.

Die Strategie befindet sich in der Umsetzung und in technischen Fragen in der Detailabstimmung. Beabsichtigt ist, die NATO-Truppen in denjenigen Regionen üben zu lassen, wo ihr Einsatz in einer Krise vorgesehen ist. Die schnelle Einsatzbereitschaft und die nationale Entscheidung über Einsätze muss unter Berücksichtigung bewährter Auftragstaktik so geregelt und realisiert werden, dass die Kräfte lagegerecht schnell verlegt werden können, ohne dass eine Eskalationsautomatik einsetzt. Neue Strategie, NATO-Kräftestruktur und Modernisierungen werden in den nächsten Jahren realisiert. Dabei werden erhebliche Abstimmungs- und Planungsprozesse erforderlich, die derzeit am Anfang stehen.

Zusammenfassung

Waren über Jahrhunderte Kriegspläne einfache Skizzen oder Überlegungen in den Köpfen der Heer- oder Truppenführer, so machten die Erweiterung der Streitkräfteumfänge in Millionenheere, die Technisierung und Mobilität zu Lande, zu Wasser und in der Luft zunächst nationale Kriegspläne erforderlich, die sich aus nationalen Mobilmachungs-, Aufmarsch- und anschließenden Feldzugsplänen zusammensetzten. Kern dieser Pläne waren Aktenschränke mit Denkschriften, Mobilmachungs-, Aufmarschpläne und vorbereitete Befehle für Anfangsoperationen. Während des Krieges wurden diese Pläne als Feldzugs- oder Operationspläne fortgeschrieben. Man differenzierte zwischen Eventualfallplänen, die im Frieden erarbeitet, zur Abstimmung mit Verbündeten, zur Streitkräfte- und Rüstungsplanung herangezogen sowie solchen, die kurzfristig im Feld für Operationen, Gefechte bzw. Feldzüge erstellt wurden.

Im nuklearen Zeitalter bzw. im Kalten Krieg setzte sich eine neue Form weiterentwickelter gebündelter Kriegspläne als standardisierte Einsatz-, Operations-, bzw. Contingency-Pläne durch, die Befehlscharakter hatten und durch Alarmmaßnahmen oder Stichworte ausgelöst wurden. Für die weitere Führung im Krieg wurde bei kurzen Planungszyklen nach dem gleichen Befehlsmuster gehandelt. Die Verteilung von Plänen und Befehlen soll langfristig digital Netzwerk-gestützt unter Einbeziehung künstlicher Intelligenz erfolgen. Aufgrund zunehmender Komplexität und Spezialisierung ist die vorbereitende Planung ein umfänglicher Prozess, der in der NATO-KS für die operative und strategische Ebene in einheitlichen Vorschriften wie der AJP-5 prozedural geregelt ist.

Die neue Dimension zukünftiger Einsatzplanungen in der NATO baut auf Multinationalität, Vernetzung, Führung durch Auftrag und Vorbereitung durch Übungen. So wie sich die Kriegführung in den beiden letzten Jahrhunderten gewandelt hat, so veränderte sich die einfache Kriegsplanung zur komplexen Einsatzplanung. Unverändert sollen Einsatzpläne das Erreichen und Erhalten von Führungsüberlegenheit gewährleisten.

Pläne der obersten militärischen Führung eines Staates oder eines Bündnisses stellen unverändert die Umsetzung der Sicherheitspolitik und Gesamtstrategie sowie den Willen der obersten politischen Führung dar. Es hat sich gezeigt, dass die Staatsführung und oberste militärische Führung stets die Gesamt-Einsatzplanung gemeinsam „im Blick haben“ müssen. Sie bedürfen einer autarken, gehärteten Führungsinfrastruktur, aus der sie ihre Aufgaben IT-gestützt wahrnehmen können. Dienen Kriegspläne einst der Führung von Feldzügen, so dienen Einsatzplanungen seit dem Kalten Krieg vorrangig der Abschreckung und Kriegsverhinderung. Selbst wenn diese versagt, sollten sie so flexibel gestaltet sein, dass eine schnellst mögliche militärische Reaktion und die Beendigung des Konfliktes möglich ist, wie es Clausewitz bereits vor 200 Jahren forderte.

Zum Autor Friedrich K. Jeschonnek: Oberst a.D., 22. Verwendungslerngang GenSt (H), über 40 Jahre Berufssoldat in Kommandeurs- und Stabsverwendungen im In- und Ausland, Einsatzerfahrungen, seit 1987 Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft, Redakteur Hardthöhenkurier.

Anmerkungen

- 1 NATO - Abschreckung und Verteidigung https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_133127.htm in Verbindung mit NATO-Pressemitteilung (2022) 095 Brüssel/Madrid vom 29.06.2022 https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_196951.htm, eingesehen am 25.01.2023, vgl. dazu Jordan Becker/Michael Duda/Douglas Lute, From context to concept: history and strategic environment for NATO's 2022 strategic concept, in *Defence Studies*, 22 (2022), No 3, S.489-496; Andrea Gili u.a., Strategic shifts and NATO's new Strategic Concept, NDC Research Paper, No. 24 – June 2022
- 2 Der Begriff posture (engl.) bedeutet Haltung. Aufgrund US-amerikanischer Begriffserweiterungen wird darunter die Art und Weise, wie eine Regierung oder eine andere Organisation, z.B. die NATO, über eine bestimmte Angelegenheit nachdenkt und/oder damit umgeht. Das NATO Posture schließt Strategien, Konzepte, Planungen, Truppen, Strukturen, Ausrüstungen, Mittel, Personal, ein.

- Vgl.: NATO, Strategic Concept 2022, Madrid 2022, https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2022/6/pdf/290622-strategic-concept.pdf, eingesehen am 25.01.2023, zur Begriffsdefinition: Ernst-Christoph Meier u.a., Wörterbuch zur Sicherheitspolitik, Hamburg 20219, S. 504
- 3 Gerd Bolik/Heiner Möllers, Anmerkungen zu NATO-Verteidigungsplanungen (1960-1990) VI. Teil: Krieg in der Ukraine, Portal Militärgeschichte, 2022, S. 36, DOI.org/10.15500/akm.09.05.2022, https://www.portal-militaergeschichte.de/bolik_moellers_black_box, eingesehen am 25.01.2023
 - 4 NATO-Thema: Abschreckung und Verteidigung, NATO-Strategie 2022, siehe Endnote 1
 - 5 Vgl. Schneeweiß, Planung 1, Systemanalytische und Systemtheoretische Grundlagen, Berlin/Heidelberg 1991, S. 1-2
 - 6 Keith El Bonn, Planning Military, in: International Military and Defence Encyclopedia (IMADE), hrsg. Trevor N. Dupuy, Washington/New York 1993, Volume 5, 2150f.
 - 7 Ebenda, S.2151-2153
 - 8 Bei der Schlacht von Cannae wurde im Jahre 216 v.Chr ein römisches Heer von karthagischen Truppen bei einem Kräfteverhältnis von 80.000 zu 60.000 (Schätzwerte) durch Umfassung vernichtet. Die Schlacht wird als die erste dokumentierte Vernichtungsschlacht in der Geschichte bezeichnet, bei der eine – wenn kurzfristige – militärische Einsatzplanung deutlich wurde. Vgl: Theodor Fuchs, Geschichte des europäischen Kriegswesens, Teil I: Vom Altertum bis zur Aufstellung der stehenden Heere, München 1972, S.59-62. Bedeutung für die militärische Planung im 19./20. Jahrhundert vgl.: Jehuda Wallach, Kriegstheorien im 19. Und 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 1972, S.101-135, Generalfeldmarschall Graf von Schlieffen, Cannae, Reprint u Übersetzung, hrsg US Command & General Staff College, Ft Leavenworth 1932
 - 9 Jacek Jedrysiak, Describing the future battlefield: A study concerning the Prussian General Staff Tasks regarding theatres of war (1816-1848) International Journal of Military History and Historiography, 41 (2021), S. 8ff.
 - 10 Ebenda, S.11 ff.; Walter Görnitz, Kleine Geschichte des deutschen Generalstabes, Berlin 1967, S.62-64; Trevor N. Dupuy, A Genius for War, the German Army and General Staff 1807 – 1945, S. 44-53
 - 11 Carl von Clausewitz (1780 – 1831) war ein preußischer Generalmajor und Heeresreformer, mit Generalstabs-verwendungen in Preußen und Direktor der Allgemeinen Kriegsschule. Er wurde durch sein unvollendetes Hauptwerk „Vom Kriege“ bekannt. Die Theorien über Strategie und Taktik hatten großen Einfluss auf die Entwicklung des Kriegswesens in Ost und West.
 - 12 Carl von Clausewitz, Vom Kriege, Hrsg. Werner Halweg, 18. Auflage, Bonn 1973,

- S. 947 – 1040, dazu die Unterrichtsunterlagen zur Ausbildung des Kronprinzen von 1810-1812, S.1132-1180
- 13 Ebenda zur Verteidigung: VI. Buch, S.613-663, zum Angriff: VII. Buch, 865-947, vgl: Peter Paret, Clausewitz und der Staat, Bonn 1993, S. 443f.
 - 14 Vom Kriege, 18. Aufl., (Endnote 12), S. 979-983
 - 15 Carl von Clausewitz, ausgewählte Schriften, hrsg. Gerhard Förster/Dorothea Schmidt, Berlin-Ost 19822, S. 8-9; Alexander Swetschin, Clausewitz – die klassische Biographie aus Russland, Bonn 1997, S. 270-271
 - 16 Als Zeitalter der Weltkriege-Zeit wird in folgenden der Zeitraum von 1870 bis 1945 zusammengefasst.
 - 17 In der Frage, was einen Kriegsplan ausmacht und ob der „Schlieffenplan“ ein solcher war, beschreibt Gerhard P. Groß am deutschen Beispiel die Inhalte und Formate der Operationsplanung. Vgl.: Gerhard P. Groß, There was a Schlieffen Plan, in: Hans Ehlert / Michael Epkenhans / Gerhard P. Gross (Hrsg-), der Schlieffenplan, Analysen und Dokumente, Reihe Zeitalter der Weltkriege Band 2, Paderborn, München, Wien, Zürich 2006, S. 117-160, dabei insbesondere S. 141-150. In dem o.a. Tagungsband wird von den Hrsg. herausgestellt, dass viele Nationen in dem ähnlichen Format wie Schlieffen ihre Kriegspläne bzw. Operationspläne gestalteten. Vgl. Holger H. Herwig, Conclusions (bzgl. Kriegsplänen), in: War Planning 1914, hrsg. Richard E. Hamilton und Holger H. Herwig, Cambridge 2010, S. 226-241. Demgegenüber vertrat Zuber die Auffassung, dass die Aktenkonvolute des Generalstabschefs Graf Alfred von Schlieffen kein Kriegsplan oder Operationsplan gewesen seien: Terence Zuber, the real German War Plan 1904-14, The Mill Brimscombe Port Stroud 1991. Dem widerspricht Gerhard P. Groß in seiner Studie There was a Schlieffen Plan (siehe oben)
 - 18 Richard P. Hamilton, War Planning: Obvious Needs, not so obvious solutions. S. 1-23 und Holger Herwig, Conclusions, S. 226-256, in: War Planning 1914 (Endnote 17)
 - 19 Vgl.: Frank Buchholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen in der Gründungsphase der Bundeswehr 1949-1960, Frankfurt a.M. 1991, S. 91-113; dort analysiert der Autor Dispute der Staatsführungen um Auslösung von Einsatzplanungen am Beispiel Deutschland und Frankreichs vor dem und im Ersten Weltkrieg.
 - 20 Paul M. Kennedy, The War Plans of the Great Powers 1880-1914, Editors Introduction, Boston / London / Sydney / Wellington 1979, S.4ff ; Beispiel: Frankreich/Russland, siehe: Perttti Luntinen, French Information on the Russian War Plans 1880 – 1914, Helsinki 1984, S. 14-21, 65-69
 - 21 Buchholz, Strategische und militärpolitische Diskussionen, (Endnote 19), S.107-109

- 22 Erich v. Tschischwitz, der Kriegsplan unter vorwiegender Betrachtung des Landkrieges, in: *Militärwissenschaftliche Rundschau (MWR)*, 2 (1937) 5, S. 582ff.; derselbe, die strategische Offensive im Landkrieg, in *MWR* 2, (1937), 6, S. 749, Erich v. Tschischwitz, *General der Infanterie, Reichswehr (1870-1958)*, im globalen Rahmen siehe: Barry R. Posen, *The Sources of Military Doctrine, France, Britain, and Germany between the World Wars*, Ithaca and London 1984, S.13-33, 236-239
- 23 Robert Foley, Der Schlieffenplan. Ein Aufmarschplan für den Krieg, in: *Der Schlieffenplan*, (Endnote 17), S. 101-116, insbesondere 116
- 24 Gerhard P. Groß, *das Große Hauptquartier im Ersten Weltkrieg*, Berlin/Boston 2022, S. VIII; 4; 275-278
- 25 Ebenda, S. 268-278
- 26 Herwig, *Conclusions*, S.226-256 (Endnote 17)
- 27 Buchholz, *Strategische und militärpolitische Dimensionen*, S. 99-103 (Endnote 19)
- 28 *Kriegsplanung in der Weimarer Republik: Rainer Wohlfeil, Hans Dollinger, die deutsche Reichswehr*, Frankfurt a.M. 1972, S.150/151; *Kriegsplanung in Österreich bis 1938: Markus Pichler, Erstes Österreichisches Bundesheer*, dort zum Jansa-Plan von 1937, der nicht ausgelöst wurde: *Erstes Österreichisches Bundesheer - Historiö* (xn--histori-g1a.at), eingesehen 25.01.2023; *Kriegsplanung in der UdSSR 1922 - 1941: Erste Kriegsplan-ähnliche Ausarbeitungen, Mobilisierungsplanungen und Studien* erfolgten im Rahmen der Rüstungsplanung zum 1. Fünfjahresplan um 1928, siehe Leonard Samuelsen *Plans for Stalin's War Machine*, London 2000, S.102ff., zur sowjetischen Kriegsplanung ab 1939: Bernd Schwipper, *Deutschland im Visier Stalins*, Gilching 2015, S.. 24, 414ff.
- 29 Martin Böhm, *die Royal Air Force und der Luftkrieg 1922-1945*, Paderborn 2015, S.341-353; Posen, *the Sources of Military Doctrine*, S.141 – 176 (Endnote 22);
- 30 Dave Thurlow, *Building the Gort Line, the BEF and its defences in France 1939-40*, S.115-136; Posen, *the Sources of Military Doctrine*, S. 105-140 (Endnote 22)
- 31 Steven T. Ross, *American War Plans 1890-1939*, London/Portland 2002, S. 177-183; *Rainbow-Plans: Mark E. Grotelueschen, Joint Planning for Global Warfare. The Development of the Rainbow Plans in the United States 1938-1941*, in. *Army History*, 97 (2015) Fall, S.8-26
- 32 Posen, *the sources of Military Doctrine*, S. 181-182
- 33 Martin van Krefeld, *the Age of Airpower*, New York 2011, S.91-172; Olaf Groehler, *Geschichte des Luftkrieges*, Berlin-Ost 1981, Horst Boog, *Zusammenfassung*, in: *Luftkriegführung im Zweiten Weltkrieg*, hrsg Horst Boog, Herford/Bonn 1993, S.809-824; *Militärgeschichte von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart*, hrsg. Michael Epkenhans, Klaus Hagemann, Braunschweig 2021, S. 360-365

- 34 Militärgeschichte, S.337 (Endnote 33); Heinz Magenheimer, Kriegsziele und Strategien der großen Mächte 1939-45, Bielefeld-Bonn 2006, S. 207-218
- 35 Militärgeschichte, S.430-439 (Endnote 33); Malte Riemann, Der Krieg im 20. und 21. Jahrhundert, Stuttgart 2020, S. 84-94; Bernard and Fawn Brodie, From Crossbow to H-Bomb, The evolution of weapons and tactics of warfare, Bloomington 1972, S. 257-267
- 36 Norbert Wiggershaus, Zur Konzeption einer NATO-Geschichte, in: Nationale Außen- und Bündnispolitik der NATO-Mitgliedstaaten, München 2000, S.IX-XVIII; Ludwig Weigl, Strategische Einsatzplanungen der NATO, Einflussfaktoren, Inhalte, Umsetzungsmaßnahmen (Dissertation) München 2005, Militärgeschichte, S. 430, Fritz Wiener, Die Armeen der NATO-Staaten, München 1974, S.17-24
- 37 Verteidigung, Ideen, Gesellschaft, Weltstrategie, Bundeswehr, ein Handbuch, hrsg. Emil Obermann, Stuttgart 1970, S.498-554; zur aktuellen Strukturentwicklung 2022: Claudia Major/Göran Swistek, die NATO nach dem Gipfel von Madrid, SWP-Aktuell, Nr. 49, Juli 2022, S.4-8;
- 38 EDP, Emergency Defence Plan, Notfall-Verteidigungsplan, Erster EDP war SHAPE EDP 1-52 vom 01.01.1953, im Jahre 1970 wurde die Bezeichnung EDP in GDP, General Defence Plan, Allgemeiner Verteidigungsplan (GDP) im Rahmen der NATO-Strategie-Wechsel von Massive Retaliation zur Flexible Response umbenannt.
- 39 SHAPE – Supreme Headquarters Allied Powers Europe, Oberstes NATO-Hauptquartier für Europäischen Bereich, Entwicklung des Kommandos bis heute: <https://www.shape.nato.int/page20921139>; Zur aktuellen NATO-KS siehe <https://www.nato.int/cps/en/natohq/structure/htpm>, eingesehen am 25.01.2023
- 40 Führungsakademie der Bundeswehr, Arbeitsunterlage Alarmwesen-Mobilmachung, Hamburg 1980, S.5-12
- 41 Paul Bracken, the Command and Control of Nuclear Forces, New Heaven/London 1983, S. 179-237; Paul Buteux, the Politics of Nuclear Consultation in NATO 165-1980, Cambridge 1983,1-38
- 42 Jane E. Stromseth, The Origins of Flexible Response, Oxford 1988, S.11-41
- 43 Militärgeschichte, S. 462-467, (Endnote 33); IMADE, Vol 4, S. 1920, (Endnote 6)
- 44 Verteidigung, hrsg. Obermann, S.557-562 (Endnote 37)
- 45 NATO MAS (Army) 0307-TOP/2014, (Edition 9), vom 17. Oktober 2000, derzeit gültige Fassung des 1953 entwickelten NATO-Formats für alle Arten von Befehlen. Es enthält auf 66 Seiten Bestimmungen für schriftliche, grafische und mündliche Befehle, dazu Vorbefehl, Gesamtbefehl, Anlagen, Einzelbefehl und fachliche Befehle, Eventualfallpläne. Bundesarchiv, BArch BWD 5/2382

- 46 NATO Unterstellungsverhältnisse sind im NATO-Dokument MC 57/3 Overall Organization of the Integrated NATO Forces, Brüssel 1968, geregelt. Es wird zwischen Operational Command (OpCon), Operational Control (OpCon), Tactical Command (TacCom), Tactical Control (TacCon) und Coordinating Authority unterschieden. OpCom / TacCom die höchsten Stufen der Befehlsgewalt, die allerdings keine truppendienstliche oder logistische Befugnisse beinhalten. OpCon/TacCon begrenzen die Befehlsgewalt auf einen bestimmten Auftrag/Aufgabe. Coordinating Authority beschränkt sich auf Abstimmungen/Beratung ohne Befugnis zum Erzwingen eines Ergebnisses. Deutsche Definitionen: BMVg FvH IV 1 Az 10-20-00, offen, ZDv 1/50, Grundbegriffe militärischer Organisation, Bonn vom 27.06.1996, Ziffer 209-215
- 47 Militärgeschichte, S. 462-463 (Endnote 33), IMADE, Vol.2, Stichwort Forward Defence, S. 992-996 (Endnote 6)
- 48 ATP, Allied Tactical Publication, Alliierte Taktische Veröffentlichung, hier: ATP 35 Land Forces Tactical Doctrine, Brüssel 1975 mit weiteren Überarbeitungen in der Folgezeit und ATP 33 Air Forces Tactical Doctrine, Brüssel 1975
- 49 Standardisierte Verfahrensbestimmungen, Standing Operating Procedures, SOPs, und Standardisierungsabkommen, als Standardization Agreements, STANAG. SOPs wurden in Verantwortung der NATO-Kommandobehörden für ihren Bereich erstellt, STANAG wurden von 1951 bis 2000 von der Military Agency for Standardization, MAS, erstellt. Heute ist das NATO Standardization Office zuständig.
- 50 Vgl Robert Close, Europa ohne Verteidigung? 48 Stunden, die das Gesicht der Welt verändern, Bad Hoennef u.a. 1977, S. 305-311; Johannes Varwick, NATO in (UN-)Ordnung, Schwalbach 2017, S.183-188
- 51 Alternative Strategien, hrsg. Alfred Biehle, Koblenz 1986, S.7-8
- 52 Jedes Land des Warschauer Vertrages hatte einen „Verteidigungsrat“, der unter Vorsitz des jeweiligen Staats- bzw. Parteichefs in Krise und Krieg das uneingeschränkte Führungsorgan gemäß jeweiliger Verfassung war. Im Frieden überwachte der jeweilige NVR die nationalen Kriegsvorbereitungen gemäß Militärdoktrin. Bestimmend war der sowjetische Verteidigungsrat, vgl. Armin Wagner, Walter Ulbricht und die geheime Sicherheitspolitik der UDSSR, Berlin 2002, S.511; Christopher Donnelly, Militärorganisation und politische Erziehung, in: Die sowjetische Militärmacht, hrsg. Ray Bonds, Bayreuth 1979, S.32 (Anmerkung im Schaubild unten)
- 53 Siegfried Lautsch, Kriegsschauplatz Deutschland, Potsdam 2013, S.36-44; die für die NVA beschriebenen Prinzipien zur Erhöhung der Gefechtsbereitschaft galten im gesamten Warschauer Pakt.
- 54 Ebenda, S. 22-30

- 55 Ebenda, S. 155
- 56 Schwipper, Deutschland im Visier Stalins, S.68-71 (Endnote 28)
- 57 Hierzu hat die Russische Föderation seit Bestehen mehrere Militärdoktrinen und 2021 erstmals eine gesamtstaatliche Strategie erarbeitet, auf deren Grundlage Planungen für die Interventionen in Georgien 2008, in der Ukraine 2014 und für den Ukraine-Krieg 2022 (Sonderoperation) erarbeitet wurden. Vgl. Rainer Böhme, zur nationalen Sicherheitsstrategie Russlands (2021), Kommentar und Dokumentation, Dresden 2021, S. 11, 58. Eine Konzeptionelle Grundlage bildet die sog. „Gerassimov-Doktrin“, welche eine russische Definition unbewaffneter und bewaffneter Auseinandersetzungsformen als Instrumente der Politik definiert, vgl.: Christoph Bilban und Hanna Grininger (Hrsg), Mythos „Gerassimov-Doktrin“ – Ansichten des russischen Militärs oder Grundlage hybrider Kriegführung, Wien 2019, S.36-49
- 58 AJP-5, Allied Publication - Joint Doctrine for the Planning of Operations Brussels 2013, aktualisiert 2019 als AJP-5 (A) vgl. Jan Spisak, Allied Joint Publication for Operations Planning (AJP-5) as a new challenge for military planners, Prag 2012, <https://www.researchgate.net/publication/305995715>, eingesehen am 25.01.2023, vgl: SHAPE, An Introduction to Operations Planning at the Operational Level, (COPD interim V.2.) Mons 2013
- 59 Claudia Major/Göran Swistek, Die NATO nach dem Gipfel von Madrid, Norderweiterung, neues Strategisches Konzept und militärische Neuaufstellung, Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP aktuell 49 vom Juli 2022
- 60 Ebenda, S. 3-7

Bundeswehr und Gesellschaft

Innere Führung ist heute wichtiger denn je!

André Bodemann

Vorbemerkung: Nach der „Zeitenwende“ wirft der Autor einen prüfenden Blick auf die Grundlagen, den Stand sowie insbesondere die zukünftigen Herausforderungen der Inneren Führung. Der Beitrag basiert auf einem Vortrag, den der Verfasser, in seiner damaligen Funktion als Kommandeur des Zentrums Innere Führung der Bundeswehr, am 18. Oktober 2022, beim Regionalkreis Nord der Clausewitz-Gesellschaft, an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, gehalten hat.

Der russische Präsident Putin hat am 24. Februar 2022 einen rücksichtslosen, durch nichts zu rechtfertigenden Angriffskrieg gegen die Ukraine ausgelöst und unsere Hoffnung auf den Erhalt des Friedens in Europa zerstört. Im Zusammenhang mit diesem weltpolitischen Umbruch einschließlich der Folgen insbesondere für Deutschland und die deutsche Sicherheitspolitik sprach Bundeskanzler Scholz im Rahmen der Sondersitzung des Deutschen Bundestages am 27. Februar 2022 von einer „Zeitenwende“ oder – wie wir es militärisch ausdrücken – von einer „grundlegenden Lageänderung“. Daraus abgeleitet galt und gilt: Übergeordnetes Ziel ist die Wiederherstellung der vollen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr als wesentlicher Beitrag zur Verteidigungsfähigkeit unseres Landes. Dieses Ziel wurde u.a. durch den politischen Willen untermauert, ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro zur Wiederherstellung der vollen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr einzurichten.

Jetzt, mit einem bewährten „Schritt Abstand von der Lagekarte“, gilt es, sich auch mit der Frage auseinanderzusetzen, was diese „Zeitenwende“ für die Innere Führung der Bundeswehr sowie deren Weiterentwicklung bedeutet. In diesem Zusammenhang hört man hin und wieder die kritische Frage, ob die Innere Führung nun zugunsten der Umsetzung der Rüstungsvorhaben und einer möglicherweise noch intensiveren Ausbildung für Einsatz und Gefecht zu vernachlässigen sei oder ob sie sogar das Erreichen der vollen Einsatzbereitschaft behindern könne. Aus meiner Sicht ist genau das Gegenteil der Fall.

Zugegeben, diese Antwort setzt ein ganz bestimmtes Verständnis von Innerer Führung voraus. Obwohl die Innere Führung in Phasen aufkommender Kritik immer wieder allgemein anerkannt und wie selbstverständlich als die im Grundbetrieb wie im Einsatz bewährte Führungskultur und als wichtiger Teil der „DNA“ der Bundeswehr bezeichnet wird, mangelt es jedoch oft genau an diesem klaren und einheitlichen Verständnis. Wenn man Kritik üben möchte, dann nach meiner Auffassung daran, dass es uns bis heute offensichtlich nicht gut genug gelungen ist, einheitlich und vor allem auch allgemeinverständlich zu vermitteln, was Innere Führung bedeutet und ausmacht. Auf die daraus resultierende Folgerung zur Notwendigkeit eines einheitlichen und klaren Begriffsverständnisses von Innerer Führung wird im Zusammenhang mit den Ausführungen zu deren Weiterentwicklung später noch eingegangen werden.

Innere Führung – Wo kommen wir her?

Um Innere Führung und deren Grundsätze und Zielsetzung zunächst überhaupt richtig verstehen zu können, ist es unabdingbar, sich ihre Ursprünge zu vergegenwärtigen. Ohne in der Folge einen tiefen historischen Abriss zur Genese der Inneren Führung vornehmen zu wollen, trage ich mit dem nachfolgenden kurzen Rückblick zwar für viele „Eulen nach Athen“. Ungeachtet dessen lohnt sich jedoch immer wieder eine Rückbesinnung auf die Ursprünge sowie Grundgedanken der Inneren Führung und damit auf die Lektüre der Himmeroder Denkschrift. Darüber hinaus haben uns Baudissin wie auch andere Gründerväter der Inneren Führung auch heute noch viel zu sagen.



Innere Führung – Wo kommen wir her?

„Ebenso wichtig wie die Ausbildung des Soldaten ist seine Charakterbildung und Erziehung“
(Kapitel V Das Innere Gefüge)



Die
Himmeroder
Denkschrift

1950

Ziel war es,
aus den bitteren historischen
Erfahrungen Deutschlands
in Bezug auf Streitkräfte etwas
völlig Neues zu schaffen,
aber immer mit dem Ziel der
Einsatzbereitschaft!

„Der Soldat wird erst dann ein Höchstmaß an abwehrbereiter Kriegstüchtigkeit entwickeln [...], wenn er sich aus staatsbürgerlicher Einsicht unterordnet und der Gemeinschaft gegenüber verantwortlich fühlt. Dies lässt sich nur dadurch erreichen, dass der Einzelne während des Dienstes das erlebt, was er notfalls verteidigen muss.“ (Baudissin)

Im Zuge der Überlegungen zur Wiederbewaffnung Deutschlands berieten – als Versammlung von Versicherungsvertretern getarnt und in geheimer Mission des ersten Bundeskanzlers der noch jungen Bundesrepublik Deutschland, Konrad Adenauer, vom 5. bis 9. Oktober 1950 im Kloster Himmerod in der Eifel 15 ehemalige Offiziere über die damit verbundenen Fragen.

Aus den bitteren historischen Erfahrungen Deutschlands resultierend war einer der wesentlichen Leitgedanken in Bezug auf die neuen Streitkräfte, ohne jegliche Anlehnung an die Wehrmacht etwas „grundlegend Neues“ zu schaffen. Das Ergebnis der Überlegungen war die sogenannte „Himmeroder Denkschrift“, darin von besonderer Bedeutung das Kapitel V, das „Innere Gefüge“, welches später zur „Inneren Führung“ wurde. Insofern hat die Innere Führung auch eine eigene Geschichte und kann folglich nicht – wie oft fälschlicherweise behauptet – automatisch als „Exportschlag“ in Gänze auf Streitkräfte anderer Staaten übertragen werden. Zu unterschiedlich sind die historischen Wurzeln, zu sehr ist die Innere Führung auch immer mit der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung unseres Landes verbunden.

Ein wesentlicher Grundgedanke dieser neu zu gründenden Armee war vor allem das Leitbild des Soldaten als „Staatsbürger in Uniform“. Die Vorstellung dieser neuen Soldaten als Staatsbürger in Uniform war, dass er sowohl freier und mündiger Mensch als auch guter Staatsbürger und zugleich vollwertiger Soldat sein sollte. Dazu sollte er nicht nur wissen, sondern auch davon überzeugt sein, wofür er dient und ggf. auch kämpft. Und er sollte dabei die damit verbundenen Werte, die er verteidigen soll, auch selbst erleben.

Zeitgemäße Menschenführung ist und bleibt der Kern der Inneren Führung. Sie ist Voraussetzung für gute sowie erfolgreiche Führung, Ausbildung und Erziehung.

Einhergehend damit galt auch die Überzeugung, dass diese neue Armee insgesamt fest in Staat und Gesellschaft integriert sein muss. Ein weiterer wichtiger Aspekt war der vom Gewissen geleitete Gehorsam im Gegensatz zum Kadavergehorsam vorheriger deutscher Armeen.

Die in Himmerod erarbeiteten Grundsätze bilden bis heute die Leitlinie für die Führung von Menschen und den Umgang miteinander. *Zeitgemäße Menschenführung ist und bleibt dabei der Kern der Inneren Führung. Sie ist Voraussetzung für gute sowie erfolgreiche Führung, Ausbildung und Erziehung.* „*Wer Menschen führen will, muss Menschen mögen*“, lautet der Grundsatz, der natürlich auch auf Ausbildung und Erziehung erweitert werden kann. Aber

auch die Menschenführung und Ausbildung sollten anders sein, als in den bisherigen deutschen Armeen. „Schikane“ sowie überzogene Härte – wie wir sie aus Zeiten der Wehrmacht z.B. aus 08/15, zugegebenermaßen aber leider auch durch Fehlverhalten einzelner innerhalb der Bundeswehr, wie wir dies z.B. aus dem Jahresbericht der Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages kennen – sind dabei eindeutig nicht im Sinn einer solchen zeitgemäßen Menschenführung und Ausbildung. Ohnehin war bereits für Baudissin nicht der „hart erzogene“, sondern „der sich selbst hart erziehende“ Soldat, der sich aus eigener Einsicht den Herausforderungen einer einsatznahen sowie fordernden Ausbildung stellt und dabei zuweilen auch den eigenen „Schweinehund“ überwindet, das Ideal. Dazu gehört durchaus auch eine fordernde, einsatznahe Ausbildung, auch verbunden mit Drill.

Die Kritik an den in Himmerod entwickelten Grundsätzen, die mit der Bezeichnung der Inneren Führung als „*Inneres Gewürge*“ verbunden war, fußte auf dem Vorwurf und der Befürchtung, dass nun eine „weiche Welle“ in die Streitkräften Einzug halte und die in der Konsequenz durch eine veränderte Menschenführung sowie Ausbildung zu einer mangelnden Robustheit und Kriegstüchtigkeit der Soldatinnen und Soldaten führe. Eine Kritik, die im Übrigen bis heute vor allem in Bezug auf den Wert von Innerer Führung in den Auslandseinsätzen der Bundeswehr leider noch immer nicht völlig verstummt ist, die aber nach meiner Auffassung unverändert nicht trägt. Denn der Erfolg und das Ansehen der Bundeswehr in den Auslandseinsätzen sprechen für sich und geben der Inneren Führung Recht. Nach meiner festen Überzeugung hat neben unserer bewährten, fordernden und möglichst einsatznahen Ausbildung eben auch die Innere Führung mit unserem Menschenbild gemäß Artikel 1 des Grundgesetzes „*Die Würde des Menschen ist unantastbar*“, unserem Verständnis von zeitgemäßer Menschenführung und unserem gelebten Werteverständnis, wofür wir dienen und wofür es sich lohnt, ggf. zu kämpfen, beigetragen. Im Ergebnis hat sich die Innere Führung gerade auch in den Auslandseinsätzen erfolgreich bewährt. Ziel der Inneren Führung war bereits damals und ist auch heute unverändert neben der Befähigung (Ausbildung und Ausrüstung) auch die Bereitschaft (Sinnstiftung, Motivation und Legitimation) des Soldaten zur Auftrags Erfüllung und damit zur Einsatzbereitschaft der Streitkräfte insgesamt. Innere Führung und Einsatzbereitschaft sind somit miteinander untrennbar verbunden. Sie sind zwei Seiten derselben Medaille: einer leistungsfähigen und einsatzbereiten Bundeswehr. Innere Führung

Innere Führung und Einsatzbereitschaft sind miteinander untrennbar verbunden.

war, ist und bleibt kein Selbstzweck, sondern dient der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr.

Grundsätze und Zielsetzung der Inneren Führung

Ausgehend von dieser Rückbesinnung und der Erkenntnis, dass Innere Führung leider häufig falsch verstanden und in den vergangenen Jahren vor allem immer wieder lediglich auf deren Kern, die Menschenführung, reduziert und zudem als die „Summe der so genannten vermeintlich „weichen Themen“ bezeichnet sowie dadurch folglich auch falsch gelebt wurde, war die Entscheidung Anfang 2020 – also noch deutlich vor dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine – richtig, die Innere Führung wieder stärker auf ihr eigentliches Ziel, auf ihren Kern und damit ihren Wert für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr auszurichten.

Um Innere Führung sowie deren Ziele und Grundsätze richtig zu verstehen sowie diese zu leben, vorzuleben und erlebbar zu machen, sind für mich daher auch, abgeleitet aus der historischen Rückbesinnung, vor allem die drei nachfolgenden Aspekte besonders wichtig, die wiederum alle mit einander verbunden sind:

1. Die Bundeswehr ist kein Unternehmen!

Die Bundeswehr und deren Soldatinnen und Soldaten sind nichts Besseres, aber schon etwas Besonderes. Streitkräfte sind weder ein bewaffnetes Logistikunternehmen noch vorrangig Katastrophenhelfer. Der Auftrag von Streitkräften

Der Auftrag von Streitkräften und das Soldatsein mit all seinen Rahmenbedingungen und Konsequenzen unterscheiden sich fundamental von anderen Berufen – dies umso mehr, je näher wir uns am scharfen Ende unseres Tuns, an unserem Eid, am Einsatz und am Gefecht bewegen.

und das Soldatsein mit all seinen Rahmenbedingungen und Konsequenzen unterscheiden sich fundamental von anderen Berufen – dies umso mehr, je näher wir uns am scharfen Ende unseres Tuns, an unserem Eid, am Einsatz und am Gefecht bewegen. Daraus abgeleitet unterliegt der Soldatenberuf auch besonderen Anforderungen: physisch, psychisch wie auch charakterlich! Folgerichtig lautet der erste Satz

des Kapitels V „Das innere Gefüge“ der Himmeroder Denkschrift von 1950: „Ebenso wichtig wie die Ausbildung des Soldaten ist seine Charakterbildung und Erziehung!“ Das Beherrschen des militärischen Handwerks allein genügt nicht.

Treue und Tapferkeit genügen auch nicht. Es geht immer um das Wofür und für welche Werte man sich einsetzt. Die Innere Führung verlangt den bestmöglich ausgebildeten Soldaten, der von unseren Werten überzeugt ist, der aus Einsicht entlang der Werte und Normen des Grundgesetzes und der freiheitlichen demokratischen Grundordnung die Rechte und Freiheiten, die er selbst erfährt, im Ernstfall verteidigen kann und will.

2. Die Innere Führung ist nicht die „Summe der weichen Themen“!

Bei der Inneren Führung und deren Grundsätzen geht es stets um den Kern unseres Berufes. Hierbei handelt es sich um die Grundfragen unseres militärischen Dienstes und Dienens, um unser berufliches Selbstverständnis. Zeitgemäße Menschenführung und der Umgang miteinander, Vertrauen als bedeutendste Grundlage dafür, Prinzipien wie „Führen mit Auftrag“, „Führen von vorn“ und „Führen durch Vorbild“ – diese Liste ist beispielhaft zu verstehen und ließe sich erweitern – bilden die Voraussetzung für gute Führung (Ausbildung und Erziehung), für rechtlich und ethisch „richtiges“ Entscheiden und Handeln. Jeden Tag sind wir als Soldat gefordert, zu führen, zu entscheiden und zu handeln sowie dies alles auch zu verantworten, zum Teil mit weitreichenden Konsequenzen. Und daher ist Innere Führung wahrlich nicht die Summe der „weichen“ Themen. Denn am scharfen Ende unseres Soldatenberufs geht es um tapfere Auftragsbefüllung – nicht nur mit weitreichenden, sondern mit möglicherweise existenziellen Konsequenzen. Es geht um die Kernfragen des „Dienstes wofür?“. Wozu bin ich bereit, mein Leben und das meiner mir anvertrauten Soldatinnen und Soldaten einzusetzen? Wann und wozu bin ich bereit, für die Erfüllung des Auftrags Leben zu nehmen, also zu töten? Und in Bezug auf den gewissengeleiteten Gehorsam im Gegensatz zum Kadavergehorsam: Was tut man und was tut man eben nicht? Was kann ich mit meinem Gewissen vereinbaren, was nicht? Was muss ich trotz aller Risiken, Gefahren, persönlichen Folgen bzw. existenziellen Konsequenzen dennoch zum Wohle des Ganzen befehlen bzw. tun?

3. Die Innere Führung ist ein wesentlicher Beitrag zur Einsatzbereitschaft der Bundeswehr!

Die Innere Führung ist kein Selbstzweck! Wie bereits erwähnt, ging es schon in der Himmeroder Denkschrift 1950 um Kriegstüchtigkeit bzw. Einsatzbereitschaft als formuliertes Ziel. Die Innere Führung ist für die Wiederherstellung der vollen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr mindestens ebenso bedeutsam

wie hinreichende Finanzierung, einsatzfähiges Material und professionelle Ausbildung.

Die Innere Führung soll im Rahmen dieser drei Aspekte insbesondere das erforderliche Werteverständnis mit einer damit einhergehender Wertebindung erzeugen, Orientierung, Legitimation, Motivation und Sinnstiftung für das eigene Handeln und Tun vermitteln; zudem soll sie dazu beitragen, die notwendige Widerstandskraft und am Ende „Mentale Stärke“ zum Ertragen dieser Rahmenbedingungen, Belastungen, Entbehrungen und ggf. sogar existenziellen Konsequenzen zu erlangen, zu erhalten und zu stärken. All dies trägt zum Verständnis der Besonderheit des soldatischen Dienens und Tuns mit den besonderen Anforderungen, dem soldatischen Selbstverständnis und der inneren Haltung als Soldat bei.

 Innere Führung ist ...

... Teil der „DNA der Bundeswehr“ 

... die auch im Einsatz bewährte Führungs- und Organisationskultur mit eigener Geschichte, 

... die geistig – ethisch – moralische Rüstung und der (Werte-)Kompass der Bundeswehr, 

... leistet Antworten auf die Kernfrage des DIENENS WOFÜR? und neben ausreichender Finanzierung, einsatzfähigem Material sowie guter Ausbildung einen wesentlichen Beitrag zur Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und 

... aufgrund gesellschaftlicher, technologischer, sicherheitspolitischer und anderer Veränderungen einem ständigen Weiterentwicklungsbedarf unterlegen. 

Wir sind KEIN Unternehmen!
Der Soldatenberuf unterliegt besonderen Anforderungen – physisch, psychisch und charakterlich

4

Allerdings klaffen nach meiner persönlichen Auffassung heute leider die besonderen Anforderungen an den Soldatenberuf – psychisch, physisch und charakterlich – einerseits und die veränderten „Abholpunkte“ junger Menschen bei Dienst Eintritt in die Bundeswehr in Bezug auf die Vermittlung von Werten und notwendiger Sozialisation bzw. Erziehung durch Elternhaus, Familie und Schule andererseits teilweise auseinander. Viele, insbesondere junge Soldatinnen und Soldaten haben bei ihrem Dienst Eintritt einen hohen Orientierungsbedarf und nur wenig Kenntnisse über die besonderen Anforderungen des sol-

datischen Dienstes und Dienens. Sie lassen zuweilen Defizite im Bereich der Persönlichkeitsbildung, insbesondere in Bezug auf politische und historische Zusammenhänge, ethische Grundlagen und die Bedeutung von Gesetzes- und Verfassungstreue, erkennen. Zudem verfügen sie oftmals über wenig Resilienz gegen extremistische, populistische sowie im Bereich der Menschenführung schädliche Tendenzen bzw. Neigungen und pflegen einen eher „lockeren“ und „freizügigen“ Umgang mit sozialen Medien. Hinzu kommen nur geringe Erfahrungen im Umgang mit Stress, Stressbewältigung sowie dem Handeln in physischen und psychischen Grenzbereichen. Das Ergebnis ist häufig Handlungsunsicherheit: Was ist erlaubt, was nicht? Was tut man, was tut man nicht? Und wo sind Grenzen? Schlimmstenfalls mündet ein solcher Mangel an Orientierung und Handlungssicherheit in Fehlverhalten.

Ausgehend von der weiter vorn schon geäußerten vielfachen Auffassung, dass es sich doch um erwachsene Menschen handele, die nicht mehr erzogen werden müssten, wurde gerade die „soldatische Erziehung“ – innerhalb der Aufgaben-Trias „Führung, Ausbildung und soldatische Erziehung“ der Vorgesetzten – in den vergangenen Jahren leider sehr vernachlässigt. Gerade die Besonderheit des Soldatenberufs und die damit verbundenen besonderen Anforderungen – psychisch, physisch und charakterlich – rücken jedoch soldatische Erziehung wieder in den Fokus der Überlegungen: Gefordert ist an dieser Stelle eine klare Zielsetzung, wer zu was und wie soldatisch erzogen werden soll. Diese Zielsetzung reicht von Verfassungstreue, dem Leben und Vorleben unserer Werte bis hin zu „treu dienen“ und „tapfer verteidigen“. Entscheidend ist die Konkretisierung auf den jeweiligen Ebenen, von der Einheit bis zur Teilstreitkraft.

Nach wie vor bin ich zutiefst davon überzeugt, dass unsere Führungs- und Organisationskultur insbesondere mit den Elementen politischer und ethischer Bildung im Rahmen einer gesamtheitlichen Persönlichkeitsbildung und -entwicklung, mit soldatischer Erziehung sowie einem soldatischen Selbstverständnis und entsprechender Wertebindung, gerade heute von besonderer Bedeutung ist. Zu wissen, wofür man dient und am Ende auch, wofür man kämpft, verwundet wird oder fällt und ggf. sogar tötet, wenn es sein muss, erleben wir aktuell jeden Tag in der Ukraine. Moral, Bereitschaft und der Einsatzwille der ukrainischen Verteidiger zeigen deutlich, wie wichtig es ist, von den eigenen Werten, für die man kämpft, überzeugt zu sein.

In diesem Zusammenhang hört man gelegentlich auch die Frage, ob die hier geforderte Wertebindung des eigenen Handelns nicht für das „Überleben und

Gewinnen im Kampf“ bzw. das Erreichen von „Kriegszielen“ eher hinderlich sei. Auch diese Frage ist mit einem klaren Nein zu beantworten! Vordergründig mag zwar eine nicht für notwendig gehaltene Wertebindung und damit einhergehend ein skrupelloses Vorgehen in Einsatz, Kampf und Krieg für das Erreichen von Zielen hilfreich sein. Aber auch hier lohnt der Blick in die eigene Vergangenheit, ganz besonders aber auf den derzeitigen Krieg in der Ukraine und dessen Verlauf. So ungebunden an Werte und so skrupellos wie die russische Führung und Teile der russischen Truppen gegen die ukrainischen Streitkräfte sowie die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine vorgehen, so ungebunden an Werte und so skrupellos geht sie auch mit den eigenen Soldatinnen und Soldaten um: Zum Teil ohne Information gelassen oder gar mit Falschinformationen versehen, unzureichend ausgebildet, ausgerüstet und vorbereitet werden sie in den Krieg geschickt. Und fast täglich sehen und erleben wir, wie die russische Führung ohne Wertebindung mit den eigenen Soldatinnen und Soldaten umgeht: Verwundete werden nicht angemessen versorgt, Verluste werden verschwiegen, Gefallene werden einfach liegen gelassen oder in mobilen Krematorien vor Ort verbrannt, Familien und Hinterbliebene erhalten keine oder kaum Informationen über ihre Angehörigen. Was hat dies zur Folge? Eine fehlende oder zumindest erheblich geminderte Kampfmoral und damit mangelnder Erfolg. Zudem erhöht dieses nicht an Werte gebundene Verhalten die Gefahr von Gräueltaten und Kriegsverbrechen wie Plünderungen, Vergewaltigungen und Folterungen. Dies aber verstärkt wiederum den Widerstand und die Kampfmoral der Ukraine. Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass die in vielerlei Hinsicht unterlegenen ukrainischen Streitkräfte aufgrund ihrer Wertebindung und dem Wissen darum, wofür sie dienen und kämpfen, bislang so große Erfolge erzielen. Insofern bleibt es unverändert äußerst wichtig, als Soldat die Werte, für die er dann zu kämpfen bereit ist, selbst zu erfahren.

Weiterentwicklung der Inneren Führung

Die Innere Führung war von Anfang an als dynamische Konzeption angelegt und bedarf ohne Zweifel aufgrund der stetigen gesellschaftlichen, sicherheitspolitischen, technologischen und sonstigen Veränderungen einer ständigen Weiterentwicklung. Als Beleg und Beispiel hierfür dient z.B. die aktuelle sicherheitspolitische Lage mit der damit einhergehenden Refokussierung auf die Landes- und Bündnisverteidigung unter ganz anderen Bedrohungen und Rahmenbedingungen als im Kalten Krieg. Hinzu kommen die Auswirkungen der zunehmenden Digitalisierung und der gesamten Cyber-Thematik sowie ein durch die Aussetzung der Wehrpflicht oder ein durch neue Einstiegsmöglichkeiten in die Bundeswehr veränderter Personalkörper. Letzterer hat sich insbe-

sondere in Bezug auf das Mannschaftskorps gewandelt – weg von jungen unerfahrenen Wehrpflichtigen mit einer Dienstzeitverpflichtung von neun, zwölf oder fünfzehn Monaten nach Schulzeit bzw. Ausbildung hin zu häufig sehr lebens- und einsatzerfahrenen Freiwillig Wehrdienstleistenden oder Zeitsoldaten.

Und auch in diesem Zusammenhang muss erneut und immer wieder betont werden, dass Innere Führung in den vergangenen Jahren – zum Teil durch uns selbst verschuldet – zuweilen falsch dargestellt, verstanden und folglich auch falsch vorgelebt wurde, dass sie jedoch vorrangig der Einsatzbereitschaft dient, dass sie nicht die Summe der weniger wichtigen, weil „weichen Themen“ ist und weit mehr als ihr Kern der guten Führung und zeitgemäßen Menschenführung, dass der Soldatenberuf mit seinen Herausforderungen und Anforderungen ein besonderer ist und dass bei auftretendem Fehlverhalten nicht die Innere Führung versagt hat, sondern der jeweils handelnde Mensch!

Trotz des unzweifelhaft vorhandenen ständigen Weiterentwicklungsbedarfs bin ich zutiefst davon überzeugt, dass sich die Innere Führung im Grundbetrieb wie auch im Einsatz äußerst bewährt hat und

Trotz des unzweifelhaft vorhandenen ständigen Weiterentwicklungsbedarfs bin ich zutiefst davon überzeugt, dass sich die Innere Führung im Grundbetrieb wie auch im Einsatz äußerst bewährt hat und in ihrem wertbezogenen Kern daher unveränderbar bleiben muss.

in ihrem wertbezogenen Kern daher unveränderbar bleiben muss. Wenn wir uns heute in Himmerod zusammensetzen würden, um die Innere Führung zu „erfinden“, würden wir nach meiner festen Überzeugung auch wieder zu den nahezu gleichen Ergebnissen kommen, zu denen die 15 ehemaligen Offiziere 1950 kamen.

Ungeachtet ständiger Weiterentwicklung der Inneren Führung erhielt das Zentrum Innere Führung im März 2020 vom Generalinspekteur der Bundeswehr den konkreten Auftrag, die Innere Führung „für das 21. Jahrhundert fit zu machen“.

Auf der Grundlage der oben genannten Feststellungen soll dazu im Zuge der aktuellen Weiterentwicklung der Inneren Führung zum einen Bewährtes, aber leider zuweilen Vernachlässigtes stärker wiederbelebt werden. Dies beinhaltet u.a. eine angemessene Persönlichkeitsbildung, die klassische Rollen-Trias von „Führung, Ausbildung und soldatischer Erziehung“ als Aufgabe von Vorgesetzten aller Ebenen, der Dreiklang „Führen, Entscheiden und Verantworten“ einschließlich eines angemessenen Umgangs mit Fehlern sowie das Führen mit

Vorbild und mit Auftrag sowie die Bedeutung von Vertrauen und Wahrhaftigkeit. Zum anderen soll aber Neues, angepasst an die derzeitigen und auch künftigen, vorhersehbaren und erwartbaren gesellschaftlichen, sicherheitspolitischen und technologischen Veränderungen, dazu gedacht werden.



Auftrag und Bedarfe für die Weiterentwicklung der Inneren Führung

Innere Führung

– als geistigen und kulturellen Kern („DNA“) der Bundeswehr –

„fit für das 21. Jahrhundert“ machen

					
Den zentralen Beitrag zur <u>Einsatzbereitschaft</u> verdeutlichen	Das <u>Verständnis</u> von InfÜ in der Breite stärken	<u>Führen, Entscheiden, und Verantworten</u> fördern	Bedeutung von <u>soldatischer Erziehung</u> hervorheben und <u>Persönlichkeitsbildung und -entwicklung</u> bewusster gestalten	<u>Praxisbezug</u> InfÜ stärker herausarbeiten und in Ausbildung fördern	<u>„Left-overs“</u> InfÜ-Heute abschließend bearbeiten (z.B. „Fehlerkultur“)
InfÜ ist kein Selbstzweck!	Reduzierung auf Menschenführung entgegen wirken	auch im digitalen Umfeld			Erwartung der Truppe

„Praxisnahes Handbuch für die Truppe! Bewährtes wiederbeleben und Neues adaptieren!“

Im Ergebnis der Überlegungen zur Weiterentwicklung der Inneren Führung ist beabsichtigt, ein an die Idee des Handbuchs Innere Führung von 1957 angelehntes, auf die Hauptzielgruppe der Soldatinnen und Soldaten und in deren Sprache verfasstes, einsatz- und praxisnahes Handbuch zu erarbeiten. Das künftige Handbuch soll im Dreiklang „Verstehen, Gestalten und Erleben“ der Inneren Führung als Orientierungsprodukt dienen, dabei insbesondere die zentrale Rolle von Innerer Führung für die Einsatzbereitschaft herausstellen sowie die oben beschriebenen Themen, ausgerichtet an der Lebenswirklichkeit der Soldatinnen und Soldaten, wiederbeleben oder eben auch neue Themen aufnehmen. Zusätzlich soll, aus den Ergebnissen der Erfahrungen und Gespräche mit der Truppe und insbesondere den Lehrgangsteilnehmenden am Zentrum Innere Führung folgernd, der Versuch unternommen werden, eine möglichst einfache, aber umfassende Begriffsbestimmung der Inneren Führung zu entwickeln. Diese soll für jeden Soldat und jede Soldatin verständlich sein und es ihnen ermöglichen, Innere Führung in ihren Inhalten, Grundsätzen und Zielsetzungen gegenüber anderen Menschen innerhalb und außerhalb der Bundeswehr und auch anderer Nationen verständlich zu erläutern.



Projekt Weiterentwicklung Innere Führung



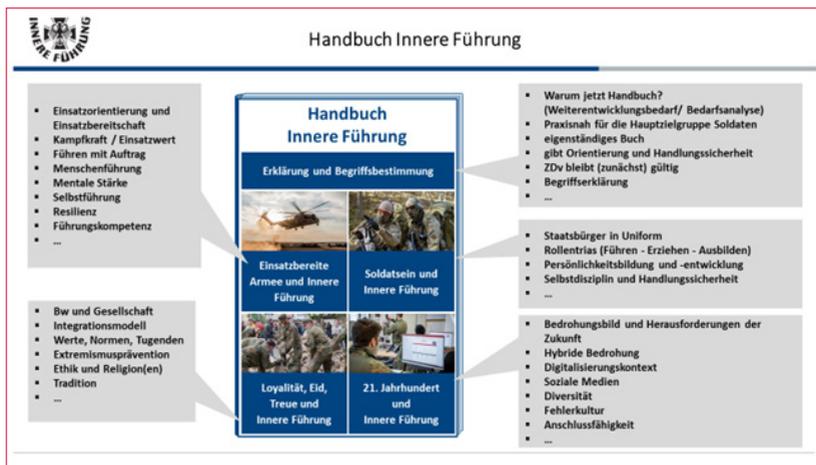
Neben einem „Erklärstück“, warum dieses Handbuch jetzt in dieser Art und Weise geschrieben wird, und der bereits erwähnten beabsichtigten Begriffsbestimmung soll das neue Handbuch nach jetzigem Stand grundsätzlich aus vier Kapiteln bestehen:

1. Einsatzbereite Armee und Innere Führung.
2. Soldatsein und Innere Führung.
3. Loyalität, Eid, Treue und Innere Führung.
4. 21. Jahrhundert und Innere Führung.

Es ist darüber hinaus beabsichtigt, das Handbuch durch einen sogenannten „Baukasten“ mit unterschiedlichen Vermittlungs- und Kommunikationsformaten zu ergänzen. Dieser Baukasten soll die einzelnen Themen aufgreifen und auf unterschiedliche Art und Weise, auf die jeweiligen unterschiedlichen Ebenen und Gruppen der Soldatinnen und Soldaten zugeschnitten, mit Beispielen unterlegt, crossmedial, zielgruppendifferenziert, modular und adaptionsfähig und mit einem ansprechenden Maß an „coolness“ und „gamification“ vertiefen. Dies beinhaltet z.B. vertiefende Schriftenreihen, Filme, Podcasts, Hörbuchanteile, Comics bis hin zu Blogs oder Webinaren.

Ziel ist es, das Handbuch und den Baukasten unter vorheriger Anwendung eines breiten partizipatorischen Ansatzes Soldatinnen und Soldaten verschiedener Ebenen, Teilstreitkräfte bzw. militärischer Organisationsbereiche als leben-

de Produkte in der Projektverantwortung des Zentrums Innere Führung Ende 2023 zur Verfügung stellen zu können.



Zusammenfassung

Unabhängig vom aktuellen Projekt der Weiterentwicklung und des ohnehin steten Weiterentwicklungsbedarfs ist Innere Führung gerade jetzt, wo Krieg in Europa wieder Realität ist, wichtiger denn je!

Innere Führung war, ist und bleibt ein bewährtes und beständiges Fundament für verantwortliches soldatisches Handeln unter Bindung an die Werte und Normen des Grundgesetzes als einzigem Bezugsrahmen. Sie stellt dazu den Kompass bereit, der vor allem in Zeiten einer erhöhten Bedeutung von Landes- und Bündnisverteidigung, ja sogar des Krieges, sowie der Verunsicherung und der Verwirrung der Begriffe die notwendige Orientierung und Verhaltenssicherheit für das eigene Handeln liefert. Es kommt vor allem auf das „Mindset“, die innere Haltung und das soldatische Selbstverständnis an! Gelebte Werte und die Erkenntnis des „Dienens wofür?“ aus Überzeugung sind Teil einer wirkungsvollen Inneren Führung.

Innere Führung war, ist und bleibt ein bewährtes und beständiges Fundament für verantwortliches soldatisches Handeln unter Bindung an die Werte und Normen des Grundgesetzes als einzigem Bezugsrahmen.

Damit ist die Innere Führung als wesentlicher Beitrag für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zur Verteidigung unserer Werte nach innen wie nach außen heute mehr denn je gefordert. Und gerade deshalb kommt es jetzt darauf an, dies auch deutlich zu kommunizieren.

Zum Autor: Generalmajor André Bodemann, Befehlshaber des Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr, war vom 27. März 2020 bis zum 24. November 2022 Kommandeur Zentrum Innere Führung.

Universitäten der Bundeswehr – fünfzig Jahre Erfolgsstory

Joachim Welz

2022 war das Jahr der Zeitenwende. Krieg ist wieder Mittel der Politik. Damit gewinnen auch die Komponenten des Militärischen an Bedeutung, die etwas im Verborgenen blühten. Hierzu passend feiern die zwei Universitäten der Bundeswehr und damit die „neue“ Offizierausbildung 2023 ihr 50jähriges Jubiläum – am 1. Oktober 1973 haben beide mit dem Lehrbetrieb begonnen.¹

1. Offizierberuf und Offizierausbildung

Da der Offizier kämpfen (können), sich auch in extremen körperlichen und psychischen Stresssituationen bewähren, Verantwortung für Anvertraute tragen und notfalls sein Leben einsetzen muss, bleibt der Offizierberuf trotz Ausdifferenzierung und Annäherung an zivile Berufe ein „Beruf sui generis“, dem Auswahl und Ausbildung Rechnung tragen müssen.² Dabei sind in den grundlegenden Fragen – Kämpfer oder Bildung? Spezialist oder Generalist? praktische, militärfachliche oder wissenschaftliche Komponenten? die alle in der Offizierausbildung enthalten sind und wobei sich die Begriffspaare keineswegs ausschließen – Kompromisse zu finden.

Die „moderne“ Offizierausbildung entstand um die Wende zum 19. Jahrhundert mit der Öffnung für Nicht-Adelige sowie mit institutioneller (militär-)wissenschaftlicher Bildung. So wurden das Abitur als Regelvoraussetzung angestrebt und spezielle Ausbildungseinrichtungen geschaffen. Typisch waren waffengattungsbezogene Truppschulen; daneben wurden aber spezielle Akademien für die Ausbildung höherer, insbesondere der Generalstabsoffiziere, gegründet, unter denen die preußische Kriegsakademie ein besonderes Niveau und internationalen Ruf erlangt hat.³ Die Offizierausbildung, ihre Organisation und die Ausbildungsstätten waren dabei, abgesehen von interessanten zivilen Ansätzen,⁴ in der Hand des Militärs.

Der Offizierberuf war mit hohem Sozialprestige versehen – in Preußen und im Kaiserreich „der erste Stand im Staate“, so dass es keine Nachwuchsprobleme gab.

2. Krise und Reform

Insbesondere durch die totale Niederlage 1945 wurden das Vertrauen in das Militär und das Image des Offiziers erschüttert. Dies kulminierte in den späten Sechzigerjahren in einer tiefen Krise: Wertewandel und Neuorientierung der Gesellschaft führten zu Legitimationsproblemen, und der militärisch-industrielle Komplex wurde ebenso wenig beherrscht wie innere Probleme. Bei den Abiturienten wuchs die Quote der Wehrdienstverweigerer auf über 50 Prozent

Politisch dominierte der Ruf nach „Reformen“, insbesondere der „Bildungsreform“ mit „Öffnung“ der Gymnasien und Hochschulen, und zwischen 80 und 90 Prozent der Oberschüler wollten studieren. Dem genügten die rudimentären Ansätze der Bundeswehr für Studium und wissenschaftliche Ausbildung nicht.⁵

Dies kulminierte bei der Bundeswehr schließlich in einem Fehl von 6 000 Offizieren, wobei das schlimmste Defizit bei länger dienenden Zeitoffizieren bestand.⁶ Die Offizierausbildung musste deutlich aufgewertet werden!

Die neue sozialliberale Regierung Brandt/Schmidt übertrug deshalb die allgemeine Reformstimmung auf die Bundeswehr. Initial war das Weißbuch vom Mai 1970. Dies sah tiefgreifende Veränderungen und Reformen vor.⁷ Schwerpunkte sollten Ausbildung und Bildung sowie die Attraktivität der Zeitoffizierlaufbahn sein. Dies fokussierte in einem Pflichtstudium für alle Berufsoffiziere und länger dienende Zeitoffiziere, womit Offizier zu einem akademischen Berufsbild wurde.⁸

Dies Studium für den spezifischen Bedarf der Bundeswehr konnte nicht an den bestehenden Hochschulen – mit deren Problemen Überlastung, NC, fehlende Ausstattung, (über-)lange Studienzeiten, Studentenunruhen und Wehrfeindlichkeit des akademischen Milieus – eingerichtet werden. Für die Offizierausbildung bedurfte es deshalb spezieller, bundeswehreigener Hochschulen (UniBw), wofür alsbald die Gründungen der Hochschulen, später Universitäten, der Bundeswehr Hamburg (UniBwHH) bzw. München (UniBwM) in Angriff genommen wurden.⁹

3. Einbau in die militärische Karriere

Dies erforderte die Integration des Studiums in die Offizierskarriere und ein spezielles Studium für den Bedarf der Bundeswehr.

Der höchste Bedarf besteht im Militär an jungen Offizieren – Zugführer und Kompaniechefs, während bei älteren, Stabsoffizieren, (zu) viele vorhanden sind und damit Beförderungsstaus und Überalterung eintreten. Die Bundeswehr bekämpft das Problem mit dem Regelmodell des Zeitoffiziers, wonach 80 % der Offiziere die Bundeswehr nach Ablauf ihrer Verpflichtungszeit verlassen müssen. Da die Offiziere zwar studieren, aber innerhalb der Verpflichtungszeit auch möglichst lange als Führer und Ausbilder zur Verfügung stehen sollen, ist das Offizierstudium auf Zeitoffiziere mit damals 12, heute 13 Jahren Dienstzeit zugeschnitten.¹⁰ Das hat für diese die Attraktivität eines von der Bundeswehr bezahlten und organisierten Studiums ohne NC, erfordert aber eine Doppelmotivation, für den Offizierberuf sowie für den anschließenden Zivilberuf.

Die Studierenden sind bereits Offizieranwärter (Fähnriche) und müssen hierfür nach entsprechenden Kriterien ausgewählt und vorbereitet werden. Vor der Einstellung erfolgt zunächst eine Auswahl der Bewerber nach den Laufbahnvoraussetzungen für den gehobenen Dienst und den speziellen Kriterien der Bundeswehr, heute durch das „Assessmentcenter für Führungskräfte der Bundeswehr“. Hier entscheiden sich die Bewerber für ihre Teilstreitkraft und Waffengattung; auch erfolgen bereits Vorklärungen für das gewünschte Studienfach. Die studierwilligen Bewerber müssen sich für die 13 Jahre verpflichten.

Zum Erwerb der erforderlichen militärischen Grundkenntnisse und Fertigkeiten beginnt die Laufbahn in der Truppe mit einem „Vorlauf“ von grundsätzlich 15 Monaten.¹¹ Nach Grund- und Fachausbildung umfasst dieser den Offizierlehrgang 1 mit Offizierprüfung sowie eine dreimonatige Sprachenausbildung. Parallel wird in einem individuellen Verfahren das Studienfach abgesprochen, wobei die Chance, ins Wunschfach zu kommen, von Bewerberzahl, Zahl der Studienplätze und Kontingenten der Teilstreitkräfte abhängt, aber recht gut ist.

Nach diesem Vorlauf werden die Offizieranwärter durch das „Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr“ zum Studium an die „passende“ Universität der Bundeswehr versetzt. Die Studierenden sind Soldaten i.S.d.

Soldatengesetzes und beziehen Gehalt, womit die Bundeswehr das Studium finanziert, aber das Studium dementsprechend straff organisiert.

Nach weiteren 21 Monaten, also nach insgesamt drei Jahren und mitten im Studium, erfolgt die Ernennung zum Leutnant, also zum Offizier und damit der Aufstieg in den gehobenen Dienst.

An das Studium, also nach $5\frac{1}{4}$ Jahren Dienstzeit, schließen sich ein dreimonatiger Lehrgang an der Offizierschule der Teilstreitkraft und ein 6-9-monatiger Lehrgang an der Schule der Waffengattung an, auf denen das militärische Fachwissen – Einsatzgrundsätze der Waffengattung, Taktik – für das Niveau Zugführer erlernt wird. Dann erst, also nach $6\frac{1}{2}$ Jahren – der Hälfte der Verpflichtungszeit! – folgt die erste selbständige Führungsaufgabe, in der Regel als Zugführer.

Natürlich sind jetzt primär militärische Fähigkeiten erforderlich. Die Offiziere werden also in die andere Welt der Truppenführung geworfen mit Präsenzpflücht, Uniform/Flecktarn und militärischen Formen und damit Aufgaben, für die sie intellektuell über- und fachlich unterqualifiziert und damit „eigentlich“ falsch ausgebildet sind. Insbesondere können die im Studium erworbenen Kenntnisse nicht angewandt werden. (Ziel des Offizierstudiums ist nicht die akademische Ausbildung für konkrete Berufsbilder, sondern generell der akademisch gebildete Offizier!)

Dieser „Praxisschock“ wird jedoch nach wenigen Monaten überwunden, weil sich die studierten Offiziere schneller und besser anpassen und in Praxis und Karriere erfolgreicher sind als ihre nichtstudierten Kameraden.

Nur 20 Prozent der Offiziere werden Berufsoffiziere, nach Ablauf der Verpflichtungszeit scheiden 80 % aus, d.h. Offizier ist nicht mehr Lebensberuf, sondern (nur noch) Lebensabschnittsberuf. „Preis“ des Offizierstudiums für die Bundeswehr ist also, dass die Zeitoffiziere nur die Hälfte ihrer Verpflichtungszeit für den eigentlichen Zweck ihrer Ausbildung, Einsatz als (akademisch gebildeter) Offizier, zur Verfügung stehen, und für die Bewerber, dass sie nach einem Drittel ihres Berufslebens einen gänzlich anderen Beruf ergreifen müssen.¹²

Die Offiziere müssen sich damit gegen Ende der Dienstzeit auf den Anschlussberuf vorbereiten, wofür zur Ertüchtigung eine Auffrischung notwendig ist.

Dies erfordert Coaching, Lehrgangsbesuche und Freistellungen vom Dienst, wobei der Berufsförderungsdienst tatkräftig Hilfe leistet. Natürlich ist die Motivation dann oft schon mehr auf den Anschlussberuf gerichtet.

Für den Übergang in den Zivilberuf ist das Studium ein entscheidender Vorteil. So sind erreichter Status und Gehälter verglichen mit den Absolventen von Landesuniversitäten eher überdurchschnittlich, da sie als ehemalige Offiziere Führungserfahrung haben und als Träger von „Sekundärtugenden“ gelten.

4. Das deutsche Offizierstudium

Das Studium muss diesem dreifachen Zweck – (allgemeine) Bildung des Offiziers, Nutzen für die Bundeswehr und Vorteile für die spätere zivile Karriere – gerecht werden. Darüber hinaus wollten die Väter der UniBw auch ehrgeizig und selbstbewusst an der Spitze der Reformvorstellungen der frühen 70er Jahre stehen und ein „Modell...für künftige Entwicklungen im Hochschulbereich“ generell und ein „Aushängeschild für die Universitäten und Hochschulen in der Bundesrepublik“ schaffen und „den Kultusministern vorexerzieren, wie eine Hochschulreform aussehen kann.“¹³

a. Reformstudium

Das Offizierstudium wurde deshalb nach folgenden Parametern konzipiert¹⁴: Vollwertiges, den Landesuniversitäten gleichrangiges ziviles Studium mit allgemein anerkannten Hochschulgraden, damals Diplom, heute Master als Regelabschluss, und die verpflichtende Studienzeit sollte damals (nur) drei, heute bis zum MA vier Jahre betragen.

Diese Optimierung wird ermöglicht durch hervorragende äußere Rahmenbedingungen, wie z.B.

- wirtschaftliche und soziale Sicherung durch volles Gehalt und Vergünstigungen wie freie Heilsfürsorge und
- optimale Wohn- und Arbeitsbedingungen durch Campus-Organisation und Unterbringung in Einzelzimmern;
- eine effiziente und revolutionäre Studienorganisation mit
- Trimester-System und
- einem speziellen „Lehrbetriebskonzept“ mit den Säulen Kleingruppenarbeit und individuelle Betreuung. Die Kleingruppenarbeit wurde sowohl in

eine außergewöhnlich gute Dozenten- Studenten-Relation wie auch in die Bauplanung umgesetzt mit zahlreichen Arbeits- und Besprechungsräumen. Die zweite Säule ist die individuelle Betreuung nicht nur durch die zahlreichen Dozenten, sondern vor allem durch das (militärische) Personal des Studierendenbereichs.

Neben diesen formalen Alleinstellungsmerkmalen weist das Studium an den UniBw auch fachlich-inhaltlich Besonderheiten auf: Der Fächerkatalog zielt auf den vermeintlichen späteren Nutzen in der Bundeswehr und wurde zunächst klein gehalten, umfasste aber ein weites Spektrum und orientiert sich inhaltlich an den Fächern der Landesuniversitäten; die UniBw sind damit echte Volluniversitäten und keine Spartenhochschulen. Sollten dabei zunächst die geistes- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächer im Vordergrund stehen, hat sich sowohl für den Bedarf der Truppe als auch die spätere Employability der Zeitoffiziere der Wert technischer Fächer und technischer Fachhochschulstudiengänge (ausschließlich an der UniBwM) gezeigt; spezielle Curricula für das verkürzte Studium, den Dualismus mit den militärischen Anforderungen, Stufenmodelle mit schrittweiser Spezialisierung, Interdisziplinarität und „Partizipation als Lernziel“.

Weiteres innovatives Alleinstellungsmerkmal sollten „erziehungs- und gesellschaftswissenschaftliche Anteile“ als Basis für alle übrigen Studiengänge als eine allgemeine „Sinn- und Wertevermittlung“ und als Brücke zur Inneren Führung sein. Hier musste allerdings nachgesteuert werden, bis mit ISA (Interdisziplinäre Studienanteile)-Zentrum (HSU) bzw. einer zentralen Einrichtung „Studium +“ (UniBwM) befriedigende Organisations- und Integrationsformen gefunden wurden; weitere Pflichtanteile sind Sprachenstudium und Sport, und schließlich war eine militärische Rest-Komponente sicherzustellen: So findet an einem Nachmittag in der Woche eine allgemeine militärische Ausbildung, AMA, im Kampfanzug statt sowie last not least, nicht verpflichtend, aber erwünscht und nützlich, regelmäßige militärische „Praktika“ (Wehrübungen).



Helmut Schmidt-Universität Hamburg, Studierende in der Bibliothek

Das Fächerspektrum wird zunehmend erweitert: Die Offizierstudenten können heute zwischen 37 Studiengängen wählen. Da bei dem typischen Dienst als Offizier berufsbegleitendes Studium fast nicht möglich ist, ist das Studium als Präsenzstudium konzipiert; neue Studienformen sind zwar im Vormarsch, können aber nur in Nischen Einzug halten: duales Studium für die Pilotenausbildung, Fernunterricht und Aufbaustudiengänge schwerpunktmäßig, wenn auch nicht nur, für Wissensaktualisierung und Auffrischung vor dem Wechsel in den Anschlussberuf.

Der zivile Charakter der UniBw zeigt sich schon rein „optisch“: grundsätzlich keine Waffen, keine Uniformpflicht – auf dem Campus sind fast nur Zivilisten zu sehen, keine Präsenzpflcht, kein „Melden“ zu Beginn der Vorlesung – dies begünstigt allerdings den „inneren Schweinehund“ und war für militärraffine Betrachter nicht leicht zu „verdauen“.¹⁵ Die Studenten, immerhin Fähnriche und Leutnante, sind keiner Stammesinheit zugeordnet und haben auch keine Einplanung für einen eventuellen Mobilmachungsfall, was angesichts der verschärften Sicherheitslage nicht mehr vertretbar erscheint. Allerdings sind beide UniBw militärische Sicherheitsbereiche.¹⁶

b. Friktionen

Allerdings hat auch das „Reformstudium“ an den UniBw Probleme und Schwächen:

Als Pflichtstudium müssen grundsätzlich alle Offizieranwärter studieren, also auch die, denen es bei der Berufswahl mehr um die militärische Laufbahn und weniger um das Studium geht. Weiter stehen Studium und Studienfach nicht in Beziehung zu den Aufgaben im praktischen Dienst. Dies drückt auf die Studienmotivation und verleitet schon bei der Auswahl des Studienfachs dazu, „taktisch“, d.h. weniger arbeitsintensive Fächer, zu wählen und führt zu mehreren (Motivations-), „Klassen“ von Studierenden.¹⁷

Die Definition für das Studium lautet etwas sperrig „regelmäßig integraler Bestandteil der Ausbildung der Offiziere“. Damit sind das Studium sowie die hierbei erreichten Noten formalrechtlich und laufbahnmäßig keine Voraussetzung für den Höheren Dienst (Major) und offiziell kein Vorteil für die weitere Karriere, die sich grundsätzlich nach dem „Aufstiegsmodell“ – Bewährung und Beurteilungen im praktischen Dienst – richtet, also nicht für Beförderungen, die Auswahl zum Berufsoffizier und zur Generalstabausbildung. Wenn auch das Studium hierfür natürlich als Katalysator wirkt, ist dies kontrapro-

duktiv. Zur Aufwertung und Steigerung der Motivation sollte das Studium auch rechtlich stärker als Regelvoraussetzung für den höheren Dienst betont sowie die Examensnote berücksichtigt werden.

Als Hauptproblem wird der (Zeit-)Druck durch das straffe Studienschema empfunden – jährlich 3x 3 Monate Studienbetrieb, 1 Monat Praktikum/Wehrübung, 1 Monat Urlaub; 3 Jahre bis BA, 1 weiteres Jahr zum MA,¹⁸ insbesondere in den technischen Fächern. Dabei können Bundeswehr und UniBw auf diesen Druck kaum reagieren – bezahltes Studium und „Standzeit“ müssen in Relation bleiben, Niveausenkung verbietet sich nach dem Anspruch und im Vergleich zu den Landesuniversitäten und längere Studienzeit für arbeitsintensive Fächer, z.B. die ingenieurwissenschaftlichen, würde den Grundsatz des einheitlichen Offizierstudiums sprengen.

Motivationsschwund und Leistungsdruck verhindern oft den Master. Ist der Bachelor erworben, gilt dies als akademischer Abschluss, so dass (Nur-)BA-Absolventen offiziell keine Nachteile haben. Bei Schwierigkeiten oder verbrauchter Studien-Motivation führt dies dazu, dass sich viele Offiziere mit dem Bachelor zufriedengeben. Dies kann, als Aufweichung der ursprünglichen Konzeption, eine zunehmende „Verbachelorisierung“ des Offizierskorps bewirken.

Danach bleibt eine echte Abbrecherquote von ca. 25% der Offiziere, die bereits im BA-Studium scheitern.¹⁹ Es entsteht dadurch ein „eigentlich“ nicht vorgesehener Typ nicht-akademischer Offizier, wobei sich allerdings die Bundeswehr bemüht, auch diese sinnvoll zu integrieren und keine formalen Nachteile entstehen zu lassen.

Sowohl soldaten- als auch hochschulrechtlich Neuland war der Doppelstatus als Student und Soldat. Der Status nach Soldatengesetz besteht zwar fort, der Studierendenstatus erfordert aber nach den Grundsätzen von Wissenschafts- und Studierfreiheit Unabhängigkeit und zahlreiche Freiheiten. Richten sich Vorlauf und späterer Dienst ganz nach dem Soldatenverhältnis, dominiert im Studium der Status als Studierender wie an Landeshochschulen mit geringen Ausnahmen (Personalvorgänge, rudimentäre militärische Aufgaben – AMA, Wachdienste – und Vorgesetztenverhältnisse im Rahmen des Studierendenbereichs). Das Soldatenverhältnis meldet sich aber zurück, wenn das Studium notleidend wird – Rückstufungen oder Scheitern, was gemeinsam mit der Universität zu lösen ist – Ausscheiden durch Krankheit oder Wehrdienstverweige-

rung, Elternzeit oder längere Krankheit; Sanktionen können sich sowohl aus Fehlverhalten als Studierender als auch aus dem Soldatenverhältnis (insbes. Disziplinarmaßnahmen) ergeben.

5. Die Universitäten der Bundeswehr

a. 50 dynamische Jahre

Die Gründungsprozesse für die Hochschulen der Bundeswehr verliefen zäh und schwierig. So gab es in der Hochschullobby und den Ländern Vorbehalte gegen bundeswehreigene Hochschulen, die Rechtsgrundlage war atypisch, politisch und rechtlich wurde Neuland im föderalen Dschungel beschritten, und die Bundeswehr-Spezifika hatten keine Präzedenzfälle. Zudem geriet die



Campus Helmut-Schmidt-Universität, Teilansicht

Gründung der UniBw voll in den Streit zwischen Bund und Ländern bei der parallel laufenden Diskussion des zu schaffenden Hochschulrahmengesetzes (HRG), in dem letztlich die politische Weichenstellung für die Zukunft des gesamten Hochschulwesens ausgetragen wurde. Hinzu kamen politische Vorbehalte gegen die angedachten Personaltableaus. Trotzdem konnten beide Hochschulen nach der Anerkennung durch die Sitzländer und Errichtung durch Erlass des

BMVg, nur 3 ½ Jahre nach dem Initial im Weißbuch 1970, wie geplant am 1. Oktober 1973 ihren Lehr- und Studienbetrieb aufnehmen – eine enorme Leistung aller Beteiligten, insbesondere der Minister Schmidt und Leber sowie – Professor Ellwein, als Vorsitzendem der Kommission und beider Gründungsausschüsse!

Mit wichtigen weiteren Entwicklungsschritten wurden die Hochschulen der Bundeswehr in den Folgejahren ausgebaut und den Landesuniversitäten gleichgestellt:

1978 Promotions- und 1980/81 Habilitationsrecht;

1985 Aufwertung von Hochschulen zu „Universitäten“, 1987 auch ihrer Professoren zu Universitätsprofessoren;

2001 Öffnung der Bundeswehr und damit auch der UniBw für Frauen, was spezielle Betreuungs-, Fürsorge- und Liegenschaftsprobleme mit sich brachte; seither etwa 16% Frauen mit leicht steigender Tendenz, aber Bevorzugung „frauenaffiner“ Studiengänge;

2003 zur Ehrung des Initiators und Gründungsvaters die Umbenennung der UniBwHH in „Helmut-Schmidt-Universität“ (HSU);

Im Zuge des Bologna-Prozesses 2007 bis 2010 Umstellung des Studiums auf das Bachelor-Master-System, womit die Studienzeit auf 3 Jahre bis zum BA und 4 Jahre bis zum MA festgesetzt und damit um ein Jahr verlängert wurde (parallel Verlängerung der Verpflichtungszeit der Zeitoffiziere auf 13 Jahre).

Eine grundlegende Erweiterung des Konzeptes war die eingeschränkte Öffnung für zivile Studierende – neben Gasthörern und Frühstudierenden²⁰ waren dies zunächst einzelne Industriestipendiaten. Diese haben einen Vertrag mit (bundeswehrrnahen) Unternehmen, die gewissermaßen Studienplätze an der UniBw „kaufen“. Für diese zivilen Studierenden werden Studiengebühren erhoben, die der zivile Arbeitgeber ebenso trägt wie die Vergütung seiner Stipendiaten im zumeist dualen Studium, d.h. nach jeweils einem Trimester kehren die Studierenden wieder für eine Praxisphase in ihr Unternehmen zurück. Nach dem gleichen Modell wurden alsbald auch Behördenstudierende etabliert, Mitarbeiter anderer Behörden und Dienststellen von Bund und Ländern mit einer Affinität zum Lehr- und Forschungsspektrum der UniBw, die zu Studium oder zur Weiterbildung Angehörige dorthin entsenden. Die Zahl der zivilen Studierenden ist inzwischen auf 210 (HSU) bzw. 390 (UniBwM) angewachsen. Für diese entfällt die militärische Komponente und die Zugehörigkeit zum Studierendenbereich.

b. Steckbrief

Die Universität der Bundeswehr Hamburg, Helmut-Schmidt-Universität, hat rund 2 500 Studierende,²¹ davon fast 500 Frauen; fast 1000 Bedienstete, davon 1/3 wissenschaftliches Personal, über 100 Professoren und rund 180 Drittmittelbedienstete. Der Jahreshaushalt beträgt rund 110 Mio. EUR, mit 13,6 Mio. etwa 12,4%, Drittmittel. Sie umfasst vier Fakultäten; der Schwerpunkt

liegt bei den Fakultäten für Geistes- und Sozialwissenschaften sowie für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit jeweils fast 40% der Studierenden.

Ewas größer ist die Universität der Bundeswehr München, „Technische Universität“ mit fast 3 700 Studierenden, davon insgesamt über 600 Frauen. Rund 800 studieren in Fachhochschulstudiengängen, womit die UniBwM eine „kooperative Gesamthochschule“ ist. Sie umfasst 10 Fakultäten, davon sieben universitäre und drei Fachhochschul-Fakultäten. Neben fast 48% Studierenden in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bilden hier Ingenieurwissenschaften und Informatik mit über 46% einen weiteren Schwerpunkt. Als



Campus und Studierende der Universität der Bundeswehr München.

Alleinstellungsmerkmal bestehen luft- und raumfahrttechnische sowie Cyber-Studiengänge. Der Jahreshaushalt beträgt rund 135 Mio. EUR, mit 30 Mio., also etwa 22%, Drittmittel.

Die UniBw sind im Spektrum der Landesuniversitäten klein. Sie sind aber die „Flaggschiffe“ für staatlich getragene, (nur) für ein bestimmtes Ausbildungsziel und einen bestimmten Personenkreis konzipierte Hochschulen, Bedarfs- oder Ressorthochschulen,

des vierten Astes im System der tertiären Bildung (neben Landesuniversitäten, Kunst- und Musikhochschulen sowie Fachhochschulen/Hochschulen für angewandte Wissenschaften).

Die UniBw haben uneingeschränktes Promotions- und Habilitationsrecht. Da aber Offizierstudenten schnellstens in ihren Offizierberuf zurückkehren sollen und deshalb für Promotion und Habilitation praktisch nicht in Betracht kommen, kann aus der Hauptklientel kein wissenschaftlicher Nachwuchs generiert werden. (Inzwischen wird den Jahrgangsbesten von der Bw gestattet, bis zur Promotion an den UniBw zu bleiben.) In seltenen Fällen, wenn das Thema für die Bundeswehr wichtig ist, werden auch Offiziere aus der Truppe an die UniBw zur Promotion oder – ganz selten – Habilitation abgeordnet; auch ehemalige Zeitoffiziere promovieren gelegentlich – z.B. im Rahmen der Berufsförderung – an den UniBw. Für zivile (wissenschaftliche) Mitarbeiter bestehen die üblichen Karrierewege natürlich uneingeschränkt.

Wenn auch zunächst die Offizierausbildung und damit die Lehre im Vordergrund stand, war, um vollwertige Universitäten zu schaffen, von Anfang an hochwertige Forschung bis hin zur Grundlagenforschung vorgesehen und rechtlich garantiert. Die UniBw präsentieren sich heute als forschungsstarke Hochschulen mit Forschungsschwerpunkten und „Innovationsakteure“, die weit über militärraffine Themen hinausgehen.²²

c. Status und Gouvernance

Die UniBw sind „staatlich anerkannte nichtstaatliche Hochschulen“²³ und „Einrichtungen des Bildungswesens im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung, die mitgliedschaftlich organisiert sind und die ihre akademischen Angelegenheiten selbst verwalten“. Diese sperrigen Formulierungen zeigen, welche Herausforderung Hochschulen der Bundeswehr für das föderale Bildungssystem sind. Zwar ist Verteidigung spezielle Aufgabe des Bundes, aber das Hochschulmonopol ein Kernbereich der Länderkompetenz. Die Offizierausbildung wurde nicht als Annexkompetenz der Verteidigung reklamiert, und eine Grundgesetzänderung für (Verteidigungs-)Hochschulen des Bundes schien nicht realisierbar. Die Hochschulen der Bundeswehr mussten deshalb von den Sitzländern, analog kirchlichen und privaten Hochschulen, anerkannt werden. Die Diskussion „Einrichtung, Anstalt oder Körperschaft?“ wurde durch den genannten Kompromiss gelöst. Status und Verfassung werden durch „Rahmenbestimmungen“ (RaBest) festgelegt, die alles bestimmen, was üblicherweise in Hochschulgesetzen geregelt ist. Diese wurden mehrfach an Entwicklungen im Hochschulwesen angepasst und mit den Hochschulgesetzen der Sitzländer harmonisiert. Der Dualismus Autonomie – staatliche Aufgaben mit Einheitsverwaltung, ist ebenso wie bei Landesuniversitäten geregelt.

Die Sitzländer haben grundsätzliche Aufsichtsrechte, insbesondere im akademischen Bereich.²⁴ Dies ist allerdings nur eine Mitaufsicht neben dem BMVg, dem als Träger die Aufsichts- und Mitwirkungsrechte zustehen, die üblicherweise den Wissenschaftsministerien obliegen,²⁵ sowie die Weisungsberechtigung für alle sonstigen Angelegenheiten.

Die Regelungen für das Personal folgen dem HRG bzw. den Hochschulgesetzen der Sitzländer.²⁶ Der Status der Professoren und die Besoldung entsprechen den Landesregelungen.²⁷ Das Lehrdeputat ist an das Trimester-System angepasst.²⁸

Die Regelungen für die Professorenberufung entsprechen dem HRG und den älteren Landeshochschulgesetzen, wobei die Länder der Berufung zustimmen müssen. Endauswahl und eigentliche Berufung erfolgen durch den Verteidigungsminister.²⁹ Die Berufungsverhandlungen werden mit der Universität geführt, die auch die Ausstattung sicherzustellen hat.

Die Auswahl des Lehrpersonals erfolgt streng „neutral“, d.h. es muss keinerlei „Nähe“ zur Bundeswehr bestehen.³⁰ Somit sind im Lehrkörper auch Personen anzutreffen, die gegenüber Militär und Verteidigung kritisch eingestellt sind. Damit sind die UniBw auf dem Stellenmarkt auch für Wissenschaftler ohne Affinität zum Militärischen attraktiv, was ein Vorteil bei der Rekrutierung, aber unter dem Aspekt der Offizierausbildung nicht unproblematisch ist.

Die UniBw werden von Präsidenten geleitet.³¹

Der Kanzler ist jeweils Beauftragter für den Haushalt mit den damit verbundenen Sonderrechten (partiell Veto-Recht, Suspensiveffekt).

Beide Universitäten sind in Fakultäten sowie Institute gegliedert und haben zentrale Einrichtungen, wobei im Vergleich zu Landesuniversitäten Sprachenzentrum und Sportzentrum für den speziellen Bedarf zukünftiger Offiziere eine besondere Rolle spielen.

d. Militärischer Rest-Studierendenbereich

Auffälligster Unterschied zu den Landeshochschulen ist der „Studierendenbereich“, das (einzige) militärische Element der UniBw. Der Doppelstatus Studierende - Soldaten war auch hochschulverfassungsrechtlich zu regeln. Alle akademischen Angelegenheiten – Immatrikulation, Belegen von Vorlesungen, Prüfungswesen – werden zwar von der Universität wahrgenommen; daneben bleiben aber zahlreiche militärische Gegenstände wie truppendienstliche Führung, Rechte und Pflichten nach dem Soldatengesetz, die (rudimentäre) militärische Fortbildung, Personalbearbeitung mit Besoldung, Versorgung, Fürsorge sowie die erwähnte persönliche Betreuung für Studium und Berufsberatung. Hierfür konnte auf einen Restbestand militärischer Organisation und Hierarchie nicht verzichtet werden. So wurde der Studierendenbereich als dritter Organisationsteil (neben akademischem Bereich und Verwaltung) geschaffen. Der Präsident ist zwar Vorgesetzter auch „der Soldaten ... in allgemein dienstlicher Hinsicht“, kann aber als Zivilist nicht militärischer Vorgesetzter sein.

„Truppendienstlicher Vorgesetzter“ auch der studierenden Soldaten ist der Leiter des Studierendenbereichs, und der militärische Verwaltungsstrang, insbesondere die Personalvorgänge, sind dem BMVg bzw. dem Bundesamt für das Personalmanagement zugeordnet. Der Studierendenbereich besteht aus etwa 80 Soldaten – die einzigen, die in den UniBw Uniform tragen, ist strukturell militärisch organisiert³² und als „Spiegelbild zur akademischen Organisation“ in Studierendenfachbereiche und -fachbereichsgruppen, jeweils mit einem Leiter als (Disziplinar-)Vorgesetztem, gegliedert. Schwerpunkt der Aufgaben ist die „Anleitung und Unterstützung“ der Offizierstudenten, also die erwähnte spezifische Betreuung über Studienangelegenheiten bis hin zu privaten Problemen.

6. Jubiläumsbilanz – Lessons to learn?

Nach 47 Jahren Erfahrung in der Truppe und in den Anschlussberufen bewähren sich die akademisch gebildeten deutschen Offiziere im Alltagsdienst, in Auslandseinsätzen und im internationalen Vergleich, wobei sie als Master einen Vorsprung gegenüber den Kameraden aus anderen Ländern haben, die sich zumeist mit dem Bachelor von Militärhochschulen begnügen. Die Grundsatzentscheidung für den studierten Offizier war also ein Volltreffer der deutschen Offiziersausbildung – die UniBw sind eine in der Welt einzigartige Erfolgsstory!

Die Grundsatzentscheidung für den studierten Offizier war ein Volltreffer der deutschen Offiziersausbildung – die UniBw sind eine in der Welt einzigartige Erfolgsstory!

Wegen des echten Universitätsniveaus bringen die UniBw erstaunliche Leistungen in der Forschung. Ihr Glanzstück und „Highlight“ ist und bleibt aber das spezifische Studium. In der Tat ist im Studium an den UniBw das verwirklicht, was die „Reformer“ 1968 ff und weiterer Reformwellen, nicht zuletzt „Bologna“, wollten, und die Rahmenbedingungen und Parameter sind theoretisch das Studienparadies. Dies spezifische Studium ist Alleinstellungsmerkmal gegenüber den Landeshochschulen und der Beweis, dass eine deutliche Verkürzung des Studiums ohne Qualitätsverlust möglich ist.

Trotzdem sind die UniBw nicht das „Aushängeschild für die Universitäten und Hochschulen in der Bundesrepublik“ und „Modell für die künftigen Entwicklungen im Hochschulbereich“ und „Beispiel für die Hochschulreform“ i.S. der Gründungsväter geworden. So tun sich die Landeshochschulen mit Reformen schwer,³³ insbesondere Beschleunigungsversuche scheitern als bald

am allgemeinen Widerstand. So bleiben die UniBw echte „Vorreiter“ für die Studienreform,³⁴ es reitet aber keiner hinterher.

Andererseits schlagen der „gesellschaftliche Gegenwind“, Personalmangel, Affären wegen „rechter“ Vorkommnisse sowie die Fehlleistungen im militärisch-industriellen Bereich – Beschaffungsprobleme, Klarstand-Quoten – auf Image und Klientel auch der UniBw durch. So ist Offizier einer der unbeliebtesten Berufe,³⁵ und Abiturienten mit Spitzennoten sind an den UniBw praktisch nicht vertreten.³⁶ Hier könnte nur eine echte „Zeitenwende“ und „Trendwende Mentalität“³⁷ nachhaltige Besserung bringen.

Zwar sind einige der neuen Studiengänge und Einrichtungen schon wesentlich „militärischer“ als vor 50 Jahren konzipiert. Es ist nach der „Zeitenwende“ aber kein Grund (mehr) ersichtlich, auf militärwissenschaftliche Studienfächer wie Militärgeschichte, Strategie, Führungslehre, Taktik und Logistik zu verzichten. Dies wäre nicht nur für spätere Berufsoffiziere ein Vorteil, sondern auch ein Beitrag zur Implementierung militärischen Wissens und Verständnisses in die gesamte Bildungs- und Wissenslandschaft und den (vor-)politischen Raum mit den UniBw als entsprechende Nuclei und Think Tanks.³⁸

Auch haben die UniBw und der Bund für „seine“ Universitäten die Chance des „Vorreiters“ bisher nicht genutzt und begnügen sich mit ihrer Nischenexistenz als „Bedarfsuniversität“ (fast) nur für die Offizierausbildung und blühen so nach wie vor im Verborgenen. Die Ausrichtung nur auf einen Typ von Studierenden mit Kohortenbindung und Campusfizierung birgt die Gefahr mentaler Einengung und „intellektueller Eindimensionalität“ und verhindert, nach Größe, Fächerspektrum und Exzellenz in der 1.

Als Zukunftsmodell für der UniBw sollte über Bundesuniversitäten – mit dem Offizierstudium als Kern – nachgedacht werden: Es wird Zeit, diesen verborgenen Schatz zu heben!

Liga der Universitäten mitzuspielen. Nahe läge deshalb eine großzügige Öffnung für zivile Studenten über die bisherigen Kategorien und Zahlen hinaus mit Vergrößerung, Diversifizierung und Aufwertung der UniBw. Diese Öffnung könnte zeitnah bis an die verfassungsrechtlichen Grenzen vorgenommen und durch (kostendeckende) Studiengebühren finanziert werden,³⁹ zumal die wachsende Zahl privater (Elite-)Hochschulen beweist, dass für Reformmodelle mit Kompakstudium, Betreuung, Anleitung und spezifischem Image gerade für ehrgeizige Studierende Bedarf und Markt vorhanden sind.⁴⁰

Initial hierfür sollte die regelmäßig wiederkehrende Diskussion über Bundesuniversitäten⁴¹ sein. Dabei wird bisher übersehen, dass der Bund mit den UniBw bereits eigene Universitäten hat und es leichter wäre, diese „upzugraden“, als neue zu gründen.

Als Zukunftsmodell für der UniBw sollte also über Bundesuniversitäten – mit dem Offizierstudium als Kern – nachgedacht werden: Es wird Zeit, diesen verborgenen Schatz zu heben!

Zum Autor: Dr. Joachim Welz, Jahrgang 1946, Jurist, Tätigkeiten als Richter und in mehreren wissenschaftlichen Organisationen, zuletzt Abteilungsleiter im Kultusministerium Sachsen-Anhalt und Vors. des Hochschulausschusses der KMK; OTI d.R., MA (Militärwissenschaften Universität Potsdam), Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen

- 1 Zum Ganzen: BMVg, Die Hochschulen der Bundeswehr, 1974, zitiert Hochschulen; Christiane Reuter-Boysen, Vorreiter für die Hochschulreform?, 1995, zitiert Reuter-Boysen; Andrea von Schroeders, Student und Soldat, 2007, zitiert von Schroeders; Joachim Welz, Universitäten der Bundeswehr, 2021, zitiert Welz.
- 2 Vgl. die Klimax staatlicher, gefährlicher bzw. zur Gewaltausübung verpflichteter Berufe Feuerwehr, Polizei, Militär.
- 3 Von Scharnhorst 1810 gegründet; internationale Beispiele Welz, S. 25.
- 4 So die Paulskirchenversammlung, an zivilen Universitäten „Lehrstühle der Kriegswissenschaft“ zu errichten, sowie die „Führergehilfenkurse“ an Universitäten in der Weimarer Republik (Reinhard-Kurse nach dem Kriegsminister Reinhard, Theodor Heuss war einer der Lehrer).
- 5 „Drei-Stufen-Plan“ von 1963; Schaffung bundeswehreigener Fachhochschulen; daneben immer Ärzte u.ä. und Quereinsteiger mit zivilem Studium sowie zum Studium spezieller Fächer abgeordnete Offiziere.
- 6 Bildungskommission 1971 „Neuordnung der Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr“, zitiert Gutachten, Tz 17; Reuter-Boysen, S. 9, 14 f; Welz, S. 29 ff.
- 7 124 Maßnahmen, darunter 36 Änderungen von Gesetzen und 88 von Verordnungen.
- 8 Gutachten; auch hatten NATO-Partner die Offizierausbildung auf Bachelor-Niveau angehoben, und im Ostblock hatte das Studium an den Militärhochschulen wissenschaftlichen Rang bis hin zu akademischen Graden Dipl.-Mil., Dr. rer. mil.
- 9 gegen heftige Kritik der Kultusminister, der WRK und in der SPD; wegen der dort vorhandenen Ausbildungsstätten sowie taktisch Verteilung auf A- und B-

- Länder.
- 10 wobei auch kürzere Verpflichtungszeiten, dann ohne Studium, oder längere bis 25 Jahre möglich sind.
 - 11 Dauer umstritten, weil das Heer mehr Fachkenntnisse und junge Offiziere dringend für den Alltagsbetrieb benötigt und auf längeren Vorlauf drängt, was aber für Studium, Attraktivität der Laufbahn und Gleichbehandlung der Teilstreitkräfte kontraproduktiv ist.
 - 12 Euphemistisch „Duale Karriere“, erforderlich Doppelmotivation und zweifache Berufswahl, was so nur noch bei Leistungssportlern vorkommt.
 - 13 Spangenberg, Leiter des Bundespräsidialamtes, zitiert nach Beilage zu DUZ 10/2003 S 2 und Reuter-Boysen.
 - 14 Gutachten, Tz 54; BMVg, Hochschulen, S. 2.
 - 15 als nur äußere Formalien ist Herleitung aus der Wissenschaftsfreiheit abwegig; aber Verzicht auf Präsenzpflcht auch Tendenz an den Landeshochschulen wegen Möglichkeiten des IT-gestützten Lehrens, Lernens und Prüfens sowie geboostert durch Corona.
 - 16 „eigentlich“ gegen die Ideologie der zivilen, allgemein zugänglichen Hochschule; an der UniBwM (als externer Campus) seit Gründung; an der HSU als „Stadthochschule“ nach entsprechenden Turbulenzen erst seit 2021.
 - 17 „Vier-Klassen-Gesellschaft“ der Studierenden, Welz, S. 96 ff, 229 m.w.N.
 - 18 Wobei Wiederholungen nicht bestandener Prüfungen, Verlängerungen der Studienzeit, Studienfachwechsel und Jahrgangswchsel zwar möglich, aber unattraktiv sind – Jahrgangswchsel, Laufbahnnachteile, Verlängerung der Verpflichtungszeit.
 - 19 Dies entspricht der Quote an den Landesuniversitäten, d.h. Leistungsdruck und Vorteile des betreuten und bezahlten Kompaktstudiums gleichen sich in etwa aus.
 - 20 Hochbegabte Schüler, die an Veranstaltungen in Universitäten teilnehmen; Programm der UniBwM für Schüler mit ca. 10 Teilnehmern/Jahr.
 - 21 Zahlenangaben für beide UniBw <https://rancing.zeit.de/che/de/hochschule/66> bzw.36 sowie Internet-Präsentationen der Hochschulen.
 - 22 Übersicht Welz, S. 122 f; Forschungsberichte der UniBw.
 - 23 Gutachten, Tz 58; BMVg, Hochschulen, S. 5 f; Welz, S. 61 ff, was bei dem Bund als tragender Körperschaft nicht nur ironisch klingt, sondern auch die verfassungsrechtlich wenig überzeugende Situation erkennen lässt; aber in Politik und Rechtsprechung anerkannt, BVerwG, DVBl. 1993, S. 52, zumal die Sitzländer in ihre Hochschulgesetze ausdrückliche Bestimmungen zu „ihrer“ UniBw aufgenommen haben.
 - 24 Rechtsaufsicht in akademischen Angelegenheiten, Genehmigungsvorbehalt bei Grundordnungen und Ordnungen, Bestellung von Präsident, Vizepräsidenten,

Berufung von Professoren.

- 25 Durch den Status als Bundeswehreinrichtungen könnten theoretisch auch die Kontrollorgane der Wehrverfassung – Wehrbeauftragter, Verteidigungsausschuss – als zusätzliche Kontrollorgane bei den UniBw, allerdings nur außerhalb der akademischen Angelegenheiten, tätig werden.
- 26 Somit sind an den UniBw tätig Professoren, Juniorprofessoren, wissenschaftliche Mitarbeiter und Lehrkräfte für besondere Aufgaben, sonstige Mitarbeiter sowie nicht hauptberufliches Personal (nebenberufliche Professorentypen, Privatdozenten, Lehrbeauftragte sowie wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte).
- 27 Anl. II Bundesbesoldungsgesetz; 80% der Uni- und 20% der FH-Professoren W 3, die Übrigen W 2.
- 28 6 TWS für Universitäts- und 14 TWS für FH-Professoren.
- 29 Und nicht, wie Tendenz in neueren Landesregelungen, die Hochschulleitungen.
- 30 Gutachten, S. 51.
- 31 wobei es sich bei der HSU um eine „monokratische“ Präsidialverfassung handelt (mit Weisungsrecht gegenüber Vizepräsidenten und Kanzler) und bei der UniBwM um eine kollegiale Leitung, bei der die eigentliche Leitung durch das „Leitungsgremium“ – Präsident, Vizepräsidenten, Kanzler – erfolgt. Als weitere Leitungsorgane bestehen hier „erweiterte Hochschulleitung“, Verwaltungsrat und Universitätsrat.
- 32 Stab-Linienmodell, Leiter Oberst oder entsprechend, Leiter der Studierendenfachbereiche Hauptmann oder entsprechend; Stab rund 20 Personen, Führungsgebiete Personal (zahlenmäßig dominant), Sicherheit, Ausbildung (AMA) und Materialbeschaffung.
- 33 Trimester-System und Verschulungstendenz sind tabu und Schnellläufer- oder Elite-Kurse/Studiengänge gelten als problematisch.
- 34 Buchtitel Reuter-Boysen; Welz, S. 231.
- 35 Bald/Lippert/Zabel, Sozialgeschichte der Rekrutierung des deutschen Offizierskorps von der Reichsgründung bis zur Gegenwart, S. 55, 111, Tab. 2; Marr, (Hrsg.), Kadenschmiede Bundeswehr? Vom Offizier zum Manager, 2. Aufl. 2002, S. 12.
- 36 Bald/Lippert/Zabel, S. 12, 75; Bonnemann /Hofmann-Broll, Studentische Orientierungen zwischen akademischer und soldatischer Lebenswelt, 1999, S. 23 ff.
- 37 Bericht des Wehrbeauftragten 2019 (Bartels), S. 20; Welz, S. 226 f; ob der Ukraine-Krieg dies Initial ist, wird die Zukunft zeigen.
- 38 Es besteht in Deutschland nur eine militärwissenschaftliche Professur (Universität Potsdam)! Die Ressourcen können durch „Andocken“ an bestehende Fächer und Studiengänge klein gehalten werden.
- 39 (Unzulässige?) Betätigung des Bundes im Hochschulwesen? Problematisch des-

halb generelle Öffnung, aber unbedenklich für bundeswehrraffine Zielgruppen (Verknüpfung mit freiwilligem Wehrdienst, Reserveoffizier); vertretbar auch zivile Studierende bei Fächern/Schwerpunkten mit Alleinstellungsmerkmal.

- 40 In der Bundesrepublik rund 150 nichtstaatliche Hochschulen.
- 41 etwa nach Vorbild der ETH Zürich; Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Universität des Bundes, 29.6.2011, WD 33-3000-206/11, S. 6 ff; (gescheiterte) Initiativen: Schröder/Bulmahn/Scholz, 2004 ff und Schavan 2011; soweit GG-Änderung erforderlich, schiene dies über rechtlichen oder finanziellen Deal mit den Ländern nicht unlösbar.

Friedensdienst für alle

Vorschläge zur allgemeinen Dienstpflicht

Gerhard Pfreundschuh

1. Die Lage

1.1 Krieg in Europa

Der Ukrainekrieg hat den Letzten gezeigt, dass Deutschland nicht auf ein friedlich-freundliches Eine-Welt-Dorf warten kann, sondern seine Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit umgehend wiederherstellen muss.

Wir erleben militärische Aufrüstungen wie lange nicht mehr. Die Militärausgaben erreichten bereits 2019, also schon vor dem Angriff der Russen auf die Ukraine, mit 1.917 Mrd. \$ weltweit eine Rekordhöhe. Das war das höchste Aufkommen seit 1988, dem Rüstungsgipfel des Kalten Kriegs.¹

Mehr als Geld fehlen im Westen Soldaten.

Mehr als Geld fehlen im Westen Soldaten.²

Das gilt für alle europäischen Nato-Partner und Nato-Anwärter. Schweden hat daher 2019 die Wehrpflicht wieder eingeführt, und zwar für Männer und Frauen. In Norwegen erfolgte dies mit breiter parlamentarischer Mehrheit schon 2015. Beide Länder erreichen seither ihre Soll-Stärken bei den Rekruten.

Darüber hinaus rüsten die Großmächte von den USA über China und Russland konventionell auf und sind atomar einsatzfähig.

1.2 Cyberkrieg weltweit

Voll im Gange ist bereits ein globaler, gnadenloser Cyberkrieg. Dabei vermischen sich Militär- und Wirtschaftsspionage sowie gezielte Angriffe auf Personen und Einrichtungen aller Art. Im Cyberkrieg wird abgehört und zerstört. Staatliche Stellen aller Großmächte sind daran beteiligt.

Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, meinte, die Geheimdiensttätigkeit sei heute stärker und gewalttätiger als im Kalten Krieg. Er spricht von einer alarmierenden Brutalisierung der Spiona-

ge mit Gewalt und Morden. Und es arbeiteten heute in Deutschland mehr ausländische Geheimdienste als vor 1989. Ausländische Dienste sind sehr an deutscher Politik interessiert, an unserer Außenpolitik, unserer Rüstungspolitik, aber auch an Forschungspolitik und aktuell Gesundheitspolitik.³

Herkömmliche Spionage und Cyberkrieg sind verschmolzen. Spione und Hacker, Saboteure und Terroristen greifen unsere Wirtschaft und staatlichen Einrichtungen an. Im Krisenfall können sie diese lahmlegen. Hinzu kommen EP (empfindliche Punkte) der Infrastruktur wie Strom- und Wasserversorgung, Fernmeldeeinrichtungen, Internet und weitere.

Haldenwang wählt dann eine geschickte Umschreibung, die keine Länder wie z.B. die USA nennt. Er sagt es so: „Wir mussten in der Vergangenheit lernen, dass auch Länder Angriffe gegen Deutschland vornehmen, mit denen wir eigentlich partnerschaftlich verbunden sind und intensiv zusammenarbeiten.“ Wir ermitteln heute in alle Richtungen.⁴

Im Handelsblatt steht es deutlicher: „In den sensibelsten Bereichen der Mobilfunknetze in Deutschland stecken neben europäischen Anbietern schließlich nicht nur Komponenten von Huawei, sondern auch Geräte des US-Anbieters Cisco. Wenn es die Bundesregierung mit der Sorge um die Sicherheit unserer Netze wirklich ernst meint, dann sollte sie sich auch Komponenten dieses amerikanischen Herstellers vorknöpfen.“⁵

Nun ist die uralte und erste Aufgabe jeder Herrschaft und jedes Staats, seinen Bürgern Schutz nach innen und außen zu gewähren.

Nun ist die uralte und erste Aufgabe jeder Herrschaft und jedes Staats, seinen Bürgern Schutz nach innen und außen zu gewähren. Dies gilt vor allem, wenn ange-

sichts der Größe der Bedrohung der Einzelne dazu nicht fähig ist. Das ist beim Internet-Krieg und insbesondere bei der von fremden Staaten gesteuerten Wirtschaftsspionage der Fall.

Die gefährlichsten Angreifer sind staatlich-militärische Einrichtungen. Chinesen, Russen, aber auch Amerikaner unterscheiden nicht zwischen Militär-, Rüstungs- und Wirtschaftsspionage. Damit ist das Militär die richtige Einrichtung für den Aufbau der Abwehr. Die USA, Israel, Russland, China u.a. zeigen, wie man das macht.

1.3 Hybride und asymmetrische Kriegführung

Noch mehr als der Cyberkrieg zeigt die heutige „hybride und asymmetrische Kriegführung“, dass die Trennung von äußerer und innerer Sicherheit nicht mehr möglich ist.

Bei der *hybriden Kriegführung (verdeckte Kriegführung)* verbinden sich konventionelle und irreguläre Kampfweisen mit terroristischen Aktionen und kriminellem Verhalten (Terror, Sabotage). Sie kennen keine Kriegserklärung und kein Kriegsvölkerrecht, keinen offenen Kampf.

Asymmetrische Kriege (ungleiche Kriege) sind solche, bei denen sich eine militärische starke und eine schwache Partei gegenüberstehen. Der Schwache verwendet i.d.R. die „hybride Kriegführung“.

Die Verwundbarkeit zeigte z.B. 2021 der großflächige Ausfall der Benzinversorgung in den USA. Hacker hatten eine 8.850 km lange Pipeline lahmgelegt. Die Rohre von Colonial transportieren 45 Prozent des Treibstoffs an die Ostküste. Die Benzinpreise an den Tankstellen zogen an. Einzelne Flughäfen bekamen Versorgungsprobleme.⁶ Die wohl „privaten“ Hacker wollten Lösegeld.

Wohl staatliche Saboteure steckten hinter den Sprengungen der Nord-Stream-Pipelines. Am 26. September 2022 gab es einen Anschlag mit mehreren Sprengungen. Beide Stränge von Nord Stream 1 und einer der beiden Stränge von Nord Stream 2 wurden zerstört. Die Nord-Stream-Rohre liegen auf dem Grund der Ostsee und dienen der Durchleitung von Erdgas aus Russland nach Deutschland. Wer hinter den Anschlägen steckt, ist bis heute ungeklärt.

Damit verbinden sich herkömmliche und neue Kriegführung, Cyber- und asymmetrischer sowie hybrider Krieg. Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwinden.

Ein richtiger Ansatz war in den 1960er Jahren der Aufbau einer flächendeckenden Territorialverteidigung mit Heimatschutztruppen.

1.4 Der Sozialstaat am Limit

Nicht nur im militärischen, auch im zivilen Bereich hat sich die Lage verschärft. Damit sind wir beim Zivildienst. Im Gesundheitswesen sind die Krankenhäu-

ser finanziell und personell am Limit. Es fehlt an Unterstützung für das Pflegepersonal. Das war schon vor Corona der Fall und ist danach noch so. Auch in anderen sozialen Bereichen ist zu hören: „Die „Zivis“ fehlen uns!“

Wie es bei den Wehrpflichtigen oft zu Weiterverpflichtungen kam, so hatten auch „Zivis“ soziale Berufe kennengelernt und eingeschlagen. Bei einer Dienstpflicht für Männer und Frauen könnte dies nur noch besser werden. Allerdings sollten sie erst nach einer vierteljährlichen, dualen Grundausbildung im jeweiligen Bereich eingesetzt werden. Das verstärkt das Selbstbewusstsein und nimmt die Angst vor Überforderung. So kann die Freude an solchen Berufswegen geweckt werden.

Für viele könnte der „Zivildienst“ die Brücke zum Berufseinstieg sein. Schon 2011 wurde geklagt: „Fast 1,5 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren haben in Deutschland keinen Berufsabschluss und befinden sich auch nicht mehr in Qualifizierungsmaßnahmen. 46 % davon haben einen Migrationshintergrund. ... Unter den 1.484 Millionen ungelerten jungen Menschen sind 729.000 Frauen.“⁷

Das führt uns geradewegs zu den Migranten.

1.5 Millionen auf der Flucht

Hier erhebt sich die Frage, ob unbefristet in Deutschland lebende Ausländer dienstpflichtig sein sollen. (Im Steuerrecht werden sie wie Inländer behandelt.) Gerade anerkannte oder geduldete Asylbewerber sollten zwar keinen Wehr-, wohl aber einen Zivildienst leisten. Schließlich erhalten sie viele Wohltaten unseres Sozialstaats (kostenlose Bildung und Ausbildung, Hilfe zum Lebensunterhalt usw.).

Hinzu kommt ein weiteres. Auch für sie könnte die Dienstpflicht ein Weg zum Einstieg in eine Berufsausbildung und ins Erwerbsleben sein.

Hinzu kommt ein weiteres. Auch für sie könnte die Dienstpflicht ein Weg zum Einstieg in eine Berufsausbildung und ins

Erwerbsleben sein. Es ist zu überlegen, ob über ausgebildete Flüchtlinge womöglich sogar die Fluchtursachen in den Heimatländern angegangen werden können.

Dazu hat der Dalai Lama im Interview beim SRF (Schweizer Radio und Fernsehen) ganz einfache, aber richtige Worte gefunden.

Es sei wunderbar und zeige wirklich Menschlichkeit, dass Europa und insbesondere Deutschland so viele Flüchtlinge aus afrikanischen und arabischen Gebieten aufnimmt. Doch dann fügt er wörtlich hinzu:

„... wenn die EU Abertausende oder Millionen von Flüchtlingen aufnimmt, sollte sie ihnen auch Schutz gewähren. Den Kindern muss sie den Zugang zu Bildung ermöglichen, den jungen Menschen eine Ausbildung. Man sollte nicht vergessen, dass diese Menschen mit der Zeit in ihre Heimat zurückkehren und ihre Heimat wieder aufbauen. Dann sollten diese Länder, die die Flüchtlinge aufnehmen, ihnen auch nach der Rückkehr in deren Heimat weiter helfen, sie nahtlos auch dort beim Wiederaufbau unterstützen sowie ihnen, wenn nötig, auch Kapital verschaffen.(..)⁸“

Es ist darüber nachzudenken, wie dies zu organisieren ist. Schon 1993 (!) hat Peter Drucker, ein führender US-Ökonom und „Management-Papst“, in seinem Buch „Die postkapitalistische Gesellschaft“ gewarnt, dass für die Industrieländer enorm viel auf dem Spiel steht.

„Wenn dort kein schneller wirtschaftlicher und sozialer Aufschwung gelingt, wird die Erste Welt von einer menschlichen Flutwelle von Einwanderern aus der Dritten Welt überrollt werden. Diese Flut in ihren Ländern aufzunehmen, würde ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fähigkeiten bei weitem überfordern.“⁹

Seither hat sich die Lage dramatisch zugespitzt. Umfragen zeigen, rund 450 Millionen Menschen aus Subsahara-Afrika und dem arabischen Raum würden gern auswandern. Schon 2009 erfragte Prozentsätze ergaben Subsahara: 38 Prozent, arabischer Raum: 23 Prozent.¹⁰

Wie ist Wohlstand zu schaffen? Ein Kenner der Sahelzone weiß, dass dort mehr als alles andere Ausbildungsplätze und Jobs benötigt werden. Mindestens so wichtig wie funktionierende lokale Militäreinheiten seien funktionierende Spitäler und Schulen; ja überhaupt ein Staat, der für die Bürger keine

Bedrohung sei, sondern Lösungen für ihre Probleme biete. „Das ist, so simpel es klingen mag, eine epochale Aufgabe, zumal Europa diese im Sahelgebiet praktisch alleine wird stemmen müssen. Eine Alternative gibt es nicht.“¹¹

1.6 Die öffentliche Debatte

Seit 2017 läuft die Diskussion, ob das Ruhen der Wehrpflicht zu beenden ist. In der Zeitschrift loyal des Reservistenverbands der Bundeswehr forderte ein Leitartikel einen „Dienst für die Gesellschaft“, und zwar für Männer und Frauen.¹² Altkanzler Helmut Schmidt hatte sich öfter dafür ausgesprochen. Die CDU hat 2022 die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht in ihr Programm aufgenommen.

Auch in Deutschland gibt es dafür eine breite Zustimmung in der Bevölkerung. Die ZEIT titelte 2018: „Zwei Drittel der Deutschen für ein Pflichtjahr. Ob bei

Ob bei der Bundeswehr oder in einer sozialen Einrichtung: Eine Mehrheit der Deutschen hält eine Dienstpflicht laut einer Umfrage für eine gute Idee.

der Bundeswehr oder in einer sozialen Einrichtung: Eine Mehrheit der Deutschen hält eine Dienstpflicht laut einer Umfrage für eine gute Idee.“¹³

Seither hat sich die Lage so verschärft, dass in Baden-Württemberg die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände (Gemeindetag, Städtetag, Landkreistag), der Wirtschaftsverbände (Handwerkstag, IHK, Unternehmer), des Sparkassen- und des Genossenschaftsverbandes einen gemeinsamen Brandbrief an den Ministerpräsidenten schickten.

Darin heißt es: „Die Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland, ein verbesserter Katastrophen-, Zivil- und Bevölkerungsschutz, die Sicherung der Energieversorgung und die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens sind Beispiele für eine neue, dringend erforderliche Prioritätensetzung.“

Kritisiert werden eine „lähmende Behäbigkeit“ und ein „empfundener Stillstand“. Gefordert werden: „Ein grundlegender Realitätssinn und Mut zu grundlegenden Veränderungen“ sowie ein „Ermutigungs- und Entfesselungspakt“.¹⁴

Angesichts dieser Lage ist über eine Allgemeine Dienstpflicht nachzudenken. Deren Zweck und strategische Ziele sind als erstes zu prüfen. Daraus folgt dann das operative Vorgehen, die Umsetzung.

2. Die Strategie

„Meister, was müssen wir tun, um den Staat zu ordnen?“
„Wir müssen die Begriffe klären.“ (Konfuzius 551 – 479 v. Chr.)

2.1 Klärung der Begriffe

Die Begriffe *Strategie*, *Operation* und *Taktik* kommen vom Militär. Inzwischen werden sie allgemein, vor allem in der Politik und Wirtschaft verwendet.

Doch über allem strategischen, operativen und taktischen Planen und Handeln steht nach Clausewitz die Frage nach dem *Zweck* des Ganzen.¹⁵ Mit anderen Worten: Warum haben und brauchen wir eine bestimmte Einrichtung?¹⁶ Für das Militär gibt uns Art. 26 Grundgesetz die Antwort: Es ist die *Friedenssicherung*.¹⁷ Angriffskriege stellt bereits das Grundgesetz unter Strafe (Art. 26 I 2 GG). Danach dient eine überzeugende militärische Verteidigungsfähigkeit dem Zweck *Frieden*.

Schon Clausewitz wusste, wenn alle sich nur verteidigen wollen, kann es keine Kriege geben.¹⁸ Selbst beim Krieg ist der Zweck nicht der Sieg, sondern der Friede. Clausewitz sagte es so: „Die Strategie hat ursprünglich nur den Sieg, d.h. den taktischen Erfolg, als Mittel und, in letzter Instanz, die Gegenstände, welche unmittelbar zum Frieden führen sollen, als Zweck.“¹⁹ (Zweck-Mittel-Abfolge)

Damit ist auch Webrdienst Friedensdienst.

Aus dem Zweck leitet sich die *Strategie* ab. Sie ist ein langfristiger Plan und umreißt, auf welche Art und Weise ein Zweck als Aufgabe und übergeordnetes Ziel in die Tat umgesetzt werden soll.

Strategie konzentriert sich auf das ganz Wesentliche und Wichtige. Sie ist ganz einfach und gerade deshalb für viele so schwer. Nach Clausewitz: „*So ist denn in der Strategie alles sehr einfach, aber darum nicht auch sehr leicht.*“²⁰ Strategen können Wichtiges von Unwichtigem unterscheiden. Vor allem wissen sie schon vor dem Krieg, wie der Friede aussehen soll.

Heute machen wir eine zutreffende Unterscheidung, die Clausewitz noch nicht kannte. Es ist die Abgrenzung der Strategie von der *Operation*, die viele nicht

richtig verstehen. Dabei hilft uns die Betriebswirtschaftslehre (BWL) weiter. Dort wird eine Strategie zur Operation, wenn *Ziele mit Zeit und Zahlen* (Z^3) festgelegt werden (z.B. Haushaltspläne, Mittelfristige Finanzplanung).²¹ Damit wird der Ablauf prüfbar; was die BWL operationalisieren nennt. Erreichte Ziele (Z^3) sind dann Erfolge, das Gegenteil Misserfolge.²² (Die Politik verkündet oft Ziele als Ergebnisse: „Wir schaffen innere und äußere Sicherheit.“²³)

Taktik ist im militärischen Sprachgebrauch die Führung des Gefechts der verbundenen Waffen; allgemein die geschickte Ausführung einer Aufgabe.²⁴ Zur Taktik gehört die Beherrschung der Kampfarten samt Kriegslist. In der Politik ist es ein „diplomatisches“ Vorgehen, z.B. Verhandlungsgeschick. Beides kann nicht nach festen, stets gleichen Regeln ablaufen (ebenfalls nach Clausewitz).

2.2 Friedensdienst für alle

Ausgangspunkt der strategischen Überlegungen ist die oben dargestellte Lage. Danach fehlen für die volle Verteidigungsfähigkeit neben Geld und Sachmit-

Ausgangspunkt der strategischen Überlegungen ist die oben dargestellte Lage. Danach fehlen für die volle Verteidigungsfähigkeit neben Geld und Sachmitteln vor allem Soldaten.

teln vor allem Soldaten. Letzteres lässt sich durch die Beendigung des Ruhens der Wehrpflicht beheben, wie Norwegen und Schweden zeigen. Beide Länder können als Vorbild dienen.

Angesichts des Verfassungsgebots, dass *Männer und Frauen* gleichzustellen sind, ist es richtig, dass in Skandinavien beide Geschlechter wehrpflichtig sind. Das führt zum Grundsatz des „Friedensdienstes für alle“.

In diesem Zusammenhang kommen wir zu einem weiteren Grundsatz, der bei einer allgemeinen Dienstpflicht gelten sollte: *Der Dienst muss beiden Seiten Nutzen stiften, der Gesellschaft und den Dienstpflichtigen.*

2.3 Nutzen für alle

Hier ist zu unterscheiden zwischen *Dienstpflichtigen mit oder ohne Berufsabschluss*. Wer einen Berufsabschluss oder das Abitur hat, sollte 12 Monate Dienst leisten, andernfalls 18 Monate. Für junge Menschen ohne Berufsabschluss sollte die Zeit genutzt werden, um ihnen mindestens eine duale Berufsgrundausbildung zu vermitteln. Nur dadurch kann Langzeitarbeitslosigkeit vermieden werden.

Das zeigen die Statistiken. Nach dem „Zensus 2011 bis 2013“²⁵ herrschte Aufregung. Die Bild-Zeitung titelte: „Die Wahrheit über Deutschland – 26,6 Prozent haben keinen Berufsabschluss“²⁶

Im Stabilitätsgesetz von 1967 war das Ziel eine Arbeitslosenquote von 0,8 %. Im Jahr 1962 lag sie bei 0,5 % mit weniger als 100.000 Arbeitslosen in der BRD. Praktisch alle hatten einen Lehrabschluss.

Im Januar 2023 betrug die Arbeitslosenquote 5,7 %, die Unterbeschäftigungsquote 7,5 %. Als arbeitslos galten 2,6 Mio. Personen. Die „Unterbeschäftigung“ lag bei 3,5 Mio. Menschen, weil diejenigen dazu gerechnet werden, die in Fördermaßnahmen u.ä. (ohne Kurzarbeit) sind.²⁷

Wie kam es dazu? Enzo Weber vom „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung“ der BfA (Bundesagentur für Arbeit) hat gezeigt, dass ab den 1970er Jahren nach jedem Konjunkturerinbruch (Ölkrise usw.) die Arbeitslosenquote nicht mehr den alten, niedrigeren Stand erreichte.

„Stattdessen haben sich Forschungsergebnissen zufolge aber im Laufe eines Jahres fast zwei Drittel dieser konjunkturellen in strukturelle Arbeitslosigkeit gewandelt. Arbeitslosigkeit, die eigentlich nur einer vorübergehenden Konjunkturschwäche geschuldet war, hat sich verfestigt.“²⁸ Das sind die Langzeitarbeitslosen (Hartz-IV-Generationen).

Wer einmal draußen ist, findet oder will nicht mehr ins Erwerbsleben zurück. Hans Werner Sinn, ehem. Präsident des ifo-Instituts, sagt dazu: „Wir können nicht Millionen Menschen bezahlen, wie wenn sie arbeiten würden, obwohl sie nicht arbeiten.“²⁹

Berthold Huber³⁰ forderte einen „Kurswechsel für ein gutes Leben“ und „Wege zu einer solidarischen Gesellschaft“.³¹ Er schreibt: „Die gesellschaftlichen Verhältnisse müssen so beschaffen sein, dass die Menschen ihre Potenziale frei entwickeln können.“ (S. 19) „Ein gutes Leben ist ohne gute Arbeit in all seinen Facetten nicht möglich.“ (S. 21)

Der SPD-Politiker Hans Eichel, der Unternehmensberater Roland Berger und der Unternehmer Ludwig Braun haben gefordert, die Schulpflicht um eine Ausbildungspflicht zu ergänzen. Den Vorschlag haben sie als „Ideen zur Flüchtlingsintegration“ bezeichnet.³²

Für Dienstpflichtige mit Berufsabschluss sollte ein zwölfmonatiger ziviler Friedensdienst mit einer dualen vierteljährigen Grundausbildung beginnen. Sie sollten etwas anspruchsvoller einsetzbar sein. Und bei den Streitkräften eröffnet sich bei Eignung und Weiterverpflichtung die Ausbildung zum Unteroffizier (Uffz) oder Offizier (Offz) mit kostenlosem Meisterbrief (Uffz) oder Hochschulabschluss (Offz).

Dabei ist die Musterung zu einer *Eingangserhebung* auszugestalten. Es sind die Befähigungen und Neigungen des Dienstpflichtigen mit einem passenden Dienstangebot möglichst in Einklang zu bringen.

Skandinavien ist hier vorbildlich.³³ Die Wehrpflicht führte dort zunächst zu einer allgemeine Wehrerfassung. Dabei wird auf den Wehrpflichtigen umfassend eingegangen. Von 13.000 Gemusterten wurden rund 4.000 zur Grundausbildung einberufen. Dienstwillige und womöglich länger Dienende wurden bevorzugt. Vor allem

Es sind die Befähigungen und Neigungen des Dienstpflichtigen mit einem passenden Dienstangebot möglichst in Einklang zu bringen.

gab es nun plötzlich genügend Rekruten. Ziel ist, ähnlich wie in Norwegen, allgemeine Wehrpflicht und Berufsarmee miteinander zu verbinden.³⁴ Bei uns würde hier gleich die „Wehrgerechtigkeit“ beschworen. Die Skandinavier gehen ganz praktisch vor. Was zusammen passt, soll zusammenkommen.

Für die Lage in Deutschland gilt, dass der zivile Friedensdienst in sehr vielen Bereichen dringend gebraucht wird und sofort aufzubauen ist. Hier ist ein großes Angebot an Wahlmöglichkeiten denkbar.

2.4 Strategiewechsel: helfen statt „angreifen“

Wenn die Friedenssicherung das oberste Ziel ist, dann müssen wir zu einem Strategiewechsel kommen, den schon Altkanzler Helmut Schmidt öfter, gerade im Hinblick auf China angesprochen hat. Es geht um das Ende des „evangelikalen Missionsdrangs“ des Westens.³⁵

Daraus folgt die Forderung: *friedliche Koexistenz der Kulturen*. So wurde auch im Kalten Krieg die Ostpolitik von Willy Brandt und Egon Bahr erfolgreich. Hätten sie den kommunistischen Regimen stets und laut ihre Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen, wäre die Konfrontation geblieben. So wurden eben still und ohne Aufsehen Häftlinge freigekauft.

Nach dem Misserfolg in Afghanistan merkten das auch die Grünen. Wir lesen von Jürgen Trittin: „Mit Afghanistan endet ein Zeitalter. Es endet die Ära des humanitären Interventionismus. ... Militär wird nicht für Werte, sondern für Interessen eingesetzt.“³⁶

Wenn wir die Lage in Afrika und im Nahen Osten im Sinne unserer strategischen Interessen auf den Prüfstand stellen, dann müssen wir *helfen statt „angreifen“*. Die Auslandseinsätze müssen anderer Art sein. Und wir brauchen ein *Friedensheer* mit Männern und Frauen von dort.

Doch Europa wird nur dann in Frieden leben, wenn es zugleich eine überzeugende und wirksame Verteidigungskraft besitzt. Die *Verteidigungs- und Bündnisfähigkeit* ist wiederherzustellen.

Vor allem müssen wir uns auch gegen die *hybride und asymmetrische Kriegführung* verteidigen können. Weil dabei die Infrastruktur und empfindliche Punkte für die Zivilversorgung und die Wirtschaft zerstört werden, wird die *Territorialverteidigung* wieder ganz wichtig. Der Ukrainekrieg zeigt gegenwärtig, wie empfindlich und verletzlich dieser Bereich ist. An die Heimatschutztruppe zur Zeit des Kalten Kriegs ist anzuknüpfen. Das wird gegenwärtig versucht. Doch ohne eine Dienstpflicht werden alle Versuche misslingen, nicht einmal zu Halbheiten führen.

Doch ohne eine Dienstpflicht werden alle Versuche misslingen, nicht einmal zu Halbheiten führen.

Dann tobt noch seit der Jahrtausendwende ein weltweiter *Cyberkrieg*. Immer, wenn der Einzelne oder einzelne Institutionen zu schwach für ihre Verteidigung sind, ist die höhere Gemeinschaft, hier der Staat, zur Schutzgewährung verpflichtet. Deshalb haben wir u.a. den Staat.³⁷

Bei uns fällt – wie so oft in der Bundespolitik – die Aufteilung der Zuständigkeit auf die verschiedensten Ministerien unangenehm auf. Für die Cyber-Abwehr insgesamt ist das *Bundesinnenministerium* zuständig; für die Cyber-Außen- und internationale Cyber-Sicherheitspolitik das *Auswärtige Amt*. „Verteidigungsaspekte der gesamtstaatlichen Cyber-Sicherheitsarchitektur werden gemäß Weißbuch 2016 als originäre Aufgaben des *Bundesministeriums der Verteidigung* und als verfassungsgemäßer Auftrag der Bundeswehr zugewiesen.“³⁸

So hat das Bundesinnenministerium 2016 die „Cybersicherheitsstrategie“ entworfen.³⁹ Doch diese Trennung von äußerer und innerer Sicherheit ist bei „hybrider und asymmetrischer Kriegführung“ unmöglich. Man muss das Ganze vor den Teilen sehen. Nur die Streitkräfte sind dazu befähigt.

3. Das operative Vorgehen

3.1 Cyberwehr

Hier können wir ein gutes mit einem schlechten Beispiel vergleichen. Das schlechte betrifft Deutschland, das gute Israel.

In Erkenntnis der Lage hat 2017 die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen das *Kommando Cyber- und Informationsraum (CIR)* zur Verteidigung Deutschlands im Cyberkrieg eingerichtet.⁴⁰ Doch es ist nur „*Bedingt abwehrbereit 4.0*“ (2019), wie die WirtschaftsWoche schreibt.⁴¹

In der Cyberstrategie der Bundeswehr heißt es: „Ähnlich wie Heer, Luftwaffe und Marine für die Dimensionen Land, Luft, Weltraum und See zuständig sind, sind die Angehörigen des neuen Organisationsbereiches ganzheitlich für die Dimension Cyber- und Informationsraum verantwortlich.“

Dabei ist bei uns die größte Schwierigkeit, geeignetes Personal zu gewinnen. Das gilt für Friedenszeiten, aber erst recht für Krisen oder den Ernstfall. So will das Verteidigungsministerium eine „Reserve“ aufbauen. Doch ohne Wehrpflicht wird das scheitern. Etwas Erfolg hatte man mit ehemaligen Wehrpflichtigen, die dem Reservistenverband angehören. Sie werden aber weniger und älter.

Dabei ist bei uns die größte Schwierigkeit, geeignetes Personal zu gewinnen. Das gilt für Friedenszeiten, aber erst recht für Krisen oder den Ernstfall.

So berichtet Mario Hempel, Oberst d. R., der beim „Cyberkommando“ zeitweise

dient, in der WirtschaftsWoche: „Deutlich schwerer als aus dem Reservistenverband sei es, Ungediente aus der Wirtschaft für die Bundeswehr zu begeistern. Seit die Wehrpflicht ausgesetzt ist, sei die Bundeswehr nicht mehr so präsent in der öffentlichen Wahrnehmung.“ Hempel, langjähriger IT-Berater beim deutschen Softwarekonzern SAP weiß: „Viele junge Leute, und damit auch die Top-IT-Experten, die wir suchen, kommen nicht auf die Idee, dass sie auch in der Cyberreserve eine spannende Aufgabe finden könnten.“⁴²

Wie es geht, zeigt *Israel*. Dort ist es sogar umgekehrt; viel Wissen fließt von der Armee zur Wirtschaft:

„Ein großer Teil der Cybersecurity Expertise entsteht in der Armeeeinheit 8200, in der junge Menschen zu Cyberspionen ausgebildet werden. Die größte Einheit der israelischen Armee ist für die Fernmelde- und elektronische Aufklärung sowie für die Entschlüsselung von Codes zuständig. Sowohl männliche als auch weibliche Soldaten arbeiten mit Big Data, analysieren Algorithmen und lernen, im Team und unter Zeitdruck Probleme zu lösen. Die Frauen werden nach zwei Jahren aus der Armee entlassen, die Männer nach knapp drei Jahren. Danach reißen sich die Cyberfirmen um sie. ‚Die Armee ist das größte Start-up Israels und vielleicht der Welt‘, sagte kürzlich der Generalstabschef Aviv Kochavi.“⁴³

Schon vor über zehn Jahren beschrieb das Handelsblatt die Erfolgsgeschichte israelischer Start-ups. Dort hieß es:

„Als wichtiger Erfolgsfaktor für die israelische Start-up-Szene gilt der Dienst in der technologiestarken Armee. Dort lernt man bereits in jungen Jahren nicht nur, Verantwortung zu tragen, sondern auch den Umgang mit der Spitzentechnologie. ... Sobald sie die Uniform abgelegt haben, wenden die Absolventen der Hochtechnologieeinheiten ihr Wissen, ihre Erfahrung oft im zivilen Bereich an.“⁴⁴

Und nur in Israel setzen z.B. Volkswagen, Audi, Porsche und Daimler bei der Forschung auf Frauen, die den Ton angeben und die Teams führen. „Bei der Cyberfirma Cymotive, die zu 40 Prozent Volkswagen gehört, leitet die 27-jährige Urit Lanzet die Forschungsabteilung. ... Die starke Präsenz der Frauen hat viel damit zu tun, dass Frauen, die im Alter von 18 Jahren rekrutiert werden, in der israelischen Armee gleiche Startchancen und Möglichkeiten haben wie Männer – auch auf technischen Gebieten.“⁴⁵

Wir kommen zu einem *Ergebnis*. Nicht nur wegen Abwehr und Angriff im Cyberkrieg, sondern auch wegen Forschung und Entwicklung in diesen Zukunftstechnologien braucht die Bundeswehr eine mit Israel vergleichbare Cyberwehr. – Und wir brauchen eine allgemeine Dienstpflicht, die die Nachwuchs- und Personalprobleme für das Militär und (!) die Wirtschaft löst.

Dazu könnte die Cyberwehr in Abstimmung mit der Wirtschaft gezielte, für Zivilisten offene Schulungen und Lehrgänge anbieten. Sie müssen straffer und praxisnäher als herkömmliche universitäre Fort- und Weiterbildungen sein. Das zeigt auch der Vergleich des dreijährigen Bundeswehr-Studiums mit den deutlich längeren Studienzeiten an den öffentlichen Hochschulen.

3.2 Territorialheer

Im Territorialheer, und zwar bei der Heimatschutztruppe (HSchTr), habe ich elf Jahre, von 1966 bis 1977 gedient. Die damaligen Erkenntnisse können gut übernommen werden.⁴⁶ Sie entsprechen auch dem, was heute in Skandinavien und der Schweiz umgesetzt wird.

Unser militärischer *Auftrag* war die Sicherung der Operationsfreiheit der NATO-Truppen ab dem Spannungsfall und im Verteidigungsfall. Dazu hatten wir die Nachschubwege freizuhalten. Vor Sabotage und Terroristen waren die Bevölkerung, rückwärtige Räume, lebenswichtige Einrichtungen zu schützen. „Empfindliche Punkte“ (EP), z.B. Wasser- und E-Werke, mussten gegen Zerstörung gesichert werden. Dann waren noch luftgelandeter Feind und Partisanen zu bekämpfen. Dabei wurde auch von hybrider und asymmetrischer Kriegführung ausgegangen.

Wichtig war die Zusammenarbeit mit allen öffentlichen Dienststellen. Zivilmilitärische Zusammenarbeit (ZMZ) wurde das genannt. Hinzu muss die Unterstützung durch die eigene Zivilbevölkerung kommen.

Weithin erleben wir in der Ukraine genau diese Angriffe auf die Infrastruktur. Dort haben sich unsere ausgemusterten Flugabwehrpanzer „Gepard“ sehr bewährt.⁴⁷ Sie wurden früher von Wehrpflichtigen bedient.

Die Mannschaften mussten in Wehrübungen vier Ausbildungsabschnitte (A bis D) durchlaufen. Danach waren sie ausgebildet und konnten ab dem Spannungsfall als Alarmreserve einberufen werden.

Wir waren sehr schnell, spätestens innerhalb von 24 Stunden einsatzbereit. Denn in einem Seesack hatte jeder seine persönliche Ausrüstung bei sich daheim. Das war wie bei der Schweizer Miliz, nur dass unsere Gewehre im MobStützpunkt waren. Dorthin wurden wir auch jeweils zu unseren Wehrübungen beordert.

Die wichtigste Erkenntnis dieser Wehrübungen war: „*Reservisten führen Reservisten*“; das geht gut, ist erfolgreich und macht Freude. Die Schweizer sagen: „Miliz führt Miliz“.

Diese Erfahrungen machen offensichtlich derzeit auch die Schweden und Norweger. Wie in der Schweiz, wo es Mob-Stützpunkte statt Kasernen gibt, bilden sie vor allem im Gelände- und Gefechtsdienst aus. Die Wehrpflicht braucht keine großen Kasernenblöcke.

„Unberührte Wälder, abgeschiedene Holzhütten an endlosen Seen, entspannen in absoluter Stille – Schwedens Wildnis lädt zu Schwärmereien ein. Amanda Juvas jedoch kommen ganz andere Bilder in den Kopf, wenn sie an die schwedische Natur denkt: endlose Märsche in schwerer Montur, tagelanges Überlebenstraining und Wochen weit weg von ihrer Familie. „Einmal haben wir neun Tage im Wald verbracht“, erzählt die 20-jährige Schwedin. Juvas hat als eine der ersten Schweden nach der Wiedereinführung der Wehrpflicht neun Monate lang ihren Militärdienst abgeleistet. „Es war wirklich hart“, sagt sie. Vor allem die Schießübungen fand sie anfangs beängstigend. Seit Mitte Juni ist Juvas wieder Zivilistin, jobbt in Stockholm in einem Hotel und will bald studieren. Ohne eine Dienstpflicht wäre sie nicht unbedingt zum Militär gegangen, sagt sie heute.“⁴⁸

3.3 Friedensheer

Patrick Sensburg, der Präsident des Reservistenverbands, sagt richtig: „Die Ausgestaltung der Wehrpflicht lässt sich jedoch deutlich besser bewerkstelligen als dies bis zur Aussetzung im Jahr 2011 der Fall war. Deshalb bin ich für die Wiedereinführung der Wehrpflicht im Rahmen einer allgemeinen Dienstpflicht für alle jungen Menschen. Die Verpflichtung bei der Truppe ist dabei nur eine Möglichkeit, während eines Jahres sich für unser Land einzubringen.“⁴⁹

Wer beim Friedensheer die volle Einsatzfähigkeit samt dem Aufbau in Afrika und anderswo will, der muss es genauso fit machen wie die Streitkräfte. Dabei braucht ein Durchbruch schnelle Erfolge und gute Beispiele. Deshalb ist wie in Skandinavien mit jenen zu beginnen, die wollen und können. Diese werden zeigen, dass der Dienst bzw. eine Ausbildung auch ihnen viel Nutzen stiftet.

Der *Friedensdienst* zielt vornehmlich auf

1. langfristige Sicherung des Sozialstaats und
2. Berufsabschlüsse für alle.

Das ergibt sich aus der Lage und der Strategie.

Seit Anfang der 1980-er Jahre beobachte ich, dass die Sozialausgaben des Staats jährlich zwei- bis dreimal schneller als das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wachsen.⁵⁰ Für Bildung und Schulen, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und andere Zukunftsaufgaben bleibt immer weniger Geld übrig. Wir versperren unsere Zukunft.

Trotzdem fehlen im Sozialbereich *Geld und Personal*. Schon die steigende Lebenserwartung führt weiter zu einem hohen Bedarf an Personal für Kranke und Alte.

Dienstpflichtige können hier die Lücke schließen, die die Zivis hinterließen. Die Fachkräfte in den sozialen Einrichtungen können dann besser bezahlt werden, weil sie von einfachen Aufgaben entlastet und mehr für Führungs- und Steuerungsaufgaben eingesetzt werden können.⁵¹ Außerdem werden bei einer vierteljährlichen fachbezogenen Grundausbildung der Friedensdienstler und bei der Möglichkeit einer Weiterverpflichtung (Friedensdienst auf Zeit)

Dienstpflichtige können hier die Lücke schließen, die die Zivis hinterließen. Die Fachkräfte in den sozialen Einrichtungen können dann besser bezahlt werden, weil sie von einfachen Aufgaben entlastet und mehr für Führungs- und Steuerungsaufgaben eingesetzt werden können.

Anreize zum Einstieg in soziale Berufe geschaffen. Auch die Bundeswehr hatte Nachwuchs in allen Laufbahnen, solange es die Wehrpflicht gab.

Die zweite offene Flanke des Sozialstaats ist die wachsende Zahl von Jugendlichen ohne Berufsabschluss. Führende Sozialdemokraten wie Peter Glotz und die Bildungskommission NRW für Ministerprä-

sident Johannes Rau (SPD) erwarteten eine 2/3-Gesellschaft, mit 20 bis 30 % je Altersjahrgang ohne Schulabschluss.⁵² Und dieses Drittel sollte so beschult werden, dass es auch ohne Erwerbsarbeit glücklich leben kann.⁵³ Das führt geradewegs zum „bedingungslosen Grundeinkommen“.

Die bessere Antwort darauf lautet: „*Bedingungslose Beschäftigung statt bedingungsloses Grundeinkommen.*“⁵⁴ Der Mensch gewöhnt sich an alles, auch an Nicht-Arbeit. Machen das genügend Menschen, dann bricht der Sozialstaat zusammen.

Das selbe Gutachten der NRW-Bildungskommission geht auch von einer wachsenden Zahl von Einwanderern aus, weil „ohne die Zuwanderung von Ausländern und Aussiedlern im heute oder demnächst arbeitsfähigen Alter weder der Arbeitskräftebedarf langfristig gedeckt noch das System der sozialen Sicherung vor einer ernsten Krise bewahrt werden kann.“⁶⁵ – Diese Politik führt in eine Sackgasse.

In den 1990er Jahren empfing ich als Landrat im Auftrag des baden-württembergischen Wirtschaftsministeriums eine Besuchergruppe von rd. 50 japanischen mittelständischen Unternehmern. Beim statistischen Überblick zeigte ich die Zahl von 2 Mio. Gastarbeitern und dann die von 2 Mio. deutschen Arbeitslosen. Da fragte sofort ein Japaner: „Wieso haben Sie 2 Mio. Gastarbeiter, wenn Sie 2 Mio. Arbeitslose haben?“

Ein großer Irrtum war, dass die meisten glaubten, wir bräuchten nur noch Hochqualifizierte und Hochschulabgänger. Tatsächlich fehlen gerade auch Lehrlinge und Handwerker, die deutlich unterbewertet wurden.

Daher müssen den Dienstpflichtigen verschiedene *Tätigkeitsfelder* angeboten werden.

Das ermöglicht den Einstieg und eine Berufsprüfung für alle Begabungen und Neigungen.

Betrachten wir noch die Dienstpflichtigen, die geeignet und bereit sind, Aufgaben der *mittleren und höheren Führung* zu übernehmen. Ihre Laufbahn ist vergleichbar der für Unteroffiziere d.R. oder Offiziere d.R. Sie brauchen neben der Fachlichkeit die Befähigung in Führung, Steuerung und Organisation.

Zum Autor: Dr. Gerhard Pfreundschuh ist Landrat a.D. und Major d. R. Er studierte Geschichte, Recht und Wirtschaft (1. juristische Staatsprüfung in München, 2. in Stuttgart, Dipl.-Volkswirt in Mannheim). Mit einem verfassungsgeschichtlichen Thema promovierte er bei Roman Herzog zum Doktor der Verwaltungswissenschaften (Dr. rer. publ.) in Speyer („Entstehung und Merkmale des frühen Rechtsstaats“). Er war Erster Bürgermeister in Wertheim/Main und von 1981 bis 1997 Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises in Mosbach/Baden.

Dr. Pfreundschuh ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Anmerkungen

- 1 Loyal Magazin für Sicherheitspolitik, 06/2020, S. 22 f – Quelle: Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI)
- 2 Loyal, 09/2022, „Geplant wird viel - doch Truppen sind Mangelware“
- 3 DIE ZEIT , 08. 10. 2020, „Es wurden gezielt Menschen getötet“
- 4 DIE ZEIT , 08. 10. 2020
- 5 Handelsblatt, 06.02.2019, „Scheinheilige Debatte“
- 6 Handelsblatt, 10.05.2021
- 7 Handelsblatt, 26.04.2011 (Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der SPD-Fraktion)
- 8 Dalai Lama: «Wir sollten ganzheitlich aufs Menschsein blicken» / Sternstunde Religion / SRF Kultur 24.10.2016: https://youtu.be/Kc5pd_Vwync - letztmals abgerufen 03.02.2023
- 9 Peter F. Drucker, Die postkapitalistische Gesellschaft, Düsseldorf 1993, S. 29 – Drucker stammte wie Karl Popper aus einer jüdischen Familie Wiens und emigrierte in die USA.
- 10 Handelsblatt, 30.07.2015, S. 48
- 11 NNZ (Neue Zürcher Zeitung), 29.10.2019, <https://www.nzz.ch/meinung/in-den-sahel-laendern-droht-ein-flaechenbrand-der-gewalt-entwickeln-sich-die-wuestenstaaten-zu-europas-vietnam-ld.1514197> - letzter Abruf 03.02.2023
- 12 Loyal, 6/2017
- 13 DIE ZEIT online vom 10.08.2018
- 14 Landkreisnachrichten BW, 4/2022, S. 378 ff Offener Brief: In großer Sorge um unser Land vom 28.10.2022
- 15 Zweck-Mittel-Abfolge, dazu: Lennart Souchon, Carl von Clausewitz, Strategie im 21. Jahrhundert, Hamburg 2012 – englisch: Strategy in the 21st Century, The Continuing Relevance of Carl von Clausewitz, Springer Internat. Publishing, Cham 2020, (€ 91,99) - Besprechung: ÖMZ (Österreichische Militärische Zeitschrift) 03/2021, S. 413 f „faszinierende Lektüre“; „methodisch erstklassiges Lehrbuch“
- 16 Vgl. Fredmund Malik, Führung – Führen Leisten Leben, Stuttgart 2000 - Der Gedanke durchzieht das Buch: Chefs müssen sich immer wieder die Frage nach dem Zweck ihres Unternehmens und ihrer Position stellen. Der St. Galler Prof. Malik gilt als Führungs-Guru. Es soll VW helfen, sich „Vom Autohersteller zum Digitalkonzern“ zu entwickeln, Handelsblatt, 27.11.2020
- 17 Michael Sachs (Hg.), Grundgesetz Kommentar, München 2018, S. 1029 ff (Art. 26)
- 18 Carl von Clausewitz, Vom Kriege, Hinterlassenes Werk, Ungekürzter Text Erstauflage (1832-34), Frankfurt/M. 1980 (Ullstein), S. 194: „weil aus gegenseitig-

ger Verteidigungsabsicht kein Krieg entstehen kann.“ Digitaler Zugang: <https://www.clausewitz-gesellschaft.de/wp-content/uploads/2014/12/VomKriege-a4.pdf> letzter Abruf 03.02.2023 (Die Seitenzahlen stimmen nicht mit anderen und der digitalen Ausgabe überein).

- 19 Clausewitz, Vom Kriege, a.a.O., S. 104, „Zwecke und Mittel der Strategie“
- 20 Clausewitz, Vom Kriege, a.a.O., S. 150
- 21 Personal – Geld – Sachmittel: Wieviel Soldaten, Finanzen und Gerät benötigt z.B. die Operation Afghanistan?
- 22 Im II. Weltkrieg hießen operative Planungen „Unternehmen“ (z.B. Unternehmen Barbarossa; Unternehmen „Tannenbaum“ betraf die Schweiz). Die operative Umsetzung war dann der Feldzug. – anschaulich für Kommunen: Horst Baier, Operative Planung in Kommunen, Lohmar, Köln 2002
- 23 Intern heißt das dann: „Wir müssen das Thema besetzen, bevor es die anderen tun.“
- 24 Clausewitz, Vom Kriege, a.a.O., S. 84: „Es ist also nach unserer Einteilung die Taktik die Lehre vom Gebrauch der Streitkräfte im Gefecht, die Strategie die Lehre vom Gebrauch der Gefechte zum Zwecke des Krieges.“ Oberster Zweck des Krieges ist – wie gesagt – der Friede (S. 104).
- 25 Registergestützte Volkszählung, zu Zensus 2011 und 2022 www.zensus2011.de letzter Abruf 03.02.2023
- 26 Bild, 01.06.2013
- 27 <https://www.arbeitsagentur.de/news/arbeitsmarkt> - letzter Abruf 03.02.2023 (ähnliche Zahlen April 2020)
- 28 Handelsblatt, 13.07.2020 (Gastkommentar)
- 29 Hans-Werner Sinn, Die Basis-Ökonomie, Deutschland Exportweltmeister oder Schlusslicht? Berlin 2005, S. 16
- 30 Huber war Vorsitzender der IG Metall, mit über 2,2 Millionen Mitgliedern die weltweit größte Gewerkschaft. Huber genießt über die Gewerkschaften hinaus hohes Ansehen.
- 31 Berthold Huber, Kurswechsel für ein gutes Leben, Wege zu einer solidarischen Gesellschaft, Frankfurt 2013
- 32 Handelsblatt, 07.01.2016, S. 48, „Ausbildung als Pflicht, Hans Eichel, Roland Berger und Ludwig G. Braun legen Ideen zur Flüchtlingsintegration vor“
- 33 Schweden führt die Wehrpflicht wieder ein – und keiner drückt sich: <https://www.welt.de/politik/ausland/plus200913388/Schwedens-softe-neue-Wehrpflicht-ein-Modell-fuer-Deutschland.html> - letzter Abruf 03.02.2023
- 34 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/wiedereinfuehrung-der-wehrpflicht-in-schweden-16929652.html> - letzter Abruf 03.02.2023
- 35 Helmut Schmidt, Ein letzter Besuch, Begegnungen mit der Weltmacht China,

- Gespräch mit Lee Kuan Yew, München 2013, S. 126 f, zu Menschenrechten: 139 ff; vgl. auch Hans Maier, Menschenrechte, Kevelaer 2015
- 36 Jürgen Trittin (Grüne), Handelsblatt, 09.09.2021 (Gastkommentar)
- 37 Die Schutzpflicht nach innen und außen ist uralte. Schon im Schwabenspiegel (1275/76) heißt es: „Wir sollen den Herren dienen, damit sie uns beschirmen. Und beschirmen sie uns nicht, sind wir ihnen keinen Dienst schuldig nach dem Recht.“
- 38 <https://www.bundeswehr.de/de/organisation/cyber-und-informationsraum/auftrag> letzter Abruf 03.02.2023
- 39 Herunterladen als PDF-Datei (46 Seiten) unter: <https://www.bundeswehr.de-resource/blob/89756/6b2dcb8af248db01ea3e338d8a54e8bb/cybersicherheitsstrategie-data.pdf> - letzter Abruf 03.02.2023
- 40 Stärke: Aktive Soldaten: 13.439 (Juli 2020); davon Frauen: 1.305
- 41 WirtschaftsWoche, 15.11.2019: „Bedingt abwehrbereit 4.0“
- 42 WirtschaftsWoche, 15.11.2019
- 43 Handelsblatt, 05.08.2019, „Warum Israel so wichtig für das autonome Fahren ist“
- 44 Handelsblatt 11.06.2011
- 45 Handelsblatt, 05.08.2019
- 46 Gerhard Pfreunds Schuh, Das Militär – Erlebnisbericht, Heidelberg 2014, S. 132 ff „Reservist in der HSchTr – 1966 – 1977“
- 47 https://de.wikipedia.org/wiki/Flugabwehrkanonenpanzer_Gepard#Ukraine – letzter Abruf 03.02.2023
- 48 <https://www.welt.de/politik/ausland/plus200913388/Schwedens-softe-neue-Wehrpflicht-ein-Modell-fuer-Deutschland.html> - letzter Abruf 03.02.2023
- 49 Academia, Zeitschrift des CV, 5/2022, S. 30
- 50 Von 1980 -1997 war ich Mitglied des Sozialausschusses des baden-württembergischen Landkreistags.
- 51 Das folgt geradezu zwangsläufig aus objektiven Stellenbeschreibungen und Stellenbewertungen.
- 52 Peter Glotz, Eine Kultur des Wandels schaffen, Speyerer Vorträge, Heft 29, Speyer 1994, S. 16
- 53 Denkschrift der Kommission ‚Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft‘ beim Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen“, Neuwied 1995, S. 49 ff
- 54 Von der Bundesagentur für Arbeit (BfA) zur Dualen Umschulungsagentur (DUA) - - <https://der-buergerstaat.de/downloads/bausteine-des-buergerstaats/bausteine-des-buergerstaats-kapitel-4.pdf>
- 55 Denkschrift der Kommission ‚Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft‘, a.a.O., S.48

Kapitel V

Geschichtswissenschaftliche Themen

»Gegen Demokraten helfen nur Soldaten«¹

Das Militär während der Revolution 1848/49

Michael P. Vollert

Einführung

In nahezu allen west- und mitteleuropäischen Staaten kam es in den Jahren 1848/49 zu Revolutionen, die die bisherige politische und gesellschaftliche Ordnung nachhaltig verändern sollten. Diese Revolutionen gehören zu den bedeutsamsten historischen Ereignissen des 19. Jahrhunderts, nicht nur in der deutschen, sondern auch der europäischen Geschichte. Sie waren ein Meilenstein auf dem Weg zur Demokratie sowie zur Entstehung eines deutschen Nationalstaates.

Zu den wichtigsten Akteuren gehörten die Armeen der deutschen Staaten, besonders die des Königreiches Preußen.² Hauptaufgabe des Militärs war es, die zeitweilig bedrohte Macht der Souveräne zu erhalten oder wiederherzustellen. Die regionalen Schwerpunkte dieser Auseinandersetzungen lagen in Berlin und Südwestdeutschland. Verlauf und Ergebnis nicht nur der deutschen Revolution wurden entscheidend durch die Einsätze der Armeen bestimmt. Für das militärische Vorgehen gegen Mitgliedsstaaten des Deutschen Bundes war bis 1866 die *Bundesexekution* Rechtsgrundlage, die am 12. Juli 1848 der provisorischen Zentralgewalt in Frankfurt übertragen wurde.³

Während der Revolution folgten nicht alle Soldaten den Befehlen ihrer Fürsten und militärischen Vorgesetzten, sondern unterstützten vielfach auch die Revolutionäre. In einigen Fällen traten ganze Einheiten geschlossen zu den Aufständischen über. Auch darauf ist einzugehen, weil diese Ereignisse die traditionelle Rolle der Armeen zumindest vorübergehend veränderten.

Im Folgenden sollen die wichtigsten Ereignisse in den Blick genommen werden, bei denen das Militär 1848/49 in Deutschland eine maßgebliche Rolle spielte. Ursachen, Anlässe, Verlauf und Folgen der Revolution wurden bereits von anderen Autoren umfassend dargestellt.

Das Militär in Deutschland vor 1848

Seit der Zeit Friedrichs des Großen (1712 bis 1786) war das Königreich Preußen im Urteil der Zeitgenossen der Militärstaat Europas. Nicht nur bei Konflikten mit anderen Staaten war die Armee das wichtigste Instrument der Politik, sondern auch zur Durchsetzung von Ruhe und Ordnung (oder was die Herrschenden darunter verstanden) im Innern. Dies entsprach dem Allmachtsanspruch der Fürsten, der ihnen durch »Gottes Gnade« verliehen worden war und bis 1918 galt.

Nach den preußischen Heeresreformen 1807 bis 1814 wurde das Personal für die Armee nicht mehr wie zuvor aus zum Teil landesfremden Söldnern, sondern aus wehrpflichtigen Bürgern gewonnen, die nach einer Dienstzeit von zwei bis drei Jahren anschließend weitere drei Jahre zur Reserve sowie noch weitere sieben Jahre zur Landwehr gehörten.⁴ Mit dem stets begrenzten Budget war es in Preußen weder möglich, alle Wehrpflichtigen einzuberufen noch den angestrebten Umfang der Armee von 1,5 Prozent der Bevölkerung zu erreichen. Auch die erforderliche Ausrüstung und Weiterbildung der Landwehr unterblieb regelmäßig aus Kostengründen. Nach Auffassung der politischen Klasse entsprach die Landwehr wegen ihrer Nähe zum Volk auch nicht dem Ideal eines präsenten Königsheeres.⁵ Ein Herzog von Mecklenburg erhob sogar den Vorwurf, die Landwehr sei für eine Revolution gegen Staat und Königtum bewaffnet worden.⁶

Vor 1848 wurden nicht nur in Preußen, sondern auch in den anderen Staaten Soldaten bei Aufruhr gegen die Obrigkeit oder bei ähnlichen Anlässen eingesetzt, was dem absolutistischen Herrschaftsanspruch der Landesherren entsprach. Die schwachen Polizeikräfte, die den gesetzlichen Auftrag hatten, »renitentes Staatsbürgertum in seine Schranken zu verweisen«,⁷ reichten dafür nicht aus. Dabei war stets der örtliche Militärbefehlshaber zu informieren.

Zur Ergänzung der zumeist überforderten Polizei wurden in zahlreichen deutschen Städten *Bürgerwehren* aufgestellt, die aufgrund ihrer schlechten Ausbildung, Ausrüstung und Führung meistens versagten, wenn sie eingesetzt wurden. In der Revolutionszeit wurden zahlreiche Bürgerwehren neu aufgestellt oder aus Vorläuferorganisationen gebildet. Ihr Auftrag war es, anstelle oder zusätzlich zur Polizei für Ruhe und Ordnung zu sorgen, besonders aber das Eigentum der Besitzenden vor dem »Pöbel« zu schützen. Auch sollten sie den Kern eines künftigen Volksheeres als Miliz nach Schweizer Vorbild anstelle der ungeliebten Armee bilden – ein Gegenmodell zum Heer der Fürsten. Die Bür-

gerwehren erhielten in der Regel keinen Sold, sie waren unzuverlässig und für einen militärischen Einsatz kaum vorbereitet. So wurde in einer norddeutschen Kleinstadt ein Schuldirektor zum Oberst der Bürgerwehr ernannt. Gegen die Formierung der Bürgerwehren wehrte sich vor allem die reguläre Militärführung, die um ihr Machtmonopol fürchtete.⁸

Von den zahlreichen Ereignissen in der Zeit vor 1848, bei denen das Militär zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung eingesetzt wurde, sollen die folgenden beispielhaft genannt werden:

- 1832 beim Hambacher Fest in der damals bayerischen Pfalz, eigentlich ein Volksfest, bei dem aber auch politische Forderungen wie „Preßfreiheit“ und die nationale Einheit gefordert wurden, ließ die Regierung ein Sicherungskorps sowie bei der Gedenkveranstaltung im folgenden Jahr erneut Militär einmarschieren. Die Soldaten waren mit diesem weit überzogenen Einsatz hoffnungslos überfordert.
- Aus einem regionalen Arbeitskampf 1844 in Schlesien, dem so genannten Weberaufstand als Folge der Industrialisierung, entwickelte sich eine Hungerrevolte, die vom preußischen Militär mit brutaler Waffengewalt niedergeschlagen wurde. Elf Tote und 28 Verletzte waren zu beklagen.
- Bei Karnevals- und Kirmesveranstaltungen in Köln wurden 1846, nach einigen harmlosen Ausschreitungen Soldaten der Festung eingesetzt, um Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Auch hier gab es durch Überreaktionen des Militärs Tote und Verletzte.
- Teuerung und Missernten führten 1846 in Mainz zu mehreren Hungerrevolten, die von preußischen und österreichischen Truppen der dortigen Bundesfestung niedergeschlagen wurden.
- Die sogenannte Kartoffelrevolution 1847 in Berlin war ebenfalls eine Hungerrevolte, zunächst ohne politische Motive. Unruhen auf den Berliner Wochenmärkten sollten von Soldaten der Berliner Garnison »mit der blanken Waffe« bekämpft werden. Als dies nicht gelang, wurde das gesamte Militär der Stadt, der größten Garnison des Landes, auf Veranlassung des Prinzen Wilhelm⁹ eingesetzt. Die Märkte wurden anschließend von Soldaten bewacht, um erneute Ausschreitungen zu verhindern. Berliner Zeitungen berichteten später, dass »Gassenbuben« und »liederliche Weiber« die Teuerung zum Vorwand für die Tumulte genommen hätten.¹⁰

Aus den hier beispielhaft geschilderten Ereignissen wird deutlich, dass es bereits vor 1848/49 vielfältige politische, soziale und wirtschaftliche Konflikte gab, die die Behörden nur mit Hilfe des Militärs, und dies auch nicht immer erfolgreich, bekämpften.

Das Militär während der Revolution 1848/49

Baden¹¹

Bereits vor dem Beginn der Revolution forderten am 19. September 1847 in Offenburg südwestdeutsche Demokraten eine volkstümliche Wehrverfassung, ein »Volk in Waffen« sowie die Abschaffung der stehenden Heere.¹² Ausgelöst durch die Ereignisse im benachbarten Frankreich begann die deutsche Revolution

Bereits vor 1848/49 gab es vielfältige politische, soziale und wirtschaftliche Konflikte, die die Behörden nur mit Hilfe des Militärs, und dies auch nicht immer erfolgreich, bekämpften

am 26. Februar 1848 mit einer Kundgebung in Mannheim im vergleichsweise liberalen Großherzogtum Baden. Sie endete mit der Kapitulation der Revolutionäre in der Festung Rastatt am 23. Juli 1849. Bei den im Südwesten verbreiteten Agrarunruhen hatte das badische Militär vor 1848 noch ohne Widerstand der Bevölkerung

die Erstürmung und das Abbrennen von Rathäusern und Schlössern zu meist verhindern können sowie Versammlungen kontrolliert, wenn revolutionäre Aktivitäten zu befürchten waren.

Anfang März 1848 mobilisierte der Deutsche Bund in Frankfurt Truppen der süd- und südwestdeutschen Staaten, um das Übergreifen der Revolution von Frankreich auf Deutschland zu verhindern. Der badische Revolutionär Friedrich Hecker rief am 12. April in Konstanz die Republik aus und stellte Freischaren auf, die bei Kandern und Freiburg jedoch von den Bundestruppen geschlagen und entwaffnet wurden. (Erster badischer Aufstand). Nachdem sich zahlreiche bayerische Soldaten mit den Revolutionären solidarisiert hatten oder desertiert waren, zog die Regierung in München ihre Truppen aus dem Bundeskontingent zurück.

Im Juni 1848 bildete das Frankfurter Vorparlament eine provisorische Zentralgewalt mit dem preußischen Generalmajor Eduard von Peucker als Kriegsminister, dem jetzt die in Südwestdeutschland eingesetzten Bundestruppen unterstanden. Die Soldaten sollten eine schwarz-rot-goldene Armbinde tragen.

Ende September 1848 erlitt der badische Revolutionär Gustav von Struve mit seinen Freischaren eine weitere Niederlage durch Truppen des Bundes und des Großherzogtums Baden (Zweiter badischer Aufstand). Ein Reichskorps wurde nach Heidelberg und Mannheim verlegt, um weitere Erhebungen in Baden

und in der preußischen Rheinprovinz zu verhindern. Dort war es zu Widerstandsaktionen gegen Steuererhebungen und andere staatliche Maßnahmen gekommen. Damit endete der Zweite badische Aufstand.

In keinem andern Teil Deutschlands gab es in den folgenden siebzehn Monaten so viele und intensive militärische Auseinandersetzungen. Reguläres badisches Militär, Aufständische, Verbände benachbarter Bundesstaaten wie Württemberg und Hessen, preußische Soldaten und Bundestruppen kämpften in den drei badischen Aufständen nahezu ununterbrochen mit wechselndem Erfolg sowie unter sehr unterschiedlichen militärischen, rechtlichen und politischen Bedingungen für die daran beteiligten Soldaten, Bürgerwehren und Revolutionäre.

Ab 1849 lehnten sich immer mehr Mannschaften und Unteroffiziere gegen ihre Vorgesetzten auf. In der Bundesfestung Rastatt meuterten Soldaten und solidarisierten sich mit der revolutionären Bürgerwehr. In Freiburg verbrüdernten sich badische Truppen ebenfalls mit der dortigen Bürgerwehr. Im Mai kam es in den Garnisonen Bruchsal, Karlsruhe und Mannheim zu weiteren Unruhen. Viele Soldaten forderten die »Wegschaffung der Fürsten«. Sie weigerten sich, gegen die Freischärler zu kämpfen oder liefen zu den Aufständischen über. Obwohl der badische Kriegsminister die Forderungen der Soldaten weitgehend erfüllt hatte, kehrte keine Ruhe ein. Dies war der Beginn des badischen Soldatenaufstandes. Gefordert wurde, nicht mehr gegen das eigene Volk kämpfen zu müssen, die Befehle der Offiziere zu überprüfen, die Verteidigung auf die Reichsverfassung sowie die Befreiung der inhaftierten Kameraden. Das 4. Infanterie-Regiment und andere Verbände wählten sich neue Offiziere. In Karlsruhe bemächtigten sich aufständische Soldaten der Geschütze, die zum Schutz des Großherzoglichen Schlosses in Stellung gebracht worden waren.

Als der Kommandant der Festung Rastatt am 11. Mai 1849 mit einer Schwadron Dragoner dort eintraf, um eine Gefangenenerbefreiung zu verhindern, wurden diese mit Steinen beworfen und mussten sich daraufhin zurückziehen. Am nächsten Tag kam der badische Kriegsminister mit jetzt drei Schwadronen in die Festung. Dort empfingen ihn die Soldaten mit Freiheitsliedern, bedrohten ihn und seine Offiziere, verlangten Recht und Freiheit, die Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit sowie die Verjagung der Fürsten.

In Karlsruhe ließ der Kriegsminister die dortigen Soldaten auf die Reichsverfassung vereidigen und entließ alle Gefangenen aus dem Arrest. Auf die Nach-

richt von der Meuterei in Rastatt traten zwei Kompanien des 6. Infanterie-Regiments zu den Rebellen über. Ähnliches ereignete sich in Speyer, Zweibrücken und Landau.

Die großherzogliche Familie verließ die Residenzstadt und stellte sich in Koblenz unter den Schutz Preußens. Anstelle der nicht mehr existierenden bildete sich am 10. Juni in Baden eine provisorische Revolutionsregierung, die ihre Hauptaufgabe darin sah, gegen die preußischen und Reichstruppen Widerstand zu organisieren. Dazu wurde aus 20.000 Soldaten und 25.000 Mann Bürgerwehr eine Armee aufgestellt, die jedoch am 21. Juni bei Waghäusel aufgrund ihrer völlig unzureichenden Ausrüstung und Ausbildung geschlagen wurde. Friedrich Engels, der Weggefährte des Sozialrevolutionärs Karl Marx, schloss sich trotz fehlender militärischer Vorbildung im Mai 1849 als Adjutant einem badischen Freikorps unter der Führung von August Willich an, das am 17. Juni in einem Gefecht bei Rinntal den preußischen Truppen unterlag. Fehlender Sold und Bekleidung sowie nur völlig unzureichende Verpflegung erklärten auch die Niederlagen. Die badische Armee löste sich im Juli 1849 trotz des Amnestie-Angebotes des Großherzogs für die Meuterer auf.

In den folgenden Wochen forderten die Soldaten auch in mehreren anderen badischen Garnisonen höheren Sold, bessere Verpflegung, die Anrede mit »Sie«, einen dienstfreien Sonntagnachmittag und mildere Disziplinarstrafen ohne das bisher übliche Krummschließen während des Arrests.¹³

Die Aufstellung einer Volkswehr durch die provisorische badische Regierung und der Aufruhr unter den Soldaten wurden von den übrigen deutschen Staaten als Bedrohung wahrgenommen. Nachdem die badische Volkswehr hessische Truppen bei Heppenheim besiegen konnte, mobilisierte die seit dem 18. Mai tagende Nationalversammlung württembergisches, kurhessisches und nasauisches Militär, um die Regierungsorgane in Frankfurt zu schützen und um das weitere Vordringen der Aufständischen zu verhindern. Preußen beteiligte sich daran zunächst nicht, vermutlich, weil es die Autorität der provisorischen Regierung nicht anerkennen wollte. Erst als die badische Exilregierung ebenfalls Truppen anforderte, marschierten zwei preußische und ein bayerisches Armeekorps in die Pfalz ein, um die von Aufständischen besetzten Festungen Landau und Germersheim zu befreien. Politisches Ziel der Revolutionäre war es, die Pfalz von Bayern zu trennen. Die dort eingesetzten bayerischen Soldaten sympathisierten jedoch vielfach mit den Revolutionären. Am 2. Mai 1849 liefen fast alle bayerischen Soldaten zu den Aufständischen über, und aus den Deserteuren wurden Volkswehren gebildet.

Der Einmarsch der preußischen Armee in die Pfalz erfolgte ohne Anforderung durch das Königreich Bayern, auch um das Übergreifen der Revolution auf die preußischen Rheinlande zu verhindern. Am 30. Mai wurden die Aufständischen bei Philippsburg geschlagen, flohen in die Schweiz oder zogen sich in die Festung Rastatt zurück. Am 23. Juli ergaben sich die dort eingeschlossenen Revolutionäre den preußischen Belagerern »auf Gnade und Ungnade«.

Mit der Kapitulation der Festung Rastatt endete der Dritte badische Aufstand. Die Armee des Großherzogtums wurde jetzt endgültig aufgelöst und nach preußischem Vorbild neu aufgestellt. Mit dem Einverständnis der großherzoglichen Regierung errichtete die preußische Armee Standgerichte, die gleichermaßen Zivilisten und Soldaten verurteilten. Von 31 Todesurteilen wurden 27 vollstreckt, 62 Angeklagte erhielten lange Zuchthausstrafen. Bestraft wurden Soldaten aller Dienstgrade, weil sie angeblich den Aufstand des badischen Militärs ausgelöst oder unterstützt hätten. Da es sich um badische Staatsbürger handelte und die angeblichen Straftaten auf badischem Gebiet verübt worden waren, hatte die preußische Armee für diese Gerichtsverfahren keine Zuständigkeit, berief sich dabei jedoch auf das Kriegsrecht.

Während des Dritten badischen Aufstandes (ab Mai 1849) kam es noch zu einer außenpolitischen Verwicklung. Nachdem die geschlagene badische Armee mit 9.000 Soldaten und der Kriegskasse in die Schweiz geflohen war, marschierten hessische Truppen als Bundesexekution in Richtung auf Büsingen, eine badische Exklave auf dem Gebiet des Schweizer Kantons Schaffhausen, um gegen die dort exilierten badischen Soldaten vorzugehen. Da dieser Vormarsch über Schweizer Gebiet führte, protestierte die Regierung in Bern und mobilisierte an ihrer Grenze eigene Truppen. Das preußische Militär respektierte aber das Schweizer Hoheitsgebiet, obwohl man zunächst gegen die Lösung des Kantons Neuenburg von Preußen gegen die Schweiz einschreiten wollte.¹⁴

Der Feldzug der preußischen und bayerischen Truppen sollte der pfälzischen und badischen Bevölkerung »Freiheit und Recht« zurückbringen, ein kaum glaubwürdiges Ziel der Operation, die von dem preußischen Prinzen Wilhelm¹⁵ geleitet wurde, der wegen seines rücksichtslosen Vorgehens den Namen »Kartätschenprinz« erhalten hatte.

Westfalen

Noch bevor die revolutionären Ereignisse in Köln, Berlin und im Südwesten ihren Höhepunkt erreichten, griffen preußische Truppen in zahlreichen deutschen Regionen bereits bei nichtigen Anlässen zum Schutz einzelner Rathäuser und Gutshöfe mit Waffengewalt ein. So forderte die Stadt Dülmen fünfzig Husaren wegen »tumultuarischer Auftritte«, der Landrat von Brilon »ein Commando von fünfzig Ulanen«, weil das »Eigentum auf das Höchste gefährdet sei«. Nur mit »militairischer Hülfe sei die gesetzliche Ordnung in wenigen Tagen wieder herzustellen«. Und: »Sträflische Excesse in Laasphe, Truppen befestigen Ordnung«.

Ähnliche Ereignisse wie die hier exemplarisch geschilderten in Westfalen im Bereich des VII. Armeekorps (Münster)¹⁶ gab es in fast allen Teilen West- und Südwestdeutschlands. Nicht immer war das Militär in der Lage, alle Anforderungen der zivilen Behörden zu erfüllen. Das Generalkommando des VII. Armeekorps musste regelmäßig Einheiten in andere Landesteile verlegen, wenn dort neue Unruhen ausgebrochen waren. In vielen Fällen wurden die Anforderungen wegen des Mangels an zuverlässigen Soldaten abgelehnt. Informationen über die aktuelle Lage und die geforderte Verlegung von Truppen wurden durch die 1848/49 noch wenig entwickelten Nachrichten- und Verkehrsverbindungen erschwert.¹⁷

Köln

Zehn Tage vor den dramatischen und blutigen Ereignissen im März 1848 in Berlin erreichte die Revolution Köln. Etwa 5.000 Arbeiter und Tagelöhner versammelten sich am 3. März vor dem Rathaus und übergaben sechs Forderungen, darunter die nach Abschaffung der stehenden Heere. Soldaten der Garnison trieben die Menge auseinander und verhafteten die Redner, die vor dem Rathaus zu den Protesten aufgerufen hatten. Ein Major drang in das Rathaus ein, löste die Sitzung der Stadtverordneten auf und ließ das Gebäude ohne rechtliche Grundlage räumen. In den nächsten Tagen breitete sich die revolutionäre Stimmung über das gesamte Stadtgebiet aus. Die Truppen wurden zunächst in den Kölner Festungsanlagen zurückgehalten, weil einige Offiziere mit der Revolution sympathisierten und sich eine Reform der Armee erhofften. Diese Offiziere wurden im Sommer 1848 nach einem Ehrengerichtsverfahren aus der Armee entlassen.

Es gab weitere Zweifel an der Zuverlässigkeit der Armee. Der stellvertretende Festungskommandant forderte die Verlegung eines vornehmlich aus Kölner Soldaten bestehenden Bataillons aus der Stadt und dessen Austausch gegen ein in Altpreußen stationiertes, nachdem auch dem preußischen Kriegsminister geraten worden war, vom »Gebrauch rheinischer Soldaten gegen aufrührerische Bürger« abzusehen.¹⁸

Im September 1848 kam es in der Stadt aus nichtigem Anlass erneut zu Zusammenstößen zwischen Bürgern und etwa hundert Soldaten, bei denen es einige Verletzte gab. Nach dem Bau von Barrikaden sowie einer Kundgebung mit vielen tausend Teilnehmern im nahen Worringen verhängte der Festungskommandant trotz der Proteste des Stadtrates den Belagerungszustand. Die erst im März gegründete Bürgerwehr wurde aufgelöst und musste ihre Waffen abgeben. Bei Widerstand wurden Verfahren vor einem Kriegsgericht angedroht. Damit war das Militär wieder die Ordnungsmacht, der Festungskommandant erhielt eine Dankadresse der Bürger, weil er Ruhe und Ordnung wieder hergestellt hatte.

Die geschilderten Vorgänge im März und September in Köln waren aus mehreren Gründen bezeichnend für den Verlauf der Revolution im Westen. Das Militär setzte sich mit unverhältnismäßiger Gewalt und unter Missachtung geltenden Rechts (zum Beispiel der Rechte der selbstverwalteten Kommunen) durch. Weil die Bürgerschaft durch den Aufruhr ihr Eigentum bedroht sah, begrüßte sie zumeist das Eingreifen der Armee zum Schutz vor dem »Pöbel«.

Der Oberpräsident der Rheinprovinz ließ im September die meisten Bürgerwehren auflösen, obwohl diese inzwischen einen Eid auf den preußischen König geleistet hatten. So wurde das Militär, abgesehen von einzelnen Vorfällen, auf die noch einzugehen sein wird, wieder das *Machtinstrument* des Staates.

Erhebungen des Militärs während der Revolution im Rheinland und in Westfalen blieben Einzelfälle, es gab keine landesweiten Meutereien oder Ähnliches wie in Baden oder in der Pfalz.¹⁹

Berlin²⁰

Zehn Tage nach den Kölner Ereignissen vom 3. März 1848 erreichte die Revolution Berlin. Mit über 400.000 Einwohnern und 15.000 dort stationierten Soldaten war die Haupt- und Residenzstadt Preußens, abgesehen von Köln,

größer als alle anderen Städte des Königreiches. Die Revolution erreichte hier eine weit größere Dimension als in den anderen Landesteilen, und die Reaktionen des Königs Wilhelm IV., der Behörden und vor allem des Militärs hatten eine weit über Berlin hinausreichende Bedeutung.

Da es in der Stadt nur vierzig Polizei-Sergeanten und 120 Gendarmen gab, forderte der Polizeipräsident dringend Unterstützung durch Soldaten, als die Unruhen Anfang März eskalierten. Die preußische Armee war jetzt in Berlin wichtigster Akteur beim Kampf gegen die Revolutionäre und das wichtigste Instrument der herrschenden Klasse zur Unterdrückung des Aufstandes.

Seit dem 14. März kämpften Soldaten nahezu ununterbrochen gegen aufständische Berliner Bürger. An diesem Tag trieben Kavalleristen eine friedliche Gruppe in der Straße Unter den Linden auseinander. Am Tag darauf griff eine Schwadron Gardekürassiere an anderer Stelle Zivilisten an. Vor dem Berliner Schloss schoss Infanterie in die Menschenmenge. Zwei Tage später sprengte

erneut Kavallerie Demonstranten auf dem Schlossplatz auseinander. Wut und Empörung richteten sich jetzt gegen das Militär, dem die Schuld an dem Blutvergießen zugeschrieben wurde. Wenn Bürger die Soldaten verhöhnten, was mehrfach geschah, fühlten sich die Offiziere in ihrer Ehre verletzt



Barrikadenkämpfe in Berlin, März 1848

General Ernst von Pffel, der Militärgouverneur der Stadt, hob seinen zunächst gegebenen Schießbefehl auf, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Auf den dringenden

Rat aus seiner Umgebung löste der König Pffel ab und ersetzte ihn durch General Karl von Prittwitz. Am 18. März fielen auf dem Schlossplatz, vermutlich unbeabsichtigt, erneut einige Schüsse. Daraus entwickelten sich bürgerkriegsähnliche Unruhen und Barrikadenkämpfe im gesamten Stadtgebiet mit über 303 registrierten Toten. Vermutlich waren es erheblich mehr.

In der folgenden Nacht verfasste der König seinen berühmten Aufruf »An meine lieben Berliner«, in dem er eine bewaffnete Bürgerwehr, politische Zugeständnisse und den Rückzug des Militärs aus der Stadt versprach, wenn die von den Aufständischen errichteten Barrikaden geräumt würden. Nach Ehrung »der Märzgefallenen« am 19. März auf dem Schlossplatz ritt der König mit

einigen seiner Minister und den königlichen Prinzen durch die Stadt. Friedrich Wilhelm und seine Begleiter hatten dabei schwarz-rot-goldene Armbinden, das Symbol der Revolution, angelegt.

Der sogenannten »Kamarilla«, eine einflussreiche Gruppe hochkonservativer Militärs und Politiker, gelang es immer wieder, den zaudernden König zu einem härteren Vorgehen der Armee gegen die Aufständischen zu überreden. Zu dieser Kamarilla gehörte auch Prinz Wilhelm, der spätere König und Kaiser. Er war im Volk so verhasst, dass man um seine Sicherheit fürchtete und er vorübergehend nach England fliehen musste.

Den Aufruf des Königs an seine lieben Berliner, den in Aussicht gestellten Rückzug der Armee aus der Stadt sowie die Zusage, Recht und Ordnung künftig durch eine Bürgerwehr zu sichern, besonders die Ehrung der Märzgefallenen empfanden die Offiziere als schwere Demütigung. Dennoch widersetzten sie sich nicht dem befohlenen Rückzug, weil die Truppe nach mehreren Tagen des Kampfes im Stadtgebiet übermüdet und desorientiert war. Mit ihren aus ländlichen Regionen stammenden Mannschaften, mit dem Kampf in der Stadt völlig überfordert, war der Einsatz im März in Berlin kein glänzender Sieg des preußischen Heeres. Es hatte beim Sturm auf die Barrikaden trotz Verstärkung der Berliner Garnison durch Truppen aus der Provinz unerwartet hohe Verluste erlitten. In einigen Bataillonen gab es Disziplinprobleme. Zu einer Meuterei oder anderen Widersetzlichkeiten wie 1849 in Baden ist es jedoch nicht gekommen. Nur wenn es gelänge, die Truppe wieder zu sammeln, so die Überzeugung der militärischen Führer, könnten Ehre und Sicherheit der Armee erhalten und wiederhergestellt werden.

Das Versagen der Armee im März 1848 in Berlin wirkte noch lange nach. Die Revolution hatte den stärksten Militärstaat des Deutschen Bundes in seinem Selbstverständnis tief getroffen, da die Offiziere vielfach preußischer und monarchistischer als der König selbst waren.

Auch die unklaren Befehlsverhältnisse haben im März in Berlin einen schnellen militärischen Erfolg verhindert. Der König machte von seiner uneingeschränkten Kommandogewalt über die Armee keinen Gebrauch. Den Einsatz der Truppen bestimmten vor allem die »Kamarilla« und Prinz Wilhelm. Sie setzten den Gebrauch von Schusswaffen wieder durch, den General von Pfüel verboten hatte.

Die größte Demütigung der Armee war die Übertragung der Zuständigkeit für Ruhe und Ordnung an die damit überforderte Bürgerwehr. Als diese beim erneuten Aufflammen der Revolution am 14. Juli 1848 das Berliner Zeughaus verteidigen sollte, versagte sie, was von der Armee mit Genugtuung registriert wurde. Selbst bei den Aufständischen setzte sich die Erkenntnis durch, dass weder die Polizei noch die Bürgerwehr Ruhe und Ordnung garantieren könnten. Nach den erlittenen Demütigungen im März war dies auch ein Triumph des Militärs. Und im November kehrte die Truppe mit 15.000 Mann wieder nach Berlin zurück, stärker als je zuvor. »Der Kampf des göttlichen Rechts und der göttlichen Ordnung« hat begonnen, erklärte dazu der König.²¹

Das Versagen der Armee im März 1848 in Berlin wirkte noch lange nach. Die Revolution hatte den stärksten Militärstaat des Deutschen Bundes in seinem Selbstverständnis tief getroffen, da die Offiziere vielfach preußischer und monarchistischer als der König selbst waren. In den Memoiren führender Militärs nach der Revolution wurde später übereinstimmend festgestellt, dass sich eine derartige Demütigung der preußischen Armee nie wiederholen dürfe. Das am 29. März neu eingesetzte Ministerium (Regierung) plante eine behutsame Liberalisierung – auch des Militärs, stieß dabei aber auf den heftigen Widerstand der Konservativen.

Mit dem Garde-Korps und dem überwiegenden Teilen des III. Armeekorps waren auch später unverhältnismäßig viele Truppen in und um Berlin stationiert. Das 1849 aufgestellte Oberkommando in den Marken hatte die ausschließliche Aufgabe, Militäreinsätze bei künftigen revolutionären Ereignissen im Raum Berlin zu planen. Nach den Erfahrungen von 1848/49 wurde 1851 in Preußen das Gesetz über den Belagerungsstand erlassen, mit dem das Militär unverhältnismäßig große Vollmachten bei einer Krise im Innern erhielt und das bis 1918 im gesamten Deutschen Reich galt.

Frankfurt am Main

Mit dem am 26. August 1848 auf Druck der Großmächte in Malmö abgeschlossenen Waffenstillstand wurde der Konflikt mit Dänemark um Schleswig-Holstein und die Intervention der Bundestruppen in Jütland beendet. Die Nationalversammlung in Frankfurt hatte mit der Lösung dieses Konflikts das Königreich Preußen und sein Militär beauftragt. Der Waffenstillstand entsprach jedoch weder dem Willen der Mehrheit der Nationalversammlung noch dem der Bevölkerung und löste ab dem 18. September 1848 heftige Proteste

aus. Da zu befürchten war, dass Demonstranten die Paulskirche stürmten, rief die provisorische Zentralgewalt in höchster Not preußische und österreichische Soldaten aus der Bundesfestung Mainz herbei, um den Aufruhr niederzuschlagen, was schließlich nach heftigen Straßenkämpfen mit über achtzig Toten unter den Demonstranten gelang. Dabei wurden auch die Abgeordneten Felix von Lichnowsky und Hans von Auerwald, letzterer ein ehemaliger preußischer General, ermordet.²²

Der Kampf regulärer Truppen gegen die Demonstranten und die Verhängung des Belagerungszustandes in Frankfurt waren eigentlich eine Ironie der Geschichte. Bereits am 31. März 1848 hatte das Frankfurter Vorparlament die Aufhebung der stehenden Heere und ihr Aufgehen in Bürgerwehren gefordert.²³ Die Nationalversammlung, die eigentlich die absolute Herrschaft der Fürsten ablösen und die stehenden Heere durch Bürgerwehren ersetzen wollte, musste zu ihrem eigenen Schutz das verhasste Militär anfordern und den Belagerungszustand über die Stadt verhängen.

Im Rhein-Main-Gebiet kam es im Juli 1848 noch zu weiteren Aufständen. Nachdem die Wiesbadener Bürgerwehr vergeblich die Freilassung ihrer in der Festung Mainz inhaftierten Kameraden gefordert hatte, besetzten



Straßenkämpfe in Frankfurt/Main, August 1848

2.000 preußische und österreichische Soldaten der Mainzer Festungsbesatzung ohne Gegenwehr die Stadt. Dies war mehr als eine Machtdemonstration der Armee. Damit sollte vor allem die sich ausbreitende demokratische Opposition geschwächt und der Zusammenhalt der Truppe durch den geschlossenen Einsatz ganzer Einheiten gefestigt werden.²⁴

Düsseldorf²⁵

Zu den Städten im Westen des Königreiches Preußen, in denen sich die Revolution rasch ausbreiten konnte, gehörte neben Köln auch die Garnisonsstadt Düsseldorf. Am 22. November 1848 verhängte der Kommandeur der dort stationierten 4. Preußischen Division, Generalleutnant von Drigalski, wegen angeblicher Gesetzesverstöße einzelner Bürger den Belagerungszustand über die Stadt, obwohl dies erst seit 1851 durch ein preußisches Gesetz rechtmäßig gewesen wäre.²⁶ Nach Protesten aus der Bevölkerung gegen diese nach ihrer

Auffassung ungesetzliche Maßnahme ließ Drigalski demonstrativ drei Kompanien Infanterie im Stadtgebiet aufmarschieren, die Waffen der Bürgerwehr einsammeln und die Führer der Protestbewegung verhaften. Nach einer Anordnung des Königs von Preußen wurde die Bürgergarde am 25. November wie bereits zuvor in anderen Teilen der Rheinprovinz aufgelöst, der Belagerungszustand jedoch erst am 30. Januar 1849 aufgehoben. Damit war die Revolution in Düsseldorf jedoch noch nicht beendet. Am 10. Mai 1849 wurde der Belagerungszustand erneut verhängt, nachdem es zuvor bei der Besetzung des Rathauses und einigen Barrikadenkämpfen mehrere Tote gegeben hatte. Erst am 3. August wurde er endgültig aufgehoben.

Mit der Entwaffnung und Auflösung der Düsseldorfer Bürgergarde sowie der wiederholten Verhängung des Belagerungszustandes konnte das Militär in der eigentlich durch den Einfluss des nahen Frankreichs liberal geprägten Stadt seinen Allmachtsanspruch gegen den Widerstand der Bürger durchsetzen.

Wie vielfältig die Erscheinungsformen der Revolution im Rheinland, also nicht nur in Köln und Düsseldorf, sowie die Reaktionen des Militärs darauf waren, zeigen auch die folgenden Beispiele: Am 19. März 1848 demonstrierten arbeitslose Seidenweber in Krefeld, Militär wurde »geholt«. Am Tag darauf kam es zu Straßenkämpfen in Aachen. Im Moseltal versuchten preußische Truppen, die Abgeordneten des Frankfurter Vorparlaments Franz-Josef Coblentz und Eduard Kneisel zu verhaften, da sie die Steuerverweigerung der dortigen Einwohner unterstützt hatten.

Hamburg²⁷

Auch in der Freien und Hansestadt Hamburg war die altständische Verfassung unter dem Druck der Revolution modernisiert worden. Preußen wollte jedoch die in einigen Staaten des Deutschen Bundes entstandenen demokratischen Neuerungen nicht dulden – so auch nicht in Hamburg – und intervenierte mit seiner Armee.

Am 13. August 1849 erreichte ein Bataillon des preußischen Infanterie-Regiments 15 aus Minden das zu dieser Zeit dänische Altona und marschierte noch am selben Tage in die benachbarte Hansestadt Hamburg ein. Trotz einiger Besorgnis wegen der demokratischen Entwicklungen hatte der Senat kein preußisches Militär angefordert. Der dilettantische Versuch einiger Bürger, durch Schließung der Stadttore den Einmarsch aufzuhalten, scheiterte kläglich. Auf

seinen Alarmplätzen sammelte sich die Bürgergarde, das reguläre Militär der Stadt. In dem anschließenden nächtlichen Durcheinander fielen einige Schüsse, organisierten Widerstand gegen die Invasion gab es jedoch nicht. Auch hier blieben die Preußen dank besserer Führung, Bewaffung und Ausbildung der Hamburger Bürgergarde weit überlegen, die keinen Widerstand leisten wollte und konnte. Preußische Truppen besetzten kampfflos die Stadt und blieben dort »zur Strafe« mit 8.000 Soldaten.

Mit dem Einmarsch preußischer Truppen über Altona nach Hamburg wurde die Neutralität des Königsreiches Dänemark und die der ebenso souveränen Freien und Hansestadt Hamburg verletzt.

Sachsen²⁸

Nach einer Regierungskrise erreichte die Revolution im Mai 1849 wie schon im Vorjahr erneut das Königreich Sachsen. Die angespannte politische Lage schlug am 3. Mai in einen offenen Aufstand um, als Demonstranten versuchten, das Dresdner Zeughaus zu stürmen, um in den Besitz der dort gelagerten Waffen zu gelangen. Die Soldaten der Zeughauswache schossen auf die Angreifer, konnten das Eindringen der Revolutionäre jedoch nicht verhindern, die sich bewaffneten und Barrikaden errichteten.

Unter dem Eindruck dieser Entwicklung flohen die königliche Familie sowie einige Regierungsmitglieder auf die Festung Königstein. Und da absehbar war, dass die sächsische Armee die Revolution nicht erfolgreich würde bekämpfen könnte, bat der König um Hilfe durch preußisches Militär. Am 5. Mai trafen mit der Eisenbahn, hier erstmals für einen Truppentransport genutzt, preußische Soldaten in Dresden ein. Da die Aufständischen nach der Erstürmung des Zeughauses über ausreichend Waffen verfügten, konnte sächsisches und preußisches Militär die Revolutionäre erst nach blutigen Straßen- und Barrikadenkämpfen bezwingen. Vom Turm der Frauenkirche schossen Scharfschützen auch auf den königlichen Hofkapellmeister Richard Wagner, der anschließend als politisch Verfolgter in die Schweiz floh.



Straßenkämpfe in Dresden, Mai 1849

Nachdem in den nächsten Tagen weitere preußische Truppen in Dresden eingetroffen waren, konnte der Aufstand jetzt mit dem Einsatz von Artillerie niedergeschlagen werde. Am 9. Mai, also sechs Tage nach dem Sturm auf das Zeughaus, wurde der Kriegszustand verhängt, die preußischen Truppen jedoch erst im September wieder abgezogen, da es jetzt ausreichend sächsische Soldaten gab. In 870 Gerichtsverfahren wurden die Teilnehmer an dem Aufstand zum Tode oder zu langen Zuchthausstrafen verurteilt. Preußische Soldaten misshandelten ihre sächsischen Gefangenen, die Dresdner Frauenkirche diente zeitweilig als Gefängnis.

Nur mit der Unterstützung durch die preußische Armee konnten auch hier die politischen Verhältnisse wie vor der Revolution wiederhergestellt werden. Die sächsischen Soldaten leisteten jetzt wieder den Eid auf ihren König, nicht etwa auf die Reichsverfassung von 1848.

Stuttgart

Ein letztes Mal griff das Militär während der Revolution am 18. Juni 1849 in Stuttgart ein. Nachdem die preußischen und österreichischen Abgeordneten im April und Mai aus der Frankfurter Nationalversammlung abberufen wurden, war die Frankfurter Nationalversammlung nicht mehr arbeitsfähig. Die übrig gebliebenen etwa einhundert Abgeordneten begaben sich Anfang Mai nach Stuttgart und bildeten dort ein »Rumpfparlament«, das am 18. Juni von württembergischen Truppen aufgelöst wurde.

Soldaten auf Seiten der Revolutionäre

Nicht immer und nicht überall bekämpfte das Militär 1848/49 die Revolutionäre. Wie zuvor beschrieben kam es vor allem im Westen und Südwesten Deutschlands zu zahlreichen Gehorsamsverweigerungen, Meutereien und anderen Formen der Auflehnung. Einzelne Soldaten und geschlossene Einheiten liefen zu den Aufständischen über.

Bereits vor Ausbruch der Revolution kriselte es in den Armeen der süd- und südwestdeutschen Staaten. Württembergische Soldaten forderten schon 1847 höheren Sold, bessere Verpflegung und Unterbringung, eine andere Gestaltung des Dienstes mit mehr Felddienstübungen und weniger Exerzieren, dies waren eher dienstliche als politische Forderungen. Ähnliche Beschwerden erhoben bayerische und badische Soldaten. Der Ruf »vive la Republique«, das Tragen

schwarz-rot-goldener Armbinden oder das Singen der Marseillaise wie am 15. März 1848 in Trier blieben Ausnahmen.²⁹

Die regionalen Schwerpunkte dieser »Insurrektionen« lagen in den westlichen Provinzen Preußens, im Großherzogtums Baden und in der damals bayerischen Pfalz. Von den zahlreichen, gut dokumentierten Ereignissen sollen an dieser Stelle nur solche beispielhaft geschildert werden, die für die Rolle des Militärs in der Revolutionszeit bedeutsam waren.

Am 3. Mai 1849 erklärten 153 Landwehrmänner in Elberfeld, dass sie die im November des Vorjahres ernannte preußische Regierung unter dem Ministerpräsidenten Friedrich Wilhelm Graf von Brandenburg in Berlin als »volksfeindlich« betrachteten und daher ihre Einberufung zum Einsatz in Baden und in der Pfalz verweigern würden. Brandenburg hatte alle zivilen und militärischen Behörden angewiesen, jeden Versuch von Aufruhr mit militärischer Gewalt niederzuschlagen und das Standrecht zu verhängen. Die Elberfelder Landwehr-Soldaten riefen auch in den benachbarten Städten Düsseldorf, Essen und Neuss zum Widerstand gegen die »preußische Kamarilla« auf, obwohl andere Landwehrvereine vor dem damit zum Ausdruck gebrachten Ungehorsam gewarnt hatten.³⁰ Ein weiteres Mal protestierten am 15. November 1848 Kölner Bürger zusammen mit 1.300 Landwehrmännern gegen die nach ihrer Auffassung »ungesetzliche« Regierung Brandenburg.

Auf die Nachricht von dieser Weigerung solidarisierte sich die Solinger Landwehr mit der Elberfelder. Aus Sicht der Behörden war dies eine Meuterei. Bevor die Solinger sich dem Aufruhr in Elberfeld anschließen konnten, versuchten sie, sich zu bewaffnen und dazu das Zeughaus im benachbarten Gräfrath zu stürmen. Eine preußische Infanterie-Kompanie verhinderte dies jedoch, der Kompaniechef ließ aus den im Zeughaus gelagerten Gewehren die Schlagbolzen entfernen und machte sie so unbrauchbar.

Am 9. Mai trafen in Elberfeld Ulanen und Infanterie ein, die der Landrat Carl-Friedrich Melbeck angefordert hatte, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen und die aufrührerischen Landwehrmänner festnehmen zu lassen. Bei Eintreffen der Soldaten weiteten sich die Unruhen jedoch aus und Barrikaden wurden errichtet. Die Versuche des Militärs, diese ohne den Einsatz von Waffen zu beseitigen, scheiterten. Auch nachdem eine wütende Menge das Haus des Bürgermeisters demoliert und 93 Gefangene aus dem Gefängnis befreit hatte, schritten die Soldaten zunächst nicht ein. Gegen Abend kam es jedoch

zu einer Schießerei an einer der Barrikaden mit Toten und Verletzten. Bürgerliche Kreise machten anschließend »Proletariat« und »Herumtreiber« für die Ausschreitungen verantwortlich.³¹

Am 10. Mai, also unmittelbar nach den Ereignissen in Elberfeld, meuterte auch in Iserlohn und Hagen die dortige Landwehr, weil sie befürchtete, mit den preußischen Truppen gegen die Revolutionäre in Baden und in der Pfalz eingesetzt zu werden. Die Landwehrmänner forderten den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen in Münster auf, ihre Einberufung zurückzunehmen sowie die Teilnehmer an der Meuterei zu amnestieren. Beide Forderungen wurden jedoch abgelehnt. Zur Wiederherstellung der militärischen Ordnung sollte das Infanterie-Regiment 24 die Stadt zurückerobern, dabei gab es vier tote Soldaten, darunter einen Oberstleutnant des Regiments und über hundert tote Iserlohner Bürger und Landwehrmänner.³² Die Meuterei in Elberfeld und das Gefecht bei Iserlohn haben die Einberufung und den Einsatz der preußischen Truppen in der Pfalz und in Baden nicht verhindert: Am 25. Juni 1849 kämpfte die Iserlohner Landwehr bei Durlach gegen badische Revolutionäre. Dabei erlitt das II. Bataillon der Iserlohner hohe Verluste. Das weit überlegene preußische I. Armeekorps konnte jedoch auch hier die badischen Revolutionstruppen schlagen.³³

Die hier geschilderten Fälle von Meuterei – es gab noch weitere – ereigneten sich ausnahmslos in den westliche Landesteilen, nicht in den preußischen Kernlanden östlich der Elbe. Die Meuterer gehörten zumeist zur Landwehr. Damit waren sie weiterhin Teil der Armee und unterlagen dem Militärrecht wie die Soldaten der Linie. Dies erklärt das unnachgiebige Einschreiten der Behörden und den Einsatz von Linientruppen bei den Meutereien, die eigentlich bei der üblichen Disziplin in der straff geführten preußischen Armee unvorstellbar waren. In Baden erreichten die Widersetzlichkeiten und Meutereien eine wesentlich größere Dimension, was wie erwähnt, schließlich zur Auflösung der badischen Armee führte.³⁴

Schlussbetrachtung

Ursache und Anlass der Revolution 1848/49 waren die im Vormärz in Deutschland weit verbreiteten Forderungen nach nationaler Einheit, Demokratie und bürgerlichen Rechten, sowie vielfältige wirtschaftliche und soziale Probleme.

Ein deutscher Nationalstaat war jedoch mit der Souveränität der 39 Staaten des Deutschen Bundes³⁵, die Demokratie mit dem (teil-)absolutistischen Machtanspruch der Landesherren unvereinbar. Wenn das Volk die Herrschaft übernimmt, so die Begründung, bricht die gottgewollte Ordnung zusammen. Um die Forderungen ihrer Bürger zu unterdrücken, griffen die Fürsten und ihre Regierungen auf die Armee zurück, weil die viel zu schwachen Polizeikräfte dem Ausmaß der Revolution nicht gewachsen waren.

Nach dem Verständnis der politischen Klasse war das Militär die Ordnungsmacht der Fürsten, mit dem allein die aktuelle Legitimationskrise des politischen Systems gelöst werden könnte. Die Einsätze der Armeen während der Revolution entsprachen der Staatsräson des Vormärz, teilweise auch noch danach. In einigen Fällen schritt die Armee auch mit Zustimmung der Bürger ein, wenn diese ihr Eigentum gefährdet sahen.

Ursache und Anlass der Revolution 1848/49 waren die im Vormärz in Deutschland weit verbreiteten Forderungen nach nationaler Einheit, Demokratie und bürgerlichen Rechten, sowie vielfältige wirtschaftliche und soziale Probleme.

Der Einsatz des Militärs im Innern erfolgte dabei keineswegs in einem rechtsfreien Raum. Seit 1794 bestimmte das Allgemeine Landrecht in Preußen, ab 1820 eine »Kabinettsordre« und ab 1835 die »Tumultverordnung« die Zuständigkeiten und Rechte der Truppe bei einem Aufruhr.³⁶

Unabhängig von innerstaatlichem Recht konnte nach Artikel 25 und 26 der Wiener Schlussakte von 1820 die »Kriegsmacht« des Bundes eingreifen, wenn Ruhe und Ordnung bedroht waren. Von diesem Recht machte 1849 noch die von der demokratisch gewählten Nationalversammlung eingesetzte »Zentralmacht« Gebrauch. Nicht nur der Konflikt mit Dänemark um Schleswig-Holstein und 1849 der kurzfristige Einsatz von Bundestruppen gegen die Schweizer Enklave Büsingen, sondern auch die militärischen Interventionen preußischer Truppen in Baden und in der Pfalz waren Kriege gegen souveräne andere Staaten.³⁷

Aufgrund ihrer besseren Ausbildung, Bewaffnung und Führung waren die stehenden Heere der Fürsten den Revolutionären fast immer weit überlegen. Die Forderungen nach Volksbewaffnung, Wahl der Offiziere sowie Abschaffung der stehenden Heere und deren Ersatz durch Bürgerwehren scheiterten an der Ohnmacht der Aufständischen. Spätestens im Sommer 1849 war die militäri-

sche Lage der Revolutionäre aussichtslos, weil die alten Mächte ihre Kontrolle über Verwaltung und Armee beibehalten hatten und so über eine funktionierende Exekutive verfügten.

Bei Tumulten gegen unbewaffnete Bürger wurde vor allem Kavallerie eingesetzt, die mit der blanken Waffe gegen die Aufrührer vorging oder diese »niederritten«. Während der Revolution kämpften die preußische Armee und die anderer Staaten mit Infanterie und Artillerie in offener Feldschlacht gegen viele tausend Aufständische, unter denen sich auch übergelaufene Soldaten befanden.

Dabei zeigten die Armeen, ihre Soldaten und deren Verhalten in den einzelnen Bundesstaaten kein einheitliches Bild. Neben den sehr unterschiedlichen Erscheinungsformen des Widerstandes waren viele Soldaten (nicht alle) auch Anhänger einer deutschen Einheit und schworen auf die neue Reichsverfassung. In vielen Fällen wurden ihre Widersetzlichkeiten auch genutzt, um bessere Bedingungen für den täglichen Dienst, bessere Verpflegung, mildere Disziplinarstrafen oder die Wahl der Offiziere durchzusetzen.

Trotz einiger Erleichterungen wie die Abschaffung der Prügelstrafe und anderer Maßnahmen blieb das Militär bis zum Ende des 19. Jahrhunderts ein auf die Monarchen vereidigtes Königs- oder Fürstenheer, das gegen revolutionäre Ideen immunisiert werden sollte. Nur mit der unverhältnismäßig langen Dienstzeit von drei Jahren konnten die Soldaten »revolutionsfest« gemacht werden, so der preußische Prinz Wilhelm, der spätere preußische König und ab 1871 deutsche Kaiser.³⁸

Ein wesentlicher Grund für das Scheitern der Revolution war, dass die Fürsten über ein gut ausgebildetes und ausgerüstetes stehendes Heer verfügten

munisiert werden sollte. Nur mit der unverhältnismäßig langen Dienstzeit von drei Jahren konnten die Soldaten »revolutionsfest« gemacht werden, so der preußische Prinz Wilhelm, der spätere preußische König und ab 1871 deutsche Kaiser.³⁸

Noch Jahre später entfalteten die Einsätze des Militärs während der Revolution eine Langzeitwirkung. In einer Studie überprüfte der Große Generalstab 1907 den »Kampf in insurgierten Städten«, wie das Militär im 19. Jahrhundert bei Streiks und Aufruhr gegen Aufständische vorgegangen war. Die Ereignisse während der deutschen Revolution wurden dabei besonders untersucht. Es wurde empfohlen, dafür besonders geeignete Truppenteile ohne die in Stadtgebieten ungeeignete Kavallerie zusammenzustellen.

In Wien wurden nach 1849 Kasernen im Stadtgebiet so gebaut, dass die dort untergebrachten Soldaten verzugslos zu den Brennpunkten eines Aufruhrs

marschieren konnten. Und in Paris wurden aufgrund der Erfahrungen beim Aufstand der Kommune 1871 die bekannten Boulevards so breit angelegt, dass das Militär bei einer Revolution freies Schussfeld hatte.

Warum die Revolution 1848/49 scheitern musste, wurde in der umfangreichen Literatur dazu bereits eingehend untersucht. Ein wesentlicher Grund war, dass die Fürsten über ein gut ausgebildetes und ausgerüstetes stehendes Heer verfügten. Dies gilt besonders für das Königreich Preußen, dem wichtigsten und letztlich militärisch erfolgreichsten Akteur. Die Freischaren der Revolutionäre konnten trotz der zahlreichen zu ihnen übergelaufenen Soldaten und besserer Motivation nur vorübergehend Erfolge erringen. Die Zeit arbeitete für die Gegenrevolution, und so blieb die politische Ordnung des Vormärz nach 1849 nahezu unverändert.

Zum Autor: Oberst a. D. Dr. Michael P. Vollert war 35 Jahre Berufsoffizier der Bundeswehr im Truppen- und Generalstabsdienst. Nach Wechsel in die Wirtschaft war er acht Jahre Abteilungsleiter in einem Kölner Industrieunternehmen. Im Ruhestand Studium der Verfassungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Promotion 2008. Dr. Vollert ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft.

Quellen und Literatur (Auswahl)

Die Revolution von 1848/49 wird in zahlreichen Quellen, besonders zur Orts- und Regionalgeschichte des deutschen Südwestens umfassend dokumentiert. Ein ausführliches Verzeichnis der kaum überschaubaren Fülle an Veröffentlichungen zum Thema findet sich im Anhang des Katalogs der Ausstellung »1848. Aufbruch zur Freiheit« zum 150jährigen Jubiläum im Deutschen Historischen Museum Berlin und in der Schirn Kunsthalle Frankfurt (18. Mai bis 18. September 1998), herausgegeben von Lothar Gall. Neben zahlreichen Abbildungen enthält der Katalog auch ausführliche Erläuterungen weiterer Autoren. Mit der Dissertation von Sabina Müller (Paderborn u. a. 1998) liegt erstmalig (und bis heute einmalig) eine Monografie zur Rolle des Militärs in der Revolutionszeit vor.

Das 2014 in Bonn erschienene Buch des Verfassers als Grundlage des vorliegenden Aufsatzes »Für Ruhe und Ordnung. Einsätze des Militärs im Innern 1820 bis 1918« erfasst auch derartige Ereignisse in den Jahren 1848/49.

Da Entstehung und Verlauf der Revolution nicht nur von politischen, sondern vor allem auch von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Faktoren bestimmt wurden,

war auch das Buch von Hans-Ulrich Wehler »Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1815 – 1845/49, Zweiter Band (München, 3. Auflage 1996) « zu berücksichtigen.

Weitere Hinweise auf Literatur zum Thema finden sich an entsprechender Stelle im Text in den Fußnoten.

Die Abbildungen wurden freundlicherweise vom Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V. (AdsD) in Bonn zur Verfügung gestellt.

Anmerkungen

- 1 Zitat aus einem Brief des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. (1795-1861) an den Dichter Ernst Moritz Arndt (1769-1860), 1848/49 Abgeordneter der Nationalversammlung in Frankfurt, vom März 1849. Als Verfasser dieses Zitats wird auch General Gustav von Griefßheim, Direktor des Allgemeinen Kriegsdepartements im preußischen Kriegsministerium, genannt.
- 2 Auf die Darstellung der revolutionären Ereignisse in Österreich wird verzichtet, da diese sich aufgrund der Besonderheiten des Vielvölkerstaates von denen im übrigen Deutschen Bund unterschieden.
- 3 Ernst Rudolf Huber, Dokumente zur deutschen Verfassung, Band 1, Stuttgart 1961.
- 4 In den anderen deutschen Staaten gab es ähnliche, aber zum Teil auch abweichende Regelungen. In einigen Bundestaaten konnte gegen Bezahlung ein Ersatzmann gestellt werden, so zum Beispiel in Hamburg.
- 5 Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Zweiter Band, Dritte Auflage, München 1996, S. 384.
- 6 Ebd.
- 7 Preußisches Allgemeines Landrecht 1 O II 47.
- 8 Rüdiger Hachmann, Epochenschwelle zur Moderne, Tübingen 2002, S. 124ff.
- 9 1797 bis 1888, seit 1858 Regent, 1861 König von Preußen, 1871 deutscher Kaiser.
- 10 Michael P. Vollert, Für Ruhe und Ordnung, Bonn 2014, S. 70.
- 11 Die Darstellung folgt Sabrina Müller, Soldaten in der deutschen Revolution, Paderborn u. a. 1998. S. 105ff.
- 12 Huber, S. 270.
- 13 Auch in Württemberg und Hessen kam es zu Meutereien, Fahnenflucht und Forderungen nach Demokratie, jedoch nicht in dem Ausmaß wie in Baden.
- 14 Der Kanton Neuenburg hatte sich 1814 Preußen angeschlossen, blieb gleichwohl in der Eidgenossenschaft. Erst 1857 löste er sich endgültig von Preußen. Siehe

- hierzu Josef Jung (Hg.), *Einigkeit, Freiheit, Menschlichkeit*, 2. Auflage Zürich 2022, S. 297ff.
- 15 Zur Person des Prinzen Wilhelm siehe Fußnote 9.
 - 16 Im Landesarchiv NRW, Abteilung Westfalen, in Münster befinden sich zum VII. Armeekorps sowie im Landeshauptarchiv Koblenz zum VIII. Armeekorps umfangreiche Archivalien.
 - 17 Vollert, S. 59ff.
 - 18 Marcel Seypel, *Unruhen im preußischen Heer*, Köln 1998, S. 118.
 - 19 Vollert, S. 59ff.
 - 20 Die Darstellung der Ereignisse in Berlin folgt Vollert, S. 79ff.
 - 21 Zitiert nach Lothar Gall (Hg.), *1848, Aufbruch zur Freiheit*, Frankfurt/Main 1998.
 - 22 Dieter Hein, *Die Revolution von 1848/49*, München 1998.
 - 23 Huber, S. 270.
 - 24 Michael Wettengel, *Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum (Diss.)*, Wiesbaden 1980.
 - 25 Vollert, S. 85.
 - 26 Die Verhängung des Belagerungszustandes wurde in Preußen erst 1851 gesetzlich geregelt. Davor beriefen sich die Militärbefehlshaber auf das Handbuch des preußischen Militärrechts von 1826, auf die so genannte Tumultverordnung von 1835 oder auf das Kriegsrecht.
 - 27 Vollert, S. 86ff.
 - 28 Vollert, S. 88f.
 - 29 Müller, S. 193.
 - 30 Vollert, S. 92.
 - 31 Vollert, S. 84.
 - 32 Noch bis zum Frühjahr 1850 wurden zur Strafe militärische Einquartierungen mit erheblichen Kosten für die Bevölkerung in Iserlohn verhängt.
 - 33 Vollert, S. 92f.
 - 34 Siehe hierzu das Kapitel Baden. Sabrina Müller schildert in Ihrer Dissertation von 1998 die zahlreichen Meutereien sowie andere Widersetzlichkeiten einzelner Soldaten sowie ganzer Einheiten während der Revolution in Baden.
 - 35 Auch die freien Städte Hamburg, Bremen, Lübeck und Frankfurt verstanden sich als souveräne Staaten.
 - 36 In den anderen deutschen Staaten gab es ähnliche, aber auch unterschiedliche Bestimmungen.
 - 37 Preußische Truppen wurden in vielen Fällen, aber nicht immer, von anderen Staaten angefordert.
 - 38 Vollert, S. 23.

Ein Vergleich der nationalen und europäischen Status quo-Politik von Kurfürst Karl Theodor und Otto von Bismarck

Eine historische Analyse von Sicherheitspolitik im 18. und 19. Jahrhundert

Ilya Zarrouk

Einführung

Bereits im 18. Jahrhundert suchten die Herrscher nach Möglichkeiten um größere Kriegseignisse zu umgehen. Zu diesen Monarchen gehörte unter anderem der kurpfälzische Kurfürst Karl Theodor, der auch auf der Basis des aufgeklärten Absolutismus die europäische Großmachtpolitik als Teil von Bündnissen verstand und damit auch als Teil europäischer Ausgleichspolitik. Ein Jahrhundert später verstand ebenfalls ein deutscher Politiker, dass europäische Status quo-Politik nur durch Bündnisse und Kompromisse möglich wäre. Otto von Bismarck war klar, dass nach den Einigungskriegen der Nationalstaat in der Mitte Europas nur zu erhalten war, wenn man von Deutschland politisch ausgleichende Mechanismen der Außen- und Sicherheitspolitik schaffte. Welche Gemeinsamkeiten gab es in den außenpolitischen Ausrichtungen, Karl Theodors im 18. Jahrhundert und Otto von Bismarck im 19. Jahrhundert und welche Unterschiede lassen sich feststellen?

Der schwierige Weg zur Frankfurter Union

Ein Lobredner sagte 50 Jahre nach dem Österreichischen Erbfolgekrieg, Karl Theodor von der Pfalz habe seine Staaten durch Stärke und Neutralität geprägt.¹ Die französische Linie, die durch Minister wie d'Ittre, Seedorf und Wachtendonck als auch durch den französischen Gesandte Tilly am Mannheimer Hof geprägt wurde, löste sich im Laufe des bourbonisch-habsburgischen Antagonismus auf, um die pfälzischen Interessen gegenüber den Großmächten des 18. Jh. in eine größtenteils neutralitätsgebundene Außenpolitik zu lenken.² Diese Politik schwankte zwischen eigenständigen pfälzischen Interessen und politischer Ernüchterung der Abhängigkeit von den Großmächten, die die Kurpfalz in die Zange nahmen. Karl Theodor war dabei darauf bedacht, äußerst sparsam zu leben und seinen Staat sowohl finanziell als auch ökonomisch besser zu verwalten.³ Somit erklärt sich auch, weshalb Karl Theodor als Kurfürst einer zweitrangigen Macht in Europa durchaus daran interessiert war, seine Gebiete aus dem habsburgisch-bourbonischen Konflikt herauszuhalten.

Der französische Gesandte in Regensburg, Chavigny, war daran interessiert, kaiserliche Truppenverwendungen gegen Frankreich zu vermeiden.⁴ Hier entstand zum ersten Mal der Gedanke eines Rheinbundes, den später Napoleon Bonaparte im 19. Jahrhundert durch seine militärischen Erfolge bei Austerlitz und Jena und Auerstedt durchzusetzen wusste. Chavigny verfolgte im Sinne des bourbonischen Hauses die Politik einer Abkehr vom Reich und die damit verfolgte Idee einer Reduzierung der Armeen der deutschen Fürstentümer zu Ungunsten Habsburgs.⁵ Er forderte daher auch eine „Mitteldeutsche Fürstenassoziation“.⁶ Dies wäre einem vorzeitigen Untergang des „Alten Reiches“, welches erst 1806 unterging, gleichgekommen. Chavigny gelang es, die oberrheinischen Gebiete dazu zu bewegen, eine Liga einzugehen und Maria Theresia dazu zu bewegen, Teile des Erblandes und Erbfragen zur Klärung zu führen.⁷ Dabei sollte das Königreich Frankreich die notwendigen Subsidien für die Koalition von Bayern, Hessen, Preußen und der Pfalz beisteuern, wobei sich die Pfalz wie auch die Pfalzgrafschaft Hessen dazu bereit erklärten, jeweils 6000 Mann bereit zu stellen.⁸ Frankreich jedoch war selbst, im Unterschied zur späteren napoleonischen Ära, nicht bereit der Assoziation beizutreten.⁹ Bevor jedoch die Pfalz zu den Ligaverhandlungen, 1744 hinzustoßen durfte, war es aus französischer Sicht notwendig, die hessischen und preußischen Interessen auszuloten.¹⁰ Die Pfalz war unter Karl Theodor durchaus bereit, vor allem mit dem Königreich Preußen zusammenzugehen, was historisch betrachtet auch später das Großherzogtum Baden im 19. Jahrhundert spätestens nach der Schlacht von Königgrätz 1866 favorisierte. Es war die Idee der Kaiserpartei, gerade die Neutralitätsarmee aufzubauen, um als zweitrangige Macht die eigene Position im Reich zu stärken.¹¹ Die Pfalz verlangte eine Garantie dafür, dass es sich um die tatsächliche Stärkung des Kaisers handelte, und zudem verlangte die pfälzische Regierung eine Vorlaufzeit, um sich militärisch vorbereiten zu können, was ebenfalls der Forderung nach französischen Subsidien gleichkam und sich den hessischen Forderungen anglich.¹²



Kurfürst Karl Theodor (1724-1799)

Laut einem Bericht von Chavigny war Karl Theodor seinerseits eher zurückhaltend, wenn es um die Frage der Aufstellung pfälzischer Truppen zur Neutralitätsarmee ging.¹³ Der französische Gesandte stellte daher 1744 fest, dass der kurpfälzische Hof zurückhaltender schien als andere Fürstentümer im Reich. Interessant erscheint, dass die französische Partei alle Subsidien-Ansprüche

zurückwies, weil man der Auffassung war, dass Preußen durch seinen Verzicht auf Jülich-Berg schon einen hohen Beitrag sowohl für die diplomatischen als auch politischen Beziehungen innerhalb des Reiches geleistet habe, und man würde ohnehin die pfälzischen Kontingente militärtechnisch unterstützen müssen. Außerdem wies Chavigny darauf hin, dass der pfälzische Hof ohnehin an Bayern gebunden war und als Gegenleistung zum Schutz für Gebietsverwüstungen durch österreichische Truppen eigentlich freiwillig Truppen zur Aufstellung einer Neutralitätsarmee bereitstellen sollte.¹⁴

Die Pfalz war unter Karl Theodor durchaus bereit vor allem mit dem Kurfürstentum Preußen zusammenzugehen, was historisch betrachtet auch später das Großherzogtum Baden im 19. Jahrhundert spätestens nach der Schlacht von Königgrätz 1866 favorisierte.

Minister Wachtendonck war über die Auffassung seines französischen Gegenübers nicht gerade erfreut, sagte aber die Teilnahme an einer militärischen Union zu, wobei er allerdings darauf hinwies, dass die Pfalz nicht wie Hessen 6000 Mann

stellen könne, vielmehr belaufe sich die Truppenstellung auf 5000 Mann, wobei 1000 davon zur Kavallerie zählen sollten.¹⁵ Wachtendonck verlangte aber zugleich auch, dass die Truppenaufstellung durch Hilfszahlungen gedeckelt werden müsse, wobei dies in erster Linie um die technischen Voraussetzungen ging. Dabei setzte sich der Mannheimer Hof von den hessischen Forderungen ab, was zunächst den französischen Gesandten beruhigte.¹⁶ Kurfürst Karl Theodor unterstützte jedoch nicht sofort die Auffassung seines Ministers, er verwies darauf, dass die Unterzeichnung eines solchen Vertrages ohne Garantien der anderen Koalitionäre eher zu „Rachegeleuten“ der Österreicher führen müsste.¹⁷ Diese Dissoziationen konnten jedoch von Chavigny schnell abgeräumt werden. Karl Theodor seinerseits war bereit, dem Unionsvertrag beizutreten, blieb aber bei der Finanzierung der pfälzischen Truppen hart.¹⁸ Da Ludwig XV. von Frankreich nicht bereit war, diesen Forderungen der Mannheimer Regierung nachzukommen, drohten die Unionspläne komplett zu scheitern.¹⁹

Ab Anfang 1744 begannen daher die Spannungen zwischen Mannheim und Versailles zu steigen. Der pfälzische Hof war massiv empört darüber, dass Frankreich nur bereit war, einen Beitrag von 150.000 Livres zu leisten, und man war genauso darüber empört, dass Nachforderungen ausgeschlossen worden waren, um das Truppenkontingent von nunmehr 6000 Mann stellen zu können.²⁰ Hinzu kam, dass der französische Hof scheinbar nicht sehr zahlungswillig war oder sogar zahlungsunfähig.²¹ Daher machte Kanzler Tilly

klar, wenn der französische Hof nicht in der Lage wäre, seine Subsidien zu zahlen, dass dann auch der Kurfürst nicht in der Lage wäre, 6000 Mann dem Kaiser zu stellen.²² Das französische Kriegsministerium war, obwohl es die Forderungen der Pfalz größtenteils anerkannte, nicht dazu bereit, die notwendigen Zahlungen zu leisten, was den Pfälzer Gesandten Lamezan geradezu in Rage brachte.²³ Tilly hatte nun die Sorge, dass wenn Karl Theodor davon hörte, sich dann auch die Unionsverträge so nicht umsetzen lassen würden. Die Pfalz forderte die Zahlung der Schulden für die Bereiche Sulzbach, Neuburg und Germersheim, zudem forderte der Mannheimer Hof, die französischen Truppen in Germersheim finanziell selbst auszustatten, und man erhob nun auf dem Rhein Zölle gegenüber französischen Handelsschiffen.²⁴ Chavigny war zwar klar, dass die Pfalz kein essentielles Glied der möglichen Union darstellte, zugleich jedoch war ihm auch bewusst, dass die unzureichende Zusage Frankreichs an den Mannheimer Hof natürlich das Vertrauen der anderen Bündnispartner erschüttern könnte.²⁵ Neben der Empörung des kurpfälzischen Machtapparates über das arrogante Verhalten der Versailler Regierung, insbesondere um den Kriegsminister d'Argenson, trieb den pfälzischen Monarchen die Sorge um in eine antibritische, anti-habsburgische Koalition einzutreten, die nicht das notwendige Vertrauen hatte.²⁶

Als dennoch Wachtendonck am 22. Mai 1744 den Unionsvertrag von Frankfurt unterzeichnete, lag das vor allem daran, dass die großen Differenzen ausgeräumt zu sein schienen. Dies lag auch daran, dass Friedrich II. von Preußen die Franzosen zum militärischen Handeln zwang und den teilweise schlaffen Administrationsapparat Frankreichs geradezu antrieb.²⁷ Es war also die Hohenzollernmonarchie, die die Pfalz in ein Bündnis mit Frankreich brachte, wie sie im 19. Jahrhundert Baden gegen Frankreich in ein Militärbündnis eingliederte. Es war der preußische Staat, der letztlich den Mannheimer Hof 1744 in die Union brachte, weil Preußen auch bereit war, militärisch sowohl gegen Habsburg als auch Großbritannien vorzugehen und weil es auch Friedrich der Große war, der von dem bourbonischen Herrschaftshaus verlangte, finanzielle Zugeständnisse an die anderen Bündnispartner zu gewähren. Es war die Stärke Preußens, die es auch im 19. Jahrhundert auszeichnete, dass es im Frankfurter System des 18. Jahrhunderts quasi das Gegengewicht zur französischen Macht darstellte. Dies stellte es auch knapp 10 Jahre später in der Schlacht bei Roßbach 1757 ein-

Es war die Stärke Preußens, die es auch im 19. Jahrhundert auszeichnete, dass es im Frankfurter System des 18. Jahrhunderts quasi das Gegengewicht zur französischen Macht darstellte.

drucksvoll unter Beweis. So war es für den Mannheimer Hof auch einfacher, in die Frankfurter Union 1744 einzusteigen, weil die Pfälzer Regierung wusste, dass sie innerhalb Deutschlands einen mächtigen Partner hatte, welcher die Interessen der deutschen Fürstentümer in dieser Konstellation vertrat. Diese Ansicht wurde auch dadurch getragen, dass Preußen die Operationen ab 1744 im Erbfolgekrieg vorantrieb, auch wenn damit die pfälzischen Gebiete als erstes bedroht waren.

Die österreichische militärische und politische Initiative gegen die Frankfurter Union

Österreich ergriff anders als 1866 noch vor Ende des Unionsvertrages von Frankfurt die militärische Initiative.²⁸ So standen im Frühjahr 1743 österreichische Kontingente kurz davor, wieder einmal den Rhein zu überqueren, wobei Marschall Coigny eine Armee im Raum Germersheim-Landau-Speyer versammelt hatte. Jedoch bereits Ende 1743 war Österreich auch diplomatisch aktiv. So konnte die Habsburger-Monarchie durchaus auch Bündnisse am Rhein schließen und damit ihre Position innerhalb Deutschlands stärken. Dies schloss eine Verhandlung mit dem Mannheimer Hof nicht aus.²⁹

Der österreichische Gesandte, Freiherr von Palm, versuchte durch diplomatische und gleichzeitig militärische Drohungen, die Pfalz zu einem Bündniswechsel zu bewegen.³⁰ Der französische Gesandte Tilly setzte alles daran, dass Coigny seine militärischen Operationen im Raum Philippsburg so führte, dass die Österreicher nicht auf pfälzisches Gebiet vordringen vermochten. Von Palm verlor die diplomatische Kraftprobe.³¹ Palm hatte sogar versucht, mit Hilfe Mannheimer Bauingenieure eine Brücke für den Rheinübergang österreichischer Truppen unter Prinz Karl zu ermöglichen, was natürlich am Mannheimer Hof als kriegerischer Akt betrachtet wurde.³² Damit war natürlich seine diplomatische Mission gescheitert, er konnte die Mannheimer Regierung nicht mehr zu einem Koalitionswechsel bewegen.³³ Prinz Karl begann zwar seine Offensive, das bewegte jedoch Karl Theodor keinesfalls dazu, neutral oder koalitionsunabhängig zu werden, auch wenn von Palm seinen Sekretär Demrath in Mannheim nach seinem Weggang beließ.³⁴ Die Anfangserfolge der österreichischen Kräfte und der Rückzug der französischen Truppen hinter die Moder in den Nordvogesen, die Zorn und die Breusch überraschten den Mannheimer Hof nicht nur, sondern er führte zu einer politischen Krise.³⁵ Mannheim war Habsburg jetzt vollkommen ausgeliefert. Preußen griff nun in die Geschehnisse ein, als die preußischen Kräfte offensiv gegen Böhmen vor-

gingen. Prinz Karl seinerseits musste sich nun zurückziehen, weil seine Position operativ gesehen nicht mehr haltbar war, zumal die Flandernarmee unter dem französischen König an den Rhein heranrückte.³⁶ So war, wie ein Jahrhundert später, Böhmen der entscheidende Kriegsschauplatz für ein militärisches als auch politisches Ereignis. Prinz Karl war gezwungen, seine österreichischen Kräfte zu, Sicherheit Böhmens zu verwenden.³⁷ Damit war die österreichische Stellung in Mannheim politisch endgültig beendet. Preußen war es, das das Frankfurter System rettete, und es sollte Preußen ein Jahrhundert später sein, welches die deutsche Einheit gewährleistete ohne gleich das europäische Gleichgewicht in Frage zu stellen.³⁸ Es war die preußische militärische und politische Schlagkraft, die die Union von Frankfurt erst für das pfälzische Kurfürstentum rentabel machte.³⁹ Es war nicht Frankreich, das die Union antrieb. Es war der preußische Staat, der die Notwendigkeit des machtpolitischen Status quo sah.⁴⁰ Damit war für Karl Theodor, letztlich wie auch 1870 beim Großherzogtum Baden, klar, die notwendigen Truppen zu stellen, um den Erfolg der Frankfurter Liga mit zu garantieren, wie es für den badischen Staat notwendig war, den Erfolg im deutsch-französischen Krieg 1870/71 mit zu bedingen.

Preußen war es, das das Frankfurter System rettete und es sollte Preußen ein Jahrhundert später sein, welches die deutsche Einheit gewährleistete ohne gleich das europäische Gleichgewicht in Frage zu stellen.

Der süddeutsche Bund, das Großherzogtum Baden und die Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen und den norddeutschen Staaten

Bismarck schrieb in einem Exposé an Kaiser Wilhelm I. im Jahre 1876, dass das Zarenreich Russland Europa als eine Art Bundesstaat ansähe, wobei die Europäer selbst daran interessiert seien, Russland in den Status einer obsoleten Macht zu versetzen.⁴¹ So sagte der spätere Reichskanzler auch schon vor dem Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867, also kurz nach dem deutsch-deutschen Krieg von 1866: „Was ferner die Machtfrage betrifft, so halte ich die Vereinigung von Nord- und Süddeutschland, jedem Angriffe gegenüber in allen Fragen wo es sich um die Sicherheit des deutschen Bodens handelt, für definitiv gesichert. Im Süden kann kein Zweifel darüber sein, dass, wenn er in seiner Integrität gefährdet werden sollte, Norddeutschland ihm unbedingt brüderlich beisteht, im Norden ist kein Zweifel darüber, dass wir des Beistandes Süddeutschlands gegen jeden Angriff, der uns treffen könnte, vollständig sicher sind.“⁴²

Bismarck hat also wie Kurfürst Karl Theodor im 18. Jahrhundert ziemlich genau verstanden, dass die deutschen Staaten nur in Europa bestehen können, wenn sie zusammenhalten würden, und zwar zum einen militärisch, aber auch politisch, sodass beide politischen Eliten des 18. und 19. Jahrhunderts scheinbar eher an einem gesellschaftspolitischen Status quo in Deutschland, aber

Bismarck hat also wie Kurfürst Karl Theodor im 18. Jahrhundert ziemlich genau verstanden, dass die deutschen Staaten nur in Europa bestehen können, wenn sie zusammenhalten würden und zwar zum einen militärisch aber auch politisch

auch in Europa interessiert waren. Bismarck erkannte, wie einst der Mannheimer Herrscher Karl Theodor und anderer Herrscher seiner Zeit, dass die politischen und militärischen Institutionen des Deutschen Bundes für das 19. Jahrhundert in Zeiten auch großer Konflikte in Europa nicht ausreichten, um diesen auch mit Bestimmtheit begegnen zu können. Weshalb

er bereits vor dem militärischen Konflikt von 1866 eine Bundesreforminitiative startete. Er forderte darin eine gesamtdeutsche Versammlung mit gewählten Vertretern.

Mit dem Sieg Preußens und seiner Verbündeten 1866 gelang erstmals, dass die süddeutschen Staaten (Baden, Württemberg, Bayern und Hessen-Darmstadt) einen eigenen souveränen Verbund bilden durften, wobei der norddeutsche Bundeskanzler natürlich jenen Staaten nicht für alle Zeit diese Freiheit zugestand. Er ließ ihnen in gewisser Weise so viel Spielraum, um sich politisch auf einen Verbund mit Norddeutschland einzustellen.⁴³ So war Baden schon sehr früh daran interessiert, sich an das Königreich Preußen nicht nur aus verwandtschaftlichen Gründen anzubinden, sondern eben auch, weil das Verhältnis zu anderen süddeutschen Staaten konfliktbeladen war und Baden befürchten

Selbige Ängste trieben ein Jahrhundert davor auch Karl Theodor um, als er in die Frankfurter Union eintrat

musste, unter den anderen Staaten möglicherweise aufgeteilt zu werden.⁴⁴ Selbige Ängste trieben ein Jahrhundert davor auch Karl Theodor um, als er in die Frankfurter Union eintrat, allerdings nicht wegen Frankreich, sondern wegen der Stellung

Preußens im Alten Reich und im europäischen „Mächtekonzert“. Das Großherzogtum Baden wollte schon nach der Niederlage von 1866 in den Norddeutschen Bund eintreten. Es war aber gerade Otto von Bismarck, der hier bremste, was auch daran lag, dass er wie vorherige souveräne Politiker häufig am deutschen und europäischen Status quo interessiert war.⁴⁵

Es fehlte den süddeutschen Fürstentümern nicht nur an einer stringenten Militärreform, sondern auch an einer Vision für den Verbund unter sich, was auch zur Erklärung beiträgt, warum das Großherzogtum Baden eigentlich schon 1867 zum Norddeutschen Bund stoßen wollte.⁴⁶ Der Norddeutsche Bund in sich hatte mit seinen Schutz- und Trutzbündnissen mit den vier Monarchien des Südens bereits die militärpolitische Grenze überschritten, sodass hier bereits sichtbar wird, dass die Freiheit des Süddeutschen Bundes doch nicht so frei war. Die Haltung Napoleons III. im Jahre 1867 war hier eine andere, er glaubte wie bereits zu Zeiten des österreichischen Erbfolgekrieges, dass das europäische Gleichgewicht gestört sei.⁴⁷ Die französische Haltung unterschied sich von der des 18. Jahrhunderts insofern nur minimal, weil sie auf die nationalen Interessen verwies, wobei die französischen Gesandten am Mannheimer Hof im 18. Jahrhundert eher auf das monarchistische Prinzip verwiesen hatten. Frankreich hatte zwei Optionen im Sinn, die eine war Luxemburg, welches an Frankreich als Pufferzone fallen sollte, oder die zweite das Rheinland und die bayerische Pfalz, einst ein Teil der Kurpfalz, sollte an das napoleonische Frankreich fallen.⁴⁸ Damit fiel es aber den süddeutschen Staaten durchaus leichter sich militärisch an das norddeutsche Gebilde zu binden. Die Eigenstaatlichkeit der süddeutschen Staaten entsprang also dem Sicherheitsdilemma, in dem sich schon einmal Karl Theodor der Kurpfalz befunden hatte. Sie mussten sich Preußen anschließen, um nicht gänzlich von einer anderen europäischen Großmacht aufgezehrt zu werden.

Die Eigenstaatlichkeit der süddeutschen Staaten entsprang also dem Sicherheitsdilemma, in dem sich schon einmal Karl Theodor der Kurpfalz befunden hatte.

Im selben Dilemma befand sich auch die Mannheimer Führung zu Beginn des österreichischen Erbfolgekrieges. Die Luxemburgkrise von 1867 und die französisch-österreichischen Militärverhandlungen machten es den süddeutschen Gebieten und vor allem dem Großherzogtum nicht gerade schwer, ihre Verfassungen für das Heerwesen zu überarbeiten und damit auch einer zentrierten Deutschlandpolitik Vorrang zu geben.⁴⁹ Auch über die Militärfragen hinweg konnte der Norddeutsche Bund und an seiner Spitze der preußische Staat an Einfluss im süddeutschen Verbund gewinnen, und zwar sowohl medial über die Presse, als auch ökonomisch. Denn der Zollverein war nicht durch die Kriegswirren von 1866 zum Erliegen gekommen, sondern Preußen und der norddeutsche Verbund hatten nun die ökonomische Macht, gerade bei der nationalliberalen Führungsschicht in Baden noch mehr an Zuspruch zu gewinnen, zumal diese Mittelstaaten finanzökonomisch von Preußen und damit

dem Norddeutschen Bund abhingen.⁵⁰ Mit der Krise von 1869/70 war Baden einer der Staaten, welcher nicht die Schutz- und Trutzbündnisse in Frage stellte. Dies lag wie ein Jahrhundert davor an der geographischen Lage Badens und damit, wie im 18. Jahrhundert, auch zu Zeiten der Kurpfalz, an der kaum zu verteidigenden Grenze des Gebietes.⁵¹ Die Schutz- und Trutzbündnisse des Jahres 1866/67 waren, anders als bei der Frankfurter Union, nicht nur ein Offensivbündnis, sondern auch ein Defensivbündnis.⁵² Bismarck war daran interessiert, für jeden sicherheitspolitischen Fall gewappnet zu sein. Bayern war bis zu jener Krisensituation der 70er Jahre des 19. Jh. der Auffassung, dass diese Vereinbarungen wie einst die Frankfurter Union von 1744 defensiven Charakter besitzen, dem schloss sich das Königreich Württemberg an.⁵³

Während in der Julikrise des Jahres 1870 und bei der darauffolgenden Kriegserklärung Frankreichs an Preußen für Baden ziemlich klar war, dass der Bündnisfall eintrat, schwankten sowohl Bayern als auch Württemberg. Zumal die Frage von Defensiv- und Offensivbündnissen mit dem Norddeutschen Bund bis zu jenem Tag der Kriegserklärung nicht gänzlich gelöst worden war.⁵⁴ Hinzu kam wie im 18. Jahrhundert die Finanzierungsfrage des Krieges von 1870, die vor allem das Königreich Bayern nur sehr widerwillig annahm, durch die Bewilligung der Kriegskredite in Höhe von 3 Mio. Gulden am 12. Juli 1870.⁵⁵ Die deutschen Staaten traten nach Baden in den Krieg gegen Frankreich 1870 ein und mit dem Sieg von Sedan dem Norddeutschen Bund in Sieges euphorie bei. Bismarck war also daran interessiert, das europäische Gleichgewicht keinesfalls zu kippen, das galt sowohl für die Zeit des Norddeutschen Bundes und erst recht ab 1871.⁵⁶

Er wollte keine territorialen Expansionen, genauso wenig wie Karl Theodor von der Pfalz während seiner Mannheimer Regentschaft zum „Spielball“ europäischer Mächte werden wollte. Er war wie einst der Kurfürst der Sieben Länder und Friedrich der Große darauf aus, den Nationalstaat zu konsolidieren und eine Konsenspolitik zu betreiben, um das europäische Gleichgewicht zu stützen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Ausgleich der Nationen waren ihm die Grundlage auch seiner Bündnispolitik nach 1871.⁵⁷ Dies war eben auch das Ziel der Frankfurter Union und der Kurpfalz im 18. Jahrhundert, eine neutrale Defensivpolitik zu betreiben, um die Sicherheit in Europa zu gewährleisten. Innenpolitisch war man sich im 19. Jahrhundert in Preußen-Deutschland genauso einig wie zu Zeiten des Kurfürsten Karl Theodor, dass nur der außenpolitische Konsens die europäische Austradierung bewahren konnte. Es war die Transformation von der agrarischen zur indus-

triellen Gesellschaft, wie im 18. Jahrhundert in der Kurpfalz die Transformation von der absolutistischen Monarchie zur aufgeklärten Monarchie, die dazu führte, dass und Karl Theodor wie Friedrich der Große auch Bismarck trotz militärischer Konflikte immer daran festhielten, europäisch, international und national den Status quo zu bewahren. Ein Jahrhundert später sollte wiederum ein Bundeskanzler genau auf diesem Pfad des europäischen, internationalen als auch nationalen Ausgleichs weiter „marschieren“ und damit endgültig die deutsche und europäische Frage klären.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Ausgleich der Nationen waren ihm die Grundlage auch seiner Bündnispolitik nach 1871. Dies war eben auch das Ziel der Frankfurter Union und der Kurpfalz im 18. Jahrhundert

Zum Autor: Ilya Zarrouk, geboren 27.05.1981, studierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Politikwissenschaft und Verwaltungswissenschaft in Mannheim, Heidelberg, Speyer und Tunis. Abgeschlossen zweimal mit dem Magister. Spezialisiert auf Militärgeschichte, Militärwissenschaften, Sicherheitspolitik und vor allem auf die Militärpolitik im arabisch-islamischen Raum, sowie Europa- und Völkerrecht. Ilya Zarrouk ist Mitglied der Clausewitz-Gesellschaft e.V.

Anmerkungen

- 1 Bonner Historische Forschungen, Bd. 6, Die Politik des Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz während des Österreichischen Erbfolgekrieges (1742-1748), hrsg. v. Herrmann Weber, S. 5 ff., Bonn 1956.
- 2 Ebd., S. 10 ff.
- 3 Ebd.
- 4 Ebd., S. 52 ff.
- 5 Ebd.
- 6 Ebd., S. 54-65.
- 7 Ebd.
- 8 Ebd.
- 9 Ebd.
- 10 Ebd.
- 11 Ebd.
- 12 Ebd.
- 13 Siehe hierzu auch: Der Spanische Erbfolgekrieg (1701-1714) und seine Auswirkungen, hrsg. v. Österreichischen Staatsarchiv, Katharina Arnegger, Leopold Auer, S. 35 ff. Studienverlag GmbH 2018.
- 14 Ebd.

- 15 Bonner Historische Forschungen, Bd. 6, Die Politik des Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz während des Österreichischen Erbfolgekrieges (1742-1748), hrsg. v. Herrmann Weber, S. 54- 65, Bonn 1956.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Franz von Krones, Österreichische Geschichte von 1526 bis zur Gegenwart, S. 115 ff., De Gruyter-Verlag 1900
- 22 Ebd.
- 23 Bonner Historische Forschungen, Bd. 6, Die Politik des Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz während des Österreichischen Erbfolgekrieges (1742-1748), hrsg. v. Herrmann Weber, S. 54- 65, Bonn 1956.
- 24 Ebd.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Ebd., S. 65 ff.
- 29 Ebd.
- 30 Ebd.
- 31 Ebd.
- 32 Ebd. Siehe hierzu auch: Franz von Krones, Österreichische Geschichte von 1526 bis zur Gegenwart, S. 115 ff., De Gruyter-Verlag 1900.
- 33 Bonner Historische Forschungen, Bd. 6, Die Politik des Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz während des Österreichischen Erbfolgekrieges (1742-1748), hrsg. v. Herrmann Weber, S. 65 ff., Bonn 1956.
- 34 Ebd.
- 35 Ebd.
- 36 Ebd.
- 37 Ebd.
- 38 Ebd. Siehe hierzu auch: Gregor Schöllgen, Die Macht in der Mitte Europas. Stationen deutscher Außenpolitik von Friedrich den Großen bis zur Gegenwart, S. 11 ff, München 1992.
- 39 Ebd.
- 40 Ebd.
- 41 Otto von Bismarck, Aus seinen Schriften, Reden und Briefen, hrsg. v. Hanno Helbing, Manesse-Verlag 1998.
- 42 Ebd.

- 43 Siehe hierzu: Wolf D. Gruner, Die süddeutschen Staaten, das Ende des Deutschen Bundes und der steinige Weg in das deutsche Kaiserreich (1864-1871), in: Der preußisch-österreichische Krieg 1866, hrsg. v. u.a. Winfried Heinemann, München 2018.
- 44 Ebd., S. 241 ff. Siehe hierzu auch: Hans- Christof Kraus, Die politische Neuordnung Deutschlands nach der Wende von 1866, in: Der preußisch-österreichische Krieg 1866, hrsg. v. u.a. Winfried Heinemann, München 2018.
- 45 Siehe hierzu: Brendan Simms, The European great power System after 1870, in: Realpolitik für Europa. Bismarcks Weg, hrsg. v. Ulrich Lappenküper/ Karin Urbach, S. 67 ff. Paderborn 2016.
- 46 Wolf D. Gruner, Die süddeutschen Staaten, das Ende des Deutschen Bundes und der steinige Weg in das deutsche Kaiserreich (1864-1871), in: Der preußisch-österreichische Krieg 1866, hrsg. v. u.a. Winfried Heinemann, München 2018.
- 47 Gregor Schöllgen, Die Macht in der Mitte Europas. Stationen deutscher Außenpolitik von Friedrich den Großen bis zur Gegenwart, S. 32 ff, München 1992. Siehe hierzu auch: Konrad Canis, Bismarcks Außenpolitik 1870-1890. Aufstieg und Gefährdung, S. 11 ff. 2. Aufl. Paderborn 2008.
- 48 Ebd.
- 49 Hans- Christof Kraus, Die politische Neuordnung Deutschlands nach der Wende von 1866, in: Der preußisch-österreichische Krieg 1866, hrsg. v. u.a. Winfried Heinemann, München 2018.
- 50 Wolf D. Gruner, Die süddeutschen Staaten, das Ende des Deutschen Bundes und der steinige Weg in das deutsche Kaiserreich (1864-1871), in: Der preußisch-österreichische Krieg 1866, hrsg. v. u.a. Winfried Heinemann, München 2018.
- 51 Ebd.
- 52 Ebd.
- 53 Ebd.
- 54 Ebd. Siehe hierzu auch: Hans- Christof Kraus, Die politische Neuordnung Deutschlands nach der Wende von 1866, in: Der preußisch-österreichische Krieg 1866, hrsg. v. u.a. Winfried Heinemann, München 2018.
- 55 Ebd.
- 56 Brendan Simms, The European great power System after 1870, in: Realpolitik für Europa. Bismarcks Weg, hrsg. v. Ulrich Lappenküper/ Karin Urbach, S. 67 ff. Paderborn 2016.
- 57 Ebd.

SCHWERPUNKTE DER CLAUSEWITZ-GESELLSCHAFT FÜR DAS JAHR 2023

Liebe Angehörige der Clausewitz-Gesellschaft, Freunde und Förderer, liebe Leser unseres Jahrbuchs 2022/23, natürlich ist es an der Zeit, die Konsequenzen der Zeitenwende für deutsche Sicherheitspolitik zu betrachten, ihre

Auswirkungen auf alle Handlungsfelder zu analysieren und offen anzusprechen, wo Politik, Streitkräfte und / oder Gesellschaft ihre Hausaufgaben noch nicht im erforderlichen Maße gemacht haben.

Für die unmittelbar anstehenden Foren sind dies die Themen der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge, der Herausforderungen für Deutschland und die Einbindung unseres Landes in Bündnisse.

Für die unmittelbar anstehenden Foren sind dies die Themen der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge, der Herausforderungen für Deutschland und die Einbindung unseres Landes in Bündnisse.

Die NATO hat sich in der Krise rund um den Ukrainekrieg als Fundament unserer gemeinsamen Sicherheit bewiesen, sie geht gestärkt aus den andauernden Entwicklungen in Europa hervor.

Für Europa und die EU lässt sich das leider nicht so uneingeschränkt feststellen.

Wohl haben die europäischen Staaten die Pandemie und die Energiekrise erstaunlich gut gemeistert, die Inflationsauswirkungen gemildert und die Spaltungsversuche durch Russland abwehren können. Aber am Horizont sind dunkle Wolken aufgezogen.

Der BREXIT und seine Konsequenzen sind noch lange nicht verdaut. In der Flüchtlings- und Migrationsthematik vertrauen die Mitgliedsstaaten eher sich selber als der Gemeinschaft. Die Abwanderung produzierender Industrie aus Kostengründen hat bedrohliche Formen angenommen, und mit diesem Trend geht Wissen verloren. Viel zu sehr ruht sich der alte Kontinent noch immer auf den Lorbeeren des Wiederaufbaus nach dem Krieg aus, setzt auf veraltete Konzepte und verpasst wichtige Anschlüsse.

Frankreich und Deutschland als Motoren der EU laufen nicht im Gleichtakt, der Geldmarkt reagiert mehr als er agiert, eine verunsicherte Bevölkerung ist in vielen Mitgliedsländern politikverdrossen und eher pessimistisch. Der Graben zwischen arm und reich hat sich vertieft, die Medien befeuern den Neid und sorgen damit auch für Unruhe auf den Straßen und Plätzen. Aus berechtigter Sorge um das Klima wird zu oft Klimahysterie mit folgenschweren Schnellschüssen.

Corona hat Spuren hinterlassen, die nicht geleugnet werden dürfen. Der Wille, die Ärmel hochzukrempeln und die allgemeine Lage durch persönlichen Einsatz und Leistung zu verbessern, scheint zu fehlen. Die Waage der sogenannten „Work-Life Balance“ hat sich verbreitet zugunsten des „Life“ geneigt, kürzere Arbeitszeiten bei mehr Geld, weniger Bereitschaft zur Vollzeitarbeit und das Ausleben persönlicher Freiheiten sind wichtiger als Fragen staatlicher Sicherheit. Das kann, muss aber nicht gut gehen – und in der Langzeitentwicklung im Systemwettbewerb mit China wird es sicher nicht gutgehen.

Gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge ist unser Thema in der nahen Zukunft. In der Folge werden wir uns sicher mit China zu beschäftigen haben, unabhängig von den derzeitigen Entwicklungen im Westpazifik.

Für die Gesellschaft gilt es zu überprüfen, ob unsere Formate noch zeitgemäß sind, ob wir die richtigen Mitglieder gewinnen können, ob unsere Diskussionen einen wertvollen Beitrag leisten können, und ob wir – im Sinne von Clausewitz – die richtigen strategischen Felder betrachten. Das wollen wir tun.

Und so freut es mich besonders, mit unserem Jahrbuch wieder wertvolle Impulse für weitere Diskussionen geboten zu haben.

Carsten Jacobson
Generalleutnant a.D.
Präsident der Clausewitz Gesellschaft

Bildnachweis

Seite	Quelle/Urheber
14	Copyright: Gesellschaft für Sicherheitspolitik (GSP)
32	Wikimedia Commons/gemeinfrei; General Zorn als Generalinspekteur 2022; File:Portrait GI Zorn.jpg; SK Bw Fan - Eigenes Werk
50	Archiv des Verfassers/NATO, Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE)
52	Archiv des Verfassers/NATO, Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE)
54	picture-alliance/ dpa Matthias Schrader, Bild 9482601
77	picture alliance / ASSOCIATED PRESS LIBKOS; Bild 398390962
81	Copyright: Autor
95	Copyright: Autor
110	Copyright: Autor
116	Copyright: Autor
119	Copyright: Autor
138	Copyright: NATO, US Army cavalry reinforces Romania
149	Bundeswehr/Marc Tessensohn
180	Copyright: Autorenteam
216	Copyright: Autor
219	Wikimedia Commons/gemeinfrei; Die drei Phasen der Schlacht von Cannae 216 v. Chr.; Harry Horstmann - Created by uploader; Harry Horstmann; File:Cannae Horstmann.png
222	Wikimedia Commons/gemeinfrei; Helmut von Moltke in Versailles, Gemälde von Anton von Werner, 1872; Anton von Werner - https://www.scholarsresource.com/browse/image_set/856?page=2 , File:Helmuth von Moltke Versailles Anton von Werner 1872.png
223	Copyright: Autor, dabei Karte aus Wehrwissenschaftliche Rundschau, 2 (1937), 6, S.739
224	Copyright: Autor
229	Copyright: Autor
230	Copyright: Autor
233	Archiv Verfasser
236	Archiv Verfasser
238	Copyright: US-Army
249	Copyright: Bundeswehr - Zentrum Innere Führung

Seite	Quelle/Urheber
254	Copyright: Bundeswehr - Zentrum Innere Führung
258	Copyright: Bundeswehr - Zentrum Innere Führung
259	Copyright: Bundeswehr - Zentrum Innere Führung
260	Copyright: Bundeswehr - Zentrum Innere Führung
267	Universität der Bundeswehr Hamburg, Studierende in der Bibliothek, Foto Reinhard Scheiblich
270	Universität der Bundeswehr Hamburg, Campus zwischen Hauptgebäude und Mensa, Foto Reinhard Scheiblich
272	Universität der Bundeswehr München, Campus und Studierende der Universität, Copyright UniBw München
310	Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich Ebert Stiftung (AdsD): AdsD 6FOTB 001568
313	Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich Ebert Stiftung (AdsD): AdsD 6FOTA 095166
315	Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich Ebert Stiftung (AdsD): AdsD 6FOTB 004237
325	Wikimedia Commons/gemeinfrei; Karl Theodor von der Pfalz; Gemälde: Johann Georg Ziesenis der Jüngere - Kurpfälzisches Museum der Stadt Heidelberg; File:Karl Theodor, Kurfürst (1742-1799).jpg

